

Colloquium Geographicum

ISSN 0588-3253

Band 24

Deutschland und Europa

**historische, politische
und geographische Aspekte**

**Festschrift
zum 51. Deutschen Geographentag
Bonn 1997:
"Europa in einer Welt im Wandel"**

herausgegeben
von
Eckart Ehlers

1997

Bonn

DEUTSCHLAND UND EUROPA

Colloquium Geographicum

ISSN 0588 - 3253

Herausgegeben von K.-A. Boesler und E. Ehlers

Schriftleitung: H.-J. Ruckert

Band 24

DEUTSCHLAND UND EUROPA

Historische, politische und geographische Aspekte

Festschrift zum 51. Deutschen Geographentag

Bonn 1997:

„Europa in einer Welt im Wandel“

Herausgegeben von Eckart Ehlers



1997

In Kommission bei

FERD. DÜMMLERS VERLAG · BONN

— Dümmlerbuch 7424 —

DEUTSCHLAND UND EUROPA

Historische, politische und geographische Aspekte

**Festschrift zum 51. Deutschen Geographentag
Bonn 1997:
„Europa in einer Welt im Wandel“**

Herausgegeben von Eckart Ehlers


Mit 80 Abbildungen und 9 Tabellen

Mit Beiträgen von:

**Klaus-Achim Boesler, Klaus Borchard, Stefan Bringezu, Paul Claval,
Eckart Ehlers, Klaus Fehn, Klaus Hildebrand, Eleonore Irmen/Antonia Blach,
Peter Krüger, Bruno Messerli/Manfred Perlik, Jürgen Oßenbrügge, Mauri Palomäki,
Winfried Schenk, Hans-Dietrich Schultz, Hans-Peter Schwarz, Julian Wékel**

In Kommission bei

FERD. DÜMMLERS VERLAG · BONN

 **Dümmelerbuch 7424**

alle Rechte vorbehalten

ISBN 3 - 427 - 74241 - 5

© 1997 Ferd. Dümmers Verlag, 53113 Bonn

Druck und Einband: Druckerei Plump, 53619 Rheinbreitbach

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

I Die Bundesrepublik Deutschland im Spiegel ihrer Hauptstädte

KLAUS BORCHARD

Bonn - vom Provisorium über die Bundeshauptstadt zur Bundesstadt oder: Von den Schwierigkeiten der baulichen und städtebaulichen Selbstdarstellung unseres Staates	11
--	----

JULIAN WÉKEL

Berlin auf dem Weg zur Bundeshauptstadt Aufgaben, Ziele und Projekte der städtebaulichen Entwicklung einer Metropole im Wandel.....	35
---	----

II Deutschland und Europa im 19. und 20. Jahrhundert Historische, politikwissenschaftliche und geographische Perspektiven

KLAUS HILDEBRAND

Die deutsche Frage: Deutschland und Europa im 19. und 20. Jahrhundert Eine historische Betrachtung.....	61
--	----

PETER KRÜGER

Der Funktionswandel von Grenzen im europäischen Staatensystem des 19. und 20. Jahrhunderts	73
---	----

HANS-DIETRICH SCHULTZ

„Deutschland? aber wo liegt es?“ Zum Naturalismus im Weltbild der deutschen Nationalbewegung und der klassischen deutschen Geographie	85
---	----

PAUL CLAVAL

L'Allemagne vue par les géographes français.....	105
--	-----

HANS-PETER SCHWARZ

Die Zentralmacht Europas gestern und heute - oder: Worin unterscheidet sich die Außenpolitik des wiedervereinigten Deutschlands von der des Deutschen Reiches?.....	119
---	-----

KLAUS FEHN

Zentralismus und Regionalismus in der nationalsozialistischen Siedlungspolitik 1939-1945	133
---	-----

III Deutschland und seine Nachbarn Von den Nationalstaaten zur Europäischen Union

ECKART EHLERS

Zentren und Peripherien - Strukturen einer Geographie der europäischen Integration.....	149
--	-----

KLAUS-ACHIM BOESLER

Politischer Regionalismus in Europa	173
---	-----

MAURI PALOMÄKI	
The System of European Decision-Making Centres Revisited	189
WINFRIED SCHENK	
Kulturlandschaftliche Vielfalt als Entwicklungsfaktor im Europa der Regionen	209
ELEONORE IRMEN, ANTONIA BLACH	
Ländliche Räume in Industriestaaten	
Deutschland und die Europäische Union im internationalen Vergleich.....	231
JÜRGEN OBERBRÜGGE	
Die Bedeutung des Territorialstaates im Prozeß der Globalisierung	
Geoökonomie oder interregionale Verflechtungen	247
STEFAN BRINGEZU	
Jenseits von Deutschland	
Die physische Basis unseres Wirtschaftens	
Anforderungen und Möglichkeiten einer ökologisch zukunftsfähigen	
Entwicklung europäischer Regionen.....	265
PAUL MESSERLI/MANFRED PERLIK	
Eine differenzierte Entwicklungspolitik für den Alpenraum in Europa	287
IV Ausblick	
VÁCLAV HAVEL	
Heimat Europa.....	305

Vorwort des Herausgebers

Der 51. Deutsche Geographentag, der im Oktober 1997 in Bonn stattfindet, steht unter dem Titel „Europa in einer Welt im Wandel“. Diesem Rahmenthema trägt die vorliegende Festschrift Rechnung. Der Titel des Sammelbandes „Deutschland und Europa. Historische, politische und geographische Aspekte“ soll einen ergänzenden Beitrag nicht nur zu Thema und Inhalt der Verhandlungen des Geographentages sein, sondern zugleich eine „Hommage“ an den Standort Bonn, jener Stadt, die fast 50 Jahre lang zunächst als Provisorium, dann als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland die Nachkriegsgeschichte unseres Landes und Europas geprägt hat. So versucht dieser Sammelband dem „genius loci“, der nach der Auffassung des Herausgebers für die bislang beste aller deutschen Verfassungen stand und steht, gerecht zu werden und zugleich den historischen wie geographischen Bedingungen der Europawerdung Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert nachzuspüren.

Der Band gliedert sich insgesamt in drei Teile. Jeder von ihnen beleuchtet einen spezifischen Aspekt der Thematik „Deutschland und Europa“.

In einem ersten einleitenden Teil wird die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland im Spiegelbild ihrer beiden Hauptstädte ausgeleuchtet. Während Bonn dabei heute am Ende einer Epoche steht, die vom Provisorium über die Funktion der Bundeshauptstadt zur heutigen Bundesstadt Bonn reicht, stehen die Ausbauten der neuen Hauptstadt Berlin noch vor der Fertigstellung und der Standort Berlin vor seiner Bewährungsprobe als Sitz von Regierung und Parlament. Staatswesen reflektieren sich im Bild ihrer Hauptstädte, die damit zugleich Ausdruck des spezifischen Herrschaftsverständnisses einer Regierung bzw. eines Staates sind. Die Beiträge zu Bonn und Berlin bemühen sich um eine solche klärende Darstellung.

Der zweite Teil der Festschrift bemüht sich, an ausgewählten Beispielen aus historischer, politikwissenschaftlicher und historisch-geographischer Sicht das Verhältnis Deutschlands zu Europa allgemein und zu seinen Nachbarn speziell im 19. und frühen 20. Jahrhundert zu behandeln. Es versteht sich von selbst, daß im Rahmen eines Sammelbandes wie diesem ein solcher Überblick nur sehr punktuell und zugleich kursorisch erfolgen kann. Zwei Beiträge beleuchten aus historischer Sicht die Rolle Deutschlands im kontinentalen Kontext sowie den Bedeutungswandel europäischer Grenzsysteme bis zum Zweiten Weltkrieg, während aus historisch-geographischer Sicht den frühen Anfängen und Begründungen eines nationalstaatlichen Deutschlandbildes nachgespürt wird. Solche nationalen Eigensichten beinhalten fast zwangsläufig auch immer zugleich Sichten der anderen, wie die Bemerkungen von Paul Claval (Paris) aus französischer Sicht deutlich machen. Ausführungen zur deutschen Außenpolitik gegenüber seinen europäischen Nachbarn während des Dritten Reiches und heute sowie Anmerkungen zur Theorie und Praxis nationalsozialistischer Siedlungspolitik in den eroberten Ländern Europas schließen den zweiten Teil ab. Alle Beiträge - unterschiedlich, wie sie in ihren Ansätzen und Fragestellungen sein mögen - lassen das immer wieder beschworene Zusammenspiel geschichtlicher Ereignisse und räumlicher Konstellationen im Zentrum Europas - heute wieder häufiger denn zuvor als Mitteleuropa, Zentraleuropa oder Kerneuropas bezeichnet - als entscheidend für das Verhältnis Deutschlands zu seinen Nachbarn deutlich werden.

Der dritte Teil dieses Sammelbandes wendet sich Deutschland und seinen Nachbarn innerhalb der europäischen Union zu. Er ist damit einer Thematik gewidmet, die das Hauptanliegen des 51. Deutschen Geographentages in Bonn ist. Der Natur dieser Thematik gemäß stehen dabei nicht mehr nationalstaatliche, sondern überregionale und aktuelle Fragestellungen im Mittelpunkt der Beiträge. Sie reichen von Übersichtsdarstellungen zur Entwicklung der Europäischen Union und des politischen Regionalismus in Europa hin zur Diskussion eines europäischen

Städtesystems. Einige Beiträge diskutieren die für viele Industriestaaten nicht nur Westeuropas gegenwärtig ablaufenden Wandlungen der Kulturlandschaften im Rahmen von Regionalisierung und Fragmentierung einerseits, Globalisierung andererseits. Daß dabei sowohl ökologische Fragestellungen als auch solche der Einbindung Deutschlands und der Europäischen Union in überregionale wie globale Zusammenhänge eine zunehmende Rolle spielen, wird in verschiedenen Beiträgen mit Nachdruck betont. Die Ausführungen über Grenzen und Möglichkeiten einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung europäischer Regionen geben Stoff zur Nachdenklichkeit ebenso wie jene zur Entwicklung der Alpenregion, die ihren traditionellen Charakter als Sperrriegel zwischen Nord- und Südeuropa immer mehr mit dem einer Durchgangslandschaft auswechselt.

Die insgesamt 17 Beiträge stellen - wie gesagt - allenfalls Teilfacetten der Thematik „Deutschland und Europa. Historische, politische und geographische Aspekte.“ vor. Als solche stehen sie einerseits im Kontext dieser Festschrift, andererseits sollten sie aber nicht losgelöst gesehen werden von den Verhandlungen des Geographentages selbst und ihrer anschließenden Dokumentation in den Verhandlungsbänden dieses Kongresses.

Mit großer Dankbarkeit sei vermerkt, daß - buchstäblich in letzte Minute - die Botschaft der Tschechischen Republik in Bonn wissen ließ, daß gegen den Abdruck der Ansprache des Staatspräsidenten der Tschechischen Republik Václav Havel, die dieser aus Anlaß der Deutsch-Tschechischen Erklärung vor den Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Bundesrates am 24. April 1997 in Bonn gehalten hat, keine Bedenken bestünden. Das nicht nur politisch, sondern zugleich auch historisch wie kulturgeschichtlich bedeutsame Bekenntnis von Václav Havel zur gemeinsamen „Heimat Europa“ bildet den zukunftsweisenden Ausblick auf das, was Europa dereinst einmal seiner Bevölkerung hoffentlich sein wird.

Gern hätte der Herausgeber die Beiträge weiterer Kolleginnen und Kollegen aus europäischen Nachbarländern, vor allem aus den östlich sich anschließenden Staaten, aufgenommen. Zum Teil konnten gegebene Zusagen aus Termingründen nicht eingehalten, zum Teil wegen Arbeitsüberlastung abgesagt werden. Dennoch, so hoffe ich, bietet der nunmehr vorliegende Band eine facettenreiche und anregende Sammlung unterschiedlicher und dennoch stets verwandter Aspekte zum nicht immer unproblematischen Verhältnis Deutschlands zu Europa und zu seinen europäischen Nachbarn. Ich danke allen, die - trotz eigener großer Arbeitsbelastungen - durch termingerechte Abgabe ihrer Manuskripte zum Gelingen und zum rechtzeitigen Erscheinen dieser Festschrift beigetragen haben. Ein besonderer Dank gilt Professor Dr. Anthony Hellen, Newcastle, für die - wie immer - sorgfältige Durchsicht der englischen Texte sowie der englischen Zusammenfassungen der Beiträge.

Ich hoffe, daß die in diesem Band vereinigte Aufsatzsammlung das Thema des 51. Deutschen Geographentages „Europa in einer Welt im Wandel“ abrundet und um die spezielle Komponente „Deutschland und Europa“ aus historischer, politikwissenschaftlicher, geographischer wie ökologischer Sicht vertieft.

Bonn, im Juni 1997

Eckart Ehlers

I

Die Bundesrepublik Deutschland im Spiegel ihrer Hauptstädte

Klaus Borchard

Bonn - vom Provisorium über die Bundeshauptstadt zur Bundesstadt oder:

Von den Schwierigkeiten der baulichen und städtebaulichen Selbstdarstellung unseres Staates

In einer wenig bekannten Betrachtung über den besten Staat aus dem Jahre 1796 stellt FRIEDRICH SCHILLER ¹⁾ diese Frage:

"Woran erkenn' ich den besten Staat?" und gibt zur Antwort: "Woran Du die beste Frau kennst: daran, mein Freund, daß man von beiden nicht spricht".

Ist es demnach schon eine Qualitätsaussage über unseren Staat, wenn im folgenden von seiner oft beklagten Unfähigkeit zur baulichen und städtebaulichen Selbstdarstellung, von den mühevollen Wegen zur sichtbaren Inszenierung unseres Staatswesens und unserer Gesellschaftsform im Laufe der letzten 50 Jahre die Rede sein soll, - in diesem 2000 Jahre alten Bonn, dem nicht allein ein so namhafter Kunsthistoriker wie BRAUNFELS ²⁾ ins Stammbuch geschrieben hat, daß es doch keinerlei Chance besitze, je eine Hauptstadt zu werden?

I. Bonn - eine Hauptstadt?

Soweit BRAUNFELS mit Hauptstadt die bedeutendste Metropole eines Landes, die Stadt mit dem reichsten Geschäfts-, blühendsten Kultur- oder amüsantesten Nachtleben gemeint haben sollte, so hatte er gewiß recht und Bonn - wohl auch zum Glück - niemals einen solchen Anspruch erheben können. Vielmehr hatte die Bundesrepublik Deutschland in dieser Beziehung (zumindest bis zur Berlin-Entscheidung des Deutschen Bundestags am 20. Juni 1991) immer mehrere Hauptstädte, mit denen Bonn gar nicht konkurrieren konnte und brauchte: Frankfurt, Hamburg, Düsseldorf, gewiß die alte "Reichshauptstadt" Berlin und selbstverständlich auch "Deutschlands heimliche Hauptstadt" München! Das sind Städte, die jedem sofort einfallen, der an Deutschland denkt, und man kennt ihre optischen Attribute so wie die von Paris, London, Washington oder Moskau: Der Reichstag und das Brandenburger Tor, der Bayerische Landtag am Ende der Maximilianstraße und die Bavaria sind ebenso pars-pro-toto-Elemente wie der stolze Arc de Triomphe, das noble House of Parliaments, die weiße Kuppel des Capitols oder die goldenen Dächer des Kreml. Selbst der Ostberliner Palast der Republik stand Pose für die Staatsmacht der sozialistischen Gesellschaft. Doch welchen Hintergrund wählt das Deutsche Fernsehen für seinen "Bericht aus Bonn"? Fast immer zeigt es als Schaufenster des politischen Geschehens einen langweiligen Fassadenausschnitt mit noch belangloseren Fenstern, nur selten auch einmal ein Luftbild vom Bonner Regierungsviertel mit dem "langen Eugen", als gäbe es in Bonn überhaupt keine Symbole für die demokratischen Institutionen unseres Staates, keine Identifikationsmerkmale für die Bürger und vielleicht auch kein Identifikationsbedürfnis.

II. Wo keine Hauptstadt, da kein Staat!

"Wo keine Hauptstadt, die den Namen verdient, da kein Staat"! Mit diesen Worten hatte Hamburgs früherer Erster Bürgermeister HERBERT WEICHMANN schon vor 18 Jahren an die auf Initiative von Bundeskanzler HELMUT SCHMIDT nach Bonn gekommenen Städtebauer und

¹⁾ FRIEDRICH SCHILLER: Gedichte: Votivtafeln Nr. 29 "Der beste Staat" 1796

²⁾ W. BRAUNFELS: Abendländische Stadtbaukunst, Köln 1977

Architekten, Experten und Politiker appelliert, beim Ausbau der Bundeshauptstadt als politischer Aufgabe endlich einen neuen Anfang zu machen. "Ein Regierungssitz", so HERBERT WEICHMANN auf dem Expertenkolloquium 1979, "hat auch in der Demokratie das Können und den Fleiß seiner Bürger, das kulturelle Niveau und die Bedeutung der Funktionen der Regierungsgewalten zum Ausdruck zu bringen. Der Regierungssitz ist das Aushängeobjekt im Schaufenster des politischen Geschehens in der Bundesrepublik, das zum Eintritt einlädt oder eben auch nicht". Und vehement hatte HERBERT WEICHMANN deshalb auch einen freien Platz im Bundesdistrikt (später bezeichnet als "grüne Mitte") als Agora, als Forum gefordert, "auf dem die Bürger selbst ihren Vorstellungen zur Gestaltung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens und damit ihrer Mitverantwortung für die Gestaltung der Gesellschaft Ausdruck geben können"³⁾.

"Bauen für die Demokratie" war der Titel dieses 1979 von fast 150 Experten besuchten Kolloquiums, mit dem erstmals in aller Offenheit das Bedürfnis nach einer Hauptstadt ausgesprochen und mit gebotener Deutlichkeit auch der Wille zu einer angemessenen baulichen Selbstdarstellung unseres demokratischen Staatswesens begründet worden ist.

Vorausgegangen waren immerhin drei Jahrzehnte einer gewollten Beschränkung auf das Provisorium Bonn, die mit einer bewußten Tabuisierung der neuen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland und wohl auch mit einer übertriebenen politischen Pietät gegenüber der schließlich nur noch imaginären Reichshauptstadt einhergegangen waren. Als der Parlamentarische Rat am 11. Mai 1949 mit nur 33 (gegen 29 für Frankfurt abgegebenen) Stimmen entschieden hatte, "die obersten Bundesorgane nehmen ihren Sitz vorläufig in Bonn", war damit ja bewußt noch keine Entscheidung für eine neue Hauptstadt auf den Trümmern des geteilten Staates getroffen worden. Das Nationalbewußtsein der Deutschen war so tief erschüttert, daß "schon der Gedanke an Selbstdarstellung Vermessenheit" gewesen wäre. Vielmehr war der Staat, wie der Stadtplaner FERDINAND STRACKE 1983 geschrieben hat, "ein bescheidener Untermieter bei einer unbescholtenen Familie namens Bonn. Sie mußte weder entnazifiziert werden noch erinnerte sie sonst an die Geschehnisse der jüngsten Vergangenheit"⁴⁾.

Daß Bonn - bis 1949 eher Duldende der Geschichte - nun selbst Zentrum des Staates sein sollte, darf es wohl vor allem jenen Berliner Abgeordneten verdanken, die in Frankfurt als der ehemaligen Hauptstadt des Deutschen Bundes und früheren Krönungsstadt der deutschen Könige eine viel ernsthaftere Konkurrenz für Berlin gesehen hatten. So war die Entscheidung für Bonn als Regierungssitz (nicht als Hauptstadt) letztlich eine Mischung aus Pragmatismus und politischer Rationalität, vor allem aber ein Bekenntnis zur Nichtaufgabe Berlins gewesen.

III. Die verselbständigte Verwaltung als fragwürdiger Bauherr der Demokratie

Als Regierungssitz hat Bonn nie mit Berlin konkurriert, übrigens auch später nicht, als es sich Bundeshauptstadt nennen durfte. Nur ein Jahr nach der Entscheidung des Deutschen Bundestags vom 3. November 1949 für Bonn als vorläufiger Bundeshauptstadt waren bereits - nach einem mit dreistelligen Millionenbeträgen vom Land geförderten Bau von Wohnungen, Schulen und Infrastruktureinrichtungen - mehr als 10.000 Bundesbedienstete nach Bonn gezogen.

Dennoch aber blieb wie in keiner anderen Hauptstadt der Welt das Desinteresse der pendelnden Parlamentarier an der sinnlichen Erfahrbarkeit, an der baulichen und städtebaulichen Qualität der Bauten für die Demokratie so ausgeprägt wie in Bonn. Wie in den ersten Stunden überwog bis zum Schluß meistentens das Bedürfnis, zuerst "ihre katastrophalen Arbeitsbedingungen" im unmittelbaren Umfeld ihres Schreibtisches zu verbessern und dann auch "die Funktionsfähigkeit des Parlaments" zu garantieren. Denn so hatte auch 1979 Bundestagspräsident

³⁾ Bericht über das Experten-Kolloquium im General-Anzeiger Bonn vom 24.10.1979

⁴⁾ F. STRACKE: 33 Jahre Hauptstadtplanung Bonn. In: Bauwelt 1983, H. 12, S. 332-339

STÜCKLEN die Absichten des "Bauherrn Bundestag" begründet, jedoch die Gestaltung des Umfelds, der Freiräume oder damals der "grünen Mitte" zwischen Kanzleramt und Heussallee als "keine primäre Aufgabe" bezeichnet ⁵⁾. Man wird aufmerksam zu verfolgen haben, ob sich diese Haltung der Abgeordneten mit dem Umzug nach Berlin positiv wandeln wird. Die offenkundigen Begehrlichkeiten an den neuen (oder besser alten) Standort stimmen eher pessimistisch.

IV. Die Demokratie als Bauherr - nur eine Illusion?

Die selbstgewählte und bis 1979 oftmals allzu vordergründige Beschränkung des politischen Bauherrn auf eine lediglich funktionsfähige Unterbringung von Legislative und Exekutive ließ auf ein bedenkliches Defizit an Selbstverständnis und Selbstbewußtsein unserer Volksvertreter wie auch der durch sie repräsentierten Gesellschaft schließen, die gleichfalls kein Bedürfnis zu angemessener baulicher Darstellung der Demokratie entwickelt hatte. Dabei hatte schon 1969 ADOLF ARNDT, der von 1949 an für zwanzig Jahre Abgeordneter im Deutschen Bundestag war, in einem bis heute erregend aktuell gebliebenen Vortrag zum Thema "Die Demokratie als Bauherr"⁶⁾ seine Abgeordnetenkollegen gemahnt: "Es hat sich geradezu das Vorurteil festgefressen, daß Demokratie etwas Anonymes, ja geradezu etwas Amusisches sei, unfähig, sich im öffentlichen Bauen darzustellen und im Bauen ihr Ethos sichtbar zu machen". Überzeugend hat ADOLF ARNDT damals herausgestellt, daß "zur geometrischen Architektur des Obrigkeitsstaates der feststellbare Mensch gehört, der sich im Ordinatatenkreuz der Über- und Unterordnung als Untertan fixieren läßt". Zur Architektur totaler Mächte gehöre der machbare Mensch, eine Gesellschaft, die vom Staat aufgezehrt und - mit ihm identisch - in ihm eingefangen werde. Sodann fuhr ADOLF ARNDT fort: "Ich meine, daß Demokratie als politische Lebensweise von ihrem Ansatz her auf den mündigen Menschen angewiesen und darum alles in ihr, auch das Bauen, darauf angelegt sein muß, dem Menschen zu seiner Mündigkeit zu verhelfen und ihn sich in dieser Welt bewußt werden zu lassen, daß er politischer Mensch ist, der zu seinem Teil, wenn auch oft nur bescheidenen Teil, geschichtliche Mitverantwortung trägt". Wenn die Weimarer Republik die Aufgabe des demokratischen Bauens nicht erfüllt habe, so nicht, weil die damalige Demokratie nicht zum Bauen fähig gewesen sei, sondern weil es seinerzeit an der demokratischen Struktur der Gesellschaft und auch am politischen Bewußtsein der Menschen gefehlt habe. Dieser Mangel habe sich in einer Selbstmißachtung geäußert, darin, daß emotional angegriffen und geschmäht worden sei, was dem Gemeinwohl und dem Gemeinsinn gewidmet gewesen sei. "Zwar hatte das wohlhabende Bürgertum sich vor Weimar einen protzigen Rathauspomp zur Selbstbestätigung seiner kommunalen Herrschaft geleistet, aber wer unter uns Älteren erinnert sich nicht der Hetze gegen die angeblichen Paläste für Krankenkassen und Arbeitsämter"?

An diese Feststellung hatte ADOLF ARNDT dann eine Bemerkung angeschlossen, die in den vergangenen dreißig Jahren nichts an Aktualität eingebüßt hat: "Immer ist es ein Alarmzeichen für die Demokratie, sobald aus einer Gesellschaft, die Vergeudung keineswegs scheut, der Fanatismus einer angeblichen Sparsamkeit laut wird, daß die Gesellschaft es ja gar nicht wert sei, sich selber in Bauten Organe zu geben, die dem Gemeinsamen gewidmet sind". Und er hatte hinzugefügt: "Hierbei fällt mir ein, daß wir der Mode nach zwar alle heute uns Demokraten nennen, aber die peinlichste Pfennigfuchserie beginnt, sobald es sich um das bauliche Herz der Demokratie handelt, um die Parlamentsgebäude. Mich beunruhigt, daß ich aus den Millionen jährlicher Besucher des Bonner Bundeshauses noch niemals von einem hörte, der die

⁵⁾ General-Anzeiger Bonn v. 24.10.1979

⁶⁾ A. ARNDT: Die Demokratie als Bauherr (Vortrag während der Berliner Bauwoche 1960 in der Akademie der Künste). In Bauwelt 1961, Heft 1, S. 7-13; auszugsweiser Nachdruck auch in DAI-Zeitschrift (Deutscher Architekten- und Ingenieurverein); H. 10/11-1978, S. 9-11

Sparsamkeit dabei nicht gelobt, aber die Frage gestellt hätte, ob denn jenes wirr und billig aneinandergestückte Gehäuse nicht einen sinnlosen Verschleiß an Zeit und Arbeitskraft verursache, ja, ob ein Mißgebilde, solch ein Mißgebilde überhaupt die eigenste Stätte des Volkes, wenn auch nur für eine Zeit des Übergangs während der Spaltung, sein könne".

ADOLF ARNDT war sich freilich auch der uns heute noch bedrückenden Problematik bewußt, daß in einer Demokratie niemand befugt sei, von Staats wegen und mit Geltung für alle zu bestimmen, was Kunst sei. "Nichts würde jedoch den Sinngehalt dieser Regeln ärger verkennen als ein Verzagen, daß die demokratische Gesellschaft deshalb handlungsunfähig werden oder die schöpferischen Kräfte zur Anonymität verdammen müßte". Vielmehr hat er sich dazu bekannt, daß der öffentliche Bauauftrag eine bewußte politische Entscheidung der demokratisch dazu legitimierten Politiker sei, und daß es hier keine Anonymität geben dürfte. Mit der Erteilung des Bauauftrages aber wechsele die Verantwortung und gehe "auf den entwerfenden Baumeister" über. "Gewiß wird dieser Baumeister einer Mitwirkung der Baubehörde bedürfen und einer vielfältigen Zusammenarbeit mit Technikern, Wissenschaftlern, Künstlern, aber die Gesamtverantwortung für das Ganze des Werks, die Einheitlichkeit seines Geistes und der daraus wachsenden Gestalt kann sinnvoll allein auf ihm lasten". Dabei wies ADOLF ARNDT dem mit einem politischen Amt betrauten Volksvertreter die Aufgabe zu, sowohl "eine Auslese der im freien Wettbewerb bewährten Baumeister" vorzunehmen als auch die Grenzen der eigenen geistigen Kompetenz und ihrer Ergänzungsbedürftigkeit zu respektieren. "So richtig und unabwendbar es ist, daß der politische Prozeß der Demokratie auf Quantifizierung hindrängt, also auf ein Meßbarmachen durch objektive und wiederholbar anwendbare Maßstäbe, wie das Abstimmen, gehört zum Verständnis der Demokratie komplementär und gleichgewichtig ebenso, daß sie im Qualitativen gegründet ist, d. h. auf der Anerkennung nicht meßbarer Werte und insbesondere einer Nichtmeßbarkeit des Menschen, ausgedrückt durch das Wort von seiner Würde und seiner personalen Gleichberechtigung ... Das Ideal, das souveräne Volk als Bauherr seiner öffentlichen Bauten zu sehen, läßt sich mit keiner Mechanik messen, noch durch das Dekret irgendeiner Organisation erzwingen".

V. Fragmente zerriebener Visionen: Vom Glauben an die komplexe Planbarkeit einer Bundeshauptstadt zur technokratischen Einfalt

Die vier Entwicklungsphasen seit 1949

Es ist wohl berechtigt, ADOLF ARNDT hier so ausführlich zu Wort kommen zu lassen, weil seine bereits 1960 geäußerten Ansichten nicht nur bis heute (gerade auch für den nun forcierten Auf- und Umbau Berlins zur Bundeshauptstadt) aktuell geblieben sind, sondern weil sie damals in eine Zeit gefallen sind, in der aller Provisoriums-ideologie zum Trotz (nur wenige Monate später kam es zum Bau der Berliner Mauer) erstmals auf Initiative der Bundesregierung eine Gutachterkommission berufen worden ist. Unter Leitung von Ministerialdirektor ROSSIG von der Bundesbaudirektion sollten die Professoren BAUMGARTEN, EIERMANN und RUF als "Planungsrat" (später kamen die Professoren GUTHER und HILBRECHT dazu) 1962 eine erste Gesamtkonzeption für die Verteilung der Bundeseinrichtungen im Bonner Raum erarbeiten.

Sie wurden übrigens verpflichtet, unter absolutem Ausschluß der Öffentlichkeit zu arbeiten, denn Kritik der Bürger war unerwünscht. Ministerialdirektor OTTO CASSER, später oberster Baubeamter des Bundes für die Hauptstadtplanung und von Anfang an dabei, hat am 23. Januar 1989 im Rahmen des vom Verfasser mit dem Institut für Städtebau der Universität Bonn veranstalteten Städtebauseminars dazu ausgeführt: "Pläne und Modelle, die in ihren städtebaulichen Grundzügen heute verwirklicht sind, wurden in geheimer Sitzung Bundeskanzler ADENAUER im Kleinen Kabinetssaal vorgestellt. Spontan erwachte im Gespräch die Baulust des alten Kölner Oberbürgermeisters, und nach zwei Stunden verließ der Kanzler den Raum und

gab, mit dem Finger auf dem Mund, die Weisung: 'Sehr gut, meine Herren, doch nicht vergessen, meine Herren, alles streng geheim!'

Die Arbeit des "Planungsrats" markierte seinerzeit den Höhepunkt der ersten von insgesamt vier Entwicklungsphasen, in die nun im folgenden Teil sehr stark vereinfachend der Ausbau der Bundeshauptstadt gegliedert werden soll.

1. Entwicklungsphase von 1949-1969: Die Exekutive als Bauherr des Provisoriums

Aufgabe des "Planungsrats" war die Erarbeitung einer Konzeption für die Verteilung der Bundeseinrichtungen einschließlich Folgeeinrichtungen und Wohnungen im Bonner Raum. Dabei waren zwei Hauptprobleme bedeutsam:

1) Der bereits 1956 gefaßte (und für fast 10 Jahre befolgte) Beschluß des Bundestags, daß keine weiteren Bundesbauten in Bonn gebaut werden sollten, stellte sich als folgenreiches Hindernis heraus: Der Bund betrachtete die Stadt lediglich als Übergangsquartier für seine Einrichtungen und Bediensteten, beschränkte sich dabei auf die Nutzung seiner verstreuten Bundesliegenschaften und präjudizierte so bis heute die Standortverteilung seiner wichtigsten Ressorts. Weitere Büroräume wurden bei privaten Investoren angemietet: 1974 mußte der Bund immerhin schon 20 Mio. DM an Büromieten zahlen. Beispielhaft erwähnt seien hier das von einem Versicherungskonzern gebaute Tulpenfeld oder der privat finanzierte Büro- und Hotelkomplex des "Bonn-Centers".

Von den 22 Obersten Bundesorganen (1985 auf 100 Einzelgebäude verteilt) waren gut die Hälfte Untermieter, von den 60 nachgeordneten Dienststellen (abermals auf hundert Standorte in und außerhalb Bonns, z. T. in Siegburg, Sankt Augustin oder Meckenheim verteilt) sogar sechs Siebtel! Allein die nachgeordneten Dienststellen des Verteidigungsministers verteilten sich 1985 auf 40 Standorte, der Bundestag hatte weitere 19 Dependancen, das Auswärtige Amt 10.

Seit 1976 wurde deshalb ein (bis 1990 im Grundsatz unverändertes) Konzept einer "gemäßigten Konzentration" der Obersten Bundesbehörden auf 15 Einzelstandorte in den drei großen Standortbereichen Bonn-Nord, Duisdorf und Parlaments- und Regierungsviertel verfolgt. Dieses auf eine Empfehlung des Gemeinsamen Ausschusses zurückgehende Konzept entsprach sehr viel besser der mehrlagigen und kleinteiligen Bonner Stadtstruktur als frühere Konzentrationskonzepte. Unbestrittener quantitativer und qualitativer Schwerpunkt für den Hauptstadtausbau blieb das Parlaments- und Regierungsviertel, auf das sich deshalb auch die folgenden Betrachtungen konzentrieren sollen.

2) Das zweite Problem, dem sich nicht nur der "Planungsrat" gegenüber sah, war die Vielzahl der dem Bund gegenüberstehenden kommunalen Partner. Bis zur kommunalen Neugliederung 1969 waren dies insgesamt 89 Einzelgemeinden, darunter nicht nur die drei selbständigen Städte Bonn, Bad Godesberg und Beuel, sondern noch sechs Gemeinden des Amtes Duisdorf sowie zwei rechtsrheinische Gemeinden, die viel eher untereinander konkurrierten als miteinander kooperierten. Das damals selbständige Amt Duisdorf hatte z. B. im Rahmen seiner kommunalen Planungshoheit für den dort bald durch die vier Bundesministerien ausgelösten Bauboom völlig eigenständige (und auch eigenwillige) städtebauliche Konzepte entwickelt.

Die räumliche Beschränkung dieses Beitrags erlaubt leider nur eine Behandlung der wichtigsten Konzepte, die für das Parlaments- und Regierungsviertel seit der Berufung des "Planungsrats" 1962 entworfen worden sind. Die meisten dieser Konzepte sind von den Entscheidungsträgern schnell wieder zerredet oder zerrieben worden. Man sieht das noch heute daran, daß meist erschrocken das ganze Konzept über Bord geworfen worden ist, sobald nur ein einzelner Teil daraus verwirklicht worden war. Geblieben sind immer Solitäre, die - weil ihres umfassenden konzeptionellen Zusammenhangs beraubt - heute wie architektonische Versatzstücke erscheinen und städtebaulich völlig unverständlich sind. Typische Belege dafür sind das Abgeordneten-

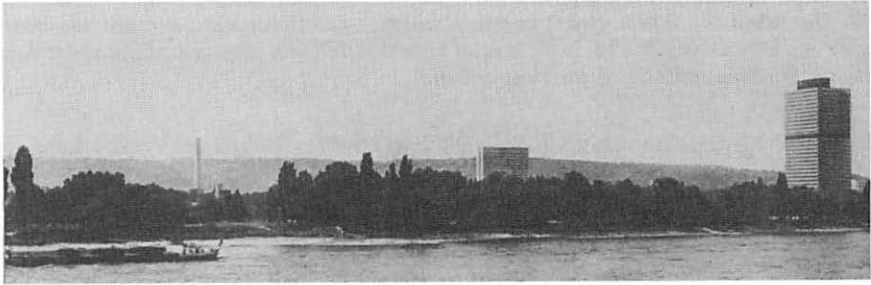


Abb. 1: 1966-1969 - Abgeordneten-Hochhaus (Prof. EIERMANN). Nach seinem energischen Verfechter, dem Bundestagspräsidenten EUGEN GERSTENMAIER, „Langer Eugen“ genannt, ist es das geläufigste Symbol der „Bonner Republik“ geworden. Auf dem Foto noch ohne den späteren, entstellenden Treppenhausanbau. Links vom „Langen Eugen“ plant nun die Deutsche Post AG die Errichtung eines weiteren Bürohochhauses.

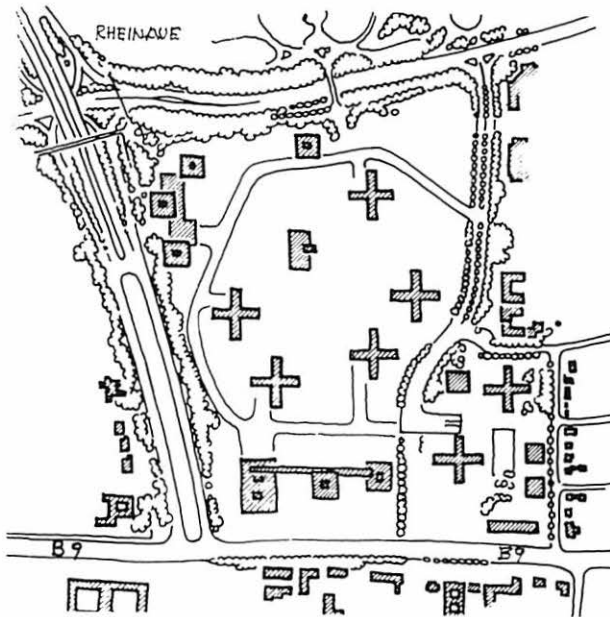


Abb. 2: 1968 - Städtebauliche Konzeption (J. SCHÜRMAN mit Bundesbaudirektion) für sieben hochgeschossige Kreuzbauten (davon sind 1975 die zwei am rechten Bildrand gelegenen errichtet worden).

hochhaus am Rand der Gronau (Prof. EIERMANN: 1966-69), das ursprünglich noch durch einen Kranz von weiteren bis zu achtgeschossigen Bürohochhäusern umgeben werden sollte, und auch die beiden "Kreuzbauten" (1975 Planungsgruppe STIELDORF, die problematische städtebauliche Konzeption ist 1968 von Prof. SCHÜRMAN mit der Bundesbaudirektion unter Mitwirkung des Planungsrats entwickelt worden), zu denen nach damaliger Planung noch weitere fünf Superhochhäuser hinzukommen sollten (Abb. 1 - Abb. 3).



Abb. 3: 1975 - zwei 15- bis 17-geschossige Kreuzbauten als „Planungstorso“ von 1968 (Planungsgruppe STIELDORF)

Sie sind zum Glück am massiven Bürgerprotest gescheitert. Der 1968 noch von Prof. SCHÜRMAN und der Stadt Bad Godesberg entwickelte Bebauungsplan mußte nämlich nach der kommunalen Neugestaltung erneut offengelegt werden und traf jetzt auf den erbitterten Widerstand einer sich in der ersten Bonner Bürgerinitiative "City-Forum" formierenden kritischen Öffentlichkeit, was die Selbstsicherheit der planenden Bundesbaudirektion in der Folge erheblich erschüttert hat. Zweifellos präjudizierten diese Solitäre, auch wenn die städtebaulichen Konzepte keinen Bestand hatten, doch die folgende städtebauliche Entwicklung in ihrem Umfeld. Das zeigte sich auch am Beispiel der Wettbewerbe für das Verkehrsministerium 1980, das Postministerium 1981 und die Eissporthalle und (noch deutlicher) am städtebaulichen Gestaltungskonzept von 1985: Wieder verselbständigten sich die Solitäre! (Abb. 4).

Und auch die jüngste kontroverse Diskussion um den Bau eines Hochhauses für die Deutsche Post AG neben dem "Langen Eugen" und dem "Schürmann-Fragment" läßt erkennen, daß abermals ein Solitär ohne jegliche Einbindung in ein überzeugendes städtebauliches Konzept entstehen soll.

2. Entwicklungsphase von 1969-1975: Die großen Visionen

Nach den massiven Bürgerprotesten gegen die konzentrierte Unterbringung eines Großteils der Obersten Bundesbehörden in den sieben Kreuzbauten hatte im November 1969 die neue Regierung BRANDT zunächst einen Planungsstopp mit dem Ziel eines Überdenkens des Hauptstadtprogramms verfügt. Zugleich hatte die kommunale Neugliederung der Stadt Bonn einen Zuwachs an Planungshoheit gebracht, der 1970 auch Würdigung in der "Bonn-Vereinbarung" zwischen Bund, Land und Stadt über den Ausbau Bonns als Sitz der Bundesorgane und über den Ausgleich der damit verbundenen Sonderbelastungen fand.

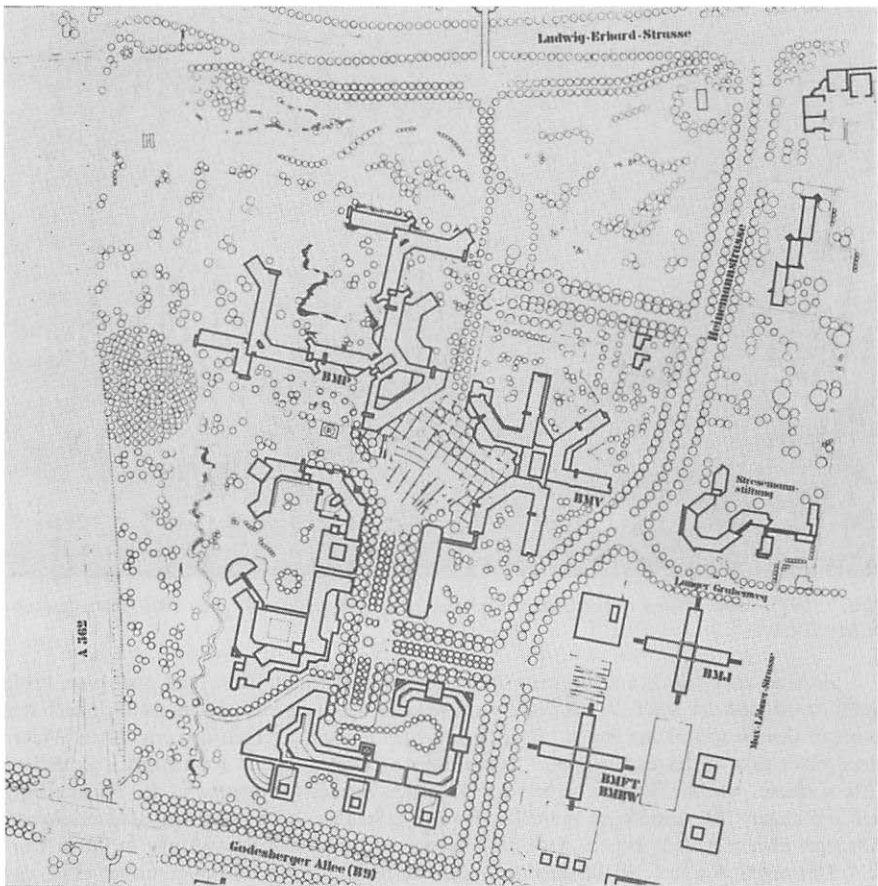


Abb. 4: 1985 - Städtebauliches Gestaltungskonzept für Verkehrs- und Postministerium, Eisssporthalle und Hotel anstelle weiterer Kreuzbauten (Bundesbaudirektion und Stadtplanungsamt Bonn).

Diese zunächst auf zehn Jahre befristete Hauptstadt-Vereinbarung hat der Stadt bis 1980 fast 800 Mio. DM an Bundesfinanzhilfen für die Finanzierung der Folgekosten und für repräsentative Aufgaben, insbesondere zur Förderung des Kulturwesens, erbracht. 1980 ist die zweite Vereinbarung für weitere zehn Jahre getroffen und 1990 erneuert worden. Bis zu 100 Millionen DM an Bundes- und Landesmitteln sind jährlich für "hauptstadtbedingte Aufgaben" nach Bonn geflossen.

Ebenfalls 1970 kam es zur Gründung eines Arbeitskreises "Bundesbauten Bonn", der noch im gleichen Jahr ein interdisziplinäres Expertengremium mit einer ausführlichen Auseinandersetzung mit dem Thema "Integration der Bundesbauten in die Stadt Bonn und den Raum Bonn" betraute. Eine der Forderungen, die wenig später auch zur Ausschreibung eines ersten städtebaulichen Wettbewerbs führte, richtete sich auf eine Konzentration aller wichtigen Bundeseinrichtungen im Regierungsviertel beiderseits des Rheins, stand aber schon damals im erheblichen

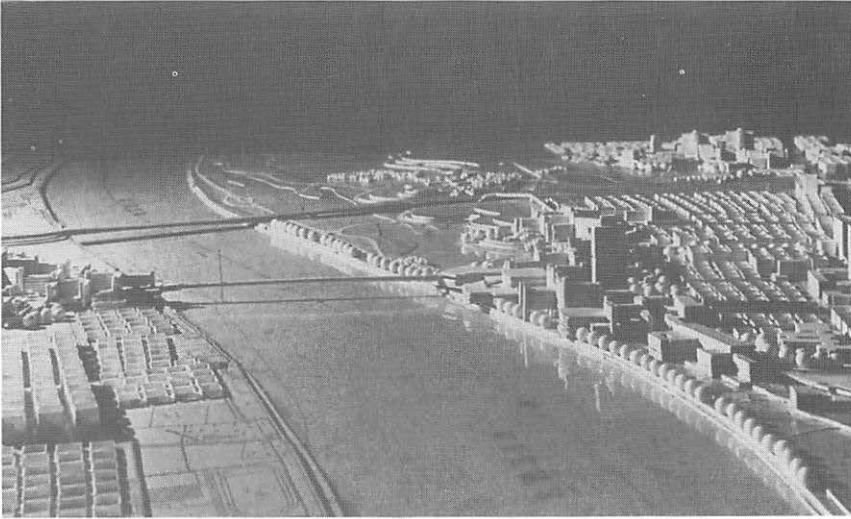


Abb. 5: 1972 - Ideenwettbewerb „Bauten des Bundes und ihre Integration in die Stadt Bonn“: 1. Preis (ST. und U. LEGGE). Das Neubauvolumen der „Brückenköpfe“ beiderseits des Rheins war auf 13 Mio. DM geschätzt worden.



Abb. 6: 1972 - Zustand des Regierungsviertels (noch ohne Bundeskanzleramt). Auf beiden Rheinseiten liegt das Gelände für die 1979 eröffnete Bundesgartenschau.

Gegensatz zur Erkenntnis desselben Gremiums über die Grenzen der Belastbarkeit des Stadt- und Landschaftsraums, insbesondere der Rheinaue.

Eine andere interessante Forderung, die auf THEODOR ESCHENBURG zurückgeht, bezog sich auf eine Verbesserung des organisatorischen und planungsrechtlichen Instrumentariums für eine kontinuierliche Planung und Realisierung des Hauptstadtausbaus, - auf eine "Lex specialis" für Bonn nach dem Vorbild anderer Hauptstädte mit einem "Federal District", auch auf eine Bündelung von Entscheidungs- und Realisierungskompetenzen, wie sie etwa zur gleichen Zeit bei der Münchener "Olympia-Baugesellschaft" erfolgreich angewandt wurden. Freilich fand sich für diesen Vorschlag keine politische Mehrheit, - er hätte die kommunale Planungshoheit und die Autarkie der Parlamente unseres föderalistischen Staates auch sicherlich unannehmbar in Frage gestellt. Die 1991 nach der Umzugsentscheidung des Bundestags wieder aufgekommene Diskussion hat auch in Berlin aus eben diesen Erwägungen kaum Erfolge gezeigt.

Grundlage des ersten ausgelobten Ideenwettbewerbs "Bauten des Bundes und ihre Integration in die Stadt Bonn" war im Jahr 1972 ein großangelegtes Neubauprogramm mit einem Bauvolumen von über 13 Mrd. DM. Beiderseits des Rheins hatte der erste Preisträger (LEGGE und LEGGE) "Brückenköpfe" vorgeschlagen (Abb. 5). Rückblickend kann man wohl sagen, daß dieser Wettbewerb eigentlich nur eine positive Wirkung hatte, nämlich die Einsicht, daß ein solch massives Bauvorhaben weder gestalterisch noch städtebaulich zu bewältigen gewesen wäre und deshalb nur eine Verteilung des Bauvolumens auf mehrere Standorte im Stadtgebiet hätte in Frage kommen können.

Besonders segensreich wirkte sich 1970 der von der Stadt Bonn ausgelobte Rheinauen-Wettbewerb aus, der schließlich zu einem Planungsauftrag an die Landschaftsarchitekten HANSJAKOB (München) und RADERSCHALL (Bonn) führte (Abb. 6). Zutreffend und früh genug hatte die Stadt erkannt, daß der Bund selbst diesen wichtigen Bereich zwischen dem Langen Eugen und den Kreuzbauten offensichtlich selbst nicht durch bauliche Aktivitäten aufzuwerten imstande war. 1979 hat sie deshalb mit der Bundesgartenschau ihre Vorstellungen realisiert und gleichzeitig einen hohen Maßstab für gestalterische Qualität gesetzt. Sie hat zugleich bewiesen, daß nicht etwa Hochbauten, wie noch im ersten Wettbewerb "Integration der Bundesbauten" angenommen, sondern viel besser ein Park die Klammer zwischen Bundesdistrikt und dem gegenüberliegenden Beueler Rheinufer bilden konnte.

Von diesen Überlegungen gänzlich unbeeinflusst (und auch weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit) hatte gleichzeitig 1972 Kanzleramtsminister EHMKE in einem trotzigem Alleingang (mit der Architektengruppe STIEDORF) den Neubau des Bundeskanzleramtes an der Görres-Wiese durchgesetzt und so die Zersplitterung der "Bauten der Demokratie" durch einen weiteren Solitär fortgesetzt (Abb. 7).

ALBERT SPEER hat (ungefragt, also nicht als einer der überaus zahlreichen Gutachter des Bundes!) 1981 zu Recht bemängelt, daß das Bundeskanzleramt "allenfalls durch sein Volumen und die auffälligen Baumaterialien auffällt, aber nicht durch eine architektonische Besonderheit, die bei einem solchen Gebäude gerechtfertigt wäre. Sein Grundriß könnte genauso einer Gesamtschule, einem Mittelklinikum oder einer Großstadt-Sparkasse entsprechen. Entscheidend für seinen Eindruck auf den Bürger aber ist, daß es wie zufällig dahingesetzt und eben nicht mit Bedacht geplant wirkt. Es liegt zwar an einem sogenannten Bundeskanzlerplatz; aber der ist nur ein Straßenknotenpunkt. Und es zeigt dem Bürger und der Stadt den Rücken und öffnet sich nur zu einer internen Auto-Vorfahrt und einer Rasenfläche, deren Sinnlosigkeit zu Recht mit einer Skulptur von HENRY MOORE kompensiert wurde. Es dürfte schwerfallen, angesichts der Kanzleramtskehrseite überhaupt eine Selbstdarstellung von Demokratie zu sehen"⁷⁾.

Von höherer Qualität waren die Beiträge eines zweiten Wettbewerbs für den Parlaments- und Regierungsdistrikt. Im Frühjahr 1973 ging es nämlich erstmals um Entwürfe für den Bun-

⁷⁾ A. SPEER: Aus Bonn soll kein deutsches Washington werden. In: Geo, H. 2/1981, S. 140-144

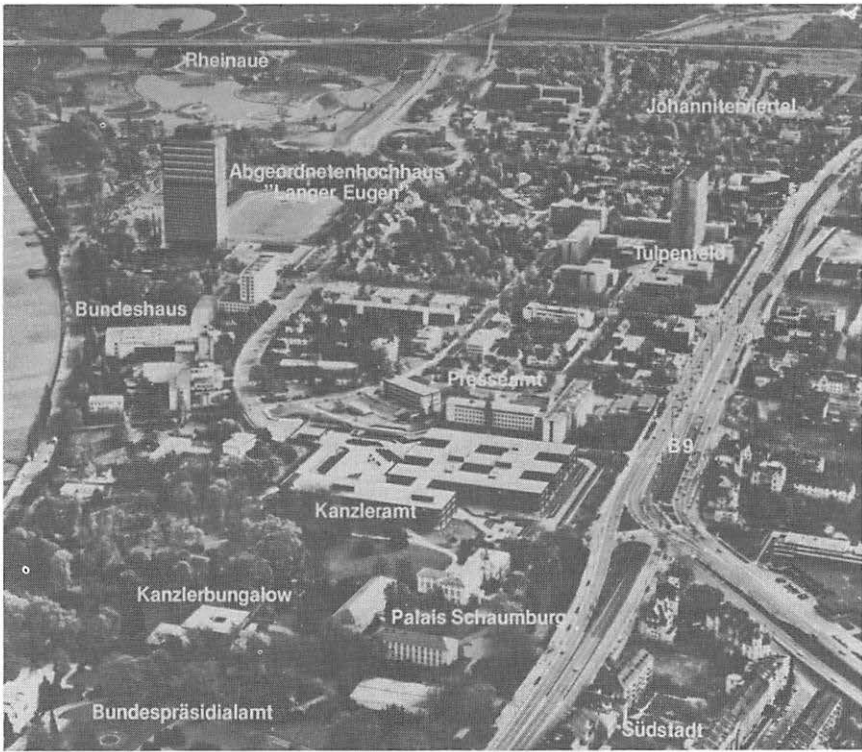


Abb. 7.: Zustand des Regierungsviertels 1987 (nach Errichtung des Bundeskanzleramts 1972)

destag und den Bundesrat. Grundlage war ein vom Ältestenrat des Bundestages (unter Vorsitz von Bundestagspräsident KAI-UWE VON HASSEL) nach mühsamer Vorbereitung verabschiedetes, freilich weit überzogenes Raumprogramm (das erst 1981 unter RICHARD STÜCKLEN um zwei Drittel reduziert worden ist). Es führte zu erheblichen Baumassen. An dem bundesoffenen Wettbewerb hatten sich ursprünglich 200 Architekten beteiligt, doch nur 36 schließlich ihre Entwürfe abgeben, von denen aber nach Auffassung des Preisgerichts unter Vorsitz von Professor SPENGLIN keiner die schwierige Aufgabe optimal gelöst hatte. So vergab das Preisgericht keinen 1. Preis, sondern vier "erste Ränge" und legte mit dieser nicht eindeutigen Preisgerichtsempfehlung den Grundstein für eine der nachhaltigsten Planerkontroversen der Bonner Hauptstadtgeschichte (Abb. 8, 9).

Bevor die vier Preisträger an eine Weiterbearbeitung ihrer Entwürfe gingen, wurden zunächst alle Arbeiten ausgestellt. Das Des-Interesse des Bauherrn Bundestag ließ sich diesmal übrigens genau quantifizieren: Von den rund 520 Bundestagsabgeordneten machten genau 20 (das sind weniger als 4 %) von der Möglichkeit einer kritischen Stellungnahme Gebrauch!

Nach einer Überarbeitung der vier Entwürfe hat eine Unterkommission des Ältestenrats unter Leitung von Bundestagspräsidentin ANNEMARIE RENGER 1974 zwei der Arbeiten [Prof. BEHNISCH (Stuttgart) und Büro VON WOLFF/SCHNEBLE (Konstanz)] ausgewählt und für sie ein weiteres Mal eine Überarbeitung empfohlen und damit Mitte 1975 den Beginn der 3. Phase eingeleitet.

3. Entwicklungsphase von 1975-1980: Die Zeit der "Weisen" und der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Kompromisse und der Reduktion überzogener Bauprogramme

Die dritte Phase begann mit einer folgenschweren Fehlentscheidung: Unter Vorsitz von Prof. SPENGLIN hatte ein Beurteilergremium empfohlen, beiden Architektenbüros gemeinsam die Gesamtplanung für die Bundesbauten zu übertragen, um aus dieser Kooperation die Vorteile beider Entwürfe kombinieren zu können, wobei die Professoren SPENGLIN (Hannover) und KAMMERER (Stuttgart) sowohl als Berater des Bauherrn (Ältestenrat) als auch als Koordinatoren und Schlichter für die Architekten fungieren wollten. Schon wenige Monate später scheiterte die Kooperation der Architekten überwiegend an ihrer persönlichen Unvereinbarkeit. Der Schlichtungsvorschlag der beiden Professoren hatte aber noch weit verheerendere Folgen, denn nun kam es zu einer Aufteilung der Planungsterritorien in einen nördlich vom Langen Eugen gelegenen Plenarbereich (Bundestag und Bundesrat), den das Büro Prof. BEHNISCH weiter bearbeiten sollte, und in den südlich gelegenen Fraktionsbereich, der dem Büro VON WOLFF/SCHNEBLE übertragen wurde. Es war also letztlich die Unfähigkeit beider Architekten, miteinander zu kooperieren, und ihre Unversöhnlichkeit, die mitbestimmend für die Standortentscheidungen der obersten Bundesorgane wurde! (Abb. 9).

Der Bauherr Bund hatte in diesem Stadium ein schwächliches Bild geboten, es mehrten sich Kompetenzstreite sowohl zwischen dem Präsidium des Bundestags und dem Ältestenrat als auch zwischen Bund und Bundesrat und der Stadt Bonn. Die Stadt Bonn tat ein übriges mit ihrem unzulänglichen Bebauungsplan, den sie im Rahmen ihrer Planungshoheit nach der dritten Überarbeitung der Entwürfe der beiden Büros eilig erstellt und 1977 zur Bürgerbeteiligung vorgelegt hatte (Abb. 10), wobei sie freilich die gesamte städtebaulich mitzuordnende Umgebung ausgeklammert hatte. Dies wie auch die viel zu große Baumasse in der Gronau stießen auf erbitterte öffentliche Kritik und verstärkten die Forderung nach einer längst überfälligen übergreifenden städtebaulichen Konzeption (vom "Fußmatten-Bebauungsplan" und "Klotz am Rhein" war die Rede).

In dieser Phase übernahm nun die Stadt Bonn die Initiative. Nach einer erneuten Denkpause wurde die städtebauliche Planung des Bundes überarbeitet und die unterlassene Abstimmung mit der Stadt nachgeholt. Auch Bundeskanzler HELMUT SCHMIDT waren 1977 deutliche Zweifel gekommen, ob aus dem mit der Hauptstadt-Vereinbarung ins Leben gerufenen "Ge-

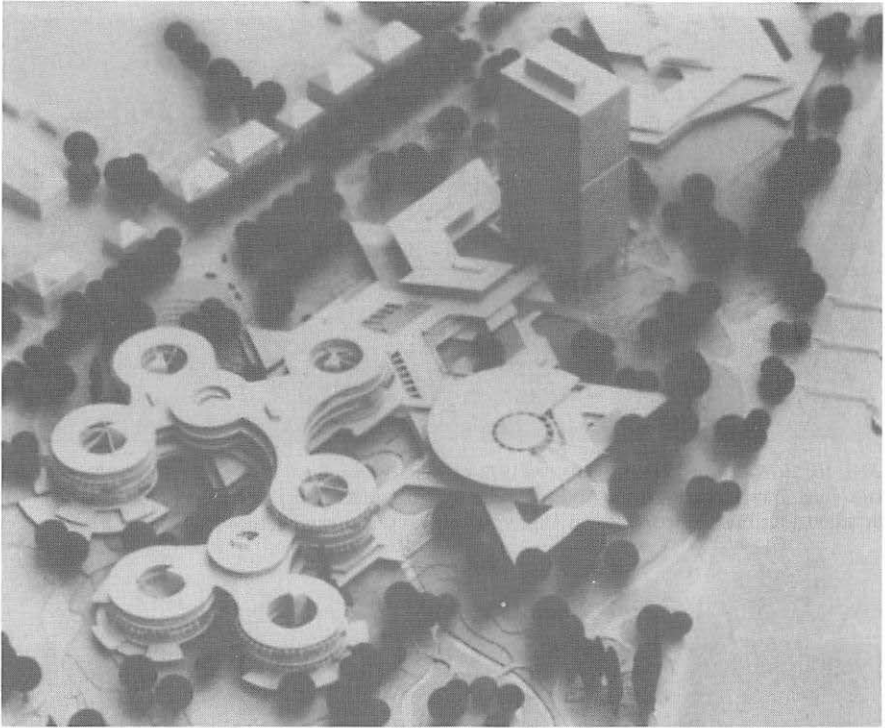


Abb. 8: 1973 - Wettbewerbsentwurf (Prof. G. BEHNISCH, Stuttgart)

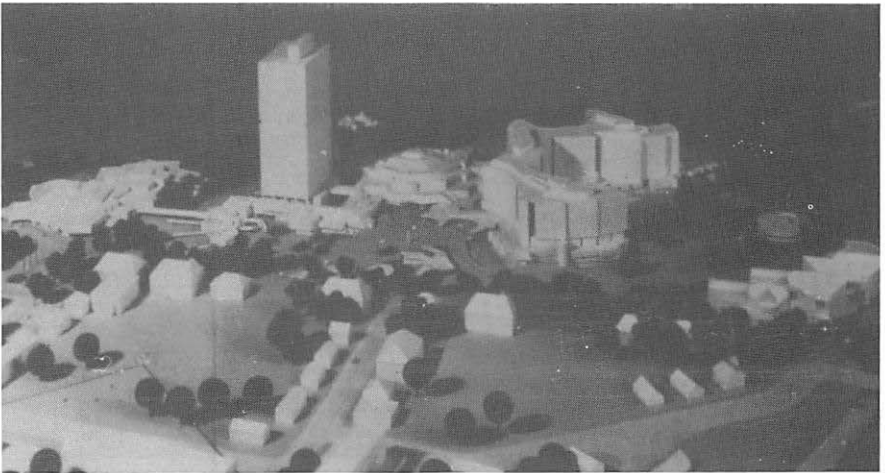


Abb. 9: 1973 - Wettbewerbsentwurf (W. u. F. v. WOLFF, E. SCHNEBLE, Konstanz)

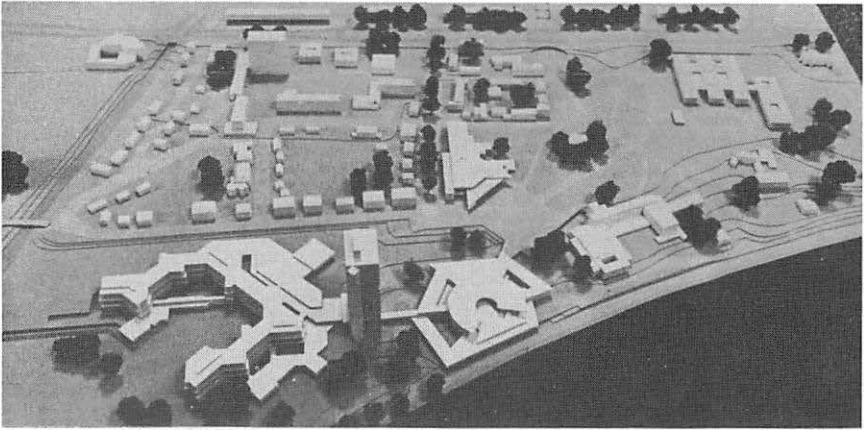


Abb. 10: 1976 - Dritte Überarbeitung des 1973-er Wettbewerbs durch Prof. G. BEHNISCH für Bundestags- und Bundesratsneubauten (rechts vom Abgeordnetenhochhaus) und durch VON WOLFF und SCHNEBLE für Fraktionsgebäude und Abgeordnetenbüros (links vom „Langen Eugen“)

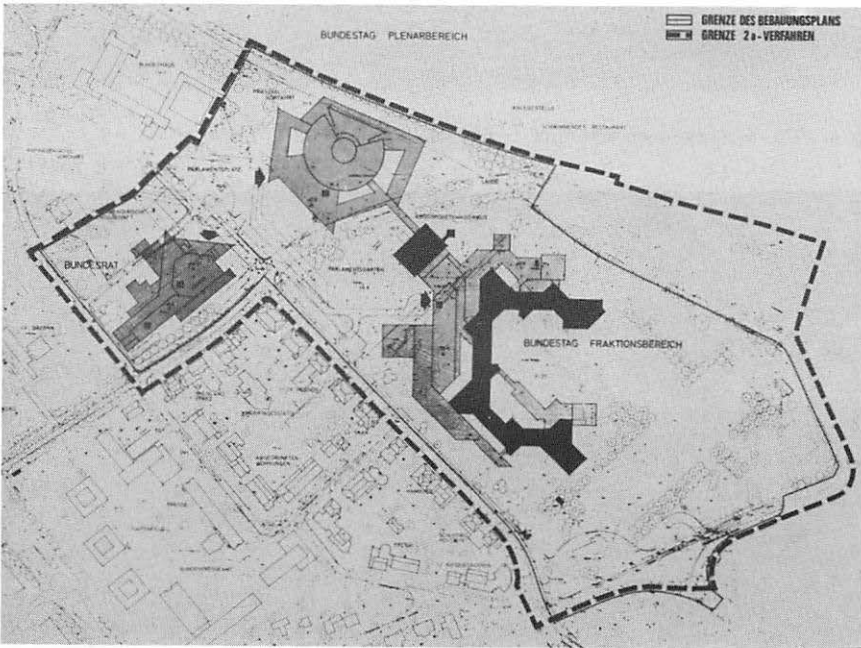


Abb. 11: 1977 - Bebauungsplan der Stadt Bonn (für das Planungskonzept der Abb. 10)

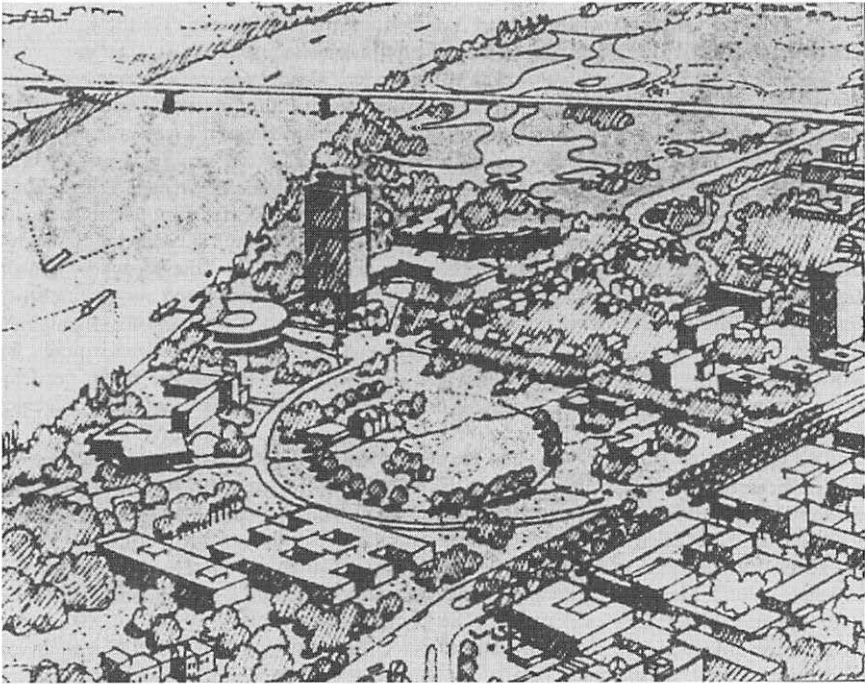


Abb. 12: 1978 - Vorschlag für eine parkartige Gestaltung der Parlamentsvorzone als „Grüne Mitte“ (Zeichnung Prof. G. BEHNISCH)

meinsamen Ausschuß" (von Verwaltungsleuten und Politikern des Bundes, des Landes und der Stadt) tatsächlich "große geistige oder künstlerische Konzepte erwachsen" könnten. Die Suche nach dem "wahrhaft universalen Geist"⁸⁾ führte 1977 zu der Berufung der "Drei Weisen", der Professoren RUDOLF HILLEBRECHT, GERHARDT LAAGE und WALTER ROSSOW als städtebaulichen Beratern des Bundes. Ihre in zwölf Berichten niedergelegten Vorstellungen stießen allerdings bei der Stadt (und später auch beim Bund) nur auf begrenzte Zustimmung. Vor allem ihre Vorschläge, anstelle der inzwischen erfolgreich praktizierten Orientierung an der kleinteiligen Bonner Siedlungsstruktur nun doch wieder zu einer repräsentativen Anordnung der Hauptstadtfunktionen beiderseits des Rheins (als symbolträchtiger Mitte) zurückzukehren und die Duisdorfer und Grau-Rheindorfer Ministerien unter Rückgriff auf das alte Konzentrationskonzept wieder nach Beuel "zurückzuholen", fanden keine Zustimmung. Ihre Vorschläge zur Gliederung der "Regierungsallee" oder zur Grünzäsur im Verlauf der Südtangente haben dagegen noch lange Zeit fruchtbar die weiteren Planungen beeinflusst.

Die Einschaltung der "Drei Weisen" wirkte sich ab 1977 auch auf das weitere Bebauungsplanverfahren für die Parlamentsbauten aus. Aufgrund einer Empfehlung des Gemeinsamen Ausschusses legten 1978 vier Architektenbüros alternative städtebauliche Gestaltungskonzepte für den engeren Bundesdistrikt vor, neben den schon bisher beteiligten Büros von Proff.

⁸⁾ W. GOLDMANN Verlag (Hrsg.): Kunst im Kanzleramt. HELMUT SCHMIDT und die Künste. München 1982, S. 56 f.

BEHNISCH und VON WOLFF/SCHNEBLE die Architekten Prof. ZLONICKY/HANSJAKOB (Dortmund/München) und die "gruppe hardtberg" (Bonn).

Als neue komplementäre Einrichtung war jetzt erstmals auch ein "Geistig-Kulturelles Zentrum" (die später sogenannte Bundes-Kunsthalle) hinzugekommen. Hinsichtlich der Standorte Bundestag und Bundesrat ergaben sich in allen vier Gutachten keine Unterschiede, wohl aber bei der Gestaltung der Parlamentsvorzone. Während die Proff. BEHNISCH und ZLONICKY großzügige und aufwendige (weil nur mit erheblichen Gebäudeabbrissen zu erkaufende) parkartige Freiräume vorschlugen (ZLONICKY = "Bundesgarten", BEHNISCH = "grüne Mitte"), plädierten VON WOLFF/SCHNEBLE und insbesondere die "gruppe hardtberg" für eine Folge einzelner Plätze (Abb. 12). Über diese konträren Leitbilder entstand wiederum langanhaltender Streit. Der Bund sprach sich überwiegend für die Idee der Platzfolgen aus, während die Stadt - allerdings unterstützt durch die städtebaulichen Berater des Bundes - die Idee der "grünen Mitte" favorisierte. Erst 1988 ist dieser Streit durch den von der Stadt Bonn ausgeschriebenen Wettbewerb "Parlaments-Vorzone" und die Entscheidung für den Entwurf der Hamburger Landschaftsarchitekten WEHBERG, LANGE, EPPINGER und SCHMIDTKE entschieden worden. Da jedoch der Entwurf von einer ganz unrealistischen Verlagerung des Studios des WDR, der Landesvertretung Niedersachsen, von Wohnungen und Büros ausging, blieb er völlig folgenlos (Abb. 13).

Das weitere Bebauungsplanverfahren für den Parlamentsbereich führte Mitte 1979 zu der sachlich sicherlich gebotenen Entscheidung des Gemeinsamen Ausschuß', nunmehr nur noch das von Prof. BEHNISCH erarbeitete Konzept weiterzuverfolgen. Von Oktober bis November 1979 legte die Stadt Bonn ihren Bebauungsplan zur Öffentlichkeitsbeteiligung erneut aus (nachdem zuvor der Bund eine vom Stadtrat verlangte Filmsimulation und eine Markierung der Gebäudehöhen durch Masten vorgenommen hatte). Die öffentliche Kritik blieb vernichtend. ROLF ZUNDEL schrieb in der "Zeit" sarkastisch: "Die Demokraten bauen ab".

In dieser Situation kam es, noch während der Offenlegung des Plans, auf Anregung von Bundeskanzler SCHMIDT und unter Beteiligung von Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung und Landesregierung sowie der Stadt Bonn im Oktober 1979 zu einem weithin beachteten und folgenreichen Kolloquium zum Hauptstadtausbau mit dem Titel "Bauten für die Demokratie". Nie zuvor und nie wieder danach ist so engagiert und so kompetent über städtebauliche Leitbilder zur Selbstdarstellung unseres Staates in seiner Bundeshauptstadt diskutiert worden, auch wenn darüber die eigentliche Planung der Parlamentsbauten eher in den Hintergrund getreten ist.

Schon 1981 hatte Prof. ALBERT SPEER "außer Konkurrenz" eine Planung vorgelegt (Abb. 14), die wenig bekannt geworden ist. Sein Vorschlag beließ den Bundestag im bisherigen Haus, das für den Bundesrat erweitert werden sollte. Anstelle eines neuen Bundestags sollte ein kleinerer Gebäudekomplex die Fraktionen aufnehmen. Um das Abgeordnetenhochhaus lag halbkreisförmig das neue Abgeordnetenbürogebäude. Neu gebaut werden sollten in der Nähe des Bundeskanzleramts auch Bundespresseamt, Gästehaus und ein Medienhaus mit Fernsehstudios. Statt eines Bundesratsneubaus waren ein Jugendhotel und ein Haus für Kunst und Gesellschaft vorgesehen, womit die "demokratische Funktion" des Viertels erweitert werden sollte. Auch Wohnungsbau hatte noch Raum⁹⁾.

Nach achtjähriger Planungszeit erklärte sich schließlich 1980 die Unterkommission des Ältestenrats bereit, den öffentlich geäußerten Bedenken gegen den Bebauungsplan wenigstens teilweise zu entsprechen und die Baumassen nochmals zu reduzieren. Am 24.4.1980 wurde der Bebauungsplan vom Stadtrat als Satzung beschlossen. Er ist nie realisiert worden.

⁹⁾ A. SPEER, a. a. O., S. 140 f.

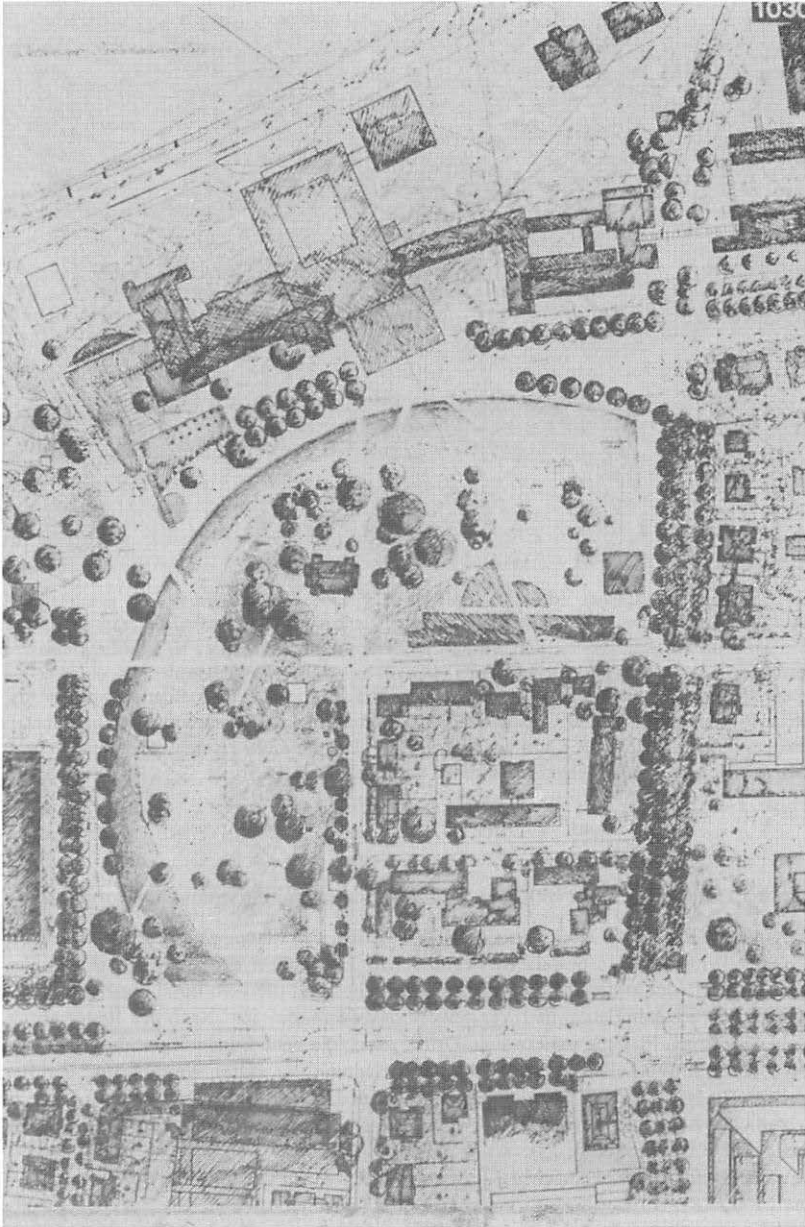


Abb 13: 1988 - Wettbewerb „Parlamentsvorzone“, 1. Preis (WEHBERG, LANGE, EPPINGER u. SCHMIDTKE, Hamburg). Erst erhebliche Gebäudeabriss hätten den Plan realisierbar gemacht.

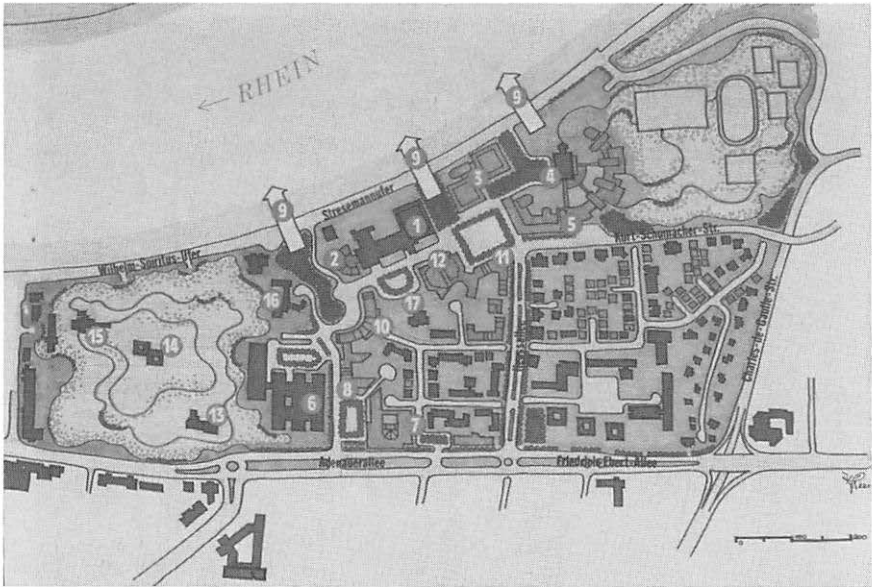


Abb 14: 1981 - Städtebaulicher Vorschlag von Prof. A. SPEER: Dichte Bebauung des gesamten Gebiets statt Auflockerung. Kleine Plätze und Öffnungen zum Rhein. Der Bundestag bleibt im bisherigen Haus (1), das um den Bundesrat (2) erweitert wird. Anstelle des neuen Bundestags soll ein Fraktionsgebäude (3) entstehen. Um das Abgeordnetenhochhaus (4) liegt halbkreisförmig das neue Abgeordnetenbürogebäude (5). Neu gebaut werden in der Nähe des Bundeskanzleramts (6) das Bundespresseamt (7), ein Gästehaus (8), ein Medienhaus mit Fernsehstudios (10). Statt Bundesratsneubau ist ein Jugendhotel (11) vorgesehen, ferner ein Haus für Kunst und Gesellschaft (12), um die „demokratischen Funktionen“ des Viertels zu erweitern. Auch Wohngebäude sollen noch Platz finden.

4. Entwicklungsphase ab 1980: Die Stadt übernimmt Initiative und Verantwortung

Mit Beginn der Regierung KOHL kann es 1982 auch bei der Planung der Parlamentsbauten zur Wende. Weil der Bund insbesondere wegen seiner Haushaltslage geschwächt war, füllte die Stadt als Trägerin der kommunalen Planungshoheit engagiert die vom Bund hinterlassene Lücke zunehmend mit Eigeninitiative und Verantwortungsbewußtsein aus. Nach der Reduzierung der weitgehend fertigen Planung um etwa ein Drittel durch die neue Bundesregierung unter Kanzler HELMUT KOHL entwickelte die Stadt (unter Einschaltung der "Drei Weisen" und der Berater Prof. SPENGLIN und Prof. KAMMERER gemeinsam mit der Bundesbaudirektion) ein neues städtebauliches Konzept, diesmal jedoch nicht mehr allein für die Parlamentsbauten, sondern für das gesamte Umfeld (Abb. 15).

Zur Beurteilung des städtischen Konzepts wurden wiederum drei Planungsbüros [die Professoren STRACKE (Braunschweig) und ZLONICKY (Dortmund) sowie die "gruppe hardtberg" (Bonn)] eingeschaltet. Ihre Arbeiten gaben 1983 wiederum dem Bund die Grundlage für ein erneutes Gutachterverfahren unter sechs Architekturbüros. Ziel war jetzt die Entwicklung von Vorentwürfen für ein neues Fraktionsgebäude mit Räumen für die wissenschaftlichen Dienste, das zwischen dem Langer Eugen und der Kurt-Schumacher-Straße erbaut werden sollte. Unter

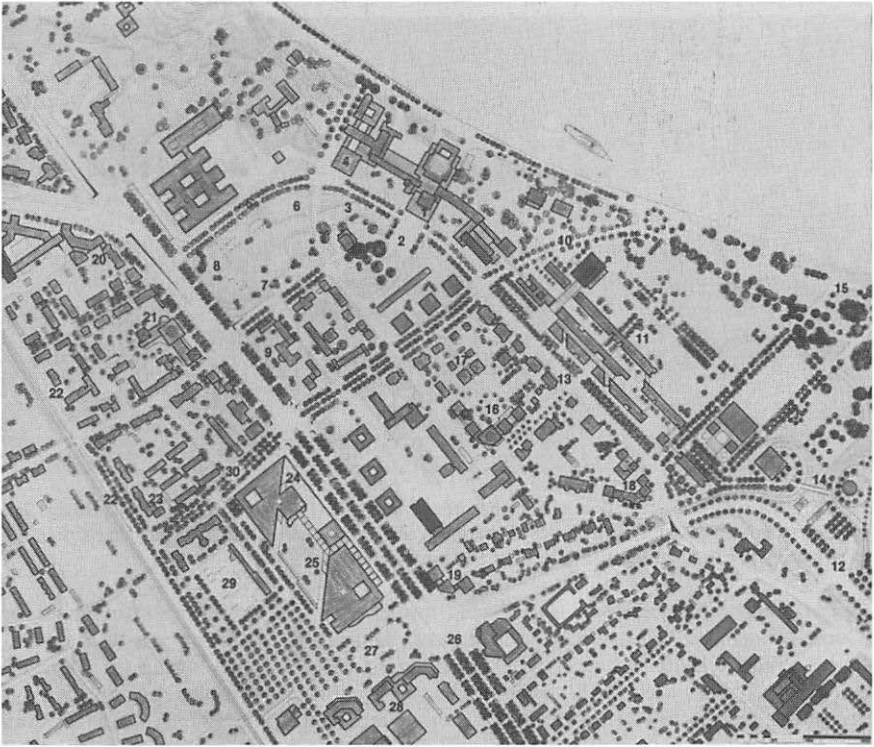


Abb. 15: 1985 - Neuordnungskonzept für das Parlamentsviertel (Stadtplanungsamt Bonn unter Einschaltung der „Drei Weisen“ HILLEBRECHT, LAAGE und ROSSOW, mit Unterstützung durch die Berater Prof. SPENGLIN und Prof. KAMMERER und die Bundesbaudirektion).
 Erläuterungen: Neubau Bundesrat (4); Beseitigung von 6 Häusern für die „Grüne Mitte“ (7); Verlagerung des Presse- und Informationsamts (8); Beseitigung von zwei Bürohäusern und Tankstelle (9) (Abbruch erfolgte 1994-96); Neubau Bundestag (11); Zentrale Mahn- und Gedenkstätte (15); Neubau WDR-Studios (16); Neubau Landesregierung Niedersachsen (18); Neubau des Museums „Haus der Geschichte“ (HARTMUT u. INGEBORG RÜDINGER), errichtet 1993/94 (21); Städtisches Kunstmuseum (AXEL SCHULTES) (24); Kunst- und Ausstellungshalle des Bundes (GUSTAV PEICHL) (25)

den Gutachtern war wieder das Büro von Prof. BEHNISCH, während nun das Büro VON WOLFF/SCHNEBLE endgültig ausscheiden mußte.

Aus den Wettbewerbsbeiträgen der sechs geladenen Architekturbüros ist unmittelbar nach der Bundestagswahl am 18.1.1984 von der Baukommission des Ältestenrats unter Vorsitz von RICHARD STÜCKLEN der Entwurf von Prof. SCHÜRMAN (Köln) zur weiteren Planung ausgewählt worden (Kostenschätzung damals ca. 400 Mio. DM). Derselbe Architekt hatte übrigens schon 1967 den Bebauungsplan für die sieben Kreuzbauten entwickelt (Abb. 16). Im Dezember 1993 ist der Rohbau des Abgeordnetengebäudes (jetzt als "Schürmann-Bau" bezeichnet) bei einem Rheinhochwasser schwer beschädigt worden. Seitdem ruht der Baufortgang; der Baustillstand kostet täglich 20.000 DM! Mitte 1997 soll mit der Sanierung der Schäden und der Fertigstellung des Gebäudes (voraussichtlich für die "Deutsche Welle") begonnen werden.



Abb. 16: 1984 - Wettbewerb für ein neues Abgeordnetengebäude (1. Preis: Prof. J. SCHÜRMANN). Seit dem Dezemberhochwasser 1993 liegt der „Schürmannbau“ als Bauruine still. Die Stilllegungskosten haben sich seitdem auf schätzungsweise 25 Mio. DM aussummiert.

Der vorstehend beschriebene lange Planungsprozess zeigt, wie sehr es in all den Jahren der "Bonner Republik" an umfassenden städtebaulichen Leitbildern gefehlt hat, was weniger dem Mangel an genialen Architektenpersönlichkeiten zuzuschreiben ist, als vielmehr der Unsicherheit, vielleicht sogar auch der Unfähigkeit eines weitgehend indifferenten Bauherrn, zu entscheiden und später auch zu seinen Entscheidungen zu stehen. Die Erfahrung der letzten drei Jahrzehnte zeigt jedenfalls, daß der Ratlosigkeit der Entscheidungsträger im Bund (die sich oft viel eher noch als Entscheidungsverhinderer betätigt haben) nicht dadurch abzuhelpen war, daß sie immer neue Ratgeber befragt und mit der Vorlage neuer Konzepte betraut haben. Das städtebauliche Ergebnis ist jene Mischung aus "Großmannssucht, Phantasielosigkeit und Streuselkuchendemokratie", wie sie z. B. ALBERT SPEER 1981 beklagt hat.

VI. Die "Bundesstadt Bonn" im sechsten Jahr nach der Berlin-Entscheidung: Säulenbau oder Rutschbahn?

Nach der sehr knappen Entscheidung des Deutschen Bundestags für Berlin als Sitz von Parlament und Teilen der Regierung (mit 338 zu 320 Stimmen) ist Bonn keineswegs zu einer "Geisterstadt" geworden. Dazu hat wesentlich der "Ausgleichsvertrag" vom 29. Juni 1994 beigetragen, nach dem der Bund der "Region Bonn" für den Ausgleich der Umzugsfolgen 2,81 Mrd. DM zur Verfügung stellt, zu denen das Land Nordrhein-Westfalen weitere 500 Mio. DM beisteuert.

"Zwischen Berlin und Bonn soll eine faire Arbeitsteilung vereinbart werden Bonn bleibt Verwaltungszentrum der Bundesrepublik Deutschland", heißt es im Bundestagsbeschluss vom 20. Juni 1991. Der Bundesrat hatte sich am 5. Juli 1991 zwar für ein Verbleiben in Bonn entschieden, sich aber "eine Überprüfung dieser Entscheidung im Lichte der noch zu gewinnenden Erfahrungen in späteren Jahren" vorbehalten. Ohne freilich den Umzug des Parlaments abgewartet zu haben, also ohne die "gewonnenen Erfahrungen", hat sich allerdings der Bundesrat im Herbst 1996 aller gebotenen Sparsamkeit zum Trotz ebenfalls für den Umzug nach Berlin

entschieden. Nach dem Berlin-Bonn-Gesetz vom 26. April 1994, das die "Wahrnehmung von Regierungstätigkeiten in der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn" festgelegt hat, sollen sieben Bundesministerien mit ihrem ersten Dienstsitz in Bonn verbleiben und die nach Berlin umziehenden Ressorts einen zweiten Dienstsitz in Bonn behalten. Damit könnten rd. 65% der ministeriellen Arbeitsplätze in Bonn verbleiben, das damit zu Deutschlands Verwaltungszentrum werden könnte. In dem gleichen Gesetz ist der Umzug von 24 Bundesbehörden von Berlin und Frankfurt am Main nach Bonn festgehalten worden.

Wird der Bund Wort halten oder kommt es - wie die Bundesratsentscheidung befürchten läßt - am Ende doch zu jenem "Rutschbahneffekt", der die ungewöhnlich großen Anstrengungen der Stadt Bonn und ihres Umlands zu einem Strukturwandel schnell zunichte machen könnte. Immerhin werden mehr als 20.000 Arbeitsplätze des Bundestags, der diplomatischen Vertretungen, der Lobbies und der Medien zuzüglich der mit fortziehenden Familienangehörigen die Region Bonn verlassen. Die Bundesregierung hatte schon am 11. Dezember 1991 das von der Stadt Bonn vorgelegte "Fünf-Säulen-Modell" übernommen, das als Basis für den Strukturwandel fünf Schwerpunkte vorsieht:

- Bonn als Bundesstadt
- Zentrum für internationale Zusammenarbeit
- Region der Wissenschaft und Forschung
- Region zukunftsorientierter Wirtschaftsstruktur
- Modell einer umweltgerechten Städtelandschaft und Kulturregion.

Fünf Jahre nach der Umzugsentscheidung hat der Strukturwandel deutliche Formen angenommen, wenngleich der Bund seiner geänderten Rolle als "Bauherr der Bundesstadt Bonn" noch immer nicht voll gerecht wird. Der "Schürmann-Bau" ist sein deutlichstes Zeichen. Andererseits sind mit der "Museumsméile", u. a. mit dem neuen "Haus der Geschichte", der neuen "Bundeskunsthalle" und dem neuen städtischen Kunstmuseum, und der Ansiedlung internationaler Organisationen in Bonn neue Schwerpunkte gesetzt worden.

Vor allem das Konzept für den Wissenschaftsraum Bonn erhält mit 1,6 Mrd. DM den größten Anteil an den Ausgleichsgeldern. Damit werden folgende Projekte gefördert:

- CAESAR (Center for Advanced European Studies and Research) als naturwissenschaftliches Spitzenforschungszentrum (mit 750 Mio. DM Stiftungskapital/685 Mio. vom Bund, 65 Mio. vom Land, die über 10 Jahre in Raten ausgezahlt werden).
- CICERO (Center for International Cooperation in Advanced Education and Research) mit seinem Nord-Süd-Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) und seinem Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) als eigenständige Einrichtungen der Universität Bonn (jeweils 60 Mio. DM).
- Fachhochschule Rhein-Sieg (515 Mio. DM) und Fachhochschule Ahr (185 Mio. DM).
- Ausbau des Wissenschaftszentrums (74 Mio. DM) mit Neubauten für den Deutschen Akademischen Austauschdienst, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Hochschulrektorenkonferenz sowie weiteren Institutionen.
- Begabtenförderungswerk für berufliche Bildung (16 Mio. DM).
- Deutsches Büro für Bildung und Wissenschaft in Europa (5 Mio. DM).

Weitere Einrichtungen (wie z. B. Technologietransfer- und Innovationszentrum, Fraunhofer-Institut u. a.) sollen gleichfalls gefördert werden.

Vier Jahrzehnte lang brauchte sich Bonn nicht um neue Arbeitsplätze zu bemühen. Seit der Umzugsentscheidung 1991 sind neben der Telecom (1.900 Beschäftigte), DeTe Mobil (heute 1.820, demnächst fast 4.000 Beschäftigte), Post AG (2.000 Beschäftigte) DETECON (600 Beschäftigte) und Postbank über 300 neue Betriebe allein aus der Telekommunikationsbranche nach Bonn und in das Umland gezogen. Für die städtebauliche Strukturplanung ergeben sich

daraus ebenso schwerwiegende Herausforderungen wie aus der Fortentwicklung umwelt- und stadtverträglicher Verkehrssysteme, die hier nicht näher beschrieben werden können.

Dennoch ist die Furcht vor der "Rutschbahn" keineswegs gebannt. Doch auch wenn Bonn auf dem politischen Parkett nicht mehr eine Hauptrolle spielen wird, sieht seine Zukunft keineswegs düster aus.

VII. War es ein Unglück für Bonn, keine Hauptstadt geworden zu sein?

Zwei Aspekte des Hauptstadthemas hat dieser Beitrag besonders herausarbeiten sollen:

Einerseits ging es um den Nachweis, daß es (seit der mit knapper Mehrheit 1948 getroffenen Entscheidung des Parlamentarischen Rats für Bonn als vorläufigem Sitz der Bundesorgane) niemals das für einen planmäßigen Ausbau einer Bundeshauptstadt unabdingbare und auch von einem breiten gesellschaftlichen und politischen Konsens getragene und kontinuierlich weiterverfolgte städtebauliche Leitbild gegeben hat, es vielleicht aber auch gar nicht geben konnte.

Obgleich 1971 erstmals WILLY BRANDT in seiner Regierungserklärung von Bonn als Regierungshauptstadt gesprochen hatte und obgleich dann endgültig 1975 mit der Vereinbarung von Bund, Land und Stadt über den Ausbau Bonns zur Bundeshauptstadt ganz bewußt Abschied vom Provisorium genommen worden war, konnte doch - abgesehen von einzelnen Ansätzen - von einer angemessenen baulichen und städtebaulichen Selbstdarstellung unserer Staats- und Gesellschaftsform niemals die Rede sein. So hat das "Provisorium" nicht nur als sichtbarer Ausdruck unserer damals noch zu beklagenden nationalen Tragödie und der über eine Generation währenden politischen Pietät gegenüber der alten "Reichshauptstadt", sondern oft auch als gern benutztes Alibi für den Verzicht auf jede bauliche und städtebauliche Inszenierung unserer Gesellschaftsform bis zur deutschen Wiedervereinigung und zur Bundestagsentscheidung vom 20. Juni 1991 fortgewirkt.

Andererseits aber ging es auch darum, deutlich zu machen, daß es einer pluralistischen Gesellschaft wie der unsrigen, die - zumindest bis zur Umzugsentscheidung 1991 - eine historisch nur allzu verständliche Abneigung gegen bauliche Demonstrationen politischer Macht hatte, kaum möglich war, sich auf ein bestimmtes städtebauliches und architektonisches Leitbild zur Selbstdarstellung ihrer demokratischen Ordnung zu verständigen.

Gewiß war es diese Erkenntnis, die am 4. Mai 1977 HELMUT SCHMIDT zur Formulierung seines "Herzenswunsches" und seiner "großen Hoffnung für Bund und Stadt" veranlaßt hatte, - zu seiner Hoffnung auf die überragende kreative und überzeugungsstarke Stadtplaner- und Architektenpersönlichkeit, deren Werk wie einst das Werk eines BALTHASAR NEUMANN, eines GOTTFRIED SCHADOW oder eines KARL FRIEDRICH SCHINKEL, notfalls auch gegen vielerlei Widerstände sich durchzusetzen und die Zeiten überdauern vermöchte. "Eine solche Persönlichkeit", so sagte HELMUT SCHMIDT 1977, "sollte nicht eben mal einen Entwurf abliefern und dann wieder an die heimatliche Technische Hochschule zurückkehren, ... sie müßte schon einen sehr wesentlichen Teil ihres eigenen gestalterischen Lebens dieser Aufgabe Bundeshauptstadt Bonn zur Verfügung stellen". Und dann hatte er fortgefahren: "Niemand kann erwarten, daß die geistige Kraft ... aus der traditionellen Bauverwaltung einer Stadt erwachse"¹⁰. Ob dies nicht ebenso wie damals für Bonn heute auch für Berlin gelten darf?

Freilich war auch HELMUT SCHMIDT wohl bewußt, daß die zitierten Architektenpersönlichkeiten zu ihrer Zeit "zu ihren Planungen und Planverwirklichungen von einem Ort politischer Willensbildung beauftragt wurden Die Demokratie als Bauherr hat es natürlich immer viel schwerer als ein Fürstbischof oder Kurfürst. Das ist klar. Aber die Demokratie wäre falsch beraten, wenn sie glaubte, daß alle wichtigen Entwürfe in großen Komitees oder in Ple-

¹⁰ SCHMIDT wünscht Bonn den Großen Stadtplaner. General-Anzeiger-Gespräch mit dem Bundeskanzler In: General-Anzeiger Bonn v. 4.5.1977, S. 12 u. 13

narsitzungen des Bundes zustande kommen können Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland ohne die Figur ADENAUERS ist nicht denkbar. Es gehören einzelne dazu, die Entwürfe machen. So ist das auch mit der zukünftigen Gestaltung der Bundeshauptstadt".

Es mag hier offenbleiben, wieweit sich HELMUT SCHMIDTs Forderung (die ja auch die ADOLF ARNDTs war) nach einer universellen Künstlerpersönlichkeit am Reißbrett heute bei unserer Verwaltungsmentalität und der Vielfalt der parlamentarischen Entscheidungsgremien noch verwirklichen läßt und ob sie überhaupt der Meinungsvielfalt unserer pluralistischen Gesellschaft gerecht werden kann. Es gebührt ihm jedenfalls das Lob, sich deutlicher als jeder andere Politiker nach ihm zur Hauptstadtplanung und -entwicklung in Bonn geäußert zu haben. Sein Nachfolger hat sich erst wieder mit der Hauptstadtplanung befaßt, als die Umzugsentscheidung für Berlin gefallen war.

Heute finden offenbar viele unserer politischen Repräsentanten Gefallen an der Vorstellung, die Demokratie sei viel besser in den Köpfen der Bürger aufgehoben als in der sichtbaren baulichen und städtebaulichen Form ihrer Institutionen. Sollte das nicht Anlaß für Architekten und Stadtplaner, aber auch für uns alle zum Aufwachen sein? Wäre dem wirklich so, gäbe es kein Bedürfnis mehr für eine Hauptstadt, - bräuchte heute auch Berlin nicht länger mit dem Anspruch behelligt zu werden, Symbol unserer Demokratie zu sein.

So gesehen geht es also letztlich um die Entscheidung darüber, ob einerseits ein Staat wie der unsrige überhaupt eine Bundeshauptstadt braucht oder ob andererseits - wie heute vielfach behauptet wird - es rückblickend gar kein Unglück war, daß aus Bonn überhaupt keine Hauptstadt im historisch überkommenen Sinne geworden ist. Denn zu einer unbekümmerten architektonischen und städtebaulichen Demonstration unserer neuen politischen und wirtschaftlichen Macht und unserer kulturellen Bedeutung, städtebaulich womöglich noch konzentriert beiderseits einer prachtvollen "Regierungsallee", hätten uns in Bonn Unschuld wie Legitimation wohl gefehlt. Vielleicht hätte sich Bonn gar nicht zur Bundeshauptstadt des wiedervereinigten Deutschland geeignet, hätte seine Identität verloren, seinen viel gerühmten genius loci zerstört oder seine liebenswerte Provinzialität in Frage gestellt, - allesamt Werte, die sich doch heute weit größerer Wertschätzung erfreuen als noch vor wenigen Jahren.

In allen Zeitepochen hat das, was gebaut worden ist, die geistige Ordnung der Zeit widerspiegelt. Ist es nicht die geistige Unordnung unserer Zeit, die sich in den Bonner Bundesbauten ebenso manifestiert hat wie es nun in Berlin in vielleicht noch größerem Maßstab geschehen wird?

Dieser Beitrag hatte mit SCHILLER begonnen. So ist es nur billig, ihn mit GOETHE zu beschließen: Im "hochgewölbten, engen gotischen Studierzimmer" sagt Faust zu seinem in Schlafrock und Nachtmütze gekleideten, die Lampe in der Hand haltenden Famulus Wagner:

"Mein Freund, die Zeiten der Vergangenheit
sind uns ein Buch mit sieben Siegeln.
Was ihr den Geist der Zeiten heißt,
das ist im Grund der Herren eigner Geist,
in dem die Zeiten sich bespiegeln".

Prof. Dr.-Ing. Klaus Borchard, Rektor
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität
Institut für Städtebau, Bodenordnung und Kulturtechnik
Nußallee 1
D-53115 Bonn

Berlin auf dem Weg zur Bundeshauptstadt

Aufgaben, Ziele und Projekte der städtebaulichen Entwicklung einer Metropole im Wandel

Vorbemerkungen

Als nach dem Fall der Mauer offenbar geworden war, daß es ein vereintes Deutschland geben würde, schien es im ersten Augenblick selbstverständlich, daß dann auch die alte Hauptstadt Berlin Sitz des deutschen Parlaments und einer gesamtdeutschen Regierung werden würde. Dies nicht nur, weil es über 40 Jahre lang immer wieder so beschworen und beschlossen wurde, sondern weil Berlin nun noch mehr als zuvor Stadt und Schauplatz deutschen Schicksals und deutscher Geschichte geworden war. Hier, wo die Teilung und die politische Konfrontation sich am sinnfälligsten und am schmerzlichsten artikuliert hatten, kamen nun die Deutschen am schnellsten und intensivsten wieder zusammen. Berlin bereitete sich darum seit dem ersten Tag dieser gesellschaftlichen Veränderungen auf seine Hauptstadtrolle vor. Kaum nachvollziehbar dann aus Berliner Sicht die Debatten um Regierungssitzverlagerung und Umzugstermine noch in der Folge des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991, der endlich die Stadt wieder faktisch zur Hauptstadt machte, und für die Möglichkeiten ihrer weiteren Entwicklung von ausschlaggebender Bedeutung war.

Durch die weitreichenden Veränderungen in Europa und Deutschland und durch den künftigen Sitz von Parlament und Regierung wird Berlin besondere nationale und internationale Bedeutung übertragen, haben sich die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Stadt grundlegend verändert. Bedingt durch die günstige geopolitische Lage Berlins und die Hauptstadtfunktionen erhält die Stadt die Chance, die Aufgabe einer Schaltstelle zwischen West- und Osteuropa zu übernehmen. Die Voraussetzungen sind gut, daß der Entwicklungsraum Berlins Anziehungspunkt und Standort weltweit tätiger Wirtschafts-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen wird. Auf der anderen Seite ist die traditionelle industrielle Wirtschaftsbasis der Stadt seit der Wende geradewegs weggebrochen. Reindustrialisierung erscheint vor dem Hintergrund von Globalisierung und in direkter Nachbarschaft zu Osteuropa kaum erfolgversprechend.

Aus diesen veränderten Rahmenbedingungen mit ihren gravierenden baulichen Auswirkungen ergibt sich eine besondere Verantwortung für die Stadtentwicklung und Stadtplanung, für Städtebau und Architektur. Schlagartig besteht die komplexe und komplizierte Aufgabe, große Flächenpotentiale als Ergebnis der Teilung neu zu strukturieren und zusammenzuführen, die Entwicklungsziele vollkommen neu zu definieren und wegen der zu Beginn stürmischen Projektentwicklung viele Planungen unter Zeitdruck trotzdem für die Bevölkerung verträglich umzusetzen. Berlin hat die Chance und wagt einen Neuanfang, der vergleichbar ist mit den Entwicklungen der Industrialisierung Mitte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Berlin hat die Aufgabe, die strukturelle und kulturelle Wiedervereinigung zu einer 3,5 Millionenstadt mit erwartetem Zuwachs bis zu 1 Mio. Einwohnern in der Stadtregion zu erreichen.

Sieben Jahre nach dem Fall der Mauer ist die Stadt über das Stadium der planerischen Überlegungen hinaus. Der Wachstumsprozeß verändert sichtbar das Stadtbild und die Struktur. In Berlin werden in 10 - 15 Jahren Investitionen von ca. 200 Mrd. DM getätigt sein.

Der Aufgabenumfang und die Gleichzeitigkeit von Fragen auf allen Ebenen zwang zu schnellen Entscheidungen, aber die Entwicklung forderte vor allem die Bereitschaft, neue Wege zu gehen. Auf dem Weg zur Bundeshauptstadt konnte die Stadt nicht an gesichertem Wissen, an Traditionen anknüpfen, mußte vielmehr ihre Identität neu definieren, Selbstverständnis gewinnen im Tun und in der Veränderung. Der Charakter der Reichshauptstadt mit ihrer kaum siebzigjährigen Geschichte konnte ebensowenig Bezugspunkt für die zukünftige Metropole sein,

wie Bonn als provisorische Hauptstadt der alten Bundesrepublik wesentliches zu Fragen der räumlichen Organisation der Regierungsfunktion beisteuern konnte.

Ohne jedes Beispiel und Vorbild ist schließlich die Beantwortung der Frage der Zusammenführung zweier, vierzig Jahre getrennt entwickelter Stadtgesellschaften zu einem Gemeinwesen. Wenn die Stadt diese Leistung vollbracht hat, wird sie nicht nur faktische, sondern legitime Hauptstadt sein. Für den gesellschaftlichen, strukturellen Entwicklungsprozeß, der im Zentrum eines so verstandenen Weges zur Bundeshauptstadt stehen wird, kann die räumliche Planung nur einen die Rahmenbedingungen gestaltenden Beitrag geben.

Im folgenden soll hierzu, beginnend mit den übergeordneten, großräumigen wie regionalen Zusammenhängen, in denen Berlin seit der Wende steht, berichtet werden. Es schließen sich Darstellungen zur gesamtstädtischen Entwicklungskonzeption an, gefolgt von Erläuterungen zur Planung für die Innenstadt und zur Hauptstadtplanung im engeren, auf die Regierungsfunktion gerichteten Sinn. Das Fazit charakterisiert den Status, die zurückgelegte Wegstrecke der Hauptstadtwerdung Berlins.

1. Übergeordnete Bezüge und raumordnungspolitische Aspekte

In den vergangenen Jahrzehnten konzentrierte sich das europäische Wirtschaftswachstum auf die bevölkerungsreiche Nord-Süd-Achse von London über die Rheinschiene nach Oberitalien, auf die "Blaue Banane". Mit der Wende bietet sich mittel- bis längerfristig die Chance einer neuen Entwicklungssachse im östlichen Mitteleuropa zwischen Berlin, Prag, Wien und Budapest. Diese ist mit der "Banane" über die wohl wichtigste europäische West-Ost-Achse Paris - Berlin - Warschau - Moskau zu verbinden; wichtige Ansätze bilden dazu die bereits begonnenen „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“. Berlin liegt perspektivisch wieder zentral, sowohl mit der Option Entwicklungskapazitäten von der Nord-Süd-Achse zur östlichen Seite und zugleich zu einem Teilraum Deutschlands hinzuziehen, als auch - und vor allem - eigene Potentiale vor diesem Hintergrund und Bezugsfeld zu aktivieren.

Berlin bietet sich aufgrund seiner zentralen Lage in Mitteleuropa, seinen Erfahrungen mit zwei Wirtschaftssystemen und seinen historischen Verbindungen zu Osteuropa geradezu an, ein Mittler im Übergang zu marktwirtschaftlich orientierten Systemen in Osteuropa zu werden. Die neue Funktion und spezifische Wertigkeit der Hauptstadtregion Berlin/Brandenburg im Verhältnis zu anderen europäischen Metropolregionen ist allerdings noch zu profilieren. Die vielzitierte Drehscheibenfunktion Berlins als Knotenpunkt zwischen Ost und West, zwischen Skandinavien und Mitteleuropa bedarf der Präzisierung: es geht hier weniger um bloßen Warenumschlag als um Produktinnovationen und Wirtschaftskontakte, um Wissenschafts- und Kulturaustausch.

Eine wieder erstarkende Metropolregion Berlin/Brandenburg wird im gewissen Umfang auch das jahrzehntelang bewährte dezentrale Zentrensystem in Deutschland neu reflektieren. Zwar soll und wird (aufgrund der Kraft des faktisch Vorhandenen) die Arbeitsteilung unter den großen deutschen Hauptzentren erhalten bleiben. Auch wird im grundgesetzlich verankerten föderalen System Berlin in seiner wiedergewonnenen Rolle als Bundeshauptstadt nicht erneut jene dominierende Rolle spielen können und wollen, die die alte Reichshauptstadt (insbesondere im 3. Reich) Zeit innehatte. Trotzdem wird es nicht einfach nur bei einem Transfer bundeshauptstädtischer Aufgaben von Bonn nach Berlin bleiben. Es sind Folgewirkungen zu erwarten, aber auch dringend erforderlich, um den nach der Wende zu Tage getretenen Strukturproblemen zu begegnen - nicht nur in Berlin, sondern im gesamten Nordosten Deutschlands.

Berlin bringt in den Prozeß der Arbeitsteilung neben der zukünftigen Rolle als deutsche Hauptstadt die Bedeutung als Kulturmetropole, Wissenschafts- und Kongreßstadt ein und wird sich zu einer europäischen Dienstleistungsmetropole entwickeln. Insbesondere Informations- und Kommunikationsdienstleistungen sowie Dienste, die eine hohe Affinität zur Technologie oder zu Ost/West-Verbindungen aufweisen, werden gefragt sein und angeboten werden.

Berlin befindet sich auf dem Weg zu einer solch neuen Metropole in einem schwer prognostizierbaren Prozeß der Veränderung - unter Einfluß vieler Außenfaktoren - und auf der Suche nach einem neuen und eigenständigen, unverwechselbaren Profil. Daher ist es die besondere Aufgabe der Planung, kritisch die Stärken und Schwächen der Region zu analysieren. Der Ballungsraum Berlin hat dabei hinreichende räumlich-infrastrukturelle Voraussetzungen, um den Leistungsanforderungen als Netzknoten europäischer Metropolen zu entsprechen und könnte katalysatorisch dem europäischen und innerdeutschen wirtschaftsräumlichen Ungleichgewicht entgegenwirken.

Einbindung in die regionale Entwicklung

Die Region Berlin/Brandenburg ist geprägt durch räumliche Disparitäten, wie sie in diesem Ausmaß in Deutschland sonst nicht zu beobachten sind:

Der Stadtstaat, die Einheitsgemeinde Berlin, mit ca. 3,5 Mio Einwohnern auf 889 km² und das Flächenland Brandenburg mit ca. 2,5 Mio Einwohnern auf fast 30.000 km² stehen sich hier gegenüber. Die größte Stadt Deutschlands ist umgeben von einem Bundesland, das zu denjenigen mit der geringsten Bevölkerungsdichte zählt.

Seit 1991 hat Berlin gegenüber dem Umland einen negativen Wanderungssaldo. Zwischen 1991 und 1995 lag der Abwanderungsüberschuß bei 30.000 Einwohnern, davon allein die Hälfte im Jahr 1995 und dieser Trend wird sich sicherlich noch fortsetzen, vielleicht verstärken. Bis zum Jahr 2010 wird für Berlin und den engeren Verflechtungsraum eine Einwohnerentwicklung in der Größenordnung zwischen 4,7 und 4,9 Mio. Einwohner prognostiziert, davon in Berlin zwischen 3,5 und 3,8 Mio. und im Umland zwischen 1,0 und 1,3 Mio. Einwohner.

Erst allmählich setzen Suburbanisierungsprozesse ein, wie sie in anderen großen Verdichtungsräumen längst stattgefunden haben. Dieser zeitverzögerte Entwicklungsprozeß bietet die Chance, das ungehemmte ringförmige Wachstum in das Umland, das Entstehen einer gesichtslosen städtischen Peripherie und langweiliger Schlafquartiere bewußt zum Gegenstand gegensteuernder Planung zu machen und nach Möglichkeit zu verhindern. Leider ist die Länderfusion von Berlin und Brandenburg aufgrund des negativen Abstimmungsergebnisses im Mai 1996 nicht zustande gekommen. Umso wichtiger ist es jetzt, alle Möglichkeiten länderübergreifender und interkommunaler Lenkung voll auszuschöpfen.

Die beiden Länder haben 1995 in einem *Staatsvertrag zur gemeinsamen Landesplanung* - in weiser Voraussicht unabhängig von der Perspektive der Länderfusion - Grundlagen, Aufgaben, Verfahrensabläufe und Instrumente einer gemeinsamen Planung verbindlich festgelegt.

Gemeinsame Ziele sind:

- * Voraussetzungen für eine ausgewogene Verteilung der Entwicklungschancen und Potentiale im Gesamttraum zu schaffen,
- * eine gemeinsame Landesentwicklung zu fördern,
- * die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren,
- * im Wettbewerb der europäischen Regionen erfolgreich zu bestehen und den gemeinsamen Wirtschaftsraum zu stärken sowie
- * die angestrebte Struktur beider Länder in das zusammenwachsende Europa einzufügen.

Auf der Grundlage des Vertrages wurde eine gemeinsame Landesplanungsabteilung geschaffen, die als Verwaltungseinheit zweier Landesressorts beispieldlos ist.

Die *Aufgaben der gemeinsamen Landesplanungsabteilung* liegen im wesentlichen in:

- * der Aufstellung der gemeinsamen Planungsinstrumente, des gemeinsamen Landesentwicklungsprogrammes (LePro) und der gemeinsamen Landesentwicklungspläne (LEP),

- * der Prüfung der Vereinbarkeit der in den fünf Brandenburger Planungsgemeinschaften aufgestellten Regionalpläne,
- * der Anpassung der kommunalen Bauleitpläne in Berlin und Brandenburg an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung,
- * der Durchführung von Raumordnungsverfahren zu raumbedeutsamen Maßnahmen (z. B. Transrapid Hamburg - Berlin, Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 17: Havelausbau, Großflughafen Berlin-Brandenburg International) und
- * Abstimmungen von Planungen und Maßnahmen mit den Nachbarländern und -staaten.

Raumordnerisches Leitbild der dezentralen Konzentration

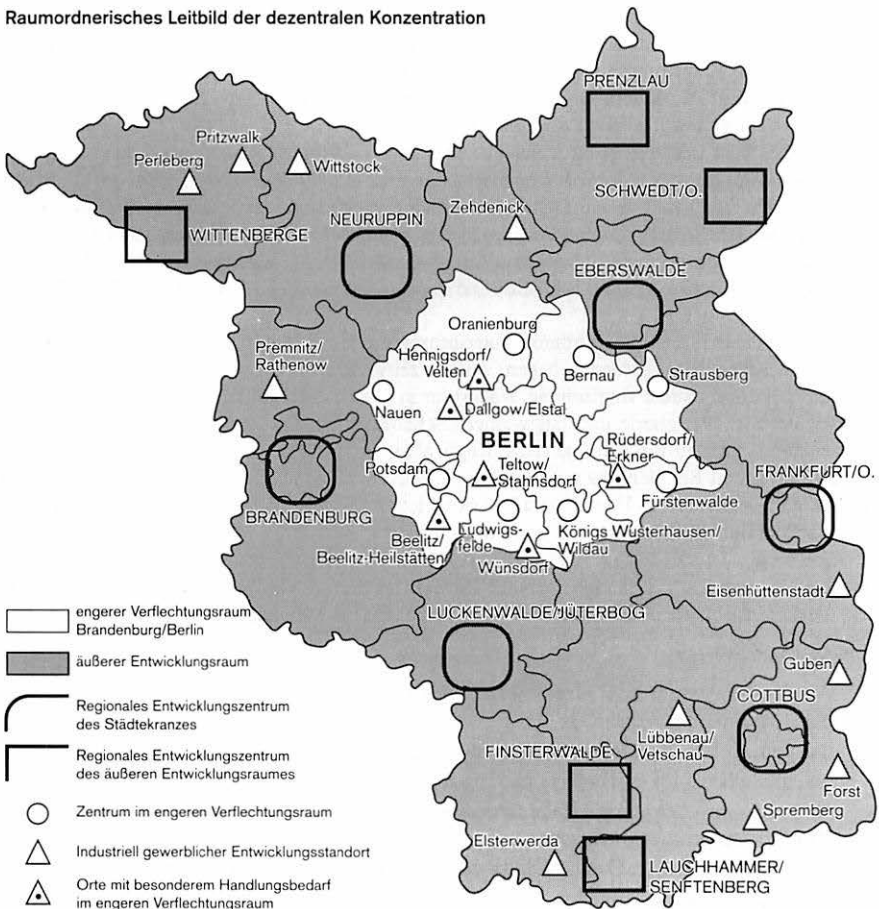


Abb. 1: Raumordnerisches Leitbild der dezentralen Konzentration. Quelle: Gemeinsames Landesentwicklungsprogramm Berlin/Brandenburg (LEPro) - Entwurf: Stand 4. April 1995. Hrsg.: Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg und Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz des Landes Berlin. 1995.

Mit dem Landesentwicklungsprogramm (LEPro) werden Grundsätze und Ziele der Raumordnung und Landesplanung, die für die Gesamtentwicklung der beiden Länder von Bedeutung sind, festgelegt. Insbesondere das *Leitbild der dezentralen Konzentration* wird Handlungsgrundlage. Mit dem Landesentwicklungsplan für den engeren Verflechtungsraum (LEPeV) wird die übergeordnete räumliche Struktur der angestrebten Siedlungs- und Freiraumentwicklung im Stadt-Umland-Raum vorgegeben sowie die Koordinierung der Umstrukturierung und zentrale Standortbestimmung unter Beachtung der funktionalen Zusammenhänge ermöglicht.

Im Konkreten sieht das Leitbild der dezentralen Konzentration die Stärkung eines Kranzes regionaler Entwicklungszentren und seine strukturelle Ergänzung in ausreichender Entfernung vor, um einerseits Berlin zu entlasten und andererseits die Entwicklung auch in die Tiefe des Brandenburger Raumes zu tragen.

Das Berlin-Brandenburger Modell einer gemeinsamen verbindlichen Landesplanung wird ergänzt durch eine enge Zusammenarbeit in der Regionalplanung und eine nachbarschaftlich-kommunale Abstimmung zwischen Berlin und den umgebenden Brandenburger Gemeinden. Die Aufgabe der *Regionalplanung* wird in den fünf Planungsregionen des Landes Brandenburg durch Regionale Planungsgemeinschaften wahrgenommen. Die fünf Planungsregionen sind „tortenstückartig“ um Berlin herum angeordnet und umfassen jeweils sowohl Teile des engeren Verflechtungsraumes als auch des äußeren Entwicklungsraumes und sollen dadurch den Entwicklungstransfer aus der Metropolregion an die Ränder befördern. Der Zuschnitt der Regionen in Brandenburg in Form von fünf Kreissektoren um Berlin als "sechste Planungsregion" hat allerdings zur Folge, daß in dem funktional eng verflochtenen Stadt-Umland-Bereich die Regionalplanung nicht durch eine einheitliche Planungsstelle wahrgenommen wird. Es werden komplexe Kooperations- und Abstimmungsprozesse zwischen Berlin und den benachbarten Regionen vorausgesetzt.

Berlin befürwortete 1989 die Schaffung eines Großraum-Verbandes zur Steuerung der Entwicklung im Stadt-Umland-Bereich. Dieser Vorschlag war jedoch nicht konsensfähig, da auf brandenburgischer Seite befürchtet wurde, daß eine solch einheitliche Organisation des Kernraumes das Übergewicht des Zentrums gegenüber der Peripherie noch weiter außer Balance bringen würde.

So wird die sich zunehmend verstärkende funktional-räumliche Verflechtung über die gesetzliche Abstimmungsverpflichtung hinaus Gegenstand diverser Nachbarschaftsforen und interkommunaler Arbeitsgemeinschaften, die sich beispielsweise in gemeinsamen Strukturkonzepten zur Siedlungs- und Freiraumentwicklung und übergreifenden Projekten niederschlägt. Ziel ist es, in einem gerechten Interessenausgleich Wege zu suchen und Perspektiven aufzuzeigen, die bei Wahrung der Einzelinteressen zum gemeinsamen Vorteil führen.

2. Gesamtstädtischer Planungsrahmen

Der Flächennutzungsplan

Der frühzeitige, im März 1991 erzielte politische Konsens über die vordringliche Aufstellung eines ersten gesamtstädtischen Flächennutzungsplanes belegt Entscheidungskraft und Handlungswillen des Berliner Senats bereits in der Anfangsphase des Neugestaltungsprozesses.

Ein konzeptioneller Vorlauf konnte schon mit dem „*Räumlichen Strukturkonzept - RSK*“ von 1992 erreicht werden, in welchem grundlegende Entwicklungsannahmen und Planungsziele für die längerfristige Raumentwicklung Berlins formuliert sind. Die besondere Problematik bestand darin, keinerlei Trendfortschreibungen oder Erfahrungen aus bisheriger Entwicklung zur Abschätzung zukünftiger Bedarfe heranziehen zu können. Plausible Annahmen mußten an die Stelle üblicher Prognoseverfahren treten und im Abstimmungsprozeß erhärtet werden.

Unter Berücksichtigung von Zielen der räumlichen Ordnung, des strukturellen Ausgleichs zwischen den Stadthälften und möglicher langfristiger Wachstumsprozesse sind schließlich dem

Flächennutzungsplan (FNP) für einen Zeitrahmen bis etwa 2010 folgende *Prämissen und Bedarfsannahmen* zugrunde gelegt:

- * Wachstumsspielraum von zusätzlich 300.000 Einwohnern und 150.000 Arbeitsplätzen,
- * Wohnungsbedarf bis etwa 400.000 neuen Wohneinheiten,
- * Gewerbeflächenbedarf von 500 ha über den Bestand hinaus,
- * Büroflächenbedarf bis etwa 11 Mio. zusätzliche Quadratmeter Geschoßfläche und
- * ergänzende Freizeitflächen (Sport, Freiflächen etc.) von zusätzlich mindestens 500 ha.

Die damit verbundene langfristige Flächensicherung ist unabhängig von konjunkturellen Schwankungen für die strategische Daseinsvorsorge erforderlich.

Ein wesentlicher Grundsatz des FNP 94 - er konnte nach nur dreijährigem Verfahren dem Berliner Abgeordnetenhaus am 23. Juni 1994 zur Beschlussfassung vorgelegt werden - ist der *Vorrang der Innenentwicklung*, d. h. beispielsweise die Wohnungsbaupotentiale sollen vor allem in den bereits bebauten Siedlungsbereichen durch Verdichtung und Stadtbau, Baulückenschließung und Dachausbau aktiviert werden. Nur etwa 10 % der neu zu errichtenden Wohnungen sind durch Stadterweiterungen zu realisieren. Dieses stadtentwicklungspolitische Ziel der Innenentwicklung muß auch vor dem Hintergrund des wachsenden Angebots von Wohnraum im Umland, das vor allem auf Berliner Nachfrage zielt, Bestand haben. Die Siedlungserweiterung und die damit verbundene Freiraum-Inanspruchnahme ist demgegenüber künftig in Abhängigkeit von der realen Einwohner- und Wirtschaftsentwicklung kritisch zu hinterfragen (Stufenplanung).

Die historisch gewachsene polyzentrale Stadtstruktur soll weiterentwickelt und multifunktionale, urbane Citybereiche sollen gefördert werden. Bei der Modernisierung des Wirtschaftsraumes kommt es neben dem Erhalt und der Qualifizierung der Industriestruktur auf den Ausbau zur Dienstleistungsmetropole an, denn Gewerbe/Industrie und Dienstleistungen bedingen und fördern einander. Bestehende Grün- und Freiflächen, einschließlich eines Kleingartengürtels, sollen soweit wie möglich erhalten werden. Neben der Aufwertung vorhandener Grünflächen in der Innenstadt soll ein "äußerer Grüngürtel" an der Peripherie der Stadt entwickelt werden, wobei eine Verknüpfung mit den Landschaftsräumen im Brandenburger Umland vorgesehen ist. Mit Nutzungsmischung und einer schwerpunktmäßigen Entwicklung entlang des S-Bahnringes bzw. an dessen Knotenpunkten soll der FNP zu einer stadt- und umweltverträglichen Organisation der wachsenden Verkehrsbedürfnisse als "Kompakte Stadt der kurzen Wege" beitragen.

Als Ergebnis eines intensiven Abstimmungsprozesses mit Brandenburg sind *regionalplanerisch bedeutsame Aussagen* im FNP berücksichtigt:

- * Einbindung Berlins in die gemeinsamen Leitbilder der Region (Polyzentralität, Vorrang Innenentwicklung, Nachhaltigkeit),
- * Entwicklung integrierter Zentren in Berlin (Verzicht auf isolierte Einkaufszentren am Stadtrand),
- * Aufnahme von Brandenburger Landschaftsräumen in Berlin und damit die Sicherung regionaler Grünzüge und Freiräume,
- * zeitliche Stufung der Inanspruchnahme von Bauflächen und Verkehrserschließungen und
- * Aufnahme länderübergreifender Verkehrsstrassen.

Inmitten der dynamischen Entwicklungsprozesse in Berlin/Brandenburg stellt der Flächennutzungsplan zunächst einen zeitlichen Schnitt dar. Angesichts der Offenheit der Entwicklungsperspektiven und der Problematik verlässlicher Bedarfsprognosen kann der FNP seiner Rolle als längerfristig gültiger Orientierungsrahmen jedoch nur gerecht werden, indem er flexibel veränderte Rahmenbedingungen, Entwicklungstendenzen und Planungsziele aufgreift.

Die Wachstumseuphorie am Anfang der 90er Jahre hat sich bisher nicht in den realen Entwicklungstrends niedergeschlagen und man war gut beraten, nur sehr moderate Annahmen getroffen zu haben und mit Stufungen im FNP eine schrittweise, der Entwicklungsgeschwindigkeit angepaßte Flächeninanspruchnahme sichern zu können. Dies ist im Zusammenhang mit einem neu eingeführten Monitoring der Realentwicklung zukünftig Kern einer strategischen Entwicklungsplanung.

Städtebauliche Schwerpunktbereiche/Prioritätensetzung und Stadtentwicklungspläne

Der Schwerpunkt der städtebaulichen Entwicklung liegt seit der Wende gezielt im Osteil der Stadt, vor allem dorthin sollen die Investitionen gelenkt werden. Das Interesse konzentriert sich hauptsächlich auf innerstädtische, Neustrukturierung unterliegende Entwicklungsbereiche und weiträumige Ackerflächen im peripheren Nordosten der Stadt. Die Bereiche der Stadterweiterung entlang der Schnellbahnachsen im Nordosten Berlins sollen in räumlich günstiger Zuordnung zu den Schwerpunkten künftiger Arbeitsstättenentwicklung liegen. Es sind ca. 40.000 Wohneinheiten und ca. 30.000 Arbeitsplätze im Nordostraum - Buchholz/Buch und Karow/Blankenburg - geplant.

Formelle Festlegungen *städttebaulicher Entwicklungsgebiete* sind gerade für die Umgestaltung in Berlin ein wichtiges Planungsinstrument. Nach der Wiedervereinigung sollten vor allem auf brachgefallenem Gelände neue Siedlungseinheiten entstehen; insgesamt wurden in Berlin 6 städtebauliche Entwicklungsbereiche nach § 165 BauGB förmlich festgelegt: (1) Adlershof/Johannisthal in Treptow, (2) Wasserstadt Berlin-Oberhavel in Spandau, (3) Biesdorf-Süd in Marzahn, (4) Rummelsburger Bucht in Friedrichshain/Lichtenberg, (5) Alter Schlachthof in Prenzlauer Berg und (6) Parlaments- und Regierungsviertel in Mitte/Tiergarten.

Auf den städtebaulichen Entwicklungsbereich (6) wird weiter unten ausführlich eingegangen. Ziel der Entwicklungsbereiche (1) bis (5) ist vor allem die konzentrierte und beschleunigte Deckung des erhöhten Bedarfs an Wohn- und Arbeitsstättenflächen mit dazugehörigen Infrastruktureinrichtungen. Ein besonderes Anliegen ist dabei die Berücksichtigung einer lebendigen Mischung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit sowie eine anspruchsvolle Gestaltung des öffentlichen Raumes.

<i>Städtebaulicher Entwicklungsbereich</i>	<i>Gebietsgröße (ha)</i>	<i>Mögliche Wohneinheiten</i>	<i>Mögliche Flächen für Handel, Dienstleistungen, Gewerbe (BGF in m²)</i>
Adlershof/Johannisthal	420,0	5.500	2.098.000 (davon 813.000 m² Bestand) - ohne Forschung = 315.000 m² und Humboldt-Uni = 323.000 m² -
Wasserstadt Berlin-Oberhavel	206,0	13.966	958.500
Biesdorf-Süd	142,4	4.900	448.500
Rummelsburger Bucht	131,2	5.343	595.550
Alter Schlachthof	50,1	2.284	260.000
Parlaments- und Regierungsviertel	220,0	2.000	keine m²-Angabe; geplante Arbeitsplätze: 13.000

Angesichts der gewaltigen Aufgaben beim Zusammenwachsen der beiden Stadthälften und der begrenzt vorhandenen Verwaltungs- und Finanzressourcen bildete sich 1994 eine Arbeitsgruppe "Strategische Planung - *Prioritätensetzung* von Planungsvorhaben" mit dem Ziel, eine neue richtungweisende Handlungsstrategie zu entwickeln.

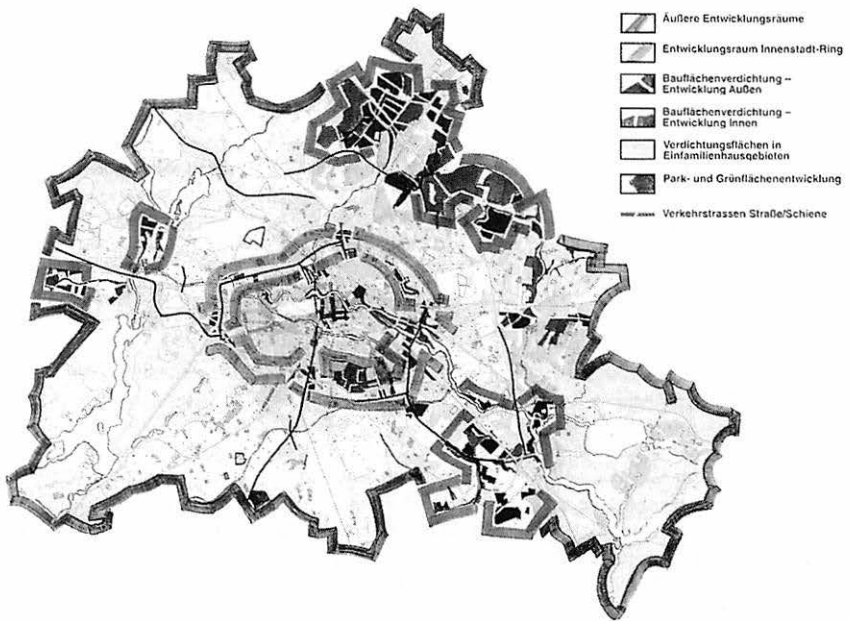


Abb. 2: Entwicklungsräume des FNP 94. Quelle: Stadt und Nachbarn - Kommunale und regionale Zusammenarbeit im Spree-Havel-Raum. Hrsg.: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie. Berlin 1996. (Reihe Stadtplanung Nr. 2).

Die Maßnahmen in den Entwicklungsgebieten sollen nun zeitlich gestreckt bzw. modifiziert werden. Man ist bestrebt, Investitionen im Wohnungsbau und im Gewerbebereich in den Entwicklungsgebieten so weit wie möglich privat zu realisieren. Für Teilflächen, auf denen dies nicht möglich ist, sollen Zwischennutzungskonzepte entwickelt werden.

Eine notwendige handlungsorientierte Ebene der räumlichen Planung bilden die *Stadtentwicklungspläne (STEP)*. Inhalt der Stadtentwicklungspläne ist die Festlegung von raumwirksamen Entwicklungszielen für das gesamte Stadtgebiet, die über Art und Maß der Flächennutzung hinausgehen. Es werden in Form von sektoralen Teilplänen Maßnahmentypen, -räume und gegebenenfalls zeitliche Stufungen dargestellt. Stadtentwicklungsplanung hat grundsätzlichen Empfehlungscharakter für alle an der Planung beteiligte Stellen.

1995 wurden die Stadtentwicklungspläne „Öffentliche Einrichtungen/Versorgung mit Schulen und Sportflächen“ und „Öffentliche Einrichtungen/Versorgung mit wohnungsbezogenen Gemeinbedarfs-, sozialen und kulturellen Einrichtungen“ beschlossen. Zur Zeit werden die Stadtentwicklungspläne für Verkehr, Ver- und Entsorgung, Öffentlicher Raum, Wohnen sowie Gewerbe bearbeitet. Ein wesentlicher Bestandteil des ersten gesamtstädtischen STEP Gewerbe wird die Reflexion des Industrieflächensicherungskonzeptes der ersten Zeit nach der Wende sein, als Bodenspekulation das städtische Gewerbe bedrohte. Nun sollen durch differenzierte Standortprofilierung und gezielte öffentliche Maßnahmen neue Investitionen in städtische Produktion gelenkt werden.

Übergeordnete Verkehrsprojekte

Einer der entscheidenden Nachholbedarfe Berlins sind die Defizite seiner verkehrsinfrastrukturellen Anbindung auf großräumig europäischer Ebene wie im regionalen Maßstab und schließlich in Bezug auf Rekonstruktion innerstädtischer Verkehrssysteme.

Die Bundesregierung hat 1991 das für Berlin und alle östlichen Bundesländer entscheidende Programm der 17 „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ (VDE) beschlossen, durch welches jahrzehntelang unterbliebene Verkehrsinvestitionen auf der Makronetzebene nachgeholt werden sollen. Wegen der schwierigen Haushaltslage des Bundes wird die Fertigstellung des Gesamtprogrammes jedoch sicher noch ein Jahrzehnt benötigen.

Auch für das Wasserstraßenprojekt nach und in Berlin („Maßnahme 17“) stehen die größten Investitionen noch aus, insbesondere Schleusenneubauten. West- und Osthafen (bzw. später der neue Südosthafen) sollen dadurch für 185 m - Schubverbände mit 3.500 t Tragfähig-

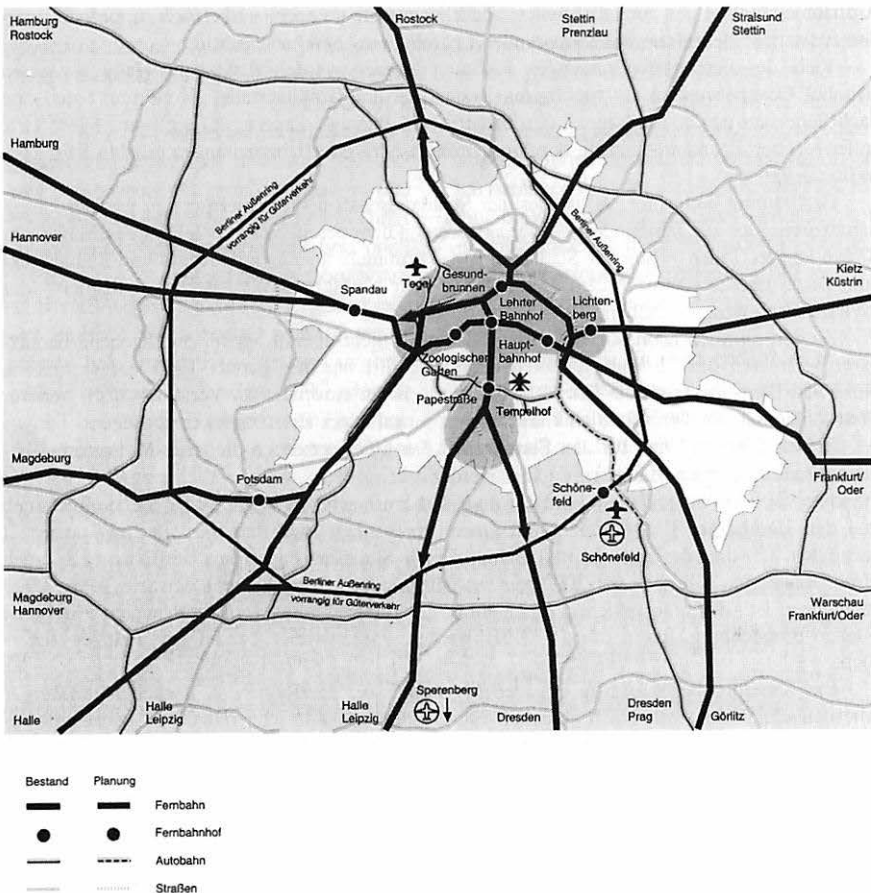


Abb. 3: „Pillzkonzept“. Quelle: Verkehrspolitisches Strukturkonzept Berlin - Grundlagen für den Stadtentwicklungsplan Verkehr. Hrsg.: Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe, Berlin 1995.

keit erreichbar sein. Im brandenburgischen Niederfinow soll neben der denkmalgeschützten Altanlage ein zusätzliches Schiffshebewerk vom Bund errichtet werden, damit Berlin auch in Richtung Stettin bzw. zur Oder für Binnenschiffe besser erreichbar wird.

Bei den Bahnstrecken verbessert sich die innerdeutsche Verkehrslage Berlins in absehbarer Zeit deutlich. Bereits Ende 1995 wurde die modernisierte Strecke vom Westen ab der ehemaligen innerdeutschen Grenze bei Helmstedt über Magdeburg und Potsdam zum Bahnhof Zoo für den ICE fertiggestellt. 1997 folgen die 250 km/h - Strecke von Hannover/Wolfsburg über Stendal und Berlin-Spandau sowie die nur auf 160 (später 200) km/h ausgebaute Strecke von Hamburg/Büchen ebenfalls über Spandau, wo ein neuer Fernbahnhof entsteht. Hamburg und Berlin sind dann in 2¼ h per Bahn verbunden.

Das Herzstück des nach seiner Gesamtform so benannten Eisenbahn -"Pilzkonzeptes" ist der neue *Zentralbahnhof* im Achsenkreuz von Stadtbahn und dem bereits begonnenen 3,4 km langen, viergleisigen Nord-Süd-Eisenbahntunnel. Im Frühjahr 1996 starteten die Bauarbeiten für den künftigen Zentralbahnhof nördlich der Spree am bisherigen Lehrter Stadtbahnhof. Eine Orientierung des gesamten Fernbahnverkehrs auf einen Zentralbahnhof würde allerdings die Aufnahmefähigkeit des innerstädtischen Verkehrssystems grenzenlos überfordern, deshalb werden zusätzliche dezentrale Bahnhofsstandorte parallel aus- bzw. neu gebaut.

Viele der Fernbahnverbindungen Richtung Norden werden zusätzliche Halte im neuen Bahnhof Gesundbrunnen als wichtigsten Bestandteil der Großbaustelle „Nordkreuz“ und alle nach Süden im neuen „Südkreuz“ (am bisherigen S-Bahnhof Papestraße) einlegen. Diese Orte sollen - neben Spandau - künftig durch ergänzende Um- oder Überbauungen erheblich an Zentralität gewinnen.

Großräumig betrachtet, ist die Berliner Stadtlandschaft noch immer geprägt von der Eisenbahnstruktur des 19. Jahrhunderts, insbesondere von dem bereits vor 120 Jahren geschlossenen, 37 km langen (Innen-) Ring der Stadtbahn sowie von mehr als einem Dutzend von Radialstrecken. Dazu gesellte sich nach dem 2. Weltkrieg - zur Umfahrung West-Berlins konzipiert - der asymmetrisch westverschobene 126 km lange Außenring.

Zu den sämtlich noch vorhandenen - aber noch nicht überall wieder durchgehend benutzbaren - Trassen des „Eisenbahnknotens Berlins“, tritt nun die bereits 1910 vorgeschlagene Nord-Süd-Durchgangsstrecke hinzu. Damit wird ein im europäischen Vergleich bzgl. anderer Metropolenräume außerordentlich klares und leistungsfähiges Eisenbahnnetz vorliegen.

Bis ca. 2005 soll nun für den Fernverkehr das Bahnnetz durch die neue Magnetschwebebahn *Transrapid* nach Hamburg ergänzt werden, wenn diese wirtschaftlich tragfähig ist. Für die knapp 300 km lange Trasse wird der über 400 km/h schnelle Gleiter eine Stunde benötigen und den Hamburger Hauptbahnhof mit einem vorläufigen Endbahnhof in Berlins Innenstadt verbinden. Ob dies der neue Lehrter Bahnhof oder Südkreuz/Papestraße wird, ist z. Z. noch offen. Baubeginn soll noch vor 2000 sein, so daß mit der Inbetriebnahme der Strecke ca. 2005 zu rechnen ist. Für eine spätere Verlängerung der Strecke, mindestens zum neuen Flughafen „Berlin-Brandenburg International“ (BBI) werden vorzugsweise bahneigene Flächen untersucht.

Der Standort dieses künftig einzigen *Flughafens* für die Region steht nach mehrjähriger Alternativdiskussion fest. Nach aktuellen Entscheidungen kann jetzt mit dem Ausbau des bereits vorhandenen, Berlin-nahen Flughafens Schönefeld gerechnet werden. Dieser soll gemäß vorliegenden Konzepten schon bei zwei Start- und Landebahnen eine Kapazität (ab ca. 2006) von über 40 Mio. Passagieren jährlich aufweisen. Der - nach Tempelhof - auch aufzugebende, innerstädtische Flughafen Tegel ist bereits jetzt mit 8 Mio. Passagieren an der Grenze seiner Passagier-Abfertigungsmöglichkeiten.

Es ist davon auszugehen, daß infolge des Flughafenausbaus Schönefeld der Südostraum Berlins und seines Umlandes einen Entwicklungsschub erhalten wird.

3. Neugestaltung der Innenstadt

Lage und Charakter

Berlin ist weiterhin mit ca. 3,5 Mio. Ew auf einer Stadtgebietsfläche von 889 km² die größte Stadt der Bundesrepublik. Die Grenzen der Berliner Innenstadt markieren im Zuge der Ringbahn die Eckpunkte West- und Ostkreuz, Gesundbrunnen im Norden und Papestraße im Süden. Diesem sog. mittleren Ring ist das großräumige, für den regionalen und überregionalen Verkehr bedeutsame, Eisen- und Autobahnringssystem zugeordnet.

Die Fläche der Innenstadt umfaßt ca. 100 km². Neben etwa 750.000 Arbeitsplätzen leben dort über 1,2 Mio. Menschen in ca. 700.000 Wohnungen. Trotz dieser dichten Nutzung bestehen in Teilen der Innenstadt und an ihrer Peripherie noch erhebliche Potentiale, so beispiels-

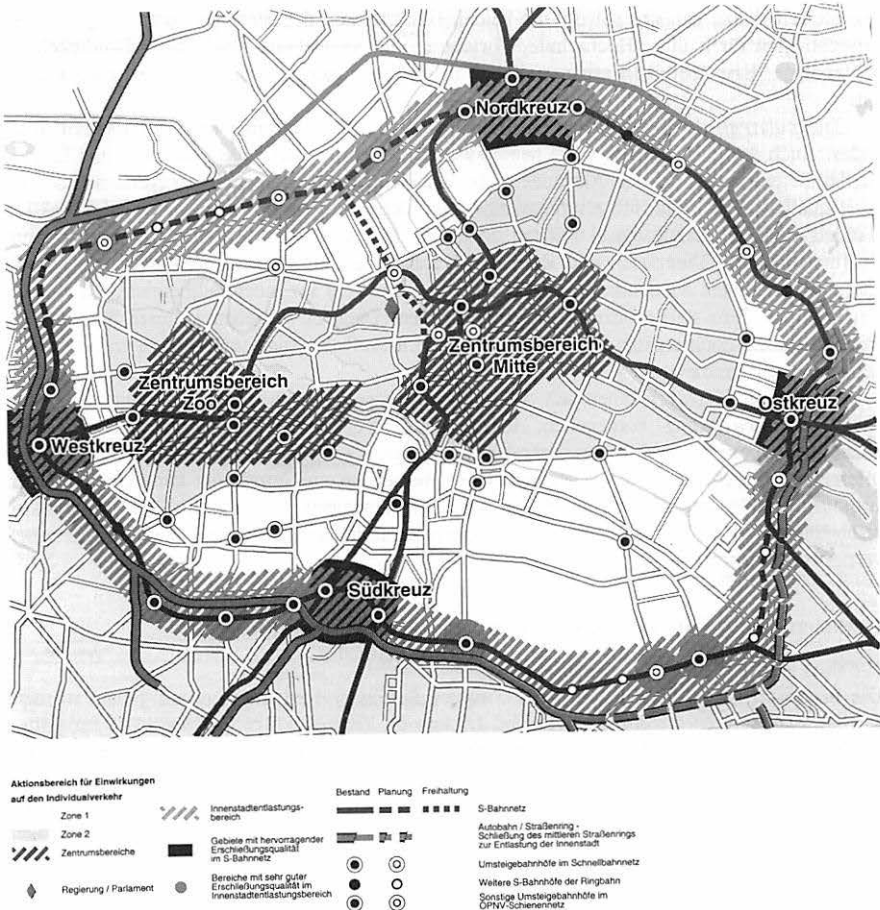


Abb. 4: Strukturkonzept Innenstadt - Verkehr -.Quelle: Verkehrspolitisches Strukturkonzept Berlin - Grundlagen für den Stadtentwicklungsplan Verkehr. Hrsg.: Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe. Berlin 1995.

weise im Bereich des ehemaligen Mauerstreifens oder in großen, nach der neuen Konzeption funktionslos werdenden Bahnflächen. In Anbetracht der Hauptstadtfunktionen und des Nachholbedarfs im übrigen Dienstleistungssektor werden hier entscheidende Weichenstellungen für die zukünftige Entwicklung Berlins erfolgen.

Im Gegensatz zum übergeordneten Innenstadtbegriff definiert sich die City bzw. die Mitte als enger gefaßter Bereich. Sie ist das Zentrum der Großstadt mit der hohen Konzentration typischer Nutzungsarten örtlicher, regionaler und darüber hinausragender Bedeutung. Die City Berlins ist als Ausdruck der Polyzentralität Berlins bipolar. Cityfunktionen verteilen sich auf beide Citykerne - auf das historische Stadtzentrum in den Bezirken Mitte und Tiergarten und auf die „West-City“ um die Gedächtniskirche in den Bezirken Charlottenburg und Wilmersdorf.

Die Berliner Innenstadt ist gekennzeichnet durch besondere Vielfalt der Nutzungsstruktur. Bandartig entlang der Spree reihen sich die Bereiche mit der höchsten Konzentration von Arbeitsplätzen. Dazu gehören sowohl die beiden Hauptzentren der Stadt als auch übergeordnete Einrichtungen für Kultur, Hochschule, Forschung und Verwaltung sowie die Gewerbegebiete in Randlage. Fast überall ist ergänzend auch in kleinräumiger Mischung Wohnnutzung vertreten.

Die *polyzentrale Struktur* Berlins spiegelt sich in der Zentrenstruktur der inneren Stadt wider. Auch das alte Zentrum weist heute zwei Schwerpunkte auf - die Friedrich- und Leipziger Straße einerseits und den Alexanderplatz. Sie konnten trotz ihrer hervorragenden Erschließungsqualität bisher nur im zentralen Abschnitt der Friedrichstraße entsprechend attraktive Handels- und Dienstleistungsaktivitäten anziehen. Dagegen ist das zweite Kernzentrum um Kurfürstendamm, Tauentzien und Zoo als höchstrangiges Einkaufszentrum mit angelagerten Kultureinrichtungen anerkannt. Außer den Kernzentren sind im Innenstadtbereich und an dessen Rand mehrere starke Bezirkszentren vorhanden. Daneben bestehen kleinere Stadtteilzentren, die häufig noch ergänzt werden durch lineare Einzelhandelskonzentrationen entlang dicht bebauter Quartierstraßen.

Mit einem Planwerk Innenstadt wird derzeit ein neuer methodischer Zugang zur städtebaulichen Entwicklung vorgegeben, indem durch Konkretisierung bis zur Ebene neuer Baustrukturen ein Gesamtbild des zentralen Stadtbereichs entwickelt und als Gegenstand breiter öffentlicher Auseinandersetzung gegenüber dem bisher nur an Einzelorten konkreter gefaßten, strukturellen Planungsrahmens angeboten wird. In Planungswerkstätten wird diese architektonisch-städtebauliche Vision ebenso überprüft, wie sie in Stadtprojektversammlungen thematisch vertieft werden soll.

Leitlinien für die Entwicklung der Innenstadt

Stärkung der polyzentralen Struktur

Die historisch gewachsene polyzentrale Struktur Berlins soll erhalten und ausgebaut werden. Vorhandene Zentren werden gestärkt und Lücken im Zentrengefüge, insbesondere im Ostteil der Stadt, geschlossen. Die Berliner City mit beiden Kernbereichen soll entsprechend den neuen Aufgaben quantitativ und qualitativ ausgebaut werden. Innerhalb der alten Stadtmitte wird ein Gleichgewicht zwischen den Entwicklungspolen um den Potsdamer Platz und um den Alexanderplatz angestrebt. Der weitaus überwiegende Flächenzuwachs wird jedoch den übrigen Haupt- und Mittelzentren außerhalb der Stadtmitte zugeordnet.

Beachtung historischer Bindungen

Das Planungskonzept geht von der vielgestaltigen Gliederung des Berliner Stadtgrundrisses aus. Auch für den Kernbereich gilt, daß die Stadt in weiten Teilen in der bestehenden Struktur und unter weitestgehender Achtung der jüngsten Stadtbaugeschichte weitergebaut werden kann. In den historischen Bereichen wird die vorhandene Stadtsilhouette berücksichtigt. Abriß oder

Rückbau kommen lediglich in Einzelfällen in Frage, wie z. B. beim ehem. Außenministerium der DDR am Schloßplatz, um mit adäquateren Bauten stadträumlich sinnfällige Konzeptionen zu ermöglichen sowie historische Zusammenhänge wiederherzustellen und ablesbar zu machen. Dagegen wurden umfangreichere Abrisse wie z. B. in der Friedrichstraße aus veränderten Vorstellungen über die Nutzungsdichte vorgenommen; die neuen Gebäude aber strikt in die historischen Dimensionen eingepaßt.

Die Innenstadt ist aber auch Ort für eine neue Phase der Entwicklung. Raum dafür ist vor allem an den inneren Peripherien, am Ring, zwischen den Kernen sowie in Randbereichen der Spree und auf Teilen der Mauerbrache vorhanden. Besonders am Ring, aber auch um den Potsdamer Platz und den Alexanderplatz werden großstädtische Schwerpunkte gesetzt, welche die bisherigen Berliner Dimensionen überschreiten.

Nutzungsmischung und -verdichtung

Mit der zunehmenden Bedeutung der Innenstadt und dem Gewinn an neuen zentralen Funktionen ist ein zusätzlicher Flächenbedarf für Dienstleistungen, Einzelhandelsgeschäfte, Regierungsfunktionen und andere tertiäre Nutzungen von über 10 Mio. m² Geschosfläche im inneren Stadtraum zu erwarten. Angesichts vieler noch bestehender Brachen und Baulücken ist zwar eine Erhöhung der Nutzungsdichte erwünscht, sie muß jedoch verträglich gestaltet werden. Dementsprechend muß trotz Verdichtung der zentralen Funktionen die vorhandene Zahl von Wohnungen erhalten werden. Für neue zentrumstypische Nutzungen wird daher 1/5 der Geschosfläche für Wohneinheiten abverlangt. Grundsätzlich soll die für Berlin typische Nutzungsmischung erhalten werden.

Grundsätze zur Stadtgestaltung

Die besondere Aufgabe der Stadtgestaltung ist es, die Raumstruktur Berlins, vor allem der Innenstadt, als Netz von Nutzungs- und Funktionsbereichen, zentraler Orte und Wege des Lebens in der Stadt stadträumlich besser erfahrbar zu machen. Dabei ist die Gestaltung des Netzes öffentlicher Räume in und zwischen den beiden großen Zentrumsbereichen in der sich herausbildenden Kernzone von besonderer Bedeutung. Die Spree als städtebauliches Ordnungselement soll von ihrem Hinterhofdasein befreit und zu einem allgemein zugänglichen und durchgängig attraktiven Stadtraum werden. Berlin ist mit seiner charakteristischen Baustruktur als im wesentlichen horizontal sich erstreckende Stadt zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dies gilt insbesondere für die Innenstadt mit ihrer in weiten Teilen kompakten Bebauung im Raster klar ablesbarer Block- bzw. Quartierstruktur und bei generellen Trauf- und Gebäudehöhenbegrenzungen.

Großprojekte

Integration von Parlament und Regierung

Parlament und Regierung werden neben den Kernnutzungen in der Mitte Berlins gleichwertig eingeordnet. Ohne größere Störungen kann die vorhandene Stadtstruktur die Hauptstadtfunktionen - bei der nunmehr überwiegenden Unterbringung in bestehende Bauten - integrieren. Die einzelnen Verfassungsorgane, die Exekutive und diplomatischen Einrichtungen sind weiter unten in ihrer jeweiligen Standorteinbindung ausführlich beschrieben.

Potsdamer/Leipziger Platz

Nach Überwindung der Teilung der Stadt hat das Areal seine hervorragende Zentralität und Bedeutung wiedergewonnen. Bereits 1991 wurden mit einem städtebaulichen Wettbewerb die Rahmenbedingungen festgelegt. Das Wettbewerbsergebnis von HILMER & SATTLER gab die verbindliche Struktur für die weitere Durcharbeitung der Projektbereiche vor. Dazu wurden von den Investoren Realisierungswettbewerbe mit internationaler Beteiligung ausgelobt. DAIMLER BENZ hat nach dem präzisierten Konzept des Architekten RENZO PIANO mit der Rea-

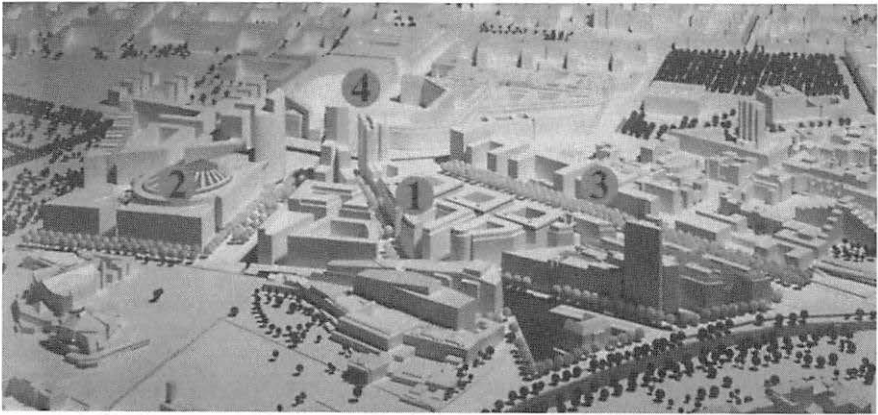


Abb. 5: Potsdamer und Leipziger Platz. Quelle: Projekte der räumlichen Planung - Fortschreibung. Hrsg.: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Berlin 1995. (Foto: Andreas Muhs)

lisierung seines Drei-Milliarden-Projektes begonnen; SONY und ABB mit ihren Projekten von JAHN bzw. GRASSI und weiteren Architekten folgen.

Auf dieser größten Baustelle Europas werden bis zum Jahr 2000 zentrale Einrichtungen des Büro- und Dienstleistungssektors neben Einkauf, Wohnen, Kultur entstehen - ein vielfältiges neues Stadtviertel - mit Wohnungen und Arbeitsplätzen. Ein Straßen- und ein Bahntunnel unterqueren bzw. erschließen das Areal und in der Weiterführung das Regierungsviertel. Die Regional- und S-Bahn, mehrere U-Bahnlinsen, Bus und Straßenbahn werden dieses Gebiet erreichen. Die Leipziger Straße und der Leipziger Platz werden unter Beachtung der historischen Platzfigur größere und kleinere Investitionskomplexe in ablesbaren Parzelleneinheiten aufnehmen. U. a. wird auf dem historischen Stammgrundstück von WERTHEIM ein Konzept des Architekten ALDO ROSSI (350 Mio. DM) realisiert. Auf der Nordseite des Platzes errichtet auf dem ehemaligen Mossegrundstück das American Jewish Committé seinen Sitz (Kosten ca. 100 Mio. DM).

Umfang geplanter Nutzungen (Daimler, Sony, ABB):

BGF gesamt:	562.111 m ²
Büros:	311.106 m ²
Wohnen:	110.446 m ²
Handel:	76.085 m ²
Hotel/Kultur:	64.474 m ²

Friedrichstraße

Über den Geltungsbereich des Wettbewerbs zur Gestaltung der historischen Mitte Berlins hinaus wurden für angrenzende Bereiche Erhaltungssatzungen erarbeitet - für die Spandauer Vorstadt, die Dorotheen- und Friedrichstadt sowie die Friedrich-Wilhelm-Stadt. Dort ist bereits seit Jahren reges Sanierungs- und Neubaugeschehen zu erleben. In Anlehnung an ihre geschichtliche Bedeutung als Einkaufs- und Vergnügungsmeile soll die Friedrichstraße neu entstehen. Dieser Vorgabe versuchen an prominenter Stelle nahe Gendarmenmarkt die Großvorhaben der

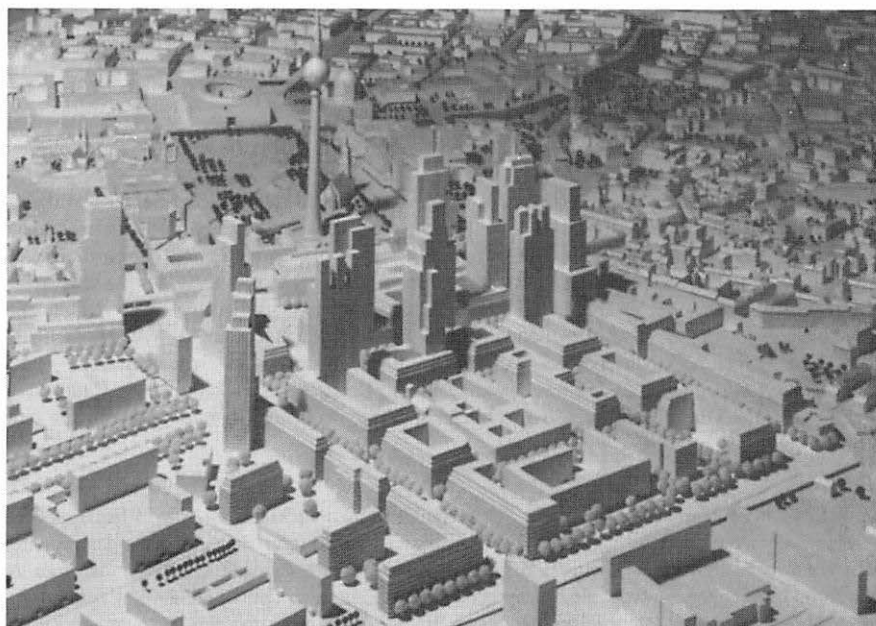


Abb. 6: Städtebaulicher Ideenwettbewerb Alexanderplatz; 1. Preis: HANS KOLLHOFF. Quelle: Projekte der räumlichen Planung - Fortschreibung. Hrsg.: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Berlin 1995. (Foto: Andreas Muhs)

Friedrichstraße zu entsprechen. Trotz Einhaltung von Bauflichtungen, Höhenbegrenzung und Wohnungsanteil erscheint es auch hier nicht unproblematisch, mit baulichen Großvorhaben typische städtische Nutzungsvielfalt und Maßstäblichkeit in einem Planungsakt „künstlich“ herstellen zu wollen. Im südlichen Abschnitt der Friedrichstraße, auf der freien Fläche des ehemaligen Grenzübergangs „Checkpoint Charly“, wird das American Business Center errichtet. Trotz hochrangiger Architekturen von PHILIPP JOHNSON und JOSEF PAUL KLEIHUES ist das städtebauliche Ergebnis der vollkommenen Überbauung dieses weltgeschichtlichen Ortes wohl zu hinterfragen.

Alexanderplatz

Aus seiner alten Funktion als zentraler Stadtplatz des Berliner Ostens soll der Alexanderplatz nicht nur mit der Höhenentwicklung der umgebenden Bebauung herauswachsen. Hier wird der wichtigste städtische Platz für Einkauf und Unterhaltung, Freizeit, Dienstleistungen und Wohnen, ein wichtiges Zentrum der Kommunikation, entstehen. Für die Aufgabe, den Alexanderplatz seiner gesamtstädtischen Bedeutung gemäß umzugestalten, wurde ein zweistufiger Wettbewerb durchgeführt. Das prämierte Konzept des Architekten KOLLHOFF bezieht sich unter anderem wesentlich auf die denkmalgeschützten Bauten von PETER BEHRENS. Die Konzeption der ca. 150 m hohen Hochhäuser als eine Gruppe unterschiedlich gegliederter Gebäude gibt dem Ort insgesamt eine hohe Signifikanz, sofern die Komposition auch in dem wohl absehbar Jahrzehnte umfassenden Bauprozeß beibehalten wird.

Geplante Nutzungen:

BGF gesamt:	1.250.000 m ²
Büros:	ca. 600.000 m ²
Wohnen:	ca. 400.000 m ²
Handel:	ca. 150.000 m ²
Hotel/Kultur und gemischte Bauflächen:	ca. 100.000 m ²

Bereich Lehrter Bahnhof

Der Lehrter Bahnhof wird als bedeutendster städtischer Knotenpunkt des Schienenverkehrs vollkommen neu aufgebaut. Bestandteil dieses Konzeptes ist der Neubau der Fernbahnhofanlage entsprechend dem vorgestellten Pilzkonzept. Wie bei den geplanten Ringzentren muß auch das Bahnhofsumfeld städtebaulich entwickelt werden. Grundlage dafür ist das in einem beschränkten Wettbewerbsverfahren 1994 ermittelte städtebauliche Konzept der Architekten UNGERS und DUDLER. Über die monumentalen Baukörper des Bahnhofes (Architekten: v. GERKAN und MARG) hinaus hat das Konzept den heute noch abseits liegenden Ort optimal stadträumlich einzubinden. Die günstige Lage dieses Bereiches zur City und zu Hauptstadtfunktionen sowie die hervorragende Erschließung können günstige Voraussetzungen für eine schnelle Realisierung sein.

City-West

Obwohl nach Flächennutzungsplan der Schwerpunkt der Entwicklung im Ostteil liegt, ist vorgesehen, die westliche City um Zoo und Gedächtniskirche in ihrer Bedeutung als das jüngere, aber auch nach dem Krieg verstärkt für Berlin-West identitätsstiftende städtische Zentrum zu bewahren und weiterzuentwickeln. Entsprechend dem Zentrenmodell ist sie als Pol zum auszubauenden Handels- und Dienstleistungszentrum am Alexanderplatz und dem historischen Kern zu komplettieren.

In einem 1995 durchgeführten Workshop ist der Versuch unternommen worden, der bisher spontan und unbefriedigend verlaufenden Kontroverse um diesen Raum erste Ansätze und Ideen entgegenzubringen. In diesem ersten Verfahrensschritt wurden städtebauliche Entwicklungskriterien für den Bereich sowie einzelne Bauten bestimmt. Das Konzept muß sich mit der Problematik auseinandersetzen, zwei bereits genehmigte, gleichwohl städtebaulich fragwürdige Hochhausprojekte der Architekten RICHARD ROGERS und HELMUT JAHN am Zoologischen Garten und am Café Kranzler einzureihen. Auch eine Neugestaltung des Hardenbergplatzes ist vorgesehen. Oberstes Ziel ist es, ungenutzte Flächen städtebaulich zu aktivieren und attraktive stadträumliche Verbindungen zwischen den Hauptzentren herzustellen. Dementsprechend werden neben dem neuen Bezug zur historischen Stadtmitte räumliche Verbindungen vom Bereich des Zoo's zur Technischen Universität, zur nördlich gelegenen zukünftigen Spreecity und in den Tiergarten gestaltet.

4. Hauptstadtplanung

Grundlagen

Am 20.06.1991 fiel die Entscheidung, daß die Deutsche Hauptstadt auch wieder Parlaments- und Regierungssitz wird. Am 25.08.1992 wurden der Hauptstadtvertrag, am 30.06.1994 der Hauptstadtfinanzierungsvertrag zwischen Bundesregierung und Berlin geschlossen und am 15.03.1994 das Berlin-Bonn-Gesetz verabschiedet. Am 17.06.1993 wurde in Berlin die Verordnung über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereiches zur Entwicklungsmaßnahme „Hauptstadt Berlin - Parlaments- und Regierungsviertel“ erlassen. Hiermit waren die wesentlichen politischen und rechtlichen Grundlagen für die weitere Hauptstadtwer-

derung Berlins geschaffen. Sie regeln u. a. die Zusammenarbeit zwischen Bund und Berlin auf parlamentarischer und Verwaltungsebene, die qualitative und quantitative Verteilung der Ministerien auf Berlin und Bonn, die Finanzierung der durch den Umzug von Parlament und Regierung entstehenden Kosten, den Bedarf und die Verteilung der Bundesbediensteten sowie die Kompetenzverteilung bei der Hauptstadtplanung.

Leitlinien und Zielvorstellungen

Nach Untersuchung anderer Hauptstädte ließ sich feststellen, daß es kein einheitliches Konzept der Ansiedlung von Parlaments- und Regierungsfunktionen gibt, das von Berlin hätte übernommen werden können. Die räumliche Verteilung und bauliche Ausprägung der *Regierungsfunktionen* ist in starkem Maße von historischen Rahmenbedingungen abhängig. Eine Konzentration hauptstädtischer Nutzungen in einem eng abgegrenzten Regierungsviertel ist aus historischen Gründen häufig gegeben. Es gibt aber auch genügend Beispiele für eine Streuung von Standorten der Exekutive über das weitere Stadtgebiet; Dezentralisierungstendenzen lassen sich in jüngster Zeit in vielen Hauptstädten beobachten. Während für das Parlaments- und Regierungsgebäude, vielfach auch für das Staatsoberhaupt und das oberste Gericht stadträumlich hervorragende Standorte mit historischem Symbolwert gesucht werden, ordnet sich die Exekutive fast überall eher unauffällig in die Stadtstruktur ein. Regierungsviertel haben die Tendenz, monstrukturelle Verwaltungskomplexe zu entwickeln. Öffentlichkeit ausschließende Sicherheitsanforderungen schieben Urbanität mancherort zumindest zeitweise einen Riegel vor. Dennoch gibt es auch Beispiele für eine mehr oder weniger intensive Mischung mit anderen städtischen Strukturen. Eine räumliche Abschottung von Parlament und Regierungsgebäuden gegenüber der übrigen Stadt ist unüblich.

Bereits Anfang 1990 - also noch vor der Vereinigung der beiden Stadthälften - ist in Abstimmung zwischen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz sowie der damaligen Magistratsverwaltung für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr ein *gemeinsamer Arbeitsstab „Hauptstadtplanung Berlins“* eingerichtet worden. Er hatte die Aufgabe, Rahmenbedingungen und Potentiale für die Ansiedlung des Deutschen Bundestages, des Bundesrates und weiterer oberster Bundesorgane in Berlin zu ermitteln, um eine Versachlichung der politischen Diskussion und die Herstellung verlässlicher Planungsgrundlagen zu ermöglichen. Ein zentrales Thema war der Nachweis von ausreichenden Flächenpotentialen und die Unterbringung von Bundeseinrichtungen in vorhandenen Altbauten in der Berliner Innenstadt. Diese Annahme hat sich bis heute - entgegen einer zwischenzeitlich anderen Zielsetzung des Bundes (nämlich einer überwiegenden Unterbringung in Neubauten) - als richtig erwiesen.

Außerordentlich hilfreich bei der Konkretisierung der Hauptstadtplanung war und ist das vor 5 Jahren eingerichtete *Stadtforum Berlin*. Es dient als Ort des öffentlichen Meinungsaustausches, beschäftigt sich neben planerischen Aspekten und konkreten Fragen zu Städtebau und Architektur auch mit eher grundsätzlichen Themen sozialer, kultureller und ökonomischer Ziele der Stadtentwicklung und fungiert als ein Beratungsorgan für die Politik. Das Stadtforum hat viele Anregungen gegeben und Vorschläge erarbeitet, die direkt in die Planung eingeflossen sind.

Aus den häufig sehr kontroversen Diskussionen ergab sich schließlich im Konsens folgendes *Leitbild für die Hauptstadtplanung*:

- * Parlament und Regierung haben in Berlin ihren angemessenen Platz in der Mitte der Stadt, ohne ein ausschließliches Regierungsviertel zu schaffen.
- * Parlament und Regierung sind dort nicht allein. Ihre Nachbarn decken das gesamte Spektrum aller wichtigen Nutzungsarten ab.
- * Berlin ist die Hauptstadt der kurzen Wege. Im Radius von 1.500 bis 2.000 m sind alle bedeutsamen Hauptstadteinrichtungen zu erreichen.

- * Die Mitte ist ein Teil des polyzentralen Systems Berlins. Sie trägt in besonderer Weise zur Charakterisierung der Gesamtstadt bei, sie gibt Orientierung.
- * Die Mitte bedarf aber noch der besonderen Fürsorge vor Überlastung.
- * Der Durchgangsverkehr darf nicht durch dieses Gebiet geführt werden.
- * Die Einrichtungen für Parlament und Regierung sollen sich auf drei Schwerpunktbereiche konzentrieren: den Spreebogen, die Spreeinsel und die Wilhelmstraße/Leipziger Straße.
- * Berlin und der Bund müssen eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Für die Verfassungsorgane und die Exekutive ergaben sich danach im einzelnen folgende Lösungen:

Bundespräsident/Bundespräsidialamt

Nach der Entscheidung des Bundespräsidenten von WEIZSÄCKER im Jahre 1993, den Amtssitz vom ursprünglich vorgesehenen Standort Kronprinzenpalais an der historischen Schloßbachse Unter den Linden in das Schloß Bellevue zu verlegen, wurde Mitte 1994 für das noch fehlende Verwaltungsgebäude/Bundespräsidialamt ein Realisierungswettbewerb durchgeführt. Für diesen Ergänzungsbau des Amtssitzes erhielt die kompakt in den Tiergarten gestellte Lösung der Architekten KLEINE/KRANEBURG den ersten Preis. Die Fertigstellung ist für Mitte 1998 vorgesehen.

Deutscher Bundestag

Im unmittelbaren Umfeld des Reichstagsgebäudes sollen die Arbeitsmöglichkeiten für Abgeordnete, Ausschüsse, Fraktionen und für die Bundestagsverwaltung untergebracht werden. Von den benötigten 185.000 m² Hauptnutzfläche werden bis zum Umzugstermin 1999/2000 ca. 125.000 m² bereitgestellt werden - überwiegend in Neubauten. Als Voraussetzung für eine adäquate Bebauung ist 1992 der *städtebauliche Wettbewerb Spreebogen* weltweit ausgelobt worden. Anfang 1993 wählte die Jury aus über 800 Arbeiten den Entwurf der Architekten AXEL SCHULTES und CHARLOTTE FRANK aus, die mit einem als „Bundesspur“ apostrophierten städtebaulichen Brückenschlag über die Spree Ost und West auf grandios einfache und gleichzeitig kraftvolle Art verbinden.

Der Deutsche Bundestag selbst wird seinen Sitz im ehem. *Reichstag* erhalten wofür ein umfangreicher Umbau nach den Plänen des Londoner Architekten SIR NORMAN FOSTER, hervorgegangen aus einem vorangegangenen Realisierungswettbewerb im Jahre 1993, durchgeführt wird. Die Unterbringungen der übrigen Funktionen erfolgt nach dem Grundsatz eines Parlaments der kurzen Wege im angrenzenden Alsen-, Luisen- und Dorotheenblock sowie in sanierten ehem. Ministerialgebäuden der DDR Unter den Linden.

Die anspruchsvolle Idee einer „*Spur des Bundes*“ im *Spreebogen* hat sich zur Überraschung vieler Kritiker praktisch als sehr leistungsfähig erwiesen. Der preisgekrönte Entwurf von STEFAN BRAUNFELS für die Abgeordnetenbüros paßt sich vorbildlich in das SCHULTES-Konzept ein. Schließlich hat AXEL SCHULTES selbst mit seinem Entwurf für das Kanzleramt die Richtigkeit seines städtebaulichen Konzeptes für die herausgehobenen Einzelgebäude unter Beweis gestellt. Offen blieb die Gestaltung und Nutzung des zentralen Forums zwischen Kanzleramt und Abgeordnetenbüros. Die Gestaltung und Nutzung eines solchen Forums wird man, ohne damit dem Konzept zu schaden, der Zukunft überlassen können, vorläufig wird es als Grünfläche gestaltet.

Unterbringung des Bundesrates

Mit der Entscheidung am 27.09.1996 hat auch der Bundesrat festgelegt, seinen Sitz von Bonn nach Berlin zu verlagern. Als Standort ist das ehemalige Herrenhaus des Preußischen Landtages

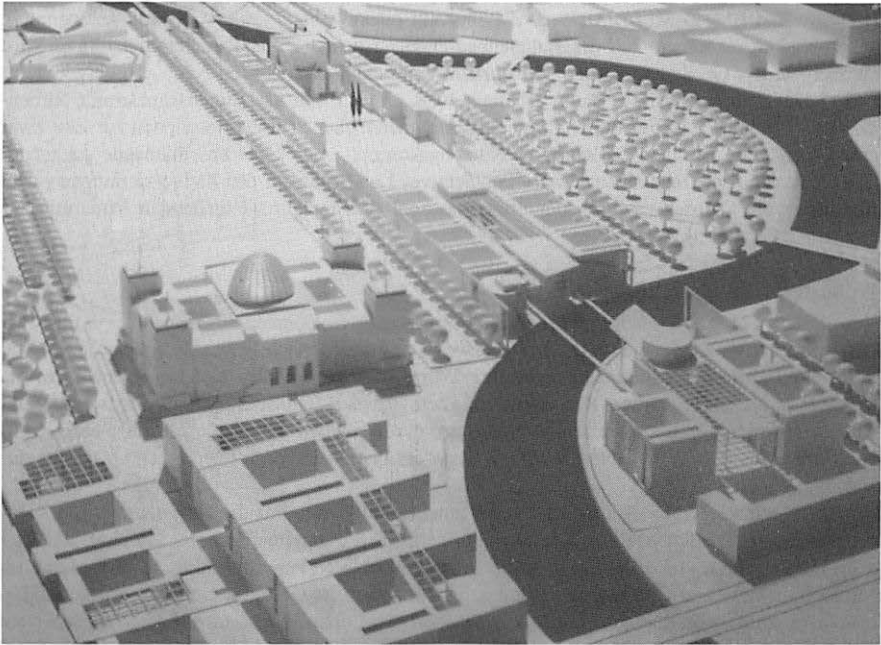


Abb. 7: Architektonische Gestaltung des Spreebogens. Quelle: Das Unternehmen Parlaments- und Regierungsviertel. Hrsg.: Bundesbaugesellschaft Berlin mbH. Berlin 1996. (Foto: Antonia Weiße)

in der Leipziger Straße vorgesehen. Die vorherige Planung eines Neubaus gegenüber dem Reichstagsgebäude ist aus Kostengründen aufgegeben worden.

Unterbringung der Bundesregierung

Ging, wie angedeutet, die Konzeption der Bundesregierung für die Ministerien von erheblichen Neubauanteilen aus, so bestätigte das neue Standortkonzept im wesentlichen die ersten Berliner Untersuchungen von 1990. Danach sollen nunmehr ca. 90 % der Ministerien in Altbauten untergebracht werden. Ein übriges taten für diese vernünftige Entscheidung die Sparbeschlüsse des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom Februar 1994. Sie führten zu einer wesentlichen Reduzierung der Hauptnutzfläche um ca. 30 % (d. h. von 383.000 m² auf 278.000 m²). Somit ist nur für das Bundeskanzleramt im Spreebogen ein Neubau durch die Architekten SCHULTES/FRANK vorgesehen. Alle anderen in Berlin vorgesehenen Ministerien werden - auf die historische Mitte verteilt - in überwiegend repräsentativen Altbauten untergebracht, deren Sanierungsmaßnahmen bis spätestens 1999 abgeschlossen sein sollen.

Schwerpunkte sind der Bereich Invalidenstraße, die westliche Friedrichstadt sowie als einziger Standort im historischen Stadtkern der Spreeinselbereich. Dieser ist besonders nach dem inzwischen erfolgten Abriss des ehemaligen Außenministeriums der DDR geprägt durch das, was fehlt; durch die Figur des ehemaligen Stadtschlusses und die Bauakademie von SCHINKEL. Ohne diese, den Stadtraum definierenden Gebäude bleibt die Mitte Fragment. Der 1994 durchgeführte städtebauliche Wettbewerb hat versucht, mit der Standortbestimmung des Außenministeriums für das Gebiet des ehemaligen Staatsrates und einem Beschluß zum Abriss des Palastes

der Republik noch weitergehende Voraussetzungen zu schaffen, um diese Leere radikal neu inhaltlich und architektonisch zu füllen. In dem preisgekrönten Wettbewerbsprojekt von BERND NIEBUHR und BERND MÜLTHAUPHT ist dies nur auf einem sehr abstrakten Niveau gelungen. In der Zwischenzeit haben sich die Rahmenbedingungen geändert. Das Außenministerium wird nunmehr in das Gebäude der ehem. Reichsbank mit einem ergänzenden Neubau untergebracht. Das Gebäude des Staatsrates bleibt erhalten, wird provisorisch das Bundeskanzleramt aufnehmen und für den Palast der Republik gibt es trotz unendlicher Schloßdiskussionen zur Zeit zwar grobe Vorstellungen über ein künftiges Nutzungskonzept, aber keine abschließende städtebaulich/architektonische und finanzierbare Perspektive. Das Spektrum der Zielvorstellungen reicht weiterhin vom Wunsch nach Wiederaufbau des Schlosses bis zur weitgehenden Sanierung des Palastes der Republik.

Wohnen für Bundesbedienstete

Von den ca. 24.000 Beschäftigten der Bundesregierung in Bonn kommen ca. 7 - 8.000 (ca. 1/3) zuzüglich 4.000 Beschäftigte des Deutschen Bundestages nach Berlin. Für diese ca. 12.000 Personen und ihre Familien sind rechtzeitig Wohnungen zu erstellen und zu sichern. Um die wohnungspolitische Situation Berlins zu entlasten, hat der Bund erklärt, daß er „seine Wohnungen mitbringen wird“. Der Bund plant darum auf eigenen Grundstücken ein Neubauvolumen von ca. 8.000 WE, weitere 4.000 WE stehen aus ehemals alliierter Nutzung bereits zur Verfügung.

Das geplante Neubauvolumen ist in 6 Tranchen aufgeteilt. Für die Umsetzung dieses Bauprogrammes sind städtebauliche Realisierungswettbewerbe durchgeführt worden bzw. zur Zeit noch im Verfahren und es laufen Investorenauswahlverfahren zur Ermittlung der Bauträger. Im Mittelpunkt des Interesses stehen Eigenheimwohnformen in Grünlage und prägen die städtebaulichen Aufgabenstellungen. Die Qualitäten berlinertypischen Innenstadtwohnens werden wohl erst zukünftige Wohnwünsche und Nachfrage erzeugen. Es ist Ziel, bis Ende des Jahres 2000 einen wesentlichen Teil dieses Wohnungsbauprogrammes fertigzustellen.

Standorte für Botschaften, Landesvertretungen, Verbände

Neben der Umsetzung der geplanten Baumaßnahmen für Parlament und Regierung sind in Berlin auch diverse Standortfragen für ausländische Diplomatische Vertretungen, Ländervertretungen der BRD und zahlreiche Parteien und Verbände zu klären. Letztere haben recht spät erkannt, daß Lobbyinteressen auch zukünftig Präsenz am Sitz der Regierung bedingen. Aufgrund der derzeitigen Situation in Bonn muß sich Berlin auf ca. 140 diplomatische Vertretungen einrichten. Ein Teil davon ist bereits in Berlin vertreten, hat eigene Liegenschaften und Gebäude oder bereitet Baumaßnahmen und einen Umzug vor.

Es ist verständlich, daß hierbei die räumliche Nähe zum Kanzleramt und Auswärtigen Amt gesucht wird. Da aber nicht alle in der Mitte Berlins platznehmen können, müssen Standorte auch auf andere Bereiche verteilt werden. *Schwerpunkte* hierzu sind neben Pariser Platz/Unter den Linden, das ehem. Diplomatenviertel im Tiergarten, der Bezirk Pankow als ehem. Botschaftszentrum der DDR und der Südwesten der Stadt.

Früher waren die Vertretungen der Bundesländer ebenfalls in der Stadt verteilt. Da die alten Besitzverhältnisse durch die Nachkriegsentwicklung zum großen Teil verwischt wurden, mußte für die Mehrzahl der Vertretungen Ersatz geschaffen werden. Für eine sinnvolle Konzentration in räumlicher Nähe zum Parlaments- und Regierungssitz bot sich dazu die Fläche der ehemaligen Ministergärten an. 1992/93 wurde ein städtebauliches Konzept erarbeitet. Entsprechend werden im südlichen Bereich, an der Voß- und Leipziger Straße, zehn bis zwölf Ländervertretungen eingeordnet.

Aus heutiger Sicht wird der Planungs- und Realisierungsprozeß für den Umzug von Bonn nach Berlin etwa 10 Jahre dauern. Der derzeitige Stand der Planung läßt es realistisch erschei-

nen, daß trotz aller zwischenzeitlichen Irritationen und Konzeptänderungen der überwiegende Teil der Maßnahmen termingerecht in 1999 fertiggestellt sein wird, die Arbeitsfähigkeit der Hauptstadt gesichert ist.

Fazit/Ausblick

Sieben Jahre nach dem Fall der Mauer und drei Jahre bevor der Bund in die Stadt kommen wird, ist das Bild des zukünftigen Berlin von der über die Stadt ausgreifenden Nutzungskonzeption bis zu städtebaulichen und architektonischen Regelwerken durch Politik und Planung konkretisiert. Der Bauprozeß beherrscht zentrale Orte der Mitte ebenso wie ganze Bereiche, vor allem im Osten der Stadt. Weltweit tätige Konzerne konnten für den Standort Berlin interessiert und die international angesehensten Architekten gewonnen werden. Marode Stadttechnik und ergänzungsbedürftige Infrastrukturen sind erneuert, die Großprojekte, vor allem des Verkehrs, in Bau. Der Nachholbedarf des Ostteiles, an urbanen Zentren, Handelseinrichtungen, Wohnraum und der Gestaltung öffentlicher Räume, wird abgebaut. Hunderttausend neue Wohnungen wurden auf den Weg gebracht, und die großen Plattensiedlungen werden nicht nur saniert, sondern durch neue Nutzungen und die Ergänzung zentraler Einrichtungen zu vollständigen Stadtteilen weiterentwickelt.

Aber der bisherige Weg führte nicht nur über Erfolge, verlief nicht immer geradlinig. Es gab Fehlentscheidungen und Enttäuschungen. So wurden durch die Umzugsdebatten Jahre verloren, für die Olympiabewerbung war die Stadt noch nicht reif und die in beiden Ländern politisch umworbene Vereinigung Berlins mit Brandenburg fand bei der dortigen Bevölkerung keine Mehrheit. Neben allen Konzeptionen, Lösungen und Antworten bleiben wesentliche Fragen noch offen. Die wirtschaftliche, vor allem die industriell gewerbliche Basis der Stadt ist noch nicht gesichert. Ebenso bedeutsam, daß in vielen Bereichen die vierzig Jahre getrennt entwickelten Stadtgesellschaften noch wenig vermittelt nebeneinanderstehen. Zwar sind Arbeitsverhältnisse mittlerweile quer über die Stadt verteilt, aber die Lebenszusammenhänge orientieren sich doch sehr strikt noch auf die ehemaligen Stadthälften. Dies kommt im Wahlverhalten, aber auch in Diskussionen, beispielsweise um die Zukunft des asbestbelasteten Palastes der Republik oder allgemeiner der Stadtmitte, zum Ausdruck.

Durch weitere Prosperität, positive wirtschaftliche Rahmenbedingungen, dürfte der Prozeß des Zusammenwachsens zukünftig kaum erleichtert werden. Situation und Konsolidierungszwang des städtischen Haushalts zwingen im Gegenteil auf Jahre zu radikalem Umdenken, neuen Verhaltensweisen und Verfahren. Stadtentwicklungsprojekte, und vor allem der in Berlin traditionell öffentlich finanzierte Wohnungsbau, werden absehbar ausschließlich auf privater Initiative und Investitionen beruhen müssen, können nur kostenneutral für die Stadt zu realisieren sein. Eine Situation und Perspektive, die Berlin allerdings mit den meisten deutschen Großstädten teilt - so gewinnt die Stadt unter schwierigen Bedingungen Normalität.

Auch die Rolle der Stadtentwicklungspolitik und des Städtebaus wird sich nach der Phase rapiden Wachstums und programmatisch gesicherter Vorbereitung auf die neue Hauptstadtfunktion grundlegend verändern. Ausdauer und Nachhaltigkeit in der Verfolgung erst langfristig einzulösender Zielvorstellungen werden bedeutsame Tugenden der Planung sein. Auch wird das nach Abschluß des Jahrzehntes wohl auf viele Weise neue Berlin durch seine Bürger erst noch anzueignen, zu erwerben sein. Dies gilt in besonderem Maße für die neue Rolle als Bundeshauptstadt und werdende Metropole. Sie ist allerdings nur in Teilen aus der Stadt selbst mit Leben zu erfüllen, bedarf der Akzeptanz, des Interesses, der Nachfrage von außen, aus den Bundesländern und Europa in einer hoffentlich nach Osten erweiterten Dimension. So wird sich Berlin weiterhin auf dem Wege befinden, eine Situation, die für diese Stadt immer prägend war, wohl die richtige Disposition für eine Bundeshauptstadt in einem sich wandelnden Europa.

Summary

Berlin - on the road to becoming the federal capital.

The tasks, aims and projects of urban planning development of a metropolis in the process of change.

On June 20, 1991, the decision was made that Berlin would once again become the seat of Germany's parliament and government. The city is becoming a metropolis through a challenging and dynamic process of change. At the same time it must develop a new, independent, and unmistakable image. It must contribute to the political system of the Federal Republic of Germany as its capital and assume the role of a cultural and conference metropole. In the long-term, it must also become a European service centre. By the year 2000 most of the preparation for the accommodation of the German Parliament and its support staff, ministries and civil servants, embassies from around the world and their personnel will be complete.

This article addresses the continuing city-building process. The article discusses, after a contextualisation within the field of regional planning in Europe and the development of the Berlin/Brandenburg region, important aspects of urban and land development planning. This is followed by a discussion of the restructuring of the Berlin inner-city and the planning for the capital. Particularly close attention is paid to the accommodation for the parliament, new government offices and related facilities, as well as to important large private projects.

Literatur

- BEITRÄGE ZUR ZENTREN- UND EINZELHANDESENTWICKLUNG. Sektorale Entwicklungskonzepte. Hrsg.: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Berlin 1993.
- BÜROFLÄCHENENTWICKLUNG - Bericht 1991/1992. Sektorale Entwicklungskonzepte. Hrsg.: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Berlin 1993.
- BÜROFLÄCHENMARKT BERLIN - Tendenzen von Nachfrage und Angebot bis zum Jahr 2005. Hrsg.: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie und Industrie- und Handelskammer zu Berlin. Berlin 1996. (Reihe Stadtentwicklung Nr. 1).
- DAS UNTERNEHMEN PARLAMENTS- UND REGIERUNGSVIERTEL. Hrsg.: Bundesbaugesellschaft Berlin mbH. Berlin 1996.
- DIE BUNDESREGIERUNG ZIEHT UM. Hrsg.: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bonn 1994.
- DOKUMENTE ZUR BUNDESHAUPTSTADT BERLIN. Hrsg.: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin. Berlin 1994.
- FLÄCHENNUTZUNGSPLAN BERLIN - FNP 94. Hrsg.: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Berlin 1994.
- GEMEINSAMER LANDESENTWICKLUNGSPLAN FÜR DEN ENGEREN VERFLECHTUNGSRAUM BRANDENBURG/BERLIN (LEPeV) - Entwurf: Stand 4. April 1995. Hrsg.: Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg und Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz des Landes Berlin. 1995.
- GEMEINSAMES LANDESENTWICKLUNGSPROGRAMM BERLIN/BRANDENBURG (LEPro) - Entwurf: Stand 4. April 1995. Hrsg.: Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg und Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz des Landes Berlin. 1995.
- GENTZ, M.: Zukunft Berlin - Anforderungsprofil der Stadt aus der Sicht der Wirtschaft. In: Zukunft Berlin - Diskussion mit Senator DR. VOLKER HASSEMER und DR. MANFRED GENTZ. Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog. Frankfurt am Main 1993.
- HAUPTSTADT IM WERDEN. Hrsg.: Presse- und Informationsstelle des Landes Berlin. Berlin 1995.
- IDEEN FÜR BERLIN - Städtebauliche und landschaftsplanerische Wettbewerbe von 1991 bis 1995. Hrsg.: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Berlin 1996.
- LANDESPLANUNGSVERTRAG (Vertrag über die Aufgaben und Trägerschaft sowie Grundlagen und Verfahren der gemeinsamen Landesplanung zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg). Zustimmung des Landtages von Brandenburg und des Abgeordnetenhauses von Berlin am 22. Juni

1995. Hrsg.: Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg und Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz des Landes Berlin. 1995.
- MIGRATION - Berlin: Zuwanderung, gesellschaftliche Probleme, politische Ansätze. Hrsg.: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie. Berlin 1995.
- MOMPER, W. und SCHWIERZINA, T.: Plädoyer für eine Hauptstadt. In: Berlin-Hauptstadt - Beiträge zu einer aktuellen Diskussion. (Berlin - Fakten und Argumente). Berlin 1990.
- MULTHAUP, B. und B. NIEBUHR und ag.u. Arbeitsgem. Umweltplanung B. GRIGOLEIT und E. LANGE: Fortschreibung, Konkretisierung und Vertiefung des Gesamtkonzeptes Spreeinsel. Berlin 1995.
- NEUBAU DES BUNDESKANZLERAMTES IN BERLIN - Architekturwettbewerb Entscheidungsfindung. Hrsg.: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Bonn-Bad Godesberg 1995.
- PARLAMENTS- UND REGIERUNGSVIERTEL BERLIN - Ergebnisse der Vorbereitenden Untersuchungen. Städtebau und Architektur Bericht 17/1993. Hrsg.: Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen Berlin.
- PROJEKTE DER RÄUMLICHEN PLANUNG - Fortschreibung. Hrsg.: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Berlin 1995.
- PROJEKTE FÜR DIE HAUPTSTADT BERLIN. Städtebau und Architektur Bericht 34/1996. Hrsg.: Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen Berlin.
- RAUMORDNUNG IN DEUTSCHLAND. Hrsg.: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Bonn 1996.
- RÄUMLICHES STRUKTURKONZEPT - Grundlagen für die Flächennutzungsplanung. Hrsg.: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Berlin 1992.
- ROHWER, G.: Hauptstadt Berlin. In: Geographie heute. Seelze 1993. Heft 110.
- SIEVERTS, T.: So fern! So nah!. Foyer III/1996. Magazin der Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr.
- STADT UND NACHBARN - Kommunale und regionale Zusammenarbeit im Spree-Havel-Raum. Hrsg.: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie. Berlin 1996. (Reihe Stadtentwicklung Nr. 2).
- STADTIDEE - STADTFORUM BERLIN. Hrsg.: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Berlin 1992.
- STADTRÄUMLICHES KONZEPT DER GEWERBLICHEN ENTWICKLUNG. Hrsg.: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie. Berlin/im Druck/voraussichtl. Februar 1997 (Reihe Stadtentwicklung).
- STADTRÄUMLICHES KONZEPT FÜR DIE ENTWICKLUNG BERLINS ZUM DIENSTLEISTUNGSZENTRUM. Sektorale Entwicklungskonzepte. Hrsg.: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz und Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie. Berlin 1992.
- STROHSCHNEIN, Chr.: Metropole Berlin. Hrsg.: Der Regierende Bürgermeister von Berlin - Senatskanzlei. Berlin 1994.
- SÜSS, W. (Hrsg.): Hauptstadt Berlin. Band 1 - Nationale Hauptstadt, Europäische Metropole - Berlin 1994. Band 2 - Berlin im vereinten Deutschland - Berlin 1995. Band 3 - Metropole im Umbruch - Berlin 1996.
- VERKEHR IN BERLIN 1989 - 1995. Hrsg.: Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe. Berlin 1995.
- VERKEHRSPOLITISCHES STRUKTURKONZEPT BERLIN - Grundlagen für den Stadtentwicklungsplan Verkehr. Hrsg.: Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe. Berlin 1995.
- WÉKEL, J. und P. SCHATZ: Die Neugesaltung der Berliner Innenstadt. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Arbeitsmaterial - Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg im polnisch-deutschen Dialog. Hannover 1996.
- WERNER, F.: Hauptstadt Berlin - Raumordnungspolitische und städtebauliche Aspekte. In: Berlin-Hauptstadt - Beiträge zu einer aktuellen Diskussion.(Berlin - Fakten und Argumente).Berlin 1990.
- ZWISCHENBILANZ - Fünf Jahre nach dem Umzugsbeschluß. Informationen des Beaufragten der Bundesregierung für den Berlin-Umzug und den Bonn-Ausschuß. Ausgabe 3/1996.

Senatsdirigent Dipl.-Ing. Julian Wékel
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie
Am Kölnischen Park 3
D-10179 Berlin Mitte

II

Deutschland und Europa im 19. und 20. Jahrhundert Historische, politikwissenschaftliche und geographische Perspektiven

Die deutsche Frage: Deutschland und Europa im 19. und 20. Jahrhundert Eine historische Betrachtung

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, bis zur Zäsur der Revolution von 1848 bzw. bis zur Wegscheide der Staatenwelt im Krimkrieg von 1854/56, war nicht abzusehen, daß die Deutschen am Ende des Säkulums in einem modernen Nationalstaat leben würden. Das hatte nicht zum geringsten damit zu tun, daß es einfach noch offen war, ob sie das in ihrer Mehrzahl am Anfang des Jahrhunderts überhaupt wollten. Unzutreffend ist daher die Annahme, die Deutschen hätten den Nationalstaat nach den welthistorischen Umbrüchen der Französischen Revolution und des Napoleonischen Empire zielgerichtet gesucht und gefunden. Denn "der 1815 staatlich zustandegekommene Deutsche Bund" ¹⁾ besaß viel akzeptierte Realität, zumal er gleichsam bruchlos und natürlich die Verbindung zum Alten Reich und seiner Verfassungsentwicklung seit dem Westfälischen Frieden von 1648 symbolisierte. Freilich machte sich neben dieser für die Zeit bestimmenden Wirklichkeit die entgegengesetzte Tendenz zum Nationalstaat durchaus schon bemerkbar: Wie unterschiedlich intensiv die Wünsche danach auch im einzelnen ursprünglich vorgetragen wurden, am Ende mündete eine lange, komplizierte Entwicklung in seine geschichtsmächtige Bauform ein.

Bereits am Vorabend der Revolution von 1848 war in Deutschland aus der nationalen Bewegung eine Volksbewegung geworden. Was zu Anfang vor allem die Gebildeten in den deutschen Einzelstaaten angezogen und beispielsweise mit dem Aufkommen des Philhellenismus während der zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts regelrecht mobilisiert hatte, erfaßte allmählich breitere Schichten und zielte über territoriale Grenzen hinaus. Neben den Burschenschaften waren es die in Vereinen organisierten und bis in die vierziger Jahre hinein mächtig anwachsenden Bewegungen der Schützen, der Turner und der Sänger, die sich das nationale Anliegen zu eigen machten. Die Gesellen- und die frühe Arbeiterbewegung wurden sodann von der nationalen Parole ebenso ergriffen, wie sich Unternehmer und "Deutscher Zollverein" dem Ziel von Einheit und Freiheit der Nation verschrieben.

Daß die nationale Frage vor dem Hintergrund des "tollen Jahres" 1848 und seiner Folgen unbeantwortet blieb, hatte mannigfache Gründe. Letztlich scheiterte ihre Lösung an der für die deutsche Geschichte auch über den engeren Zusammenhang hinaus eigentümlichen Tatsache, daß zu viel auf einmal zu erreichen versucht wurde, was im verführerischen Horizont kaum zu bändigender Erwartungen damals vielleicht gar nicht zu vermeiden war. Erst das enttäuschende Mißlingen des ehrgeizigen Experiments zwang Deutschland auf jene geschichtliche Bahn, der andere Nationen unter glücklicheren Bedingungen zuvor bereits gefolgt waren, nämlich eins nach dem anderen zu tun. 1848 dagegen griffen die Deutschen nach den Sternen, wollten ohne Aufschub alles: den Staat gründen, die Verfassung erkämpfen, die Sozialordnung verbessern und ein großes Reich errichten!

Nur wenige Jahre danach wurde die europäische Staatenwelt von einem umbrechenden Wandel ergriffen, der für die Lösung des deutschen Problems maßgeblich wurde. Er legte die Grundlage dafür, daß die - mit Bismarcks Namen verbundene - kleindeutsche Lösung, weil in ihr der Ausdehnungsdrang dem Einheitsstreben geopfert wurde, historische Wirklichkeit werden konnte. Mit dem Ende des Krimkriegs im Jahre 1856 zerbrach die bereits in den Jahrzehnten zuvor porös gewordene Solidarität der Pentarchie (Großbritannien, Rußland, Österreich, Frankreich und Preußen) vollends. Tief waren das Zarenreich und die Habsburgermonarchie fortan entzweit; beträchtlich reduzierten die Kriegsgegner Rußland und Großbritannien ihre Einflußnahme auf Europas Zentrum. In dem Maße, in dem die großen Mächte auf Distanz gingen, wuchs der Einfluß der kleinen.

Ein nachhaltig beeindruckender Schein von der Macht und Ohnmacht einzelner Staaten überlagerte für geraume Zeit ihre tatsächlichen und verborgenen Potenzen. Die nicht dauerhafte Existenz dieser vorteilhaften Lage, der so genannten "Krimkriegssituation"²⁾, ermöglichte es Preußen, seinem von JOHANN GUSTAV DROYSEN postulierten "Beruf für das Ganze"³⁾ nachzugehen und den kleindeutschen Nationalstaat zu bauen.

Ungeachtet der Tatsache, daß mannigfache historische Faktoren internationaler und gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, weltanschaulicher und kultureller Provenienz in den verschiedenen geschichtlichen Wirkungszusammenhängen eine Rolle spielten und in spezifischen Entscheidungslagen ihrerseits von Fall zu Fall sogar ausschlaggebend waren, blieb für die Entwicklung der deutschen Frage und der deutschen Außenpolitik, ja für die deutsche Geschichte überhaupt, eine Rahmenbedingung der Staatenwelt in jeweils wechselseitig aufeinander bezogener Form maßgeblich: das Verhältnis der beiden Flügel- und Weltmächte Großbritannien, später dann der Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und Rußlands bzw. der Sowjetunion andererseits zueinander und gegenüber Deutschland. Die relative Bewegungsfreiheit des Landes in der Mitte nahm jeweils zu, wenn sich das Interesse dieser miteinander rivalisierenden Mächte vom europäischen Zentrum abkehrte; sie nahm dagegen ab, wenn es sich eben darauf konzentrierte - ohne über der Beobachtung einer solchen Regelmäßigkeit in den Bewegungen der Staatenwelt andere davon abgeleitete oder davon unabhängige, diese relativierende oder verstärkende, auf jeden Fall aber damit zusammenhängende Kräfte, Vorgänge und Bedingungen der "Großen Politik" geringzuschätzen.

In diesem Sinne schuf "die Zäsur des Krimkrieges (1854-56) ... mit der Zurückdrängung Rußlands sowie mit dem fortwirkenden politischen Bruch zwischen Rußland und England und zwischen Rußland und Österreich eine Auflockerung der bisherigen Konstellation und damit internationaler Rahmenbedingungen für eine Entscheidung der 'deutschen Frage'"⁴⁾. Mit anderen Worten: Bismarck baute in ein sich 1856 auftuendes "Wellental" der internationalen Beziehungen hinein, das "die großen Mächte um einiges kleiner" und die kleinen "um vieles größer"⁵⁾ erscheinen ließ, vom Schwung eines für Preußens Entwicklung charakteristischen Industriebeschwungs dabei nicht unerheblich begünstigt, das Deutsche Reich.

Rußland konzentrierte sich damals eher auf seine Expansion nach Ostasien und auf die Modernisierung seiner Gesellschaft. Bestritt es auch heftig, als Folge der im Krimkrieg bezogenen Niederlage zu schmollen, so ging es doch jedenfalls mit sich zu Rate⁶⁾ und verminderte nachhaltig sein Engagement gegenüber dem europäischen Kontinent. Gleichfalls im Gefolge des Krimkrieges hatte England sich, nicht zuletzt auch als Reaktion auf den nur ein Jahr nach dem Abschluß des Pariser Friedens vom 30. März 1856 seine Herrschaft in Indien erschütternden Ausbruch des Sepoy-Aufstandes, auf den Erhalt seines Weltreiches zu konzentrieren und die sich immer drängender stellenden inneren Reformen ins Auge zu fassen. Beides zog sich in jener Politik der "Non-Intervention" zusammen, die die Aufmerksamkeit des Landes bis in die siebziger Jahre hinein fesselte und Großbritannien zu Europa auf Distanz gehen ließ: Es war diese internationale Konstellation, welche die Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 ermöglichte.

Doch daß das partielle Desinteresse der Russen und Briten gegenüber dem europäischen Zentrum, daß die Spannung ihrer weltmächtlichen Politik und daß ihre latente Gegnerschaft beileibe nicht, soweit es Deutschland anging, als dauerhafte und verlässliche Konstante gelten konnte, zeigte sich bereits während der "Krieg-in-Sicht"-Krise vom Frühjahr 1875. Damals eilten Russen und Briten ungeachtet ihrer globalen Rivalität Frankreich, das ihnen bedrängt vorkam, gegen das Deutsche Reich, das sie der Hegemonie verdächtigten, zu Hilfe. Als sich der russische Zar mit seinem Kanzler GORTSCHAKOW und Englands Botschafter ODO RUSSELL zwischen dem 10. und 13. Mai zur endgültigen Regelung der bereits abgeklungenen "Alerte" in Berlin trafen, wurden die Grenzen der deutschen Großmacht umgehend deutlich markiert.

Unübersehbar trat ihre Abhängigkeit von den beiden Weltmächten hervor, die ihrerseits

für Frankreichs und Österreich-Ungarns Handeln in hohem Maße mitbestimmend waren: "Die deutsche Bewegungsfreiheit schrumpfte ein!"⁷⁾ Einen Augenblick lang blitzte die subkutan durchgehend vorhandene Gefahr auf, in Parallele zur preußischen Geschichte zwischen 1815 und 1856, für eine der großen Mächte, sich gleichsam an sie anlehnd, optieren zu müssen: "Optieren aber für die eine oder andere hieß eine Stufe hinabsteigen und die kostbare Bewegungsfreiheit vollends einbüßen"⁸⁾, die als vornehmstes Kennzeichen nationaler Souveränität galt bzw. den Grad ihrer Verwirklichung definierte.

Bismarck zog aus der internationalen Krise des Jahres 1875 nicht zuletzt auch die Konsequenz, die außenpolitischen Gegensätze der weltweit miteinander konkurrierenden Briten und Russen kalkuliert und maßvoll zu fördern. Anfangs konnte er sich dabei darauf beschränken, natürlich bestehende Spannungen auszunutzen; später ging er, als sein Manövrierraum sich zunehmend enger gestaltete, auch dazu über, solche Rivalitäten künstlich zu stiften. Stets war er jedoch darum bemüht, den Tatendrang der Giganten von Europa weg an die weltpolitische Peripherie zu lenken. Und immer war er darauf bedacht, das britisch-russische "Great Game" unterhalb der kriegerischen Schwelle zu halten. Denn eine große militärische Auseinandersetzung würde unzweifelhaft auf das Zentrum zurückwirken, und Deutschlands Bestand würde einem solchen Krieg sowie der mit ihm einhergehenden Revolution wahrscheinlich zum Opfer fallen.

Dieses Ziel, der Gunst der "Krimkriegssituation" in gewandelter, Ausgleich und Konkurrenz zwischen Briten und Russen austarierender Form eine gewisse Dauer zu verleihen, umschrieb der Reichskanzler geradezu beispielhaft am 15. Juni 1877 im sogenannten "Kissinger Diktat" folgendermaßen: "Wenn England und Rußland auf der Basis, daß ersteres Ägypten, letzteres das Schwarze Meer hat, einig würden, so wären beide in der Lage, auf lange Zeit mit Erhaltung des status quo zufrieden zu sein, und doch wieder in ihren größten Interessen auf eine Rivalität angewiesen, die sie zur Teilnahme an Koalitionen gegen uns, abgesehen von den inneren Schwierigkeiten Englands für dergleichen, kaum fähig macht"⁹⁾. Und zu Beginn der großen west-östlichen Doppelkrise der Jahre 1885/87, als Deutschland sich durch Frankreich und Rußland herausgefordert sah, umriß HERBERT VON BISMARCK, Nuancen gröber als sein Vater, eben diese Absicht: "Die ganze Lage muß so gefingert werden, daß England und Rußland sich in unvermitteltem Antagonismus hart gegenüber zu stehen kommen"¹⁰⁾.

In dieser Perspektive wird aber auch plausibel, warum Bismarck den Versuch unternahm, den politischen Spielraum des Reiches zu vergrößern und das eigene Handeln vom britisch-russischen Verhältnis gegenüber Deutschland unabhängig zu gestalten. Während der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ventilierte er daher den Plan einer Zollunion mit Österreich-Ungarn, und während der ersten Hälfte der achtziger Jahre war er in diesem Sinne auf kolonialpolitischem Feld zum Ausgleich mit Frankreich zu gelangen bemüht. Das jeweilige Scheitern dieser Vorhaben warf ihn dann wieder darauf zurück, vor allem ein Zusammenwirken von Russen und Briten auf dem europäischen Kontinent zu verhindern, traute er doch - eben von diesem äußerst bedrohlichen Fall abgesehen - dem Deutschen Reich im übrigen durchaus zu, der anderen, von ihm allerdings kaum gering veranschlagten Probleme der Staatenwelt alleine Herr zu werden.

Die scheinbare Unvereinbarkeit zwischen dem "östlichen" Rückversicherungsvertrag vom 18. Juni 1887 einerseits, der dem Zarenreich im "ganz geheimen Zusatzprotokoll" den Weg nach Konstantinopel eröffnete, und den "westlichen", zwischen Februar und Dezember 1887 abgeschlossenen Verträgen der Mittelmeerabkommen und des Orientdreibundes, an denen Deutschland direkt oder indirekt teilhatte und die im östlichen Mittelmeer bzw. in Südosteuropa antirussische Position markierten, sind Erscheinungsformen und Ausdruck dieses Bemühens, in gerade noch erkenn- und vertretbarer Weise die ursprünglich nützliche Ausgangslage des Reiches künstlich für seinen Bestand zu bewahren.

Freilich entging Bismarck nicht, daß - über ihre politischen und militärischen Bedingungen weit hinaus - die für das Reich vorteilhafte Konstellation der Staatenwelt noch in einer ganz

anderen Hinsicht bedroht erschien. Denn der gleichsam im Rücken der Briten und Russen ange-tretene Weg der Deutschen hatte wohl zur "verspäteten" Gründung des Nationalstaates, nicht aber zur eigenständigen Ausformung einer werbenden Idee geführt, die in weltanschaulicher Perspektive die schiere Macht des neuen Gebildes zu veredeln imstande gewesen wäre. Mit ablehnender Besorgnis beobachtete der Reichskanzler, in welcher grundsätzlicher Art und Weise die weltanschaulichen Kräfte des "Panlawismus" und des "Gladstonianismus" im krisenreichen Jahr 1887 "den Zwang der Staatsnotwendigkeiten" ¹¹⁾ in Frage stellten, ohne daß Deutschland auf eine solche Herausforderung von Westen und Osten her mit einem "ostensiblen Missions-auftrag" ¹²⁾ hätte antworten können.

Denn der Eigenweg der Deutschen hatte sich im Zeichen einer spezifischen Ausprägung der preußisch-deutschen Staatsidee vollzogen, die der "Revolution von unten" zuvorkam, indem sie die "Reformen von oben" förderte. Im Zweiten Kaiserreich mündete er in den dritten Weg eines Konstitutionalismus ein, der zwischen Ost und West, zwischen Autokratie und Par-lamentarismus die Balance suchte. Von den außenpolitischen Bedingungen seiner Existenz abgesehen, verengte er sich auch auf innenpolitischem Feld immer mehr zu einem schmalen Grat und entbehrte vor allem der für das neue Zeitalter der Massen notwendigen Anziehungskraft einer zugkräftigen Ideologie. Angesichts einer solchen Gefährdung, welche die Ausgangs-position des Reiches machtpolitisch wie weltanschaulich in Frage stellte, zog Bismarck, für den äußersten Notfall gleichsam, die Option zugunsten des Zarenreiches in Erwägung, das ihm zwar machtpolitisch bedrohlicher erschien, aber weltanschaulich näherstand.

Doch vorläufig schenkte das inzwischen ausgebrochene Zeitalter des Imperialismus den Deutschen erst einmal Aufschub für das selbstverständlich nicht Unaufhaltsame, es ließ ihm die Freiheit außenpolitischer Wahlchancen. Das dauerte im Grunde bis zum "grand tournant de la politique mondiale" ¹³⁾ in den ersten Jahren nach der Jahrhundertwende an. Vor allem Großbritan-nien, das 1882 mit der Okkupation Ägyptens die imperialistische Ära eröffnete, und Ruß-land, das vom Jahre 1887 an seine ostasiatische Expansion erneut verstärkte, griffen über Euro-pa hinaus nach Afrika und Asien aus und begegneten sich im Zuge antagonistischer Ausdehnung von China über Tibet, Afghanistan und Persien bis nach Konstantinopel als Rivalen.

Diese säkulare Entwicklung gewährte Deutschland, eine Politik der "freien Hand" zu verfol-gen, deren Chancen und Beständigkeit jedoch von den wilhelminischen Staatsmännern über-schätzt wurde, weil sie das Verhältnis zwischen "Walfisch" und "Bär" sozusagen auf immer als unversöhnlich beurteilten. Doch die das Reich somit einerseits begünstigende Epoche des Im-perialismus beeinträchtigte andererseits, zumindest indirekt, seine Kraft in nicht ganz uner-heblichem Maße: Während nahezu alle anderen Staaten durch Ausdehnung an Macht zunah-men, wuchs das Land in der Mitte gleichzeitig nur in einem kaum beträchtlichen Umfang.

Insgesamt zeitigte die imperialistische Ära auf dem Feld der internationalen Politik Fol-gen, die schließlich, von der Jahrhundertwende an sichtbar, die Formation einer neuen Konstel-lation der Staatenwelt mit sich brachten: Diese Tendenz der Weltpolitik verdichtete sich bei-spielsweise in der 1907 zwischen Briten und Russen über ihre asiatischen Gegensätze abge-schlossenen Konvention. Gleichsam an Deutschland vorbei bildete sich ein in vielerlei Be-ziehung neues Bündnisssystem aus: Das Reich blieb in nicht zuletzt auch eigenverschuldeter Iso-lierung zurück. Ja, es relativierte selbst sowohl die Basis seiner Existenz als auch die russisch-britische Distanz gegenüber dem kontinentalen Zentrum und schließlich sogar den globalen Konflikt der Briten und Russen: Einerseits stieg es im Zuge seiner Orientpolitik anstelle der vom Jahre 1895 an ihre imperiale Verteidigungslinie im östlichen Mittelmeer von Konstan-tinopel nach Ägypten verlagernden Engländer am Bosphorus zum neuen Gegner der Russen auf und forderte andererseits mit seinem zwei Jahre darauf begonnenen Flottenbau Großbritannien geradezu frontal heraus. Der ohnehin existierende, von den wilhelminischen Staatsmännern unterschätzte Hang zum Ausgleich der Weltmächte, für die Krieg zu führen in jeder Form verlustreicher sein mußte, als Kompromisse zu schließen, wurde durch die deutsche Orient-

und Flottenpolitik noch gefördert, dehnte sich auf Europa aus und begann gegen Deutschland zu wirken.

Vor allem nach der Reorientierung der Mächte auf den alten Kontinent, die sich im Gefolge des russisch-japanischen Krieges (1904/05) vollzog, büßte das Deutsche Reich an Spielraum ein. Nahezu unmerklich und scheinbar automatisch, rückblickend in bezug auf Ursachen und Wirkungen jedoch durchaus erkennbar, begann sich die Schere der Mächte zu schließen, ohne damit freilich die Existenz des Reiches akut oder prinzipiell, umgehend oder unumkehrbar in Frage zu stellen. In diesem Zusammenhang mag es den Wandel der "politischen Gesamtsituation" ¹⁴⁾ kennzeichnen, daß selbst Reichskanzler BÜLOW, der bis dahin außenpolitisch nachteilig erscheinende Entwicklungen eher "pomadig" ¹⁵⁾ zu nehmen empfahl, nach dem Abschluß der russisch-englischen Konvention vom Jahre 1907, die sich zwar nicht direkt auf Europa bezog und dennoch indirekt europäische Folgen zeitigte, in einem Rundschreiben an die preußischen Gesandten vom Juni 1908 einer über das allgemeine Gefühl des Umstellteins hinausgehenden Befürchtung Ausdruck gab: Aus "Furcht vor einem etwaigen Mißbrauch der wirtschaftlichen und damit auch politischen Macht Deutschlands" ¹⁶⁾ könnten sich die defensiven Abmachungen der Ententemächte "zu konkreten Bündnissen verdichten", warnte er, ja man würde "vielleicht nicht zögern", setzte er dramatisch hinzu, "auch aggressiv gegen uns vorzugehen" ¹⁷⁾.

In dieser Perspektive ist es zumindest symptomatisch, daß Bethmann Hollwegs Entschluß, die Julikrise für eine politische, falls notwendig, bis zum großen Krieg zu steigernde Offensive zu benutzen, um die als unerträglich empfundene Umklammerung des Reiches zu lockern, subjektiv wesentlich dadurch gefördert wurde, daß er durch Geheimnisverrat von den im Sommer 1914 geführten britisch-russischen Marineverhandlungen Kenntnis erhalten hatte. Sie schienen die Kette der Deutschland umringenden Bündnisse zu schließen und die Weltmächte gegen das Reich zu alliierten.

Im Ersten Weltkrieg kämpfte Deutschland tatsächlich um sein Überleben, weil West und Ost sich zur großen Koalition gegen die Mitte zusammengefunden hatten. Daher versuchte die Reichsleitung, wenigstens teilweise, ein Stück von der günstigen Ausgangslage des zurückliegenden Jahrhunderts dadurch zu retten, daß sie bestrebt war, mit einer der beiden Seiten einen Separatfrieden zu schließen, um danach alle Kraft gegen die andere Front konzentrieren zu können. Schon Ende 1914 wollte der Chef des Generalstabes, Falkenhayn, unter dem Einfluß von Großadmiral Tirpitz mit Rußland, Reichskanzler Bethmann Hollweg dagegen mit England zum Frieden kommen. Doch erst im Frühjahr 1918, als das von den Wirkungen des Krieges und den Wirren der Revolution geschüttelte Sowjetrußland mit dem Abschluß des Friedens von Brest-Litowsk am 3. März 1918 aus der gegnerischen Koalition ausschied, gelang es, wenn auch nur einen flüchtigen historischen Augenblick lang, dem militärischen Druck der inzwischen übermächtig gewordenen Verhältnisse ein Stück Freiheit, wenn man so will: eine zumindest halbierte "Krimkriegssituation" abzurufen, deren Existenz sich dann jedoch, beinahe umgehend, als illusionär erwies.

Denn inzwischen waren die Vereinigten Staaten von Amerika, die bereits seit der Vorweltkriegszeit um die Balance der Staatenwelt besorgt waren, in den Krieg eingetreten, um an der Seite der alliierten Koalition, vor allem zusammen mit bzw. anstelle des von ihnen mittlerweile finanziell abhängigen Großbritanniens dem künftigen Sieger des Waffenganges Paroli zu bieten, der am 6. April 1917, als die USA dem Reich den Krieg erklärten, durchaus noch Deutschland heißen konnte. Angesichts der somit neu formierten Kräftekonstellation genügte auch der auf dem östlichen Kriegsschauplatz erzielte Erfolg nicht mehr, um die Niederlage des Deutschen Reiches abzuwenden.

Freilich brachten das machtpolitische Ausscheiden der Sowjets, die im übrigen ideologisch von der "Ersten Welt" prinzipiell getrennt waren, und der schon bald einsetzende Rückzug der Amerikaner aus Europa, der nur durch sporadische bzw. sektorale Interventionen unterbrochen wurde, es mit sich, daß Deutschlands außenpolitischer Spielraum im Sinne der ursprünglich so

vorteilhaften "Krimkriegssituation" wieder zunahm. Verstärkt wurde diese säkulare Tendenz noch dadurch, daß die gesamte Zwischenkriegsära des 20. Jahrhunderts vom britisch-sowjetischen Weltgegensatz durchzogen wurde, der vor allem in der kolonialen und halbkolonialen Welt zum Austrag kam. Die Existenz der englisch-sowjetischen Rivalität bzw. der amerikanisch-sowjetischen Distanz gegenüber Europa relativierte insbesondere Frankreichs Macht.

Einseitig militärisch ausgerichtet, erschien diese nur so lange überlegen, wie die Beschränkungen andauerten, die dem wirtschaftlich ohnehin kräftigeren Deutschland im Hinblick auf die Quantität und Qualität seiner Streitkräfte auferlegt waren. Erst einmal versuchten die Regierungen der innenpolitisch "westlich" verfaßten Weimarer Republik durch die außenpolitische Vermeidung einer klaren Option für den Westen oder den Osten "zu finassieren und den großen Entscheidungen auszuweichen" ¹⁸⁾. Es galt den englisch-russischen Antagonismus auszunutzen, um sich durch eine Politik des Ausgleichs gegenüber Frankreich vorläufig zu behaupten und durch eine Politik des Drucks gegenüber Polen Terrain zu gewinnen, bis über wirtschaftliche Macht hinaus auch militärische Stärke vorhanden sein würde, über die die "Prawda", zugleich als Mahnung und Werbung an die deutsche Adresse gerichtet, am 14. April 1928 ausführte: "Militärische Macht kann durch keinen noch so glänzenden 'wirtschaftlichen Wiederaufstieg' ersetzt werden" ¹⁹⁾.

Angesichts ungenügender Eigenkraft war die Politik des west-östlichen Gegensatzes natürlich umgehend mit der Gefahr verbunden, die Karl Radek, führender Funktionär der Kommunistischen Internationale, den Deutschen drohend und für die russische Option plädierend, vor Augen führte, sich nämlich am Ende "zwischen zwei Stühlen" ²⁰⁾ wiederzufinden. In der Tat dokumentierte die vom Rapallo-Vertrag des Jahres 1922 über den Locarno-Vertrag des Jahres 1925 zum Berliner Vertrag des Jahres 1926 führende außenpolitische Linie den Versuch, die west-östliche Balance zu halten, dem deutschen Revisionismus Manövrierraum zu verschaffen und die als vorbildlich eingeschätzte Konstellation der "Ära Bismarck" mutatis mutandis wiederzugewinnen: In dieser Perspektive sprach der Historiker OTTO HOETZSCH beispielsweise im Hinblick auf den Berliner Vertrag "geradezu bewundernd" als vom "russischen Rückversicherungsvertrag" ²¹⁾.

Vornehmlich gegen Ende der zwanziger Jahre wurde über die machtpolitische Perspektive hinaus zunehmend klarer, in welchem Ausmaß die innere Staatsräson des westlichen Parlamentarismus der Republik von Weimar gefährdet war und daß tatsächlich im Sinne des Wortes von Austen Chamberlain, des britischen Außenministers, um Deutschlands Seele gerungen werden mußte. Neben innenpolitischen und ideologischen Voraussetzungen wirkte gerade auch der außenpolitisch zwischen West und Ost eingeschlagene Eigenweg der Deutschen auf die in konstitutioneller Perspektive vollzogene Westbindung der Republik ein. Das förderte die Existenz eines deutschen Sonderbewußtseins, nämlich auch in weltanschaulicher, kultureller und verfassungspolitischer Hinsicht einen dritten Weg zwischen West und Ost, zwischen "angelsächsischer Weltherrschaft" und "russischer Knute" ²²⁾ wählen zu können, ja zu müssen, der sodann - nicht mit Notwendigkeit, aber unter rückblickend rekonstruierbaren Bedingungen - in das "Dritte Reich" Hitlers führte.

Die außenpolitische Bewegungsfreiheit des nationalsozialistischen Deutschland und seine unübersehbaren Erfolge hatten gleichfalls in nicht unerheblichem Maße mit der Tatsache zu tun, daß sich der britisch-sowjetische Weltgegensatz, beispielsweise vor dem Hintergrund der Frage nach der indischen Unabhängigkeit, zu Anfang der dreißiger Jahre noch tiefer einfraß und während des Spanischen Bürgerkriegs in verdeckter Form sogar zu einem militärischen Austrag kam. Nicht nur auf außenpolitischem Feld würden Frankreich oder England wohl kaum, wie es der amerikanische Botschafter in Rom am 1. April 1935 annahm, ernsthaft mit der Sowjetunion zusammenarbeiten können, da das eine Politik zu verfolgen bedeutete "which would invite the Communists into Central and Western Europe" ²³⁾.

Vielmehr befanden sich ja darüber hinaus auch auf innenpolitischer Ebene mehr oder weniger alle europäischen Staaten in einem innerhalb ihrer Grenzen ausgetragenen Bürgerkrieg der Weltanschauungen. Da die "Politik der kollektiven Sicherheit" angesichts solcher internationalen und nationalen Verhältnisse scheiterte, wuchs Hitlers außenpolitischer Spielraum. Langfristig drohte sich diese Konstellation allerdings zu verschlechtern, als die USA sich von Roosevelts Quarantäne-Rede am 5. Oktober 1937 an zu regen begannen. Zu verkennen ist darüber freilich nicht, daß die Amerikaner ihre Politik der politischen und militärischen Isolation vorläufig beibehielten und erst einmal stärker gegen Japan als gegen Deutschland oder Italien Stellung bezogen. Doch für den deutschen Botschafter in Washington, Dieckhoff, war bereits im Dezember 1937 klar, daß die USA nicht tatenlos zusehen könnten, wenn England wirklich in Bedrängnis geriete: "Aller Voraussicht nach werden die Vereinigten Staaten zunächst noch eine im wesentlichen passive Außenpolitik treiben, solange nicht England bereit ist, selbst aktiv zu werden, oder solange die Vereinigten Staaten nicht unerträglich provoziert werden bzw. Werte auf dem Spiele stehen, an deren Erhaltung die Vereinigten Staaten vital interessiert sind. Sollten diese Fälle eintreten, so werden die Vereinigten Staaten trotz aller Widerstände im Lande ihre jetzige Passivität aufgeben. In einem Konflikt, in dem es um die Existenz Großbritanniens geht, werden sie ihr Schwergewicht in die englische Waagschale legen" ²⁴⁾.

Damit deutete sich, wenn auch längst noch nicht akut, immerhin an, was im Zweiten Weltkrieg schließlich Wirklichkeit wurde. Für geraume Zeit vermochte Hitler diese - freilich neben mannigfachen anderen Zusammenhängen der "Großen Politik" existierende - Tendenz der Staatenwelt durch diplomatische Manöver aufzuhalten: Das vor allem von der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre an auf dem asiatischen Schauplatz geförderte Gegengewicht Japans beeinträchtigte das europäische Interesse der Briten und Amerikaner; der Nichtangriffsvertrag mit Stalin vom 23. August 1939 sollte die Aktionsfähigkeit der europäischen Westmächte, insbesondere Großbritanniens, vollends lähmen. Beide Schachzüge schlugen nach einer Zeit unübersehbarer Erfolge letztlich fehl.

Auf gleichsam künstlich anmutendem Weg wurde die Manövrierefreiheit für die deutschen Feldzüge gegen Polen, gegen den Norden und gegen den Westen Europas durch die mit gravierenden Vorbehalten und mit unübersehbarer Vorläufigkeit vollzogene russische Option erkaufte. Allerdings vermochte die Abhängigkeit von Stalin diejenige von den Angelsachsen kaum grundlegend zu beheben. Auf geradezu paradox anmutende Weise trat dieser Sachverhalt im Augenblick des deutschen Triumphes über Frankreich zutage: Denn am 31. Juli 1940 spekulierte Hitler darüber, warum das von ihm noch kurz zuvor als schon besiegt eingeschätzte England immer noch nicht eingelenkt habe, gedachte er doch, seinen Weltanschauungskrieg gegen die Sowjetunion so bald wie möglich ohne die Bedrohung einer zweiten westlichen Front im Rücken führen zu können. Eben daran hinderte ihn die globale Wirkungen ausübende Existenz der sowjetrussisch-angelsächsischen Zangenbewegung, über deren Mechanismus und Beseitigung er sich damals vor den Militärs so äußerte: "*Englands Hoffnung ist Rußland und Amerika. Wenn [in Großbritannien die] Hoffnung auf Rußland wegfällt, fällt auch Amerika weg, weil [dem] Wegfall Rußlands eine Aufwertung Japans in Ostasien in ungeheurem Maße folgt*" ²⁵⁾.

In einer global drohenden Zweifrontenkriegssituation war gegenwärtig ohnehin nicht mehr erreichbar als eine indirekte Ausschaltung der USA. Die Sowjetunion aber mußte - neben den für Hitlers Entschluß letztlich ausschlaggebenden weltanschaulichen Motiven - auch aus machtpolitischen Gründen besiegt werden, um Rückenfreiheit zu gewinnen. Daß ein solches militärisches Vorgehen gerade das Gegenteil des Gewünschten mit sich bringen und zur Koalition der Sowjets und Angelsachsen führen konnte, stellte ein Risiko dar, das Hitlers Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 zum Vabanquespiel werden ließ.

Ein ums andere Mal eröffnete das "Dritte Reich" eine neue Offensive, um Bewegungsfreiheit für die nächste Attacke und weitere Eroberungen zu erkämpfen. Eben dadurch geriet es

immer wieder in Engpässe und Zeitnot. Zudem stellte sich im Krieg schon bald heraus, daß die Ideologie des Nationalsozialismus als eines dritten Weges zwischen westlicher Demokratie und sowjetischem Kommunismus - ungeachtet einer gar nicht zu übersehenden Attraktion, die sie zumindest zeitweise ausübte - vor allem durch das für ihr Wesen essentielle Element des Rassismus dem zivilisatorischen Ideal des Westens ebenso unterlegen war, wie sie auch der Diktatur des Stalinismus, die das russische Vaterland gegen den Vernichtungsfeldzug der Deutschen verteidigte, nicht überlegen sein konnte.

Als Hitler im Zeichen einer, was den russischen Feldzug anging, großen Siegeszuversicht dem japanischen Botschafter Oshima am 14. Juli 1941 einen von Deutschland und Japan gemeinsam gegen die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika geführten Krieg zu unternehmen vorschlug, entsprang dieser Gedanke ohne Zweifel einer offensiven Zielsetzung und wurde dennoch im Banne einer weltpolitischen Konstellation geäußert, in der die Angelsachsen und Sowjets eine Schere bildeten, die sich nicht zuletzt durch deutsche Betätigung schließen konnte: "Amerika drücke in seinem neuen imperialistischen Geist mal auf den europäischen, mal auf den asiatischen Lebensraum. Von uns aus gesehen drohe im Osten Rußland, im Westen Amerika, von Japan aus gesehen im Westen Rußland, im Osten Amerika. Daher sei er der Meinung, daß wir sie gemeinsam vernichten müssen" ²⁶⁾.

Mit diesen Worten umriß Hitler sein Vorhaben, die Flügel- und Weltmächte ein für allemal ausschalten zu wollen. Damit einhergehend versuchte er gleichzeitig der Einsicht zu entkommen, daß die Alternative zu ruinöser Überbürdung im Militärischen wohl nur in einer politischen Option zugunsten des einen oder anderen Lagers der Staatenwelt liegen konnte. Es ging ihm also darum, die geschichtliche "Krimkriegssituation" überdehnend auszuweiten und ahistorisch zu verewigen, so daß der wesentlich unter rassenpolitischen Vorzeichen entworfene Aufstieg des Deutschen Reiches zur Weltvormacht, ja zur Weltherrschaft kaum noch aufhaltbar erschien.

Hitlers Angriff gegen die Sowjetunion aber führte Churchill und Stalin zusammen; und der Versuch, die USA durch deutsche Unterstützung für Japan zu neutralisieren, ließ die Amerikaner endgültig in den nunmehr globale Dimension gewinnenden Weltkrieg eintreten. Das "Dritte Reich" sorgte dafür, daß sich die angelsächsisch-sowjetische Zange schloß und die Existenz des deutschen Nationalstaates zur Disposition gestellt wurde.

Ungeachtet aller gegensätzlichen Ziele der beteiligten Mächte und manch eines windungsreichen Umweges führten die großen Kriegskonferenzen der Alliierten und die Arbeit der "Europäischen Beratenden Kommission" schließlich zu dem Ziel, Deutschland in Besatzungszonen aufzuteilen. Weil die Briten annahmen, daß die Rote Armee bei Kriegsende zumindest am Rhein, wenn nicht gar westlich davon stehen werde, war die englische Regierung der Meinung, "mit der Annahme ihres Vorschlages vom 15. Januar 1944 durch die sowjetische Regierung (18. Februar) über die Linienführung der Ost-West-Demarkationsgrenze in Deutschland eine günstige Lösung erreicht zu haben. Die Linie Lübeck-Helmstedt-Eisenach-Hof und für Berlin ein Sonderstatus waren der Hauptinhalt" ²⁷⁾ dieser Vereinbarung, der die Amerikaner schließlich im April 1944 zustimmten.

Das amerikanisch-sowjetische Zusammentreffen in Torgau an der Elbe am 25. April 1945 und die zwischen dem Mai und Juli 1945 sich vollziehende alliierte Besetzung Berlins symbolisierten den Tatbestand, daß die "Krimkriegssituation" in machtpolitischer Perspektive nicht mehr länger existierte und daß das damit einhergehende Experiment gescheitert war, einen zwischen West und Ost gesuchten dritten Weg weltanschaulicher Eigenständigkeit zu beschreiten.

Seit dieser Zeit bewiesen die nach Konrad Adenauers Urteil nicht zuletzt im Hinblick auf Deutschland als "Kott-Freund[e]" - "Kott heißt böse, und Freund heißt Freund. Also, Kott-Freund, das sind die Amerikaner und Sowjetrußland"²⁸⁾ - verbundenen Weltmächte der Nachkriegszeit ungeachtet, ob eine Periode des "Kalten Krieges" oder der "Détente" vorherrschte, in

einem Punkt Einigkeit, den der amerikanische Außenminister John Foster Dulles Willy Brandt gegenüber im Jahre 1959 so umschrieb: "Die Russen und wir mögen uns über tausend Dinge uneinig sein. Doch über eines gibt es zwischen uns keine Meinungsverschiedenheit: Wir werden es nicht zulassen, daß ein wiedervereinigtes, bewaffnetes Deutschland im Niemandsland zwischen Ost und West umherirrt" ²⁹⁾.

Die Präsenz der Alliierten und ihr politischer Wille verhinderten fast ein halbes Jahrhundert lang die Wiedergeburt eines deutschen Nationalstaates: Die deutsche Frage war "eingekapselt". Tatsächlich zu regen begann sie sich erneut, als die internationale Staatenwelt in revolutionäre Bewegung geriet, mit anderen Worten: Das historisch Ausschlaggebende ereignete sich in einem Zusammenhang, der deutscher und europäischer Verfügung weitgehend entzogen blieb.

Als die Sowjetunion am ersten Weihnachtstag 1979 den Hindukusch überschritt, um Afghanistan zu unterwerfen, glich ihr kriegerisches Handeln dem hybriden Entschluß des Lyder-Königs Krösus, der im sechsten Jahrhundert vor Christi Geburt den Halys überquerte, um ein großes Reich zu zerstören: Seine Eroberungsgier schlug auf den Aggressor selber zurück! Die amerikanische Antwort auf die sowjetische Herausforderung, die sich im afghanischen Beutezug symbolisch verdichtet hatte, zwang die überbürdeten Sowjets in militärischer, wirtschaftlicher und weltanschaulicher Hinsicht in die Knie. Ohne die wohlüberlegten Schachzüge der traditionellen Diplomatie, die in umfassend angelegten Vernetzungsmanövern ihre freilich nicht selten janusgesichtigen Folgen zu zeitigen begannen, oder die massiv vorgetragenen Attacken der modernen Medien, deren liberale Botschaften im planetarischen Zeitalter staatliche Grenzen einrissen, in ihren insgesamt nicht eindeutigen Wirkungen geringzuachten, kann mit Gewißheit dies festgestellt werden: Vor dem düsteren Hintergrund ihres afghanischen Debakels erlag die Sowjetunion der amerikanischen Offensive im neu entfachten "Kalten Krieg".

Am Ende glich das überforderte Imperium einem Siechen, der unter seiner hermetischen Panzerung zu ersticken drohte. Als Generalsekretär Gorbatschow den schwer gezeichneten Patienten durch innenpolitische Reformen wieder auf die Beine zu bringen versuchte, entledigte er sich vorab der außenpolitischen Überlast. Vom März 1989 an sahen sich die sowjetischen Satelliten, die das Sensationelle kaum zu glauben wagten, von ihm vor die sogenannte "freie Wahl" ³⁰⁾ gestellt, ihren Weg durch die Geschichte eigenständig zu gehen. Als diese unvermutete Versicherung in der deutsch-sowjetischen Erklärung vom 13. Juni 1989 notifiziert wurde, mochte sich zumindest andeuten, daß bis dahin völlig Unerwartetes zukünftig einmal geschehen könnte.

Daß es sich dann so rasch zutrug, wie es sich schließlich abspielte, erschien jedoch nach wie vor eher unwahrscheinlich. Das heißt aber: Es waren, so schmerzlich es sein kann, von sympathischen Vorstellungen Abschied nehmen zu müssen, nicht die Revolutionen der Völker im sowjetischen Herrschaftsbereich Ostmittel- und Südosteuropas, die der staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands die entscheidende Bahn brachen; maßgeblich dafür wurde vielmehr die Revolution der Staatenwelt. Das Abgeleitete zum Ursprünglichen zu erheben, hieße einem schwerwiegenden Mißverständnis zu erliegen, das die elementare Abhängigkeit Deutschlands von den internationalen Verhältnissen zutiefst verkennen würde.

Ohne Zweifel: Daß es im Verlauf von nur einem Jahr, zwischen dem September 1989 und dem Oktober 1990, zur deutschen Wiedervereinigung gekommen ist, hatte nicht zuletzt mit der kaum mehr zu zügelnden Dynamik des Volkswillens in der DDR zu tun; freilich ist dabei - neben anderen Motiven, die in den geheimen Unterlagen der bislang noch verschlossenen Archive verborgen sein mögen - die ausschlaggebende Tatsache zu bedenken: Es gab keine Sowjetunion mehr, die dazu bereit war, dem in rasende Fahrt geratenen Rad der Zeit, wie 1953 in Berlin, wie 1956 in Budapest und wie 1968 in Prag, mit brutaler Gewalt blockierend in die Speichen zu greifen. Und was die Vereinigten Staaten von Amerika angeht, so förderten sie ihrerseits tatkräftig die sich auftürmende Tendenz zur nationalen Wiedervereinigung des geteil-

ten Deutschland: Der neue Nationalstaat, mit einem reduzierten Territorium und einem gemäßigten Waffenarsenal, dessen Wiedergeburt durch den Gang der Weltpolitik so unvermutet begünstigt wurde, aber bleibt auch zukünftig, wie eh und je in der europäischen Geschichte, von den Bedingungen der Staatenwelt auf Gedeih und Verderb abhängig.

Summary

The German Question: Germany and Europe in the 19th and 20th Century. An historical examination.

This article traces the development of the so-called German question between 1815 and 1990. A decisive rôle in the history of Germany in the 19th and 20th century was determined by circumstances prevailing in the world of politics, above all the relationship of the two powers flanking it - the world powers of Great Britain, subsequently to be replaced by the United States of America on the one side, and Russia, later on the Soviet Union, on the other side, towards each other and towards Germany. The relative freedom of movement of the territory in between always increased when the interest of the rival powers turned away from the centre, but decreased when their attention focussed on it. This dominant tendency of German, European and global history is examined in view of the Deutsche Bund, the Bismarck Era, the Wilhelminian Period, the First World War, the Weimar Republic, the Third Reich, the Second World War and the East-West German post-war development.

Anmerkungen

- ¹⁾ ANGERMEIER, H., Deutschland zwischen Reichstradition und Nationalstaat. Verfassungspolitische Konzeptionen und nationales Denken zwischen 1801 und 1815, in: Ders., Das alte Reich in der deutschen Geschichte. Studien über Kontinuitäten und Zäsuren, München 1991, S. 519.
- ²⁾ HILLGRUBER, A., Otto von Bismarck. Gründer der europäischen Großmacht Deutsches Reich, Göttingen/Zürich/ Frankfurt a.M. 1978, S. 107.
- ³⁾ DROYSEN, J.G., Geschichte der Preußischen Politik. Erster Theil: Die Gründung, Leipzig 2. Auflage 1868, S. 4.
- ⁴⁾ HILLGRUBER, wie Anm. 2, S. 102.
- ⁵⁾ DEHIO, L., Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte, Krefeld 1948, S. 190.
- ⁶⁾ Aus GORTSCHAKOWS Zirkular vom 3. September 1856, abgedruckt bei S.S. TATIŠCEV: Imperator Aleksander II. Ego Ziten'i Carstvovnie [Kaiser Alexander II. Sein Leben und seine Regierungszeit], T. I. St. Petersburg 1903, S. 229.
- ⁷⁾ DEHIO, wie Anm. 5, S. 197.
- ⁸⁾ Ebd.
- ⁹⁾ Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914, Band 2, Nr. 294, S. 153.
- ¹⁰⁾ Staatssekretär GRAF HERBERT VON BISMARCK. Aus seiner politischen Privatkorrespondenz, herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von W. BUßMANN unter Mitwirkung von K.P. HOEPKE, Göttingen 1964, S. 332: HERBERT VON BISMARCK an BÜLOW vom 31.10.1885.
- ¹¹⁾ KAEHLER, S.A., Bemerkungen zu einem Marginal Bismarck von 1887, in: Ders., Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Aufsätze und Vorträge, Göttingen 1961, S. 182.
- ¹²⁾ DEHIO, L., Gedanken über die deutsche Sendung 1900-1918, in: Ders., Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert, München 1955, S. 94.
- ¹³⁾ PALÉOLOGUE M., Un grand tournant de la politique mondiale 1904-1906, Paris 1934.
- ¹⁴⁾ Wie Anm. 9, S. 154.
- ¹⁵⁾ Ebd., Band 18. Zweite Hälfte, Nr. 5911, S. 840: BÜLOW an das Auswärtige Amt vom 3.4.1903.
- ¹⁶⁾ Ebd., Band 25. Zweite Hälfte, Nr. 8820, S. 476: BÜLOW an den preußischen Gesandten in München VON SCHLÖZER vom 25.6.1908.
- ¹⁷⁾ Ebd.

- ¹⁸⁾ STRESEMANN, G., Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden. Herausgegeben von H. BERNARD unter Mitarbeit von W. GOETZ und P. WIEGLER. Zweiter Band, Berlin 1932, S. 555: STRESEMANN an den ehemaligen Kronprinzen vom 7.9.1925.
- ¹⁹⁾ Zitiert nach GRIESER, H., Die Sowjetpresse über Deutschland in Europa 1922-1932. Revision von Versailles und Rapallo-Politik in sowjetischer Sicht, Stuttgart 1970, S. 192.
- ²⁰⁾ Izvestija, Nr. 15 vom 18.1.1925, zitiert nach ebd., S. 113.
- ²¹⁾ STRESEMANN, wie Anmerkung 18, S. 537: Aufzeichnung STRESEMANNs vom 20.4.1926.
- ²²⁾ WEBER, M., Gesammelte Politische Schriften, München 1921, S. 483: Brief MAX WEBERS an CRUSIUS vom 24.11.1918.
- ²³⁾ Foreign Relations of the United States. 1935, Band I, No. 1022, S. 215: Botschafter LONG an den Staatssekretär des State Department.
- ²⁴⁾ Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Serie D, Band I, Nr. 423, S. 535: DIECKHOFF an das Auswärtige Amt vom 7.12.1937.
- ²⁵⁾ Generaloberst HALDER. Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939-1942. Bearbeitet von H.-A. JACOBSEN. Band II, Stuttgart 1963, S. 49.
- ²⁶⁾ Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Zweiter Teil. Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes 1942-1944. Herausgegeben und erläutert von A. HILLGRUBER, Frankfurt a.M. 1970, Anhang, S. 549: Aufzeichnung über die Unterredung Hitlers mit OSHIMA.
- ²⁷⁾ HILLGRUBER, A., Der Zweite Weltkrieg 1939-1945. Kriegsziele und Strategie der großen Mächte, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz, 5. verbesserte Auflage 1989, S. 127.
- ²⁸⁾ Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sitzungsprotokoll des Bundesparteivorstandes der CDU Deutschlands am 16.2.1966.
- ²⁹⁾ BRANDT, W., Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975, Hamburg 1976, S. 84.
- ³⁰⁾ Vgl. dazu HACKE, C., Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M./Berlin 1993 (aktualisierte und erweiterte Neuausgabe), S. 385 f.

Prof. Dr. Klaus Hildebrand
Historisches Seminar
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität
Konviktstr. 11
D-53113 Bonn

Peter Krüger

Der Funktionswandel von Grenzen im europäischen Staatensystem des 19. und 20. Jahrhunderts

I. Maßgebende Gesichtspunkte

Als die Vertreter der Großmächte 1814/15 auf dem Wiener Kongreß in schweren, teilweise prinzipiellen Auseinandersetzungen eine dauerhafte Neuordnung des europäischen Staatensystems errichteten, gegründet auf Ausgewogenheit der europäischen Staatenwelt, auf die rechtliche Verankerung ihrer neuen Struktur, die auch dem kleinsten Staat Sicherheit und Unabhängigkeit gewährleisten sollte, und auf gemeinsame Verantwortung, da verwandten sie besondere Mühe auf die Ermöglichung ruhiger Entwicklung aller Staaten innerhalb eines allgemein akzeptierten, als legitim anerkannten Systems geregelter und gesicherter Grenzen. Ihre Unverletzlichkeit wurde zum Grundsatz bei der Verteilung und Abgrenzung der Territorien "nach den Erhaltungsgrundsätzen der Rechte eines jeden Einzelnen und der Ruhe Aller" und nach den für alle verbindlichen Vorschriften dessen, "was man als das öffentliche Recht Europas bezeichnet"; denn "im Verhältnisse [...] von Volk zu Volk ist die erste Tugend Gerechtigkeit" ¹⁾ - auch wenn man sich nicht in jedem Fall daran hielt. Damit traf man auch die, obgleich weniger subtile, in der öffentlichen Meinung der Zeit überwiegende Auffassung. Die verbreitete Entrüstung über Preußens Anstrengungen, sich das ganze Königreich Sachsen einzuverleiben, kann als wichtiger Beleg dafür betrachtet werden.

Nach den gravierenden gewaltsamen Grenzänderungen in Italien und Deutschland zwischen 1859 und 1871 und im Zuge des großen ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels, der allmählich spürbar werdenden Wirkungen eines integralen Nationalismus und Imperialismus mit darwinistischen Merkmalen setzte sich vornehmlich in Deutschland ein ganz anderes Denken über die Bedeutung von Grenzen und die Ansprüche bestimmter Völker auf Expansion und über deren Rechtfertigung durch, das dann in den Katastrophen des 20. Jahrhunderts, kulminierend in den beiden Weltkriegen und ihren Folgen, zeitweise zum außenpolitischen Leitgedanken wurde, eine vitalistische Vorstellung von in langfristiger Bewegung begriffenen territorialen Verhältnissen zwischen den Völkern, von Expansion und Rückzug und von im Grunde fließenden, nicht dauerhaft festzulegenden Grenzen.

Derartige Auffassungen fanden im späten 19. Jahrhundert wissenschaftliche Unterstützung unter anderem bei der Geographie, vor allem bei FRIEDRICH RATZEL, in dessen Schriften die Entwicklung von der Politischen Geographie zur Geopolitik erste deutliche Konturen gewann. Er übernahm die Vorstellung vom Staat als Organismus, der wachsen oder sich zurückbilden könne, nach ewigen Gesetzen des Lebens dem langsamen Auf- und Abfluten großer Bewegungen der Völker Ausdruck gebe und sich mit ihren Lebensäußerungen ändere. Daher könne von einem abgeschlossenen Staatsgebiet keine Rede sein, eine solche Vorstellung sei "dogmatisch" und "organisch". Und so kam er zu einer Schlußfolgerung und damit zu einer Auffassung von der Grenze, die im völligen Gegensatz zu der des Wiener Kongresses stand, als man die politisch vereinbarte, rechtlich verankerte Grenze und ihre Respektierung zur Grundlage des Staatensystems gemacht hatte. Er erklärte: "Der Natur des Organischen widerspricht aber nichts mehr als die starre Umgrenzung". ²⁾ Vom Vorrang des Rechts und der Entscheidungs-

¹⁾ KLAUS MÜLLER (Hg.): Quellen zur Geschichte des Wiener Kongresses 1814/1815. Darmstadt 1986, S. 270f. (TALLEYRAND, 19.12.1814).

²⁾ FRIEDRICH RATZEL: Die Gesetze des räumlichen Wachstums der Staaten [1896], in JOSEF MATZNETTER (Hg.): Politische Geographie. Darmstadt 1977, S. 30. Siehe auch GERHARD SANDNER und JÜRGEN OBENBRÜGGE: Political geography in Germany after World War II, in ECKART EHLERS

und Gestaltungskraft der Politik war bei RATZEL, der im Gegenteil die Dominanz des "wie eine langsam flüssige Masse" sich bewegenden Volksorganismus betonte, keine Rede mehr. Mit diesen Gedanken verband er wenigstens drei weitere, für die Betrachtung der internationalen Politik und des europäischen Staatensystems und für die Behandlung der Grenzen folgenreiche Auffassungen: Vom Expansionsrecht der Staaten, von ihrer Rangfolge - abhängig von ihrer Größe und kulturellen Bedeutung und bestimmend für ihr Raumbedürfnis - und schließlich vom Unvermögen der Fortschrittstheorie, diese organischen Bewegungskräfte von Volk und Staat zu erkennen, womit er anti-modernen Strömungen nicht nur allgemein rechtfertigenden Vorschub leistete, sondern dies insbesondere auch erreichte durch die implizite Infragestellung einer kooperativen, am Recht orientierten Staatenordnung und ihrer Basis in dauerhaften und sicheren Grenzen.

Diese Überlegungen hingen eng zusammen. Die Rechtfertigung der Expansion, wobei in der Regel keineswegs an Eroberung und Unterwerfung, sondern eher an kulturelle, machtpolitische oder wirtschaftliche Durchdringung und Überlagerung benachbarter Territorien gedacht war, ergab sich in solcher Betrachtung aus dem Raumbedürfnis auf Grund von Kultursteigerung, damit wachsender "Volkszähl" und ihrer "kulturfördernden" Verdichtung. Die quasi natürliche Rangfolge, die sich daraus entwickelte, gab den größeren Völkern und Kulturstaaten ein höheres Recht auf Ausdehnung, während sich die weniger hochstehenden als Kleinstaaten organisierten: "Der Raum der Staaten wächst mit der Kultur".³⁾ Zusätzlich wurde das Raumbedürfnis erklärt und verbunden mit der hohen Bedeutung des Bodens für Volk, Staat und Kultur, also auch der Bodennutzung, unter ausdrücklicher Absage an "sogenannte Fortschrittstheorien", also solche, die durch intensive Entfaltung und Modernisierung der Gesellschaft innerhalb der bestehenden Grenzen die Weiterentwicklung voranzubringen suchten, sich von der Fixierung an Boden und Raumgewinn lösten, städtisch, individualistisch und pluralistisch geprägt und zunehmend gekennzeichnet waren von einer modernen Form internationaler Verflechtung, die in erster Linie technisch-industriell, wirtschaftlich und rechtlich beeinflußt wurde. Es bestand - und besteht in bestimmten Regionen noch heute - demzufolge ein grundlegender Konflikt im europäischen Staatensystem über die Auffassung von Grenzen: Grenzen als dauerhafte politische Vereinbarung, ja Verständigung und als Mittel rechtlicher Fixierung des Staatensystems oder Grenzen als unstete, unter Umständen geradezu Veränderungen herausfordernde Markierungen, abhängig von der Entfaltung der Völker und Staaten, von ihrer gesellschaftlichen Dynamik und den häufig zur Rechtfertigung ihrer Ausdehnung beschworenen, angeblich höheren Gesetzmäßigkeiten - auch wenn diese alternative Gegenüberstellung von Extrempositionen in der historischen Wirklichkeit vielfältigen Differenzierungen und gemischten Erscheinungsformen unterliegt, allerdings nicht immer, wie das Beispiel der kaum noch zu überbietenden Relativierung und Mißachtung von Grenzen bei Adolf Hitler und in seiner Weltanschauung zeigt. Grenzen können also nicht nur als Faktoren und Instrumente internationaler Ordnung betrachtet werden, sondern ihre Bewertung kann auch als eine Art Maßstab gelten für die Beurteilung der Vorstellungen und des praktischen Verhaltens einer Regierung in der internationalen Politik.

Demnach ist der Begriff von Grenzänderungen für eine differenzierte historische Betrachtung vieler unterschiedlicher Fälle sehr weit zu fassen. Mit Grenzänderung ist daher sowohl die Verschiebung von Grenzen als auch der Wandel ihres Charakters gemeint. Ursachen und Folgen von beidem sind also in die Untersuchung einzubeziehen, und der Begriff der Grenzänderung muß alles einschließen, was von der Neufestlegung von Grenzen bis zur Änderung ihrer Bedeutung reicht.

(Hg.): 40 years after: German geography. Developments, trends and prospects 1952-1992. Bonn 1992, S. 251-275.

³⁾ RATZEL (wie Anm. 2), S. 31

II. Der historische Befund

1. Grenzänderung und Bedeutungswandel

Die Neufestlegung von Grenzen scheint auf den ersten Blick noch der einfachste Fall von Grenzänderung zu sein. Sie gewinnt aber an Interesse, wenn sich durch sie etwa die politische, wirtschaftliche oder ethnische Wirkung der Grenze erheblich mildert - oder verschärft, wie im Falle der neuen deutsch-polnischen Grenze nach dem Ersten Weltkrieg, ihren innenpolitischen Konsequenzen in beiden Ländern und ihrer prinzipiellen Infragestellung durch das deutsche Revisionsstreben.

Der Bedeutungswandel von Grenzen vollzieht sich selbstverständlich und zunehmend wichtiger auch ohne ihre Veränderung und kann wiederum sehr verschiedene Ursachen haben. Dies ist charakteristisch für die dynamische Entwicklung Europas und des modernen europäischen Staatensystems im 19. und 20. Jahrhundert. Bemerkenswert ist dabei die Wirkung von Integrations- und Desintegrationsprozessen, z. B. wenn infolge der Reichsgründung von 1871 oder der westeuropäischen Integration seit der Montanunion Außengrenzen zu Binnengrenzen in verschiedenen rechtlichen Abstufungen werden oder umgekehrt Binnengrenzen zu Außengrenzen wie beim Zerfall der Sowjetunion und des Ostblocks.

Zu berücksichtigen sind auch, gerade im europäischen Staatensystem, die Rückwirkungen von Grenzverschiebungen - in welcher Form auch immer - auf den Wert oder die Sicherheit der Grenzen unbeteiligter Länder, etwa der Anschluß Österreichs an das Reich 1938 auf die Tschechoslowakei, die daraufhin im Norden, Westen und Süden eine gemeinsame Grenze mit dem seine Existenz bedrohenden nationalsozialistischen Deutschland hatte. Aber es zeigte sich noch eine weitere wichtige Variante dieser Betroffenheit Unbeteiligter: Schon die Möglichkeit, daß eine bestimmte Grenze geändert werden könnte, hatte Rückwirkungen auf Grenzen ähnlichen Charakters, denen dann ebenfalls eine Änderung drohen konnte. Ein markantes Beispiel ist die deutsch-belgische Grenze nach 1919, deren Revision - es ging um die an Belgien gekommenen deutschen Gebiete von Eupen und Malmedy - auf der Basis wirtschaftlicher Gegenleistungen 1926 nicht ausgeschlossen schien, was sofort nicht nur bei den übrigen Nachbarn Deutschlands, denen im Versailler Vertrag ehemals deutsche Gebiete zugesprochen worden waren, Befürchtungen einer Kettenreaktion ähnlicher Revisions Schritte mit Grenzänderungen als mögliche Konsequenzen auslöste, sondern diese Gefahr veranlaßte auch die Großmacht Frankreich als Protektor jener Nachbarn des Reiches, vor allem Polens und der Tschechoslowakei, gegen jegliches belgisches Zugeständnis Einspruch zu erheben, weil solche Grenzänderungen, selbst wenn sie friedlich und einvernehmlich vorgenommen wurden, den Druck auf andere Grenzen zu verstärken, die Machtverhältnisse in Europa zu verändern und die Konsolidierung des Staatensystems zu gefährden vermochten. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, wie schwerwiegend Grenzveränderungen die immer komplizierteren modernen Beziehungen und Verflechtungen in einer so hochentwickelten und bis in die Gegenwart außergewöhnlichen Verdichtung der Staaten, wie sie seit Jahrhunderten sich in Europa vollzogen hatte, beeinträchtigen.

Noch eine weitere Variante der Rückwirkung von Grenzveränderungen, und zwar in Form des Bedeutungswandels bestehender Grenzen, bietet die Europäische Union. Ihre Integrationsprozesse hatten und haben erhebliche Konsequenzen für die Nachbarn und ihre Grenzen, vor allem in Ostmitteleuropa, deren Funktionen unter erheblichen Anpassungsdruck gerieten. Sogar ihre Grenzen untereinander konnten sich dem Bedeutungswandel nicht entziehen. Der Sog der Durchlässigkeit wurde schon aus wirtschaftlichen Gründen immer stärker; damit wuchsen allerdings auch Anstrengungen, dem entgegenzuwirken.

Mit dem Beispiel Ostmitteleuropas kommt eine letzte, in unserem Zusammenhang wichtige Bedeutungsveränderung von Grenzen in den Blick, die Ambivalenz von Grenzräumen oder Grenzregionen. Heute, auf der Basis sicherer Grenzen und des Wunsches nach Zusammenarbeit, verringern die Verbindungs- und Entwicklungsräume am östlichen Rand der Euro-

päischen Union die Bedeutung bestehender Grenzen in ganz anderem Sinne als die Vorstellung eines für Deutschland zu öffnenden Grenzraumes im Osten, die sich seit dem späten 19. Jahrhundert allmählich ausbreitete. Sie konkretisierte sich zwischen den Weltkriegen zu dem Streben nach kultureller, die Rechte deutscher Minderheiten vor allem in den Grenzregionen stärkender Durchdringung der Grenze, dann nach verstärktem wirtschaftlichem und politischem Einfluß und schließlich nach unverhüllter Expansion in der Ost- und Südosteuropapolitik des Deutschen Reiches. Die Impulse reichten von der modernen Vorstellung kultureller, rechtlich abgesicherter Autonomie deutscher - und anderer - nationaler Minderheiten über die Idee eines von Deutschland beherrschten Mitteleuropa bis zur im Grunde grenzenlosen und brutalen Expansion im Sinne einer Ideologie der dominierenden Rasse und des für sie erforderlichen Lebensraumes. Diesen Bestrebungen leistete die mythische Überhöhung, der Vorranganspruch und die nicht in klaren Grenzen gebundene, bewußt herkömmliche Grenzen überschreitende Idee des Reiches Vorschub.⁴⁾

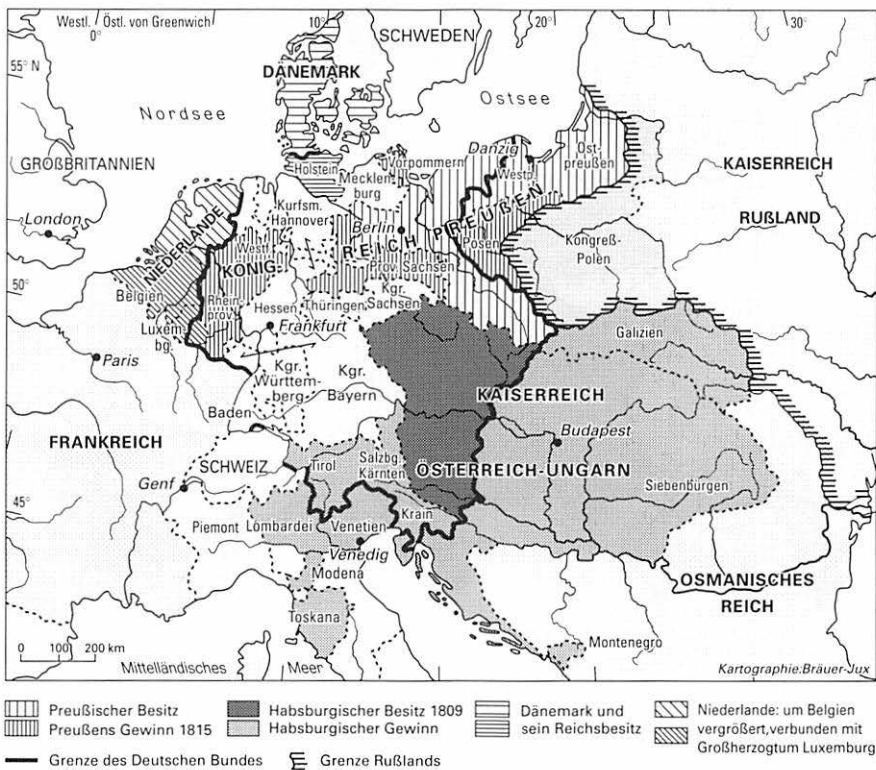
Beachtung verdient aber, daß sich eine derartige Entwertung der Grenzen durch die anti-moderne, teilweise atavistische Verherrlichung eines vom Zentrum Europas aus seinen Einfluß ausdehnenden Reiches überschneidet mit ganz konkreten, sich nach 1945 voll durchsetzenden modernen, vor allem technisch-industriell und wirtschafts-organisatorisch bedingten Verhältnissen zwischen Zentren und Peripherien in Europa. Die Dynamik regionaler Entwicklungen und die steigende Bedeutung der Peripherien, die auch die Bedeutung der Zentren veränderten und sie unter Anpassungsdruck stellten, trug ebenfalls zur neuen funktionalen Vielfalt und Bedeutung von Grenzregionen der Europäischen Union ebenso wie der Peripherien in ihrem Innern bei⁵⁾. Die hier nur in wenigen Punkten angedeuteten komplexen Sachverhalte der Grenze haben in unserem Zusammenhang eine der nächstliegenden und wichtigsten Konsequenzen auf dem Gebiet der Sicherheit der Staaten. Wie konnten sie unter solchen oft schwierigen, veränderlichen Bedingungen einer ihrer Hauptaufgaben, der Gewährleistung von Sicherheit, nachkommen? Schon auf dem Wiener Kongreß 1814/15 wurde, vor allem auf Grund der polnisch-sächsischen Krise⁶⁾ und der dort zu Lasten Österreichs und Preußens demonstrierten starken strategischen Position Rußlands an seiner Westgrenze, die Erfahrung maßgebend, daß sichere Grenzen nicht oder nur zu einem unverhältnismäßig hohen Preis und unter dauernder Anspannung der für ihre Verteidigung erforderlichen Ressourcen zu erreichen waren. Dies förderte die Einsicht, daß es sicherer, weniger aufwendig und weniger konfliktgeladen wäre, ihre Gewährleistung in einer umfassenden, allgemein akzeptierten, auf das Recht gegründeten Staatenordnung zu suchen, in der Verbindlichkeit und generellen Garantie internationaler Verhaltensnormen und begrenzter Handlungsfreiheit. Denn der einzelne Staat in Europa, auch der mächtigste, sah sich im Zuge moderner Verflechtung und damit wachsender wechselseitiger Abhängigkeit der Staaten bald immer weniger in der Lage, strategisch sichere, durch eigene Anstrengung hinreichend zu schützende Grenzen zu erhalten, selbst wenn es sich um die lange Zeit unverwundbaren Randmächte Europas, Rußland und Großbritannien, handelte.

Damit ist nicht gesagt, daß die europäischen Staaten und ihre Führungsschichten bereit waren, diesen nachhaltigen Wandlungsprozeß zu akzeptieren. Der Grundgedanke gemeinsamer Sicherheit durch politisch-rechtliche Ordnung setzte sich erst, nach furchtbaren Rückschlägen, unter den Erfahrungen und Konsequenzen des Zweiten Weltkriegs wirklich durch, etwa in der westeuropäischen Integration oder in der NATO. Allerdings ist nicht zu verkennen, daß schon das Europäische Konzert des 19. Jahrhunderts einen geeigneten Lösungsansatz für dieses Problem bot, dessen Weiterentwicklung in den 1920er Jahren mißlang.

⁴⁾ Siehe das Stichwort "Reich" in: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 5, Stuttgart 1984, bes. S. 498-508.

⁵⁾ ECKART EHLERS: Zentren und Peripherien - Strukturen einer Geographie der europäischen Integration (Vortrag auf dem Marburger Forum Philippinum, 22.11.1996).

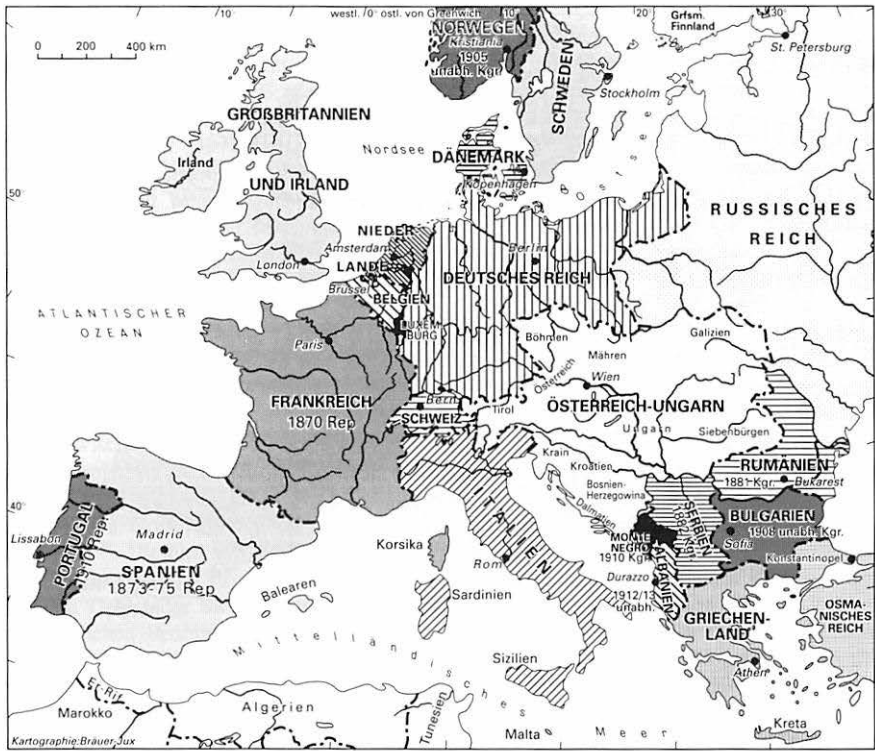
⁶⁾ PAUL W. SCHROEDER: The transformation of European politics 1763-1848. Oxford 1994, S. 523-38.



Karte 1: Europa nach dem Wiener Kongress 1814/15. (Quelle [Vorlage]: Neuer Geschichts- und Kulturatlas, hrsg. v. HANS ZEIBIG, Hamburg-Frankfurt a.M. - München 1950, Harms Kartenwerke und Lehrbücher, S. 102)

Daraus folgt unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit, daß ein reines System der Machtbalance ohne seine Einfügung in eine geregelte Staatenordnung ebenfalls zu den unsicheren, labilen, die Grenzen dem Druck ständiger Machtsicherung und Machtsteigerung aussetzenden, aber einer angeblich höheren Gesetzmäßigkeit verpflichteten Lösungen gehört, einer Gesetzmäßigkeit des Gleichgewichts, das im Grunde nur unter extrem vereinfachten Bedingungen wie im Ost-West-Gegensatz des kalten Kriegs funktioniert und als Grenze eine tiefe Kluft schuf, die wegen ihrer hohen Gefährlichkeit Sicherheit bot. Daraus folgt weiter, daß generell gefährlich und unzureichend alle diejenigen Prinzipien und Rechtfertigungen von Grenzänderungen - oder Bestrebungen dazu - sind, die im konkreten Fall nicht gleichermaßen gültig und anwendbar für die Interessen aller Beteiligten, und das heißt, die nicht verallgemeinerungsfähig für ein Verfahren zur Aushandlung und Festlegung von Grenzen unter gleichberechtigten Staaten sind.

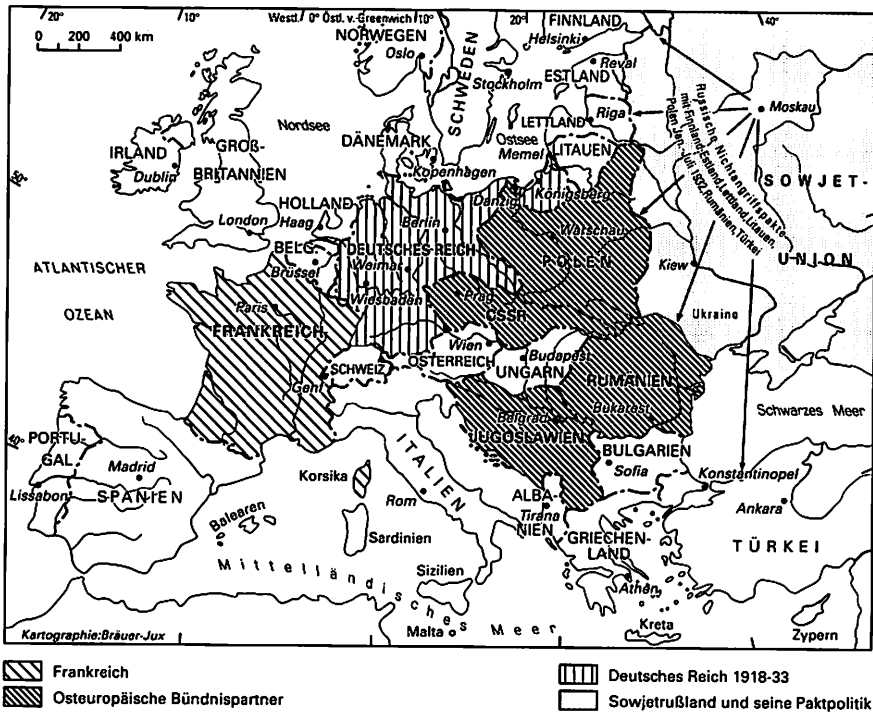
Mit derartiger Inanspruchnahme höherer, nicht verallgemeinerungsfähiger Prinzipien ist zwangsläufig eine Auslese, ein Vorrang der sich auf sie berufenden Staaten und Völker verbunden, vor allem ein höheres Recht auf Expansion. Infolgedessen werden die Begriffe, die davon betroffen sind, auch der der Grenze, ambivalent.



Karte 2: Europa vor dem Ersten Weltkrieg. (Quelle [Vorlage]: Putzger, Historischer Weltatlas, hrsg. v. WALTER LEISERING, Berlin - Bielefeld 1979, S. 102f.)

2. Staatensystem und Grenzen im Wandel

Über die speziellen ideologischen Begründungen von Grenzänderungen hinaus hat der Anbruch der Moderne überhaupt eine neue Unsicherheit der Grenze mit sich gebracht. Unabhängigkeitsstreben, das Recht auf demokratische Selbstbestimmung, die Mobilisierung und das Partizipationsstreben breiter Schichten der Bevölkerung, revolutionäre Expansion entgegen den traditionellen Prinzipien des öffentlichen Rechts Europas, des europäischen Völkerrechts: diese seit den Revolutionen von 1776 und 1789 in schwer faßbarer, ungeahnter Weise verdichtete Epoche des Wandels ließ die europäischen Staaten auch gleich fast alle Erfahrungen mit den neuen Unwägbarkeiten internationaler Politik machen, bis ins Extrem der völligen, zum Prinzip erhobenen Unsicherheit und Verfügbarkeit der Grenzen, der Staaten und des Staatensystems. Denn NAPOLEON stellte jeden erreichten Zustand nach den Bedürfnissen des Augenblicks wieder zur Disposition. Seitdem hatte die Gestaltung des Staatensystems eine neue Notwendigkeit und einen neuen Sinn erhalten: die Gewährleistung sicherer Grenzen und eigenständiger Entwicklung auch der kleinen Staaten und die Verankerung gemeinsamer, für alle verbindlicher Regeln



Karte 3: Europa nach dem Ersten Weltkrieg. (Quelle [Vorlage]: Neuer Geschichts- und KulturAtlas, hrsg. v. HANS ZEIBIG, Hamburg-Frankfurt a.M. - München 1950, Harms Kartenwerke und Lehrbücher, S. 128)

und Regelungen. Das erste, lange nachwirkende Ergebnis solcher Anstrengungen war das neu geordnete System des Wiener Kongresses.⁷⁾

Bis über die Jahrhundertmitte blieben die wichtigsten europäischen Grenzen unverändert, die zwischen Rußland, Österreich und Preußen sogar bis 1914. Hiermit setzte sich als langfristige Grenzstruktur die Regelung durch die Großmächte durch, die trotz der Sorge vor dem großen russischen Übergewicht in Polen - das sich politisch auch bei anderer Grenzziehung ausgewirkt hätte - stets respektiert wurde und Bestand hatte. In einer deutlich spürbaren Spannung dazu gab es aber eine zweite deutsche Ostgrenze, die durch Preußen und Österreich hindurch verlief und deren Territorium in zwei ungleiche Teile mit unterschiedlicher rechtlicher Qualität teilte, die Grenze des 1815 in Wien gegründeten Deutschen Bundes, eines der erstaunlichsten staatlichen Gebilde des 19. Jahrhunderts. In ihm lebte die Tradition und die beachtliche Orientierungswirkung des alten Reiches als Rechts- und Friedensgemeinschaft weiter.

Allerdings ist dies trotz solcher eindrucksvoller Beständigkeit doch besser als Teil eines gravierenden internationalen Wandlungsprozesses zu sehen: des allmählichen Verblässens, Verfalls der Selbstbehauptungskraft und Zugrundegehens der großen, lockeren, rechtlich und nicht

⁷⁾ Ebd., vor allem S. 575-582.



Karte 4: Europa 1957. (Quelle [Vorlage]: Putzger, Historischer Weltatlas, hrsg. v. WALTER LEISE-RING, Berlin - Bielefeld 1979, S. 123)

machtpolitisch begründeten Ordnung Deutschlands und Mitteleuropas, ein Auflösungsprozeß, dessen Ausgang, das Ende des Deutschen Bundes 1866, zwar nicht zwangsläufig war, aber um ihn abzuwenden, hätte es einiger Anstrengungen und einer weitsichtigen, wenn auch vorsichtigen Modernisierungspolitik bedurft. Die folgenreichen Veränderungen begannen mit der Durchbrechung der Grenzen und Institutionen des alten Reiches im Zuge der machtpolitischen, auf souveräne Entscheidungsgewalt gegründeten Großmachtpolitik Preußens und Österreichs, ungeachtet ihres unterschiedlichen Charakters und ihrer noch viel unterschiedlicheren Tradition, die in Österreich bis in das Spätmittelalter reichte. Die Schwäche und Unpopularität des Deutschen Bundes und damit auch die Teilnahmslosigkeit am Schicksal seiner traditionsreichen Grenzen offenbarte auch, in welchem starkem Maße inzwischen innenpolitische Entwicklungen und breite Zustimmung der Bevölkerung für Erhalt oder Änderung von Grenzen mitverantwortlich wurden. Denn der Deutsche Bund war vor allem wegen seiner versteinerten, ihm vornehmlich von Österreich und Preußen aufgezwungenen, reformfeindlich und anpassungsunfähig gehaltenen Verfassungspolitik schließlich als Gegner jeder Modernisierung gebrandmarkt; die Chance einer grundlegenden Alternative zur zentralistischen, machtpolitischen Variante des Nationalstaats war vertan.

Zusammen mit zahlreichen selbständigen kleinen Staaten verschwanden 1859 in Italien und 1866-71 in Deutschland auch zahlreiche Grenzen, und infolgedessen erlitten die 1815 zu Recht als unentbehrlich betrachteten intermediären Zonen kleiner und mittlerer Staaten in Europa eine erhebliche Einbuße. Das Staatensystem reduzierte sich danach mehr und mehr auf ein reines, auf Machtbalance beruhendes Großmachtssystem. Doch auch die Ära der von den Großmächten in Gestaltung des Staatensystems festgelegten Grenzen ging ihrem Ende entgegen. Die Nationen als Grenzgestalter - und damit verbundene ideologische Impulse - machten verstärkt ihren Einfluß geltend, und zwar, von den alten Nationalstaaten wie Frankreich abgesehen, zuerst in kleineren nationalstaatlichen Neugründungen wie Griechenland oder Belgien, dann, mit der nationalen Neuformierung der Großmächte Italien und Deutschland, in zentralen Bereichen Europas und schließlich in einem immer mächtigeren Sog des ethnischen und kulturellen Nationalismus vor allem in Mittel- und Osteuropa.⁸⁾ So wurde verwirklicht, was die Politiker schon nach den Erfahrungen mit einer neuen nationalistischen Dynamik in der Französischen Revolution gefürchtet hatten: Wenn man die Grenzen Europas nach den Ansprüchen der Nationen ziehen wollte, konnten nur wenige unverändert bleiben - mit umwälzenden Folgen und unabsehbaren Konflikten. Daraus schien jedoch ein über viele Jahrzehnte sich hinziehender konfliktreicher, aber noch einigermaßen zu kontrollierender Prozeß zu werden, der seine Gefahrenzentren auf dem Balkan in den nach Unabhängigkeit vom immer schwächer werdenden Osmanischen Reich verlangenden Völkern hatte. Diese prekäre Lage wurde allerdings noch unsicherer auf Grund der, wenn auch unterschiedlich schweren, nicht bewältigten politisch-gesellschaftlichen Probleme der drei östlichen Großmächte, was zusätzliche Differenzen zu den liberal-demokratisch entwickelteren Ländern hervorrief und die für das Zusammenleben im Staatensystem förderliche verfassungspolitische Homogenität verhinderte.

Aber erst die Katastrophe des Ersten Weltkriegs brachte den Zusammenbruch der letzten übernationalen Reiche und ermöglichte den vollen Sieg des Nationalstaats und der nationalstaatlichen Organisierung Europas mit einer Fülle neuer Grenzen - sei es infolge des Entstehens neuer Staaten, sei es infolge territorialer Veränderungen und neuer Grenzziehung alter Staaten. Zu den prompt einsetzenden nationalistischen Grenzstreitigkeiten gesellte sich das revisionistische Streben der Besiegten nach Wiederherstellung ihrer alten Grenzen, aber auch die Absicht, ihnen weitere wichtige Gebiete zum Zwecke der Machtverschiebung abspenstig zu machen, etwa die französischen Versuche, das linksrheinische Gebiet und die Saarregion vom Reich zu trennen. Es handelte sich um eine labile, anfällige territoriale Neuordnung ohne Neuordnung des europäischen Staatensystems, das im übrigen angesichts des Aufstiegs außereuropäischer Staaten und der dominierenden neuen Weltmacht USA nicht selten als obsolet und nach den Erfahrungen der Julikrise 1914 zur Friedenssicherung ungeeignet angesehen wurde. Der beginnenden globalen Verflechtung angemessen galt hingegen der Aufbau einer Weltorganisation, des Völkerbunds, ähnlich dann nach 1945 der UNO. Auch wenn der Völkerbund mit Aufgaben und Erwartungen, die er nicht zu erfüllen vermochte, überfrachtet war - und deshalb zu Unrecht als ineffizient verurteilt wurde -, nahm er wichtige Grundsätze für Sicherheit und Zusammenarbeit der Staaten als Basis jeder Staatenordnung wieder auf, wie sie 1815 in Wien geprägt worden waren, vor allem die Unverletzlichkeit der Grenzen.

Jedoch die weltweite Ausdehnung des Völkerbunds war für die Kompliziertheit und Dichte der in den meisten Fällen vergleichsweise hoch entwickelten europäischen Staaten unzureichend. Die Organisation Europas war seit 1918 das eigentliche, grundlegende Problem. Bemühungen, dem durch eine modernisierte, eng mit dem Völkerbund verknüpfte Form des Europäischen Konzerts (Locarno 1925) abzuhelpen, hatten nur vorübergehend Erfolg. Dauerhaftere europäische Lösungen bedurften gegenüber der verbreiteten, von Nationalismus und Revisionismus genährten Weigerung, gemeinsam und im Kompromiß internationale Politik zu

⁸⁾ PETER KRÜGER (Hg.): Deutschland, deutscher Staat, deutsche Nation. Historische Erkundungen eines Spannungsverhältnisses. Marburg 1993, S. 15-21, 50, 56.

betreiben, in erster Linie der noch in den Anfängen steckenden Wandlung des Nationalstaats, bis er zur kooperativen Interessenwahrnehmung im europäischen Verbund und zu integrativen Lösungen fähig wurde. Schon damals war die Unumgänglichkeit einer integrativen Ordnung Europas als dauerhafte Gewährleistung seiner Sicherheit und weiteren Entwicklung erkennbar - und der sich formierende Widerstand dagegen auch. Briands Europa-Plan von 1929/30 war das herausragende Beispiel, und die ersten konkreten Überlegungen innerhalb einiger Regierungen, wirtschaftliche Zusammenschlüsse, etwa in Form einer europäischen Zollunion, zu fördern, zeigten immerhin schon die interessengeleitete Richtung und Schwerpunktsetzung künftiger europäischer Integration an. Über den beträchtlichen Bedeutungswandel der Grenzen in einem europäischen Wirtschaftsraum - auch im Verhältnis zu den außereuropäischen Ländern - herrschte kein Zweifel.⁹⁾

Gerade dies rief auch die Gegenkräfte auf den Plan - auch deswegen, weil sich die europäischen Länder und ihre Grenzen nach 1918 auf drei Zonen unterschiedlicher, von West nach Ost abnehmender Sicherheit und Konsolidierung verteilten, was sich, mangels Bereitschaft der wohlhabenderen Länder zu längerfristigen Entwicklungsprogrammen, auch wirtschaftlich nicht überwinden ließ. Darüber hinaus waren nach 1918 viele Binnengrenzen infolge des Zusammenbruchs der drei Kaiserreiche zu Außengrenzen geworden, und dementsprechend stellte die Peripherie nicht mehr nur ein Binnenproblem dieser drei Reiche dar, sondern war nun auch in verstärktem Maße zu einem internationalen Problem geworden. Denn fast alle neuen Staaten in diesem Gebiet gehörten jetzt zur weniger entwickelten Peripherie, konzentriert in der machtpolitisch gefährdetsten Zone Europas von der Ostsee bis zur Ägäis.¹⁰⁾ Weil die übergeordnete Gemeinsamkeit eines Sicherheit und Entfaltungsmöglichkeiten gewährenden und Bindungen auferlegenden Staatensystems fehlte, waren Grenzkonflikte in Europa wieder an der Tagesordnung.

Die liberalen, pluralistischen Ansätze europäischer Gemeinschaft auf der Basis nationaler Verfassungsstaaten und der ordnungspolitischen Funktion vereinbarter und respektierter Grenzen gleichberechtigter Staaten erfuhren ihre radikalste Bedrohung durch die extremen Ideologien von rechts und links seit dem Ende des Ersten Weltkriegs. Sie stellten alle bestehenden Grenzen in Frage, dem revolutionären Anspruch nach und den mehr oder weniger gewaltsamen Bestrebungen, ihn durchzusetzen, zuerst vom Bolschewismus, in der brutalsten Verwirklichung jedoch von der rassistisch begründeten Lebensraumforderung Hitlers und des Nationalsozialismus. Die Vorstellung von den offenen Grenzen und Grenzräumen wurde von Hitler zum äußersten gesteigert: Für ihn gab es grundsätzlich keine dauerhafte Grenze, sondern höchstens vorübergehende Abgrenzungen oder vorzugsweise eine völlig labile, in der Schwebelage der Unentschiedenheit gehaltene Situation. Grenzen waren Verfügungsmasse - ebenso wie die Bevölkerung: von der zwangsweisen Umsiedlung bis zur Vernichtung.

Abgesehen von der Wirkung kommunistischer und sozialistischer Bewegungen in der Dekolonisierung führte in Europa die Sowjetunion als beherrschende Führungsmacht des Ostblocks nach 1945 eine andere Variante ideologisch legitimierter Bedeutungsreduzierung von Grenzen vor. Grenzen wurden nicht obsolet, sondern neu und dauerhaft festgelegt und teilweise durch Vertreibungs- und Umsiedlungsaktionen großen Ausmaßes vor den belastenden Ansprüchen nationaler Minderheiten, die nach 1918 als Ferment der Destabilisierung von Grenzen mißbraucht worden waren, gesichert. Diese Grenzen im Ostblock waren Grenzen minderen Ranges, keine Grenzen zwischen gleichberechtigten Partnern, und in ihrer Wirksamkeit zugunsten der Sowjetunion so eingeschränkt, daß sie für sie jederzeit durchlässig waren (für Militär, Partei, Geheimdienst etc.). Neben diesen zu Binnengrenzen des Ostblocks degradierten Gren-

⁹⁾ RAINER HUDEMANN, HARTMUT KAEUBLE, KLAUS SCHWABE (Hg.): Europa im Blick der Historiker (HZ Beiheft 21). München 1995.

¹⁰⁾ RALPH SCHATTKOWSKY (Hg.): Locarno und Osteuropa. Fragen eines europäischen Sicherheitssystems in den 20er Jahren. Marburg 1994, S. 14-16.

zen gab es nur eine wirkliche Grenze in Ostmitteleuropa, die zwischen Ost und West. Sie teilte Deutschland und Europa.

In dezidiertem Unterschied zur politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Zwangsintegration legte sich über Westeuropa nach 1945 ein immer dichteres Netz von engeren oder lockeren Zusammenschlüssen aus unterschiedlichen Interessen. Der wichtigste, die Bedeutung von Grenzen ändernde Prozeß, die sich allmählich ausweitende Integration Europas, geriet erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Ostblocks in eine Phase wirklicher Bewährungsprobe. Sie hatte von der Teilung Europas insofern profitiert, als ostdeutsche und osteuropäische, vor allem agrarische Problembereiche abgetrennt waren. Die Verwandlung des Staatensystems in die europäische Gemeinschaft - und sein Weiterleben in ihr - hatte sich im Westen vorbildhaft und attraktiv entwickelt und muß Vorbild und Attraktivität nun gesamt-europäisch einlösen. Es ist die alte Aufgabe des europäischen Staatensystems, Europa zu organisieren, in neuer, unvergleichlich intensiver Form.

III. Abschließende Überlegungen

Unterhalb der rechtlich-politisch vereinbarten Grenzen hatten sich im 19. Jahrhundert neuralgische Grenzräume und Konfliktbereiche mit ganz anders legitimierten Ansprüchen gebildet - vornehmlich nationalistische, hilfswise untermauert, je nach Vorteil, durch strategische, wirtschaftliche, historische und ähnliche Argumente. Grenzräume wurden offener und fließender gedacht - das ganze Gegenteil der klar und dauerhaft fixierten Grenze -, Räume, in denen sich noch Verschiebungen bewirken ließen. Das Denken in Grenzräumen zeigte eine andere Mentalität, ein anderes Bewußtsein von der Grenze: Grenzüberschreitung und Überwindung ihres rechtlich-politischen Charakters zugleich in einer Neubestimmung dessen, was zusammengehörte, und dessen, wogegen man sich wenden sollte. Das gibt es auch heute noch in grenzüberschreitenden Regionen der Europäischen Union. Anders war früher aber der Wille zur eigenen nationalen Staatsbildung oder Expansion und der Charakter einzelner Grenzräume als Mischzonen der Nationalitäten und zunehmend der Volkstumskampf, wie seit dem späten 19. Jahrhundert im deutsch-polnischen Grenzgebiet.

Eine mächtige Antriebs- und Legitimierungskraft ist dabei häufig die Geschichte; im Falle der deutsch-polnischen Auseinandersetzungen eine fast mythische Überhöhung der deutschen Ostkolonisation des Mittelalters, interpretiert als das Vorantreiben der nationalen Grenze. Daran wollte man anknüpfen; eine Aufgabe für die viel beschworene deutsche Kulturmission im Osten, ohne klare Begrenzung, ein historisch und kulturell beanspruchter Raum der Vormacht und Expansion, eine Vorstellung, die häufig, insbesondere als nach 1918 ein eigener polnischer Staat in Kreisen eines völkischen Nationalismus als zusätzliche Herausforderung empfunden wurde, mit dem Mythos vom Reich des überlegenen deutschen Volks in Mitteleuropa verschmolz.

Dem steht gegenüber die Funktion vor allem der modernen Grenze für eine moderne Gesellschaft, eine Grenze in ihrer rechtlichen Qualität als Markierung der Unabhängigkeit und Souveränität, der Abgegrenztheit des eigenen Territoriums, des eigenen nationalen Bereichs, der eigenen Verfassung und der eigenen, demokratisch legitimierten Institutionen. Das schließt Expansion noch keineswegs aus, enthüllt aber wechselseitig wirkende Zusammenhänge von Grenze und Verfassung im Zuge der Integration von Staat und Gesellschaft, eine Art innerer Grenzsicherung in der Einheit von Territorium und Bevölkering, Verfassung und Gesellschaft. Die zunehmende Durchlässigkeit von Grenzen und Entfaltung von transnationalen Impulsen widerspricht dem nicht, ja sie wird durch Differenzierung innerhalb klarer Grenzen und durch gefestigte Existenz in ihnen erst möglich. Wahllöse Begeisterung für das Überwinden und Aufheben von Grenzen, gleich welcher Art, zeugt nur von Naivität oder fortgeschrittener Gedankenlosigkeit, keinesfalls jedoch von fortschrittlichem Denken. Es gehört zu den ältesten Er-

kenntnissen europäischer Philosophie, daß das Grenzenlose weder denkbar noch erkennbar ist und die Gegenstände sich erst in der Begrenzung konstituieren, erkennbar und unterscheidbar werden.

Heutzutage kann man den Eindruck gewinnen, Grenzen seien nur noch dazu da, um überwunden zu werden, ja - sie seien Relikte eines überholten Staatsverständnisses des eifersüchtig auf seine Unversehrtheit bedachten Nationalstaats, einer Wortverbindung von zwei politisch-gesellschaftlichen Gestaltungsformen, Staat und Nation, die im Grunde beide obsolet seien und daraus möglichst bald die Konsequenzen zu ziehen hätten. Das ist falsch. Alle Vorteile und Fortschritte des Rechtsstaates, der Verfassung, der Menschen- und Bürgerrechte, im Grunde der Kultur und Gesittung des Menschen sind nur in der Abgegrenztheit des eigenen, überschaubaren Gemeinwesens durchzusetzen und zu gewährleisten, ungeachtet der Forderung nach ihrer universellen Geltung; denn selbst wenn sie auf der ganzen Welt durchgesetzt wären, blieben doch die vielen unterschiedlichen, traditionsgebundenen Formen ihrer Verwirklichung. Akzeptierte Normen des Verkehrs der Menschen untereinander hängen nicht von der einheitlichen, grenzenlosen Weltgesellschaft ab. Erst Grenzen gewähren die Möglichkeit wirksamer Maßnahmen in einem einigermaßen homogenen und dauerhafter Ordnung zugänglichen Anwendungsbereich, erst Grenzen schaffen die Voraussetzungen für die Gültigkeit von Maßnahmen über die Grenzen hinaus durch Interessenausgleich und Vereinbarungen zwischen den Staaten und vor allem durch die Ermöglichung der adäquaten Verwirklichung gemeinsam als sinnvoll anerkannter Regelungen in unterschiedlichen Rechts- und Kulturbereichen.

Summary

Functional change of boundaries in the European states system in the 19th and 20th century

Speaking about boundaries in the European states' system of the 19th and 20th centuries is to speak about their importance and function as well as about the different meaning they receive according to different historical situations and developments. The institutional environment, the fabric of international law, rules of behavior, mentalities, and political culture are crucial, and the main thesis is that a well organized states' system based on law and equal rights needs boundaries politically and legally agreed upon and respected as a basis of security, international cooperation, transnational activities, and even integration, whereas all doctrines based on vague, mostly ideological concepts like nature, history, ethnicity, economic regions, regional superiority etc. undermine the reliability of boundaries as well as of international relations.

Prof. Dr. Peter Krüger
Seminar für Neuere Geschichte
der Philipps-Universität
Wilhelm-Röpke-Str. 6 C VIII
D-35032 Marburg/Lahn

„Deutschland? aber wo liegt es?“ Zum Naturalismus im Weltbild der deutschen Nationalbewegung und der klassischen deutschen Geographie

I

Nationalismus ist eine Integrationsideologie, Nationen sind folglich Großgruppen, die durch diese Ideologie integriert werden (vgl. LEMBERG 1964). Zwar leben Nationen im konkreten Raum, dennoch gehören sie nicht der materiellen Welt an, sondern sind Konstrukte und Produkte der politisch-sozialen Welt und damit Imaginationen, die sich über Kommunikationen stabilisieren (vgl. WERLEN 1993). Was also sollten die unabhängig von Menschen existierenden Berge, Flüsse und Ebenen, kurz: das Land, mit dieser artefaktischen Welt des Nationalismus zu tun haben? Mehr, als es zunächst aussieht; denn die klassische Geographie beschäftigte sich nicht nur mit den harten Fakten der Erdoberfläche, sie bezog immer auch den Menschen mit seinen Zielen und Interessen in ihre Fragestellung ein und hatte wesentlichen Anteil an der außer- und überfachlichen Weltbildproduktion. So überrascht es nicht, daß die Denkmuster der Nationalbewegung auch in der Geographie eine bedeutende Rolle gespielt haben. Daß aber auch umgekehrt die intellektuelle Phalanx der deutschen Nationalbewegung stark, ja z. T. sogar primär geographisch argumentierte, ist selbst unter Historikern, die auf die Sprache fixiert sind, weit weniger bekannt. Ja, man kann sogar spekulieren, daß sich die (natürliche) Länderkunde nur durchsetzen konnte, weil ihr im außergeographischen national-intellektuellen Diskurs der Boden bereitet wurde. In ihrer spezifisch normativen Gestalt ist sie nichts anderes als ein Teil und Produkt der deutschen Nationalbewegung. Die Probleme dieser Bewegung sind die Probleme der (natürlichen) Länderkunde.

Wie bedeutend das Geographische für den national-deutschen Diskurs des 19. Jh.s war, bezeugt nicht zuletzt F. L. JAHN (alle Zitate n. der Werke-Ausgabe 1884/85), der schon 1828 von der dringenden „Notwendigkeit der Landeskunde“ bzw. „Land- und Leutekunde“ sprach und sich darüber beschwerte, „daß die Erdkunde [als „Landesunkunde“] aus erdbeschreibenden Büchern bloß nachlehrt, nicht als Kunde erforschend auf Wanderfahrten lernt.“ „Wahre Landeskunde“ finde im Freien statt, während die unterrichtliche sich auf „Stuben- und Kartenreisen“ beschränke und Wanderungen nur unternahme, wenn „der Zug (...) in eine Kneipe“ (Bd. 2,1: S. 408ff.) gehe. Nachdrücklich stellte JAHN klar, daß „ein Volk nicht wie Zwiebeln auf dem Blumenglase gezogen werden“ könne: „Es muß [RATZEL läßt grüßen] einen Boden haben und festen Fuß fassen. Soviel Erdreich, als den Namen Land mit Recht verdienen will, muß geeigenschaftet sein, eine sichere bleibende Wohnstätte eines selbständigen Volkes abzugeben (...) Nur ein Ganzes aus wohlgegliederten Teilen hat die Bedingnisse: aus bloßer Heimat Vaterland zu werden, worin ein Volk leibt, lebt und liebt. So muß man ein Land wie einen Leib betrachten“ (S. 427). Dieser „Leib“, das „Wohnland“ des Volkes, soll soviel „Raum einnehmen“, daß sich das Volk „gehörig rühren kann“; sein „Landraum“ – und damit wird der Raumbegriff weit früher, als bisher angenommen (EIDENBENZ 1993: S. 129), zu einer politischen Kategorie – darf also nicht zu eng (kein „Zwangswamms“) sein, aber auch nicht „zu weitläufig, zu ungleichartig, zu scheidlos“, damit das Volk nicht „ins Blaue“ hinausschweift und sich „verzettelt“ (JAHN 1828, Bd. 2,1: S. 428).

So erwies sich neben der Bestimmung des deutschen Nationalcharakters die Grenzfrage für die deutsche Nationalbewegung als die Existenzfrage der Nation, die dringend gelöst werden mußte. Den theoretischen Hintergrund dafür lieferte HERDER, dessen Kultur- und Geschichtsphilosophie zugleich die Inspirationsquelle der klassischen Geographie war. Die Parallelität in der Argumentation der klassischen Geographie und der deutschen Nationalbewegung geht also

nicht nur auf direkte Austauschbeziehungen zurück, sondern auch auf einen gemeinsamen Spiritus rector.

II

Allgemein gilt HERDER (zit. wird nach SUPHAN) als Wegbereiter des Sprachnationskonzepts, das sich nach 1790 gegenüber älteren (reichs- wie territorialstaatlichen, voluntaristischen wie verfassungspatriotischen) Varianten durchsetzte, um schließlich als einzige Letztbegründung übrigzubleiben. In der Tat schwärmte der Weimarer Konsistorialrat: „Wunderbar teilte“ die „Vorsehung“ die Völker „durch Sprachen, Neigungen und Charaktere“ (XIII: S. 341), wobei er der Sprache eine besondere Bedeutung einräumte, da er in ihr „den Charakter einer Nation“ (XVIII: S. 315) ausgedrückt sah. Mit der Festlegung HERDERS auf den Begriff der Sprach- und Kulturnation geriet jedoch aus dem Blick, daß das Besondere seines Nationskonzeptes eine Verbindung von Natur und Kultur war, die davon lebte, daß auch im Bereich der Kulturentwicklung „Naturgesetze“ galten, „die wir allenthalben gleich wirksam, unwandelbar und regelmäßig finden; wie? und das Reich der Menschheit mit seinen Kräften, Veränderungen und Leidenschaften sollte sich dieser Naturkette entwinden? (...) Die ganze Menschengeschichte ist eine reine Naturgeschichte menschlicher Kräfte, Handlungen und Triebe nach Ort und Zeit“ (XIV: S. 144f.). Damit war der Weg frei für eine starke klimageographische Tönung des HERDERSchen Nationskonzeptes. Die schon im Abklingen begriffene Klimatheorie des 18. Jh.s bekam durch HERDER erneuten Auftrieb und blieb auch im 19. Jh. präsent.

Wie sah diese Naturbestimmtheit der Nation (und nur darum geht es hier) konkret bei HERDER aus? Zunächst einmal betraf sie die Abgrenzung der Völker: „Meere, Bergketten und Ströme sind die natürlichsten Abscheidungen so der Länder, so auch der Völker, Lebensarten, Sprachen und Reiche (...) Liefen die Berge, flößen die Ströme, uferte das Meer anders, wie unendlich anders hätte man sich auf diesem Tummelplatz von Nationen umhergeworfen!“ (XIII: S. 38); darüber hinaus kam der Natur aber auch eine mitbildende Kraft bezüglich des Charakters der Völker, ihres Nationalcharakters, zu: So ist es für HERDER „physisch (...) unläugbar“, daß für Europas Verschiedenheit der Nationen auch „sein durchschnittenen, vielgestaltiges Land (...) eine veranlassende und fördernde Ursache gewesen“ (S. 40) ist. Jeder Mensch „trägt (...) den Charakter seines Erdstrichs und seiner Lebensweise mit sich“ (S. 261). Wandert er in ein anderes Land, so wird er nach dessen Bedingungen „verartet oder veredelt“, aber auch in seinem eigenen Land kann er sich seinen Charakter auf Dauer nur bewahren, solange sich dieses „nicht durch Natur oder durch Kunst ändert“ (S. 259): „Die Bewohner Deutschlands waren vor wenigen Jahrhunderten Patagonen und sie sinds nicht mehr; die Bewohner künftiger Klimate werden uns nicht gleichen“ (S. 254). Doch obwohl „zum Herrn der Erde gesetzt“ (S. 272), sollte der Mensch dieses (sehr umfassend gedachte) „Klima“ nur „mit Vorsicht“ ändern, wenn seine Werke Bestand haben sollen: „Die Natur ist allenthalben ein lebendiges Ganze und will sanft befolgt und gebessert, nicht aber gewaltsam beherrscht seyn“ (S. 288; vgl. HARD 1988, S. 189 ff.).

Unübersehbar ist für HERDER allerdings, daß der Einfluß des „Klimas“ auf den Nationalcharakter in Zukunft zurückgehen wird. Während „alle ihrem Lande zugebildeten sinnlichen Völker“ (XIII: S. 261) mit einer „klimatischen Vaterlandsliebe“ ausgestattet sind, empfindet „der Einwohner einer Europäischen Hauptstadt beinahe nichts mehr“ (S. 265) davon. Mehr noch: „Alles neigt sich in Europa zur allmäligen Auslöschung der Nationalcharaktere“ (XIV: S. 288). Doch bleibt diese kurz aufscheinende Einsicht in die homogenisierende Wirkung der Moderne für HERDERS Theorie irrelevant: „Was ist das Hauptgesetz, das wir bei allen großen Erscheinungen der Geschichte bemerkten? Mich dünkt dieses: daß allenthalben auf unsrer Erde werde, was auf ihr werden kann, Theils nach Lage und Bedürfniß des Orts, Theils nach Umständen und Gelegenheiten der Zeit, Theils nach dem angebohrnen oder sich erzeugenden Charakter der Völker“ (S. 83). Der „Zusammenfluß“ dieser drei Komplexe, der sich letztlich

„nicht auseinander leiten“ (XIII: S. 40) läßt, führt zu einer je eigenen Vollkommenheit, einem spezifischen „Maximum“ der Kulturen, die zwar einem allgemeinen „Plan der gesamten Natur“ (XIV: S. 249) folgen, doch dies immer nur nach ihrer „eigenen Natur“ können und insofern beides zugleich sind, individuell und universal: „In wilder Verwirrung laufen diese [„zusammenwirkenden Kräfte“] so lange gegen einander, bis nach unfehlbaren Gesetzen der Natur die widrigen Regeln einander einschränken und eine Art Gleichgewicht und Harmonie der Bewegung werde. So modificiren sich die Nationen nach Ort, Zeit und ihrem innern Charakter; jede trägt das Ebenmaas ihrer Vollkommenheit, unvergleichbar mit andern, in sich“ (S. 227) und wird zu dem, was sie durch jene „innere Macht“, die die „widerstrebenden Kräfte (...) zur Ordnung“ (S. 250) lenkt, werden mußte. Nicht der Monotonie einer Einheitskultur, sondern der Polyphonie der „Vaterländer“ ist gefragt.

Politisch brisant wird dieses Nationsverständnisses durch den Bezug zum Staat. Alternativ stehen sich bei HERDER Volksstaat und „Staatsmaschine“ gegenüber, wobei HERDERS Sympathien eindeutig sind: „Die Natur erzieht Familien; der natürlichste Staat ist also auch Ein Volk mit Einem Nationalcharakter. Jahrtausendlang erhält sich dieser in ihm und kann, wenn seinem mitgebohrnen Fürsten daran liegt; am natürlichsten ausgebildet werden: denn ein Volk ist sowohl ein Pflanze der Natur als eine Familie; nur jenes mit mehreren Zweigen. Nichts scheint also dem Zweck der Regierungen so offenbar entgegen als die unnatürliche Vergrößerung der Staaten, die wilde Vermischung der Menschen-Gattungen und Nationen unter Einen Zepher“ (XIII: S. 384). Entsprechend forderte er: „Völker sollten neben einander, nicht durch und über einander drückend wohnen“ (XVIII: S. 236). „Hat die Erde nicht für uns alle Raum? liegt ein Land nicht ruhig neben dem andern? Cabinette mögen einander betrügen; politische Maschinen mögen gegen einander gerückt werden, bis Eine die andre zersprengt. Nicht so rücken Vaterländer gegen einander; sie liegen ruhig neben einander, und stehen sich als Familien bei“ (XVII: S. 319).

III

HERDERS geographisch gefärbtes Nationsverständnis fand breiten Anklang in der deutschen Gelehrtenwelt. Für RITTER, einem der 'Väter' der modernen Geographie, stand schon 1806 fest, „daß Localität den entschiedensten Einfluß auf alle drey Reiche der Natur hat, auf Gewinn der Naturproducte, Verarbeitung und Verbreitung derselben; eben so wie auf den Körperbau und die gemüthliche Anlage der Menschen, auf ihre mögliche oder wirkliche Vereinigung als Völker, Staaten; den entschiedensten Einfluß auf Beschleunigung oder Verzögerung ihrer physischen, intellectuellen oder moralischen Cultur hat“ (S. 205). Der Staatenkundler WILHELM BUTTE verglich 1811 die „Erd-Räume“ mit den Feldern eines Schachbretts, nur daß die Räume anders als beim bloßen Spiel „selbst“ mitspielen würden, „unbeschadet der Mannigfaltigkeit der Figuren“, wobei „der Saz: 'die Räume der Erde assimiliren sich ihre Menschen'“ ebenso gelte wie der: „'die Menschen streben nicht minder sich fortdauernd ihre Räume zu assimiliren'“ (1811: S. 192f.). Und der Berliner Historiker FRIEDRICH RÜHS schrieb im selben Jahr in seiner Propädeutik des historischen Studiums: „Den entscheidensten Einfluß auf die Völker und ihre Ausbildung haben Klima und Boden; es hängt von ihrer Beschaffenheit die körperliche Beschaffenheit und die Lebensart ab, und durch diese wird das ganze übrige Seyn eines Volkes [auch sein Nationalcharakter] bestimmt“ (142). So wurden die Völker zu Beginn des 19. Jh.s in der Wissenschaft und speziell der Geographie an die 'natürlichen Länder' gebunden, die als „gegliederte Ganze von bestimmtem Naturepithema (...) gleichsam den Leib des Volksgeistes“ abgaben, wobei vom Geographen erwartet wurde, „Bildungszustände und weltgeschichtliche Rollen der Völker möglichst mit den Landesnaturen zu vermitteln“ (ANONYM 1848: S. 89f.).

Zusätzliches Gewicht bekam dieses Denkmuster, das zum Paradigma der Geographie aufstieg, durch seine (jedoch nicht zwingende) Verbindung mit dem Motiv der 'natürlichen Gren-

zen, das auch die Aufklärung bei ihrer Suche nach den Bedingungen eines 'ewigen Friedens' inspirierte. 1761 edierte und kommentierte ROUSSEAU einen Extrakt aus dem Friedensplan des Abbé ST. PIERRE von 1713, in dem er beiläufig bemerkt: „Die Lage der Gebirge, Meere und Flüsse, die den Europa bewohnenden Nationen als Grenzen dienen, scheint die Zahl und die Größe dieser Nationen bestimmt zu haben; man kann sagen, die politische Ordnung dieses Weltteils ist in gewisser Hinsicht das Werk der Natur“ (1989: S. 15). Dieser Gedanke hatte im ausgehenden 18. Jh. und zu Beginn des 19. unter 'fortschrittlichen' Intellektuellen inklusive Militärs Hochkonjunktur und war aus der Diskussion um das wahre europäische Gleichgewicht nicht wegzudenken. „Alles in der Natur hat in Raum und Zeit seine Bestimmung, sein Ganzes“, schrieb TRAITTEUR 1814 (erste Ausgabe 1796), um daraus zu folgern, „eben so hat auch die Natur eigne, verschiedene und von einander getrennte Erdgegenden für Völkermassen zum Bewohnen bestimmt und begränzt. (...) Wie nun diese Uranordnung, diese ewige Einrichtung durch Ländertrennung, durch anderer Völker und Sprachen-Eindrang gewaltsam gestört wird; so erhebt sich die Natur der [durch Gebirge und das Meer abgegrenzten] Thal-Länder, der Menschen, der Völker, weil die getrennten Theile sich stets zum Urganzen wieder hindrängen, oder den fremden eingedrungenen Stoff wieder von sich zu stoßen trachten. Durch diese wechselseitige Bewegung entstehet (...) all das Unheil, was die Menschen schon Jahrtausende erfahren haben. Nur dieser Urbestimmungs-Erkenntniß, diesem Winke der Natur folgen, giebt, wie stets dem einzelnen Menschen schon Wohlseyn; so Völker-Staaten eine daurende Ruhe, einen glücklichen Zustand - Frieden“ (1814: Vorwort). „Die Natur der Länder“ behauptete „überall ihr Recht, Völker und Nationen ihren Stempel nach verschiedenen Arten und Eigenheiten aufzudrücken, und spricht dadurch laut den Willen aus, daß Völker oder Nationen von einander getrennt, unabhängig, jedes nach seinen Sinn, Denkkraft und Handlungsweise für sich durch bestimmte Scheidung, Merkmale bestehen soll“ (S. 6 f.).

Zwar gab es von Anfang an (und immer wieder) Kritiker dieses Naturalismus, die es für unmöglich hielten, sich definitiv über die Größe der 'natürlichen Länder' zu einigen und die Politik darauf zu verpflichten, sich an diese Grenzen zu halten, doch übte die Idee eines geographischen Codes, der das Ende aller Kriege versprach, angesichts der politischen Turbulenzen in Europa eine solche Faszination aus, daß sich auch Philosophen wie FICHTE und KRAUSE an ihr orientierten. „Gewisse Teile der Oberfläche des Erdbodens samt ihren Bewohnern“, schrieb FICHTE 1800 in seinem Geschlossenen Handelsstaat, seien „sichtbar von der Natur bestimmt“, „politische Ganze zu bilden“ (1800/1917: S. 78). Würde sich jeder Staat auf „seine“ ihm „vernünftigerweise“ zustehenden „natürlichen Grenzen“ beschränken und nur noch dem Gebot der Autarkie gehorchen, gäbe es keine Kriege mehr. Dieser Friedensordnung durch isoliert nebeneinander liegende Natur-Staaten stellte KRAUSE ein hierarchisches System von „Naturgebieten“ („Ortschaften“, „Landschaften“, „Hauptlandschaften“, „Ländern“ und „Haupterdtheilen“) gegenüber, das in Verbindung mit den entsprechenden Menschenverbänden („Familien“, „Stämmen“, „Stammvereinen“, „Völkern“ und „Völkervereinen“) in einen Weltstaat münden sollte. Auch die Einheiten der jeweils höheren Integrationsstufe waren für ihn „nach ihrer ganzen Beschaffenheit von der Natur selbst als ein höheres Ganzes bezeichnet“ (1811: S. 232). „Vorzüglich glücklich aber“ seien „jene Länder gelegen, welche durch Ringgebirge amphitheatralisch umzogen werden, von denen reiche Quellen rinnen, die, in fruchtbare Flüsse gesammelt, zuletzt Einen Hauptstrom schwellen, der die Mitte des Landes durchfließt und sich gegen Süden oder Osten mit dem schiffbaren Meere vermählt, wohin sich das ganze Volksgebiet mit flacher, sicherer Küste öffnet“ (1811: S. 220).

Wenn nun aber klar war, daß es „allein“ die Natur ist, „die uns, wenn wir sie beobachten, und ihr folgen, sicher leitet“ (TRAITTEUR 1814: S. 29), und ebenso klar: „Erst dann wenn ein Volk ein von der Natur abgegränztes Länderganzes in Besitz genommen und sich so geographische Einheit errungen hat, wird es im Bewußtsein seiner durch Sicherstellung nach Außen erzeugten innern Kraft mit Erfolg sich in die Reihe der historischen Völker eindringen können“ (KAPP 1845/1: S. 202), so lag es natürlich nahe, sich mit RITTER zu fragen, warum aus dem

bislang bewußtlosen Vorgang nicht ein bewußter werden sollte, indem die Wissenschaft, die Intentionen der Natur aufspürte, um der Politik die richtige Richtung zu weisen? Es mußte doch möglich sein, in der „Hieroglyphenschrift“ der konkreten Natur jene „Gesetze“ zu entdecken, ohne deren Kenntnis „der einzelne Mensch, ja das ganze von der Erde noch weit minder unabhängige Volk, wie der an die Landesnatur gefesselte Staat ohne das Bewußtseyn der rechten Stellung zu ihr, nie zum vollen Einklange mit sich selber gelangen“ würden. Das „Blühen der Völker und Staaten“, glaubte RITTER, hänge allein von diesem „Einklang zwischen Volk und Vaterland, zwischen [der] Stellung des Staats zur Natur wie zum Menschenleben, oder zur Physik und Politik“ (1822, S. 4, 6f.) ab.

IV

Die natürlichen Grenzen waren jedoch nicht nur eine theoretische (und hier vor allem deutsche) Angelegenheit; in der Expansionsphase der Französischen Revolution wurden sie auch zu einem Politikum. Zwar lassen sich isolierte Belege für eine geographische Begründung der französischen Politik bis ins Spätmittelalter zurückführen, doch erklärte erst die Republik Anfang 1793 die *frontières naturelles* auch offiziell zur Staatsdoktrin, während sie im gebildeten Publikum seit langem zum „kulturellen Rüstzeug“ (RICHEL 1996: S. 1244) gehörten. Frankreich werde, kündigte Danton an, seine von der Natur selbst gezogenen Grenzen auch alle erreichen: die Pyrenäen, die Alpen, das Meer und den Rhein (vgl. BRAUDEL 1989: S. 330).

Die deutschen Jakobiner adoptierten diese Doktrin zunächst (vgl. AVEMARIE 1917), doch führten die konkreten Erfahrungen mit der Revolution schon bald zu ernüchterten Kehrtwendungen. So kam GÖRRES von einer Reise nach Paris als Koblenzer Deputierter mit der Einsicht zurück, daß „der Bewohner des nordöstlichsten Theiles von Preußen (...) mit dem südwestlichsten, dem Schweizer z. B., unendlich mehr Berührungspunkte“ habe „als dieser mit dem Franzosen, und doch trennen jene ungeheure Landstriche, Gebirge und Flüsse, während die beiden letzten nur durch eine schmale Grenzscheide geschieden sind“: „Meere, Gebirge und Flüsse, hat man gesagt, sind die natürlichen Grenzen der Staaten; die Völkermeere [vgl. hierzu WINKLERS ganz ähnliche Formulierung 1872, S. 20] wogen und fluctuiren so lange bis dieß natürliche Bett sie einschließt. Daher fordert es das Interesse Frankreichs und der Bewohner des linken Rheinufers gleich sehr, den Rhein zur Grenze Frankreichs zu schaffen. Allein die Natur hat (...) den verschiedenen Völkern keine eigenen Zellen bereitet (...), eben so wenig überwarf sie die politischen Gruppierungen der Völker mit einem geologischen Netzwerk, aus Wasser und Felsen zusammengestrickt. Wohl aber hat sie scharfe Grenzen in der innern moralischen Natur dieser verschiedenen Völker gezogen, die unabhängig von jedem Bergzuge oder Stromlaufe bestehen“ (1800/1854: S. 90f.). „Sprache und Nationalgeist, und Sitten und Gesetze, in so fern letztere von den erstern sich herleiten, setzen sich also mächtig einer Verbindung beider Völker entgegen“ (S. 97). Der sich anschließende Vergleich paßte allerdings überhaupt nicht und gehört eher zu einer klima-geographischen Theorie der Nationalität: „Die Weinreben des Rheins und die Orangen des Südens gedeihen nicht unter der nämlichen Sonne, sie schied die Natur, und was sie geschieden wissen will, vereinigt sich nicht leicht wieder“ (S. 97).

Anders als GÖRRES legte sich ARNDT noch 1803 in seinem „Germanien und Europa“ entschieden auf eine geographische Einigungssparole fest. Zwar hielt er den Franzosen entgegen, daß Gebirge und Ströme für sich genommen noch keine Naturgrenze machten; denn wäre dem so, ließe sich die Naturgrenze der französischen Nation „auch an den Karpathen und der Weichsel“ (S. 385) ziehen, doch lehnte er das Naturgrenzenkonzept keineswegs grundsätzlich ab, sondern bot selbst eines an, nur eben nicht das für Deutschland nachteilige französische. Die „ersten ewigen Gesetze“ des Staates seien die „auf der Erde ruhenden Gesetze“ (S. 260), wozu als „erste Rücksicht“ die „geographische Naturgränze“ (334) zähle: „Jedes Land, wo es ihm die Natur nicht versagt, muß sein Meer haben“ (S. 327). Eben deshalb müsse „das Land,

was jetzt Teutschland“ heiße, „den Rhein allein besitzen“ und „das Meer zu beiden Seiten des Rhein als seine Naturgränze“ (S. 386). Geographisch gesehen ende Frankreichs Nordgrenzschon an der Somme; erst wenn man das „zweite Naturgränzengesetz“, die Sprache, anwende, reiche Frankreich über die Somme hinaus, doch müsse das zweite dem ersten Gesetz „immer“ (S. 386) nachstehen. Die „Naturgränzen“, die „das Vaterland (...) als eine Einheit haben“ müßte, sind für ARNDT „im Süden die Alpen und die Nordecke des adriatischen Meeres (...); gegen Westen das Meer der französischen und batavischen Niederlande (...); das Nordmeer darf Teutschland ansprechen, weil fast der ganze Süden von Teutschland seiner Lage nach durch den Rhein sich dahin ziehen muß (...); im Norden hat es (...) die Eider und die Ostsee, und im Osten die jetzige politische auch allenfalls die geographische, weil sie überdem auch meistens die linguische ist“ (S. 410f.). Kurze Zeit später, 1807, beklagte er, daß Deutschland „nie seine Naturgrenzen nach Verhältnis seiner Ansprüche darauf“ gehabt habe, „seine Schweiz sonderte sich ab, Holland trennte sich und wuchs wie ein Buckel aus und auf seinem gesunden Leibe“ (1912, T. 6: S. 97), um zu proklamieren: „Zwischen der Weichsel, der Adria, den Alpen, dem Rhein, der Nordsee und Ostsee wird das deutsche Volk frei und einträchtig wohnen und seine verwandtesten Brüder, die Schweizer und Niederländer, ohne welche es nicht sicher wohnen kann, in sich aufnehmen. Nur um Gewalt zurückzutreiben, wird es das Heiligtum dieser Grenze überschreiten“ (S. 103). Die Rhein-Flugschrift von 1813 postulierte dann apodiktisch, die „einzige gültigste Naturgränze“ mache die Sprache, sie sei (als wäre sie eindeutiger als die 'natürlichen Grenzen') „die natürliche Scheidewand der Völker und Länder“ (S. 14), doch läßt ARNDT auch geographische Naturgrenzen zu, zwischen Deutschland und Frankreich z. B. die Ardennen, die Vogesen und den Jura, allerdings besäßen diese ihre trennende Funktion nicht von selbst, sondern nur, „weil sie Sprachgrenzen“ (S. 17) seien.

Diese Hinwendung zur Sprache bedeutete jedoch keineswegs eine Abkehr ARNDTs von klima-geographischen Positionen; denn „der Mensch und die Natur“, da war er sich sicher, „machen einander gegenseitig“, wobei die „Natur mehr den Menschen“ mache „als der Mensch die Natur“ (1815: S. 353). 1844 präziserte er dann: „Wenn wir (...) auch etwas Ursprüngliches gleichsam Unvertilgbares in den Völkern annehmen müssen, welche schon eine feste Gestalt, etwas Geistigbestimmtes gewonnen haben, wodurch sie sich gegen die Natureinflüsse wehren können, so bleibt die Wirkung der [äußeren] Natur und ihrer Gewalten doch eine mächtige; die Freuden und Plagen die Bedürfnisse und Arbeiten eines jeden Klimas, die verschiedenen Bilder, welche ein Land den Menschen zeigt, ärmere oder reichere Bilder, einförmigere oder vielgestaltigere, schönere oder garstigere, müssen durch ihre Spiegelung und Gegenpiegelung auch verwandte Bilder in der Menschenbrust aufsteigen lassen“ (S. 26). Zu Deutschland heißt es: „Wir rechnen hier die Menschen unsrer Zunge mit ein (die Schweiz die Niederlande), welche in unsern natürlichen Gränzen, d. h. beide in den sprachlichen und geographischen Gränzen liegen (...) Es hat keine so glückliche geschlossene Gränzen als Italien Spanien Frankreich, aber doch viel glücklichere Gränzen als die in unbegrenzten Ebenen und also auch in viel weniger bestimmten Gränzen schwimmenden Polen und Russen (...) Der Süden Norden und Westen Deutschlands sind nämlich fast ganz glücklich geschlossen; auch der Südosten kann ziemlich geschlossen genannt werden“ (S. 346). Nur für die Ostgrenze gilt: „Dies ist Deutschlands offenste Seite mit unbestimmten etwas schwimmenden Gränzen“ (S. 347).

Wie ARNDT kennt auch Turnvater JAHN eine geographische Seite bei der Bestimmung der Grenzen einer Nation. Zwar behauptet er im Deutschen Volksthum (1810) emphatisch, daß dieses – von der Natur selbst „durch die Sprache benannt“ – „die einzige natürliche Gränze“ sei, gleichzeitig aber unterstellt er, daß nur bestimmte Menschen zu bestimmten Räumen passen, und nimmt mit GATTERER an: „Natürliche Gränzen oder Scheiden giebt es“, schon ein „flüchtiger Blick auf die Landcharte unsers Erdtheils“ werde „die meisten auffinden“ (Bd. 1: S. 168, 171). Innerhalb dieser „unvergänglichen Gränzmahle“ und „ewigen Scheiden“ „sollen und können“ die Völker, „von Außenwirkung frei, von einander unabhängig, als selbständige

Gemeinwesen volksthümlich leben und weben, und sich weltbürgerlich und menschheitlich ausbilden“ (S. 172). Die Zukunft werde „Kriege um Völkerscheiden erleben, aber es werden heilige Kriege [„natürliche“ bei FICHTE] sein“, die „das wahre Gleichgewicht“ bringen, das mehr sei, „als ein Traumbild, und ohne dieses keine Staatenordnung beständig.“ Doch glücklicherweise gebe es nur „zwischen dem Karpathenlande und dem Wolgareich, und dem West- und Nord-Alpenlande“ (d. h. Frankreich und Deutschland) weniger klar von der Natur vorgezeichnete Grenzen. „Unstreitig“ sei „hier jene allmählig verrückte alte Gränze, die natürlichste und beste, (...) der Erdrücken, so vom Jura zum Meere streicht, und auf welchem die Nebenflüsse des Rheins entspringen“ (S. 173f.). „Völkerscheiden oder natürliche Grenzen“, beschwört JAHN 1814 seine Zeitgenossen, „können keine Unnatürlichkeiten erzeugen. Die sollen gerade dadurch aufhören. Das Faustrecht soll einem Völkerrecht weichen und die Fehdesucht der Liebe zu Frieden und Freiheit“ (1814, Bd. 1: S. 414).

Der Umfang des JAHNSchen „Nordalpenlandes“ = natürlichen Deutschlands, wird bei der Lagebestimmung seiner Hauptstadt „Teutona“ deutlich: Sie hätte, spekuliert er 1810, „liegen müssen an der Elbe, in einer schöngezeichneten Gegend, ungefähr auf dem halben Wege von Genf nach Memel, von Triest und Fiume nach Kopenhagen, von Dünkirchen nach Sandomir“ (vgl. Abb. 1b). Auch wenn eine „Wiedervereinigung“ dieser Gebiete schwer zu sehen sei, bleibe das „Sinnbild“ des deutschen Volkes „Über sechs Strömen die aufgehende Sonne“ (S. 206). Später, 1814, wünschte sich JAHN für Deutschland „alle seine naturfesten Marken: Oberland (Schweiz), Niederland, Dänemark, Nordreich (Preußen), Oesterreich in einer Landwehr“ (Bd. 1: S. 418) vereint. Mit Österreich ist jedoch nur der westliche Teil des Habsburgerstaates angesprochen. Während TRAITTEUR den gesamten Strombereich der Donau vom Schwarzwald bis zum Schwarzen Meer durch die Natur zu einem einheitlichen österreichischen Staat bestimmt sieht und demzufolge bei ihm große Teile Süddeutschlands nicht zum natürlichen Deutschland, sondern Österreich gehören (vgl. 1814: S. 59ff. u. Abb. 1a), wäre es JAHN lieber gewesen, wenn die Habsburger nicht nur Schlesien und Bayern, sondern auch Böhmen, Galizien und den Rest von Schlesien fahrgelassen hätten, um sich ganz der unteren Donau anzuvertrauen, „die sie richtig geleitet hätte an zwei Meere, zu Istrien, Dalmatien, Bosnien, Serbien, Bulgarien, Bessarabien, der Wallachei und Moldau. Und die Hauptstadt dieses großen [nur als „Reichsgenossenschaft vieler besonderer Volksthümer“ denkbaren] Oestreichs, nicht seines westlichen Teils Österreich, kann nur Belgrad und Semlin werden“ (S. 203).

Seiner geographischen Argumentation blieb JAHN (wie ARNDT) auch in späteren Zeiten treu. So merkte er 1833 zur Wasserscheide an, sie sei „die unverrückbarste Grenze zu Lande“: „Hier hat sich die Erde von selbst gegliedert und ein Triebwerk geordnet. Hier hat die Natur jedem Volke sein Ziel gesteckt, damit es nicht in die Welt hineinirre (...) Die Wasserscheide ist ein natürlicher Grenzrain, wo jedes Volk bei seiner Ausbreitung erst Halt und dann Kehrt [!] machen soll, um sich zum volklichen Wohnen zu sammeln (...) Sie ist aus der Erde gewachsen und ohne alle Kunst in der dicksten Wildnis immer wieder aufzufinden (...) Darum bleibt die Wasserscheide der beste Grenzrain, auch wo sie nicht auf erhabenen Sockel aufgesetzt, hochprangt“ (Bd. 2,1: S. 575). Dagegen könne die Sprache „nur dann und dort als Völkerscheide gelten, wo sie in einem ununterbrochenen, landlichen, irdischen Zusammenhang bleibt“; „von Rechtswegen sollte die Wasserscheide auch die Sprachgrenze sein und die Sprache des Landes Gebiet bemerken“, aber es sei „nicht immer genau damit gehalten“ (S. 576). Allerdings läßt JAHN (und damit spielt das unlösbare Maßstabsproblem der ‘natürlichen Länder’ wieder herein) nicht jede Wasserscheide als Grenze eines Landes zu: „Selten wird ein Volk nur mit einem einzigen Stromgebiet auskommen (...) Stromgebiete, so sich geleisig (parallel) von gleicher Abdachung des nämlichen Gebirges zu gleichem Meere ohne starke Scheiden strecken und ein gleiches Gelände ausmachen, gehören zu einem Volke, wie der rechte und linke Arm zu einem Leib (...) Jedes Stromgebiet macht ein Ganzes, was nur als Ganzes Wert hat (...) Ströme, Flüsse und Bäche und alle Rinsale sind des Landes Adern, die lassen sich wohl noch unterbinden, aber nicht der Länge nach, wie ein Scheit Holz spalten“ (S. 580f.). Durch den anschlie-

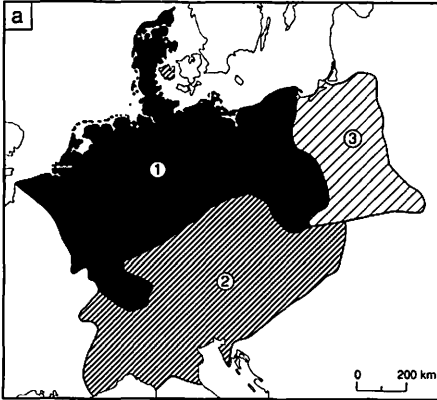


Abb.1a: L. TRAITTEUR (1814): ① und L. OKEN (1814): ① und ② (auf längere Sicht soll bei OKEN auch das Weichselgebiet ③, d. h. Polen, dazugehören)

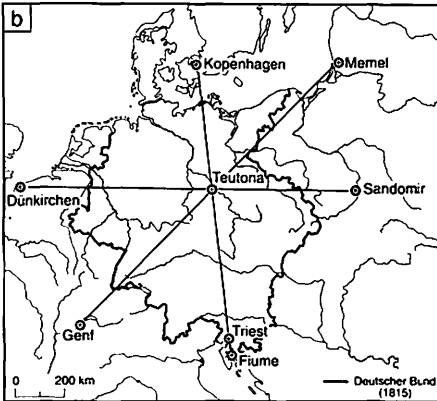


Abb.1b: Die Eckpunkte des „natürlichen Deutschlands“ bei F. L. JAHN (1810); ihre Verbindungslinien treffen sich an der mittleren Elbe, hier soll die Hauptstadt „Teutona“ entstehen

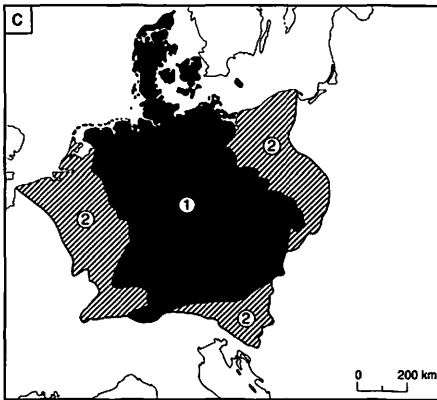


Abb.1c: A. ZEUNE (1808) : ① und H. A. DANIEL (1850, 1863): ① und ②

Abb. 1: Deutschland in seinen „natürlichen Grenzen“

ßenden Ausruf „Schwarzwald, Wasgau!“ wird auch die politische Stoßrichtung klar, zu der JAHN im Abschnitt über die „Wehrlage“ ausführt: „Ein Volk darf nur dann erst auf sichern Frieden rechnen, wenn sein Land befriedigt ist. Und hier muß die Natur das meiste und beste vorgethanhaben, die Kunst kann nur nachhelfen (...) Was sie [die Natur] nach ihren ewigen Gesetzen im Raume als Land zusammengefügt, soll der Mensch nicht durch Schwertstreiche und Federstriche scheiden; was sie aber geschieden, soll der Sterbliche auch nicht fügen wollen. Eingriffe in die ewigen Naturgesetze, Gewaltthätigkeiten gegen die Ordnung des Erdreichs bringen erst einen unnatürlichen Zustand hervor und dann allerhand unnatürliche Begebenheiten“ (S. 583).

Den größten Umfang (vgl. Abb. 1a) gab dem natürlichen Deutschland zu Beginn des 19. Jh.s wohl der Naturforscher und -philosoph LORENZ OKEN (1814). „Die Natur“, meinte er, habe Deutschland auch südlich „ein Meer wallen lassen“ (S. 110), damit sein Handels- und sonstiger Verkehr mit der Welt auch dort nicht von fremden Mächten abhängig sei. Nicht die Alpen, sondern der Apennin bilde Deutschlands natürliche Grenze, der sogar überschritten werden müsse, „um ans Meer“ (S. 114) zu gelangen. So kamen Piemont und die Lombardei aus „Vernunftgründen“ (S. 111) zum natürlichen Deutschland, und die Küsten „von Monaco bis Carrara“, von Triest bis „vielleicht“ (S. 114) noch Rimini wurden zu deutschen Küsten. Mehr Schwierigkeiten sah OKEN dagegen im Osten. Zwar gebe es auch hier natürliche Grenzen, doch stünden die politischen ihnen „noch gar zu sehr entgegen.“ Preußen und Polen seien „weder politisch noch natürlich zu trennen“: „Wenn Polen ein Königreich ist, so gehört Preußen als seine Küste dazu, wenn Preußen ein Königreich ist, so gehört Polen als sein Binnenland dazu – der Polenkönig ist der natürliche Preußenkönig, und der Preußenkönig ist der natürliche Polenkönig.“ Alles hänge davon ab, „was aus Polen wird“; entstünde dieses neu, müßten „wir (...) von unsern theutschen Brüdern [des alten Königreichs Preußen] Abschied nehmen, und sie Polen werden lassen, so verlangt es die Gerechtigkeit, so die natürliche Lage der Länder.“ Analog dazu erwartet OKEN auch von den Deutschen im Baltikum die Einsicht, „nur noch zur Gnade auf fremdem Boden“ zu wohnen: „Was gerecht und natürlich ist, ist überall gerecht und natürlich.“ Für das Preußen-Polen-Problem sieht er allerdings einen Ausweg. Zwar soll Polen als ein „eigenthümliches Königreich“ fort dauern, sein König aber das „Haus Brandenburg“ sein. Es werde dann die deutsche Bildung annehmen und langfristig deutsch werden müssen: „Denn ohne theutsch zu werden kann Polen nicht bestehen.“ Unabhängig davon sei es jedoch sicher, daß die Oder samt Netze und Warthe „zu Theutschland gehört“, vom „Land der Weichsel“ durch einen „obgleich unbedeutenden Gebirgszug [getrennt], der bis Danzig fort geht.“ Im Südosten folgt OKENS natürliche Grenze zunächst den Karpaten (Beskiden), dann dem Mátra-gebirge und dem Bakonywald, die die Ungarn zu Unrecht überschritten hätten. Anschließend „scheint die Gränze zum Zusammenfluß der Muhr mit der Drau, von da zu den Quellen der Kulp zu gehen und bei Fiume zu enden. Die istrische Halbinsel entspricht dem gegenüberliegenden Vorgebirg der Apenninen bei Rimini, und verbindet so die Ostgränze mit der Südgränze (...) So ist Theutschland deutlich und rein herausgehoben aus andern Staaten und weiß was es hat und ist“ (S. 118ff.).

V

Wie skurril diese Argumentation uns heute auch erscheinen mag: sie blieb auch nach dem Wiener Kongreß und der Beruhigung der politischen Landkarte im Umlauf und fand selbst im berühmten Staats-Lexicon von ROTTECK und WELCKER ihren Niederschlag. Während das 'Berliner politische Wochenblatt' zum Stichwort „Natürliche Grenzen“ behauptete: „Nationen und Völker haben keine geographische Begrenzung, weder eine natürliche, noch eine politische, denn sie sind nicht ein Theil der Erde, die sie bewohnen, und nur diese ist Gegenstand der geographischen Eintheilung (...) Die Staatsgrenzen aber sind weder durch Flüße und Berge,

noch durch Meere und Wüsten, sondern durch das historische Recht gegeben, auf welchem alles Eigenthum beruht“ (1838: 66), konterte der Verfasser des Stichworts „Grenze“ im Staats-Lexicon: „Es gibt aber in Wahrheit eine naturgesetzliche Gliederung nach Nationen (...) Die Nationalgrenzen sind (...) zugleich natürliche Grenzen (...) Die äußeren Umrisse des National-Körpers, dessen der in der Sprache sich offenbarende National-Geist bedarf, um bestehen zu können, werden sich (...) immer nach der Beschaffenheit der Oberfläche des Erdkörpers, nach gewissen von der äußeren Natur gezogenen Marken bemessen. Denn die Sprache ist ein Mittel des Verkehrs unter den Menschen, deren mehr oder minder zahlreiche Verbindungen stets abhängig von solchen Naturgrenzen bleiben. Nur muß man nicht behaupten wollen, daß ausschließend Gebirge oder Meere und Ströme oder Wüsten, Oeden und minder bewohnbare Strecken diese Grenzen bilden; denn bald ist es das Eine, bald das Andere, was die besonderen Kreise eines lebhafteren persönlichen Verkehrs von einander scheidet. Ueberall müssen wir (...) eine solche natürliche Gliederung auch in der äußeren Gestaltung der Nationen und ein Gesetz anerkennen, wovon dieselbe abhängig ist“ (S. 1839: S. 108f., 113f.). Entsprechend wird von der Politik erwartet, daß diese es „nicht bloß als eine mögliche Aufgabe, sondern als eine Forderung des natürlichen und vernünftigen Rechts“ begreift, „sich in der Absteckung der Staats-Grenzen dem Gebote jenes Naturgesetzes zu unterwerfen (...), ehe sich dieses im Widerspruche mit den willkürlich trennenden Schranken der Menschen gewaltsam geltend macht“ (S. 114).

Später, 1841, ging das Staats-Lexikon (offenkundig in Reaktion auf die Rheinkrise ein Jahr zuvor) in einem Supplementband noch einmal auf die Grenzfrage ein. Der neue Verfasser (KOLB) des entsprechenden Stichworts erweist sich jedoch als entschiedener Gegner aller „natürlichen Grenzen“. Die Vogesen als solche anzusprechen, hält er für „nicht viel besser begründet, als wenn die Franzosen in gleicher Weise den Schwarz- und den Odenwald als solche begehren wollten“ (S. 157). Gegen die Sprache wiederum zählt für ihn die Tatsache, daß die Elsässer und Deutsch-Lothringer trotz ihrer Deutschsprachigkeit „eine Wiedervereinigung mit Deutschland“ keineswegs als „Befreiung von fremdem Joche“ (S. 158) begrüßen würden. So bleiben „bei in der Cultur vorgeschrittenen, der Mündigkeit näher gerückten Völkern die Sympathieen [„und Antipathieen“] der Nationen oder der bloßen Stämme ungleich wichtiger (...) als alle sogenannten natürlichen Grenzen, wichtiger als Ströme und Berge, wichtiger sogar als Sprache und Gebräuche“ (S. 159). Allein die weitere „Entwicklung freier volkstümlicher Institutionen in ganz Deutschland“ könne Deutschlands Integrität gegenüber dem französischen Verlangen nach dem linken Rheinufer schützen und eine Rückkehr des Elsaß' und Lothringens vorbereiten, wenn es doch einmal zum Krieg kommen sollte.

Die geographische Argumentation blieb aber auch künftighin keine isolierte Angelegenheit der Geographie. Noch auf dem Zweiten Deutschen Soziologentag von 1912, der sich mit dem Problem der Nationalität beschäftigte, trug L. M. HARTMANN in Anlehnung an die kulturgeographischen Studien E. HANSLIKS vor: „Von den unzähligen möglichen Sprachgrenzen stellen sich diejenigen als die dauernden heraus, welche aus irgend einem natürlichen [geologischen oder klimatischen] Grunde die passendsten sind. In zahlreichen Völkerverschiebungen vor der Stabilisierung kann zwar die natürliche Grenze überschwemmt und durchbrochen werden; sie kann infolge gewollter oder ungewollter Verschiebungen hin- und herpendeln, kehrt aber immer wieder zum Ruhepunkte, zur Gleichgewichtslinie zurück“ (1912/1969: S. 86). Nur MAX WEBER widersprach in der Diskussion (S. 190).

VI

Welche Position haben Geographen bzw. geographienahe Autoren in der konkreten Grenzfrage gegenüber Frankreich zu Beginn des 19. Jh.s eingenommen? Die erste bedeutende Stellungnahme scheint von ZEUNE gekommen zu sein, der quer zu den Vorstellungen der deutschen Nationalbewegung das „Urvolk“ der „Teutschen“, „die ächten Teutschen“, zwischen Rhein

und Oder, Nordsee und Alpen ansiedelte (vgl. Abb. 1c) und von Napoleon erwartete, er würde dieses „Hercinialand“ („Harzland“) genannte „Teutschland, mit Dänemark, und einem Theil der Schweiz und Holland“ (1808: S. 32) zu einer politischen Einheit erheben, die „der Sitz des ewigen Friedens“ (1810: S. 19) für Europa werden könnte. Doch obwohl diese Grenzen von der Natur und Gott gewollte „immerwährende“ „Urmarken“ sein sollten, blieb es auch ZEUNE nicht erspart, für die fehlende Evidenz nach Begründungen zu suchen, die den konstruktivistischen Charakter seines „Teutschlands“ deutlich machen. So schwankte er z. B. bezüglich der Ostgrenze zwischen Oder und Weichsel, doch erschien ihm die Oder „fast noch passender als die Weichsel (...), da sich hinter der ersten nach Teutschland zu wie ein großer Wall das Riesengebirge erhebt, dieselbe keine so ausspringenden Winkel macht, und der slavische Völkerstamm landeinwärts näher der Oder, als der deutsche der Weichsel wohnt“ (S. 12). Beim Rhein machten die Mündungsarme Probleme. Und so votierte ZEUNE 1810 für die „Waal“ und gegen die „Issel“, die er ursprünglich (und auch 1811 wieder) annahm, weil ersterer „einmal eine breitere Wasserstraße bildet, als die Issel, dann aber auch, weil Sprache und Abstammung nach, die Holländer wirkliche Teutsche sind“ (S. 13). Dieses Sprachargument hätte eigentlich gar nicht fallen dürfen und wird von ZEUNE sogar ausdrücklich als Grenzziehungskriterium abgelehnt (vgl. S. 10), dennoch greift er auch bei Dänemark neben historischen Gründen auf dessen Sprache zurück, die „eine Mundart des Teutschen“ (S. 14) sei.

Gegen die Annahme von Flüssen als natürliche Grenzen erhob sich jedoch alsbald empirische Kritik. Er habe, konstatierte MEINECKE 1809, auf seinen botanischen Wanderungen stets beobachten können, daß auf beiden Seiten der Ströme die Natur (inklusive der Menschen) völlig gleich sei, auch an Oder, auch am Rhein: „Jenseits des Rheins fand ich den Deutschen so unverändert als den Himmel und die Erde; erst jenseits der Vogesen, des Donnersberges und der Ardennen verräth sich der Franzose durch Sprache und Sitten und Liebe zu einem Vaterlande“ (S. 134). Nicht Flüsse, sondern Höhen trennten, und dies nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Länder, wie schon die Eigenthümlichkeit ihrer Bewohner belege, „die der Geograph für physisches Product des Landes ansehen muß“ (S. 134). Als politische Grenzen eignet sich daher, wie WEISS 1814 übereinstimmend ausführt, „nur die großen Gebirgsmauern und Gebirgsmassen“, die „hoch genug“ seien, „um die Communication zu erschweren“; sie allein gäben zusammen mit dem Meer „echte, natürliche Landesgrenzen“ ab, während Flüsse „keine oder bei weitem untergeordnetere Grenzen der Völker“ bildeten. Wollte man dagegen in „ineinanderfließenden Landstrichen bloß den natürlichen Grenzen, wie Flußgebiethen u.s.w.“ folgen, so würde dies „in Kleinigkeitsgeist und Pedanterie ausarten“ (S. 366f.). Überhaupt gehöre bei der Grenzziehung immer die „Gesammtheit der Bestimmungen“ (die spätere geographische Methodologie läßt grüßen) herangezogen, „jede in jedem Fall nach dem Maaße gewürdigt, in welchem sie scharf hervortritt oder unbestimmter sich verliert. Geschichte des Landes, und was mit ihr in Sitten, Verfassung, Volksgeist verwachsen ist, muß nicht minder gehört werden, als seine Berge und Ströme oder seine Mundart“ (S. 368). Konkret bedeutete dies für WEISS, daß mit den Vogesen und Ardennen „zwei von der Natur mit Bestimmtheit bezeichnete Grenzgebirge, als zwei große Bastionen zu unserer Schutzwehr“ (S. 367) gegenüber Frankreich existierten, so daß Elsaß „von Natur und Rechtswegen ganz deutsch“ sei, während Lothringen nur „in seiner Gesamtheit die Grenze“ ausmache. Da es jedoch durch die Argonnen „besser und vollständiger (...) gegen Frankreich“ (S. 369) als gegen Deutschland begrenzt sei, spekulierte WEISS auf eine politische Unabhängigkeit des französischsprachigen Lothringens von Frankreich.

Auch für MÜLLER (1815, Nr. 318) kam nur eine geographische Begrenzung in Frage. Die Sprache ist ihm „zu geistiger Natur um allein zu stehen, und bedarf einer mehr körperlichen Anlehnung“, da der Grenzbewohner beide Sprachen spreche und aufgrund gleicher „Lebensweise“ und gleichem „Himmel“ „ähnliche Sitten, Gebräuche, Neigungen“ wie sein Grenznachbar habe. „Kurz Sprachen und Volkthume verschwimmen in einander in Gränzorten, und ihre scheidende Kraft verläßt uns gerade da; wo wir sie brauchen.“ Als unbefriedigend empfindet er

auch, wenn Ströme und Gebirge gleichzeitig benutzt werden, obwohl „doch eins das andere völlig ausschließt.“ Der Wahrheit am nächsten kämen noch diejenigen, die „Sprache und Gebirg als Prinzip der Völkerbegrenzung ansprechen. Einen kleinen Schritt weiter, und sie hätten es ganz getroffen, hätten gesagt: ‘Gebirg und Sprache’.“ MÜLLERS eigene, uns „nie“ verlassende Lösung lautet: „Die Wasserscheide auf Gebirgen und Höhenzügen, durchaus begleitet von der Sprache, macht allein natürliche Völkergrenzen.“ Allein sie habe die „Eigenschaft eines allgemein gebietenden und gleich wägenden Naturgesetzes für und gegen alle Völker. Denn nur gegen Gesetze die Ausnahmen möglich machen, (...) erhebt sich der Mensch (...); aber wer hat je daran gedacht, sich aufzulehnen, z. B. dagegen, daß es in Schweden kälter ist als in Neapel, oder dagegen, daß alle Menschen sterben?“ Der Vergleich hinkt zwar, und natürlich weiß MÜLLER, daß im Gegensatz zum Tod „keine Gränze unbezwingbar ist an sich“ (Nr. 319), aber er ermöglicht ihm, das Prinzip „Wasserscheide, Völkerscheide!“ absolut zu setzen: „Kein Volk darf Fremdartiges in sein Stromgebiet herüber hangen lassen, sonst säet es ihm selber Krieg und Verderben, weil vermöge der natürlichen Schwerkraft das Ueberhangende immer tiefer herabdrückt und drücken muß (...) Hinaus getrieben muß das Fremde werden, oder eingeehmt, und wäre es auch nur, um es nicht weiter kommen zu lassen. Hinauf muß das Volk bis zum Rande seines Strombeckens (...). Daher ist das verrufene System des Abrundens bis hieher vollkommen gerechtfertigt; und was man (...) überhaupt mit Recht sagen mag: den Eroberungskrieg, der zur natürlichen Gränzsicherheit und Ganzheit eines Volkes führt, muß jedes Volk früher oder später doch anfangen, wenn es nicht als unreife Frucht am großen Baume der Völkerentwicklung vor der Zeit absterben und abfallen will.“

Konkret heißt dies für MÜLLER, daß der „höchste Kamm“ des Jura, der Wasgau-Ecke und der Ardennen die Grenze gegenüber Frankreich bildet, denn: „von da an, wo ein Tropfen Wassers in die Aa, Lys, Skarpe, Schelde, Sambre, Maas, Mosel, Ill, Bies und überhaupt in das Stromgebiet des Rheins fällt, von da an ist der Boden nichtfranzösisch, oder wenn man will Niederländisch, Teutsch, Schweizerisch; von da an aber, wo einer abfließt durch Doubs oder Saone ins Rhonegebiet, oder durch Aube, Marne, Aisne, Oise ins Seinegebiet, von da an wollen wir nichts haben, und mag dieses Alles, selbst das Rhonegebiet, für uns den Franzosen verbleiben.“ Elsaß, Lothringen, die Bistümer Metz, Toul, Verdun, die Grafschaften Hennegau, Kammerik, Flandern und Artois, die auch schon früher deutsch gewesen seien, sollen demzufolge wieder deutsch werden (genauer an Österreich, die Niederlande und Preußen gehen); andere ehemals deutsche Gebiete, z. B. Mömpelgard, Hochburgund und Arelat, überläßt MÜLLER dagegen gern den Franzosen, weil es (hier unterscheidet er sich von anderen) „ein Unglück für ein Volk“ sei, „zwey Meeren zuzustreben, und ein sicherer Vorbote des endlichen Zerfallens in zwey Reiche.“ Sollten „National-Franzosen“ durch die natürliche Genzziehung zu Deutschland kommen, so soll es ihnen freistehen, „vielleicht mit Begünstigungen“, auszuwandern, „um nur rein in uns zu werden.“

MÜLLER schrieb nicht irgendwo, sondern in dem von GÖRRES herausgegebenen Rheinischen Merkur, den Napoleon als fünfte Großmacht bezeichnete. Von MÜLLER dürfte auch JAHNS Engagement für die Wasserscheiden herrühren. Jeder Schullehrer müsse MÜLLERS Aufsatz lesen, „damit er im Unterricht der Erdkunde die Grenzen zwischen Frankreich und Deutschland darnach zeichnen lassen kann“ (1885/1833, S. 481).

VII

Mit dem Deutschen Bund gab es zwar wieder ein klares politisches Raumbild für Deutschland, doch blieb die Idee eines geographisch legitimierten größeren Deutschlands, das nach Frankreich hineinreichte und auch die Niederlande, Belgien, die Schweiz und Dänemark mitumfaßte, unvergessen und wurde über die geographischen Lehr- und Handbücher (vor allem DANIELS Leitfaden) auch in breitere Schichten der Bevölkerung hineingetragen. Zur Begründung dafür,

daß er die vier nicht zum Deutschen Bund gehörenden Staaten „als Anhang zu Deutschland“ behandelte, führte DANIEL an: „a) weil sie fast durchaus innerhalb der natürlichen Grenzen Deutschlands liegen; b) weil mit wenigen Ausnahmen diese Länder zum alten Deutschen Reiche gehört haben; c) weil wenigstens zwei der genannten Staaten, Niederlande und Dänemark, noch jetzt wegen einiger Gebietsteile zum Deutschen Bunde gehören“ (1853: S. 142). Und obwohl DANIEL wußte, daß in diesen Staaten kaum mehr oder gar kein „Zusammengehörigkeitsgefühl mit dem deutschen Leibe“ existierte, sah er seinen Deutschlandbegriff „nicht dadurch alterirt“ (1863: S. 1341; vgl. Abb. 1c). Als es dann 1866 vorübergehend überhaupt kein offizielles Deutschland mehr gab, bestand GUTHE dennoch darauf, neben „den Länder des ehemaligen Deutschen Bundes auch noch diejenigen Länder vorwiegend germanischer Nationalität“, die einst zum Alten Reich gehörten, zu einer geographischen Einheit „Deutschland und die germanischen Nachbarländer“ zusammenzufassen, weil sie „durch gemeinsame Natur des Bodens und des Klimas, tausendjährige Geschichte, Sprache, Sitte“ (S. 426f.) auch zusammengehörten.

Selbst ZEUNES „immerwährende“ Geographie, die so absolut die französische Rheinposition übernommen hatte, ging vor der patriotischen Stimmung der Befreiungskriege in die Knie (vgl. seine Flugschrift von 1814). Im Westen nahm ZEUNE nunmehr die Vogesen und den Lothringischen Jura als natürliche Grenze Deutschlands an, während er im Osten die Oder durch den Weichselwald ersetzte (vgl. 1833, S. 263). Doch was war, wenn dieser Weichselwald, wie DANIEL feststellte, gar nicht existierte und „die Wasserscheide zwischen Weichsel und Oder (...) auf keiner auch noch so geringen Bodenscheide“ (1860: S. 799) dahinfliege? Immerhin glaubte er dies- und jenseits der Weichsel eine durch die Bodenverhältnisse bedingte unterschiedliche „Physiognomie des Tieflandes“ erkennen zu können, doch mußte er eingestehen, daß es „historische Verhältnisse“ waren, die beide Teile „am entschiedensten“ (S. 799) trennten. KUTZEN sah dagegen „Deutschlands breite Ostseite unbestimmt und unmerklich in das große sarmatische Flachland“ (1855: S. 10) übergehen, und auch GUTHE konnte nur konstatieren, daß „die natürlichen Grenzen“ von der Weichselquelle bis zur Ostsee einfach „verschwinden“ (1868: S. 428). Noch pessimistischer, weil die Westgrenze einschließend, sah MENDELSSOHN das natürliche Raumbild Deutschlands: „Von Osten her breitet sich eine nur durch Stromläufe unterbrochne Ebne von den Grenzen Asien's an der Ostsee und Nordsee bis an und über den Rhein aus, führen die Gestade der Donau vom Pontus bis in's Herz von Deutschland. Im Westen erhebt sich an den Mündungen des Rhein's und der Schelde keine Scheidewand zwischen den deutschen und den gallischen Ebenen, und auch die Gebirgswälle, welche das Westufer des Rheins begleiten, bieten Lücken und gangbare Pässe dar“ (1836: S. 118f.).

Auch das Innere Deutschlands, das MENDELSSOHN als ein „vielfaches Sich-Durch-kreuzen verschiedenartiger Gegensätze“ (1836: S. 120) charakterisierte, ließ so manchen Geographen schwer daran zweifeln, ob es von der Natur überhaupt als nationalpolitische Einheit gedacht war. Standen nicht einem zersplitterten Zentrum „weit mehr nach innen vereinte und nach außen scharf umgränzte peripherische Glieder gegenüber!“ (S. 123). Für A. v. ROON, den RITTER-Schüler und späteren preußischen Kriegsminister, stand fest: Die „politische Zerspaltung“ Deutschlands lag „nicht allein in den historischen, sondern wesentlich auch in den Verhältnissen der Landes-Physik begründet. Jene Mannigfaltigkeit der Gestaltung, jene vielfältige Individualisierung der Lokale, welche sich in der Bodenplastik ausspricht, wiederholt sich eben nur in der Gestaltung der politischen Verhältnisse“ (1845: 52). Und COTTA, der berühmte Freiburger Geologe, sekundierte: „Ein Böhmen, ein Bayern“, die könne er (ebenso wie „ein Spanien, ein Norwegen, ein Schweden, ein europäisches Rußland, auch allenfalls ein Frankreich“) „geologisch nachweisen“, ein Deutschland habe er dagegen „immer vergeblich gesucht.“ Der innere wie äußere Bau seines Bodens sei mitverantwortlich für den „Mangel an Einheits- und Nationalgefühl“ der Deutschen, denn er habe eine „homogenen Nation“ verhindert und statt dessen „gesonderte Volksstämme“ entstehen lassen. Zwar sei dieser Einfluß, verglichen mit ande-

ren, nur ein schwacher und „größtentheils (...) indirecter“ gewesen, dafür aber der „constan- teste und ursprünglichste“ (1854: 5f.). Selbst Revolutionen bringt COTTA mit örtlichen geologi- schen Verhältnissen in Verbindung. Dies sei, bestätigt ihm RIEHL, „mehr als ein bloßes meta- phorisches Wortspiel“: Auf einem von „urweltlichen Revolutionen“ geologisch „zerrissenen Terrain“ „konnte naturgemäß (...) auch das Volksleben am frühesten zerrissen und zersplittert werden, und in diese Risse setzte sich die moderne Bildung und mit ihr die Empfänglichkeit auch für die revolutionären Produkte derselben, während ein auf massenhaft gruppirtem Ter- rain heimisches, massenhaft abgeschlossenes Volksthum ungleich spröder und zäher in seiner Eigenthümlichkeit verharren wird. Den mitteldeutschen Stämmen fehlt jene ausschließende Einseitigkeit, aus welcher sich große Volksgruppen als ein einheitliches, zäh beharrendes Ori- ginalgenie entwickelten, wie diese Einseitigkeit den geognostischen und geographischen Bil- dungen seines Bodens fehlt“ (1856: S. 188).

Wie ließ sich dennoch über all diese Gegensätze hinweg eine Einheit des Landes konstruieren? Einen Ausweg bot das Motiv der Einheit in der Verschiedenheit: die Dreistufigkeit des deutschen Landes, die schon 1810 auftauchte und sich allmählich durchsetzte. Von PARTSCH wurde sie (auf sein Mitteleuropa bezogen) 1904 zum „Dreiklang“ Alpen, Mittelgebirge, Tief- land geadelt. Eine weitere Möglichkeit war die Positivierung des Negativen, wie sie KAPP vor- nahm: So wurde aus MENDELSSOHNs großer Zerrissenheit „die größte Abwechslung harmo- nisch geordneter Naturformen“, die Deutschland zur „vollendeten Einheit aller sonst in diesem Erdtheil vorkommenden Bodenformen“ (1845/2: 69f., 332f.) mache und es dazu prädestiniere, die nationale Einheit als dezentrale, organisch wachsende bundesstaatliche Ordnung zu realisieren, während im Falle Frankreichs die klaren geographischen Verhältnisse – die nach drei Seiten „unverrückbare Naturgränze“ und der nirgends unterbrochene Zusammenhang im Innern“ (S. 70) – die politische Zentralisation unterstützt hätten. Frankreich war für KAPP das Parade- beispiel eines „mechanischen Staates“, dessen „unwahres, abstractes Centrum“ „alle provin- zielle Lebendigkeit“ (S. 86) aufzehre. Diese Argumentation wurde von GUTHE voll übernom- men: Deutschlands Landschaften seien „glücklich abgegrenzte Individualitäten“, die durch wegsame Gebirge und „glücklich“ ineinandergreifende Flußsysteme in „lebendigsten Berüh- rungen“ stünden. Mit Recht dürfe daher erwartet werden, daß die „Einigung der Nation (...) nicht nach dem romanischen Schema mechanischer Aneinanderreihung und Uniformierung“ ablaufen werde, sondern daß sie „sich gestalte wie ein organisches Wesen, jedes Glied mit sei- nem besonderen Leben und doch alle für das ganze und im ganzen lebend!“ (1868: 545). Ohne Ab- und Ausgrenzung keine nationale Identität!

VIII

War somit (wenn auch mit erheblichen Mühen) die geographische Existenzmöglichkeit der deutschen Nation geklärt, so fehlte nun noch der Nachweis, daß sie gegenüber den anderen europäischen Nationen auch existenzberechtigt war. Dazu mußte sie „im Welt- und Gesell- schaftsbild ihrer Angehörigen als Trägerin einer bestimmten Rolle erscheinen“ (LEMBERG 1964: 69). Diese Rolle ließ sich, wie die Protagonisten der deutschen Nationalbewegung er- kannten, für Deutschland scheinbar mühelos aus seiner geographischen Lage gewinnen.

„Wir sind der Nabel der europäischen Erde, der Mittelpunkt des Nordens und des Sü- dens“, tönte ARNDT 1807 (1912, T. 7: 88), um später, 1813, zu präzisieren: „Als ein Bollwerk zwischen beiden und als ein Schildhalter skandinavischer, hispanischer und italienischer Frei- heit würde es wohlthätig in der Mitte liegen und als der eigentliche Mittelpunkt des europäischen Lebens das wütende und zerstörende Zusammenstürmen des Westens und des Ostens unsers Weltteils hindern. Zu dieser erhabenen Rolle ist das deutsche Volk offenbar bestimmt, weil es ein mäßiges Friedensvolk und nicht gleich den Franzosen nach der Eroberung fremder Länder lüstern ist“ (1912, T. 8: S. 115). In GÖRRES' Rheinischem Merkur wird gemahnt, alle „Teut-

schen“ müßten brüderlich zusammenstehen, damit sich nicht „die Peripherie über das Centrum erhebe, und gegen dasselbe den Sieg davon trage, welches der vollendete Untergang von Europa seyn würde. Denn wir Teutschen, die wir in die Mitte der Menschheit hingestellt sind, haben von allen anderen Völkern den Beruf, die Wagschale der Gerechtigkeit zwischen dem Osten und Westen, dem Norden und Süden aufrecht zu erhalten, und auch das heilige Feuer des innern Gefühls der Wahrheit und der Begeisterung des Glaubens ernst und rein zu bewahren“ (1815, Nr. 323). Und auch bei JAHN fehlt das Mitte-Motiv als Sendungsgedanke nicht. Schon im „Deutschen Volkstum“ (1810) nennt er die Deutschen „das alte ehrwürdige Mittelvolk und Mittlervolk Europa's“ (Bd. 1: 157). Später, 1814, forderte er in seinen 'Runenblättern', „Deutschland, Europas Mittelland“ dürfe „fürderhin nicht mehr ein bloßes Mittelvolk in sich fassen; es muß ein Mittlervolk in einem Mittlerreich werden“; als „Mittelland“ bedürfe es jedoch „eines gut geschlossenen Gebiets, eines wohlverwahrten Wohnplatzes, einer ringsum befriedeten Feste. Seine Grenzen müssen Scheiden sein, Freunden zum Schutz, Feinden zum Trutz“; nur wenn „seine Sprach- und Stammgenossen Reichsgenossen einer Staatengemeinde werden“, könne Deutschland „endlich einmal seiner hohen weltbürgerlichen Bestimmung zur Mittlerschaft nachkommen“ (Bd. 1: S. 416, 418).

Vollkommen parallel zu diesem nationalpolitischen Diskurs lief der geographische ab, dessen Motive unmittelbar auf jenen verweisen. Wie dort wird auch in der Geographie die Mittellage zum Ausgangspunkt des nationalen Rollenverständnisses gemacht und die Bezeichnung Deutschlands als „Herz Europas“ zur stereotypen Umschreibung der deutschen Mission. Schon ZEUNE feierte „Teutschland“ emphatisch als „Herz des gebildetsten Erdtheils der Welt“, das auch „innerhalb seiner Urgrenzen die Gestalt eines Herzens“ habe, „mit der Spitze gerichtet nach Mitternacht in dem Halbeiland Jütland, andeutend, daß es mehr dem festen ruhigen Norden, als dem brausenden wandelbaren Süden angehöre“, und „nur nach Sonnenaufgang sich öffnend durch das Donauthal, wie ein heiliger Dom, der nach dem Grabe des Erlösers hin im Gewölbe des Hochaltars die ersten Stralen der Morgensonne auffängt.“ Als in seinen „natürlichen Grenzen“ „fest geschlossenes und gut abgerundetes Ganze“ könnte es endlich „Festigkeit und Ruhe“ erlangen und zum „Sitz des ewigen Friedens“ werden, „segensvoll für seine Nachbarn, für Europa, ja für die Welt“ (1810: S. 16 ff.).

ZEUNES Mitte-Ideologie war (den damaligen Machtverhältnissen entsprechend) defensiv gemeint; daß dasselbe Konzept auch in einem anmaßend wirkenden Weltbeglückungston propagiert werden konnte, läßt sich an KAPPS „Philosophischer Erdkunde“ zeigen. Das deutsche Volk „soll die übrigen Nationen allmählig mit seinem Geist durchdringen“ und „das Geschäft eines Mittlers auf sich“ nehmen „zur dereinstigen politischen Erlösung der Welt“ (S. 351). Aufgrund „seiner räumlichen Mittellage im europäischen Continent“ werde Deutschland „auch die geistigen Richtungen der übrigen Nationen in sich zur Vermittlung bringen. Hierdurch auf die Bahn zu einem alle überragenden Standpunct geleitet, muß es die Aufgabe seiner Zukunft sein, allordnend die Geschicke der Welt zu bestimmen, immer entschiedener offenbaren“ (1845/1: S. 298). Selbst „den Zusammenhang“ in die „Zerrissenheit der transoceanischen Besitzungen Europa's zu bringen“, sieht KAPP „dem einigenden deutschen Volke vorbehalten“, das das „Friedenswerk des Freihandelsverkehrs“ auf der Welt vollenden werde (S. 358). KAPP ist sich sicher: „Deutschland hat als das Herz Europa's Theil an Allem, was in seiner Umgebung geschaffen und gefördert wird, und ist dadurch befähigt, das Aufgenommene zu seinem unveränderlichen Eigenthum zu machen und so seinem Geiste diejenige universale [= menschheitliche] Richtung zu geben, welche erobert, indem sie gewinnt. Und so sehen wir denn, wie (...) in den erst vom Reich getrennten Gliedern [z. B. der Schweiz und der Niederlande] eine Sehnsucht nach Wiedervereinigung sich zu regen beginnt, welche (...) auflebt, sobald es stark sich zeigt, und Wortführer zu werden verheißt im weltgeschichtlichen Dialog der Völker“ (S. 360). Prophylaktisch wird auch schon einmal Frankreich angedeutet, daß die Tatsache, daß Deutschlands natürliche Grenze auf dem Boden des französischen Staates liegt, durchaus einmal „die Offensive der öffentlichen Meinung [in Deutschland] erwecken“ (S. 56) könne.

In enger Anlehnung an KAPP trug dann KUTZEN der wiederum von DANIEL (vgl. 1863: S. 21) abgeschrieben wurde, zur weiteren Verbreitung der Vorstellung bei, daß Deutschland „die Mitte, das Centrum, den Kern, das Herz Europa's“ ausmache. Durch eine einfache Linienziehung quer durch Europa führte er anschaulich vor Augen, daß „kein anderes Land für alle übrigen in diesem Erdtheile eine so centrale, so concentrirte, so vermittelnde und ausgleichende Stellung und Gestaltung“ (1855: S. 2) habe wie Deutschland. Nichts gehe ohne Deutschland, denn: „Deutschland ist vermöge seiner centralen Lage für den Zusammenhang dieses Ganzen unentbehrlich, ist, wie für den Körper der Herzschlag, sein Lebenspunkt. Nur durch Deutschland werden die übrigen Theile Europa's zu einer wahrhaften Einheit zusammengehalten (...) Ringsum in Europa findet sich kein Land und keines der angrenzenden Meere, mit welchem Deutschland nicht verwaschen oder mittelbar in leichte Berührung zu bringen ist. Rings um dasselbe wie um ihren Mittelpunkt gruppiren sich Rußland, Skandinavien, die Niederlande [etc.]“ (KUTZEN 1855: S. 2, 7).

IX

Wie der Deutsche Bund blieb auch das Deutsche Reich von 1871 hinter dem natürlichen Deutschland zurück: Was durch die Annexion des Elsaß und Teilen Lothringens gewonnen wurde, ging durch den Verlust des österreichischen Bundesanteils sogar in weit größerem Maße wieder verloren. KIRCHHOFF bemühte sich zwar (vgl. SCHULTZ 1995) seit Ende der 70er Jahre, der Bismarckschen Satiirtheitspolitik den Anstrich geographischer Legitimität zu verschaffen und das Reich gegen alle Tradition als ein geographisches Land zu betrachten: bei unklaren natürlichen Verhältnissen dürfe die Politik die Natur ersetzen; doch ließ sich ein über Jahrzehnte von der Fachwissenschaft propagiertes Raumbild, das KIRCHHOFF nur noch zur Erinnerung an eine historisch verpaßte Möglichkeit als „Mitteleuropa“ bezeichnete, nicht so einfach aus der Welt schaffen. Das ursprüngliche Land-Paradigma erlaubte es nicht, sich mit den „wirklichen Staatsgebieten“ abzufinden, die „etwas Widernatürliches und Ungesundes“ waren, solange sie nicht mit den „natürlichen Staatsgebieten“ (WINKLER 1872: S. 18) zusammenfielen. Und so blieb das natürliche Deutschland bei den Gegnern der KIRCHHOFFSchen Umpolungsaktion als Sehnsuchtsraum großdeutscher Machtphantasien präsent und ließ auf künftige Entwicklungen hoffen. Der Ausgang des Weltkrieges hat daran nichts geändert, im Gegenteil: Immer wieder erinnerten Geographen in der Zwischenkriegszeit daran, daß das geographische Deutschland und das Deutsche Reich zweierlei seien, eine der Geographie widersprechende politische Ordnung jedoch an den Selbsthilfekräften der Natur scheitern werde (vgl. SCHULTZ 1993: S. 63f.; MEHMEL 1995).

Auch das kulturgeographische Deutschland, das das Ländergebiet von „ausgesprochen deutscher Physiognomie“ (MAULL 1933: S. 6) umfaßte und seit Mitte der 20er Jahre die Geographen verstärkt beschäftigte, lebte von der Deckungslücke zwischen deutschem Land und deutschem Staat und der darin angelegten Erwartung, daß sich diese Lücke einmal schließen würde. Es setzte sich aus dem „deutschen Volksboden“ und dem „deutschen Kulturboden“ zusammen, so daß auch fremde Völker wie die Tschechen zu diesem Deutschland gehören konnten, von denen man behauptete, sie hätten keinen eigenen Kulturlandschaftsstil entwickelt. Nur an seinen Rändern, konstatierte man, bleibe dieses Kulturlandschaftsdeutschland hinter der naturgeographischen Einheit Deutschland (bei MAULL wie bei KIRCHHOFF „Mitteleuropa“) zurück. Die ältere naturgeographische Sicht wurde also keineswegs durch die kulturgeographische Wende in der Geographie aufgegeben. Selbst MEYNEN, der sein ganzes Engagement darauf richtete, „Deutschland“ als bewegliches „Volksland“ durchzusetzen, und es für einen „teleologischen Fehlschluß“ hielt, „daß jedes Volk seinen ihm eigenen Raum habe“ (1935: S. 128), freute sich andererseits, daß mit der „Vorstellung einer geographischen Landeinheit Deutschlands (...) eine von allen geschichtlichen Wechselfällen unabhängige Einheit des

heutigen deutschen Volkslandes“ existierte, die „den geschlossenen deutschen Volks- und Kulturboden Mitteleuropas (...) nicht schneidet und aufteilt, sondern ganz umschließt“ (S. 122).

Mehr als alles andere aber beflügelten die 'schwimmenden Grenzen' des Ostens so manchen Geographen (wie Nichtgeographen) dazu, dort bis hin zu den Pripjet-Sümpfen die von der Natur vorgezeichneten Leitlinien zu sehen, die dem 'Volk ohne Raum' den machtpolitischen Ausweg aus der „Enge des Westens und des Südens“ (CREUTZBURG 1936: S. 3) zeigten. Ganz paradigmagemäß ließ sich der Krieg gegen Polen und die Einrichtung des Generalgouvernements Warschau als das Ergebnis eines Zusammenspiels von völkischem Willen und intentionaler Natur interpretieren. Nur leistungsstarken Völkern wie dem deutschen gelinge es, die „natürlichen Grenzen“ nicht nur zu wollen, sondern auch zu erreichen (GRAUL 1941: S. 218). Von den im Weichselgebiet seit der Völkerwanderungszeit lebenden Slawen wurde dagegen behauptet, sie seien zu unrecht in diesen von der Vorsehung (= der Natur) für das deutsche Volk gedachten Raum eingebrochen. Aus einer Eroberung wurde so eine geographisch legitimierte Wiedergutmachung alten Unrechts (vgl. SCHULTZ ³1993: S. 70 ff.).

Daß auch die geographischen Mitte-Phantasien über Deutschlands Rolle in Europa auf das 20. Jh. übergingen und nur geringfügig zugespitzt werden mußten, um auch im Dritten Reich gültig zu sein, dürfte kaum überraschen: „Wie ein breiter, massiger Rahmen um das Bild in der Mitte, so liegen die einzelnen europäischen Landgebiete an den vier Seiten des deutschen Raumes. Nur über Deutschland erhalten sie miteinander Verbindung. Erst Deutschland fügt die einzelnen, völlig voneinander getrennten Teile zu einer Einheit zusammen. Erst durch Deutschland werden sie zu Europa! Deutschland ist der Norden, aber auch der Süden, der Westen, aber auch der Osten. Ganz Europa findet sich in seinen Landschaften wieder“ (SPRINGENSCHMID 1937: S. 1). Dieses Zitat diente SCHWIERSKOTT noch 1943 dazu, im Erdkunde-Band der Soldatenbriefe zur Berufsförderung anzuspornen: „Lage ist nicht Schicksal, dem ein Volk ausweglos unterworfen ist. Lage ist Aufgabe!“ (S. 106f.).

Nach der totalen Niederlage von 1945 waren allerdings (wie schon einmal nach dem Ersten Weltkrieg) das Schicksals-Motiv und das Motiv der unklaren bzw. fehlenden natürlichen Grenzen wieder gefragt, die in den 80er Jahren ein eigentümliches Comeback in Teilen der deutschen Geschichtswissenschaft erlebten, um die deutsche Sonderentwicklung zu erklären (vgl. SCHULTZ ³1993: S. 78 ff.). Versuche, das Mitte-Motiv im Zuge der jüngsten Veränderungen der politischen Landkarte und der Renaissance geopolitischen Denkens auch wieder machtpolitisch scharfzumachen, blieben nicht aus, wurden aber von SANDNER entschieden zurückgewiesen (1994: S. 12f.).

X

Vieles konnte hier nur angedeutet werden, anderes mußte völlig ausgeblendet bleiben: so RATZELS Dynamisierung des klassischen Paradigmas der natürlichen Länder (vgl. SCHULTZ 1987) und der hegemoniale Mitteleuropagedanke, der sich (unabhängig von KIRCHHOFFS Einführung des Begriffs) nach Anfängen in den 40er Jahren des 19. Jh.s zur Jahrhundertwende und beschleunigt dann im Ersten Weltkrieg zu der zentralen Raumideologie der deutschen Macht- und Bildungseliten und der Politischen Geographie/Geopolitik entwickeln sollte, doch hätte seine Berücksichtigung nur ein weiteres Mal belegt, daß „die Grundkategorien des Räumlichen (...) vom Menschen her gesehen nicht nur auch oder manchmal, sondern im Wesen relativ sind, geprägt durch soziale und politische Wertungen“ (SANDNER 1994: S. 19). „Raumgliederungen sind Interpretationen und Konstruktionen, die an Fragestellungen und Interessen gebunden sind und die trennen, indem sie zusammenfassen“ (SANDNER 1985: S. 3).

Das gilt auch für die 'natürlichen Länder'. Ihre Entdecker und Protagonisten haben dies allerdings ganz anders gesehen: für sie waren das Natürliche und das Geschichtliche, das Sein und das Sollen keine unüberbrückbaren Gegensätze, sondern standen, wie bei HERDER, unter

der teleologischen Perspektive der Versöhnung. Das Politische lag als Verheißung schon in der konkreten Natur bereit. Demgegenüber gilt es daran festzuhalten, daß die Natur an sich über kein Sinngerüst verfügt, das alles so werden läßt, wie es sein soll; wer sie dennoch als ontologisches Kapital für seine politischen Weltbilder und Programme in Anspruch nehmen will, der muß sie zuvor normativ aufgeladen haben. Nur eine normative Naturkonzeption (wie sie die klassische Geographie besaß) erlaubt den Schluß vom Sein auf das Sollen, weil das Sein das Gesolltsein schon enthält. Genau darin besteht aber auch ihre Gefährlichkeit: Die Raumbilder verwandeln sich in Raummythen, deren Mythos-Charakter undurchschaubar bleibt, weil die Bilder nicht als mentale Räume (als Raumkonstruktionen und Projektionen von Interessen und Erwartungen) erscheinen, sondern als Ausdruck der objektiven 'Sprache der Natur', die der Mensch zwar verfehlen kann, die sich aber immer wieder durchsetzt, auch gegen seinen Willen. Der zeitliche Rahmen bleibt dabei offen: über kurz oder lang, wobei 'lang' in die Jahrhunderte gehen kann. Wer mit natürlichen Argumenten kommt, hat folglich immer recht, gegen Kritik ist er immunisiert.

Ob sich allerdings das Konzept der 'natürlichen Länder' in der deutschen Geographie auch dann durchgesetzt hätte, wenn das 'natürliche Deutschland' deutlich kleiner als das jeweils aktuelle politische ausgefallen wäre, ist mehr als zweifelhaft; denn dann hätte das politische Deutschland die überhängigen Territorien an die anderen Länder/Staaten abtreten müssen. Schon ZEUNE lag mit Oder und Rhein für die national-deutsche Elite daneben und forderte nach der Revision seiner Position (s.o.) bezeichnenderweise nur Frankreich zur Abtretung von Territorien auf, die natürlicherweise zu Deutschland gehörten, während er Preußen mit den Gebieten jenseits des „Weichselwaldes“ (und damit des Deutschen Bundes) in Ruhe ließ, obwohl sie eigentlich, weil bei ihm zur „sarmatischen Ebene“ gehörend, an Rußland hätten abgetreten werden müssen.

Heute gehört die Position der natürlichen Grenzen der Vergangenheit an, niemand würde sie noch vertreten und verteidigen und etwa Deutschlands gegenwärtige Gestalt zwischen 'Meer und Alpen, Oder und Rhein' als natürlich vorgegeben betrachten; das Problem einer normativ mißverstandenen Natur ist aber nach wie vor in und außerhalb der Geographie virulent, wovon leicht ein Blick in die ökologische Literatur der Gegenwart überzeugen kann.

Summary

„Germany? Where ist that?“

Notes on naturalism in the world view of the German National movement

What have mountains, rivers and oceans to do with the formation of a nation? Quite a lot, in the case of the German National movement and Classic German geography. To them, Germany was not only a German-speaking nation, but also a country within certain, pre-set boundaries. This „natural Germany“ was larger than the political one, thus enabling power fantasies of a greater Germany to equate it with their realm of yearning. In addition, Germany's central location in Europe was taken as a hint from nature that it had been accorded a special place and mission among other nations. The problem in this is the fact that nature does not have a code which lays down how far a nation may extend, and how far not. „Natural countries“ are not countries of nature but spatial images which are bound to the interests and expectations of those people who operate with these constructions. In our time, the idea of „natural boundaries“ and „natural countries“ is part of history. One can learn from history what dangers are associated with the misunderstanding of nature as a normative authority.

Literatur

- ANONYMUS: Die neue Behandlungsweise der Erdkunde. Deutsche Vierteljahrs Schrift 1 (1848), S. 85-105
- ARNDT, E. M.: Germanien und Europa. Altona 1803
- ARNDT, E. M.: Ein Wort über die Pflege und Erhaltung der Forsten und der Bauern. Der Wächter. 2 (1815/16), H. 3/4, S. 346-408
- ARNDT, E. M.: Versuch einer vergleichenden Völkergeschichte. Leipzig 1844
- ARNDT, E. M.: Werke, Ausw. in zwölf Teilen (hier 6-8), hrsg. v. W. STEFFENS. Berlin etc. [1912]
- AVEMARIE, F.: Das revolutionäre Dogma der „natürlichen“ Grenzen im Lichte der gleichzeitigen deutschen Publizistik, unter besonderer Berücksichtigung der Flugschriften. Gießen 1917
- BRAUDEL, F.: Frankreich. 1. Raum und Geschichte. Stuttgart 1989
- BUTTE, W.: Grundlinien der Arithmetik des menschlichen Lebens nebst Winken für deren Anwendung auf Geographie, Staats- und Natur-Naturwissenschaft. Landshut 1811
- COTTA, B.: Deutschlands Boden. Leipzig 1854
- CREUTZBURG, N.: Die Bedeutung des deutschen Ostens für das Schicksal unseres Volkes. Zeitschrift für Erdkunde 4 (1936), S. 3-12
- DANIEL, H. A.: Leitfaden der Geographie. Halle a. d. S. 1850 u. ö.
- DANIEL, H. A.: Handbuch der Geographie. T. 2: Die europäischen Länder außer Deutschland. Frankfurt a. M. 1860; T. 3: Deutschland. Stuttgart 1863
- EIDENBENZ, M.: »Blut und Boden«. Bern etc. 1993
- FICHTE, J. G.: Der geschlossene Handelsstaat. Leipzig 1917 [Zuerst: 1800]
- FICHTE, J. G.: Reden an die deutsche Nation. Leipzig 1824
- GÖRRES, J. v.: Politische Schriften Bd. 1, hrsg. v. M. GÖRRES. München 1854
- GRAUL, H.: Das Weichselgebiet, eine mitteleuropäische Landschaft. Institut für deutsche Ostarbeit. Jahrbuch 1 (1941), S. 216-235
- GUTHE, H.: Lehrbuch der Geographie für (...) höhere Bildungsanstalten. Hannover 1868
- HARD, G.: Selbstmord und Wetter – Selbstmord und Gesellschaft. Stuttgart 1988
- HARTMANN, L. M.: Die Nation als politischer Faktor. In: Verhandlungen des Zweiten Deutschen Soziologentages 1912. Frankfurt a. M. 1969, S. 80-97
- HERDER, J. G.: Sämtliche Werke, hrsg. v. B. SUPHAN. Hildesheim 1967
- JAHN, F. L.: Werke, hrsg. v. C. EULER. 3 Bde.(1; 2,1 u. 2,2). Hof 1884/85
- KAPP, E.: Philosophische oder vergleichende allgemeine Erdkunde. 2 Bde. Braunschweig 1845
- KOLB, G. F.: Natürliche Grenze. In: Staats-Lexikon oder Encyclopädie der Staatswissenschaften, hrsg. v. C. v. ROTTECK und C. WELCKER. Bd. 11, Altona 1841, S. 154-162
- KRAUSE, K. F.: Das Urbild der Menschheit. Berlin 1811
- KUTZEN, J.: Das deutsche Land. Breslau 1855
- LEMBERG, E.: Nationalismus. 2 Bde. Hamburg 1964
- MAULL, O.: Deutschland. Leipzig 1933
- MEHMEL, A.: Deutsche Revisionspolitik in der Geographie nach dem Ersten Weltkrieg. Geographische Rundschau 47 (1995): S. 498-505
- MEINECKE: Über die Flüsse und Gebirge als natürliche Grenzen. Zachs Monatliche Correspondenz zur Beförderung der Erd- und Himmels-Kunde 20 (1809), S. 129-139
- MENDELSSOHN, G. B.: Das germanische Europa. Berlin 1836
- MEYNER, E.: Deutschland und Deutsches Reich. Leipzig 1935
- MÜLLER, K.: Teutschlands Naturgränze gegen Frankreich. Rheinischer Merkur. Nr. 318, 23. Okt. 1815
- Natürliche Grenzen. Berliner politisches Wochenblatt. Außerordentliche Beilage. Nr. 11, 17. März 1838, S. 65-66
- OKEN, [L.]: Neue Bewaffnung, neues Frankreich, neues Theutschland. Jena 1814
- PARTSCH, J.: Mitteleuropa. Gotha 1904
- RICHTET, D.: Natürliche Grenzen. In: F. FURET u. M. OZOUF (Hrsg.): Kritisches Wörterbuch der Französischen Revolution. Frankfurt a. M. 1996, S. 1239-1252
- RIEHL, W. H.: Land und Leute. Stuttgart und Augsburg 1856
- RITTER, C.: Einige Bemerkungen über den methodischen Unterricht in der Geographie. [GutsMuths] Zeitschrift für Pädagogik, Erziehungslehre und Schulwesen 7 (1806), S. 198-219

- RITTER, C.: Die Erdkunde im Verhältniß zur Natur und zur Geschichte des Menschen. 1. Teil. Berlin 1822
- RITTER, C.: Europa, hrsg. v. H. A. DANIEL. Berlin 1863
- ROON, A. v.: Grundzüge der Erd-, Völker- und Staatenkunde. Dritte Abtheilung: Politische Geographie. II. Berlin 1845
- ROUSSEAU, J.-J.: Kulturkritische und politische Schriften Bd. 2, hrsg. v. M. FONTIUS. Berlin 1989
- RÜHS, F.: Entwurf einer Propädeutik des historischen Studiums. Berlin
- S.: Grenze, politische und natürliche. In: Staats-Lexikon oder Encyclopädie der Staatswissenschaften, hrsg. v. C. v. ROTTECK und C. WELCKER. Bd. 7, Altona 1839, S. 106-114
- SANDNER, G.: Deterministische Wurzeln und funktionaler Einsatz des „Geo“ in Geopolitik. WeltTrends Nr. 4 (1994), S. 8-20
- SANDNER, G.: Zentralamerika und der freie karibische Westen. Stuttgart 1985
- SCHULTZ, H.-D.: PAX GEOGRAPHICA. Räumliche Konzepte für Krieg und Frieden in der Geographischen Tradition. Geographische Zeitschrift 75 (1987), S. 1-22
- SCHULTZ, H.-D.: Deutschlands „natürliche“ Grenzen. In: A. Demandt (Hrsg.): Deutschlands Grenzen in der Geschichte. München 1993, S. 32-93
- SCHULTZ, H.-D.: „Was ist des Deutschen Vaterland?“. Geographie und Nationalstaat vor dem Ersten Weltkrieg. Geographische Rundschau 47 (1995), S. 492-497
- SCHULTZ, H.-D.: Die deutsche Frage aus geographiehistorischer Sicht. In: Berliner Wissenschaftliche Gesellschaft. Jahrbuch 1995. Berlin 1996, S. 229-248
- SCHULTZ, H.-D.: Räume sind nicht, Räume werden gemacht: zur Genese „Mitteleuropas“ in der deutschen Geographie. EUROPA REGIONAL 5 (1997), S. 2-14
- SCHWIERSKOTT, K.: Erdkunde. (Weg zur Reifeprüfung 3 = Soldatenbriefe zur Berufsförderung 73) Breslau 1943
- SPRINGENSCHMID, K.: Deutschland kämpft für Europa. Geopolitische Bildreihe. Leipzig 1937
- TRAITTEUR, L. Ritter v.: Europa im Frieden für jetzt oder in Zukunft. Mannheim 1814
- WEISS, C. S.: Ueber die natürliche Beschaffenheit der deutschen Grenzländer gegen Frankreich. Zeitschrift für die neueste Geschichte, die Staaten- und Völkerkunde. Jg. 1814, S. 362-371
- WERLEN, B.: Identität und Raum. Regionalismus und Nationalismus. Soziographie Nr. 7 (1993), S. 39-73
- WINKLER, F.: Die Abhängigkeit des Staates von den geographischen Verhältnissen seines Gebiets. Dresden 1872
- ZEUNE, A.: Gea. Berlin 1808, 1811
- ZEUNE, A.: Thuiskon. Berlin 1810
- ZEUNE, A.: Der Reinstrom, Deutschlands Weinstrom, nicht Deutschlands Rainstrom. Gedruckt am Rein im zweiten Jahr der deutschen Freiheit [1814]
- ZEUNE, A. Allgemeine naturgemäße Erdkunde mit Bezug auf Natur- und Völkerleben. 2 Bde. Berlin und Leipzig 1833

Prof. Dr. Hans-Dietrich Schultz
 Geographisches Institut
 der Humboldt-Universität
 Abt. Didaktik der Geographie
 Chausseestraße 86
 D-10099 Berlin

Paul Claval

L'Allemagne vue par les géographes français

1 La place de l'Allemagne dans la vie intellectuelle française

Si le XVIII^e siècle est en France celui de l'anglomanie, l'Allemagne joue un rôle essentiel dans la vie intellectuelle française de la publication de l'ouvrage de Mme DE STAËL, *"De l'Allemagne"*, en 1800, à la Seconde Guerre mondiale. Depuis 1950, les esprits regardent plus volontiers du côté des Etats-Unis.

La géographie française suit ce mouvement général. Dans le courant du XIX^e siècle, le mouvement est facilité par les hasards des itinéraires individuels de quelques personnalités de premier plan. CONRAD MALTE-BRUN, qui domine la géographie française à l'époque du Premier Empire est danois d'origine; il est très familier avec la culture allemande. LOUIS-AUGUSTE HIMLY (1823-1906), qui occupe à la Sorbonne une des premières chaires de géographie, est strasbourgeois, et a fait ses études en Allemagne, où il a été l'élève de LEOPOLD VON RANKE. ELISÉE RECLUS appartient à une famille protestante du Sud-Ouest. Pour lui donner une bonne formation, on l'envoie deux ans (1843-1844) dans une école tenue par des Frères MORAVES à Neuwied; il y apprend l'allemand, l'anglais et le néerlandais; il y passe de nouveau un an en 1849-1850 pour enseigner le français. Il fréquente en 1851 l'Université de Berlin pour y apprendre la théologie, mais c'est surtout des enseignements de CARL RITTER qu'il se rappellera plus tard.

Les géographes des générations suivantes ont généralement appris l'allemand comme première langue vivante - c'était le choix normal jusque dans les années 1940; ils le lisent facilement, et beaucoup le parlent.

2 L'image de l'Allemagne avant la naissance du Deuxième Reich

L'intérêt porté à l'Allemagne est d'abord intellectuel et artistique: la France s'enthousiasme pour GOETHE et pour SCHILLER, les romantiques prennent modèle sur les poètes allemands; la philosophie allemande, de KANT à NIETZSCHE, domine la pensée occidentale à un moment où, en France, la réflexion est généralement médiocre. Grâce à BEETHOVEN, SCHUMANN, LIST et RICHARD WAGNER, l'Allemagne devient la patrie de la musique. Le premier volume du roman de ROMAIN ROLLAND, *Jean-Christophe* (1904), restitue admirablement la prégnance qu'exerce sur l'intelligence et la sensibilité françaises l'Allemagne - le monde rhénan plus précisément. Dans le même temps, l'Allemagne, qui ne comptait sur la scène internationale qu'à travers la Prusse et l'Empire autrichien, commence à apparaître comme une rivale de la France, et comme une menace pour elle. Les opinions publiques se mobilisent pour la première fois l'une contre l'autre à la fin des années 1830, lorsque poètes français et allemands se disputent le Rhin.

Le danger allemand se précise avec le renforcement de la puissance prussienne et le Zollverein. La défaite de Sadowa prive l'Autriche de toute influence sur l'Allemagne méridionale. On prend conscience, en France, du renforcement dans l'échelle des puissances, que va nécessairement entraîner l'évolution démographique: à la suite de Prévost-Paradol, on découvre que la Grande-Bretagne et l'Allemagne sont plus peuplées que la France, et que l'écart ne peut manquer de croître, puisque l'excédent des naissances sur les décès y est plus fort qu'en France.

La guerre franco-allemande de 1870 accentue le déséquilibre: la France a été écrasée en quelques mois. Le traité de Francfort, qui conduit à l'annexion par le nouveau Reich de

l'Alsace et d'une partie de la Lorraine, crée une fixation sur le problème frontalier. On oublie aujourd'hui combien les clauses économiques du traité ont contribué à maintenir un climat permanent de tension: en forçant la France à lui appliquer la clause de la nation la plus favorisée, l'Allemagne accroît sa compétitivité vis-à-vis de l'industrie française, qu'elle empêche de se développer aussi rapidement que beaucoup l'auraient souhaité.

Les intellectuels continuent à être fascinés par l'Allemagne, mais n'ignorent pas le contentieux de plus en plus lourd qui sépare désormais les deux pays.

3 Les premières analyses de la nouvelle nation: ELISÉE RECLUS et VIDAL DE LA BLACHE

La manière de concevoir la géographie de l'Allemagne qui dominera jusqu'à la fin de la Seconde Guerre mondiale se développe dans les dernières décennies du XIX^e siècle.

Comme tous les géographes universitaires français de la première génération, HIMLY est venu à la géographie par l'histoire - il ne devient vraiment géographe qu'au moment où il accède à la chaire de la géographie de la Sorbonne, en 1862. Il s'oriente vers la géographie historique et s'intéresse plus particulièrement à l'Europe centrale. L'ouvrage qu'il publie en 1876, "*Histoire de la formation territoriale des Etats d'Europe centrale*", traite d'un problème qui passionne les Français de l'époque, mais ne sacrifie guère à l'actualité.

ELISÉE RECLUS traite de l'Allemagne dans le volume publié en 1884 et consacré à l'Europe centrale de la Géographie Universelle dont il a entrepris la rédaction. La description qu'il fait de l'Allemand montre bien les hésitations d'un auteur qui connaît bien le pays, aime la civilisation et la langue allemandes, mais a été décontenancé par l'évolution récente du pays:

"Il est certain qu'(...) on doit accorder au peuple allemand un sens profond de la nature, un rare instinct poétique, une grande force de volonté, une singulière persévérance, un dévouement sincère et naïf à la cause embrassée. Mais il se laisse facilement entraîner vers les extrêmes: son amour peut se changer en mysticisme, le sentiment devenir chez lui sensiblerie, la politesse se transformer en règles d'étiquette, la joie de vivre dégénérer en arrogance, la colère s'amasser en fureur, le ressentiment se perpétuer en fureur. Avec toute sa volonté, sa ténacité, sa force, l'Allemand a moins de personnalité que le Français, l'Anglais, l'Italien; il se laisse plus facilement influencer par les mouvements d'opinion et les alternatives des événements; il aime à se mouvoir par grandes masses, il se plaît à suivre la méthode, même dans les folies, et la discipline lui est facile. En aucun pays du monde, le devoir n'est aussi fréquemment confondu avec la consigne" (RECLUS, *L'Europe centrale*, p. 502).

ELISÉE RECLUS présente ainsi en quelques lignes le stéréotype de l'Allemand tel qu'il se met en place dans la seconde moitié du XIX^e siècle: c'est un Allemand vu à travers HERDER, pour le côté sensible et poétique, à travers KANT, pour l'impératif catégorique et la perversion subtile qu'il peut introduire dans l'échelle des valeurs morales.

L'évolution de l'Allemagne au XIX^e siècle est présentée rapidement:

"Depuis le milieu du siècle l'Allemagne est constituée politiquement; il n'y manque que certaines provinces de l'Autriche; mais, en même temps, la centralisation a commencé son œuvre. Jadis les résultats fâcheux de l'incohérence politique de l'Allemagne étaient compensés par un grand avantage: morcelée en souverainetés qui se trouvaient elles-mêmes composées de nombreuses enclaves, la contrée ne pouvait être administrée à partir d'un centre unique. La centralisation bureaucratique n'essayait pas de transformer tous les Allemands en des automates mis en mouvement par le même fil. Chaque province gardait les mœurs et les coutumes qui lui étaient propres; la vie locale se développait plus librement, et des foyers d'intelligence plus nombreux pouvaient naître sur les différents points du territoire. Si l'Allemagne avait été un grand pays centralisé comme la France depuis RICHELIEU, elle n'aurait pas eu toutes ses universités, qui font certainement une part considérable de sa force" (*ibidem*, p. 506).

Les conditions dans lesquelles l'unification s'est faite paraissent insupportables au libéraliste qu'est RECLUS:

"Mais il est un autre danger pour l'Allemagne. L'empire germanique, on le sait, s'est adjugé par droit de partage et par droit de conquête, à l'est, au nord, à l'ouest, des terres non allemandes, des populations qui voulaient fermement continuer à faire partie d'autres nations (...). Mais les violations du droit n'ont qu'un temps et se vengent par d'inévitables malheurs. L'Europe n'est point en son état normal. Est-il téméraire d'espérer que ses peuples retrouveront un jour la paix, par le respect mutuel de leurs intérêts et la pratique de la justice?" (*ibidem*, p. 506).

La puissance économique de l'Allemagne est évoquée, mais l'écart de puissance avec la France ne s'est pas encore creusé - en 1880, la France mobilise plus de chevaux-vapeur que l'Allemagne (*ibidem*, p. 910). RECLUS situe plutôt les bases de la puissance allemande dans la précision de la machine bureaucratique et dans la qualité et l'équipement des armées. Il craint que l'évolution en cours n'entraîne le pays dans quelque aventure:

"On voit combien est solide la position matérielle de l'Empire allemand au milieu des autres Etats. Les grands corps politiques croissent et dépérissent comme les individus; or celui qui occupe le centre de l'Europe est maintenant dans sa période de progrès et tout semble annoncer que longtemps encore il gardera la force d'impulsion qui l'anime: à l'intérieur, il n'a point d'ennemis redoutables à combattre, et s'il n'a pas d'amis naturels en dehors de ses frontières, du moins a-t-il pour alliés tous les adorateurs de la victoire, tous les courtisans du succès, tous ceux que la crainte de l'avenir oblige à la prudence. L'ère des annexions ne paraît pas être close et des millions d'hommes, surtout vers le sud, dans la direction du Danube et de la mer Adriatique, se demandent s'ils auront bientôt à changer de maîtres, à grossir la foule des sujets dans le nouvel empire. Ainsi s'accroîtra le rôle de l'Allemagne dans le monde politique jusqu'à ce que le sceptre passe à un autre Etat, peut-être à la "sainte Russie", centre d'un cercle de contrées et de peuples plus étendu, qui comprend à la fois une grande partie de l'Europe et du continent d'Asie" (*ibidem*, p. 949).

VIDAL DE LA BLACHE consacre ses étés, depuis le milieu des années 1870, à parcourir la France et l'Europe pour devenir vraiment le géographe qu'il veut être. Il est donc déjà bien informé des réalités allemandes lorsqu'il publie, en 1889, "*Etats et nations d'Europe. Autour de la France.*". Ce travail s'adresse au public général, aux professeurs qui sont chargés d'enseigner l'histoire et la géographie dans les lycées, et à leurs meilleurs élèves. VIDAL DE LA BLACHE ne suit pas de plan-type. Il essaie, pour chaque pays, de souligner ce qui lui paraît essentiel. Les pages consacrées à la Grande-Bretagne mettent par exemple l'accent sur l'essoufflement déjà sensible de l'économie d'un pays talonné ou dépassé par les Etats-Unis et l'Allemagne. Les développements consacrés à l'Italie et à l'Allemagne essaient de répondre à une autre question: ces Etats, nouveaux venus sur la scène européenne, constituent-ils des espaces vraiment unitaires, et donc solides? Nombreux étaient ceux qui estimaient alors en France que les tendances centrifuges mineraient rapidement les puissances qui venaient de se constituer dans l'Europe moyenne. VIDAL DE LA BLACHE voit par exemple dans les mouvements d'hommes qui animent toute la péninsule à partir des montagnes apennines un facteur puissant d'unification en Italie - mais fondé sur les héritages du passé plus que sur les orientations de l'économie moderne. On suggérait que la construction du Deuxième Reich, en faisant de Berlin la capitale de l'Allemagne, avait imposé au pays un centre mal placé et artificiel, ce qui gênait l'efficacité de la machine nationale.

VIDAL DE LA BLACHE consacre donc des pages denses à la situation de Berlin. Il montre que sa fortune est liée à la convergence remarquable de voies d'eau qui caractérise depuis toujours cette partie du Brandebourg. Il faut se défaire, lorsqu'on considère les espaces de l'Allemagne du Nord, de l'idée que c'est par la route que ces régions se sont structurées. Elles doivent leur unité aux voies d'eau. Le chemin de fer achève de prendre le relais: de ce point de vue, Berlin est remarquablement équipé. Rien ne permet donc de souscrire aux vues de ceux qui croient que les progrès de l'Allemagne vont être arrêtés par les dysfonctionnements géographiques de sa nouvelle organisation.

4 La découverte de la puissance et de l'originalité de l'économie allemande

C'est au tournant du XIX^e et du XX^e siècle que l'inquiétude économique qu'inspire la puissance économique de l'Allemagne en vient à marquer les études géographiques consacrées à ce pays. Les formes de la concurrence internationale se sont transformées. Les puissances qui s'affirment, Etats-Unis et Allemagne, développent leurs industries derrière des barrières douanières élevées; cela donne à leurs entreprises la possibilité de se consolider sur leurs marchés intérieurs, de se rationaliser par la concentration et de pratiquer des politiques d'exportation agressives, au besoin par la pratique du dumping. Les études sur les bases nouvelles de la puissance allemande se multiplient dans les années 1900. Elles soulignent le rôle des grands ports, Brême et Hambourg, dans l'expansion du commerce international et la place de la voie d'eau dans l'essor de l'industrie lourde et dans l'organisation de l'espace national (par exemple: HAUSER, 1903). HENRI HAUSER est un historien de formation, mais élève de VIDAL DE LA BLACHE à l'Ecole normale supérieure, il pratique indifféremment les deux disciplines: c'est le grand spécialiste français de l'histoire des débuts de la modernité, au tournant des XVI^e et XVII^e siècles, un connaisseur averti de la transformation de la scène mondiale dans le dernier tiers du XIX^e siècle (HAUSER *et al.*, 1939). Pour lui, la modernisation résulte du libéralisme sous l'angle double du jeu des idées et de la concurrence économique. Il est très sensible, dès le début de sa carrière, aux formes nouvelles de la compétition internationale: il est frappé par l'entrée dans le concert des nations impérialistes de l'Allemagne (HAUSER, 1900) et des Etats-Unis (HAUSER, 1905).

La vision économique que HAUSER se fait de l'économie moderne le conduit ainsi à sortir des cadres alors dominants de l'analyse géographique: il ne s'intéresse pas seulement au territoire national allemand; il s'attache aux prolongements que l'émigration allemande, ancienne ou récente, et le mouvement de colonisation ont constitués en Europe de l'Est et du Sud-Est et au-delà des océans (HAUSER, 1900).

HAUSER est également un des premiers à mettre l'accent sur les structures économiques qui font l'originalité des entreprises allemandes - sur les ententes en particulier, qui excluent les concurrents extérieurs. Il fait partie, en 1913, d'une commission chargée d'analyser les effets des cartels sur la compétition internationale (HAUSER 1913). C'est de là qu'il tire une bonne partie de la matière de son ouvrage sur *Les Méthodes allemandes d'expansion économique* (HAUSER, 1915). La situation après-guerre lui apparaît rapidement aussi inquiétante qu'elle ne l'était en 1913. Il consacre une bonne partie de son énergie, entre les deux guerres mondiales, à définir les conditions économiques de la paix (HAUSER, 1935; 1937).

5 Les conséquences de la Première Guerre mondiale: le problème des frontières franco-allemande et du Rhin

La Première Guerre mondiale force les géographes français à analyser le tracé et la nature de la frontière franco-allemande: le souci de récupérer l'Alsace et la partie de la Lorraine annexés en 1871 est-il légitime? S'agit-il de portions du territoire national français semblables aux autres? La France doit-elle reprendre tout ce qui lui avait été pris au traité de Francfort, ou se contenter de revendiquer les zones dont le peuplement était de langue française? L'opinion publique et les militaires sont favorables au retour à la situation d'avant 1870, le gouvernement de CLÉMENTEAU aussi. Le débat se pose néanmoins: l'Alsace et une partie de la Lorraine parlent des dialectes allemands et sont de culture germanique.

VIDAL DE LA BLACHE consacre ses dernières énergies à analyser ce problème. La thèse qui y est défendue est fondée sur la doctrine de la nation qui prévaut en France depuis RENAN:

"La nation est une âme, un principe spirituel. Deux choses qui, à vrai dire, n'en font qu'une, constituent cette âme, ce principe spirituel. L'une est dans le passé, l'autre dans le présent. L'une est la possession d'un riche legs de souvenirs; l'autre est le consentement actuel, le désir de vivre ensemble, la volonté de continuer à faire valoir l'héritage qu'on a reçu indivis" (RENAN, *Qu'est-ce qu'une nation?*, réédition 1991, p. 41).

L'Alsace et la Lorraine alémanique sont de culture germanique, ce qui veut dire qu'une partie de leurs souvenirs sont communs avec ceux de l'ensemble des populations allemandes, mais au cours du XVIII^e siècle, et plus particulièrement, à partir de la Révolution, les Alsaciens et les Lorrains ont adhéré pleinement à la réalité française. Beaucoup de paysans ont apprécié de pouvoir accéder à la propriété.

"La Révolution avait touché ces peuples par la fibre la plus sensible: cet amour de la terre, ce désir ardent d'avoir accès à la propriété (...). Rien désormais ne s'opposait au plein développement d'une démocratie rurale" (VIDAL DE LA BLACHE, *La France de l'Est*, 1917, p. 65).

Peut-on se contenter de cet argument historique pour justifier le retour à la France des régions perdues en 1871 ? Non:

"Cependant bien des choses ont changé depuis cette époque. Les chemins de fer, l'envahissement de la grande industrie ont engendré des conséquences de grande portée sociale. Les effets, sensibles dès le milieu du XIX^e siècle, se sont accumulés dans la dernière décennie (*ibidem*, p. 3).

L'enquête que mène VIDAL DE LA BLACHE a pour but de voir si ces transformations ont altéré les sentiments d'identité. Le constat est simple:

J'ai pu ainsi constater la continuité qui prévaut malgré tout dans les tendances de la contrée et dans l'esprit des habitants, la persistance dans la personnalité" (*ibidem*, p. 5).

Le principe d'organisation qui prévaut en Europe occidentale diffère de celui qui caractérise l'Allemagne et l'Europe centrale:

"Lorsqu'on examine à la lueur de l'histoire ces formations d'apparence composite dans lesquelles se combinent des éléments divers, on reconnaît qu'elles représentent un type d'organisation supérieure. Ce ne sont point des autonomies de caractère fruste, comme il en existe dans les contrées qu'un long isolement a préservées de toute influence extérieure. Au contraire, c'est au maximum du contact des peuples, au croisement des idées et du commerce qu'elles se sont affirmées et qu'elles ont pris conscience d'elles-mêmes" (*ibidem*, p. 208).

VIDAL DE LA BLACHE examine alors les conséquences que l'évolution économique postérieure à la guerre en cours aura sur le fonctionnement d'une économie française dont la base aura été élargie par la réintégration par les régions annexées. Il montre l'importance vitale, pour ces espaces, de l'accès au Rhin et la nécessaire présence de la France dans la Commission internationale du Rhin.

La politique poursuivie par la France après l'armistice du 11 novembre et la paix de Versailles alimente les tensions sur les régions frontalières. Arguant du fait que le premier traité de Paris, du 30 mai 1814, laissait à la France le bassin houiller de la Sarre, qui ne lui fut enlevé qu'au second traité de Paris, le 20 novembre 1815, et sous la pression des intérêts des industriels allemands, Paris tente d'obtenir l'intégration de cette région dans l'espace économique français - avec, à terme, l'espoir de le voir accepter de devenir français. Les militaires désirent de leur côté disposer d'une frontière facile à défendre: ils imaginent de dissocier frontière politique et frontière militaire - c'est le sens de la démilitarisation de la rive gauche du Rhin.

Ces prétentions pèsent lourd sur les relations franco-allemandes: elles alimentent de manière tout à fait compréhensible un fort sentiment anti-français en Allemagne. C'est dans ce contexte qu'ALBERT DEMANGEON et LUCIEN FEBVRE publient en 1935 un petit ouvrage sur *Le Rhin. Problèmes d'histoire et d'économie*. L'idée s'était répandue dans les sphères intellectuelles françaises que les problèmes créés par le traité de Versailles resteraient

insolubles tant que l'organisation par nations dominerait exclusivement le système politique de l'Europe occidentale. Ces préoccupations sont présentes chez LUCIEN FEBVRE et MARC BLOCH, qui viennent de lancer une nouvelle revue autour de laquelle se groupe la nouvelle école historique française: les *Annales d'histoire économique et sociale*, plus connues sous le nom qu'elles prennent après 1945, *Annales. Economies, sociétés, civilisations*. Cette revue est largement ouverte aux géographes. ALBERT DEMANGEON y publie beaucoup: il lui confie, en 1931, ses réflexions sur "Les bases économiques d'une entente européenne" (DEMANGEON, 1931). LUCIEN FEBVRE n'est pas seulement historien: sa contribution à la réflexion théorique géographique est capitale, "*La Terre et l'évolution humaine*", publiée en 1922, demeure longtemps le meilleur texte en français sur les problèmes épistémologiques de la géographie. Il pratique largement, depuis sa thèse consacrée à *Philippe II et la Franche-Comté* (FEBVRE, 1912-a; voir aussi FEBVRE, 1912-b), ce que l'on a par la suite nommé géohistoire et que l'on associe surtout au nom de son élève FERNAND BRAUDEL et à sa thèse sur *La Méditerranée et le monde méditerranéen à l'époque de Philippe II* (1949).

Le livre sur Le Rhin est ainsi un livre de géographie: géohistoire dans sa première partie due à la plume de LUCIEN FEBVRE, géographie économique dans sa seconde partie rédigée par ALBERT DEMANGEON. Les leçons de ces deux perspectives sont présentées dans une conclusion rédigée en commun, et qui montre quelle est la véritable signification du Rhin. S'agit-il d'un fleuve dont la vocation essentielle serait de séparer les peuples? Non, répondent LUCIEN FEBVRE et ALBERT DEMANGEON. Le Rhin établit un lien fondamental entre le Sud et le Nord de l'Europe. Il constitue depuis l'Antiquité un foyer de vie économique et de vie urbaine. C'est à partir des évêchés du Rhin que l'Eglise organise, au X^e siècle, un espace où émerge bientôt la conscience nationale allemande:

"Le Rhin, mais il s'agit bien du Rhin maintenant? Dépassé, débordé vers l'Est, il ne termine pas vers l'Ouest une Allemagne immuablement assise entre Rhin et Oder. Il est une base. Le point de départ d'une reconquête d'envergure. Le point de départ de ceux qui créent l'Allemagne, à partir de lui, en marchant vers l'Est" (DEMANGEON ET FEBVRE, *Le Rhin...*, p. 66).

Le rôle fédérateur et organisateur de la vallée du Rhin ne cesse de s'accroître: toutes les villes sises sur ses rives participent à un même espace d'intenses échanges économiques, intellectuels et artistiques, et nouent des relations également fortes avec les terres qui s'étendent à l'Est aussi bien qu'à l'Ouest du fleuve. Et les auteurs de conclure:

"{la force d'union qui émane du Rhin} nous apparaît depuis l'aurore de l'histoire humaine jusqu'à l'épanouissement de l'histoire moderne la grande originalité du Rhin, celles que les passions nationales ne sauraient détruire, parce qu'elle se grave malgré elles, à chaque siècle, dans la vie et dans l'œuvre des sociétés humaines: sa vertu de liaison et de rapprochement" (*ibidem*, p. 291).

De là découle la leçon à la fois pessimiste et optimiste des deux auteurs:

"Ainsi continue l'histoire; ainsi le Rhin demeure le fleuve qui réunit, malgré les haines politiques et les conflits. Aujourd'hui même, en vérité, quel Etat pourrait le revendiquer pour lui seul? Moralement, il y faudrait autre chose que le désir de concrétiser le mythe et de réaliser des imaginations collectives. Il y faudrait et les débouchés des cols alpestres qui ont fondé la Suisse, et les débouchés sur la mer du Nord, qui ont fondé Belgique et Pays-Bas, et la souveraineté de Londres, pour qui les estuaires demeurent toujours les portes commerciales de l'Europe continentale..."

"Ainsi posée sur le terrain politique, dans les limites actuelles de nos mentalités nationales, la question du Rhin ne comporte pas de solution. Et c'est pourquoi nous avons préféré la porter sur un terrain plus solide: celui des vertus éternelles du grand fleuve" (*ibidem*, p. 293).

Une telle vue est-elle utopique? Oui, en 1936. Mais moins de quinze ans plus tard, n'est-ce pas de cette idée de la complémentarité nécessaire des pays qui se nouent autour du Rhin que naissent les premières formes de la construction européenne?

6 L'Allemagne de l'entre-deux-guerres: réalités et interprétations géopolitiques

La réflexion des géographes français de l'entre-deux-guerres ne se limite pas à la frontière franco-allemande et au Rhin. EMMANUEL DE MARTONNE dresse en 1930 un tableau très riche de l'Allemagne de Weimar.

"(...) c'est comme un bloc compact que le groupe germanique apparaît sur la carte (...). Il est maître de deux zones de peuplement très dense: la voie rhénane et la zone hercynienne. C'est dire qu'il contient la plus grande voie commerciale Nord-Sud et la ligne des bassins houillers les plus riches, devenus des fourmilières de villes et d'usines (...) (DE MARTONNE, *L'Europe centrale*, vol. 1, p. 112).

L'unité de cet ensemble est récente. Elle est le fait de la Prusse:

"Tout le caractère de la nationalité allemande en a été modifié: partout a pénétré, triomphant des individualismes régionaux, le même respect de l'autorité, le même esprit d'ordre et de discipline, la même raideur et le même orgueil de race. Près d'un demi-siècle de paix a développé les avantages de ces habitudes d'esprit. Un prodigieux essor industriel et urbain, affectant surtout les zones de peuplement déjà très denses, mais gagnant aussi sur les plaines du Nord elles-mêmes, a décuplé la puissance économique de l'Empire et plus que doublé le chiffre de sa population. Si vigoureux a été cet élan, si grande la cohésion réalisée, que l'unité a résisté à l'effondrement des plus grands espoirs, après la guerre la plus sanglante" (*ibidem*, p. 113-114);

Suit une remarquable analyse de l'organisation régionale de l'Allemagne. A une époque où la géographie française fait surtout merveille dans l'analyse des aires rurales et de leurs marchés agricoles, le géomorphologue qu'est EMMANUEL DE MARTONNE écrit, en rendant compte de la région industrielle rhéno-westphalienne et de la Ruhr, la meilleure analyse de région industrielle alors disponible en langue française (*ibidem*, p. 185-209). Tout y est passé en revue, les bases naturelles et les réserves de houille et de lignite, la main-d'œuvre accumulée depuis les débuts de la révolution industrielle et bien mieux logée que dans les autres pays noirs européens. La Ruhr est abondamment nourrie, et elle l'est en partie par les riches campagnes voisines; elle offre un réseau dense de voies ferrées et de voies d'eau, et une organisation industrielle qui doit son efficacité à la concentration des entreprises et à la réalisation de cartels qui contrôlent la commercialisation; DE MARTONNE évoque enfin la diversité régionale de l'espace industrialisé. Les problèmes que pose une telle agglomération d'hommes et d'activités sont soulignés, ceux de l'approvisionnement en eau et du traitement des eaux usées (*ibidem*, p. 188-189) comme ceux de l'aménagement du territoire:

"Les dernières années ont vu naître un organisme sans exemple dans toute l'Europe, le *Ruhrsiedlungsverband*, chargé par une loi d'Empire de coordonner les différentes activités touchant la construction et les communications. Il intervient dans les différends entre villes voisines dont le développement interfère, s'efforce de préserver un minimum d'espaces verts au milieu du flot montant des usines et de maintenir libres de constructions des rubans de routes (*Verkehrsverbände*), où l'avenir pourra exiger l'établissement de chemins de fer, routes, tramways ou canaux. Ainsi, le complexe d'agglomérations urbaines de la Ruhr, marqué du cachet de la vie industrielle, cherche à parer ses centres principaux d'une teinte d'urbanisme et s'efforce de réglementer une croissance d'abord désordonnée pour le plus grand confort des masses, les plus grandes facilités de la direction commerciale et administrative" (*ibidem*, p. 191-192).

L'évocation de Berlin est moins originale.

L'ouvrage, publié en 1930, a été rédigé avant que n'éclate la crise: il fournit une image du pays à l'issue de quelques années de prospérité retrouvée après la guerre et la crise et l'inflation qui l'ont suivie. EMMANUEL DE MARTONNE s'abstient de tout commentaire sur le rôle politique du pays: les chapitres de conclusion portent sur les conditions générales de la vie économique et sur le commerce allemand.

L'inquiétude que suscite l'évolution de l'Allemagne devient évidente dès le début des années 1930. ALBERT DEMANGEON est le premier à réagir face à géopolitique à la HAUSHOFER dans un article des *Annales de Géographie* consacré à la "Géographie politique" (DEMANGEON, 1931). JACQUES ANCEL va plus loin dans le petit ouvrage qu'il intitule *Géopolitique* (ANCEL, 1936). C'est la géopolitique d'expansion et de puissance qui trouve de si larges échos en Allemagne qui est dénoncée par les géographes français: la préoccupation majeure est plutôt en France de contribuer à l'organisation d'un monde pacifique (PARKER, 1985).

7 L'Allemagne d'après 1945

Les géographes français regardent moins volontiers vers l'Allemagne après la Seconde Guerre mondiale. Ils comprennent mal les discussions théoriques qui se développent, à propos du type et de l'individu, dans l'école du *Landschaft*. Ils ont le sentiment que la géographie a besoin d'être modernisée pour traiter d'un monde dont l'urbanisation et l'industrialisation se poursuivent à un rythme accéléré. Ils ne trouvent plus dans la géographie allemande une réponse à leurs inquiétudes. La géographie anglo-saxonne répond mieux à leurs curiosités. Le déclin de l'enseignement de l'allemand dans les écoles secondaires inscrit ce désintérêt intellectuel dans une tendance plus profonde.

Celle-ci est d'autant plus paradoxale que l'opinion publique française appuie dans son ensemble la politique de réconciliation avec l'Allemagne qui suit la Seconde Guerre mondiale. Elle ne veut pas que se renouvellent les querelles et les tensions qui ont conduit trois fois à la guerre en moins de soixante-dix ans. Le mode n'est plus à afficher des sentiments anti-allemands. De ce point de vue, l'évolution des attitudes françaises tranche avec ce que l'on observe dans d'autres pays européens, Grande-Bretagne ou Pays-Bas par exemple.

Les efforts pour comprendre les problèmes de l'Allemagne sont nombreux: l'œuvre d'EDMOND VERMEIL, rééditée après guerre, démonte les enchaînements qui ont conduit à l'échec de la République de Weimar et à l'arrivée du nazisme (VERMEIL, 1940). Les travaux de J. ROVAN (BRIGOLEIX et ROVAN, 1986) et d'ALFRED GROSSER (1984) accompagnent le mouvement de résurrection de l'économie et de reconstruction d'une société démocratique en Allemagne. L'ouvrage de l'historien allemand WERNER fait comprendre au public français, qui l'accueille fort bien, la signification profonde du passé franc du pays, et la synthèse que ce peuple avait alors su réaliser entre ses coutumes et la civilisation romaine (WERNER, 1984).

Les années d'après-guerre sont marquées par une emprise très forte du communisme sur la géographie française. Cela explique les vues souvent partiales développées dans certains des travaux des années 1950, l'important ouvrage que PIERRE GEORGE et JEAN TRICART consacrent à *L'Europe centrale* en 1954, par exemple. Dans le premier volume de cet ouvrage, PIERRE GEORGE écrit:

"L'identité des systèmes sociaux de l'Allemagne et des puissances occupantes, notamment des Etats-Unis, l'existence de liaisons financières maintenues même pendant la guerre, appelaient tout naturellement une politique conservatrice en Allemagne occidentale et en Autriche. Les entreprises de décartellisation et de déconcentration, de démembrement de la grande propriété foncière, annoncées en 1945, n'ont été que des opérations fictives. Les dirigeants industriels, un moment écartés, ont repris leurs postes et leurs activités en 1949 ou en 1950. Rien n'est changé de la structure de l'Allemagne; seule sa position internationale s'est trouvée modifiée par son incorporation à un système économique dirigé par les Etats-Unis" (PIERRE GEORGE, *L'Europe centrale*, vol. 1, p. 291).

Dans le second volume, les positions prises par JEAN TRICART sont voisines:

"L'étude de la structure de l'économie allemande est doublement intéressante: elle offre un type d'économie capitaliste particulièrement concentrée et elle constitue la pièce maîtresse de l'évolution économique de l'Europe centrale et occidentale capitaliste. C'est autour de la puissance économique

allemande que s'effectuent les efforts de groupement européen suggérés par les Etats-Unis (...). D'où vient cette primauté accordée à un pays qui sort tout juste d'une défaite écrasante et dont le territoire, sérieusement réduit, est de plus divisé en plusieurs ensembles économiques? C'est dans les particularités de la structure de l'économie capitaliste de l'Allemagne occidentale qu'il faut en chercher l'explication" (JEAN TRICART, *L'Europe centrale*, vol. 2, p. 297).

Suit une fort minutieuse description des entreprises allemandes, de leur concentration et du rôle des grands *Konzerne*. "Les conditions propres à l'Allemagne", écrit TRICART, "ont accéléré dans ce pays la transformation du capitalisme libéral en capitalisme monopoliste" (*ibidem*, p. 300). Deux traits caractérisent cette économie: "la très forte concentration et l'influence technocratique" (*ibidem*, p. 301). Et plus loin:

"La technocratie engendre une idéologie de supériorité et de conquête. Elle est inséparable des doctrines pangermanistes et du racisme" (*ibidem*, p. 307).

La division de l'Allemagne a créé deux entités fort dissemblables:

"Tandis que la perte des régions situées à l'Est de la ligne Oder-Neisse a privé l'Allemagne d'un territoire semi-colonial sous-équipé, débouché de son industrie et fournisseur de matières premières (charbon, produits alimentaires), la division de l'espace historique du peuple allemand a produit un clivage de l'Est, où manque l'industrie lourde (sauf l'industrie chimique) et de l'Allemagne de l'Ouest, centrée sur la Ruhr, qui se trouve être la patrie des principales concentrations financières et industrielles" (*ibidem*, p. 314-315).

En Allemagne occidentale:

"La nouvelle politique allemande des puissances atlantiques permet au konzerne (sic) allemands de remettre en marche leurs installations d'industrie lourde et de fabrication d'armement. D'importants capitaux américains sont investis dans ces entreprises. Les dirigeants économiques de l'Allemagne occidentale comptent sur l'abaissement des barrières douanières et sur le développement des institutions du type de la Communauté européenne du charbon et de l'acier pour élargir leur marché" (*ibidem*, p. 325).

JEAN TRICART souligne également que les classes moyennes ont été, dans cette partie de l'Allemagne, laminées dans les années d'après-guerre, et que "la contradiction fondamentale entre l'accroissement de la production et la baisse, ou tout au moins, la stagnation du niveau de vie de la grande masse de la population, fait à la République fédérale de l'Ouest une impérieuse nécessité de se lancer dans la conquête de débouchés extérieurs" (*ibidem*, p. 357).

L'Allemagne de l'Est est évoquée en d'autres termes:

"Tandis que l'Allemagne occidentale, sous le nom de République fédérale allemande, est l'héritière fidèle du passé historique de l'Allemagne capitaliste et pangermaniste, l'ancienne zone d'occupation soviétique, devenue la République démocratique allemande, est organisée sur des bases particulières, procédant de réformes de structures conformes à la politique économique socialiste" (*ibidem*, p. 377).

JEAN TRICART présente alors le tableau de la collectivisation de l'agriculture, et de la réorganisation d'une industrie qui cherche à se doter de l'industrie de lourde de base qui lui manque.

Le tableau que PIERRE GEORGE et JEAN TRICART brossent de l'Allemagne refuse de prendre en compte la rénovation démocratique en cours en Allemagne occidentale. A une époque où l'URSS et le Parti Communiste français luttent contre l'intégration européenne et la création de la Communauté européenne de défense, il était sans doute de bonne guerre de présenter ainsi un tableau noir de l'Allemagne de l'Ouest.

Les vues qu'expriment PIERRE GEORGE et JEAN TRICART ne sont pas celles de l'ensemble des Français, mais elles expriment assez bien les positions de l'intelligentsia de gauche, devenue très critique à l'égard des Etats-Unis et de la nouvelle puissance de l'Allemagne de l'Ouest. Dans cette optique, les sympathies vont à la R.D.A., que l'on juge par ailleurs

nécessaire au maintien de l'équilibre en Europe. Ces attitudes pèsent encore, trente-cinq plus tard, lorsque la réunification se produit. Elles expliquent en partie les hésitations et les faux pas de FRANÇOIS MITTERRAND et du gouvernement socialiste.

La sympathie que PIERRE GEORGE manifeste à l'égard d'HENRI SMOTKINE explique que la complaisance à l'égard de tous les aspects de la R.D.A. caractérise encore des travaux qui lui sont consacrés jusqu'aux années quatre-vingts (BLANC, GEORGE, SMOTKINE, 1967; SMOTKINE, 1981).

Les études consacrées à l'Allemagne de l'Ouest perdent leur caractère engagé et polémique dans les années soixante. PIERRE RIQUET (1970) ne réduit pas, comme JEAN TRICART, l'Allemagne à ses structures économiques. Il leur consacre la partie centrale de son ouvrage, mais commence le récit par la description des paysages, et le clôt par l'évocation de la diversité régionale. La place faite aux traits originaux du capitalisme allemand reste importante, mais à l'analyse des entreprises et de leur concentration s'ajoute celle des traits originaux d'une organisation qui met l'accent sur l'organisation des forces économiques, la concertation sociale et l'aménagement du territoire.

RENÉ LEBEAU, près de vingt ans plus tard et à la veille de la réunification (1989), évoque longuement les villes et les régions, mais insiste également sur l'originalité et l'efficacité de l'économie sociale de marché. Il se plaît à souligner la réussite du pays:

"Le temps présent est glorieux pour l'Allemagne Fédérale. Devenue l'un des pays les plus riches, l'une des trois puissances-leaders du monde capitaliste, elle jouit d'une réputation hors de pair: pays dynamique, sûr, modéré, qui inspire confiance. C'est la récompense d'une politique économique constante, maintenue sans faiblesse depuis des décennies. Elle consiste d'une part à privilégier la fabrication de produits industriels de haute qualité pour les vendre - cher - au reste du monde qui les apprécie particulièrement. Mais d'autre part le gouvernement, par un léger freinage des importations, maintient une balance commerciale fortement excédentaire. Ce système est manœuvré de façon à permettre une croissance modérée, qui supprime l'inflation et maintient le Mark à un très haut niveau" (LEBEAU, *L'Allemagne fédérale*, p.271).

Des études consacrées à l'Allemagne prise dans son ensemble commencent à être publiées dès le début des années 1980, alors que les perspectives de réunification paraissent encore lointaines. REITEL insiste sur les traits permanents de l'organisation de la société et de l'espace allemand (REITEL, 1980). Avec la réunification, les tableaux deviennent plus systématiques (REITEL, 1996; RIQUET dans MARCHAND et RIQUET, 1995). Chez REITEL, l'accent est mis sur le caractère fédéraliste et urbain de la société allemande et sur la réussite économique; pour la première fois dans l'après-guerre, l'Allemagne est présentée comme un pays de culture. Cela conduit tout naturellement l'auteur à souligner l'originalité des solutions que les Allemands essaient de trouver à leurs problèmes: gestion des entreprises et cogestion, protection de l'environnement et qualité de la vie, difficultés venues de la crise économique ou problèmes issus de la réunification. Et REITEL conclut:

"L'Allemagne de 1995 n'est plus celle de 1949. Après une reconstruction qui a fait penser à un miracle, voici qu'elle a absorbé sans broncher l'ex-R.D.A., représentant un territoire peuplé par plus de 16 millions d'habitants. Les capacités allemandes à régler les problèmes ne reposent pas uniquement sur la puissance de son industrie, mais aussi sur ses capacités mentales et culturelles. C'est peut-être la richesse et la diversité de la culture qui font l'originalité de l'Allemagne. Cette culture se répercute à travers toutes les structures et toutes les activités". (REITEL, *L'Allemagne. Espaces, économie et société*, p. 362).

Conclusion

Les Français étaient fascinés, au XIX^e siècle, par la culture allemande, et puisaient volontiers leur inspiration intellectuelle dans la science allemande: la géographie ne faisait pas exception à la règle. La guerre franco-allemande avait créé un motif de discorde, mais les descriptions géographiques de la fin du siècle dernier ne s'en trouvaient pas affectées. C'est vers 1900 que la puissance économique allemande commence à inquiéter sérieusement l'opinion publique française. Les analyses mettent dès lors au premier plan les qualités organisatrices des entreprises allemandes et leur force de pénétration.

Entre les deux guerres, une crispation est perceptible dans la description que de MARTONNE donne du pays: son travail est parfaitement informé, l'acuité avec laquelle il analyse les bases de la puissance allemande, dans la Ruhr en particulier, est remarquable. Mais l'analyse est glacée: c'est une Allemagne sans culture qui est évoquée.

Face aux tensions qui menacent les relations entre les deux pays, bon nombre de géographes sentent cependant qu'il est nécessaire d'imaginer de nouvelles manières de poser les problèmes: c'est ce qui rend fascinante l'évocation du Rhin par ALBERT DEMANGEON et LUCIEN FEBVRE.

Dans l'après-guerre, les couches intellectuelles gagnées aux idées communistes ne font rien pour apaiser les relations franco-allemandes - mais elles ne sont suivies ni par l'opinion publique, ni par les gouvernements français. Petit à petit, on prend conscience de la solidité de la démocratie outre-Rhin. L'Allemagne et sa culture retrouvent leur prestige. Cela s'effectue malheureusement dans un contexte où la pratique de l'allemand dans l'élite a trop régressé pour que les relations culturelles soient réellement intenses. France et Allemagne gravitent plus dans l'orbite anglo-saxonne qu'elles ne s'enrichissent mutuellement.

Zusammenfassung

Deutschland aus der Sicht französischer Geographen

Im 19. Jahrhundert waren die Franzosen von der deutschen Kultur fasziniert. Gern schöpften sie ihre intellektuellen Anregungen aus der deutschen Wissenschaft: die Geographie bildete dabei keine Ausnahme. Der deutsch-französische Krieg 1870 schuf Diskordanzen, aber die geographischen Veröffentlichungen gegen Ende des 19. Jahrhunderts blieben davon unberührt. Erst um 1900 beginnt die wirtschaftliche Stärke Deutschlands ernsthaft die öffentliche Meinung Frankreichs zu beunruhigen. Von da an heben die Analysen vor allem auf das organisatorische Geschick deutscher Unternehmen und ihr Durchsetzungsvermögen ab.

Zwischen den beiden Weltkriegen wird in der Beschreibung, die DE MARTONNE über Deutschland gibt, eine Verkrampfung spürbar. Seine Darstellung ist einerseits zwar vollkommen fundiert; die Schärfe, mit der er die wirtschaftlichen Grundlagen der deutschen Macht - besonders an der Ruhr - analysiert, ist andererseits allerdings bemerkenswert. Diese Analyse ist hartherzig: es ist ein Deutschland ohne Kultur, das hier beschworen wird. Angesichts der Spannungen, die die Beziehungen zwischen beiden Ländern bedrohen, empfinden indessen nicht wenige Geographen, daß eine neue Sichtweise der Probleme vonnöten sei. Das Ergebnis ist die faszinierende Beschwörung des Rheins als einigendem Band durch ALBERT DEMANGEON und LUCIEN FEBVRE.

In der Nachkriegszeit tragen die von kommunistischem Ideengut getragenen Intellektuellen nicht zu einer Entkrampfung der französisch-deutschen Beziehungen bei - ihnen folgen indes weder die öffentliche Meinung noch die französischen Regierungen. Allmählich nimmt man die solide Fundierung der Demokratie jenseits des Rheins zur Kenntnis; Deutschland und seine Kultur gewinnen ihr Prestige zurück. Alles dieses spielt sich leider in einem Kontext ab, in dem die Beherrschung des Deutschen in der französischen Elite zu weit zurückgegangen ist,

um wirklich intensive kulturelle Beziehungen zu ermöglichen. Frankreich und Deutschland kreisen zu sehr um die angelsächsische „Umlaufbahn“ anstatt sich gegenseitig zu bereichern.

(E. Ehlers)

Bibliographie

- ANCEL, J., 1936, *Géopolitique*, Paris, Delagrave.
- ANCEL, J., 1945, *Slaves et Germains*, Paris, PUF.
- BLANC, A., P. GEORGE, H. SMOTKINE, 1967, *Les Républiques socialistes d'Europe centrale*, Coll. "Magellan", Paris, PUF.
- BRAUDEL, F., 1949, *La Méditerranée et le monde méditerranéen à l'époque de Philippe II*, Paris, A. Colin.
- BRIGOULEX, B. et J. ROVAN, 1986, *Que devient l'Allemagne?*, Paris, Anthropos.
- CLAVAL, P., 1995, "HENRI HAUSER (1866-1947), Professeur de Géographie commerciale et industrielle", *Les Professeurs du Conservatoire national des arts et métiers*, Paris, INRP et Cnam, tome 1, p. 642-654.
- DEMANGEON, A., 1931, *Les bases économiques d'une entente européenne*, *Annales d'histoire économique et sociale*, 3^e année, p. 449-454.
- DEMANGEON, A., 1932, *Géographie politique*, *Annales de Géographie*, vol. 41, p. 22-31.
- DEMANGEON, A., L. Febvre, 1935, *Le Rhin. Problèmes d'histoire et d'économie*, Paris, A. Colin.
- FEBVRE, L., 1912-a, *Philippe II et la Franche-Comté*, Paris, Champion.
- FEBVRE, L., 1912-b, *Histoire de la Franche-Comté*, Paris, Boivin.
- FEBVRE, L., 1922, *La Terre et l'évolution humaine*, Paris, La Renaissance du Livre.
- GEORGE, P., J. TRICART, 1954, *L'Europe centrale*, Coll. "Orbis", Paris, PUF, 2 vol..
- GROSSER, A., 1984, *La Politique extérieure de la France 1944-1984*, Paris, Flammarion.
- HAUSER, H., 1900, *Colonies allemandes impériales et spontanées*, Paris, Nony.
- HAUSER, H., 1903, *Les Ports de commerce de l'Allemagne contemporaine*, Paris, 1903.
- HAUSER, H., 1905, Paris, *L'Impérialisme américain*, Paris, Pages libres.
- HAUSER, H., 1913, *Les cartels ou syndicats de producteurs en Allemagne*, Rapport à la Commission d'étude du statut légal des ententes et cartels, Paris, Libr.-impr. réunies.
- HAUSER, H., 1915, *Les Méthodes allemandes d'expansion économique*, Paris, A. Colin, 1915.
- HAUSER, H., 1935, *La paix économique*, Paris, A. Colin.
- HAUSER, H., 1937, *Economie et diplomatie, les conditions nouvelles de la politique étrangère*, Paris, Sirey.
- HAUSER, H., J. MAUREAIN, P. BENAERTS, 1939, *Du Libéralisme à l'impérialisme: 1860-1878*, Coll. "Peuples et Civilisations", Paris, Alcan.
- LEBEAU, R., 1989, *L'Allemagne fédérale: géographie économique*, Paris, Masson.
- MARTONNE, E. DE, 1930, *Europe Centrale*, Première partie, *Généralités-Allemagne*, Coll. "Géographie Universelle", tome IV, Paris, A. Colin.
- PARKER, G., 1985, *Western Geopolitical Thought in the Twentieth Century*, Londres, Croom Helm.
- RECLUS, E., 1884, *L'Europe centrale (Suisse, Autriche-Hongrie, Allemagne)*, "Nouvelle Géographie Universelle, Tome III", Paris, Hachette.
- REITEL, F., 1980, *Les Allemagnes*, Paris, A. Colin.
- RENAN, E., 1882, *Qu'est-ce qu'une nation?*, Bulletin de l'Association scientifique de France, 26 mars. Repris dans PHILIPPE FOREST, 1991, "Qu'est-ce qu'une nation?", Paris, Bordas, p. 31-43.
- RIQUET, P., 1970, *La République fédérale allemande*, Coll. Magellan, Paris, PUF.
- RIQUET, P., J.-P. MARCHAND, 1995, *Europe médiane, Europe du Nord*, Paris, Belin.
- ROLLAND, R., 1904, *Jean-Christophe*, Paris, vol.1.
- SMOTKINE, H., 1981, *Le Développement industriel de la République démocratique allemande*, Paris, Masson.
- VERMEIL, E., 1940, *L'Allemagne. Essai d'interprétation*, Paris, Gallimard.
- VIDAL DE LA BLACHE, P., 1889, *Etats et nations d'Europe. Autour de la France*, Paris, Delagrave.
- VIDAL DE LA BLACHE, P., 1917, *La France de l'Est*, Paris, A. Colin.
- WERNER, K. F., 1984, *Histoire de France*, vol. 1, *Les origines. Avant l'an mil*, Paris, Fayard.

Prof. Dr. Paul Claval
Université de Paris-Sorbonne
U.F.R. de Géographie
191, rue Saint-Jaques
F-75005 Paris
Frankreich

Die Zentralmacht Europas gestern und heute -

oder:

Worin unterscheidet sich die Außenpolitik des wiedervereinigten Deutschlands von der des Deutschen Reiches?

"Worin unterscheidet sich die Außenpolitik der Bundesrepublik von derjenigen des Deutschen Reiches?" Jeder historisch auch nur halbwegs Gebildete weiß natürlich, daß das 1871 gegründete, 1945 zerbrochene Deutsche Reich in recht unterschiedlichen Konstellationen eine recht unterschiedliche Außenpolitik betrieben hat: Vorsichtige Manipulation des europäischen Systems durch Bismarck, der seit 1871 Deutschland für saturiert erklärt hat. "Das ruhelose Reich" (MICHAEL STÜRMER) auf der Suche nach Weltmachtstatus und einem Platz an der Sonne unter dem fatalen Kaiser Wilhelm II. Maßstablose Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg gleicherweise von Angst und von Hybris getrieben. Ein alles in allem maßvoller Revisionismus in der Weimarer Republik, der aber gleichfalls keine Ruhelage ermöglicht. Schließlich Hitlers Vabanque-Spiel des Griffs nach der Hegemonie über Europa, wiederum wie der Wilhelminismus mit globalem Pathos verbunden. Dies alles läßt zwar eine Abfolge und Zusammenhänge erkennen, doch wie ausgeprägt die Kontinuitäten, wie tief die Epochenzäsuren waren, ist bekanntlich unter Historikern strittig. Unstrittig ist aber, daß das Deutsche Reich insgesamt im fahlen Licht der "deutschen Katastrophe" seit 1945 in Deutschland selbst sowie in den Nachbarländern doch ein eher düsteres Profil angenommen hat. Halbhegemoniale Position zumindest mit ständiger Versuchung zur Hegemonialpolitik, Europa-unverträglich, da zu stark, um ohne Wunsch zu sein, doch zu schwach, um über negative Koalitionen triumphieren zu können, zu dynamisch, um inmitten eines unruhigen Kontinents ruhig bleiben zu können, schließlich anfällig für die Verrücktheiten eines Hitler - so stellt es sich ganz unabhängig von dem jeweils in Deutschland herrschenden Regime selbst bei unvoreingenommener Betrachtung dar.

Im Jahr 1994 ist eine Sammlung zuvor wenig bekannter Aufsätze erschienen, die der damals noch junge RAYMOND ARON in den späten dreißiger Jahren und in der Kriegszeit verfaßt hat. Einer dieser Essays trägt den Titel "Les racines de l'impérialisme allemand" und ist seinerzeit mitten im Krieg von ARON unter dem Pseudonym RENÉ AVORD in der Zeitschrift "La France libre" in London veröffentlicht worden. ARON kannte Deutschland gut und war selbst noch 1943 eher geneigt, zu verstehen als zu verurteilen. Umso mehr Aufmerksamkeit verdient seine Analyse. Er schrieb dort: "Que l'on suppose un peuple de 80 millions d'âmes, vivant au centre de l'Europe sur un territoire aux frontières incertaines, doté d'une puissante industrie, fier de ses capacités militaires, rongé par le sentiment de n'avoir pas sa juste part des richesses de la terre: qui s'étonnerait qu'un tel peuple fût enclin aux aventures, tenté de concevoir sans cesse des projets démesurés, empire d'Europe ou ceinture d'Afrique, sinon hégémonie universelle?" Hier sind nun tatsächlich die wichtigsten Faktoren der "deutschen Frage" im 20. Jahrhundert genannt. Und die Erinnerung an diese "deutsche Frage" ist es, die seit der Wiedervereinigung die europäischen Kabinette, einen Teil der Publizistik und die Zunft der Außenpolitik-Analysierer beschäftigt.

Keht die Vergangenheit nicht doch wieder? Denn erneut zählt Deutschland eine Wohnbevölkerung von über 80 Millionen (genau: 81.338.093 nach den Angaben des Statistischen Bundesamts am 31.12.1993); erneut weist das Land den mit Abstand stärksten Produktionsapparat in Europa auf; nach wie vor findet es sich geostategisch und geopolitisch in einer Schlüssellage. Ich selbst habe dafür neulich den Begriff "Die Zentralmacht Europas" gebraucht (SCHWARZ 1994), um zu verdeutlichen, welche ausschlaggebende Rolle dieser Staat spielt und spielen muß, gleich ob er diese Rolle tätig gestaltet oder ob seine Führungsgruppen die Psychologie eines "traumatisierten Riesen" erkennen lassen - wirtschaftlich mächtigstes Land der Europäischen Union und als deren Mitglied bisher primär auf Westeuropa hin orientiert, aber zugleich als östliches Land der EU in Zentral-

europa wirtschaftlich, kulturell und politisch sehr stark auf Mitteleuropa und Ostmitteleuropa ausstrahlend. Ein großes Land, das seit Jahrhunderten an der Schnittstelle der machtpolitischen, wirtschaftlichen, religiösen, kulturellen Kraftlinien liegt, die von West nach Ost, von Ost nach West und vom Süden nach dem Norden verlaufen. "Dieses Land", hat CARLO SCHMID 1966 in einem schönen Aufsatz formuliert, "ist Land der Mitte, doch nicht im Sinne eines ruhigen Pols. Es war zu allen Zeiten ein Land des Durchgangs und des Übergangs, brodelnder Schmelztiegel aller geistigen Bewegungen und Schlachtfeld mehr für fremde Heere denn für eigene. Was ist nicht alles in zwei Jahrtausenden in dieses Land eingezogen, vom Osten und vom Süden und vom Westen..." (SCHMIDT 1966, S.299) ¹⁾.

In diesem Sinne: "Zentralmacht Europas". Der oder jener hat zwar schon in einer Rezension oder im Gespräch mit mir bemerkt: "Das sollte man eigentlich gar nicht sagen", um nicht an den Schlaf der Dämonen zu rühren. Aber nicht bestritten wurde bisher, daß dieser analytische Begriff die heutige Position Deutschlands objektiv richtig erfaßt. Was die Deutschen politisch daraus machen, steht freilich auf einem anderen Blatt und wird uns zum Schluß noch etwas beschäftigen.

Jedenfalls kann sich jede Ortsbestimmung derzeitiger deutscher Außenpolitik nicht ganz aus dem dunklen Schlagschatten entfernen, den das einstige Deutsche Reich auf die Gegenwart und die Zukunft wirft.

Vor allem auf die Zukunft. Seit dem Jahr der Wiedervereinigung 1990 allerdings, als manche schon die Vogelscheuche "Das Vierte Reich" aufpflanzen und andere Deutschland in eine Reihe mit Japan und den USA rücken wollten, ist Desillusionierung eingetreten. Der außenwirtschaftliche Handlungsspielraum Deutschlands, insbesondere seine finanzielle Leistungsfähigkeit, ist vorerst deutlich beschränkter als derjenige der "alten Bundesrepublik". Wann in den neuen Ländern ein selbsttragendes Wachstum erreicht ist, bleibt unklar. Alle diesbezüglichen Jahresangaben sind aus der Luft gegriffen. Möglicherweise werden die innerdeutschen Finanztransfers auch noch der Berliner Republik im ersten Jahrzehnt des 3. Jahrtausend als ein genauso lastender Klotz am Bein hängen wie seinerzeit die Osthilfe der Weimarer Republik.

Dennoch besteht vielerorts die Vermutung, daß irgendwann Anfang des 21. Jahrhunderts die finanziellen und psychologischen Belastungen durch die innere Wiedervereinigung verdaut sein werden. Stellt sich aber nicht dann erst die Frage unseres Beitrags in ganzer Schärfe? Besteht nicht dann wenigstens die Option, daß dieses neu erstarkte Deutschland eben doch wieder von dem historisch gescheiterten Reich ununterscheidbar wird, selbst wenn niemand im Ernst befürchtet, daß die Deutschen erneut einen aus Österreich entlaufenen Desperado zum Führer und Reichskanzler erheben?

Wer so fragt und wer so argumentiert, versäumt es aber zumeist, die Determinanten deutscher Außenpolitik zwischen 1871 und 1945 einerseits und zwischen 1950 und 1995 andererseits zu analysieren. Eben dies soll im folgenden in geraffter Kürze geschehen - selektiv, etwas zugespitzt, diskussionsbedürftig sicher, aber, so meine ich, doch mit einem Ergebnis, das in der innerdeutschen und außerdeutschen Diskussion alles in allem zu wenig klar gesehen und in die Kalküle einbezogen wird. Dieses Ergebnis, soviel sei vorweggeschickt, lautet: Jede Definition der deutschen Möglichkeiten und Aufgaben, auch der Gefährdungen, muß von der Erkenntnis eines fundamentalen Bruchs zwischen der deutschen und europäischen Welt vor 1950 und nach 1950 ausgehen. Zwar existieren verschiedene Kontinuitäten, die schon angedeutet wurden. Viel entscheidender aber sind die Diskontinuitäten, somit das Neue, auf dem sich unbefangen und ohne allzuviel Ängstlichkeit weiterbauen läßt.

Greifen wir nun zum Zweck etwas genauerer analytischer Betrachtung auf die schon eingangs erwähnten Feststellungen RAYMOND ARONS aus dem Jahr 1943 zurück. Worin sah er "das deutsche Problem"? Es sei in Erinnerung gerufen:

erstens "un peuple de 80 millions d'âmes",

¹⁾ "Deutschland - Terra magica", in: CARLO SCHMID, Europa und die Macht des Geistes. München/Zürich 1976, S. 299.

zweitens "sur un territoire aux frontières incertaines",
 drittens "vivant au centre de l'Europe",
 viertens "doté d'une puissante industrie",
 fünftens "fier de ses capacités militaires",
 sechstens "rongé par le sentiment de n'avoir pas sa juste part des richesses de la terre",
 ... "enclin aux aventures, tenté de concevoir sans cesse des projets démesurés,
 empire d'Europe ou ceinture d'Afrique, sinon hégémonie universelle".

* * *

Am ehesten vergleichbar ist die Zahl der Wohnbevölkerung. Das Deutsche Reich zählt 1914 67 Millionen, Frankreich 40 Millionen, Großbritannien 45 Millionen, Italien 35 Millionen, Österreich-Ungarn 50 Millionen, Rußland 164 Millionen.

Im Herbst 1938, also nach dem Anschluß Österreichs und nach Angliederung des Sudetenlandes hat Deutschland knapp 79 Millionen, womit es die bevölkerungsmäßig ziemlich stagnierenden Großmächte England und Frankreich eindeutig distanziert.

Nach durchgehender Auffassung in der ersten Jahrhunderthälfte war Bevölkerungsreichtum nicht allein mit Blick auf den Produktionsapparat von Bedeutung, sondern in starkem Maß als Voraussetzung potentieller militärischer Leistungsfähigkeit der Massenarmeen. Im Ersten Weltkrieg beispielsweise waren von den 67 Millionen Deutschen fast 10 Millionen Männer eingezogen.

Doch hier zeigen sich bereits die Unterschiede. Deutschland, und nicht allein Deutschland, war 1914 ein junges Volk. Familien mit drei bis sechs Kindern waren die Regel. Noch in den dreißiger Jahren, als die Geburtenfreudigkeit in Deutschland schon stark rückläufig war, sah eine Reichsverordnung von 1935 zur Förderung kinderreicher Familien mit vier und mehr Kindern unter 16 Jahren einmalige Kinderbeihilfen vor, 1936 wurden auch laufende Beihilfen für Familien mit fünf und mehr Kindern unter 16 Jahren eingeführt. Dabei wurden immerhin zwischen 1935 und 1937 an rund eine halbe Million Familien solche Kinderbeihilfen gewährt. Aus heutiger Sicht ist das schwer vorstellbar - immerhin eine halbe Million bedürftiger deutscher Familien mit vier oder fünf Kindern unter 16 Jahren. Gegebenheiten also wie in vielen Dritte-Welt-Ländern heute und eine Grundvoraussetzung für die Aufstellung von Massenarmeen, doch auch - so darf man hinzufügen - für eine gewisse soziale Tolerierung von Blutopfern im Kriege.

Die heutigen demographischen Rohdaten sind uns allen bekannt. Von den rund 82 Millionen Einwohnern Deutschlands sind rund 7 Millionen Ausländer, und sie stellen teilweise in der Tat noch jene Großfamilien, wie sie für Deutschland in früheren demographischen Epochen kennzeichnend waren, inzwischen aber längst einer Zwei- oder Einkinderfamilie, aber auch Single-Haushalten ohne Nachwuchs Platz gemacht haben. Das deutsche Volk, und es steht damit in Europa nicht allein, ist ein relativ rasch alterndes Volk. Die Zahlen werden zwar durch den Zuzug von Volksdeutschen aus Rußland, Polen, Rumänien sowie durch den erheblichen Anteil einer ausländischen Wohnbevölkerung geschönt. Doch Modellrechnungen bezogen auf die alte Bundesrepublik und unter Einbeziehung der Ausländer, die 1990 61 Millionen aufwies, rechnen für 2030 - trotz der höheren Kinderzahl der Ausländer und deutschen Zuwanderer - nur noch mit 49,59 Millionen. Deutliche Veralterungstendenz also!

Es bedarf keiner besonderen Unterstreichung, daß tendenziell alternde Bevölkerungen Statusquo-orientiert, eher ruhig und ängstlich, pazifistisch und alles andere als abenteuerlustig oder kriegerisch sind.

Man muß aber unterstreichen: dies ist alles in allem ein Europa-weiter Trend. In Großbritannien stellt sich die demographische Lage günstiger dar, auch in Polen. Jedenfalls ist der demographische Faktor als Schlüsseldeterminante zu begreifen. Die imperialistischen Großmächte der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts und der Jahrhunderthälfte des 20. Jahrhunderts waren

zumeist junge Länder mit großem Anteil sehr junger Menschen, entsprechend dynamisch, auch entsprechend unruhig und risikobereit. Die europäischen Gesellschaften am Ende des 20. Jahrhunderts weisen Züge der Vergreisung auf. Nicht mehr Kolonien in Afrika werden erträumt oder große Siedlungsgebiete in Osteuropa, sondern Seniorensitze an der Algarve und auf Mallorca.

Der Punkt Demographie sei in bezug auf die sozialstatistischen Grundgegebenheiten noch etwas ausgeweitet.

Von den rund 65 Millionen Deutscher, die laut Bevölkerungsstatistik von 1910 in Deutschland lebten, wohnten rund 26 Millionen in Ortschaften unter 2000 Einwohnern, sprich auf dem Land. Weitere 7 Millionen wohnten in Ortschaften unter 5000 Einwohnern, weitere 9 Millionen in Ortschaften unter 20.000 Einwohnern. Das heißt - ich vereinfache jetzt etwas: 44 Millionen von 65 Millionen lebten noch in mehr oder weniger agrarischen oder kleinstädtischen Sozialverhältnissen mit den dort vorherrschenden sozialen Hierarchien, Life styles und sozio-politischen Wertvorstellungen, wozu auch die selbstverständliche Akzeptanz der allgemeinen Wehrpflicht gehörte. Nur knapp 14 Millionen siedelten 1914 bereits in Großstädten über 100.000 Einwohner ²⁾. Das hat sich bekanntlich fundamental verändert und dies nicht allein wegen der Katastrophe des deutschen Ostens 1944/45, sondern wegen der personellen Schrumpfung des primären Sektors mit seinem starken Anteil von in der Landwirtschaft Tätigen. Nur eine illustrative Zahl: im zweiten Halbjahr 1993 waren im wiedervereinigten Deutschland rund 35 Millionen erwerbstätig, davon nur noch 1.115.000 in Land- und Forstwirtschaft und im Fischereiwesen. Rund 13 Millionen arbeiteten demgegenüber im produzierenden Gewerbe, 7 Millionen in Dienstleistungsunternehmen, rund 7 Millionen beim Staat (und teilweise in privaten Haushalten). Wie vielfach erörtert, ist auch die Arbeiterchaft in der gewerblichen Wirtschaft stark rückläufig. In der Bevölkerung verbreitet sich die Dienstklassenmentalität, wobei Hierarchien und Risiken zunehmend perhorresziert werden zugunsten hochdifferenzierter kollektiver Regelungen mit stark partizipatorischen Elementen und zunehmender Bedeutung der Freizeit.

Ich will dies nicht weiter vertiefen, wohl aber auf die Europa-weite Wirksamkeit dieser Trends hinweisen bei Unterschieden im einzelnen. Eines dürfte jedenfalls deutlich sein: kriegerische Abenteuer sind mit solchen Gesellschaften nicht mehr möglich, schon die Akzeptanz der allgemeinen Wehrpflicht ist nicht mehr durchgehend gegeben oder (man denke an Rußland, doch auch an die Verweigerungen und Drückebergereien in der Bundesrepublik) sie scheint politisch nicht mehr durchsetzbar.

Man braucht überhaupt nicht an den Faktor Kernwaffen zu erinnern, der aggressive Politik von Nicht-Kernwaffen-Staaten ohnehin ausschließen würde. Schon die demographischen Daten machen deutlich, daß die düsteren Warnungen, wie sie beispielsweise von Präsident Mitterrand zu hören waren, auch in Westeuropa könnte erneut Nationalismus aufkommen und zu Kriegen führen, als Alpträume älterer Herren zu werten sind - sehr fern von jeder sozialen Wirklichkeit.

* * *

Nun zum zweiten Punkt RAYMOND ARONS: "unklare Grenzen". Er läßt sich wesentlich knapper abhandeln. Während sich das Deutsche Reich vor 1914 in Europa für territorial saturiert erklärte und nur in Übersee - um mit Bismarck zu sprechen - unruhig "perikliterte", war in Teilen der französischen Öffentlichkeit der nostalgische Blick doch immer noch auf die "blaue Linie der Vogesen" gerichtet, so daß eine entsprechende Grenzverschiebung selbstverständlich erschien, als der Kriegsausgang 1918/19 die Möglichkeit dazu bot.

²⁾ Zahlen nach FRERICH/FREY, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Bd. 1, München/Wien 1953, S. 86.

Von 1919 bis zum Zweiten Weltkrieg war Deutschland mit dem Verlauf seiner 1919 festgesetzten Grenzen völlig unzufrieden; sogar die demokratischen Reichsregierungen der Weimarer Republik wollten am Ziel einer - allerdings friedlichen - Grenzrevision im Osten festhalten. Wie entgrenzt die Ziele Adolf Hitlers gewesen sind, bedarf keiner Unterstreichung. Vor der völligen Niederwerfung des nationalsozialistischen Deutschlands schienen sichere Grenzen in Europa nicht mehr gewährleistet.

Zwar ist dann die Bundesrepublik Deutschland bei ihrem Grenzrevisionismus sehr vorsichtig gewesen. Der Friedensvertragsvorbehalt hinsichtlich der Grenze zu Polen verblaßte mehr und mehr zu einem recht stumpfen Instrument taktischer Wiedervereinigungspolitik, so sich dazu überhaupt die Möglichkeit bot, was 1989/90 der Fall war. Die innerdeutsche Grenze und die Mauer in Berlin waren so absurd, daß nicht einmal die unbedenklichsten Sozialdemokraten ihre uneingeschränkte völkerrechtliche Festschreibung ins Auge fassen konnten. Aber insgesamt hat schon vor 1989 in der Bundesrepublik weitgehend die Bereitschaft tief Wurzel geschlagen, aufgrund der sehr schlechten Erfahrungen in der jüngsten Vergangenheit tunlichst keine Grenzen mehr nachhaltig in Frage zu stellen.

Heute sind die deutschen Grenzen innerhalb Deutschlands wie bei den Nachbarn so akzeptiert wie noch nie in der neueren und neuesten deutschen Geschichte. 1945 hat zwar A.J.P. TAYLOR in einer in Buchform erschienenen Denkschrift als eine bedenkliche Haupteigentümlichkeit der deutschen Geschichte die Nie-Festgelegtheit der Grenzen des Deutschen Reiches beklagt und auch in dem schon erwähnten Aufsatz CARLO SCHMIDTS aus dem Jahr 1966 findet sich der Satz: "Deutschland ertrank in seiner Grenzenlosigkeit, und wo Grenzen sichtbar wurden, waren sie nach allen Seiten durchlässig" ³⁾. Doch das dürfte nun auf recht lange Zeit stabilisiert sein.

Seit sich die deutsche Öffentlichkeit von den Kosten der Wiedervereinigung Rechnung gibt, reden nicht einmal mehr Narren laut davon, man müsse doch irgendwie das nördliche Ostpreußen wieder zurückgewinnen oder das an Polen abgetretene Niederschlesien. In einem umfassenden europäischen Binnenmarkt sind Grenzen ohnehin relativ; und zwar nicht allein gegenüber den Partnern des Schengener Abkommens. Auch in diesem Punkt also fundamentale Brüche zu früher!

* * *

Gewiß, Deutschland liegt - der dritte Punkt auf den ARON 1943 hinwies - weiterhin "in der Mitte Europas". Geographie und Geschichte gehören nun einmal zu den Grundtatsachen jeder Außenpolitik, die sich kaum verändern lassen. Nachdem Europa nicht mehr geteilt ist, hat das Land in der Tat die Position einer Zentralmacht Europas erhalten - einerseits dauerhaft in die Europäische Union integriert, deren stärkster, neben Finnland und Schweden östlichster Staat sie ist, andererseits weit in den ostmitteleuropäischen und osteuropäischen Raum hineinwirkend, in dieser Beziehung Bindeglied zwischen dem Westen und dem Osten, doch auch zwischen Nordeuropa und dem Süden. Aber in einem multilateral organisierten Europa, wo nicht einmal die europäischen Großmächte - Rußland ausgenommen - noch autonome Großmächte sein wollen oder können, sind die Einflußmöglichkeiten selbst des zentral plazierten stärksten Staates doch nur relativ.

Immerhin: Die Bundesrepublik hat es bisher verstanden, jene Politik des allseitigen Ausgleichs zu gestalten, die ihr aufgrund ihrer Mittellage und ihres Gewichts zugewachsen ist. RICHARD VON WEIZSÄCKER hat dieses Konzept einer ausgleichenden Zentralmacht schon recht früh, nämlich 1982, wie folgt charakterisiert (auch wenn der Begriff selbst bei ihm nicht genannt wird). "Deutschland ist nicht dazu da, die Völker zu spalten, sondern sie zu versammeln. Seine Rolle ist es, Übereinstimmung zu schaffen - all die unterschiedlichen Nationen, die es umgeben, spüren zu lassen, daß sie ohne einander nicht leben können, daß sie aufeinander angewiesen sind". Somit besteht also die Aufgabe der starken Mitte im klugen, kraftvollen Ausgleich.

³⁾ "Deutschland - Terra Magica", a.a.O., S. 304.

Starke Mitte - heißt dies nun, daß künftig wieder so etwas wie eine mitteleuropäische Sendung Deutschlands möglich oder wünschenswert wäre?

Jeder, der sich mit den unterschiedlichen Mitteleuropa-Konzepten befaßt, die seit den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Deutschland, in Österreich, nach dem Ersten Weltkrieg aber auch in Polen propagiert werden, weiß, daß diese mit unterschiedlichsten Inhalten erfüllt worden sind ⁴⁾. "Mitteleuropa ist... ein großes Territorium der unbeantworteten Fragen, der unge lösten Widersprüche, das Gebiet der halben Forderungen, die sich bis jetzt ebenso wenig der Ausführung haben erfreuen können, wie die ihnen entgegenstehenden Vorsätze...", so meinte auch schon BRUNO BAUER in einem geistvollen Essay aus dem Jahr 1854, der seinerzeit unter dem Titel "Rußland und England" erschienen ist. Bei dieser Unbestimmtheit und Unbestimmbarkeit ist es bis heute geblieben.

Es gab anfänglich so etwas wie eine um den 1866 zerbrochenen Deutschen Bund gravitierende, großdeutsche Mitteleuropa-Idee. Sie hätte allerdings eine Überwindung des preußisch-österreichischen Gegensatzes vorausgesetzt und war visionär konzipiert von dem Elberfelder Buchbinder- sohn KARL LUDWIG BRUCK, der 1848 bis 1851 Handelsminister Österreichs war, 1855 bis 1860 Finanzminister, der einen durch Zollmauern geschützten mitteleuropäischen Großwirtschaftsraum errichten wollte, um den handelspolitischen Wettbewerb mit England bestehen zu können. Noch FRIEDRICH NAUMANN in seiner bereits aus weltpolitischer Resignation erwachsenen Programmschrift "Mitteleuropa" aus dem Jahr 1915 hat daran anzuknüpfen versucht, und THEODOR HEUSS überlieferte seinen diesbezüglichen Ausspruch: "der imperialistische Versuch sei vorbei; es bleibe der Rückzug auf die kontinentale Stellung, auf die Bismarcksche Überlieferung, wenn auch gewandelt und vertieft...". Und unter den besonderen Bedingungen der späten zwanziger und dreißiger Jahre gab es im Deutschen Reich erneut Denkschulen und Persönlichkeiten, die daran anknüpfen wollten - der "Tat"-Kreis etwa, doch auch ULRICH VON HASSEL.

Von Anfang an gab es jedoch auch die großen Mitteleuropa-Skeptiker, insbesondere bezüglich des Balkans. KARL LUDWIG BRUCK, doch auch CONSTANTIN FRANTZ, ein anderer Mitteleuropa-Konstruktivist, haben sich zwar den Balkan von Belgrad bis zum Schwarzen Meer als deutschen Kolonisationsraum erträumt, als großen Markt und zugleich als eine Ernährungsbasis. Doch METTERNICH hat gegen Ende seines Lebens schon ahnungsvoll bemerkt: für Österreich "wachsen auf keinen Fall im Orient genießbare Früchte".

Ich muß es mir jedoch ersparen, diese nie voll ausgestalteten Ideen des näheren zu erörtern, und das gilt auch für bestimmte Mitteleuropa-Gedanken, die während der Jahrzehnte des Kalten Krieges im geteilten Europa aufkamen, während der achtziger Jahre selbst in der Bundesrepublik.

An das alles läßt sich heute nicht mehr anknüpfen. Seit es ein unabhängiges Polen, seit es eine Tschechoslowakei (heute Tschechien und die Slowakei) als unabhängige Staaten gibt, stellt sich die Thematik ohnehin in völlig anderem Licht dar als vor 1918. Deutschland wollte das zeitweilig nicht akzeptieren, und so wendet man sich von den hegemonialen deutschen Mitteleuropa-Ideen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit Schauern ab. Vor allem aber hat sich seit 1949 das wirtschaftliche und politische Schwergewicht der Bundesrepublik ganz eindeutig nach Westeuropa hin verlagert. Polen, Tschechien und Ungarn sind zwar interessante Märkte, sie sind für das wiedervereinigte Deutschland auch von großer sicherheitspolitischer Bedeutung. Doch an der Schwerpunktverlagerung wird sich nicht einmal mittelfristig viel ändern.

Dennoch: da Germania eine Dame mit Vergangenheit ist und da viel dafür spricht, daß auch das 21. Jahrhundert dem zwanzigsten an Unruhe und an Verrücktheiten nicht nachstehen wird, sollte man die Frage nicht leichthin vom Tisch wischen, ob die Mitteleuropa-Idee in modernen, zivilisierten Formen nicht doch wieder gute Zukunftsmöglichkeit werden könnte - später Widerschein des im 19. Jahrhundert noch als Mythos lebendigen Heiligen Römischen Reiches Deutscher

⁴⁾ Siehe dazu das Kapitel "Mitteleuropa" in meiner Studie "Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994, S. 240 - 257.

Nation. Die Unterschiede zur ersten Jahrhunderthälfte sind jedoch viel ausgeprägter als die Ähnlichkeiten.

In der Tat beginnen sich die Wirtschaftsbeziehungen mit Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn, Bulgarien und Slowenien dem Muster der dreißiger Jahre mit zunehmender Dominanz Deutschlands anzunähern.

Die Klagen ostdeutscher Länder und Kommunen, daß deutsche Firmen lieber in den Niedrig-Lohn-Ländern Mitteleuropas statt im eigenen Land investieren, ist allgemein. Der Investitionstrend dürfte sich also fortsetzen. Auch die kulturelle Affinität zu Deutschland und Österreich ist sicher größer als die zu Frankreich, England oder Italien. Aber bedeutet das schon, daß Deutschland wirtschaftlich eine Mitteleuropa-Strategie betreiben wollte oder könnte? Und ergibt sich daraus bereits eine hegemoniale Position Deutschlands in diesem Raum?

Tatsächlich hat sich die Konstellation gegenüber den Jahren einer gewissen Mitteleuropa-Priorität im Ersten Weltkrieg und in den dreißiger Jahren entscheidend verändert. Die Lage in den dreißiger Jahren war abnormal. Die Märkte Großbritanniens und Frankreichs waren den südosteuropäischen Volkswirtschaften damals weitgehend verschlossen. Umgekehrt war der deutsche Markt seit 1934 wegen des Devisenmangels gegenüber dem Sterling- und Dollarraum sowie wegen der konjunkturellen Sonderentwicklung in Deutschland ⁵⁾ für die Agrarexporte aus Südosteuropa besonders aufnahmefähig. Auch allgemeinpolitische Gesichtspunkte spielten damals in der deutschen Außenhandelspolitik gegenüber Südosteuropa und Polen eine wichtige Rolle.

Doch heute? Dem wiedervereinigten Deutschland steht der Weltmarkt offen. Zur Autarkiepolitik in bezug auf einen mitteleuropäischen Großraum besteht nicht der mindeste Anlaß. Die Agrarimporte aus dem östlichen "Mitteleuropa" sind aus Sicht der Bundesrepublik uninteressant und ein Grund zur Verlegenheit aufgrund des Agrarprotektionismus im EU-Raum. In gewisser Hinsicht nimmt die Europäische Union in der deutschen Vorstellungswelt heute jenen Platz ein, den FRIEDRICH NAUMANN, und nicht nur er allein, seinerzeit "Mitteleuropa" zugeordnet hatte. Der amerikanische Politologe DAVID CALLEO hat darauf vor einer Reihe von Jahren schon aufmerksam gemacht und dabei einen Gegensatz zwischen der Idee eines kontinentalen Wirtschaftsraumes und einer global konzipierten deutschen Welthandelspolitik ohne regionale Einschnürung zu erkennen geglaubt ⁶⁾. Offenbar liegen für die Bundesrepublik heute jene Prioritäten, die in den seinerzeitigen Konzepten auf "Mitteleuropa" zielten, bei der Europäischen Union und im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).

Entsprechend zurückhaltend, wenn auch nicht offen abwehrend begegnet Bonn dem Wunsch mitteleuropäischer Staaten, ihren Stahl oder ihre Textilien in den EU-Raum zu exportieren. Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn interessieren zwar aufgrund ihrer sehr günstigen Konstruktion als Lieferanten von Halbfertigwaren und als Länder für den Export deutscher Waren und deutschen Kapitals, das dort zur Deckung des enormen Bedarfs dieser Volkswirtschaften an Konsumgütern und an Investitionsgütern gebraucht wird. Zweifellos entstehen daraus wirtschaftliche Abhängigkeiten. Aber anders als früher hat Deutschland noch kein vorrangiges wirtschaftliches Interesse, sich diesen Nachbarstaaten im großen Stil zuzuwenden.

Somit werden sich die mittelfristigen Schwerpunkte des deutschen Außenhandels nicht grundlegend ändern. Sie liegen ganz überwiegend im EU- und EWR-Raum mit einem weiteren beachtlichen Anteil des Überseehandels.

Auf lange Sicht, wenn sich die ehemals kommunistischen Staaten Mitteleuropas erholt haben, mögen sich freilich Austauschbeziehungen ergeben, wie sie mit der Schweiz, mit Österreich, mit den Beneluxländern oder mit Schweden bestehen. Aus Sicht aller Beteiligten, auch der Bundesrepublik, wäre eine derart kontinentale Diversifizierung gewiß vorteilhaft. Aber selbst dann, also

⁵⁾ HANS-JÜRGEN SCHRÖDER, "Die deutsche Südosteuropapolitik und die Reaktion der angelsächsischen Mächte 1929-1933/34", in: JOSEF BECKER/KLAUS HILDEBRAND, Hrsg., Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933. München 1980, S. 360.

⁶⁾ DAVID CALLEO, Legende und Wirklichkeit der deutschen Gefahr. Bonn 1980, S. 231-242, 267-282.

vielleicht in zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahren, bestünde für Deutschland immer noch kein Überwiegen mitteleuropäischer Wirtschaftsinteressen. Doch wird vielleicht aus der zweifellos bereits zu beobachtenden oder noch kommenden wirtschaftlichen Dependenz dieser mitteleuropäischen Länder eine Dominanz Deutschlands werden, die an die späten dreißiger Jahre erinnern könnte?

Richtig ist, daß diese Staaten weiterhin ein überragendes Interesse an deutschem Kapital, deutschem Know-How und am deutschen Markt aufweisen werden. Aber anders als vor 1944 hat das wiedervereinigte Deutschland weder Gründe noch die Möglichkeit, diese Dependenz in unfairer Weise auszunützen. Dagegen spricht zum einen der Umstand, daß diese Nachbarstaaten nur ein nicht allzusehr ins Gewicht fallendes Teilsegment deutschen Außenwirtschaftsinteresses darstellen. Zum zweiten ist Deutschland aufgrund der GATT-Regeln und der EU-Zuständigkeiten anders als in der ersten Jahrhunderthälfte in der Gestaltung seiner Wirtschaftsbeziehungen zu Ostmitteleuropa und zum Balkan ja alles andere als frei. Ostmitteleuropa kann - so der EU-Protektionismus dies zuläßt - im gesamten EU- und EWR-Bereich seine Märkte finden, nicht nur in Deutschland oder in Österreich.

Wie die Beispielfälle Österreich, Schweiz, Dänemark, Benelux oder Schweden seit Jahrzehnten zeigen, sind nicht-diskriminierende Austauschverhältnisse zwischen einem Wirtschaftsgiganten wie der Bundesrepublik und kleineren Volkswirtschaften durchaus möglich - ob mit ob ohne Mitgliedschaft der Betreffenden in der EU. Nach diesem Muster werden sich wohl auch die Volkswirtschaften östlicher Nachbarstaaten im Verhältnis zu Deutschland langfristig entwickeln. Und da gerade die kleineren Nachbarstaaten bisher schon wachsam und energisch jede ungute Wirtschaftsdominanz Deutschlands zu verhindern wußten, lassen Staaten von so ausgeprägter geschichtlich bedingter Sensibilität wie Polen oder die Tschechische Republik ähnliche Wachsamkeit erwarten.

Schließlich werden mittel- und langfristig auch übergeordnete außenpolitische Interessen deutsche Zurückhaltung bei der wirtschaftlichen Durchdringung ratsam erscheinen lassen. Keiner deutschen Regierung kann daran gelegen sein, den Demokratisierungsprozeß und die Stabilisierung in diesem Raum durch ostentative Dominanz zu stören. Antideutsche Ressentiments werden ohnehin unvermeidlich sein. Bei einem asymmetrischen Nebeneinander reicher und weniger reicher, großer und kleinerer Volkswirtschaften ist das so gottgegeben wie gelegentliches Regenwetter. Aber bei einer negativen Entwicklung in diesem Raum wäre der Kollateralschaden für Deutschland groß, so daß pflichtigste wirtschaftliche Behandlung ein Gebot des schlichten gesunden Menschenverstandes ist, sofern einige unserer noch protektionistischer gesinnten EU-Partner das zulassen.

Niemand weiß zwar, wie sich das Verhältnis Rußlands und der Ukraine zu den Demokratien im Westen mittel- und langfristig gestalten wird. Sollte es aber erneut zu Sicherheitsbedrohungen kommen, so würde sich auch die Frage der militärischen Zusammenarbeit mit den Demokratien im östlichen Mitteleuropa noch viel akuter stellen als dies derzeit der Fall ist.

Auch in dieser Hinsicht ist die heutige und künftige Lage völlig anders als im späten neunzehnten oder im frühen zwanzigsten Jahrhundert. Das Deutsche Reich ist im August 1914 vor allem deshalb in einen katastrophalen europäischen Krieg gezogen, um dem mitteleuropäischen Verbündeten Österreich-Ungarn gegen Rußland zur Seite zu stehen. Doch das ist ferne Vorvergangenheit. Das nicht-nukleare Deutschland würde künftig nicht in der Lage sein, den mitteleuropäischen Demokratien verlässlichen Schutz gegen die Kernwaffenmacht Rußland zu gewähren. Dieser grundlegende Sachverhalt liegt allen Planungen einer NATO-Erweiterung zugrunde. Dabei wäre es bei einer verschlechterten Sicherheitslage nicht einmal ganz selbstverständlich, ob die deutsche Öffentlichkeit im Ernstfall Sicherheitszusagen für die ostmitteleuropäischen Demokratien wirklich honorieren möchte. Schließlich war auch Frankreich im Herbst 1938 nicht bereit, für den tschecho-slowakischen Verbündeten in den Krieg zu ziehen.

In keinem Fall brauchen die Demokratien im östlichen Mitteleuropa besorgt zu sein, daß der wiedervereinigte Gigant Deutschland seine Kraft ähnlich ausspielen wollte oder könnte wie seinerzeit das Deutsche Reich. Eher muß ein Übermaß an Furchtsamkeit der gezähmten Deutschen befürchtet werden.

Eine Veränderung dürfte allerdings Platz greifen. Deutschland wird in den mitteleuropäischen Nachbarn einen Kreis von Staaten besitzen, zu denen ein positives "Sonderverhältnis" besteht, falls es sich weiter so vernünftig verhält wie bisher.

Schon jetzt zeigt sich, daß mitteleuropäische Länder wie Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn, Slowenien oder Bulgarien innerhalb der Europäischen Gemeinschaft in Deutschland den besten Sprecher für ihre Interessen besitzen. In bezug auf die NATO gilt dasselbe.

Das ergibt sich aus der Nachbarschaft, es ergibt sich aus der Interessenkongruenz, nicht zuletzt aus der grundlegenden Philosophie bundesdeutscher Außenpolitik, in der Schaffung eines befriedeten, harmonischen und befreundeten Umfeldes ein vorrangiges Ziel zu erkennen. Deutschland kann sich zwar nicht vorrangig als mitteleuropäisches Land definieren, denn es ist nach wie vor primär auf die westeuropäischen, atlantischen und globalen Bezugskreise hin orientiert. Aber es ist auch ein mitteleuropäisches Land - darin von England und Frankreich, von Spanien und Italien unterschieden.

Somit dürfte sich zu den gewachsenen Bezugskreisen einer nach Osten und Südosten hin im ganzen recht stetigen, westorientierten bundesdeutschen Außenpolitik künftig auch ein erneuerter mitteleuropäischer Bezugskreis angliedern. Mit den in der Vergangenheit versunkenen Mitteleuropa-Konzepten hätte dieser freilich nicht mehr viel gemeinsam.

* * *

Nicht einmal ökonomische Dominanz, von der ARON seinerzeit schrieb - Punkt vier unserer Gliederung also - ist heute nach Lage der Dinge noch möglich oder gar wünschenswert. Was eben in bezug auf die insgesamt schwächeren Volkswirtschaften Ostmitteleuropas ausgeführt wurde, gilt erst recht für die entwickelten Volkswirtschaften im OECD-Europa.

Denn auch die wirtschaftlichen Zusammenhänge in Europa - ARONS Stichwort: "mächtige Industrie" - haben sich seit Mitte des Jahrhunderts entscheidend verändert. Vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die Mitte des zwanzigsten ist Deutschland in entscheidenden Bereichen wirtschaftlicher Modernität auf dem Kontinent unbestritten führend gewesen. Dazu zählten Kohle und Stahl, Elektroindustrie, Chemie, bis 1945 auch die Rüstungsindustrie. Doch inzwischen sind die meisten Nachbarstaaten im Westen, Süden und Norden Deutschlands, die großen wie die kleineren, zu sehr leistungsfähigen Industrie- und Handelsstaaten emporgewachsen. Die Bedeutung des Montansektors ist seit Jahrzehnten rückläufig. Auf dem Feld der heutigen Zukunftsindustrien ist keine deutsche Dominanz mehr gegeben. Und da sich alle Beteiligten an multilateral vereinbarte Regelwerke halten, ist die bundesdeutsche Volkswirtschaft heute zwar weiterhin sehr potent, doch im übrigen nur eine komplementäre Volkswirtschaft unter vielen.

Entscheidend war auf seiten aller Beteiligten die Einsicht in den wirtschaftlichen, aber auch den politischen Nutzen solcher multilateral vereinbarter Regelwerke zum Zweck des Management der Interdependenz, wozu GATT und EGKS, EWG und EURATOM gehörten, heute vor allem die Europäische Union. Selbst Ländern gegenüber, die nicht der EWG angehörten wie Österreich oder die Schweiz, hat es die Bundesrepublik sorgsam vermieden, ihre wirtschaftliche Dominanz einseitig auszuspielen.

Wenn in den vergangenen Jahrzehnten Klagen zu hören waren, so nicht wegen eines Übermaßes an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik, sondern zumeist dann, wenn sie wirtschaftlich lahmt. Die Klagen waren am lautesten ausgerechnet nach der Wiedervereinigung, als phantasievolle Geister - die britische Premierministerin zählte zu ihnen - bereits einen nicht zu bremsenden deutschen Wirtschaftsmoloch über den Kontinent stampfen sahen. In Wirklichkeit wurde die wirtschaftliche und finanzielle Kraft des Landes innerhalb der Europäischen Gemeinschaft spürbar schwächer, und wegen der Belastungen durch die innere Wiedervereinigung dürfte sich daran auf absehbare Zeit nicht allzuviel ändern.

Ein Problembereich ist freilich, wie vielfach schon festgestellt, die Währungsfrage, wo die D-Mark seit langem Funktionen einer europäischen Leitwährung wahrnimmt mit allen offensichtlichen Vorteilen, doch auch mit manchen Nachteilen. Wann, wie, mit wem und mit welchen Resultaten die Absicht zu verwirklichen ist, dieses Problem durch eine Europäische Währungsunion zu lösen, steht hier nicht zu erörtern. Immerhin hat sich die Bundesrepublik selbst in diesem heiklen Punkt wirtschaftlicher Dominanz nicht als unsensibel erwiesen. Und man muß doch gerechterweise darauf hinweisen, daß die deutsche Währungsdominanz im EG-Raum schon seit 25 Jahren besteht, alles in allem jedoch eher zum Vorteil als zum Nachteil wirtschaftlicher Stabilität in Europa. Dabei haben die Bundesregierungen und die Bundesbank bis ins Jahr 1993 hinein immer wieder sehr großzügig geholfen, wenn Partnerländer währungspolitisch unter Druck geraten sind.

Ob also die Währungsdominanz für die Umwelt wirklich so unerträglich war, daß Deutschland bei nüchterner Einschätzung der Gegebenheiten die D-Mark zum Zweck der Neidbeschwichtigung und als Beweis seiner Absage an jedes Hegemoniestreben zur Disposition stellen mußte, mag man bezweifeln. Es gibt gewiß ökonomische Argumente für eine Europäische Währungsunion, so wie es gute, nach meinem Dafürhalten noch bessere Argumente dagegen gibt. Aber das politische Argument, hiermit gelte es der Angst vor deutscher wirtschaftlicher Dominanz durch supranationale Einbindung der Währung entgegenzuwirken, ist von allen Argumenten für die Euro-Währung das schwächste.

Ein Problemfeld bildet freilich - wie schon erörtert - das Verhältnis zu den strukturell schwächeren Volkswirtschaften Ostmitteleuropas und Südosteuropas. Nur gilt eben für diesen Bereich, daß die Zuständigkeit für die Außenhandelspolitik ganz eindeutig und ganz unangefochten gar nicht mehr bei Deutschland liegt, sondern bei der Europäischen Union. Soweit Polen, Ungarn oder der Tschechischen Republik handelspolitische Schwierigkeiten erwachsen, resultieren sie nicht in erster Linie aus deutschem Dominanzstreben sondern aus einer defensiven Einstellung und lassen das protektionistische Status-quo-Interesse aller irgendwie betroffenen Länder im EU-Verbund erkennen. Deutschland ist in Sachen Ablehnung von Protektionismus eher noch vorbildlich, jedenfalls verständnisvoller für die Wünsche der östlichen und südöstlichen Partnerländer als etwa Frankreich.

Die Standortgegebenheiten wirken sich zwar aus, auch die deutsche Vertrautheit mit den dortigen Märkten. Aber für unabsehbare Zeit liegt das Schwergewicht deutscher außenwirtschaftlicher Interessen in Europa bei den Volkswirtschaften des westlichen und südwestlichen Umfeldes (also bei den alten und neuen EU-Mitgliedsstaaten) zuzüglich der Schweiz.

* * *

Man zögert fast, den fünften Punkt RAYMOND ARONS - "stolz auf seine militärischen Kapazitäten" - auch nur zu erwähnen.

Alle Besorgnisse, Deutschland könne - "stolz auf seine militärischen Kapazitäten" - nochmals zu einer Sicherheitsbedrohung werden, sind völlig absurd. Im Hinblick auf Militärmacht weist die deutsche Gesellschaft jene eher pazifistische Grundeinstellung auf, die für so ziemlich alle stabilen europäischen Demokratien kennzeichnend ist. Es ist eben in der europäischen Geschichte immer wieder vorgekommen, daß Völker aufgrund von Erfahrung dauerhaft friedlich werden. Im Deutschland scheint sich dieser grundlegende Einstellungswandel zu Krieg und Frieden vollzogen zu haben. Die global verflochtenen, zudem teilweise alternden Industriegesellschaften Westeuropas einschließlich Deutschlands haben allesamt ihre Phase imperialistischer Weltpolitik und der Abenteuer hinter sich. Deutschland ist in dieser Beziehung kein Sonderfall, sondern europäischer Normalfall, eher durch ein Übermaß schwächerer Bedenklichkeiten seine Nachbarn irritierend als durch Übermut.

In der Endphase der Napoleonischen Kriege hatte seinerzeit der französische Liberale BENJAMIN CONSTANT eine Studie des Titels erscheinen lassen: "De l'esprit de conquête et de l'usur-

pation". Darin hat er die altertümlichen, auf militärischer Eroberung und territorialer Kontrolle beruhenden Einstellungen der Vergangenheit mit jenen moderneren Konzepten verglichen, die auf friedlichem Handel, industrieller Produktivität, friedlicher Durchdringung von Märkten und Europa-weitem Wettbewerb beruhen. Immer, wenn weitschauende Geister im späteren 19. und im 20. Jahrhundert eine wünschenswerte Zukunft konzipieren, haben sie die eindeutigen Vorzüge eines interdependenten Europa und einer interdependenten Weltwirtschaft herausgearbeitet.

Dank weitschauender, liberaler amerikanischer Hegemonie und mitgestaltet von gleichfalls weitschauenden Europäern wie Jean Monnet, Konrad Adenauer und Walter Hallstein sind diese interdependenten, teilweise durch supranationale Entscheidungsprozesse verfügten Systeme in dem entscheidenden Zeitraum 1950 bis 1965 in Westeuropa tatsächlich geschaffen worden. In dem Regelwerk erst der Montanunion, dann der EWG ist auch eine gewisse politische Egalisierung der Potentiale erfolgt, die den Kleineren mehr Gewicht gibt als es ihrer ökonomischen Stärke sowie der Bevölkerungszahl entsprechen würde. Die Bundesrepublik war auch bereit, ein politisches Gleichgewicht zu Frankreich, England und Italien hinzunehmen und nach der Wiedervereinigung daran nicht zu rütteln.

Dadurch ist das traditionelle Gleichgewichtssystem in Europa durch ein neues, moderneres Interdependenzsystem ersetzt worden. Gleichgewichtspolitik ist zwar nicht ganz abwesend; doch die politisch und bürokratisch organisierten multilateralen Entscheidungsprozesse überwiegen und vermitteln psychologische Stabilität. Derselbe Vorgang hat sich in der NATO im Bereich der Sicherheitspolitik abgespielt.

Damit sind aber sowohl die direkten als auch die indirekten Sicherheitsbedenken vor Deutschland als auch die Sicherheitsorgen Deutschlands selbst weitgehend irrelevant geworden. Gewiß gibt es innerhalb dieses Systems noch so etwas wie europäische Großmächte. Trotz aller Schwächungen gehören Frankreich und Großbritannien in diese Klasse, erst recht die Bundesrepublik Deutschland. Doch es sind längst keine voll autonomen Mächte mehr, auch wenn besonders Frankreich und England immer wieder gegen den Stachel löcken. Und in weltweiter Hinsicht ist keiner dieser Staaten mit den USA, mit Japan oder - so stellt sich die Zukunft dar - auch nicht mit China vergleichbar.

Man mag zwar die Möglichkeit, aus der EU ein echtes Machtzentrum zu schaffen, unterschiedlich einschätzen. Daß Deutschland, Frankreich oder England ihre Sicherheit nicht mehr autonom gewährleisten können, ist jedenfalls eine Tatsache. Erst recht ist es eine Tatsache, daß von Deutschland auf sehr, sehr lange Sicht keine Sicherheitsbedrohung für die Nachbarn mehr ausgehen kann.

* * *

Ein entscheidender Grund dafür ist natürlich, das bringt mich zum sechsten und letzten Punkt, die Veränderung der Mentalitäten in bezug auf Krieg und Frieden, in bezug auf die Stabilität der Grenzen, in bezug auf die wünschenswerte Fortführung und Vertiefung der Interdependenz, insbesondere die wirtschaftliche Verflechtung und in bezug auf ein Konsens-System im europäischen sowie im nordatlantischen Rahmen.

Die Europäische Union ist so konstruiert, daß selbst ein so großes und, wie die Deutschen meinen, alles in allem doch bemerkenswert leistungsfähiges und solides Land seine Vortrefflichkeiten oder auch seine Irrtümer ändern nicht ohne weiteres aufdrängen kann. Nach Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht ist dies noch weniger möglich als zuvor schon. Und alle mittelfristigen Prognosen lassen zudem auch künftig erwarten, daß Deutschland gar nicht umhin kommt, in der Europäischen Union das primäre Gravitationsfeld seiner wirtschaftlichen und politischen Aktivität zu erkennen. Auch von einem Ende der sogenannten Westbindung kann also selbst auf mittlere oder längere Sicht keine Rede sein.

Es sind somit allein schon die Realfaktoren, die auch das größer gewordene Deutschland weiterhin an jener "neuen außenpolitischen Tradition" festhalten lassen dürften, die mit Stichworten wie Integration, westliche Wertegemeinschaft, Verständigungspolitik zu umschreiben ist. Voraussetzung dafür ist freilich die Entschlossenheit aller Beteiligten, die europäischen und nordatlantischen Stabilitätselemente nicht zerfallen zu lassen. Die Erhaltung und die kluge Fortentwicklung dieser gewachsenen Stabilitätsstrukturen ist eben nicht allein eine Aufgabe Deutschlands, sondern die aller Partner. Doch das Interesse an einer Weiterführung der gewachsenen Zusammenarbeit ist so groß, daß schwer vorstellbar wäre, wie und warum die integrierten Nachkriegssysteme erneut der Gleichgewichtspolitik autonomer Staaten Platz machen sollten.

Entscheidend ist eben letztlich, daß sich nicht allein in der Bundesrepublik das ereignet hat, was RAYMOND ARON in dem schon erwähnten Aufsatz als "conversion spirituelle" bezeichnete - aus Sicht des Jahres 1943 eher eine Hoffnung als eine Wahrscheinlichkeit. Seither aber ist diese "conversion spirituelle" in allen Ländern der EU eingetreten, auch in Frankreich, am wenigsten in Großbritannien. Aber im Prinzip stellt nicht einmal mehr England die gewachsenen Interdependenzsysteme in Frage.

* * *

Der Vergleich mit den Triebkräften deutscher Außenpolitik in den Jahrzehnten des Deutschen Reiches und in unserer post-modernen Gegenwart macht somit klar, daß die Unterschiede sehr viel ausgeprägter sind als die Kontinuitäten der Lage und des Potentials.

Gegenüber dem 1945 zerbrochenen Deutschen Reich ist die Bundesrepublik etwas völlig Neues. Doch auch das europäische Staatensystem im OECD-Raum hat sich im Vergleich mit der ersten Jahrhunderthälfte dank sehr weitgehender Integration qualitativ verändert. Von der Ära Adenauer an bis in unsere Tage hat sich somit die breite Humusschicht einer "neuen außenpolitischen Tradition" abgelagert, in der auch die Außenpolitik des wiedervereinigten Deutschland fest verwurzelt ist.

Welche politischen Schlußfolgerungen sind aus dieser Analyse zu ziehen? Wie sollte sich diese neue Zentralmacht inmitten eines neuen Europas künftig orientieren?

In der öffentlichen Diskussion werden bekanntlich zwei unterschiedliche Konklusionen aus dem Vergleich zwischen Deutschem Reich und Bundesrepublik Deutschland gezogen.

Viele plädieren dafür, daß auch das wiedervereinigte Deutschland mit Blick auf die langen Schlagschatten der zwar schon fernen, aber in der Erinnerung des Inlands und des Auslands doch noch präsenten Vergangenheit alles zu meiden habe, was auch nur von Ferne mit Betonung der eigenen Nationalstaatlichkeit, mit selbstbewußter Artikulation der eigenen Interessen oder gar mit dem Einsatz deutscher Militärmacht zu tun hat, selbst wenn letztere nur im Rahmen von UN-legitimierten Friedenssicherungsmaßnahmen und nur im Bündnis erfolgen sollte. Das wiedervereinigte, größer gewordene Deutschland, so diese Denkschule, soll dies alles so vorsichtig von sich fernhalten wie der geheilte Alkoholiker sich auch den Genuß des kleinsten Tropfens Alkohol zu versagen hat. In der Fluchtlinie solcher Überlegungen liegt die Entschlossenheit, die eigene Staatlichkeit in eine europäische Föderation einzubringen, in der das Europäische Parlament die Funktion einer supranationalen Legislative auszuüben hätte, in der die Brüsseler Kommission die Aufgaben einer europäischen Regierung wahrnehmen könnte und der Europäische Rat zu einem Senat mutieren würde. Hatte der unselige letzte Hohenzoller auf dem deutschen Kaiserthron zu Beginn der "Urkatastrophe" des Ersten Weltkriegs formuliert: "Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!", so wäre dies heute, am Ende eines chaotischen und in seiner ersten Hälfte völlig daneben gegangenen Jahrhunderts umzuformulieren: "Ich kenne keine Nationalstaaten mehr, ich kenne nur noch Europäer."

Andere - nennen wir sie vereinfachend die zweite Denkschule - ziehen aus der Erinnerung an die gescheiterte deutsche Großmacht eine weniger weitgehende Schlußfolgerung. Sie sehen nicht ohne Sorge, daß die in der Bundesrepublik sehr starke Obsession durch falsche Analogien zum Deutschen Reich derzeit zu europapolitischen Kraftakten verleitet, vor denen die Völker der Europäischen Union ebenso zurückschrecken wie die zum Beitritt Bereiten, zu Kraftakten auch, bei denen die deutschen Wähler ihrem politischen Establishment früher oder später nicht mehr zu folgen bereit sein werden.

Das "Europa der Demokratien", so diese andere Sicht der Dinge, ist zwar durchaus integrationsbereit, es hätte ohne Integration überhaupt keine Zukunft mehr, es bedarf auch einer maßvollen Weiterentwicklung der Integration, es wünscht aber nicht, von einem seiner selbst unsicheren Deutschland in eine Föderation hineingepreßt, also gewissermaßen zu seinem Heil gezwungen zu werden.

Indessen wünschen die näheren und fernerer Nachbarn, daß dieses durchaus starke, leistungsfähige Deutschland seine militärischen Potentiale genauso fair in multilaterale Krisenplanung und erforderlichenfalls in friedensschaffende Kriseneinsätze einbringt wie die anderen europäischen Länder dies auch tun - nicht nur europäische Großmächte von der Tailleweite Frankreichs oder Englands, sondern auch die Niederlande, Belgien und Dänemark.

In dieser Sicht der Dinge ist das moderne Deutschland eine durchaus berechenbare, relative, voll Europa-verträgliche Größe, von der eher umsichtige Konsolidierung und maßvolle Fortentwicklung des integrationspolitisch Erreichten zu wünschen wäre als ein Übermaß föderalistischer Ruhelosigkeit.

Wie wir wissen, dominiert die zuerst genannte Schlußfolgerung derzeit in der bundesdeutschen Öffentlichkeit; möglicherweise ist aber die zuletzt genannte richtiger. Belassen wir es indessen bei diesen Hinweisen, denn bei außenpolitischen Zukunftsentwürfen ist Unsicherheit ganz unvermeidlich und somit auch Kontroversen über den richtigen Weg.

Welche Schlußfolgerungen man aber auch immer ziehen mag, wesentlich ist erst einmal, daß die Lagebeurteilung stimmt, und in dieser Hinsicht ist der Vergleich zwischen den außenpolitischen Bedingungen der Bundesrepublik und denen des Deutschen Reiches von Nutzen. Dieser zeigt aber: die Bundesrepublik Deutschland ist ein ganz neuer Wurf der deutschen Geschichte, ihre Außenpolitik gestaltet sich in einem zumindest in Westeuropa und Mitteleuropa fundamental reformierten Staatensystem, diese deutsche Außenpolitik ist von einem neuen Geist bewegt, und so hat sich schon längst das ausgebildet, was man eine "neue außenpolitische Tradition" nennen darf. Darauf läßt sich weiterbauen. Das Deutsche Reich aber mit seiner Größe, seinen Möglichkeiten, seiner Hybris, seinen Greueln und seinen Katastrophen ist schon lange historisch geworden, zwar noch nicht im Lethestrom des Vergessens versunken, aber von unserer Welt am Ende des 20. Jahrhunderts doch schon sehr, sehr weit entfernt.

Summary

In which way does the foreign policy of the re-united Germany differ from that of the German Reich?

With recourse to an analysis by RAYMOND ARON, an expert on Germany, a comparison is drawn between factors determining the foreign policies of the German Reich and the Federal Republic of Germany, which shows up crucial discontinuities between the German and the European world before and after 1950: 1). In an ageing, status-quo orientated federal German population the demographic factor becomes a key determinant for the impossibility of belligerent adventures. 2). In any case, of only of relative importance to the EU home market, German borders have never been more willingly accepted by Germany and its neighbours than they are now. 3). As a result of a westward orientation and Germany's involvement in international organizations, former concepts of Central Europe under German hegemony have been abolished. The term „Zentralmacht Europas“ („Central Power of Europe“), which the author has coined for the German Federal Republic, shows

that its modern task is that of a strong centre working for intelligent, energetic reconciliation. 4). As just one complimentary economy among many, Germany is no longer economically dominant. 5). Thanks to politically and bureaucratically organized, multilateral decision-making processes, a modern European system of interdependency also imparts psychological stability. 6). Last but not least, the new foreign policy tradition of Germany draws on the change in mentality of all concerned, and their resolve to preserve European and North Atlantic elements of stability.

Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz
Seminar für Politische Wissenschaft
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität
Lennéstr. 25
D-53113 Bonn

Zentralismus und Regionalismus in der nationalsozialistischen Siedlungspolitik 1939-1945

Auf der Landesplanertagung der Reichsstelle für Raumordnung vom 13.-15. Dezember 1940 in Zoppot bei Danzig kennzeichnete Ministerialdirektor Dr. ERNST JARMER die zukünftigen Aufgaben sehr präzise folgendermaßen (JARMER 1941, S. 1-2): „Nachdem durch die Taten der Wehrmacht die Raumege des Reiches überwunden ist und nunmehr dem deutschen Volke ein größerer Lebensraum zur Verfügung steht, sollen nicht planlos deutsche Menschen in den neuen Ostgebieten angesiedelt werden; vielmehr soll der Aufbau des Ostens zu einer Gesundung solcher Verhältnisse des Altreiches führen, die sich durch die Raumege nachteilig entwickelt haben. In seiner Raumnot war das deutsche Volk gezwungen, selbst schlechtesten Boden landwirtschaftlich zu nutzen und häufig gewerbliche Verhältnisse zu dulden, die an sich nicht als wünschenswert bezeichnet werden konnten. Wollen wir jetzt, wie es selbstverständlich ist, das deutsche Reichsgebiet in seinem ganzen Umfang mit deutschen Menschen füllen, müssen wir überall rationalisieren, d. h. ungesunde landwirtschaftliche und gewerbliche Verhältnisse bessern, um auf diese Weise die Menschen frei zu bekommen, die wir für den Osten brauchen.“

Mit der Siedlungspolitik des Dritten Reiches in den im Zweiten Weltkrieg vorübergehend hinzugewonnenen Gebieten sowie innerhalb des Altreiches haben sich in der letzten Zeit mehrere Veröffentlichungen befaßt, wobei die Zielrichtungen sich unterscheiden (vgl. z. B. ESCH 1992; FEHN 1990, 1991, 1992a, 1992b, 1995 und 1996; GRÖNING/WOLSCHKE-BULMAHN 1987; MESSERSCHMIDT 1991; MÜNK 1993; RÖSSLER/SCHLEIERMACHER [Hg.] 1993; SMIT 1983; WASSER 1993). Weitere Publikationen sind in der nächsten Zeit zu erwarten, z. B. HARTENSTEIN. Eine wichtige Frage ist aber bei all diesen Forschungen jeweils gar nicht oder nur sehr am Rande gestellt worden: die Frage nämlich nach dem Grad der Berücksichtigung von regionalen Gesichtspunkten bei der Schaffung neuer deutscher Kulturlandschaften. Ihre Beantwortung soll hier in der gebotenen Kürze versucht werden. Dabei muß sowohl auf die regionalen Elemente innerhalb des Deutschen Reiches nach dem Gebietsstand von 1937 als auch auf diejenigen außerhalb des Altreiches geachtet werden.

Die Siedlungsmaßnahmen des Dritten Reichs vor dem Herbst 1939 waren notgedrungen defensiv und durch die Gegebenheiten eingeschränkt (vgl. dazu FEHN 1991). Die Planer hatten es bis dahin mit einem deutschen Volksgefüge und einer deutschen Kulturlandschaft zu tun, die zwar nicht optimal im Sinne der nationalsozialistischen Vorstellungen von Volks- und Raumordnung erschienen, deren grundsätzliche Verbesserung aber der Zukunft überlassen werden mußte. Es wurden nur Einzelmaßnahmen durchgeführt wie z. B. die Förderung der Notstandsgebiete (FROESE 1939; FEHN 1995). In zahlreichen Veröffentlichungen der Zeit zwischen 1933 und 1939 wurde die Raumege als Grund für die nicht zu überwindenden Probleme bei der Realisierung der weitgespannten Neuordnungspläne genannt. In diesem Zusammenhang tauchten immer wieder mehr oder weniger deutliche Hinweise auf Siedlungsmöglichkeiten im Osten außerhalb der Reichsgrenzen auf (SCHÖPKE 1935). Inwieweit die konkrete Siedlungspolitik der NS-Zeit innerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs vor dem Herbst 1939 durch Spekulationen auf Raumgewinn im Osten beeinflußt war, ist in der Forschung umstritten. Sicherlich sahen viele Planer in der Binnensiedlung nur einen Notbehelf; dies bedeutet aber noch nicht automatisch, daß bei den konkreten Tagesplanungen bereits ständig an den „Lebensraum im Osten“ gedacht wurde.

Dies änderte sich grundlegend nach dem Ende des Polenfeldzugs. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die vom Dritten Reich eroberten oder durch massiven Druck hinzugewonnenen Räume ganz unterschiedlich bewertet wurden (WÄCHTER [Hg.] 1941). Österreich und das Sude-

tenland galten als alter deutscher Kulturboden mit deutschen Menschen und einer deutschen Kulturlandschaft. Dem inneren tschechisch besiedelten Böhmen und Mähren wurde zunächst eine völkische Sonderstellung innerhalb des Großdeutschen Reiches zugestanden; nach dem Beginn des Rußlandfeldzugs tauchten aber immer häufiger Überlegungen auf, die auf eine „Eindeutschung dieses mitteleuropäischen Zentralgebiets“ zielten. Für Westpolen bestanden von Anfang an derartige Pläne, die jedoch nach dem Beginn des Rußlandfeldzugs mehrfach modifiziert wurden. Zunächst sollten die sog. „Eingegliederten Ostgebiete“ in ein deutsches Land mit deutscher Bevölkerung und deutscher Kulturlandschaft umgewandelt werden und das Generalgouvernement unter deutscher Oberherrschaft polnisch besiedelt bleiben, wobei die aus den eingedeutschten Gebieten ausgewiesenen Polen zusätzlich aufzunehmen gewesen wären (DU PREL 1942). Später gab es aber auch Pläne für eine deutsche Besiedlung des Generalgouvernements einschließlich des Distrikts Galizien. Die Pläne für die nach dem Beginn des Rußlandfeldzugs eroberten Gebiete waren wesentlich vager als diejenigen für die westpolnischen Territorien; sie widersprachen sich sogar in ganz grundlegenden Punkten (vgl. dazu u. a. FEHN 1991).

Im Zentrum der Aktivitäten nach 1939 stand wie schon ausgeführt die Vorstellung, für den „deutschen Menschen“ eine „deutsche Kulturlandschaft“ zu schaffen. Hiermit war eine doppelte Abgrenzung verbunden: nach außen gegen alles Nichtdeutsche und nach innen gegen das historisch gewachsene Stammesgefüge. Es ist hier nicht möglich, im Detail auf die unterschiedliche Einstellung zu den einzelnen europäischen Völkern einzugehen (GIORDANO 1989). Es muß aber festgehalten werden, daß die Skala von den zu germanisierenden Gebieten über die völlig abhängigen Völker im deutsch beherrschten Großraum und den artverwandten Völkern mit einer gewissen Selbständigkeit bis zu den befreundeten selbständigen Nationen reichte (BEST 1941; NEULEN 1987; RITTERBUSCH 1940). Das Respektieren von regionalen Eigenheiten für die Russen, die Polen und die Tschechen findet sich zwar in zahlreichen offiziellen Verlautbarungen; tatsächlich handelt es sich dabei aber nur um ein taktisch bedingtes Lippenbekenntnis. Sie waren ausschließlich Verfügungsmasse, die auch beliebig transferiert werden konnte. Im Gegensatz dazu wurde zumindest die kulturelle Eigenständigkeit von Völkern wie den Kroaten anerkannt und in speziellen Publikationen auch spektakulär herausgestellt (FEHN 1991; MÜNK 1993; RÖSSLER 1990). Politisch und wirtschaftlich waren sie aber total abhängig.

An dieser Stelle müssen kurz einige Ausführungen zu dem Lebensraumkonzept des NS-Regimes eingefügt werden. Es herrschte offiziell die Meinung, daß es einen deutschen Lebensraum gebe, der sich schon äußerlich von den Lebensräumen der anderen Völker unterscheidet. Im „Handbuch für die Schulungsarbeit in der Hitlerjugend“ von 1937 mit dem Titel „Vom deutschen Volk und seinem Lebensraum“ findet sich hierzu folgende Definition (BRENNECKE [Hg.] 1937): „Als deutschen Raum bezeichnen wir jenes Gebiet Mitteleuropas, das von deutschen Menschen in bodenständiger Siedlung bewohnt wird und das sein kulturelles Gepräge vom deutschen Volk erhalten hat“. Dieses Gebiet war nach Aussage des Handbuchs 1937 dreigeteilt in

1. das Deutsche Reich als Staatsgebiet des deutschen Volkes,
2. den deutschen Volksboden, wozu alle deutschsprachigen Gebiete gezählt wurden und
3. den deutschen Kulturboden, der sein geschichtliches Bewußtsein, seine Kultur und sein völkisches Wesen vom deutschen Volk erhalten hat.

Als wichtige Kriegsziele wurden dementsprechend die Neuorientierung der verschiedenen Grenzen in die richtige Reihenfolge: Volksgrenze, Kulturgrenze, Staatsgrenze sowie die Beseitigung von fremdvölkischen Einsprengseln im Volksboden, die Intensivierung der kulturellen Überformung durch die Deutschen im Kulturboden sowie die Installierung einer stabilen Wehrgrenze genannt. Alle diese Maßnahmen richteten sich primär nach Osten. Die Grenzen nach Norden, Westen und Süden wurden im wesentlichen respektiert. Ausnahmen waren Südtirol, wo aus politischen Gründen altes Siedlungsgebiet aufgegeben wurde wie auch schon bei der Umsiedlung der Volksdeutschen aus dem sowjetisch beherrschten Gebiet Polens in die sog.

Eingegliederten Ostgebiete, sowie Lothringen, wo es zu einer Verschiebung der Sprachgrenze durch Aussiedlung der einheimischen nichtdeutschen Bevölkerung kam (WEILAND 1943; KETTENACKER 1973). Schwer faßbar sind Pläne für ähnliche Maßnahmen in Burgund, das gelegentlich als uralter Bestandteil des Deutschen Reiches bezeichnet wird, und den Niederlanden. Das kontinentale Europa sollte insgesamt ein Großraum unter deutscher Führung sein. Das 1935 geäußerte Versprechen, daß eine Großraumbildung nicht mit dem Einschmelzen anderer Völker verbunden sei (LUDOVICI 1935), war inzwischen als Propaganda entlarvt worden.

In den zeitgenössischen Publikationen wurde kontinuierlich von der deutschen Kulturlandschaft gesprochen, die in den neugewonnenen Gebieten geschaffen werden sollte. Dahinter stand die Vorstellung, daß zu den rassisch bedingten Fähigkeiten des deutschen Menschen auch das optimale Gestalten einer artspezifischen Kulturlandschaft gehöre. Diese Kulturlandschaft spiegele den hohen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungsstand, aber auch das einführende Verständnis für die Naturgegebenheiten wider. Es wurde an verschiedenen Stellen betont, daß das deutsche Volk als erstes Volk der Geschichte konsequent daran gehe, sich eine bis in die letzten Kleinigkeiten stimmige Lebens- bzw. Heimatlandschaft zu schaffen (vgl. u. a. LIEDECKE 1940; MEYER 1941; WIEBKING-JÜRGENSMANN 1941; GEISLER 1942; SCHÜRMMANN 1943).

Bei der Gestaltung der Landschaft richtete man sich meist unbewußt nach älteren Vorbildern (MÄDING 1942). Nur selten findet sich eine Reflexion darüber, ob die angestrebte deutsche Landschaft schon einmal bestanden habe und nur „verdorben“ wurde, oder ob sie erstmalig entstehen würde. E. MÄDING bekannte sich ausdrücklich zum Stand Anfang des 19. Jahrhunderts, da dieser das Endergebnis eines langen Kultivierungs- und Reifungsprozesses gewesen sei (MÄDING 1942). Ausgehend von der Maxime, daß die allgemeinen Gesetze aus Volk, Raum und Landschaft für den gesamten deutschen Raum Geltung beanspruchen, fiel es den Planern schwer, regionale Sondergestaltungen zu akzeptieren. Immerhin wurden sie offiziell vorgesehen. So heißt es einmal ausdrücklich: „Für einzelne Landschaftsräume sind besondere Richtlinien zu entwickeln, nach denen der Aufbau durchzuführen ist“. Die Grundlagen für gewisse räumliche Differenzierungen bildeten einerseits die naturräumlichen Gegebenheiten, z. B. die Gliederung in Hochgebirge, Mittelgebirge und Flachland, und andererseits die historische Entwicklung, die zu unterschiedlichen Haus- und Siedlungsformen geführt hatte. Dies bedeutete aber keinesfalls eine positive Einstellung zu den historisch gewachsenen Elementen in ihrer ganzen Vielfalt, sondern nur die Berücksichtigung markanter Eigenheiten, die nach der Meinung der Planer gemeinschaftsbildend waren. Die „Konservierung früher berechtigter stammesmäßiger Gestaltungsunterschiede“ wurde als nicht sinnvoll abgelehnt und einer „Weiterentwicklung auf fortschrittlicher Grundlage“ das Wort geredet (MÄDING 1942). Mit dieser Einstellung wollten die Planer die gewünschte Vereinheitlichung erreichen, ohne durch überzogene Typisierung allzu große Widerstände hervorzurufen. Für Nieder-, Mittel- und Oberdeutschland gab es genügend Anhaltspunkte für die Ausbildung von großregionalen Typen; für den Osten war dies wesentlich schwieriger. An die heimische Tradition wollte man sich nicht anlehnen, da diese entweder polnisch war und deshalb keinesfalls in Frage kam, oder volksdeutsch, was ein Eingehen auf zu viele unterschiedliche kleinräumige Traditionen bedeutet hätte. Immerhin wurden genauere Überlegungen für vier Auswahlgebiete angestellt: die schlesische Gebirgslandschaft, das leicht hügelige Gelände im Kreis Liebenau, die Wartheniederung und das untere Weichselgebiet (vgl. hierzu HARTENSTEIN 1996). Eine grundsätzliche Entscheidung, inwieweit naturlandschaftliche Gesichtspunkte oder die Traditionen der Zuwanderer den Ausschlag geben sollten, wurde aber nicht gefällt.

Alle Planungen für den sog. Neuen Deutschen Osten wurden von Anfang an in eine umfassende Raumordnung eingebettet, die auch die Auswirkungen auf das Altreich zu bedenken hatte. Die Leitvorstellungen sollten langfristig auch für das Altreich verbindlich werden, da ja für das gesamte Großdeutsche Reich einheitliche Lebensbedingungen angestrebt wurden. Der „gesunde und leistungsfähige Gesamtorganismus des Deutschen Reiches“ war das Ziel, das

nicht durch einzelne Verbesserungen, sondern durch tiefgreifende Maßnahmen erreicht werden sollte. Im Gegensatz zum sog. Neuen Deutschen Osten, wo die zukünftige Neugestaltung sozusagen auf der grünen Wiese geplant wurde, da die Interessen der polnischen Bevölkerung überhaupt nicht und diejenigen der volksdeutschen nur sehr eingeschränkt berücksichtigt wurden, sollten im Altreich zumindest genaue Bestandsaufnahmen der gegenwärtigen Verhältnisse und Wunschbilder für die zukünftige Struktur erarbeitet werden. Zur Vorbereitung der Maßnahmen für das Altreich begannen 1940 Untersuchungen für zahlreiche über das ganze Land verteilte sog. Richtgemeinden, Ortschaften, die jeweils als typisch für bestimmte Räume galten (NEUNDÖRFER 1940). Ob zu gegebener Zeit eine Entscheidungsfreiheit für den einzelnen Siedler bestanden hätte, den aufgrund der wissenschaftlichen Untersuchungen vorgeschlagenen Maßnahmen zu folgen oder nicht, erscheint fraglich. Vermutlich hätten die Verantwortlichen Mittel und Wege gefunden, um das vorgesehene Gesamtkonzept lückenlos zu verwirklichen. Widerstände gegen die Aufgabe der Heimat und die Umsiedlung in ein mit vielen Vorurteilen behaftetes Gebiet wie Ostmitteleuropa gab es zumindest in den westlichen Teilen des Reiches genug (FEHN 1991).

EWALD BANSE definierte 1929 die Deutschen als eine seelische Gemeinschaft auf verschiedenrassiger Grundlage unter nordisch-dalischer Führung, die der eindeutig abgrenzbaren deutschen Landschaft zutiefst verbunden ist, die deutsche Zunge spricht und sich freudig zum Deutschtum bekennt (BANSE 1929). Diesen Wesensdeutschen stellte er Auchdeutsche innerhalb von Deutschland und die Vertreter der weniger wertvollen Völker in der Nachbarschaft, zwischen denen die Deutschen eingekleint seien, gegenüber. Interessanterweise richtete sich sein Zorn aber nicht nur gegen die „Niedertracht der Nachbarn“, sondern auch gegen die „Zwie-tracht der Stämme“. Damit ist eine Auseinandersetzung angesprochen, die sich in unterschiedlicher Intensität durch die gesamte NS-Periode zieht. In dem 1935 erschienenen Werk „Deutsches Volk - deutsche Heimat“ wird das Problem durch die Konstruktion eines gesamtdeutschen Überbaus der deutschen Kulturlandschaft über dem unterschiedlichen Unterbau der bäuerlichen Stammeslandschaften gelöst (Deutsches Volk - Deutsche Heimat 1935). Die Verfasser sind davon überzeugt, daß es trotz aller boden- und blutsmäßig bedingten Mannigfaltigkeit eine erkennbare Einheitlichkeit der deutschen Kulturlandschaft gebe. Der führende Reichsplaner J. W. LUDOVICI beschäftigte sich Mitte der 30er Jahre ebenfalls eingehend mit dem Verhältnis von Zentralismus und Regionalismus in der Siedlungsplanung (LUDOVICI 1935 und 1936). Er betonte nachdrücklich die Bedeutung der übergeordneten Reichsplanung bei der Ausgestaltung der deutschen Landschaft. In der Vielgestaltigkeit dieser Landschaften sah er sowohl Negatives als auch Positives. Einerseits müßte das „furchtbare Erbe des liberalen Zeitalters“ beseitigt werden; andererseits müßten „die gesunden traditionellen Elemente, die das Wesen des Reiches mitbestimmen, auch im Siedlungswerk ihren Ausdruck finden“. Wichtig sei die Herausfilterung von praktisch verwendbaren schönen traditionellen Elementen, um sie in die Reichsplanung zu integrieren. KONRAD MEYER sah dies in seinen Ausführungen zum „Verhältnis von Raumforschung und Geographie“ auf dem Geographentag in Jena 1936 ähnlich (MEYER 1936). Er forderte eine Neuordnung des gesamten deutschen Raumes. Die deutschen Stämme und die deutschen Landschaften seien Glieder im Gesamtorganismus des Reiches, deren Wert nur im Hinblick auf den Gesamttraum bestimmt werden dürfe (vgl. dazu auch das Nachwort zum Geographentag mit dem Titel „Geographie und Raumforschung“). Abgesehen davon mache aber die Mannigfaltigkeit der Erscheinungen im deutschen Raum die Dezentralisation der Raumforschung notwendig. Auch in der offiziellen Veröffentlichung „Bayern im ersten Vierjahresplan“ (Bayern 1937) wird vom gesunden Stammesgefühl gesprochen, das nichts mit Partikularismus zu tun habe; die Verbundenheit aller deutschen Stämme, die jeweils besondere Aufgaben hätten, sei die Basis für den deutschen Einheitsstaat. Wichtig erscheint die Bemerkung, die Umstellung im Denken sei wichtiger als die territoriale Neuordnung, die sich als „Schlußstein einer natürlichen organischen Entwicklung“ ergebe (vgl. hierzu auch FISCHER-GEISTBECK 1943).

Die deutschen Stämme sind ausdrücklich in der Weimarer Verfassung erwähnt. Dort ist auch die notwendige Neugliederung des Reiches angesprochen, die jedoch bis 1933 nicht zustandekam. In der NS-Zeit wurde die Diskussion zunächst fortgesetzt, 1935 jedoch auf Befehl HITLERS ausgesetzt. So blieb dieses Problem bis 1945 ungelöst, woran auch die Verfestigung der Gaueinteilung wenig änderte (WAGNER 1971). Die Vorstellungen von der Binnengliederung des Deutschen Reiches gingen weit auseinander. Sie reichten von primär wehrtechnisch bedingten Raumeinheiten über wirtschaftlich-verwaltungstechnische Funktionsräume bis zu historisch gewachsenen Kulturräumen als Einheiten von Volk und Raum. Dabei zeigte sich immer deutlicher, daß Nationalismus und Rassismus auf der einen Seite und völkisches und raumorientiertes Denken auf der anderen Seite eigentlich unvereinbar sind und das Schlagwort „Einheit in der Vielgestaltigkeit - Vielgestaltigkeit in der Einheit“ nichts mehr als eine Floskel war (HOPSTER/WIRRRER 1994). Es kam zu einem Kompromiß zwischen einem immer stärker werdenden Zentralismus und dem eigenständigen historisch fundierten Regionalismus, der hauptsächlich in symbolischen Zugeständnissen an regionale Traditionen bestand. In welche Richtung die Überlegungen bestimmter Kreise auch im Bereich der Reichsplanung zielten, zeigen sehr anschaulich zwei Aufsätze von C. G. HARKE über den „Ostharzraum als Kernraum der deutschen Volkslandschaften“ und den „Niederelberaum als Lebensinheit und Kernlandschaft Niedersachsens“ (HARKE 1935a, 1935b, 1936). Er propagierte „geopolitisch richtig abgegrenzte innere Landschaften“, die er „Volkslandschaften“ nannte, und sprach von einem „geopolitisch-biologisch gesunden Zellenstaat“. HARKE nannte die Wiedervereinigung der Stammes- und Landschaftskräfte im Staatsbau eine der für die Zukunft wichtigsten Forderungen.

Einleitend wurden die Äußerungen von E. JARMER wiedergegeben, der die Siedlungsaufgaben des Deutschen Reiches nach dem Ende des Polenfeldzuges kennzeichnete. Ganz ähnlich formulierte KARL NEUPERT 1941 die beiden Hauptaufgaben für die „Gestaltung der deutschen Besiedlung“ (NEUPERT 1941):

- „1. Umbau des Altreiches unter Zugrundelegung des für den Osten entwickelten und dort gestalteten Zielbildes der deutschen Siedlungslandschaft und unter Berücksichtigung der im Altreich gegebenen jeweiligen Besonderheiten der verschiedenen Siedlungsräume“.
- „2. Die Gestaltung des deutschen Ostens. Die Schaffung eines deutschen Lebensraumes im Osten erfordert unter Beachtung der landschaftlichen Grundzüge die völlige Neugestaltung nach politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Forderungen“.

Es soll im folgenden näher beleuchtet werden, inwieweit die zentralen Vorstellungen, die am Modell „Neuer Deutscher Osten“ gewonnen wurden, sich auf die regionalen Strukturen im Altreich ausgewirkt haben, und inwieweit unterschiedliche regionale Vorstellungen aus dem Altreich in die Planung für den „Neuen Deutschen Osten“ Eingang gefunden haben (vgl. dazu FEHN 1990). In mehreren Veröffentlichungen wurde gefordert, daß die Umgestaltung des Altreiches anders ablaufen müsse als diejenige der neuen Ostgebiete (BUSCH 1943; NEUNDÖRFER 1940; vgl. dazu auch FEHN 1995). Es finden sich Hinweise auf die traditionellen Bindungen seelischer, moralischer, völkischer und wirtschaftlicher Art. Es müsse deshalb möglichst schonend alles Ungesunde ausgeplückt werden, so daß sich das Übrige normal entfalten könne, und es dürfe nicht von unten rein nach der Theorie neu aufgebaut werden, wenn es nicht zu sehr schädlichen Folgen kommen solle. Einigkeit bestand darüber, daß die meisten bisherigen Aktivitäten zur Gewinnung neuer Siedlungsstellen aufgegeben werden sollten, da nun bessere Möglichkeiten im Neuen Deutschen Osten gegeben seien (KANN 1942). Hinderlich seien die großen Hemmungen vor allem der westdeutschen Siedler, sich aus der vertrauten Umgebung, dem bisherigen Lebenskreis, der völkischen Stammesart zu lösen und in ein derart weit entferntes Gebiet abzuwandern. Es gab aber auch Stimmen, die eine zentrale Steuerung für eine erfolgreiche Durchführung der Übersiedlung in den Osten als unerlässlich ansahen, obwohl sie nicht so weit gingen, von Zwang zu reden. An anderer Stelle wird im Gegensatz dazu ausdrücklich auf die Freiwilligkeit hingewiesen. Ein wichtiger Gesichtspunkt kam noch aus dem

militärischen Bereich. Wegen der großen Nähe dichtbesiedelter, durch Vertreter anderer Völker besiedelter Gebiete wurde davor gewarnt, die Grenzgebiete im Westen zu sehr zu entleeren. Dort könne kein breites militärisches Vorland gebildet werden (FEHN 1995). Schließlich wurde auch *expressis verbis* daran erinnert, daß Bodenständigkeit und Heimatliebe zu den fundamentalen Werten der nationalsozialistischen Weltanschauung gehörten. Wie diese Vorstellungen mit den Zielen der Raumordnung in Einklang zu bringen waren, bleibt offen. Immerhin definierte KURT BRÜNING als Aufgabe der Raumordnung, die Wege aufzuzeigen, die zu einer artgerechten volkspolitisch gesunden Zuordnung von Raum und Volk führen (BRÜNING 1944). WILHELM BUSCH sprach von der „Erfüllung und Gestaltung des größeren Lebensraumes nach den Ansprüchen der unserer Rasse gemäßen Lebensordnung“ (BUSCH 1943).

Zur Gestaltung der neuen Gebiete im Osten wurden mancherlei Überlegungen angestellt, die sich auch mit der Frage beschäftigten, inwieweit Erfahrungen des Altreiches hier zum Tragen kommen könnten (SCHULTE-FROHLINDE 1940; Planung und Aufbau im Osten 1941/-1942; NEUPERT [Hg.] 1940-42). Die Vorstellungen drifteten nicht unwesentlich auseinander. Eine Richtung favorisierte die Vorstellung, daß sich die „Einheiten des deutschen Volksaufbaus“ nach Osten ausdehnen sollten. Dabei stand meist eine diffuse Vorstellung von „stammesmäßigen und landschaftlichen Zusammenhängen“ dahinter, da meist von Nieder-, Mittel- und Oberdeutschland gesprochen wurde. Diesen Großräumen („Blöcken“) wurden bestimmte Siedel-, Flur- und Hausformen zugeordnet, die dann im Neuen Deutschen Osten in einer modernisierten Fassung realisiert werden sollten (MEYER [Hg.] 1942). Eine wie es heißt mechanische Übertragung bestimmter Gebiete an Stämme wie z. B. an Bayern, Niedersachsen, Schwaben wurde abgelehnt. Es müßten vielmehr geeignete größere zusammengehörige Gruppen geschlossen angesiedelt werden. Entscheidend sei dabei das Zusammengehörigkeitsgefühl, der gemeinsame kulturelle, d. h. seelische Besitz, das das Bewußtsein vermittele, so gut wie in der alten Heimat zu sein (NEUPERT [Hg.] 1940-42). WIEPKING-JÜRGENSMANN regte in diesem Zusammenhang an, nicht nur auf das rassische Potential zu achten, sondern die kulturlandschaftformende Leistung einer Gruppe über Generationen hinweg als Auswahlkriterium heranzuziehen (WIEPKING-JÜRGENSMANN 1940). Einen guten Ansatzpunkt biete dabei die kolonialisatorische Leistung einer ganzen Landschaft über Generationen hinweg. Die Ansiedlung einzelner Siedler, die wahllos aus dem ganzen Reich zusammengezogen worden seien, müßte zur seelischen Verkümmern führen. Es dürften aber keine neuen partikularen Absonderungen entstehen, sondern vielmehr geschlossene Lebenszellen heimatlich-volkhaften Charakters. Insgesamt handelte es sich um ein Konzept, das aus drei Komponenten bestand (MEYER [Hg.] 1942):

1. Siedlungsbeziehungen zwischen den unteren räumlichen Einheiten (etwa in der Größe eines Landkreises), um eine wirkliche Dichte der Wechselbeziehungen zwischen dem Reich und dem Neuen Deutschen Osten zu erreichen.
2. Wahrung der großen stammesmäßigen und landschaftlichen Zusammenhänge. Den alten Siedlungsströmen entsprechend sollten die Niederdeutschen vorwiegend in den Niederungsgebieten von Warthe und Weichsel, die Mitteldeutschen in den mittleren Ostgebieten und die Oberdeutschen in den gebirgigen Gegenden angesiedelt werden.
3. Niederlassung der Zuwanderer in dem ihrer Herkunft entsprechenden Block. Die Siedlungsformen sollten aus den Großräumen, nicht aus den Kleiräumen heraus entwickelt werden, um eine Überbetonung unproduktiver landsmannschaftlicher Eigenheiten und damit eine Atomisierung zu verhindern (SCHACHT [Hg.] 1943).

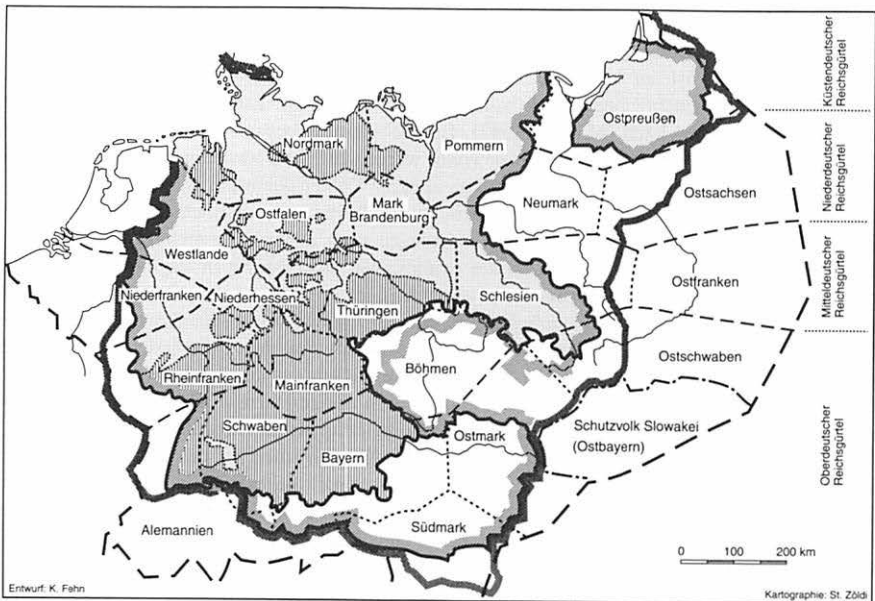
Insgesamt sei die Entstehung eines neuen Raumes, von Ostdeutschland, anzustreben; hierfür müßte auf allen Gebieten unter Berücksichtigung von Traditionen und landschaftlichen Gegebenheiten Neues entwickelt werden. Die Verbindung heimatlicher Formen mit den neuen Verhältnissen war weniger als eine Übertragung von Traditionen zu verstehen, sondern als eine emotionale Verwurzelung, die das raschere Eingewöhnen erleichtern sollte. Die Aufgabe, bestimmte typische Siedlungsformen nach der Eigenart der Siedlungsgruppen zu entwickeln, wur-

de zwar gesehen, aber nicht mehr umfassend in Angriff genommen. Auch hier kam es wieder darauf an, die landschaftliche und völkische Eigenart zu berücksichtigen, „soweit sie auf lebendigen Grundlagen beruhen“, wie E. MÄDING betonte (MÄDING 1942).

Nach MÄDING ist der Lebensraum das auskömmliche Land, in dem sich das Volk seiner biologischen Kraft entsprechend zur Erhaltung seiner Art und zur Erhaltung seines Wesens frei entfalten und ausleben kann (MÄDING 1942). Der Lebensraum bestehe aus dem Lebensraum im engeren Sinne, der von den Deutschen bewohnt werde, und dem weiteren Lebensraum, wozu noch die mittelbar einbezogenen Lebensräume anderer Völker gehörten. In diesem Raum habe das Deutsche Reich politisch, organisatorisch, kulturell und wirtschaftlich die Führung inne. Dieser Forderung nach biologisch richtigen Grenzen nach außen entspreche eine ebensolche nach innen für die Verwaltungsgrenzen des Staates, die leider häufig in trägem Festhalten an nicht mehr lebensmächtige Überlieferung vernachlässigt worden seien, statt sie zur Abgrenzung völkischer Eigenart in der Landschaft zu benutzen. Als wichtigste Siedlungsaufgabe stellte MÄDING die Gestaltung der deutschen Siedlungslandschaft und der angegliederten Ostgebiete durch die Deutschen selbst heraus. Es folgten die Gestaltung der deutsch besiedelten Zonen in den besetzten Ostgebieten. Die Gestaltungsaufgaben im übrigen europäischen Großraum hätten die dort lebenden Völker zu erledigen, wobei gewisse allgemeine Gesichtspunkte bei der Gestaltung der Landschaft zu berücksichtigen seien. Im Altreich sollte auf der Grundlage der von der Raumordnung anzustellenden Untersuchungen und unter Berücksichtigung der regionalen Bevölkerungsdichte die im Einzelgebiet wünschenswerte Bevölkerungsdichte festgelegt, von dort aus das Siedlungsbild entwickelt und schließlich auf lange Sicht der Umbau des Siedlungskörpers vorgenommen werden.

Bei den umfassenden Recherchen für seine Dissertation über die geplanten neuen Dorflandschaften in den sog. eingegliederten Ostgebieten ist MICHAEL HARTENSTEIN im Bundesarchiv Koblenz auf verschiedene sehr aufschlußreiche Denkschriften und Kartenskizzen des Referenten der Reichsstelle für Raumordnung Dipl.-Ing. HEINRICH DÖRR aus den Jahren 1943 und 1944 zum „raumpolitischen Gefüge des Reiches“ gestoßen¹⁾. DÖRR legte ein Konzept für ganz Europa mit dem beherrschenden Kern des Großdeutschen Reiches vor. Staatsraum und Volksraum sollten sich decken. Dementsprechend umgrenzte der Verfasser einen Zentralraum, „dem die biologische Kraft unseres Volkes gewachsen ist“, der über kurz oder lang ausschließlich von Deutschen bewohnt werden würde, und wandte sich gegen die „vagen Experimente von haltlos in den weiten ungegliederten Ostraum vorgetriebenen Siedlungsspitzen“. Die Nachbargebiete seien wirtschaftlich und militärisch zu durchdringen; Europa insgesamt bezeichnete DÖRR als ein Großreich und eine auf ein starkes (deutsches) Zentralvolk ausgerichtete Völkerfamilie. Im Zusammenhang dieser Studie interessieren besonders die Ausführungen und Kartenskizzen zu der Erschließung der eroberten Gebiete und die Gliederung des Großdeutschen Reiches (Abb. 1). Die deutschen Neusiedler im Osten wollte DÖRR stammesweise ansetzen, so daß dort eine den Altstämmen entsprechende Stammesgliederung entstanden wäre. Die Neusiedlungsgebiete sollten vollwertige Stammesgebiete werden, also den Siedlungsgebieten der Altstämme vergleichbar werden. Die Neugliederung des Großdeutschen Reiches plante DÖRR ganz auf diese neuen großräumigen Siedlungsstrukturen hin. Der Reichsraumordnungsplan von 1944 enthielt 23 durchwegs west-ost gerichtete Reichsgaue, die in vier schmale Reichsgürtel zusammengefaßt waren. Diese hießen von Nord nach Süd küstendeutscher, niederdeutscher, mitteldeutscher und oberdeutscher Reichsgürtel. Diese Reichsgürtel sollten als Leiträume der West-Ost-Siedlung fungieren und eine Wechselbeziehung zwischen den Alt- und Neustämmen sicherstellen.

¹⁾ Herr HARTENSTEIN hat mir dankenswerterweise Einsicht in seine umfangreichen Auszüge und Notizen gewährt, so daß ich in der Lage bin, die wichtigsten Grundgedanken in den vorliegenden Festschrift-Beitrag zu integrieren. Herr HARTENSTEIN plant in absehbarer Zeit einen speziellen Aufsatz über diese und andere einschlägige Quellen im Bundesarchiv (nunmehr in Potsdam) zu veröffentlichen.



Deutsches Reich 1937-1944

- Grenze des Deutschen Reiches und Österreichs 1937
- ▨ Grenze des Deutschen Reiches 1938 nach der Eingliederung Österreichs und des Sudetenlandes
- ▩ Grenze des Großdeutschen Reiches 1944
- ▨ Preußen 1937
- ▩ Übrige deutsche Länder 1937

Die Reichsgauplanungen von Heinrich Dörr 1943-44

- Außengrenze des Großdeutschen Reiches
- ▨ Grenzen von Sondereinheiten
- ▩ Grenzen der Reichsgürtel
- ⋯ Grenzen der Reichsgaue innerhalb der Reichsgürtel
- "Böhmen" Bezeichnungen für die Reichsgaue

Abb. 1: Deutsches Reich 1937-1944 und die Reichsgauplanungen von HEINRICH DÖRR 1943-1944

Am Beispiel der detaillierten Überlegungen von HEINRICH DÖRR lassen sich die wichtigsten Teilkomplexe der Siedlungspolitik des NS-Regimes in der Zeit des Zweiten Weltkriegs sehr gut nochmals zusammenfassend behandeln. Das deutsche Volk sollte nicht nur eine Volksgemeinschaft werden, sondern auch unter vergleichbaren Bedingungen eine „deutsche Kulturlandschaft“ bewohnen. Dies bedingte die Tötung, Vertreibung oder Germanisierung der einheimischen nicht-deutschen Bevölkerung und die Besiedlung mit deutschen Menschen. In der Ideologie gab es nur das einheitliche deutsche Volk und die gleichartige deutsche Kulturlandschaft; im täglichen Leben waren aber die Unterschiede nicht zu übersehen. Die Planung versuchte deshalb eine Kompromißlösung zu realisieren, die zwar an den Grundsätzen festhielt und alle regionalen Sonderausprägungen ablehnte, die Großregionen Nieder-, Mittel- und Oberdeutschland aber mit neuem Inhalt füllte, wodurch sie für eine Binnengliederung verwendbar wurden. Keinesfalls sollte damit aber irgendeine Form von „Kantönl-Geist“ unterstützt werden. Hierzu heißt es ganz eindeutig: „Die heute gegebene Aufgabe der Gestaltung der Besiedlung kann nicht ihren Sinn haben in einer Konservierung früher berechtigter stammesmäßiger Gestaltungsunterschiede wie es heute vielfach die Meinung gebildeter Fachkreise ist.“ In der Zeitschrift „Reich, Volksordnung, Lebensraum“ wird die Richtung unmißverständlich angegeben: „Für den gesamten deutschen Raum geltende Gesetze aus Volk, Raum und Landschaft sind für den einzelnen Landschaftsraum zu besonderen Richtlinien zu entwickeln, nach denen

der Aufbau der Landschaft, die Gestaltung des Gemeinwesens und die Wohnungs- und Haustypenplanung durchzuführen sind“ (REICH 1943).

In einer ebenfalls von MICHAEL HARTENSTEIN im Bundesarchiv entdeckten umfangreichen Untersuchung mit dem Titel „Umbauplanung im Altreich. Bevölkerungsbilanz“ von Anfang 1944 legte WALTER CHRISTALLER als RKFDV-Planungsmitarbeiter Zahlen für die nächsten 30 Jahre, also für eine Generation vor. Daraus wird schlaglichtartig deutlich, wieviele Menschen von der Siedlungsplanung betroffen gewesen wären. CHRISTALLER nennt die Zahl von 23 Millionen Deutschen, die durch den „Umbau“ der betreffenden Altreichsgebiete für die Besiedlung neuer Ost- und Westgebiete (einschließlich Elsaß, Lothringen, Eupen-Malmedy, Luxemburg, Oberkrain und Untersteiermark) verfügbar seien. Davon waren 15½ Millionen für die Gebiete außerhalb der Reichsgrenzen vom 1. September 1939 und 7½ für die Gebiete innerhalb vorgesehen. In welchem Maße die vertrauten Grundsätze der Siedlungspolitik sich durch die Entwicklung nach dem Ende des Polenfeldzugs verändert haben, habe ich an den Beispielen des Arbeiterbauerntums in Württemberg und der Hilfsmaßnahmen für das Notstandsgebiet Eifel untersucht (FEHN 1990 und 1995). Es wäre eine wichtige Aufgabe, die Raumordnungsmaßnahmen in den einzelnen Teilen des Altreichs für die Zeit von 1939 bis 1945 vergleichend zu erforschen. Ein erster Ansatz hierzu liegt mit der Bonner historisch-geographischen Dissertation von ALEXANDRA PAX über „Kulturlandschaftswandel im Rheinland während der NS-Zeit“ vor, die demnächst gedruckt wird (PAX 1995).

In der 1996 erschienenen Publikation einer Vortragsfolge mit dem Titel „Nationalsozialismus in der Region“ wurde erstmals systematisch das Verhältnis von Zentralismus und Regionalismus im Dritten Reich behandelt (Nationalsozialismus in der Region 1996; vgl. dazu auch DAHM 1995; DITT 1988; REBENTISCH 1978; ROMEYK 1985). Als Hauptergebnis wurde herausgestellt, daß zwar die kulturpolitischen Zentralisierungsbemühungen des NS-Staates unverkennbar seien, es aber zahlreiche partikulare Aktivitäten gegeben habe. In ihrem bemerkenswerten Diskussionsbeitrag wiesen GERHARD BRUNN und JÜRGEN REULECKE auf das Dilemma der Nationalsozialisten hin, die sich einerseits von den traditionellen regionalen Leitbildern absetzten und andererseits den Stolz der Menschen auf ihre Heimat beschworen und Brauchtums- und Volkstumspropaganda betrieben. VOLKER DAHM stellt ebenda mit Recht fest: „Der Volkstumsgedanke wurde zur regionalen Ergänzung zu Nationalismus und Rassismus, eine höchst widersprüchliche Ergänzung freilich, weil sich rassistisch-unitaristisch-nationales Denken mit völkischem Stammes- und Raum-Denken nicht vereinbaren ließen“ (vgl. dazu auch DAHM 1995). Leider wird die Siedlungspolitik in dem Sammelband überhaupt nicht angesprochen.

Die weitaus überwiegende Mehrzahl der geplanten Maßnahmen ist wegen des Kriegsausgangs nicht verwirklicht worden. Deshalb kann auch nicht direkt nachgewiesen werden, wie sich die Besiedlungsmaßnahmen in den „Eingegliederten Ostgebieten“ und im Altreich abgespielt hätten. Zahlreiche neuere Forschungen weisen aber unwiderlegbar nach, daß es vor allem HIMMLER darum gegangen ist, die landsmannschaftlichen Zusammenhänge und Besonderheiten der Umsiedler aufzulösen und durch ein nationalsozialistisch bestimmtes völkisches Einheitsbewußtsein zu ersetzen. Der einzelne Mensch und die Gruppen sollten hochgradig mobil und nicht an Traditionen und vertraute Umgebung (Heimat) gebunden sein. Die Ideologie von Blut und Boden verschleierte diesen zentralistischen Ansatz. Die Siedlungspolitik war dementsprechend ebenfalls zentralistisch orientiert und zielte auf eine möglichst einheitliche deutsche Kulturlandschaft. Dabei blieben die Interessen der Nachbarvölker, aber auch der gewachsenen Regionen im Deutschen Reich weitgehend auf der Strecke. Dies zeigte sich nicht zuletzt auch darin, daß es während des Dritten Reiches zu keiner Neugliederung des Reichsgebiets nach stammlich-volksmäßigen Gesichtspunkten kam.

In seinem in der Parteireihe „Volkswerdung und Glaube“ erschienenen Buch über „Deutsche Volksgeschichte - Deutsches Raumdenken“ begeistert sich der Autor F. LANGE noch 1944 über die „einmalige Möglichkeit im Osten eine neue Welt in neuen Lebensformen von unten her aufzubauen“ (LANGE 1944). Darüberhinaus faßte er in plakativer Weise die Entwicklung

bis zum „gegenwärtigen Verteidigungskampf gegen raumfremde Angreifer“ zusammen. Das deutsche Volk habe die Zersplitterung überwunden und ein neues Raumdenken entwickelt. Deshalb sei es ihm möglich geworden, in wenigen Jahren die Aufgaben für 1½ Jahrhunderte anzupacken:

1. Zusammenschweißen der Deutschen zu einem einheitlichen Block,
2. Heranführung der volksdeutschen Grenzlande,
3. Lösung der mit den Deutschen verzahnten Bereiche der Tschechen, Polen, Krainer usw. aus den raumfremden Verstrickungen,
4. Einigung von Europa,
5. Verteidigungskampf des gesamten Europa gegen Nordamerika, und
6. Kampf gegen die Sowjetunion, die das Deutsche Reich an seiner großen geschichtlichen Aufgabe, der Erschließung des Ostens, hindere.

Resümee

Nach der gewaltsamen Eingliederung ausgedehnter Gebiete in das Großdeutsche Reich veränderte sich die Siedlungspolitik des NS-Regimes grundlegend. Es wurde nun damit begonnen, bestimmte Vorstellungen in konkrete Pläne umzusetzen und teilweise zu verwirklichen, die schon länger zumindest in den wichtigsten Teilelementen bei zahlreichen Entscheidungsträgern vorhanden waren. Das Ziel war die einheitliche „deutsche Kulturlandschaft“ für den „deutschen Menschen“ sowohl in den eroberten Gebieten als auch im Altreich. Diese Grundeinstellung stand im Widerspruch zu den Wünschen innerhalb und außerhalb der alten Reichsgrenzen, die eigene regionale Identität zu wahren. Wenn auch die meisten der vorgesehenen Maßnahmen nicht realisiert worden sind, dürfen diese Planungen doch nicht als Hirngespinnste einiger weltfremder Ideologen abgetan werden. Sie stellen vielmehr aus der Sicht des NS-Herrschaftssystems durchaus „logische“ Schritte dar. Trotz bemerkenswerter Versuche, gewisse regionale Werte zu retten, wäre langfristig nach einem deutschen Sieg im Zweiten Weltkrieg doch auch für die Bewohner des Altreichs deutlich geworden, daß nicht nur die „polnische Kulturlandschaft“, sondern auch die „rheinische Kulturlandschaft“ im Großdeutschen Reich keine Zukunft haben würde.

Summary

Centralism and regionalism in national-socialist settlement policy in the 1939-1945 period

In accordance with its well-known guiding principles „Volk und Raum“ (folk and space) and „Blut und Boden“ (blood and soil), the NS regime not only strove to create a uniform „German national identity“, but also endeavoured to arrive at a uniform „German cultural landscape“. After the victorious conclusion of the Polish campaign, it became possible to transform ideas into detailed plans for the so-called „integrated regions in the East“, and in part even to carry them out. Serious thought was also given to the eventual restructuring of the old Empire. This contribution raises the question in how far regional points of view outside and inside the old Empire had played a rôle in these plans and measures. As a result, it must be said that the occasional consideration of regional elements in the old Empire served throughout only as a means of reassuring the traditionally-minded circles of the population and of leaving them in the dark about the real aims. Non-German ethnic groups within the greater German Reich were in any case not granted any freedom of creative expression.

Literatur

- BANSE, E.: Buch der Länder, Landschaft und Seele der Erde. Das Buch Deutschland. Berlin 1929
Bayern im ersten Vierjahresplan. München 1937
- BEST, W.: Grundlagen einer deutschen Großraumverwaltung. In: Festgabe für Heinrich Himmler. 2. Aufl. Darmstadt 1941, S. 33-60.
- BRENNECKE, F. (Hrsg.): Vom deutschen Volk und seinem Lebensraum. München 1937. (Handbuch für die Schulungsarbeit in der HJ).
- BRÜNING, K., H. KLAUS, C. ZILL: Raumordnungsplan für den Kreis Grafschaft Diepholz. Struktur- und Entwicklungsnotwendigkeiten eines niedersächsischen Landkreises. Oldenburg 1944. (Provinzialinstitut für Landesplanung und niedersächsische Landes- und Volksforschung Hannover-Göttingen Reihe K, Bd. 5).
- BUSCH, W.: Raumordnung durch landwirtschaftliche Umsiedlung in der Rheinprovinz. Leipzig 1943. (Beiträge zur Raumforschung und Raumordnung, Bd. 9).
- DAHM, V.: Nationale Einheit und partikulare Vielfalt. Zur Frage der kulturpolitischen Gleichschaltung im Dritten Reich. Vierteljahrsschrift für Zeitgeschichte 43(1995), S. 221-265.
- Deutsches Volk - Deutsche Heimat. Bayreuth 1935
- DITT, K.: Raum und Volkstum. Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1923-1945. Münster 1988. (Veröffentl. d. Provinzialinstituts f. westfälische Landes- und Volksforschung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Bd. 26).
- DU PREL, M.: Das General-Gouvernement. Würzburg 1942
- ESCH, M.: „Ohne Rücksicht auf historisch Gewordenes“. Raumplanung und Raumordnung im besetzten Polen 1939-1944. In: Modelle für ein deutsches Europa. Ökonomie und Herrschaft im Großwirtschaftsraum. Berlin 1992, S. 77-124. (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 10).
- FEHN, K.: Württemberg und der sog. „Neue Deutsche Osten“. Zum Wechsel der Beurteilung des Arbeiterbauerntums im Deutschen Reich nach der Besetzung Polens 1939. In: B. MOHR, K. SONNTAG und J. STADELBAUER (Hrsg.): Räumliche Strukturen im Wandel. Festschrift für Wolf-Dieter Sick. Teil A: Beiträge zur Landeskunde Mitteleuropas. Bühl 1990, S. 35-53. (Alemanisches Jahrbuch 1989/90).
- FEHN, K.: Die Auswirkungen der Veränderungen der Ostgrenze des Deutschen Reiches auf das Raumordnungskonzept des NS-Regimes (1938-1942). Siedlungsforschung. Archäologie - Geschichte - Geographie 9(1991), S. 199-227.
- FEHN, K.: Die Siedlungspolitik im „Dritten Reich“. In: PREUSCHOFT, H. und U. KATTMANN (Hrsg.): Anthropologie im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik. Oldenburg 1992, S. 33-57 (= 1992a).
- FEHN, K.: Das Rheinische Schiefergebirge. Kulturlandschaft oder Notstandsgebiet? Bemerkungen zum Verhältnis von „Geographischer Landeskunde“ und „Raumforschung“ im Dritten Reich. In: H. P. BROGIATO u. a. (Hrsg.): Geographie und ihre Didaktik. Festschrift für Walter Sperling. Teil 1: Beiträge zur Deutschen Landeskunde und zur Regionalen Geographie. Trier 1992, S. 127-143. (Materialien z. Didaktik d. Geographie, Heft 15). (= 1992b).
- FEHN, K.: Konzeptionelle Wandlungen bei den Förderungsmaßnahmen für die Eifel zwischen 1933 und 1945. In: W. FELDENKIRCHEN u. a. (Hrsg.): Wirtschaft - Gesellschaft - Unternehmen. Festschrift für Hans Pohl. Stuttgart 1995, S. 58-71. (Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte Nr. 120 a und b).
- FEHN, K.: Die „artgemäße deutsche Kulturlandschaft“ als „biologisch-seelische Umwelt“ des „deutschen Menschen“ in der Spätphase des Nationalsozialismus. Leitbilder - Planungen - Verwirklichungen. In: Raumwirksame Staatstätigkeit. Festschrift für Klaus-Achim Boesler. Bonn 1997, S. 43-52. (Colloquium Geographicum, Bd. 23).
- FISCHER-GEISTBECK: Erdkunde. Erster Teil Deutschland. Bamberg 1943
- FROESE, U.: Stärkung der von Natur benachteiligten Gebiete. In: K. MEYER (Hrsg.): Gefüge und Ordnung der deutschen Landschaft. Berlin 1939, S. 262-283.
- GEISLER, W.: Der deutsche Osten als Lebensraum für alle Berufsstände. Berlin 1942
- Geographie und Raumforschung. Ein Nachwort zum Deutschen Geographentag Jena 1936. In: Raumforschung und Raumordnung 1 (1937).

- GIORDANO, R.: Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte. Die Pläne der Nazis nach dem Endsieg. Hamburg 1989
- GRÖNING, G. und J. WOLSCHEKE-BULMAHN: Der Drang nach Osten. Zur Entwicklung der Landespflege im Nationalsozialismus und während des Zweiten Weltkriegs in den „eingegliederten Ostgebieten“. (Die Liebe zur Landschaft 3 = Arbeiten zur sozialwissenschaftlich orientierten Freiraumplanung, Bd. 9) München 1987
- HARKE, C. G.: Der Ostharzraum als Kernraum der deutschen Volkslandschaften. In: Reichsplanung 1 (1935), S. 211-216. (= 1935a)
- HARKE, C. G.: Kernpunktbildung: Niedersachsens raumpolitische Aufgabe. In: Niederdeutsche Welt (Lübeck) 10/1, 1935, S. 16-20. (= 1935b)
- HARKE, C. G.: Der Niederelberaum als Lebenseinheit und Kulturlandschaft Niedersachsens. Reichsplanung 2(1936), S. 209-214.
- HARTENSTEIN, M.: „Neue Dorflandschaften“. Nationalsozialistische Siedlungsplanung in den „eingegliederten Ostgebieten“ 1939 bis 1944 unter besonderer Berücksichtigung der Dorfplanung. Diss. Phil. Fak. Bonn 1996 (erscheint demnächst)
- HOPSTER, N. und J. WIRRER: Tradition, Selbstintegration und Politik. Die „Niederdeutsche Bewegung“ vor und nach 1933. In: Niederdeutsch im Nationalsozialismus. Hildesheim 1994, S. 59-122.
- JARMER, E.: Die Aufgabe der Raumordnung im neuen Osten. Raumforschung und Raumordnung 5 (1941), S. 1-2.
- KANN, F.: Das Landvolk im Altreich. Vorschläge zu seiner Gesundung. In: K. MEYER (Hrsg.): Landvolk im Werden. Berlin 1941, 2. Aufl. 1942, S. 119-138.
- KETTENACKER, L.: Nationalsozialistische Volkstumspolitik im Elsaß. Stuttgart 1973
- LANGE, F.: Deutsche Volksgeschichte. Deutsches Raumdenken. Berlin 1944 (Volkswerdung und Glaube, Bd. 15)
- LIEDECKE, E.: Der neue deutsche Osten als Planungsraum. Neues Bauertum 32(1940), S. 135-137.
- LUDOVICI, J. W.: Das deutsche Siedlungswerk. Heidelberg 1935, 2. Aufl. 1936
- LUDOVICI, J. W.: Reichsplanung und Reichsgedanke. Reichsplanung 2(1936), S. 289-290.
- MÄDING, E.: Landespflege. Die Gestaltung der Landschaft als Hoheitsrecht und Hoheitspflicht. Berlin 1942
- MESSERSCHMIDT, R.: Nationalsozialistische Raumforschung und Raumordnung aus der Perspektive der Stunde Null. In: PRINZ, M. und R. ZITELMANN (Hrsg.): Nationalsozialismus und Modernisierung. Darmstadt 1991, S. 117-138.
- MEYER, K.: Raumforschung und Geographie. In: Verhandlungen und Wissenschaftliche Abhandlungen des 26. Deutschen Geographentags Jena 1936. Berlin 1937, S. 34-40.
- MEYER, K.: Planung und Ostaufbau. Raumforschung und Raumordnung 5(1941), S. 392-397.
- MEYER, K. (Hrsg.): Landvolk im Werden. Materialien zum ländlichen Aufbau in den neuen Ostgebieten und zur Gestaltung des dörflichen Lebens. Berlin 1941, 2. Aufl. 1942
- MÜNK, D.: Die Organisation des Raumes im Nationalsozialismus: eine soziologische Untersuchung ideologisch fundierter Leitbilder in Architektur, Städtebau und Raumplanung des 3. Reiches. Bonn 1993. (Europäische Hochschulschriften, Bd. 284).
- Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. München 1996. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer)
- NEULEN, H. W.: Europa und das 3. Reich. Einigungsbestrebungen im deutschen Machtbereich 1939-1945. München 1987
- NEUNDÖRFER, L.: Ortsmobilisierung deutschen Bauertums. Vorbereitende Erhebungen und Entscheidungen in den Realtellungsgebieten. Neues Bauertum 32(1940), S. 138-140.
- NEUPERT, K. (Hrsg.): Siedlungsgestaltung aus Volk, Raum und Landschaft. Nr. 1-9. Berlin 1940-1942
- NEUPERT, K.: Die Gestaltung der deutschen Besiedlung. Raumforschung und Raumordnung 5(1941), S. 62-69.
- PAX, A.: Kulturlandschaftswandel während des Dritten Reiches im Rheinland. Diss. Univ. Bonn 1995. (erscheint demnächst; Name der Autorin nunmehr BERTEL)
- Planung und Aufbau im Osten. Erläuterungen und Skizzen zum ländlichen Aufbau in den neuen Ostgebieten. Berlin 1941, 2. Aufl. 1942
- REBENTISCH, D.: Der Gau Hessen-Nassau und die nationalsozialistische Reichsreform. Nassauische Annalen 89(1978), S. 128-162.

- Reich, Volksordnung, Lebensraum: Zeitschrift für völkische Verfassung und Verwaltung Band 6, 1943
- RITTERSBUSCH, P.: Einleitung. In: Lebensraumfragen europäischer Völker Band I. Europa. Leipzig o.J. (1940), S.1-10.
- RÖSSLER, M.: „Wissenschaft und Lebensraum“. Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Disziplingeschichte der Geographie. Berlin 1990. (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 8).
- RÖSSLER, M. und SCHLEIERMACHER, S. (Hrsg.): Der Generalplan Ost. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik. Berlin 1993
- ROMEYK, H.: Der Gau Moselland in der nationalsozialistischen Reichsreform. Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 11(1985), S. 247-269.
- SCHACHT, H. J. (Hrsg.): Bauhandbuch für den Aufbau im Osten. Berlin 1943
- SCHÖPKE, K. H.: Der Ruf der Erde. Deutsche Siedlung in Vergangenheit und Gegenwart. Leipzig 1935
- SCHÜRMAN, A. W.: Festigung deutschen Volkstums in den eingegliederten Ostgebieten. Reich, Volksordnung, Lebensraum 6(1943), S. 475-538.
- SCHULTE-FROHLINDE, J. u. a. (Hrsg.): Der Osten. München o. J. (1940). (Die landschaftlichen Grundlagen des deutschen Bauschaffens, Bd. 3).
- SMIT, J. G.: „Neubildung deutschen Bauerntums“. Innere Kolonisation im Dritten Reich. Fallstudien in Schleswig-Holstein. Kassel 1983 (Urbs et regio, Bd. 30)
- WÄCHTER, F. (Hrsg.): Reichsaufbau im Osten. München 1941
- WAGNER, H.: Die territoriale Gliederung Deutschlands in Länder seit der Reichsgründung - Eine politologische Studie zur Raumordnung. In: Studien zur territorialen Gliederung Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. Hannover 1971, S. 1-147.
- WASSER, B.: HIMMLERS Raumplanung im Osten. Der Generalplan Ost in Polen 1940-1944. Basel 1993. (Stadt Planung Geschichte, Bd. 15).
- WEILAND, H. J.: Siedlungsplanung in Lothringen. In: Neues Bauerntum 35(1943), S. 221-223.
- WIEPKING-JÜRGENSMANN, H.: Deutsche Landschaft als Ostaufgabe. Neues Bauerntum 32(1940), S. 132-135.
- WIEPKING-JÜRGENSMANN, H.: Raumordnung und Landschaftsgestaltung. Raumforschung und Raumordnung 5(1941), S. 17-23.

Prof. Dr. Klaus Fehn
 Seminar für Historische Geographie
 der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität
 Konviktr. 11
 D-53113 Bonn

III

Deutschland und seine Nachbarn Von den Nationalstaaten zur Europäischen Union

Zentren und Peripherien - Strukturen einer Geographie der europäischen Integration

Zentren und Peripherien - Kernbegriffe nicht nur der Raumordnung und Landesplanung, sondern auch der Kultur- und Wirtschaftsgeographie sowie aller im Feld der Entwicklungsforschung arbeitenden Sozial- und Kulturwissenschaften - haben seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges die räumliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland entscheidend geprägt. Seit den 1970er Jahren gewinnen Zentren und Peripherien zudem aber auch eine zunehmende Bedeutung im Rahmen der europäischen Raumordnungspolitik. Hier wie dort stehen der Abbau von sozioökonomischen Disparitäten sowie die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilen des Landes bzw. der Europäischen Union im Mittelpunkt der Bemühungen.

Ohne einem falschen nationalen Chauvinismus huldigen zu wollen, geht man wohl kaum fehl in der Annahme, daß die auf den föderalen Prinzipien der Bundesrepublik aufbauenden rechtlichen Rahmenseetzungen auch Eingang in die europäische Raumordnungspolitik gefunden haben. Der im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgeschriebene Auftrag, demzufolge die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilen des Landes anzustreben und zu gewährleisten sei, hat in dem 1965 verabschiedeten Bundesraumordnungsgesetz (BROG) seinen bis heute verbindlichen Niederschlag gefunden. Die entscheidenden Passagen in § 1 des BROG in der Fassung des Jahres 1965 lauteten wie folgt:

- „(1) Das Bundesgebiet ist in seiner allgemeinen räumlichen Struktur einer Entwicklung zuzuführen, die der freien Entfaltung der Persönlichkeit in der Gemeinschaft am besten dient. Dabei sind die natürlichen Gegebenheiten sowie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erfordernisse zu beachten.
- (2) Das Ziel der Wiedervereinigung des gesamten Deutschland ist zu berücksichtigen und seine Verwirklichung zu fördern. Dabei ist der räumliche Zusammenhang der Gebiete zu beachten und zu verbessern.
- (3) Die Raumordnung im Bundesgebiet hat die räumlichen Voraussetzungen für die Zusammenarbeit im europäischen Raum zu schaffen und sie zu fördern“

Die 1965 auf den Wiedervereinigungsgedanken ausgerichteten Ziele und Aufgaben der Raumordnung der Bundesrepublik Deutschland haben vor allem in dem berühmten Zonenrandförderungsprogramm der verschiedenen Bundesregierungen, aber auch in anderen regionalen Entwicklungsprogrammen ihren Niederschlag gefunden. Diese Förderung sowie die auf die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilen des Landes gerichteten Entwicklungs- und Ausgleichsmaßnahmen sind in den seit 1966 in regelmäßigen Abständen erschienenen Raumordnungsberichten bis 1990 kontinuierlich belegt.

Für eine Thematik, die sich mit den Strukturen einer Geographie der europäischen Integration auseinanderzusetzen hat, ist - zugegebenermaßen - die Formulierung des BROG, „die räumlichen Voraussetzungen für die Zusammenarbeit im europäischen Raum zu schaffen“, eher zu kurz gegriffen. Der 1965 nicht vorhersehbare Erfolg und die Dynamik des europäischen Einigungswerkes ließen nicht ahnen, daß heute nationale Raumordnungspolitiken längst mit solchen einer Europäischen Raumentwicklungspolitik konkurrieren oder ihnen angepaßt sein würden. Dennoch ist unverkennbar, daß zur Minderung der - wie auch immer definierten - Disparitäten und Gegensätze zwischen Zentren und Peripherien innerhalb der Europäischen Union (EU) die insbesondere in der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland begründeten Strategien zu deren Überwindung auch Eingang in die europäische Raumordnungspolitik gefunden haben.

Zentren und Peripherien, d.h. räumliche Disparitäten, sind aufgrund natürlicher Gegebenheiten und historischer Entwicklungen selbstverständlicher und konstitutiver Bestandteil aller europäischen Staaten gewesen. Eine solche Feststellung gilt in ganz besonderer Weise für jene seit Jahrhunderten in mehr oder weniger stabilen Grenzen verankerten und zentralistisch regierten großflächigen Nationalstaaten wie Frankreich oder Spanien. Aber auch in vergleichsweise kleinen Territorialstaaten wie in den Niederlanden sind regionale Ungleichgewichte immer und gleichsam „naturgemäß“ an der Tagesordnung gewesen. Deutschland hat demgegenüber infolge seiner historischen Entwicklung und seiner territorialen Zersplitterung zumindest bis weit in das 19. Jahrhundert hinein eine andere Entwicklung genommen. Kleinstaaterei und das daraus resultierende Geflecht zahlreicher großer wie kleiner Territorien mit eigenen Residenzen und Hauptstädten sowie teilweise voneinander unabhängigen Wirtschaftskreisläufen und Infrastrukturen haben erst nach der Gründung des Deutschen Zollvereins im Jahre 1833 allmählich an Bedeutung verloren und besonders nach 1871 einer stärkeren zentralisierten Planung unterlegen. Erst seitdem sind auch im territorial vergrößerten Deutschen Reich verstärkt räumliche Unterschiede feststellbar. Das gilt vor allem für den Gegensatz zwischen dem sich schnell industrialisierenden Westen und dem agrarischen Osten des Deutschen Reiches bzw. zwischen seinen schnell wachsenden urbanen Zentren und industriellen Kernräumen einerseits und ländlichen Räumen andererseits.

Zentren und Peripherien haben - jenseits ihrer einzelstaatlichen Ausprägungen in den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft (EG) bzw. der Europäischen Union (EU) - mit dem wachsenden Zusammenschluß dieser Staaten und mit dem Wachstum von der Europäischen Gemeinschaft (EG6) über die EG (9) und (12) zur Europäischen Union (EU 15) sowohl in der Fläche als auch in der Diskrepanz der sozioökonomischen Gegensätze von „Arm“ und „Reich“ erheblich zugenommen (ARNOLD 1995). Mehr als viele Worte beschreibt die Karte der derzeit raumwirksamen Förderprogramme der Europäischen Kommission den gegenwärtigen Zustand von Zentren und Peripherien im Rahmen der EU (Abb 1).

Der in Abb. 1 erfaßte Sachverhalt ist bekannt und soll an dieser Stelle nicht weiter erörtert werden. Bekannt ist auch - und seit Ende der 80er Jahre lebhaft bis leidenschaftlich kontrovers diskutiert - jenes Geodesign, das unter dem Namen der „Blauen Banane“ politische wie wissenschaftliche Furore machte. Jenes Raumbild verkörpert, in Form einer gekrümmten europäischen Megalopolis von London über Brüssel und Frankfurt bis Mailand jenen Raum, in dem nicht wenige Vertreter von Wissenschaft und Politik den ökonomischen und sich selbst verstärkenden Kern eines vereinigten Europa sehen, während die umgebenden Ränder zunehmend hinter die Entwicklung des Kerns zurückfallen bzw. zurückbleiben werden (Abb. 2).

Ohne näher auf die nicht nur mißverständene Intention ihres Erfinders, der sie übrigens als „dorsale“/„Rückgrat“ (vgl. Abb. 3, wo diese Metapher deutlicher zum Ausdruck kommt) bezeichnet, einzugehen, erscheint wichtig und erwähnenswert die zumeist unerwähnte historische Argumentation von BRUNET, der in der „Blauen Banane“ die Renaissance einer seit dem Mittelalter existenten Kernregion sieht, die „durch mittelalterliche Handelswege und Akkumulationsgesetze von industriellem Kapital“ (SINZ 1995, S. 225) vorgezeichnet sei. Als solche repräsentiere sie lediglich einen in der Gegenwart sich verstärkenden historischen Prozeß, der vor allem weite Teile des stark zentralisierten Frankreich aus dem Wachstumsprozeß des zentralen Europa ausklammere.

Aber BRUNETs Versuch ist keineswegs der einzige, die offenkundigen sozioökonomischen Ungleichgewichte innerhalb der EU kartographisch zu erfassen und eine solche Darstellung als Diskussionsansatz zu deren Überwindung zu nutzen. So haben z.B. DUNFORD-KAFKALAS (1992) das in Abb. 3 dargestellte und von MIOSKA (1995) bearbeitete europäische Raummodell publiziert, das neben der dominierenden kerneuropäischen Achse eine Reihe von nachgeordneten Entwicklungszonen ausweist, die den Zentrum-Peripherie Ansatz zwar relativieren, ihn aber nicht aufheben. Die Kennzeichnung vor allem der westlichen Randbereiche Europas als „Peripherien“ müßte durch entsprechende Ausweisungen an der südlichen Peripherie ergänzt werden

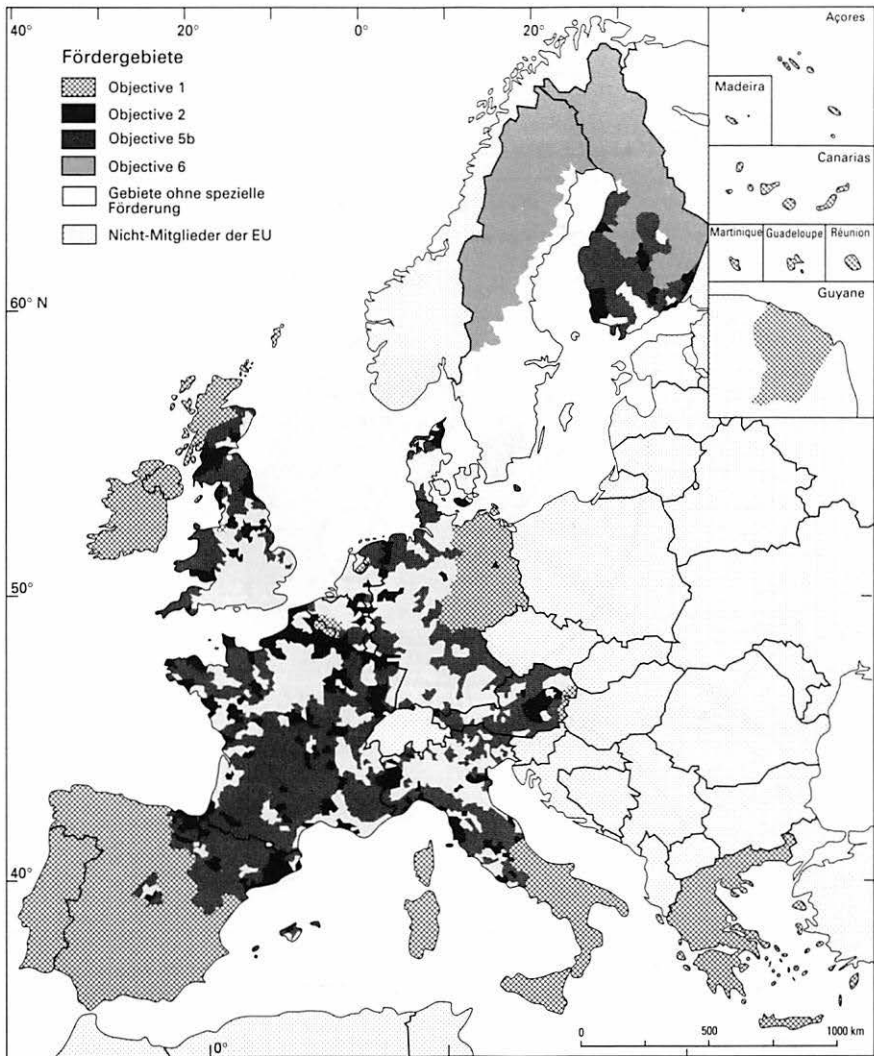
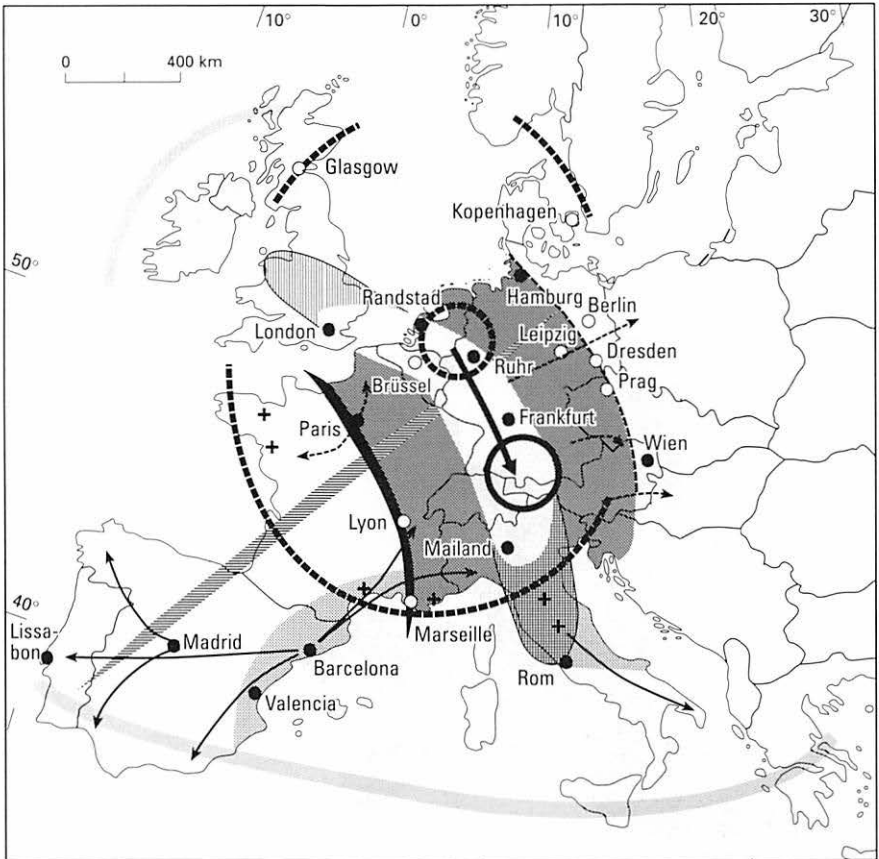


Abb. 1: Die Fördergebiete innerhalb der EU und ihre Objectives. (Nach Unterlagen der EU Brüssel)

(Abb. 3). Der von der Europäischen Kommission vorgelegte Bericht (Europe 2000+) tut dieses ausdrücklich.

Sowohl aus ökologischer als auch aus sozioökonomischer Sicht sind zentral-periphere Gegensätze nicht nur unvermeidbar, sondern vielleicht sogar - und das steht im Gegensatz zu manch gängigen Auffassungen - wünschenswert und vertretbar. Es ist inzwischen ein Allgemeinplatz, daß marginale oder periphere Verdünnungs- und Entsiedlungsräume in einer hochmobilen und zunehmend durch technologische Kommunikationsmittel fast beliebig erreichbaren



- | | | | |
|--|---|---|---|
| <p>a</p> <p>b</p> | <p>Megalopolis mit Abschwächung (a) und Fortschritt (b)</p> | <p> Altes und neues Gravitationszentrum</p> | <p> Gürtel der "High-Tech"-Regionen und darin führende Städte</p> |
| <p> Induzierte Achsen und induzierte Entwicklungsräume</p> | <p> Gürtel der Unterentwicklung</p> | <p> Diagonale der Schwierigkeiten</p> | <p> Anlaufende Verbindungen</p> |
| <p> "Norden des Südens" und neue Entwicklungen</p> | | | |

Abb. 2: Entwicklungszonen in Europa („Blaue Banane“). (Quelle: BRUNET nach SINZ 1992)

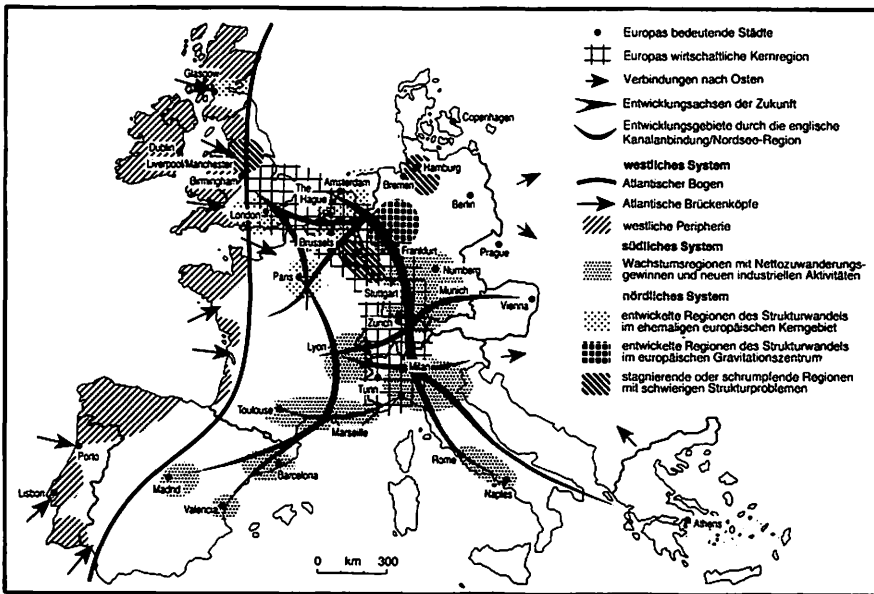


Abb. 3: Entwicklungszonen in der Gemeinschaft. (Quelle: DUNFORD-KAFKALAS nach MIOSKA 1995)

Gesellschaft gleichwertige, ja: oftmals bessere Lebensbedingungen und individuelle Verwirklichungsmuster bieten als hochkomplexe industriell geprägte Verdichtungsräume und Metropolzentren.

Freilich: das, was für ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland gelten mag, ist für die Estremadura Spaniens, für das thrakische Griechenland, für Connaught in Irland oder für den Alentejo Portugals nicht in gleicher Weise akzeptabel und wünschenswert - insbesondere nicht für deren Bewohner und die sie Administrierenden. Anders ausgedrückt: Zentrum und Peripherie sind heute weniger ein Problem der Kernräume der EU, insbesondere nicht der der Gründungsstaaten, sondern sie sind ein Problem und Phänomen der Staaten des erweiterten und sich tendenziell ständig erweiternden Europa. Von daher haben sie allerdings dann auch eine gesamteuropäische Dimension. Diese drückt sich aus in den unmittelbaren Rückwirkungen auf die historischen Kernstaaten der heutigen EU in Form von deren Beitragszahlungen; die in Abb. 1 dargestellten Programmregionen sind ein beredtes Zeugnis für diese Aussage, die mit einer erheblichen Umverteilung von Finanzmitteln aus den Zentren in die Peripherien verbunden ist.

Zentrum und Peripherie in der EU (15)

Zentren und Peripherien in der EU (15) wurden bereits angedeutet (vgl. Abb. 1). Auf die eingehende Darstellung der von der Kommission beschlossenen Förderinstrumente wie Struktur- und Kohäsionsfonds sei unter Hinweis auf die umfangreiche Literatur der Europäischen Kommissionen verzichtet. Statt müßiger Auflistung umfangreich und detailliert vorliegender Datensätze mag der komprimierende Hinweis auf die Karte dienen, die für die EU (15) die

sog. „benachteiligten“ Regionen und die Entwicklungsziele ihrer Förderung markieren (vgl. dazu Abb. 1).

Die Probleme der durch programmatische Förderprogramme gekennzeichneten Regionen innerhalb des europäischen Binnenmarktes gelten allgemein gekennzeichnet durch

- eine mangelhafte Ausstattung im Bereich grundlegender Infrastruktur (z.B. im Verkehrs- oder Telekommunikationsbereich); und/oder
- unterdurchschnittlich fachliche Qualifikation von Arbeitnehmern und Rückstände v.a. im Bereich von Forschung und Entwicklung (FuE); und/oder
- schwache bzw. fehlende Finanz- oder Kreditmärkte, besonders solche, die für eine positive Veränderung regionaler Entwicklungspotentiale in peripheren Teilen der EU verfügbar sind.

Umgekehrt stellen die verfügbaren Förderinstrumente der EU regional- wie auch sozialpolitisch zwar nachvollziehbare, wirtschaftlich aber doch nicht unumstrittene Instrumente einer räumlichen Strukturverbesserung dar. Es ist ernsthaft zu fragen, ob - jenseits einer ausschließlich politisch angesiedelten Rationalität - die dominierenden Ziel 1-Fördergebiete (Regionen mit Entwicklungsrückstand, weil ihr BIP/Ew. unter 75 % des EU (12)-Durchschnitts liegt), die ebenfalls großräumigen Ziel 2-Fördergebiete (Industriegebiete mit rückläufiger Entwicklung) sowie die Areale der 5b-Förderung (ländliche Gebiete mit niedrigem wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsstand, überwiegend Landwirtschaft) - ob diese unterschiedlich definierten Gebiete tatsächlich über Finanzausgleich, über Ausbau der Verkehrsnetze oder über andere Maßnahmen der Infrastrukturverbesserung das Erreichen werden, was der Ausschuß für Raumentwicklung des informellen Raumordnungsministerrates am 21./22. September 1994 als oberste Priorität formuliert und postuliert hat: „die Erreichung einer nachhaltigen und ausgewogenen Entwicklung“. Die Ergänzung dieser „Objectives“ durch die Förderkategorie 6, die Regionen mit außerordentlich geringer Bevölkerungsdichte (weniger als 8 EW/km²) und damit insbesondere die finnischen und schwedischen Wald- und Tundrengebiete betrifft, läßt eine oftmals nur schwer nachvollziehbare Stringenz der Argumentation bei der Begründung von Fördermaßnahmen aufscheinen. Kompromißbedingt scheint fast alles förderungswürdig (vgl. Abb. 1).

Der Einsatz gewaltiger Finanzmittel (allein im Zeitraum 1994 - 1999: 141.5 Mrd. ECU!) hat bisher nur wenig zur Aufhebung der Gegensätze von Zentrum und Peripherie innerhalb der EU (15) beigetragen. Es steht zu befürchten, daß - ähnlich wie in der europäischen Agrarpolitik - der Einsatz gewaltiger Finanzmittel im Bereich des europäischen Struktur- und Kohäsionsfonds den Prozeß der Peripherisierung allenfalls verzögert, nicht aber grundsätzlich verhindert. Der immer wieder bemühte Hinweis darauf, daß einige Peripherieregionen wie z.B. Teile Portugals durchaus Tendenzen nachholender Entwicklung aufzuweisen vermögen oder gar - wie Irland - erhebliche Entwicklungssprünge vollzogen haben, steht der allgemeinen Skepsis nur partiell entgegen. Vor allem Irland hat, nicht nur aufgrund seiner geographischen Lage, seiner Sprache und traditionell transatlantischen Kultur, ungleich günstigere Entwicklungsbedingungen als z.B. die in vielerlei Hinsicht sozioökonomisch vergleichbaren, agrarisch strukturierten und miteinander konkurrierenden mediterranen Regionen Spaniens, Italiens und Griechenlands.

Es ist bekannt, daß sozioökonomische Analysen - wie viele statistische Datensätze - Raum für Interpretationen bieten. Das gilt auch für eine in Raum und Zeit differenzierte Analyse der Entwicklung von europäischen Zentren und Peripherien. Zwei Beispiele mögen die definitorische Problematik von europäischem Zentrum wie europäischer Peripherie verdeutlichen:

- a) Die Statistik der EU (12) für die insgesamt 179 Regionen der Gemeinschaft, geordnet nach dem Pro-Kopf-BIP, weist für 1990 unter den fünf reichsten wie ärmsten Regionen der Gemeinschaft 3 bzw. 4 deutsche Regionen auf (Tab. 1).

Tab. 1: Die 5 ärmsten und die 5 reichsten Regionen der EU12 1991.

Regionen der Gemeinschaft, geordnet nach dem Pro-Kopf-BIP			
Rang	Region	BIP/Einw. in KKP Durchschnitt (89-90-91) EUR12 = 100	Bevölkerung 1991 in Millionen
1	Thüringen (D)	30,0	2,6
2	Mecklenburg - Vorpommern (D)	33,0	1,9
3	Sachsen (D)	33,0	4,8
4	Alentejo (P)	33,9	0,5
5	Sachsen - Anhalt (D)	35,0	2,9
175	Bremen (D)	149,7	0,7
176	Greater London (UK)	151,2	6,8
177	Darmstadt (D)	162,9	3,5
178	Ile de France (F)	166,8	10,7
179	Hamburg (D)	194,5	1,6

Quelle: Europäische Kommission 1995

Tab. 2: Die 5 ärmsten und die 5 reichsten Regionen der EU15 1994.

Regionen der Gemeinschaft, geordnet nach dem Pro-Kopf-BIP			
Rang	Region	BIP/Einw. in KKS 1994 EUR15 = 100	Bevölkerung 1994 in Millionen
1	Gouadeloupe (F)	39,0	0,608
2	Ipeiros (ELLADA)	43	0,361
3	Réunion (F)	45	0,637
4	Departements D'outre Mer (F)	45	1,561
5	Voreio Aigaio (ELLADA)	49	0,187
.	.	.	.
.	.	.	.
246	Hessen (D)	152	5,973
247	Wien (A)	158	1,597
248	Darmstadt (D)	178	3,67
249	Reg. Bruxelles-Cap./Brus (B)	183	0,95
250	Hamburg (D)	196	1,704

Quelle: Eurostat: Statistik Kurzgefasst.1997.

Wir brauchen weder die Inkohärenz der Raumdimensionen (Mecklenburg-Vorpommern vs. z.B. Hamburg), nicht die Fragwürdigkeit der Auswahlkriterien noch die Unvergleichbarkeit der historischen Ausgangssituationen der heutigen regionalen Entwicklungsprozesse von z.B. Sachsen und Alentejo weiter zu diskutieren, um die Problematik eines solchen Vergleichs zu erkennen. Tatsache ist und bleibt, daß für 1990 die neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland im Verbund mit vielen mediterranen Regionen, v.a. Portugal und Griechenland, die Schlußlichter der sozioökonomischen Peripherien bildeten. Umgekehrt: alle Spitzenreiter der in Tab. 1 genannten Regionen gehören dem Kern der „Blauen Banane“ an.

Wie dynamisch indes die Entwicklungen auch in kurzen zeitlichen Abständen sind und wie sehr dabei abermals die Wirtschaftskraft der Gründerstaaten der EG denen der südlichen Peripherie überlegen ist, zeigt die jüngste Statistik der EU (15). Für 1994, also nur fünf Jahre nach dem in Tab. 1 dokumentierten Befund, haben sich die sozioökonomischen Peripherien im Osten der Bundesrepublik Deutschland erheblich verbessert. Wenn sie im gesamtdeutschen Kontext auch nach wie vor das Schlußlicht darstellen, so haben sie im Kontext der EU (15) diese Position in der Zwischenzeit an andere Regionen abgegeben (Tab. 2). Im Hinblick auf das Thema Zentrum vs. Peripherie zeigen diese Entwicklungen die Doppelbödigkeit der Begriffe. Schnelles Wachstum in den neuen Bundesländern gegenüber deutlich geringerem, aber von einer ungleich höheren Ausgangssituation profitierendem Wachstum in den alten Bundesländern vermögen im deutschen Kontext das Wohlstandsgefälle nur unwesentlich zu mildern, im gesamteuropäischen indes die Gewichte und Verteilungen doch erheblich zu verändern.

- b) Die methodische Problematik der Indikatorenwahl wird deutlich, wenn wir diesem offiziellen ranking des Statistischen Amtes der EU (Eurostat) z.B. das des Frankfurter Ökonomen D. BIEHL gegenüberstellen. Unter Berücksichtigung eines auf Infrastrukturkriterien (z.B. Verkehr, Telekommunikation, Energie, Umweltschutz, Bildung u.a.) aufbauenden Bewertungsrasters hat BIEHL (1995) eine Gliederung der regionalen Entwicklungspotentiale in der EU vorgelegt. Wenn BIEHL dabei auch zu begründeteren Regionalisierungen des Entwicklungsgefälles innerhalb der EU (12) kommt (Tab. 3), so zeigen sie dennoch im Prinzip ein ähnliches Bild: mit den Regionen Thrakien, Ost-Mazedonien und Thessalien stehen drei Regionen der griechischen Mittelmeerräume am unteren Ende der Skala, gefolgt von der Basilicata (Italien) und dem Alentejo (Portugal). Auch die nächsten Positionen werden von Mittelmeerregionen Griechenlands, Portugals und Spaniens eingenommen. Erst an 14. und 15. Stelle tauchen mit Schwerin und Neubrandenburg Regionen des deutschen und zugleich erstmals des nicht-mediterranen Raumes auf. Das obere Ende der Skala nach Infrastrukturindikatoren bilden auf den Rängen 149 bis 153 die Ile de France, Antwerpen sowie die deutschen Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg (BIEHL 1995, Tab. 1).

Zentrum und Peripherie in einem erweiterten Europa

Es bedarf keiner blühenden Phantasie, in einer - politisch abermals nachvollziehbaren und vielleicht auch wünschenswerten - Erweiterung der EU (15) vor allem nach Osten hin eine gravierende Verschärfung der Peripherisierungstendenzen weiter Teile des Kontinents vorherzusagen. Realistischer wäre es indes, den Sachverhalt anders auszudrücken: die Aufnahme dieser Länder bei gleichzeitiger Anwendung der bisherigen Agrar- wie Strukturpolitiken würde mit großer Wahrscheinlichkeit jegliche Strukturpolitik in der bisher praktizierten Form ad absurdum führen. Bereits ein nur cursorischer Blick auf die Ausgangssituation der sog. Visegrad-Staaten im Vergleich mit dem Durchschnitt der EU (12) und deren Peripherie zu Beginn der neunziger Jahre (Tab. 4) macht die gravierenden Disparitäten deutlich. Dies gilt vor allem für die Beschäftigungsstruktur und deren Veränderungen, wengleich vor allem die Tschechische Repub-

Tab. 3: Infrastrukturindikatoren in den 15 schwächsten und 15 stärksten Regionen der EU (12)

Rang	Region	Indikatorwert	Rang	Region	Indikatorwert
1	GR - 8 Thrace	5,272	139	UK - 8 North - West	46,335
2	GR - 5 Eastern Macedonia	6,459	140	NL - 1 Groningen	46,712
3	GR - 4 Thessaly	6,848	141	BE - 5 Limburg (BE)	47,583
4	IT - 17 Basilicata	7,456	142	NL - 7 Noord-Holland	49,505
5	PO - 4 Alentejo	8,025	143	BE - 8 Ost-Vlandern	50,154
6	IT - 15 Molise	8,177	144	FR - 4 Haute Normandie	51,593
7	PO - 2 Centro	9,132	145	GE - 8 Düsseldorf	52,230
8	PO - 5 Algarve	9,325	146	NL - 8 Zuid-Holland	53,210
9	PO - 1 Norte	9,469	147	LÜ - 1 Luxembourg (GD)	53,894
10	GR - 7 Epirous	10,034	148	BE - 2 Brabant	60,978
11	GR - 6 Crete	10,209	149	FR - 1 Ile de France	64,813
12	SP - 15 Navarra	10,465	150	BE - 1 Antwerpen	70,821
13	SP - 8 Castilla - La Mancha	10,549	151	GE - 31 Berlin	71,919
14	GE - 33 Schwerin	10,756	152	GE - 7 Bremen	74,922
15	GE - 34 Neubrandenburg	11,194	153	GE - 2 Hamburg	100,00

Quelle: BIEHL 1995

Tab. 4: Sozioökonomische Lage in den Visegrad - Ländern und der EG

		Polen	Ungarn	Tschech. Republ.	Slowak. Republ.	EUR12	EUR4 (GR, E, IRL, P)
Erwerbspersonen	In % 1992	41,5	43,8	52,6	49,3	44,8	44,3
	In 1000 1991	15.861	4.527	5.421	2.618	146.300	25.400
Arbeitslosigkeit	Arbeitslosenquote 1992	13,6	10,1	2,6	10,4	9,4	13,9
	Prozentpunkte 1990-1992	122,8	443,8	259,9	592,5	13,5	12,9
Beschäftigung in % der Gesamtbeschäftigung 1991	Landwirtschaft	29,5	15,4	11,6	13,9	6,1	13,8
	Industrie	25,4	31,1	37,3	33,1	31,5	31,3
	Dienstleistungen	23,8	26,1	27,3	28,4	62,4	54,9
Veränderung der Beschäftigung in % 1989-1991	Landwirtschaft	-6,5	na	-7,5	-12,5	-5,0	-5,9
	Industrie	-2,9	na	-3,7	2,6	-0,6	0,0
	Dienstleistungen	0,5	na	41,0	41,2	0,8	1,8

Quelle: Europäische Kommission 1995

lik und einzelne Zentren Polens und Ungarns inzwischen unverkennbare und z.T. beachtliche Fortschritte in der Überwindung der in Tab. 4 noch offenkundigen Disparitäten gemacht haben.

Es ist bekannt, daß Rußland und die Nachfolgestaaten der UdSSR in ihren Transformationsprozessen und damit auch in ihrem gegenwärtigen sozioökonomischem Entwicklungsstand nochmals deutlich hinter Ländern wie Ungarn, der Tschechischen Republik oder Polen zurückliegen. Vor diesem Hintergrund bilden nicht nur die Visegrad-Staaten eine neue regionale wie ökonomische Peripherie innerhalb einer potentiell erweiterten EU gegen Ende des 20. Jahrhunderts, sondern mehr noch die Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion als äußere Peripherie außerhalb einer EU (19) oder EU (20).

Wenn auch die Mitgliedschaft von Staaten wie Weißrußland oder Ukraine derzeit nicht zur Diskussion steht, so weisen die Versuche osteuropäischer Raumwissenschaftler, die Frage von Zentren und Peripherien im erweiterten europäischen Kontext zu relativieren, in eine solche Richtung. So haben z.B. GRITSAI-TREVISH in einem Aufsatz mit dem Titel „Stadial Concept of Regional Development: Centre and Periphery in Europe“ den Eindruck eines der EU vergleichbaren Megazentrums (megacore) im Osten des Kontinents suggeriert (Abb. 4). Die nähere Analyse einer solchen Raumvorstellung basiert auf einem eng vermaschten Netz zentraler, semiperipherer und peripherer Regionen, die den Eindruck überraschender regionaler Homogenität und vergleichbarer Wirtschaftskraft vermitteln.

Dem stehen indes als wirtschaftliche Realitäten gegenüber, daß die Auflösung der UdSSR und des Comecon sowie die Wiedervereinigung Deutschlands nicht nur die Wirtschaftskraft des westlichen Europa absolut und relativ gestärkt haben, sondern zugleich einer verstärkten wirtschaftlichen Peripherisierung des nunmehr politisch, wirtschaftlich und auch regional fraktionierten Ostmitteleuropa und Rußlands Vorschub geleistet haben (KLÜTER 1995). Mehr als viele Worte belegen die Berechnungen österreichischer Wirtschaftswissenschaftler die Problematik des West-Ost-Gefälles. Sie konstatieren, bezogen auf Österreichs unmittelbare Nachbarländer sowie Polen, daß in der Dekade von 1990 bis 2000 benötigt würden „Jahr für Jahr reale Wachstumsraten von fast 7 %, um den Durchschnitt aller postsozialistischen Reformländer im Jahre 2050 an das Niveau des österreichischen Pro-Kopf-Einkommens heranzuführen. Nur bei jährlichen Wachstumsraten von 34 % über 10 Jahre hinweg würden sich die postsozialistischen Staaten schon im Jahr 2000 wirtschaftlich auf österreichischem Niveau bewegen“ (FASSMANN 1991, S. 15). Solche Szenarien sind offenkundig unrealistisch. Dennoch muß man schon heute konstatieren, daß „innerhalb dieser neuen ostmitteleuropäischen Peripherie ... sich einige Metropolen und ausgesuchte Regionen abheben und sehr bald europäischen Standard erreichen werden“ (ebda.).

Zentrum vs. Peripherie - oder: das Europa der Regionen

In den Raumordnungswissenschaften gilt es inzwischen als ausgemacht und in der regional-ökonomischen Praxis ist es tägliche Erfahrung: die Standortbindung der Produktion spielt eine immer geringere Rolle, der Anteil der Transportkosten an den Kosten des Gesamtprodukts wird immer niedriger, Telekommunikation tritt an die Stelle physischer Präsenz der Akteure, kurz: Industrien wie Dienstleistungen verlieren ihre alten Standortqualitäten. Agglomerationsvorteile verlieren an Attraktivität, statt dessen treten lokale wie regionale Rahmenbedingungen wirtschaftlicher Entscheidungen - und das heißt konkret: die sog. „weichen“ Standortfaktoren - immer stärker in den Vordergrund. Zu diesen neuen Standortgegebenheiten zählen beispielsweise „kreative Milieus“ (FROMHOLD-EISEBITH 1995), „windows of locational opportunity“ (BOSCHMA 1997), aber auch Konzepte flexibler Produktion als Erklärungsansätze der Regionalentwicklung (STERNBERG 1995). Sie werden ergänzt und ausdifferenziert durch regionale oder lokale Images, z.B. landschaftliche oder kulturelle Attraktivitäten eines Standortes oder einer Region in Verbindung mit veränderten individuellen Lebensstilen und Verhaltensmustern.

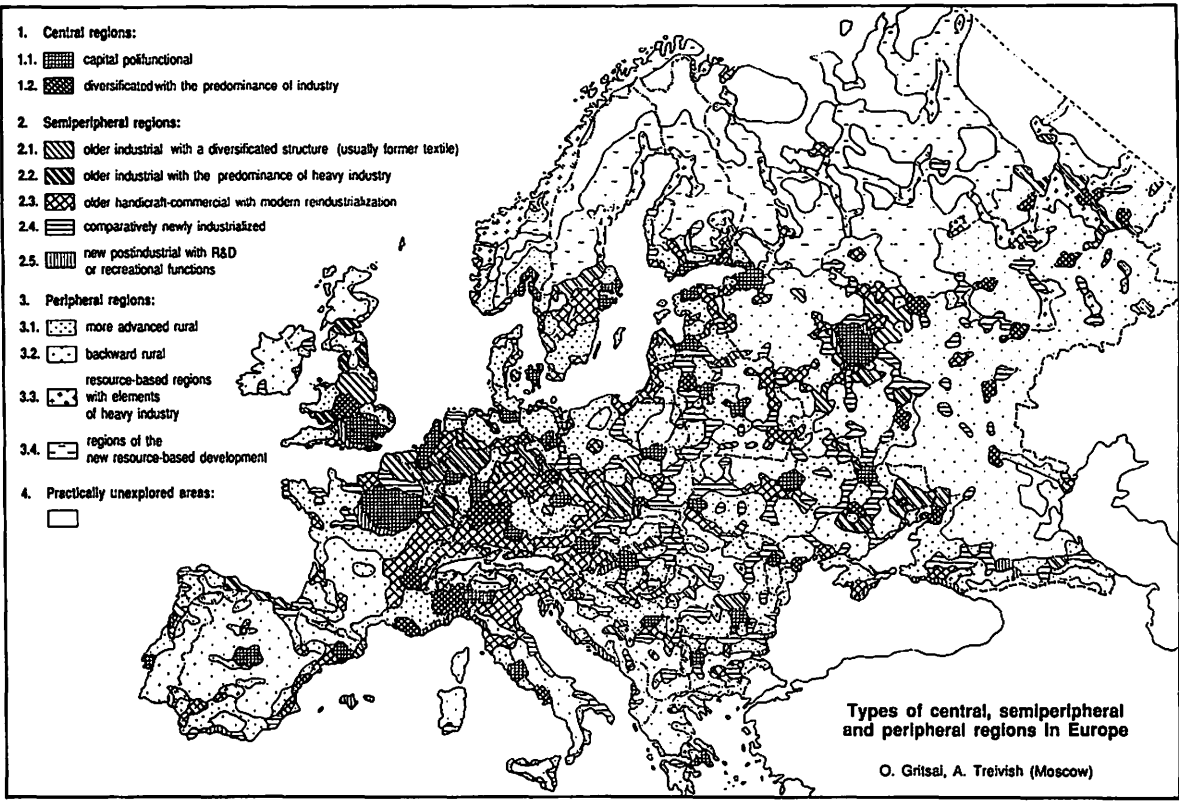


Abb. 4: Zentrale, semiperiphere und periphere Regionen in Europa. (Quelle: GRITSAL-TREIVISH 1990)

Wenn solche Veränderungen unterstützt werden durch die Handlungsfähigkeit und -bereitschaft politischer Systeme für die Ansiedlung neuer Industrien, dann führen solche Flexibilitäten zu dramatischen Standortverlagerungen von Industrien und Dienstleistungen. Das „outsourcing“ ganzer Industrien aus Hochlohngebieten der EU ist ein derzeit vieldiskutiertes Beispiel solcher Entwicklungen. Alle diese Veränderungen, Teile einer postindustriellen, vielleicht sogar „post-modernen“ Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur und verbunden mit dem Aufweichen und Verschwinden überlieferter territorialer Grenzen und politischer Systeme, tragen im europäischen Kontext zur Auflösung nationalstaatlich gewachsener Zentren und Peripherien bei. Hinzu kommt neuerdings die Ablösung einer traditionellen Raumordnung durch eine auf den Faktor „Zeit“ konzentrierte Ordnung aller menschlichen Aktivitäten.

In der gegenwärtigen Diskussion um eine zukünftige europäische Raumstruktur und um die Reduzierung von Zentrum-Peripheriestrukturen spielen jene durch Begriffe wie „Geschwindigkeit“, „Erreichbarkeit“ oder „Zeit“ gekennzeichneten Denk- und Raummuster eine zunehmende Rolle. Die Erreichbarkeit von europäischen Metropolen und Agglomerationen (Abb. 5) soll durch den konsequenten Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln, v.a. des Schienennetzes, so verbessert werden, daß Kohäsion nicht nur im politischen und sozioökonomischen, sondern auch im raumzeitlichen Sinne erreicht wird (FROMHOLD-EISEBITH 1994). Wie ein solches nicht durch den geographischen Faktor „Raum“, sondern durch die historische Dimension „Zeit“ definiertes Europa vorzustellen ist, vermittelt (Abb. 6).

Einem durch das Zeitelement schrumpfenden großflächigen Europa stehen indes seit wenigen Jahren geradezu gegensätzliche Denkmodelle und politische Realitäten entgegen: die Rückbesinnung auf historisch gewachsene Raumstrukturen und kulturelle regionale Identitäten innerhalb der EU, kurz: eine neue kleinräumigere Regionalisierung. Statt „Konzentration“ oder „Dezentralisierung“, statt „Zentren“ hier und „Peripherien“ dort gewinnt das Modell eines europäischen Mosaiks differenzierter regionaler Entwicklungsmuster immer stärkere Bedeutung. Gefördert wird eine solche Raumstruktur durch die Interessen der Regionen, die sich im EU (15) neuerdings als Gegengewichte zu nationalstaatlichen wie europäischen Handlungsvorgaben artikulieren. Dabei stehen die Regionen und die mit ihnen verbundenen Tendenzen zu einem neuen Regionalismus ganz sicherlich nicht nur im Zusammenhang mit ökonomischen Interessen. Sie sind auch Ausdruck einer Rückbesinnung auf historisch gewachsene und begründete Raumstrukturen als Gegenreaktion gegen die Vereinheitlichungstendenzen der EU und ihrer Regionalpolitik. Sie sind Ausdruck kultureller Eigenständigkeit und Identität, heimatlicher Gebundenheit und regionaler Vielfalt innerhalb des oft beschworenen „europäischen Hauses“.

Auf einer mehr politisch-technokratischen Ebene haben sich die unterhalb der nationalstaatlichen Einheiten angesiedelten räumlichen Einheiten zu einem „Ausschuß der Regionen“ (AdR) innerhalb der EU (15) zusammengeschlossen. Diese Institution, im März 1994 auf der Grundlage des Vertrages von Maastricht gegründet, sieht ihre Aufgabe vor allem in der wirksameren Interessenvertretung regionaler Körperschaften gegenüber den Europäischen Kommissionen und dem Ministerrat, der Repräsentanz der EU-Mitgliedstaaten in Brüssel (Abb. 7).

Der Ausschuß der Regionen und seine derzeit 222 Mitglieder verstehen sich dabei vor allem als Vertretung regionaler wie lokaler Gebietskörperschaften. Es versteht sich von selbst, daß die Interessen der Regionen in föderalen Staaten (z.B. Bundesrepublik Deutschland, Belgien oder Österreich) naturgemäß anders sind als die zentralisierter oder gar unitarischer Staatsgebilde und der ihnen nachgeordneten Gebietskörperschaften (vgl. BECKER-SCHABHÜSER-SCHÖN 1995). Allerdings hindern solche Unterschiede ebensowenig wie die extrem unterschiedliche Größe der Regionen, wie sie etwa im Vergleich Spaniens mit der Bundesrepublik Deutschland deutlich werden (vgl. Abb. 7), nicht an einer gemeinsamen Interessenvertretung.

Die Tatsache, daß dem AdR bislang Mitspracherecht fast ausschließlich im Bereich der EU-Kulturpolitik sowie der Mittelallokation der Strukturfonds eingeräumt wurde, verweist auf eine zusätzliche und in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewinnende Dimension der europäischen Zentrum-Peripherie Diskussion: Regionen - wie immer und extrem unterschied-

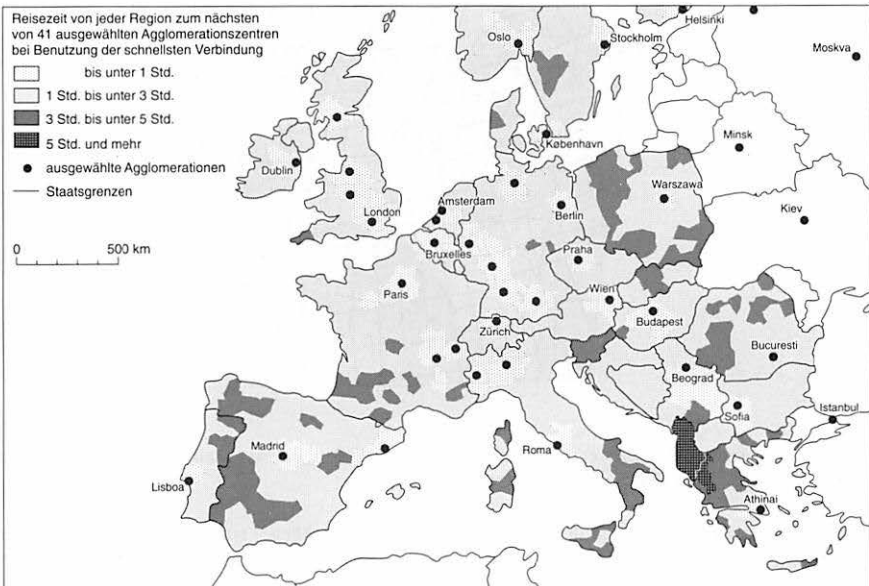
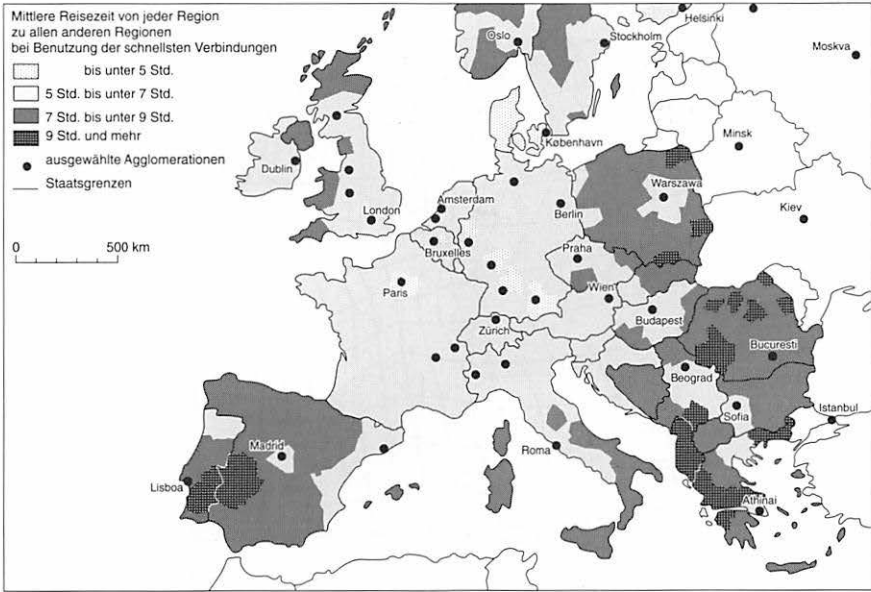


Abb. 5: Erreichbarkeiten (in Reisezeiten) innerhalb Europas. (Quelle: BMRBS 1995)

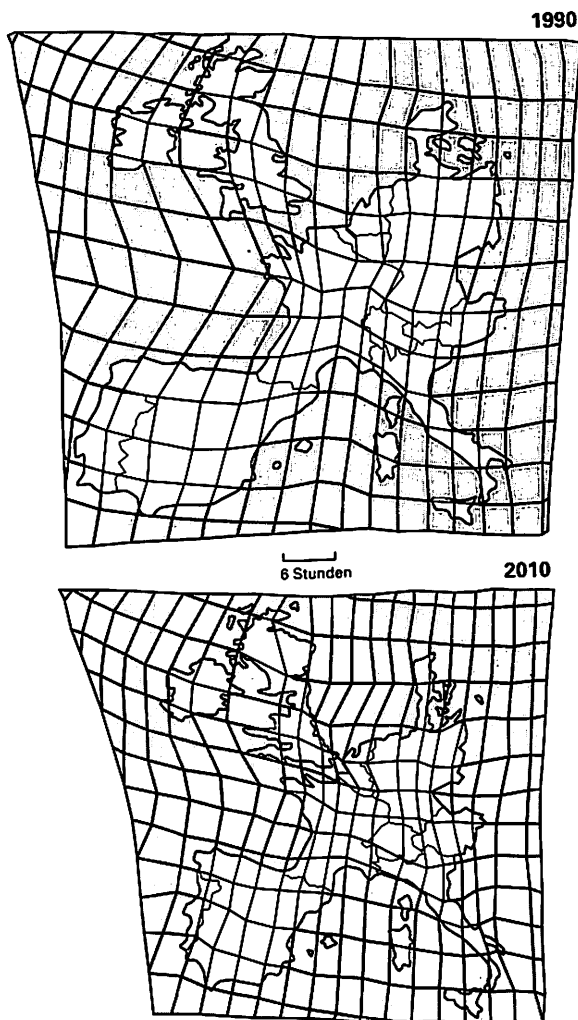


Abb. 6: Das Schrumpfen des europäischen Raumes durch den Faktor „Zeit“ 1990-2010. (Quelle: European Commission: Europe 2000+, Luxembourg 1994)

lich sie in den Mitgliedstaaten der EU auch definiert sein mögen - sind vergleichsweise kleine Raumeinheiten (vgl. Abb. 7). Als solche werden in ihnen zentral-periphere Gegensätze nicht nur anders empfunden und bewertet, sondern die Regionen werden auch im Selbstverständnis ihrer Bewohner zu homogenen Entitäten. Als solche sind weniger Brüssel, Straßburg, Luxemburg oder andere europäische Metropolen ihre Bezugspunkte, sondern ihre kleinräumigen regionalen Zentren.

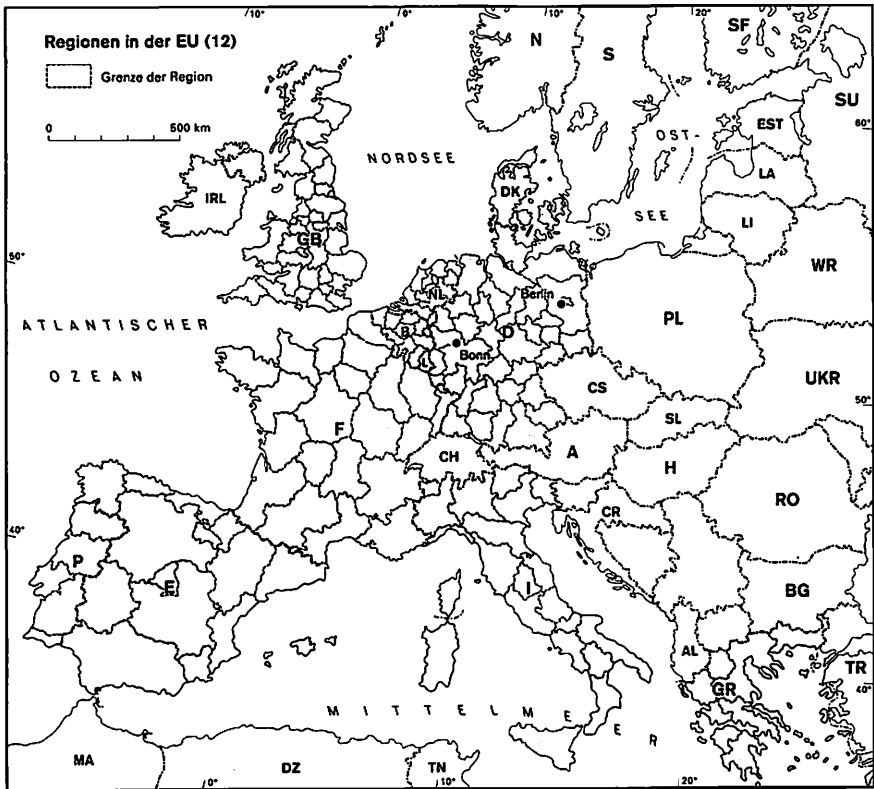


Abb. 7: Regionen in der EU (12). (Nach Unterlagen der EU Brüssel)

Mit einer solchen Neubestimmung der räumlichen Dimensionen von Zentrum und Peripherie geht einher eine völlig neue Bewertung des Phänomens der Grenzen. Grenzregionen, klassische Gebiete peripherisierter Wirtschaft und Infrastruktur, haben mit dem europäischen Einigungsprozeß eine neue Standortqualität gewonnen. Abermals gefördert durch spezielle Strukturhilfeprogramme im Rahmen des Kohäsionsfonds der EU haben bislang benachteiligte Grenzregionen und ihre grenzüberschreitende Zusammenfassung zu sog. „Euregios“ nicht nur z.T. beachtliche wirtschaftliche Entwicklungen durchlaufen, sondern zugleich Rückbesinnungen auf historische und kulturelle Zusammengehörigkeiten gefunden. Die Tatsache, daß z. B. ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland fast geschlossen von einem solchen Ring von Euregios umgeben ist, dokumentiert mehr als viele Worte die neuen europäischen Raumstrukturen, die zugleich auch eine Relativierung des nationalstaatlichen bzw. des EU-dimensionierten Zentrum-Peripherie Problems sind.

Mit dem Erstarren der Regionen, der Gründung des AdR und der nachhaltigen Förderung der Euregios werden fast zwangsläufig die bisherigen Kontroversen um geographische und/oder sozioökonomische Zentren und Peripherien der EU relativiert. Die Rückbesinnung auf historisch begründete Territorialität mit entsprechender Selbstbestimmung, deren politische Konsequenzen momentan noch nicht vorhersehbar sind, geht einher mit einer neuen Bewertung des-



Abb. 8: EUREGIOs entlang der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland. (Nach Unterlagen der EU Brüssel)

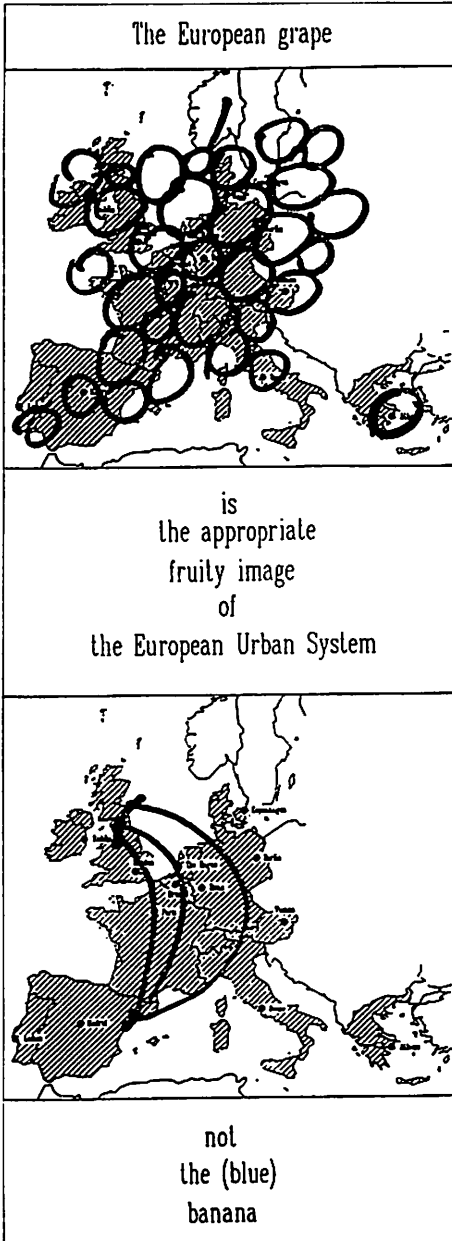


Abb. 9: Die zukünftige europäische Raumvision: die Traube. (Quelle: KUNZMANN-WEGENER 1991)

sen, was man die europäische Territorialität nennen könnte. Vor diesem Hintergrund überrascht dann auch nicht, daß zukunftsorientierte europäische Raumvisionen das Modell der für zentral-periphere Gegensätzlichkeit stehenden „Blauen Banane“ überwunden haben. Statt dessen wird beispielsweise seit einiger Zeit „the European Grape“, die europäische Traube, propagiert. Diese von dem Dortmunder Raumplaner KUNZMANN u.a. seit Beginn der 90er Jahre mit Nachdruck propagierte Konzept einer europäischen Raumordnung wird dabei bewußt als Antithese zu der „Blauen Banane“ verstanden. So schreiben KUNZMANN-WEGENER (1991, S. 291) wie folgt: „Das Europa der Zukunft wird ein Europa der großen Stadtregionen sein, eines der monozentrischen (wie Paris, London oder Warszawa) oder der polyzentrischen Stadtregionen (wie Rhein-Main, Rhein-Ruhr, Randstadt, Lyon-Grenoble, Milano-Torino, Kopenhagen-Malmö oder Wien-Bratislava). Diese Stadtregionen werden untereinander vernetzt sein durch ein dichtes Netz von Fluglinien (mit guten Tagesrandverbindungen). Sie werden die wichtigsten Haltepunkte im Netz der europäischen Hochleistungsbahnen sein. Wo diese Netze zuerst ausgebaut und miteinander verknüpft sind, werden sie wirtschaftliche Impulse geben, wo sie unvollständig bleiben, werden diese Impulse ausbleiben“ (Abb. 9).

Wie sehr solche Vorstellungen auch die europäische Diskussion prägen, zeigen die Formulierungen des europäischen Ausschuß für Raumentwicklung, der in Absatz 20 seiner Empfehlungen wie folgt feststellt:

„Folglich sollte das europäische Raumentwicklungskonzept auf europäischer Ebene ein Leitbild begünstigen, das aus drei integrierten Teilen besteht:

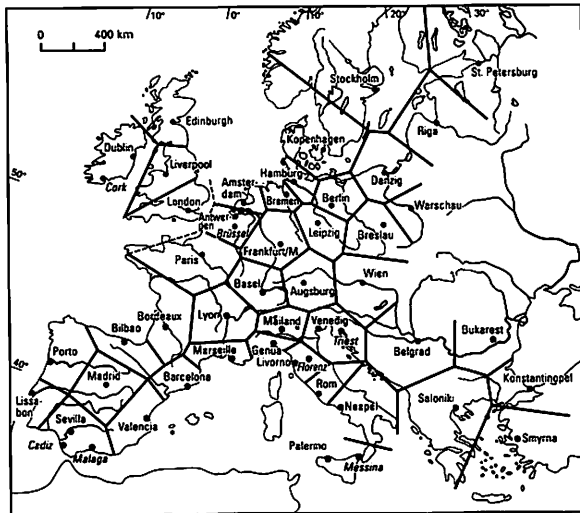


Abb. 10: Europäische Wirtschaftszentren und ihre Einflusssphären, ca. 1720-1870. (Quelle: SCHNEIDER-SCHWARZER-DENZEL 1992)

- einem polyzentrischen und möglichst ausgewogenen System von Stadtregionen, das eine übermäßige Konzentration auf einige Großzentren und die Marginalisierung der Randgebiete zu vermeiden sucht;
- einem Netzwerk umweltverträglicher und leistungsfähiger Infrastruktur, das den Zusammenhalt des Gemeinschaftsraums verstärkt,
- einem dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen dienendes europäisches Freiraumsystem mit abgestuften Schutzgebieten für seine verschiedenen Funktionen.

Jede dieser drei Komponenten sollte möglichst gleichmäßig über das gesamte Gebiet der Europäischen Union verteilt sein, doch müßte den unterschiedlichen Siedlungsstrukturen, Naturräumen und Landschaften im heutigen Europa Rechnung getragen werden“.

Schlußfolgerungen

Abgesehen von der Tatsache, daß die Definitionen von Begrifflichkeiten wie „Zentrum“ und „Peripherie“ schnellem Wandel unterliegen und - je nach Interesse - unterschiedlich formuliert werden, ist auch die neu entfachte Diskussion über die operationellen Ziele der europäischen Raumentwicklung Signal einer Neubewertung der europäischen Diskussion um den Disparitätenabbau innerhalb der EU. Das „raumordnerische Leitbild, welches auf die Ausgewogenheit der Lebensverhältnisse in ganz Europa abzielt“, bedeutet - unter expliziter Ausklammerung von Gegensätzlichkeiten wie zentral vs. peripher -, daß neue Begriffe entwickelt werden müssen, um den Herausforderungen der Europäischen Union zu begegnen (BMRBS 1995). So ist es nicht verwunderlich, daß überlieferte Kategorien der Raumordnung in Frage gestellt und neue Zielvorstellungen entwickelt wurden, nämlich

das Entwicklungsziel: die Umstrukturierung und Stärkung von strukturell schwächeren Gebieten Europas, die für den räumlichen Zusammenhalt der Europäischen Union eine besondere Bedeutung haben;

das Ausgleichsziel: eine Anpassung der Lebens- und Arbeitsbedingungen über Staatsgrenzen hinweg zwischen Gebieten von unterschiedlichem Entwicklungsniveau;

das Erhaltungsziel: die Erhaltung, die Wiederherstellung und den Verbund eines kontinuierlichen Systems von Freiräumen in einem ausgewogenen und transnationalen Netzwerk mit ihren jeweiligen Funktionen: natürliche Lebensräume für Pflanzen und Tiere, Wasserreservoirs, Erholungsraum, klimatischer Ausgleichsraum (Luftreinhaltung) und land- und forstwirtschaftlicher Wirtschaftsraum sowie die Bewahrung der kulturellen Identität, des Erbes der Städte und ländlichen Siedlungen Europas und der Verschiedenartigkeit der Landschaften.

Mit einer auf Entwicklung, Ausgleich und zugleich Erhaltung ausgerichteten Strategie sind aber nicht nur Rückbesinnungen auf historisches Erbe und kulturelle Vielfalt verbunden, sondern zugleich auch die Zielvorgaben für polyzentrische räumliche Entwicklung der EU zu erreichen. Solche Überlegungen und Leitbilder kommen dabei den Rekonstruktionen von Wirtschaftshistorikern über städtische Einzugsbereiche im Europa des 18. und 19. Jahrhunderts in Größe und Ausdehnung ihrer Netzwerke (Einzugsbereiche) ähnlich nahe (Abb. 10) wie das von W. CHRISTALLER aufgestellte System zentraler Orte für das Europa in der Mitte des 20. Jahrhunderts, auf das auch KUNZMANN-WEGENER (1991) explizit verweisen (Abb. 11). Dabei versteht sich von selbst, daß solche Verweise nicht die ökonomische Dimension, sondern allein die aus der Geschichte heraus verständliche soziale und kulturelle Dimension des neuen Regionalismus betreffen.

Als Ergebnis der Diskussionen des informellen Raumordnungsministerrates werden einerseits „nationale Debatten über Ziele und Aufgaben europäischer Raumordnungspolitik“ gefordert. Andererseits aber werden in dem gleichen Dokument „behutsames Bewirtschaften und Vermehren des natürlichen und kulturellen Erbes“ als einer von drei großen Aktionsbereichen - neben der Entwicklung eines ausgewogeneren und polyzentrischen Systems von Stadtregionen sowie der Sicherstellung eines gleichen Zugangs zur Infrastruktur und zu technischem Wissen - zu Handlungsmaximen erhoben (BMRBS 1995). Vielfalt und Reichtum der Kulturen müssen dabei keineswegs im Gegensatz zu gesamteuropäischen Denk- und Handlungsmustern und zu den praktisch-technischen Aktionsbereichen stehen. Ganz im Gegenteil: nur, wenn es gelingt, Europa nicht nur zu einem techno- und bürokratisch funktionierenden Gemeinwesen, sondern ebenso auch zu einem Identifikationsraum für seine Bewohner zu machen, dann kann das Einigungswerk gelingen. Diese emotionale Komponente des europäischen Zusammenwachsens hat der tschechische Staatspräsident VACLAV HAVEL am 24. April 1997 vor dem Deutschen Bundestag zum Thema „Heimat Europa“ hervorgehoben, als er sagte: „Der bewundernswerte Prozeß der europäischen Vereinigung konzentriert sich heutzutage auf die institutionelle, wirtschaftliche, legislative und politische Vereinigung. Auf all diesen Ebenen kann er jedoch kaum erfolgreich sein, falls er nicht systematisch von einer Suche nach den vereinigenden Motiven im Bereich des Fühlens und des Denkens begleitet wird. Anders gesagt: früher oder später werden die Europäer auch Europa als ihre Heimat, wenn auch besonderer Art, oder als eine gemeinsame Heimat ihrer Heimaten empfinden müssen“.

Bezogen auf die Frage von Zentrum und Peripherie - oder besser: von Zentren und Peripherien im langwierigen Prozeß der europäischen Integration lassen sich abschließend folgende Feststellungen treffen:

1. Zentren und Peripherien haben - unabhängig von Raum und Zeit - stets das Bild der Geschichte und Geographie Europas geprägt. Sie werden es auch in Zukunft tun.

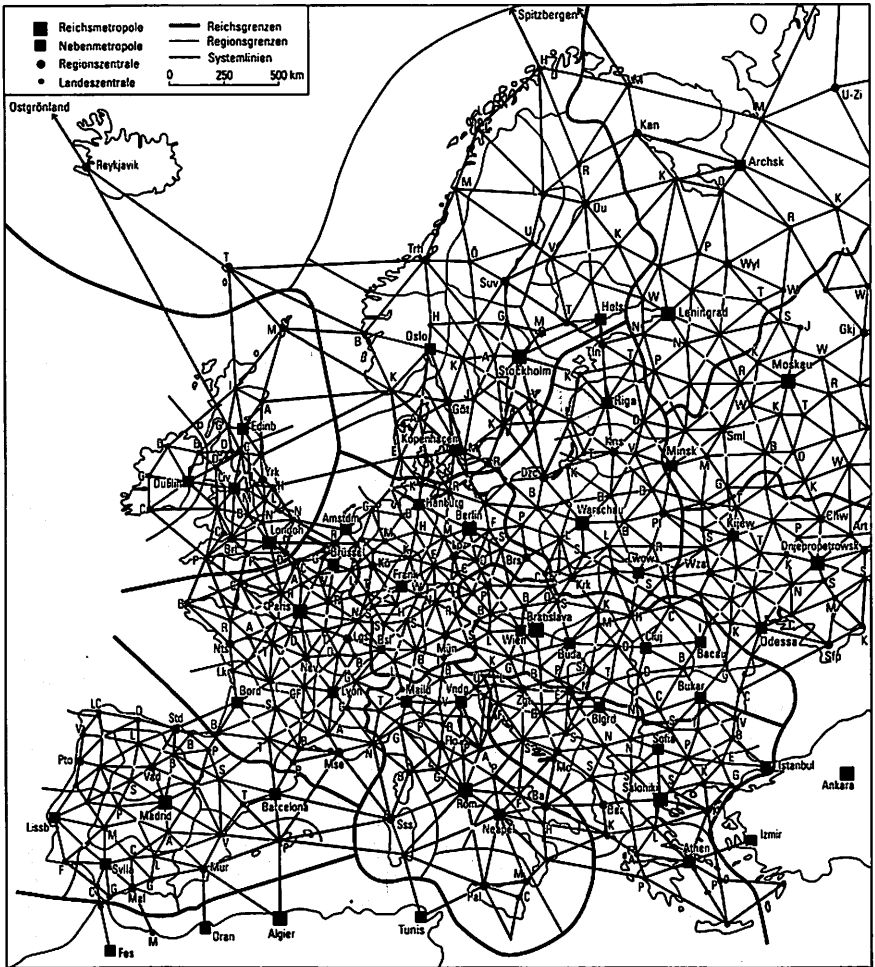


Abb. 11: Das System der zentralen Orte in Europa in der Mitte des 20. Jahrhunderts. (Quelle: CHRISTALLER 1950)

2. Peripherien an sich sind weder schlecht noch fragwürdig, im Gegenteil: sie sind gerade in einer postindustriellen Gesellschaft mit zunehmendem Freizeitangebot als notwendige Komplemente und positive Entwicklungschance zu verstehen.
3. Wie so häufig, sind Zentren und Peripherien eine Frage des Maßstabs: so wenig wünschenswert großräumige und sozioökonomisch gravierende Disparitäten sind, so nachdrücklich sind Netzwerke mittlerer Dimension zu begrüßen.

3. Mit der potentiellen Überwindung von Raumordnung durch Zeitordnung werden sich die sozioökonomischen Dimensionen von Zentrum und Peripherie zwar nicht auflösen, wohl aber vermindern. Dies gilt v.a. vor dem Hintergrund räumlicher Netzwerkstrukturen (Städtenetze) kleiner bis mittlerer Dimension.
4. Aus allem diesem folgt, daß eine großräumige Erweiterung des gegenwärtigen Europa ambivalent gesehen werden muß. So wünschenswert aus politischen, wirtschaftlichen, sicherheitsrelevanten und kulturellen Kriterien eine solche Erweiterung ist, so fragwürdig stellen sich die Zielkonflikte in der schon jetzt unbezahlbaren Agrar- und Strukturpolitik dar.

Diesen nüchternen und wissenschaftlich wie auch politisch und/oder sozioökonomisch rationalen Argumenten steht indes gewichtig die emotionale Europa-Idee gegenüber, die abermals in den Worten von VÁCLAV HAVEL beschworen sei:

„Europa sollte viel deutlicher zur Heimat unserer gemeinsamen Werte werden, so wie sie aus unseren besten geistigen Traditionen und den erworbenen geschichtlichen Erfahrungen erwachsen. Wir alle wissen, um welche Werte es geht: Respekt für die Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Bürgergesellschaft, Marktwirtschaft, Sinn für soziale Gerechtigkeit, Achtung vor der Natur und vor unserer Umwelt. Und wir alle ahnen wohl, auch wenn wir weniger darüber sprechen, was irgendwo in dem tieferen Bereich hinter diesen bekannten Werten verborgen ist: es ist die Verantwortung des Menschen für die Welt, die moralische Ordnung in uns, jenes Kantsche Gegenstück zum Sternenhimmel über uns. Und selbstverständlich nicht nur das: es ist auch das individuelle Antlitz, das diesen Werten und deren metaphysischen Ursprung durch die geistige Geschichte unseres Kontinents verliehen worden ist“.

Summary

Centres and Peripheries - Structures of a Geography of European Integration

This paper deals with theoretical concepts and practical policies of regional disparities and their mitigation within the EC or the EU, respectively. While the existence of centres and peripheries per se are not considered to be a major problem of regional development within local or regional contexts of the EU, the overall disparities are a matter of severe concern. It is questionable, however, whether current European policies of territorial development are appropriate countermeasures against a further deepening of social and economic gaps within the Union. In order to overcome regional disparities, one of the strategies is to develop modern communication and transportation technologies, as a result of which European space is shrinking due to the „time“ factor. Finally: the concept of a „Europe of Regions“ is interpreted not only as a socio-economic response to the growing Europe of the EU (15+), but also very obviously as a psychological reaction to a growing anonymity and loss of cultural and regional identities within the expanding EU. It is the ultimate message of this paper not to over-expand the socio-economic potentials of a European Union. Instead: the promotion and nurturing of cultural diversity and regional identity of the rich and extremely versatile European heritage are considered indispensable for the success of the European unification process. The ultimate goal must be not only socio-economic integration, but also the cultivation of a European identity on the basis of Europe as a „common home of different homes“ - as the Czech President VÁCLAV HAVEL has called it.

Literatur

- ARNOLD, H.: Disparitäten in Europa: Die Regionalpolitik der Europäischen Union. Analyse, Kritik, Alternativen. Basel - Boston - Berlin 1995.
- BECKER, A.,- B. SCHABHÜSER,- K. P. SCHÖN: Der Ausschuß der Regionen. Die institutionalisierte Vertretung der Regionen in der Europäischen Union. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 12, 1995, S. 797.
- BIEHL, D.: Infrastruktur als Bestimmungsfaktor regionaler Entwicklungspotentiale in der Europäischen Union. In: KARL, H.- W. HENRICHSMEYER (Hg.): Regionalentwicklung im Prozess der Europäischen Integration. Bonn 1995, S. 53-86.
- BLR (Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung) (Hrsg.): Materialien zur Raumentwicklung. Laufende Beobachtung Europa. Daten zur Struktur und Entwicklung der Regionen der Europäischen Union. Bonn 1995.
- BMRBS (Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau) (Hg.): Grundlagen einer Europäischen Raumentwicklungspolitik. Bonn 1995.
- BMRBS (Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau) (Hg.): Raumordnungsbericht 1993. Bonn 1994.
- BOSCHMA, R. A.: New industries and windows of locational opportunity. A long-term analysis of Belgium. In: Erdkunde, Band 51/1997, S. 12-22.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Europabilder in Mittel- und Osteuropa. Band 337, Bonn 1996.
- CHRISTALLER, W.: Das Grundgerüst der räumlichen Ordnung in Europa. Frankfurter Geographische Hefte 24. Frankfurt/Main 1950.
- DEUBNER, C.: Deutsche Europapolitik: Von Maastricht nach Kerneuropa? Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik 1995. Band 42, Baden-Baden 1995.
- DREY, F.: Europäische Raumordnungspolitik. Kompetenzen, Konzepte, Konferenzen. In: GR 44/1992, S. 682-685.
- DUNFORD, M.,- G. KAFKALAS: The global - local interplay, corporate geographies and spatial development strategies in Europe. In: DUNFORD, M.- G. KAFKALAS (Hg.): Cities and Regions in the new Europe. London 1992, S. 3-38.
- EHLERS, E.: De la división a la unidad. La Alemania unida en una Europa unida. In: DIEGUEZ, V.C.- J.I. PLAZA GUTIERREZ, ed., Cambios Regionales a Finales del Siglo XX. Universidad de Salamanca, Departamento de Geografía/Asociación de Geógrafos Españoles (A.G.E.). Salamanca 1997, S. 219-238.
- Europäische Kommission (Hg.): Wettbewerbsfähigkeit und Kohäsion: Tendenzen in den Regionen. Fünfter periodischer Bericht über die sozioökonomische Lage und Entwicklung der Regionen der Gemeinschaft. Brüssel, Luxemburg 1995.
- Europäische Kommission (Hg.): Europe 2000+. Cooperation for European territorial development. Brüssel, Luxemburg 1994.
- FASSMANN, H.: Ökonomische Voraussetzungen und Reformen. In: LICHTENBERGER, E. (Hg.): Die Zukunft von Mitteleuropa. Vom Plan zum Markt. ISR - Forschungsberichte Heft 2. Wien 1991, S. 9-15.
- FROMHOLD - EISEBITH, M.: Straßen und Schienen für Europa. Der Ausbau europäischer Verkehrsnetze bei zunehmender Verflechtung und Mobilität. In: GR 46/1994, S. 266-273.
- FROMHOLD - EISEBITH, M.: Das "kreative Milieu" als Motor regionalwirtschaftlicher Entwicklung. Forschungstrends und Erfassungsmöglichkeiten. In: GZ 83/1995, S. 30-47.
- GANS, P.: Regionale Disparitäten in der EG. In: GR 44/1995, S. 691-698.
- GRÄF, P.: Telekommunikation im europäischen Binnenmarkt. In: GR 46/1994, S. 304-309.
- GRITSAI, O.,- A. TREIVISH: Stadial Concept of Regional Development: The Dynamics of Core and Periphery. A Theoretical Discussion. In: GZ 78/1990, S. 65-77.
- GRITSAI, O.,- A. TREIVISH: Stadial Concept of Regional Development: Centre and Periphery in Europe. In: GZ 78/1990, S. 137-149.
- HENRICHSMEYER, W.,- K. HILDEBRAND,- B. MAY (Hg.): Auf der Suche nach europäischer Identität. Bonner Schriften zur Integration Europas. Band 5, Bonn 1995.

- KARL, H.,- W. HENRICHSMEYER (Hg.): Regionalentwicklung im Prozess der Europäischen Integration. Bonner Schriften zur Integration Europas. Band 4, Bonn 1995.
- KLÜTER, H.: Russland - Faktor der Entwicklung im Osten. In: HEINRITZ, G.,- G. SANDER,- R. WIESSNER (Hg.): Der Weg der deutschen Geographie. Rückblick und Ausblick. 50. Deutscher Geographentag in Potsdam. Potsdam 1995, Band 4, S. 27-52.
- KUNZMANN, K. R.: Berlin im Zentrum europäischer Städtetze. In: SÜß, W. (Hg.): Hauptstadt Berlin. Band 1: Nationale Hauptstadt - Europäische Metropole. Berlin, 3. Auflage 1995, S. 233-245.
- KUNZMANN, K. R.,- M. WEGENER: The pattern of urbanization in Western Europe. In: *Ekistics* 350/351, September/October 1991, S. 282-291.
- MIOGA, M.: Räumliche Disparitäten in Europa und Perspektiven zukünftiger Entwicklung. In: *GR* 47/1995, S. 144-149.
- PAPCKE, S.,- W. WEIDENFELD (Hg.): Traumland Mitteleuropa? Beiträge zu einer aktuellen Kontroverse. Darmstadt 1988.
- PLASCHKA, R.G. et al.(Hg.): Mitteleuropa - Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wien 1995.
- SCHNEIDER, J.,- O. SCHWARZER,- M. A. DENZEL: „Währungen der Welt“: Wechselkurse und Finanzplätze vom 17. bis 20. Jahrhundert. In: SCHMITT, E.,- Th. BECK (Hg.): Vergleichende europäische Überseegeschichte. Forschungsforum (Berichte aus der Otto-Friedrich-Universität Bamberg) Heft 4. Bamberg 1992, S. 55-62.
- SCHWARZ, H. P.: Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne. Berlin 1994.
- SINZ, M.: Europäische Integration und Raumentwicklung in Deutschland. In: *GR* 44/1992, S. 686-690.
- SINZ, M.: Vom Rand in die Mitte - Europäische Einflüsse auf die Position Berlins. In: SÜß, W. (Hg.): Hauptstadt Berlin. Band 1: Nationale Hauptstadt - Europäische Metropole. Berlin, 3. Auflage 1995, S. 219-231.
- STERNBERG, R.: Die Konzepte der flexiblen Produktion und der Industriedistrikte als Erklärungsansätze der Regionalentwicklung. In: *Erdkunde*, Band 49/1995, S. 161-175.

Prof. Dr. Eckart Ehlers
 Institut für Wirtschaftsgeographie
 der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität
 Meckenheimer Allee 166
 D-53115 Bonn

Politischer Regionalismus in Europa

Globalisierung und Fragmentierung

In Europa vollzieht sich am Ende des 20. Jahrhunderts ein grundlegender Wandel geopolitischer Strukturen. Zum Verständnis dieser Wandlungen muß man sich vor Augen führen, daß gegenwärtig zeitlich parallel zwei entgegengesetzte Entwicklungsprozesse stattfinden: Vorwiegend im ökonomischen Bereich sind Integrations- und Globalisierungsprozesse festzustellen. Sie führen zu supranationalen Wirtschafts- und Sozialräumen und zur Internationalisierung von Märkten und Produkten, von Produktion, von Forschung und Entwicklung, von Technologien und Arbeitsmärkten. Unternehmen, Qualifikationsstrukturen und Beschäftigungsverhältnisse werden dem Test internationaler Konkurrenz unterzogen. Damit wird auch eine grundlegende Veränderung der ökonomischen Raumorganisation vollzogen, Zentralisierungsvorgänge stärken die Position der "Global Cities", Regionen und Städte sehen sich einem verschärften internationalen Wettbewerb gegenüber. Auf der anderen Seite verzeichnen wir deutliche Fragmentierungs- und Regionalisierungsvorgänge, teilweise verbunden mit einem Neo-Nationalismus. Politisch wirksam sind diese Tendenzen vor allem in den unabhängig gewordenen, neu- oder wiederentstandenen Staaten Mittel- und Osteuropas, aber auch in älteren Nationalstaaten mit starken ethnischen Minoritäten, wie z.B. in Großbritannien, Frankreich oder Spanien.

Globalisierung und Fragmentierung verbinden sich und korrespondieren miteinander, indem sie gleichzeitig eine neue, transnationale und unpersönliche Gesellschaft und daneben auf überschaubare Räume bezogene Gemeinschaften hervorbringen, die sich von dem Bedürfnis ableiten, gefühlsmäßig zwischen dem "Wir" und "den anderen" unterscheiden zu können. Die Dialektik dieser beiden Entwicklungen stellt den Nationalstaat sowohl von außen als auch von innen heraus in Frage. Einerseits gelingt es dem Nationalstaat nicht mehr, seine angestammten Funktionen auf zufriedenstellende Weise wahrzunehmen, andererseits kann er aber auch verstanden werden als eine Gemeinschaft, die sich auf ein gemeinsames kulturelles Erbe, gemeinsame Sprache und Traditionen berufen kann (HASSNER, P., 1995, S. 20, THALER P. 1996).

Politischer Regionalismus und der neue Begriff der Territorialität

Ein neuer Begriff der Territorialität in der Politischen Geographie versucht, diesen Veränderungen in den Raumbezügen des politischen Handelns gerecht zu werden ¹⁾. Abb. 1 versucht schematisch und beispielhaft darzustellen, daß an die Stelle der überkommenen Universalstaatlichkeit verstärkt eine funktional gegliederte Teilstaatlichkeit getreten ist, und zwar durch Aufgabenverlagerungen sowohl auf eine suprastaatliche wie auch auf eine regionale und lokale Ebene. Man spricht in diesem Zusammenhang vom "Aufschnüren des Territorialstaates" (RUGGIE, J. R., 1993) oder auch davon, daß der Staat ein "leck gewordener Container" geworden sei (TAYLOR, B., 1995).

Innerhalb bestehender Staatsgebilde streben Bevölkerungsgruppen, die sich als Minderheiten mit einer eigenen, vom größeren Staatsverband unterschiedlichen Identität betrachten, nach politischem Einfluß, Selbstbestimmung oder Autonomie. Alle daraus resultierenden politischen

¹⁾ Besonders die angelsächsische Politische Geographie hat sich in zahlreichen Beiträgen mit der Frage der Neudefinition der Territorialität befaßt (SACK, R., 1986; DUCHACEK, I., 1986; SCHOFIELD, C., 1994; TAYLOR, B., 1995) Hinzu kommen zahlreiche Arbeiten, die sich speziell mit Funktion und Funktionswandel zwischenstaatlicher Grenzen auseinandersetzen (NIJKAMP, P., 1994; MACMILLAN, J. und A. LINKLATER, 1995).

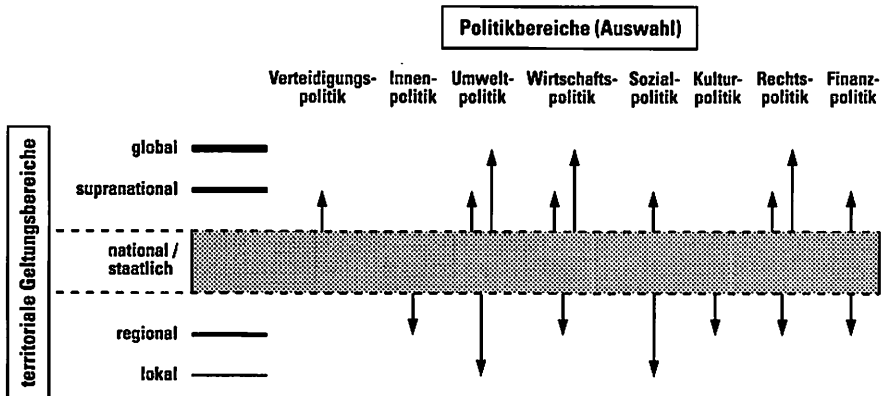


Abb. 1: Räumliche Bezugssysteme politischer Akteure. (Entwurf: K.-A. BOESLER 1995)

Bemühungen fassen wir unter den Begriffen "Politischer Regionalismus" oder "Regionalismus" zusammen.

"Politischer Regionalismus ist eine politisch-soziale Bewegung, die, gestützt auf ethnische, kulturelle oder historische Merkmale einer Region und ihrer Bevölkerung, gegen den Herrschaftsanspruch der Zentrale für die Region Autonomie verlangt" (nach HRBEK, R. und S. WEYAND, 1994). Dabei ist der Bezugsrahmen des Regionalismus, die Region, weit unschärfer als andere politische oder administrative Begriffe, die ein Territorium bezeichnen. Das Gravitationszentrum regionalistischer Bewegungen sind Ereignisse vor Ort, wo Meinungsbildung an konkrete Erfahrbarkeit und Betroffenheit gebunden ist. Region hat also in diesem Zusammenhang überwiegend symbolischen Charakter, sie wird "zum Symbol und zum Anlaß der Erinnerung für jene Handlungen, die hier von mehreren Subjekten mit demselben Sinngehalt durchgeführt werden" (WERLEN, B., 1992, S.20). Gemeinsam ist ihnen aber der Adressat: die politischen Zentren der jeweiligen Nationalstaaten.

Regionalbezogene Identität kann aus ethnischen, kulturellen, religiösen, sprachlichen oder ökonomischen Gemeinsamkeiten hergeleitet werden. Soziologie, Politikwissenschaft, Politische Geographie u. a. haben zahlreiche Erklärungsmodelle für das Entstehen von politischem Regionalismus entwickelt, die sich zu zwei Richtungen zusammenfassen lassen:

- Persistenzmodelle, die die Fortdauer traditioneller ethnisch, kulturell oder religiös bedingter Konflikte betonen, die in bestimmten historischen Situationen aufbrechen und politisch wirksam werden (z.B. LUPHART, A., 1977, oder ROSE, R., 1975),
- Entwicklungstheoretisch begründete Modelle, die Begriffe wie "ökonomische Benachteiligung", "interner Kolonialismus" und "ökonomische Dependenz" verwenden (sie gehen auf MYRDAL, G., 1959, und GELLNER, E., 1964, zurück und sind vor allem von HECHTER, M., 1975 und NAIRN, T., 1977, auf regionalistische Bewegungen angewandt worden).

Bei allen diesen Erklärungsmodellen stellt sich allerdings die Frage, ob die benutzten Elemente überhaupt einen distinktiven Wert haben, nur subjektiv als distinktiv empfunden werden oder lediglich aus völlig anderen Gründen als "Mobilisierungsressource" zur Durchsetzung von anderen Interessen, z.B. aus dem Streben nach politischer Macht, zum Vorwand genommen werden (DITTRICH, E. J. und F.-O. RADTKE, 1990, S.7). Besonders der Begriff der kulturellen Identität ist in der Literatur umstritten. HERMANN BAUSINGER versteht darunter "die Möglichkeit, über die Erfahrung einer definierten Kultur sich selbst zu erfahren und sich zu Hause

zu fühlen". Gleichzeitig stellt er den Begriff jedoch mit dem Hinweis in Frage, daß es in scheinbar einfachen Kulturen viele Teil- und Subkulturen gebe, regionale und soziale Sonderformen, die sich beispielsweise in ihrer religiösen Ausprägung und ihren Wertvorstellungen von der dominanten Kultur unterscheiden. Es komme also darauf an, wer kulturelle Identität definiere, und diese Definition sei immer auch eine Frage von politischer Macht und ökonomischem Einfluß (BAUSINGER, H., 1986, S.144). Regionale Identität - so ist daraus zu folgern - ist also keineswegs etwas Naturgegebenes; ihr Zustande- bzw. Nichtzustandekommen wird vielfach nur durch unterschiedliche historisch-politische und sozioökonomische Konstellationen bedingt, sie wird durch politische Eliten einer Region aktiviert. MEIER-DALLACH unterscheidet daher sicher zurecht vier Stufen regionalistischer Identität: diffusen, bewußteren, artikulierten und praktizierten Regionalismus (MEIER-DALLACH, H.-P., 1980, S.306). Hingegen wird Abstammung zur Begründung des Regionalismus in Europa heute in den meisten Fällen als bedeutungslos angesehen ²⁾.

Daraus folgt für das Verständnis von Territorialität im Zusammenhang mit politischem Regionalismus, daß sie in verschiedenartigen Ausprägungen auftreten kann - je nach der Verfassung der Staaten und ihrer inneren politischen und räumlichen Struktur. Regionalismus kann das gesamte Staatsgebiet erfassen (z.B. Italien, Spanien) oder auf einzelne Landesteile beschränkt sein (z.B. Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland; Schottland, Wales, Nordirland) er kann gleichmäßig (z.B. Frankreich) oder ungleichmäßig (z.B. Italien) angelegt sein je nachdem, ob den Regionen ein gleiches oder ein differenziertes Maß an Autonomie zugewilligt worden ist. Bei einem hohen Maß an Autonomie kann man von Föderalismus sprechen, wie z.B. im Falle Belgiens nach der Staatsreform von 1989 (OSSENBÜHL, F. 1990, vergl. auch BRUNNER, G., 1992). Gemeinsam ist allen diesen Ausprägungsformen lediglich, daß sie von einer politisch-sozialen Bewegung getragen werden, die gegen den Herrschaftsanspruch der Zentrale für sich Autonomie verlangt.

Historische Begründungszusammenhänge: Asymmetrie zwischen dem westlichen und dem östlichen Europa

Es ist kein Zufall, daß der Begriff Regionalismus als Beschreibung eines politischen Phänomens zunächst in Frankreich eine Rolle spielte und historisch-politische Analysen des Regionalismus zuerst dort erschienen (vergl. HÄBERLE, P., 1993, siehe auch GRAS, C. und G. LIVET, 1977). Eine gewisse auslösende Wirkung dafür erlangte die Amtszeit des französischen Marschalls und zweiten Präsidenten der dritten französischen Republik PRITICE DE MAC MAHON (1873-1879), dessen zentralistische, antiparlamentarische Regierung regionalistische Gegenbewegungen provozierte, die sich bis zur Jahrhundertwende verstärkten und schließlich auch andere Staaten, beispielsweise Spanien und Italien, ergriffen. In dieser Zeit findet sich daher in einem Ergänzungsband zur Universalausgabe des Larousse unter dem Stichwort folgende Definition: "Régionalisme = tendance à ne considérer que les intérêts particuliers de la région, du pays qu'on habite" (Larousse, Grand dictionnaire universel du XIX siècle, Bd.16, Erg.bd.; Paris 1877, S.1176).

In Deutschland konnte der Regionalismus keine vergleichbare Bedeutung erlangen, zumal ja auch der Begriff Zentralismus für die Mehrzahl der Epochen deutscher Geschichte keine größere Rolle spielte.

Mit Blick auf Europa als Ganzes lassen sich die verschiedenen Ausprägungsformen des Regionalismus nur im Zusammenhang mit den großen Unterschieden zwischen dem westlichen,

²⁾ HOBBSBAWN, E.J., 1991, S.78, REX, J., 1990, REITERER, A. F., 1996. Im Gegensatz dazu steht die These, das Rasseelement sei zur Differenzierung der Völker am geeignetsten, neben dem "homo oeconomicus" gebe es daher einen "homo ethnicus" (KROKER, E. J. M., 1972, zurückgehend auf BOEHM, M. H., 1932, und HÉRAUD, G., 1963)

mittleren und östlichen Teil des Kontinents in zwei Epochen der europäischen Geschichte erklären:

- in der Zeit der Bildung der Nationalstaaten im 19. Jahrhundert,
- bei den staatlichen Neuordnungsbemühungen nach dem Ende des 1. Weltkrieges.

Die Historiker - in jüngster Zeit besonders PETER KRÜGER, 1992, - haben darauf hingewiesen, daß in der Zeit, in der sich die politischen Strukturen Europas herausbildeten, durch Mitteleuropa eine Grenze verlief, die West- und Westmitteleuropa mit dem Entstehen großer Nationalstaaten vom ost-, ostmittel- und südosteuropäischen Raum trennte, in dem Akkulturations- und Kolonisationsprozesse stattfanden.

Charakteristisch für das westliche Europa waren die Veränderungen in Frankreich und England. In Frankreich wurde trotz der zahlreichen Regimewechsel im Laufe des 19. Jahrhunderts eine Entwicklung hin zum demokratisch-plebiszitären Staatswesen erkennbar, das seine Daseinsberechtigung ausschließlich aus der Souveränität der Nation nach innen und nach außen bezog. Im Ergebnis ähnlich, wandelte sich auch England in dieser Zeit zu einem Nationalstaat. Der französische und der englische Weg beeinflusste die Entwicklung fast aller westeuropäischen Länder. Den revolutionären französischen Weg einer Nationalverfassung als Begründung eines Nationalstaates gingen 1820 Spanien und 1831 Belgien, während das evolutionäre englische Vorbild mehr oder weniger stark auf die skandinavischen Staaten und die Niederlande ausstrahlte: hier waren es die Königshäuser, die sich, während sie mehr und mehr an direkter politischer Kraft verloren, zugleich zum Symbol und Repäsentanten des Nationalstaates entwickelten.

In Mitteleuropa war die Lage völlig anders. Die Zersplitterung dieser Region in kleine und mittlere Territorien, die direkte Einflußnahme der europäischen Großmächte auf die Ordnung Mitteleuropas war kein Zufall, sondern logisches Ergebnis der europäischen Staatenordnung während des 18. und 19. Jahrhunderts. Nur der amorphe Zustand der europäischen Mitte hatte Jahrhunderte lang Europa in Balance gehalten. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nationen war kein Staat, sondern eine Reihe von "Miniatur-Höfen". Diese Struktur Deutschlands bewirkte, daß die moderne Staatsbildung im alten Reich auf territorialstaatlicher Ebene erfolgte, nicht aber auf Reichsebene: die Landesherrschaften reduzierten sich auf 39 Einzelstaaten, darunter vier Freie Reichsstädte; sie bildeten gemeinsam den Deutschen Bund.

Wieder anders war die Nationalstaatsidee im Osten Europas. Der Osten des Kontinents kannte weder nationalakzentuierte, an Verfassungsgrundsätze und Institutionen gebundene Staatsbildungen wie die des europäischen Westens, noch die territoriale Vielfalt Mitteleuropas. Osteuropa war der Boden der großen Reichsbildungen mit einer Vielzahl von Völkern. Bedingt durch ihre Besiedlungs- und Herrschaftsgeschichte sind Ost- und besonders Südosteuropa in ethnischer und kultureller Hinsicht außergewöhnlich heterogen, weit heterogener als die übrigen Teilräume Europas. Die räumliche Struktur ethnischer Zugehörigkeit weist hier zudem noch eine ausgesprochene Kleinkammerung auf.

Das Osmanische, das Russische und das Habsburgische Reich hatten die Umwälzungen des 17. und 18. Jahrhunderts überstanden. Sie waren zentralistisch-bürokratisch regiert. Für sie war die zeitgenössische Idee der Nation existenzbedrohend, wie z.B. die Auffassung von T. G. MASARYK, dem späteren Gründer des Tschechoslowakischen Staates, zeigt, das Habsburger Reich sei "eine Negation des modernen Staates und der modernen Nationalität" (zit. nach ALTER, P., 1995, S.32). Die Forderung der in ihrem Machtbereich lebenden Völker nach eigenen Nationalstaaten bedrohte den Zusammenhalt dieser osteuropäischen Reiche, denn sie bedeutete nicht, wie in West- und Mitteleuropa, Veränderungen am Staat und im Staat, sondern Rebellion gegen den Staat, im extremen Fall seine Auflösung. Griechenland, Albanien, Rumänien und Serbien sind durch Abspaltung von Großreichen entstanden.

Weitere Impulse dafür ergaben sich nach 1918 durch den Zusammenbruch des Deutschen

Reiches, Österreich-Ungarns und des Zarenreiches. Zu diesem Zeitpunkt waren für die Schaffung einer neuen Staatenordnung in den mittleren und östlichen Teilen Europas zwei Leitideen bestimmend:

- a) die "14 Punkte" des amerikanischen Präsidenten Wilson, nach denen das Selbstbestimmungsrecht Grundlage der staatlichen Neuordnung sein sollte;
- b) die sicherheitspolitischen Interessen der westeuropäischen Staaten, besonders Frankreichs, gegenüber Deutschland und der neu entstehenden Sowjetunion.

Neue Grenzziehungen nach dem Nationalitätenprinzip waren praktisch unmöglich, sie wären auch den sicherheitspolitischen Interessen Frankreichs und Englands nicht gerecht geworden. So entstand ein 'cordon sanitaire' ostmitteleuropäischer Staaten, die Frankreich gegen Deutschland an sich band, und die gleichzeitig einen Schutzgürtel vor der Sowjetunion darstellen sollten. Die dadurch zustande gekommenen Staaten - sowohl die wiedergeschaffenen wie die neu entstandenen - (Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Bulgarien) schufen ethnische und sprachliche Minderheitenprobleme auf allen Seiten und durchschnitten historisch gewachsene Kulturräume wie Schlesien, Pommern und Galizien. Slowenien, Kroatien, Bosnien, die Herzegowina und Montenegro wurden in Jugoslawien zu einem Vielvölkerstaat unter serbischer Hegemonie vereint. Tschechen und Slowaken gründeten mit einer Minderheit von etwa drei Millionen Sudetendeutschen die Tschechoslowakische Republik.

Aber die Politiker an den Verhandlungstischen in Versailles, St. Germain und Trianon unterlagen einem schwerwiegendem Irrtum: die Einheit von Staat und Nation galt in Westeuropa als Voraussetzung fortschrittlicher, demokratischer Politik; das Problem der eigenen Minderheiten, etwa der Schotten und Waliser in Großbritannien, der Bretonen oder Elsässer in Frankreich, schien durch das Versprechen der demokratischen Teilhabe an den gesetzgebenden Körperschaften entschärft. In Mittel- und Osteuropa dagegen, wo sich ethnische, sprachliche, konfessionelle und kulturelle Zusammenhänge überkreuzten und ihre Gemengelage den Normalfall darstellte, war die Forderung nach der Einheit von Nation, Sprache und Staatsgebiet völlig sinnlos. Die Nationalstaaten, die 1918 und 1919 aus den Großreichen Osteuropas, dem Osmanischen Reich, Rußland und vor allem Österreich-Ungarn gebildet wurden, waren in Wirklichkeit "staatliche Agenturen nationaler Mehrheiten" (SCHULZE, H., 1994, S. 294), die über beträchtliche Minderheiten herrschten, welche in den meisten Fällen großer Unterdrückung ausgesetzt waren ³⁾. Es handelte sich nach größeren Bevölkerungsverschiebungen zwischen einzelnen Staaten (z.B. Griechenland - Bulgarien, Türkei - Griechenland) ⁴⁾ zu Beginn der dreißiger Jahre um sehr erhebliche Größenordnungen: Die größte Minderheitengruppe im östlichen Europa waren die Juden mit mehr als acht Millionen, davon lebten 3,3 Millionen in Polen, 1,7 Millionen in der Ukrainischen Sowjetrepublik, 700.000 in Rumänien, mehr als 600.000 in Ungarn, mehr als 600.000 in der Weißrussischen Sowjetrepublik, 900.000 in der übrigen Sowjetunion und 350.000 in der Tschechoslowakei. Die zweitgrößte Minderheitengruppe stellten die Deutschen dar. Insgesamt betrug ihre Zahl an die acht Millionen, von denen

³⁾ In der internationalen Diskussion existiert bis heute keine verbindliche Definition der Minderheit. Eine gewisse Verbindlichkeit wird allerdings dem 1979 erstellten CAPOTORTI-Bericht zugestanden, nach dem der Begriff der Minderheit alle innerhalb einer Bevölkerung nicht herrschenden Gruppen einschließt, die dauerhafte ethnische, religiöse oder sprachliche Traditionen oder Charakteristika besitzen, durch die sie sich merklich von jenen der übrigen Bevölkerung unterscheiden (CAPOTORTI, F., 1979, S.13) Immigranten und Ausländer sind nach CAPOTORTI keine Minderheiten, so lange sie nicht die Staatsangehörigkeit des Gastlandes erworben haben.

⁴⁾ Grundgedanke dieser Umsiedlungsverträge war, daß seine Souveränität dem Staat das Recht gebe, in Verträgen mit einem anderen souveränen Staat über das Wohnsitzrecht eigener "Staatsangehöriger" zu verfügen und ihnen das Recht auf die angestammte Heimat zu nehmen, sie also zwangsweise, d.h. gegen den Willen der davon Betroffenen umzusiedeln und zwar in das Herrschaftsgebiet eines anderen Staates.

3,2 Millionen in der Tschechoslowakei lebten, zwei Millionen in der Sowjetunion, eine Million in Polen, mehr als 700.000 in Rumänien und jeweils über 500.000 in Ungarn und Jugoslawien.

Weitere zahlenmäßig bedeutende Minderheiten waren die Magyaren, von denen mehr als 1,5 Millionen in Siebenbürgen und im Banat und 700.000 in der südlichen Slowakei und im Süden der Karpato-Ukraine lebten. Hinzu kamen u.a. 800.000 Polen in der Sowjetunion, 600.000 Türken in Bulgarien, 500.000 Albaner in Kosovo (nach PEARSON, R., 1983, und SUPPAN, A. u. V. HEUBERGER, 1994).

Politischer Regionalismus im östlichen Europa

Zum Zeitpunkt der Teilung Europas durch den Kalten Krieg bestand also bereits eine deutliche, historisch angelegte Asymmetrie für regionalistische Bewegungen. Im mittleren und östlichen Europa wurde sie durch die sowjetische Großmachtspolitik weiter verstärkt. Bis zum Ende der Sowjetunion galt in ihrem Herrschaftsbereich jede Form von Nationalismus als politisch verwerfliche "Rechtsabweichung". Die Sowjetunion war nicht bereit, einen "nationalen" Kommunismus zu akzeptieren, der den "proletarischen Internationalismus", d.h. die uneingeschränkte Führungsrolle der Sowjetunion in Frage stellte. Nach der Breschnew-Doktrin, die angesichts des Einmarsches von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei 1968 verkündet wurde, besaßen die sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas lediglich eine beschränkte Souveränität und ein beschränktes Selbstbestimmungsrecht. Damit wurden Eigenentwicklungen der Staatsvölker und ethnischer oder kultureller Minderheiten in Mittel- und Osteuropa unterdrückt. "Bürgerlicher Nationalismus" sollte durch "sozialistischen Patriotismus" und "proletarischen Internationalismus" überwunden werden.

Durch das Ende des Kommunismus wurden das ethnisch/nationale Konfliktpotential und damit der politische Regionalismus in Mittel- und Osteuropa und ganz besonders in Südosteuropa eindeutig aktiviert. Die Ursachen dafür sind vielschichtig (nach JORDAN, P., 1995, S.9f):

- Das Ende der weltweiten Ost-West-Konfrontation hat den internationalen Druck zur Beibehaltung bestehender Grenzen vermindert.
- Der Zusammenbruch totalitärer Systeme machte einer "natürlichen" Vielfalt von Meinungen und Bewegungen Platz.
- Der Verfall staatlicher Autorität und die Erosion des Verfassungsstaates veranlaßten Gruppen, den Schutz ihrer Interessen und ihre Verteidigung selbst in die Hand zu nehmen.
- Der Transformationsprozeß von einem zentralverwaltungswirtschaftlichen in ein marktwirtschaftliches Wirtschaftssystem bürdet den Menschen mittelfristig erhebliche wirtschaftliche und soziale Lasten auf. Ganze Regionen und Wirtschaftszweige bedürfen grundlegender Umstrukturierung. Das hat soziale Unruhe zufolge. Regierungen und regierende Parteien begegnen ihnen häufig mit dem Appell an das nationale Bewußtsein und schlagen dabei oft auch nationalistische Töne an.
- Die offenen Grenzen erleichtern Wanderung und Pflege auswärtiger Beziehungen. Ethnische Minderheiten können diese Möglichkeiten zur Intensivierung der Bindung mit ihrem Mutterland nützen.
- Nach der Auflösung von Föderationen fanden sich Nationen, die vorher die Rolle einer Staatsnation gespiegelt hatten, in manchen Nachfolgestaaten in einer Minderheitenposition wieder. Sie verloren nicht nur wichtige Funktionen und Positionen im öffentlichen Leben einer größeren politischen Einheit, sie waren plötzlich gezwungen, frühere Partner oder Minoritäten um die Gewährung von Minderheitenrechten zu bitten.

Nach dem Ende der sowjetischen Hegemonialpolitik kommt es daher zu den Selbstständigkeitsansprüchen von Minderheiten in Mittel- und Osteuropa. Beispiele dafür gibt es in großer Zahl: In Siebenbürgen kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Rumänen und Ungarn,

Moldavia wird von Nationalitätenkonflikten heimgesucht, im Kosovo entsteht ein albanischer "Schattenstaat", Weißrußland stellt Gebietsansprüche an Litauen. Die Bildung multinationaler "synthetischer Staaten" ⁵⁾ erweist sich als zum Scheitern verurteilt: Aus der Tschechoslowakei werden mit der Tschechischen und der Slowakischen Republik wieder zwei Nationalstaaten, der jugoslawische Vielvölkerstaat zerbricht.

Geopolitische Umbrüche dieses Ausmaßes werfen die Frage auf, ob es sich dabei um eine verspätete und vorübergehende "Regression" auf dem Weg in die Moderne handelt oder ob ein Umdenken in der Beurteilung der künftigen Rolle der regionalistischen Bewegung oder Nationalstaaten erforderlich werde (vgl. dazu GEYER, D., 1996).

Politischer Regionalismus im westlichen Europa

Auch die "historischen Nationen" Westeuropas sahen sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts mit dem politischen Regionalismus konfrontiert. Das Auftreten dieses Phänomens etwa in Frankreich, Spanien, Italien oder Großbritannien machte deutlich, daß die Staatsnationen dort niemals völlig homogen waren. "Die Nation ist im Grunde seit dem späten 18. Jahrhundert eine Fiktion" (ALTER, P., 1995, S.35). Unterschiede kulturell-sprachlicher und ethnischer Art bildeten Ansatzpunkte für politischen Regionalismus: in Frankreich die Bretonen, Korsen, Elsässer und Provenzalen, in Spanien die Katalonen, Basken und Galicier machten Ansprüche auf Autonomie und Selbstbestimmung geltend. Die irische Unabhängigkeitsbewegung inspirierte alle regionalistischen Bewegungen in Westeuropa, insbesondere nach der blutigen Niederschlagung des Osteraufstandes in Dublin im Jahre 1916 durch englische Truppen. Diese Wirkung verstärkte sich, als die separatistische Partei "Sinn Fein" 1918 73 der 106 irischen Sitze im britischen Parlament gewann.

Allerdings besteht heute eine deutliche Asymmetrie zu den in Mittel- und Osteuropa politisch wirksam werdenden Formen des politischen Regionalismus. In Westeuropa ist - zumindest sofern es sich um demokratisch verfaßte Staaten handelt - seit den 60er Jahren versucht worden, dem Regionalismus flexibel entgegenzutreten. Dies hat zu einem "Abklingen regionalistischer Problemlagen" in Westeuropa geführt (RIESCHER, G., 1991, S.12). Der Aufstand der Regionen, der regionale Protest ist durch staatliche Reorganisation bis zur Mitte der 90er Jahre weitgehend gegenstandslos geworden (KRECKEL, F., F.v. KROSIGH u.a., 1986, S.384ff, ebenso GERDES, D., 1987, S.20). Diese Feststellung gilt trotz einiger, allerdings gravierender Ausnahmen: Baskenland, Nordirland, Korsika. P. ALTER zieht daraus den Schluß, "daß demokratische Systeme ... in der Lage sind, den partikularistischen Nationalismus zu domestizieren und ihm seine desintegrierende Kraft zu nehmen" (ALTER, P., 1995, S.33). Die demokratische Gesellschaft muß dafür einerseits dem Regionalismus Freiräume gewähren, andererseits aber auch seine Ursachen bekämpfen. Denn nur in diesem Sinne "homogene Nationalstaaten" sind in der Lage, die angestrebte politische Union Europas zu erreichen (DAHRENDORF, R., 1993). Der Grundgedanke der Europäischen Union besteht schließlich darin, eine Antwort auf die Zersplitterung Europas in Nationalstaaten anzubieten und gleichzeitig die Ebene supranationaler Verantwortung zu vermehren, gleichzeitig aber auch die regionale Solidarität zu stärken.

In den 60er, 70er und 80er Jahren gab es daher in Westeuropa eine Welle innerstaatlicher Regionalisierung: in Italien, Belgien, Frankreich und in Spanien. Sie waren eine Antwort auf das unerwartete Zunehmen des Regionalismus in dieser Zeit, konnten sich aber auch auf Ideen und Visionen aus den zwanziger und dreißiger Jahren berufen. Schon in dieser Zeit verbanden sich föderalistische Europavorstellungen mit regionalistischen Bewegungen. Beide forderten die Beschränkung der nationalstaatlichen Souveränität durch eine überstaatliche Föderation von Regionen (BURGESS, M., 1989). 1931 hatte die römisch-katholische Kirche Grundsatzfragen zur Organisation von Gesellschaften aufgeworfen. In der Enzyklika "Quadragesimo Anno"

⁵⁾ Zum Begriff des "synthetischen Staates" siehe LEMBERG, H., 1994

wurde das Recht der Eigenständigkeit kleiner Ebenen - Gemeinden und Regionen - proklamiert. Hier tauchte zum erstenmal das Subsidiaritätsprinzip auf ⁶⁾, das heute Eingang in den Vertrag von Maastricht gefunden hat.

Die u.a. daraus hergeleiteten Vorstellungen von einem "Europa der Regionen" führt zur Stärkung einer "mittleren" politischen Ebene zwischen Kommunen und Zentralstaat mit einer eigenständigen Rollendefinition. Allerdings sind die Mitglieder des "Ausschusses der Regionen" in ihren Herkunftsländern mit sehr unterschiedlichen Kompetenzen ausgestattet und auch in unterschiedlicher Weise demokratisch legitimiert. Dabei lassen sich - einem Gutachten des Instituts für Europäische Politik folgend (ENGEL, CH., 1993) - nach der "Regionalisierungs- und Dezentralisierungstiefe" vier Gruppen unterscheiden:

- Unitarische Staaten (Dänemark, Finnland ⁷⁾, Griechenland, Irland, Luxemburg, Schweden, Vereinigtes Königreich) besitzen nachgeordnete Gebietskörperschaften zum Teil nur auf der lokalen Ebene.
- Unitarisch-dezentralisierte Staaten (Frankreich, Niederlande, Portugal ⁸⁾) verfügen über nachgeordnete regionale Körperschaften, die verfassungsrechtlich gesichert sind.
- In regionalisierten Staaten (Spanien, Italien, Belgien) existieren nachgeordnete oder nebengeordnete Gebietskörperschaften mit Verfassungsrang, weitreichender Autonomie und Gesetzgebungsbefugnissen. Im Gegensatz zum föderalen Staat läßt der Staatsaufbau aber mindestens eines der Prinzipien "Autonomie", "Beteiligung", "geregelter Konfliktlösung", "Subsidiarität" und "Zusammenarbeit" außer acht.
- Staaten mit föderalistischem Staatsaufbau (Bundesrepublik Deutschland, Österreich).

Betrachtet man die neuesten Tendenzen im Verhältnis zwischen Regionen und Zentralstaat in der EU, so zeigen sich Veränderungen in unterschiedliche Richtungen (nach BULLMANN, U. und D. EISEL, 1993, S.13f):

- In den meisten unitarischen und unitarisch-dezentralisierten Staaten kam es seit Anfang der achtziger Jahre zu Kompetenzverschiebungen zugunsten der Regionen bzw. dezentralen Ebenen im Verwaltungsbereich, ohne daß damit in jedem Fall ein realer Zugewinn an regionaler Selbstbestimmung zu verzeichnen wäre. Das hat sich z.B. in Irland oder Großbritannien mit der Einführung des Verwaltungsregionalismus ("administrative devolution") gezeigt, der den Regionen keine politische Kompetenzvermehrung einbrachte.
- In den traditionell zentralistischen Staaten Belgien, Spanien und Italien wurden durchgreifende, "nachträgliche" Regionalisierungen sowohl bei den Verwaltungszuständigkeiten als auch in der Gesetzgebungskompetenz durchgeführt. Diese Staaten, insbesondere Belgien, rücken an föderative Grundordnungen heran, obwohl jeweils noch wesentliche Elemente föderaler Staaten fehlen.
- In Frankreich führten die Dezentralisierungsbestrebungen 1982/83 zur Einführung eines "Conseil régional", der aus allgemeinen Wahlen hervorging. Allerdings entstand dabei eine gewisse Konkurrenz der Regionen zu den ebenfalls mit eigenen Kompetenzen ausgestatteten Départements (vgl. HESSE, J. J. und A. BENZ, 1990).

Westeuropa hat also in den letzten beiden Jahrzehnten sehr verschiedene Wege zur Lösung der mit dem politischen Regionalismus verbundenen innenpolitischen Probleme beschritten. Ihnen gemeinsam sind Maßnahmen zur Dezentralisierung der politischen Macht. Derartige Struktur-reformen der Staaten sind für das östliche Europa - wie dargelegt - aus historischen, politischen

⁶⁾ Papst Pius XI, Rundschreiben Quadragesimo Anno vom 15. Mai 1931, Exzerpt abgedruckt in SCHNATZ, H., 1973, S.407

⁷⁾ Ausnahme sind die Aland-Inseln mit einem Autonomiestatut

⁸⁾ Die Azoren und Madeira haben ein Autonomiestatut

und raumstrukturellen Gründen gegenwärtig nicht denkbar. Dies soll an der Gegenüberstellung je eines Beispiels aus den beiden Teilen Europas im Detail veranschaulicht werden.

Das Beispiel Kosovo: der "Kosovarische Schattenstaat"

Als Albanien im Jahr 1913 durch die Londoner Botschafterkonferenz gegründet wurde, lag es nicht im Interesse der Großmächte, einen albanischen Nationalstaat zu schaffen, der alle Albaner umfaßt hätte. Ein solches Vorhaben wäre auch angesichts der differenzierten ethnischen Gemengelage auf dem Balkan kaum durchzuführen gewesen.

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges bestanden unter den kommunistischen Parteien in Südosteuropa Vorstellungen über eine Annäherung ihrer Länder bis hin zu Überlegungen über eine "Balkan-Föderation", in deren Rahmen Albanien, Bulgarien und Jugoslawien vereinigt werden sollten. Der Bruch zwischen Belgrad und Moskau und die spätere politische Isolation Albanien beendeten allerdings derartige Erwägungen. Von den 6,5 Mio Albanern, die heute auf dem Balkan leben, entfallen nur etwa 4 Mio auf die Republik Albanien. Der größte Teil der Albaner außerhalb Albanien lebt im ehemaligen Jugoslawien, entweder in der serbischen Provinz Kosovo oder in Mazedonien.

Die Lebensbedingungen der Albaner in Kosovo gestalteten sich zunächst schwierig, vor allem wegen der außerordentlich unterschiedlichen Fertilität der einzelnen Volksgruppen. Aus serbischer Sicht ist die "demographische Waffe" der Albaner für die Republik Serbien und Montenegro außerordentlich gefährlich. Legt man das durchschnittliche Bevölkerungswachstum der Albaner der vergangenen Jahrzehnte zugrunde, würden in zwanzig bis dreißig Jahren in der Bundesrepublik Jugoslawien ebenso viele Albaner wie Serben leben. Das Volk der Albaner hat seit Jahrzehnten den höchsten Bevölkerungszuwachs aller Völker Europas. Im Kosovo mit seinen heute rd. 2,1 Mio Einwohnern stieg der Anteil der albanischen Bevölkerung zwischen 1948 und 1991 von 68,5% auf 81,6%. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Kosovo ist jünger als zwanzig Jahre. Viele Serben im Kosovo aber empfinden das Bevölkerungswachstum der Albaner als Anschlag auf ihre Existenz als staatstragende Volksgruppe. Ihr Bevölkerungsanteil sank von 18% im Jahre 1970 auf heute nur noch 8%.

Durch die Verfassung von 1974 erhielt Kosovo den Status einer autonomen Provinz, wodurch sich die Lage der Albaner vorübergehend besserte, allerdings nur bis zur Änderung der Verfassung im Jahre 1990. Durch diese Verfassungsänderung wurden fast alle ethnischen Albaner aus dem öffentlichen Leben verdrängt - aus Wirtschaft, Verwaltung, Ausbildung und Erziehung, Medien und Gesundheitswesen. Gleichzeitig gewann die serbische Minderheit durch massiven Einsatz von Miliz, Militär und Polizei die totale Kontrolle über das Kosovo. Die Albaner widersetzten sich der serbischen Gewaltherrschaft, allerdings gewaltlos. Sie zogen sich zurück und bildeten im Untergrund ihr eigenes Gemeinwesen. Man spricht von einem "Kosovarischen Schattenstaat" (SCHMIDT, F., 1995, S. 145).

Das Resultat war eine gleichsam horizontale Teilung des Kosovo. An der Oberfläche des öffentlichen Lebens sind die Serben unter sich. Darunter haben die Kosovo-Albaner ihre eigenen Organisationsstrukturen aufgebaut. Der Schattenstaat erhielt im Juli 1990 durch die Unabhängigkeitserklärung der albanischen Abgeordneten des Parlaments der damals noch autonomen Provinz Kosovo die "Rechtsform" der "Republik Kosova". Verständlicherweise ignorierte Belgrad die Unabhängigkeitserklärung der Kosovo-Albaner und löste Parlament und Regierung des Kosovo auf. Im September 1990 gab sich die nicht anerkannte Republik Kosova eine Verfassung und bestimmte den Schriftsteller Ibrahim Rugova zu ihrem Präsidenten. Rugova und seine "Demokratische Liga des Kosovo" (LDK) gewannen die von den serbischen Behörden kaum behinderten Untergrundwahlen im Mai 1992 und sind bis heute die bestimmenden politischen Kräfte der Albaner. Offiziell hat die LDK die Idee einer Vereinigung mit Albanien aufgegeben. Dennoch strebt man langfristig ein "ethnisches Albanien" an, d.h. die Vereinigung aller von

Albanern besiedelten Gebiete in einem Staat. Kurzfristig geht es um die Erlangung von Minderheitenrechten, um damit langfristig die Voraussetzungen für einen großalbanischen Staat zu schaffen. Im Kosovo werden diese Voraussetzungen in einer möglichst geringen Integration in die Bundesrepublik Jugoslawien gesehen. Dazu soll ein eigenständiges, exklusives Bildungswesen die Grundlage sein.

Seit an den Schulen und Universitäten nach serbischen Lehrplänen unterrichtet wird, findet der albanische Unterricht meist in Privathäusern statt. Nach Angaben der LDK werden lediglich die rd. 270.000 albanischen Grundschüler zum Großteil in den staatlichen Schulgebäuden unterrichtet. Der Unterricht findet in albanischer Sprache nach albanischen Lehrplänen statt, räumlich und zeitlich getrennt von den serbischen Schülern und Lehrern. Die fast 60.000 albanischen Mittel- und Oberschüler sowie die 11.000 albanischen Studenten lernen fast alle in Wohnzimmern, Werkstätten und Warenlagern albanischer Privatleute. M. RÜB, 1996, berichtet von seinem Besuch in einer Schule in Prishtina, die in zwei "ethnisch reine Territorien" unterteilt ist. Es gibt einen Eingang für die serbischen und einen für die albanischen Schüler. Die Schulglocken läuten zu unterschiedlichen Zeiten. So kommen albanische und serbische Schüler weder während des Unterrichts noch auf dem Pausenhof zusammen. Quer durch das Schulhaus zogen die serbischen Behörden eine Mauer, Korridore, Treppenhäuser wurden zu Sackgassen.

In anderen Bereichen der Gesellschaft bietet sich dasselbe Bild: wo immer die Albaner verdrängt wurden, haben sie sich in ihren Untergrundstaat zurückgezogen. Dieser wird durch eine mehr oder weniger freiwillige Abgabe aller Kosovo-Albaner außerhalb des Landes in Höhe von 3% des Nettoeinkommens finanziert. Ohne diese "Steuern" der Kosovo-albanischen Gastarbeiter in Westeuropa wäre der Schattenstaat nicht lebensfähig.

Dieses sublimen System der Apartheid ist relativ stabil: keine Entspannung, aber auch keine Explosion. Serben und Albaner haben sich in ihre Nischen zurückgezogen und dort eingerichtet. Ihr paralleles Leben hat kaum Berührungspunkte.

Am 1. September 1996 haben der Präsident der Republik Serbien MILOSEVIC und IBRAHIM RUGOVA eine Vereinbarung unterzeichnet, mit der der Boykott der albanischen Schüler und Studenten in Kosovo nach sechs Jahren beendet werden soll.

Auch wenn sich diese Vereinbarung auf allgemeine Feststellungen und Absichtsbekundungen beschränkt, könnte sie einen Normalisierungsprozeß in Kosovo einleiten. Zum ersten Mal überhaupt hat Milosevic gemeinsam mit Rugova ein Dokument unterzeichnet. Damit erkennt er implizit Rugova als legitimen Vertreter der Kosovo-Albaner an. Milosevic und Rugova einigten sich auf die "Normalisierung des Ausbildungssystems im Kosovo für die albanische Jugend auf allen Ebenen". Ausdrücklich sieht die Vereinbarung die "Rückkehr der albanischen Schüler, Studenten und Lehrer an die Schulen und Fakultäten" vor. Was die jetzt unterzeichnete Vereinbarung konkret bedeutet, erscheint allerdings noch völlig offen. Jedenfalls haben die Albaner auch die Wahlen zum Parlament der Bundesrepublik Jugoslawien am 3.11.1996 boykottiert, so daß die der Provinz Kosovo zustehenden 22 Parlamentssitze ausschließlich an Serben fielen (FAZ v. 5.11.1996)

Das Beispiel Katalonien: Eine "Autonome Gemeinschaft" im "Europa der Regionen"

Spanien war eines der Länder, dem in der Periode des verstärkten politischen Regionalismus im westlichen Europa während der 70er Jahre besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde: Katalonien, das Baskenland und Galicien waren die räumlichen Schwerpunkte. Bemerkenswerterweise fiel das Entstehen des Regionalismus in Katalonien mit der Ablösung der Franko-Diktatur zusammen. Zugleich verzeichnen wir ein zeitliches Aufeinanderfallen mit vergleichbaren Prozessen in den Nationalstaaten des nördlichen Westeuropas (NOHLEN, D., 1980; GERDES, D., D. NOHLEN und R.- O. SCHULTZE, 1981; BRUNN, G., 1978). Spanien war bis zum

Inkrafttreten der neuen Verfassung von 1978 ein zentralistisch organisierter Staat. Dieser Staatszentrismus hatte Mitte des 19. Jahrhunderts seine Ausprägung erfahren, als liberale Kräfte die napoleonische Staatsorganisation einführten. Zeiten der Dezentralisierung waren seitdem selten. Lediglich in der Zweiten Republik, also in den Jahren 1931-1936, erhielten das Baskenland und Katalonien ein Autonomiestatut.

Titel VIII der neuen spanischen Verfassung mit seiner Überschrift "Die territoriale Gliederung des Staates" erteilte dem Zentralismus eine deutliche Absage. Art. 137 legt fest: "Das Staatsgebiet wird in Gemeinden, Provinzen und Autonome Gemeinschaften gegliedert". In der Folgezeit sind 17 Autonome Gemeinschaften gebildet worden. Dabei kann man zwischen "historisch gewachsenen" Autonomen Gemeinschaften - Katalonien, Baskenland, Galicia - und "künstlich errichteten" - den 14 übrigen - unterscheiden (CHINER, M. J. M., 1990, S.178). Die Dezentralisierung Spaniens in der Verfassung von 1978 wird dem Druck der "geborenen" Autonomen Gemeinschaften, also deren regionalistischen Bestrebungen, zugeschrieben (ebd). Regionalisierung wurde in Spanien nach 1978 eindeutig als Dezentralisierung verstanden, d.h. als Auslagerung ökonomischer, politischer und kultureller Kompetenzen in Teilräume des Nationalstaates (HILDENBRAND, A. und D. NOHLEN, 1991).

Der Verlauf der Regionalisierung in Spanien ("transición") war ein Prozeß mit abgestuften Geschwindigkeiten zwischen den Regionen. Für die historisch "geborenen" Regionen - wie Katalonien - blieben damit separatistische Ansprüche ausgeschlossen. Die Region erhielt aber gegenüber anderen in ihrer politisch-institutionellen Ausstattung einen deutlichen Vorzug. Für Spanien insgesamt bedeutet das bis heute, daß es keine einheitliche Ebene aller Regionen gibt, auf der sie gemeinsam handeln könnten. Spanien ist ein Staat der Autonomen, aber kein föderaler Staat (HILDENBRAND, A. und D. NOHLEN, 1991; M. J. M. CHINER, 1990).

Aus beiden Gründen ergeben sich in Katalonien für die Lösung der Probleme des politischen Regionalismus durch Regionalisierung zusätzliche Probleme. Es kann nicht nur um eine Stärkung der Region im Rahmen des bestehenden Staates gehen, sondern zunächst um die Teilnahme der Regionen an der Herstellung eines föderalen Gemeinwesens. Die Regionen haben also nicht nur eine differenzierende, sondern auch eine konstituierende Aufgabe. Da sie sich zugleich als Akteure in der Europäischen Union bewegen, verdoppelt sich ihre Rolle: im Europa der Regionen und im Spanien der Autonomen Gemeinschaften sind sie jedoch nicht deckungsgleich. Gerade für eine starke Region wie Katalonien im "Norden des Südens" besteht die Versuchung, auf europäischer Ebene zu agieren und dabei den föderalen Aufgaben im eigenen Land auszuweichen.

Die europäischen Handlungsmöglichkeiten führten zu einer Reihe von Kooperationsprojekten zwischen Katalonien und anderen Regionen der EU: Verbindungen mit Baden-Württemberg, Rhônes-Alpes und der Lombardei, die Bildung einer Euregio zusammen mit den Regionen Midi-Pyrénées und Languedoc-Roussillon sowie das "City-Network C6" (Valencia, Zaragoza, Barcelona, Palma de Mallorca, Toulouse, Montpellier).

Diese Entwicklung hat eine neue Form des Regionalismus ausgelöst. Katalonien beansprucht eine starke Rolle im Europa der Regionen. Der Kern dieses Konzepts besteht darin, daß sich durch die Integration Europas und die Übertragung von nationalstaatlichen Kompetenzen auf Institutionen der EU den Regionen ein neues Aktionsfeld eröffnet⁹⁾. Regionen wie Katalonien versuchen, durch Regionsmarketing regionale Besonderheiten und Standortvorteile in Entwicklungs- und Wettbewerbsvorteile umzumünzen: Schlüsselpositionen im europäischen Raum, landschaftliche und urbane Qualitäten, kulturelle und technologische Traditionen.

Die Raumentwicklung im europäischen Binnenmarkt ist heute durch neue interregionale Zusammenhänge gekennzeichnet. Am bekanntesten wurde der langgestreckte Ballungsraum der

⁹⁾ Eine noch bisher ungelöste Problematik enthält das Staatsmonopol für auswärtige Beziehungen, das die spanische Verfassung festlegt. Die Autonomen Gemeinschaften haben danach keine Kompetenz, inter-nationale Verträge abzuschließen (vergl. CHINER, M. J. M., 1990, S.194f)

"Banane" von Südengland bis Norditalien, in dem sich der Hauptteil des ökonomischen Potentials der EU konzentriert. Daneben gibt es aber auch die These von der Existenz eines südlichen Wachstumsgürtels ("sun-belt"), der sich am nordwestlichen Mittelmeerufer von Oberitalien bis nach Spanien erstreckt. Neue Technologien, rohstoffunabhängige Industrien und eine neue Dienstleistungskultur sollen die frühere Halb-Peripherie im Süden zur europäischen Wachstumszone machen. Diese These fand auch Aufnahme in den Raumordnungsbericht der EU (EU-Kommission, 1991, S.13ff). Für Katalonien als eine der Kernregionen dieses sun-belt könnte dieser Großraum eine neue europäische Sonderrolle begründen.

Die europäische Integration hat also den regionalistischen Interessen Kataloniens ein neues, erfolgversprechendes Aktionsfeld geschaffen, mit dem eine eigenständige Position im Binnenmarkt geschaffen werden kann. Dennoch ist der nationstaatliche Rahmen für die Entwicklung Kataloniens nach wie vor von wesentlicher Bedeutung. Regionsinteressen und Lösung der Probleme des politischen Regionalismus gehen in einem demokratischen Staat über die Autonomie hinaus. Grundsätzlich liegt die Lösung in der Ersetzung vertikaler durch horizontale politische Handlungsstrukturen. Die Modernisierung der katalanischen Wirtschaft bleibt in einem gewissen Maße an den gesamtspanischen Modernisierungsprozeß gebunden. Das zeigt sich in Schlüsselbereichen wie Forschung und Entwicklung, Verkehrsinfrastruktur oder ganz besonders bei der Finanzpolitik. Damit ist die Grenze des Regionalisierungskonzeptes und der "Autonomisierung" gezeigt. Erst horizontale, föderale Strukturen würden den Regionen eine stärkere Mitgestaltung an der gesamtstaatlichen Entwicklung ermöglichen. Ein Blick auf die spanische Finanzpolitik offenbart diese "föderale Lücke": seit 1982 haben die spanischen Regionen ihren Anteil an den öffentlichen Haushalten von 4,5% auf 17,6% (1990) gesteigert. Auf der Einnahmenseite haben sie aber keine steuerpolitische Mitgestaltungsmöglichkeit und sind im wesentlichen auf Transferzahlungen der Zentralregierung angewiesen.

Dennoch können sich die Regionalregierungen um so besser als Sachwalter der regionalen Interessen darstellen je mehr Finanzmittel ihnen zur Verfügung stehen. Regionalistische Parteien wie die CiU (Convergència i Unió) in Katalonien oder die baskischen Parteien beziehen hieraus einen großen Teil ihres Wahlerfolges. Die Beziehungen zur Zentralregierung beschränken sich bisher weitgehend auf das Aushandeln der Zuweisungen. Was das bedeutet, zeigt sich an der parlamentarischen Situation der gegenwärtigen spanischen Regierung. Sie stützt sich im Parlament auf eine Mehrheit von 16 Stimmen, darunter auch die der CiU. Die parlamentarische Unterstützung der Regierung ist durch großzügige Finanzleistungen für die Autonomen Gemeinschaften erkaufte worden. Sie können seit 1993 über 30% der Einkommensteuer eigenständig verfügen. Katalonien profitiert mit Galicia und Valencia am meisten davon. Daß dies die Begehrlichkeiten der anderen der 14 autonomen Regionen in Spanien geweckt hat, liegt auf der Hand.

Spanien ist also nach wie vor ein Zentralstaat. Er hat eine "föderale Lücke":

- zwischen der inner-regionalen Kompetenz ("Staat der Autonomen") und der interregionalen Kompetenz (Bundesstaat) der Regionen;
- zwischen ihrem gewachsenen sozioökonomischen Potential und ihrer Beteiligung an den normativen Kompetenzen;
- zwischen einem eingeschränkten innerspanischen Föderalismus und weitgespannten Kooperationen im Europa der Regionen.

Fazit

Politischer Regionalismus hat die geopolitischen Strukturen im 19. und 20. Jahrhundert in hohem Maße beeinflusst und wird mit Sicherheit auch für künftige Konstellationen von großer Bedeutung sein. Seine historisch angelegte Asymmetrie zwischen dem östlichen und dem westlichen Europa wird auf absehbare Zeit fortbestehen.

Im östlichen Europa trafen nach dem Umbruch von 1989 Regionalismus, der vielfach auch als Nationalismus auftrat, Demokratie und staatliche Gliederung mit häufig konkurrierenden Interessen aufeinander. Ethno-kulturelle Identitäten sind in diesem Raum besonders zahlreich: in Rußland - besonders im Kaukasus - in den westlichen Nachbarstaaten Rußlands Estland, Lettland, Moldavia und der Ukraine. Das gleiche gilt für den gesamten Raum zwischen der Ex-Sowjetunion und Deutschland: Oberschlesien und Siebenbürgen, Mähren, Vojvodina und Kosovo, Mazedonien, Bosnien, Herzegowina. Es ist daher kein Zufall, daß die meisten dieser Gebiete in diesem Jahrhundert häufig umstritten waren und nach 1989 verstärkt Gegenstand regionalistischer bzw. nationalistischer Konflikte geworden sind. Die neuen politischen und ökonomischen Freiheiten und die Öffnung der Grenzen haben aber auch zu Ansätzen von Zusammenarbeit in staatsgrenznahen Regionen geführt: polnisch-deutsch, tschechisch-deutsch, bulgarisch-türkisch, russisch-ukrainisch, ukrainisch-polnisch. Kann man darin erste Ansätze für ein künftiges "Europa der Regionen" auch in diesem Teil des Kontinents sehen?

Der westeuropäische Regionalismus ist mit dem europäischen Integrationsprozeß in eine neue Phase getreten. Er hat seinen "Bewegungscharakter" - von wenigen Ausnahmen abgesehen - weitgehend verloren. Im Europa der Regionen ist Regionalismus institutionalisiert worden, er hat eine langfristige Programmatik und eine überstaatliche Organisationsstruktur erhalten. Bemerkenswerterweise beginnt sich zugleich aber auch eine neue Form von Regionalismus zu entwickeln, der sich nicht in erster Linie gegen die Zentralstaaten richtet, sondern gegen die Europäische Union. Auch hier ist der regionale Bezugsrahmen vielfach staatsgrenzenüberschreitend. Die bayerische Staatsregierung verlangt z.B. eine Reform der europäischen Strukturpolitiken mit dem Ziel, die Entscheidungskompetenzen der Kommission zugunsten der Nationalstaaten, vor allem aber der Regionen einzuschränken (FALTHAUSER, K., 1996). In dieser Forderung zeigt sich aber auch zugleich ein nicht zu unterschätzendes Problem für die Entwicklung eines "Europa der Regionen". Nicht nur die Nationalstaaten verlieren an Kompetenz, es ist auch leicht vorstellbar, daß eine Europäische Union von z. Zt. 94 Regionen unterschiedlicher demokratischer Legitimation und Verwaltungskraft noch schwieriger zu integrieren ist als eine Union von 15 Staaten.

Ob das Beispiel der Regionalisten in Westeuropa und der Umgang mit ihnen in den einzelnen Staaten in Osteuropa Schule machen kann, bleibt auf absehbare Zeit sehr zweifelhaft. Damit sind sicher auch Probleme bei der geplanten Ost-Erweiterung der EU verbunden.

Summary

Political regionalism in Europe

The economic integration and globalization processes currently taking place in Europe run parallel to equivalent movements in regionalisation. Population groups living within existing states, which regard themselves as minorities with an identity of their own and different from that of the larger state, are striving for political influence, self-determination and autonomy. All the political efforts resulting from it are covered by the terms „political regionalism“ or „regionalism“.

Forms of political regionalism in Europe vary. There is an asymmetry between western and eastern Europe which goes back to the formation of nation states in the 19th century. The demise of communism clearly activated the ethnic/national potential for conflict, and thus of political regionalism in Central and Eastern Europe, and particularly in South East Europe. In Western Europe - at least in areas of democratic constitutional states - attempts to find flexible ways of standing up to regionalism have been ongoing since the 1960s. During the past two decades Western Europe has thus adopted very different ways of solving the inner-political problems arising in connection with political regionalism. What they have in common are measures for the de-centralization of political power, which in turn have led to the „subsiding of regional problem situations“ in Western Europe. For the states of Eastern Europe, structural

reforms of this kind are presently unthinkable for historic, political and spatial-structural reasons. The „Kosovaric shadow state“ and the „autonomous community“ of Catalonia serve as examples for a more detailed discussion of contemporary forms of political regionalism in Eastern and Western Europe.

Literatur

- ALTER, P.: Demokratie und ethnische Differenzierung. In: HATSCHIKJAN, A. und P. R. WEILEMANN (Hrsg.): Nationalismen im Umbruch. Köln 1995, S. 29-43.
- BAUSINGER, H.: Kulturelle Identität. Schlagwort und Wirklichkeit. In: Ders. (Hrsg.): Ausländer-Inländer. Arbeitsmigration und kulturelle Identität. Tübingen 1986, S. 141-159.
- BLASCHKE, J.: Einleitung. In: Ders. (Hrsg.): Handbuch der europäischen Regionalbewegungen. Frankfurt/M. 1980, S. 7-30.
- BOEHM, M. H.: Das eigenständige Volk. Volkstheoretische Überlegungen der Ethnopolitik und Geisteswissenschaften. Göttingen 1932.
- BRUNN, G.: Regionalisierung und sozialer Wandel. Das Beispiel Katalonien. In: DANN, O. (Hrsg.): Nationalismus und sozialer Wandel. Hamburg 1978, S. 157-185.
- BRUNNER, G.: Föderation, Konföderation und Regionalismus in verfassungsrechtlicher Sicht. In: Südosteuropamitteilungen 2, 1992, S. 89-103.
- BULLMANN, U. u. D. EMBEL: „Europa der Regionen“. Entwicklungen und Perspektiven. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 20-21/93, 1993, S. 3-15.
- BURGESS, M.: Federalism and European Union: Political Ideas, Influences and Strategies in the European Community 1972-1987. London, New York 1989.
- CAPOTORTI, F.: Study on the Rights of Persons Belonging to the Ethnic Religions and Linguistic Minorities. New York 1979.
- CHINER, M. J. M.: Landesbericht Spanien. In: OSSENBÜHL, F. (Hrsg.): Föderalismus und Regionalismus in Europa. Baden Baden 1990, S. 167-198.
- DAHRENDORF, R.: Die Sache mit der Nation. In: JEISMANN, M. u. H. RITTER (Hrsg.): Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus. Leipzig 1993, S. 101-118.
- DITTRICH, E. J. u. F.- O. RADTKE: Vorwort. In: Dies. (Hrsg.): Ethnizität. Wissenschaft und Minderheiten. Opladen 1990, S. 7.
- DUCHACEK, I.: The territorial dimension of politics within, among and across nations. Boulder/ Colorado 1986.
- ENGEL, C.: Die Regionen der EG - Rechtliche Vielfalt und integrationspolitische Rollenversuche. Gutachten im Auftrag der Staats- und Senatskanzleien der Länder. (Analysen zur Europapolitik des Instituts für Europäische Politik; Bd. 8). Bonn 1993.
- EU-KOMMISSION: Europa 2000 - Perspektiven der künftigen Raumordnung der Gemeinschaft. Brüssel, Luxemburg 1991.
- FALTHAUSER, K.: Eigenverantwortung für Europas Regionen. In: FAZ vom 29.10.1996.
- GELLNER, E.: Thought and Change. London 1964.
- GERDES, D.: Regionalismus in Westeuropa. In: Regionen und Regionalismus in Westeuropa. Stuttgart 1987, S. 9-21.
- GERDES, D., D. NOHLEN u. R. O. SCHULTZE: Die regionalistische Herausforderung. Königstein 1981.
- GEYER, D.: Osteuropäische Geschichte und das Ende der kommunistischen Zeit. Heidelberg 1996.
- GRAS, C. und G. LIVET: Région et régionalisme en France du 18 siècle à nos jours. Paris 1977.
- HÄBERLE, P.: Der Regionalismus als werdendes Strukturprinzip des Verfassungsstaates und als europarechtliche Maxime. In: Archiv des öffentlichen Rechts, Bd. 118, 1993, S. 1-44.
- HASSNER, P.: Neue Strukturen in Europa und die neuen Nationalismen. In: HATSCHIKJAN, M. A. u. P. R. WEILEMANN (Hrsg.): Nationalismen im Umbruch. Köln 1995, S. 14-28.
- HECHTER, M.: Internal Colonisation: The Celtic Fringe in British Development. Berkeley 1975.
- HELD, G.: Föderalismus am Mittelmeer? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20-21/93, 1993, S. 23-29.
- HÉRAUD, G.: L'Europe des ethnies. Paris 1963.
- HESSE, J. J. und A. BENZ: Die Modernisierung der Staatsorganisation. Baden-Baden 1990.

- HILDENBRAND, A. u. D. NOHLEN: Regionalisierung und politische Dezentralisierung in Spanien nach Franco. In: BERNECKER, W. L. u. J. OEHRLEIN (Hrsg.): Spanien heute. Politik. Wissenschaft. Kultur. Frankfurt 1991, S. 41-75.
- HOBSBAWN, E.J.: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Frankfurt/M. 1991.
- HRBEK, R. u. S. WEYAND: Betrifft das Europa der Regionen: Fakten, Probleme, Perspektiven. München 1994.
- JORDAN, P.: Die ethnische Struktur Südosteuropas im Überblick. In: GESEV, G. u. a. (Hrsg.): Atlas Ost- und Südosteuropa. Begleittext. Ethnische Struktur Südosteuropas um 1992. Stuttgart 1995, S. 3-10.
- KRECKEL, F. u. F. v. KROSIGK: Regionalistische Bewegungen in Westeuropa. Zum Struktur- und Wertewandel in fortgeschrittenen Industriestaaten. Opladen 1986.
- KROKER, E. J. M.: Der rechtsphilosophische Ausgangspunkt des Volksgruppenrechts. In: VEITER, Th. (Hrsg.): System eines internationalen Volksgruppenrechts, Bd.3, Teil 2. Wien 1972.
- KRÜGER, P.: Mitteleuropa - ein europäisches Strukturproblem. In: Westmitteleuropa-Ostmitteleuropa. Vergleiche und Beziehungen. Festschrift für F. Seibt, Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, 70. München 1992, S. 23-36.
- LEMBERG, H.: Der Versuch der Herstellung synthetischer Nationen im östlichen Europa im Lichte des Theorems von Nation-Building. In: SCHMIDT-HARTMANN, E. (Hrsg.): Formen des nationalen Bewußtseins im Lichte zeitgenössischer Nationalismustheorien. Bad Wiesseer Tagung vom 31.10 bis 3.11.1991. München 1994, S. 145-161.
- LJPHART, A.: Governing and „Ungovernability“ - A Sceptical Inquiry. ECPR-Paper. Berlin 1977.
- MACMILLAN, J. u. A. LINKLATER (Hrsg.): Boundaries in question. London 1995.
- MEIER-DALLACH, H.-P.: Räumliche Identität - Regionalistische Bewegung und Politik. In: Informationen zur Raumentwicklung, 5, 1980, S. 301-313.
- MYRDAL, G.: Ökonomische Theorie und unterentwickelte Region. Stuttgart 1959.
- NAIRN, T.: The Break-Up of Britain. Crisis and Nationalism. London 1977.
- NIJKAMP, P. (Hrsg.): New borders and old barriers in spacial development. Newcastle upon Tyne 1994.
- NOHLEN, D.: Regionalismus in Spanien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/80, 1980, S. 39-60.
- OSSENBÜHL, F.: Einführung. In: Ders. (Hrsg.): Föderalismus und Regionalismus in Europa. Baden Baden 1990, S. 7-10.
- PEARSON, P.: National Minorities in Eastern Europe. London 1983.
- REITERER, A.F.: Kärntner Slowenen: Minderheit oder Elite? Tendenzen der ethnischen Arbeitsteilung. Klagenfurt, Colovec 1996.
- REX, J.: „Rasse“ und „Ethnizität“ als sozialwissenschaftliche Konzepte. In: DITTRICH, E. J. u. F.- O. RADTKE (Hrsg.): Ethnizität. Wissenschaft und Minderheiten. Opladen 1990, S. 141-178.
- RIESCHER, G.: Thematische Einführung. In: Dies. (Hrsg.): Regionalismus '90. Zur Dialektik des west-europäischen Einigungsprozesses. München 1991, S. 9-24.
- ROSE, R.: Regional Differentiation and Political Unity in Western Nations. London, Beverly Hills 1975.
- RÜB, M.: Leben im Schattenstaat. In: FAZ vom 17.08.1996.
- RUGGIE, J.R.: Territoriality and beyond: Problematizing modernity in international relations. In: International organisation, 1993, S. 139-174.
- SACK, R.: Human territoriality. Its theory and history. Cambridge 1986.
- SCHMIDT, F.: Albaner außerhalb Albaniens. In: HATSCHIKJAN, M. A. u. P. R. WEILEMANN (Hrsg.): Nationalismen im Umbruch. Köln 1995, S. 139-152.
- SCHNATZ, H. (Hrsg.): Päpstliche Verlautbarungen zu Staat und Gesellschaft. (Texte zur Forschung, 12). Darmstadt 1973.
- SCHULZE, H.: Staat und Nation in der europäischen Geschichte. München 1994.
- SCHOFIELD, C.: Global boundaries. London 1994.
- STIENS, G.: Endogene Entwicklungsstrategien? Einführung. In: Informationen zur Raumentwicklung, 1/2, 1984, S. I-VI.
- SUPPAN, A. u. V. HEUBERGER: Nationen und Minderheiten in Mittel- Ost- und Südeuropa seit 1918. In: HEUBERGER, V. (Hrsg.): Nationen, Nationalitäten, Minderheiten: Probleme des Nationalismus in Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, der Tschechoslowakei, Bulgarien, Polen, der Ukraine, Italien

- und Österreich 1945-1990. (Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts, 22). Wien 1994, S. 11-32.
- TAYLOR, B.: Beyond containers. Internationality, interstateness, interterritoriality. In: Progress in Human Geography, 1995, S. 1-15.
- THALER, P.: Der Stand der mitteleuropäischen Nationstheorie aus internationaler Sicht. In: Zeitschrift für Politik, 43. Jg., Heft 1, 1996, S. 23-32.
- WERLEN, B.: Regionale oder kulturelle Identität. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 66, 1992, S. 9-32.

Prof. Dr. Klaus-Achim Boesler
Institut für Wirtschaftsgeographie
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität
Meckenheimer Allee 166
D-53115 Bonn

The System of European Decision-Making Centres Revisited

1. Introduction

The European unification is economically and politically a prominent process of change in the geographically very varying, nearly mosaic-like continent. In the late 1980's the European Union had reached a stage, where then existing international cooperation arrangements were advanced enough to show themselves on the city level, too. The question arose, whether Western Europe already had a capital city. In many respects, the European Union had achieved organisational forms of a state with Parliament, Commission and Minister's meetings. The question was and still is open as to whether in the future it should be a federal state or remain as a less integrated coalition of genuinely independent states, and what should then be the principle of government organisation. The Union seemed to have a tendency to expand. With new member states the administration threatens to grow even more complicated than at present. That situation is still prevailing in the middle of 1990's.

In addition to the political decision-making bodies, national capital cities have other functions in the sphere of business life, banking and organisations of very varying character. For many of them it is considered important to be located close to the political decision making bodies in order to try to influence it. An earlier attempt at analysing European decision making centres (PALOMÄKI 1991) was also based on these accompanying functions.

The main results were as follows:

1. The Benelux Countries could be understood as the political core area of the European unification process.
2. It was not possible to recognise one dominant capital city for the integrating Europe.
3. The decision-making bodies were scattered in several European centres, which were not necessarily national capitals.
4. The regional arrangement of centres does not logically correspond to the national strength of European countries as measured by the size of population, GNP or volume of international trade.
5. The European Capital is a regional system of three cities, which are somewhat specialised in their content (London, Paris, Brussels).
6. The European megalopolis contains many cities with capital activities similar to those in the three dominant cities. Two of these are also located in the megalopolis area.
7. The emerging core area and the leading cities with all European capital activities have a pronounced western location. The end result of World War II was preliminarily interpreted as the reason for this, because many indicators of population, economic and national strength of states pointed to a different kind of regional arrangement.
8. The boundary between West and East Europe followed the line of the Iron Curtain. There was relatively little cooperation through it as measured participation in institutions on the other side.

2. Recent changes in the background factors

The empirical material in the earlier study described the prevailing situation in the middle and late 1980's. Epoch-making changes have happened since that time. They may already have had their impact on the system of decision making centres, too. In any case they may show themselves in the development of regional changes in the relative positions of individual central

places, in disappearance of some and emergence of others. It is obvious, too, that the character of boundaries have changed.

The main structural change in European *political conditions* was the collapse of the communist economic and political system and the Soviet Union in 1991. That gave the possibility to former Soviet Republics within the Soviet Union and independent East-European socialist states to reorientate themselves in their political affiliations. The Warsaw Pact was abandoned and the Comecon economic organisation as well. Many states were reborn such as the Baltic states. Belarus became independent. In Balkan new states were born. In Western Europe no such revolutionary changes occurred. However, in 1990 the two German states decided to be united into one Germany. In 1989 there were in Europe 33 independent countries (including the Soviet Union and Turkey). In 1993 they were 44 in number. (HÄRÖ-KARLSSON-URSIN-IVANAINEN 1993 pp.14-15). Most of the new states turned their interests from the East to the West.

The political events in Europe caused changes in the *population size* of nation states. The most remarkable was the growth of population in Germany through the amalgamation of the German Federal Republic and the German Democratic Republic. Germany is now the most populous country in Western Europe (Table 1). In 1986 the Bundesrepublik was 1.1 times larger than the next one (Italy), but in 1994 1.4 times bigger than the second one (Great Britain).

To measure the *economic size* of countries is slightly more difficult because of different phases in development or short term variations. Also the variation of money values may cause problems in selection of variables to be measured. In some countries the recession is still going on, while some others are already growing again.

Table 1. The change in size of biggest West-European countries 1986-1994.

Country	Population millions		GNP Billions US\$		Vol. Foreign Trade Billions US\$	
	1986	1994	1986	1994	1986	1994
Germany	61.0	81.4	994.8	2,075.5	431.9	807.9
United Kingdom	55.7	58.2	562.3	1,069.5	233.2	430.2
France	55.4	57.9	731.9	1,355.0	248.8	466.7
Italy	57.2	57.2	603.6	1,101.3	197.7	357.7
Spain	38.7	39.1	230.8	525.3	62.2	165.8
Portugal	10.3	9.8	33.6	92.1	16.7	44.8
Netherlands	14.6	15.4	178.8	338.1	156.2	277.6
Belgium	9.9	10.1	111.8	231.1	137.6	262.9
Denmark	5.1	5.2	82.4	145.4	44.2	76.3
Sweden	8.4	8.8	133.0	206.4	69.7	113.0
Finland	4.9	5.1	70.0	95.8	31.6	52.9
Norway	4.2	4.3	76.2	114.3	36.4	62.0
Ireland	3.5	3.6	26.5	48.3	25.8	60.1
Greece	9.9	10.4	47.3	80.2	17.0	30.9
Austria	7.6	8.0	93.2	197.5	49.3	100.3
Switzerland	6.5	7.0	157.3	265.0	79.0	130.3

The normal GNP was selected because of the easy availability of data (Statistical Yearbook of Finland 1986 and 1996, section on foreign countries). In 1986 Germany was already the largest economic power in Western Europe. It was 1.35 times bigger than the next one (France). In 1994 the same relation was 1.53 (Table 1).

The volume of *foreign trade* of a country is another measure of its economic importance. It is also a good indicator of its economic-political influence in the region in which it is located. If compared to the second largest trading country (France), the Bundesrepublik was in 1986 in the same position as it was 1984: it was 1.7 times larger. If compared to Great Britain, Germany is even bigger and has improved its position slightly (from 1.85 to 1.87).

In his presentation of the nodal structure of Europe in terms of international trade, BARKE (1983, Figure 8.18) described the position of different countries in the system in 1981. On the basis of trade flows he presented a hierarchy of three levels: dominant centre, sub-dominant centre and other centres. Germany was the dominant centre, United Kingdom, France and Sweden were the sub-dominant centres. To see the possible development in 10 years' time, KOSKINEN (1995) made the same calculations and could notice only a few changes. Sweden had ceased to be a sub-dominant centre, because the direct flow of trade from Finland to Germany had grown bigger than the flow between Finland and Sweden. The United Kingdom had lost some links, but not all. It can be concluded that Germany's position has regionally improved. One reason for it could be that, through the amalgamation of East Germany, Germany received some more neighbours, which now are 11 in number. Trade tends to be liveliest between neighbouring countries (ALVSTAM 1979, p.136).

It has already been pointed out earlier, that these changes have their impact on city systems, too. HARRIS (1991) saw signs of German cities regaining the position in Eastern Europe they used to have before the Second World War. MURPHY (1991, p.4) supposes that the re-opening of the Elbe water system will improve the position of Hamburg. PALOMÄKI (1995, p.53) puts forward the hypothesis that the improved economic position of Germany would draw headquarters of international big firms, banks and insurance companies – maybe also international organisations – to German cities. Regionally the new capital city, Berlin, and the cities in the Rhine river valley seem to have possibilities in this respect.

3. Decision making centres in 1995-1996

The intention of finding with empirical methods the most important decision-making cities or even the capital city in Europe was the idea of an earlier study (PALOMÄKI 1991, p.259). The indicators should be such that they can be characterised as typical for capital level operation. To keep this study comparable to the earlier one, same basic questions must be asked as the starting point. Also the source materials must be comparable. Here most of the material is derived from newer versions of the sources used earlier. In principle, the analysis should lead to same results, if changes have not happened, or show reliably the changes which have taken place. The time is short, less than 10 years. The changes may be explained by the development of the inner relations in the system. There can be needs for rationalisation through amalgamations of organisations or companies. The competition situation can have economic needs for operational development. Rationalisation often causes concentration also regionally, which leads to fewer locations. The need for decentralisation seems less obvious during the study time.

On the other hand, a question whether the changes in basic factors described earlier have had an impact on the decision-making city system is crucial in this study, although the earlier study did not give a positive answer to their importance. The German cities in the system especially are interesting, because the Germany of today is a more prominent state than it was during the time of earlier crosscut.¹⁾

¹⁾ Unfortunately the time to do the research in exactly the same way as earlier proved to be too short. It was also difficult to find reasonably good financing. This led to the need to take samples instead of total material analysis. Therefore, this paper should be considered as a preliminary report of ongoing research.

3.1 International organisations and their headquarters: some methodological problems

The source of this analysis was the Yearbook of International Organisations 1995/6, Vol. 1. It contains 12,519 individual organisations. In the corresponding Yearbook used earlier there were about 10,000 organisations, of which about 7,100 or 70% are operating in and from Europe. This analysis, for reasons explained above, contains only 4,464 or 35% of the total number of organisations. For preliminary results it may be considered satisfactory, but in a very detailed comparison it is a little unreliable.²⁾

As an indicator of decision-making activities the international organisations form a highly heterogeneous group. Some of them have an important political or economic function. Others have gathered people around interesting hobbies. Organisations are mainly formed through democratic decisions in member country governments, thus they represent a wide political opinion. As indicators they, of course, have a varying weight, but in all of them the preferred location choice of their administrative bodies are signs of peoples' cognition of the geography of Europe, for instance.

Regionally the organisations are at different levels, too. There are global organisations like UNESCO and FAO that are specialised United Nation's sub-organisations. Some of them are remnants of former European colonial powers, such as the British Commonwealth countries, operating more or less on their old regions. There are organisations connecting interests of supra-continental areas such as NATO. Continental organisations seem to be the majority of cases, if the continent is demarcated according to former major political powers such as Western Europe vis-à-vis Eastern Europe. They may contain organisations strictly on one continent, some of them have 1-3 member countries on other continents, such as Turkey, Israel and Morocco. There are also international organisations that serve only parts of a continent, such as Mediterranean Europe or Nordic Countries.

In the source book organisations have mainly described their aims, structure and members well, but not always. Some indicate their name and home city alone. Some add their member countries or the countries from which their individual members are drawn. The inner administrative structure is sometimes well described. This means, that in the analysis there are organisations with scarce information (city of location) and with abundant knowledge (e.g. member countries). This is usually the problem in regional division of Europe, but it is not too difficult.

The method for presenting the organisations on the continent have been kept as similar to the previous study as possible to help the comparison. All headquarters have been placed above their city name. Sometimes there were difficulties in determining the location of an organisation, because the address was expressed according to a suburb or a town near the city proper. A column shows the absolute number of organisations in the city, and in summary the relative share of all organisations used in per thousand. The maps have this time been omitted in the analysis. Only at the end a synthetic map is presented.

These presentations provide answers to the question about the order of cities, and also to the existence of possible thresholds in the row and that way an impression of the possible existence of a quantitative hierarchy between cities. Thus, it names the cities which have a strong position in decision making, and those which are less developed in this respect.

The changes between the diagrams of 1988 and 1995 are described with a rank-shift diagram, where the positions of German cities are stressed. These diagrams should be interpreted with caution, because at the middle and end there are only small differences in the number of the sums of indicators. A small change may cause a dramatic shift in the rank. At the beginning, where there are remarkable differences in the strength of cities as places for decision-making, big and real changes are required for rank shifts.

²⁾ By comparison it was estimated on the basis of a 10% sample from 1995/6 material the share in Europe was 64%.

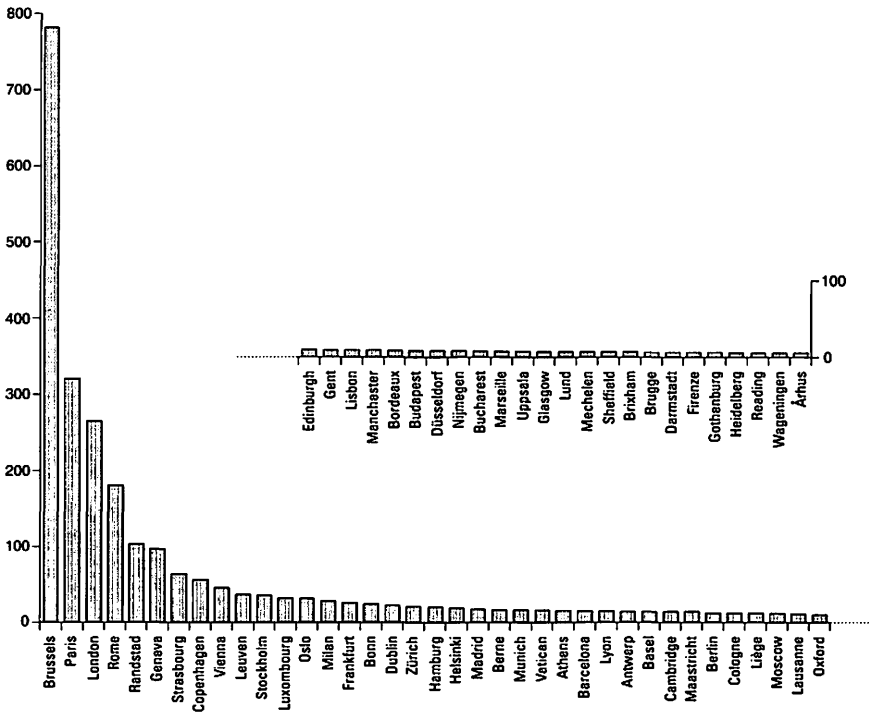


Fig. 1: All operating in and from Europe headquarters of international organisations in 1995/96.

Fig. 1 showing the strength of European cities as decision-making centres gives the impression of concentration in a few cities. Many other cities have only a few organisations. Brussels is clearly the main centre. It has 2.6 times as many organisations as the next one, i.e. Paris, and 3.5 as many as London and 5.4 as many as Rome.³⁾ There seems to be a threshold between Rome and Randstad, then between Geneva and Strasbourg. Thereafter the values decrease rather evenly. If only this could decide the capital city problem, Brussels very clearly would be selected.

The material can also be presented so that only organisations operating on the European continent are included (Fig. 2). The number of organisations in this case falls to 1,072. At the level of individual cities the top three keep their positions, but Brussels is now an even more prominent city. Its size is 5.9 times bigger than that of Paris and 8.9 times bigger than that of London. Thereafter there are changes in order. Rome is found in the other end of the diagram and Strasbourg replaces it. Copenhagen and Stockholm have improved their position as well as Frankfurt and Mainz. The changes are, however, not revolutionary.

³⁾ The order of cities in world wide comparison remains practically the same in part of 4 leading cities.

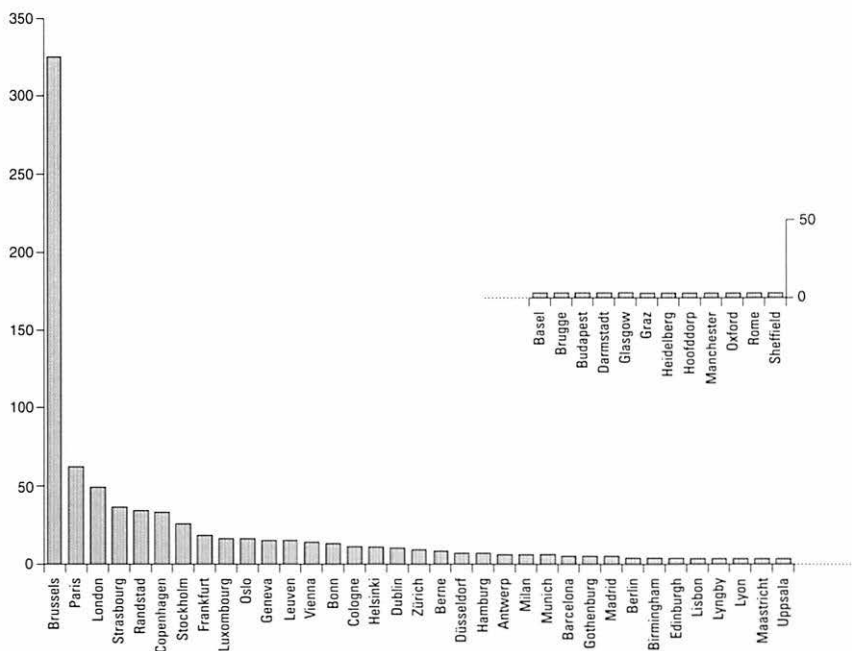


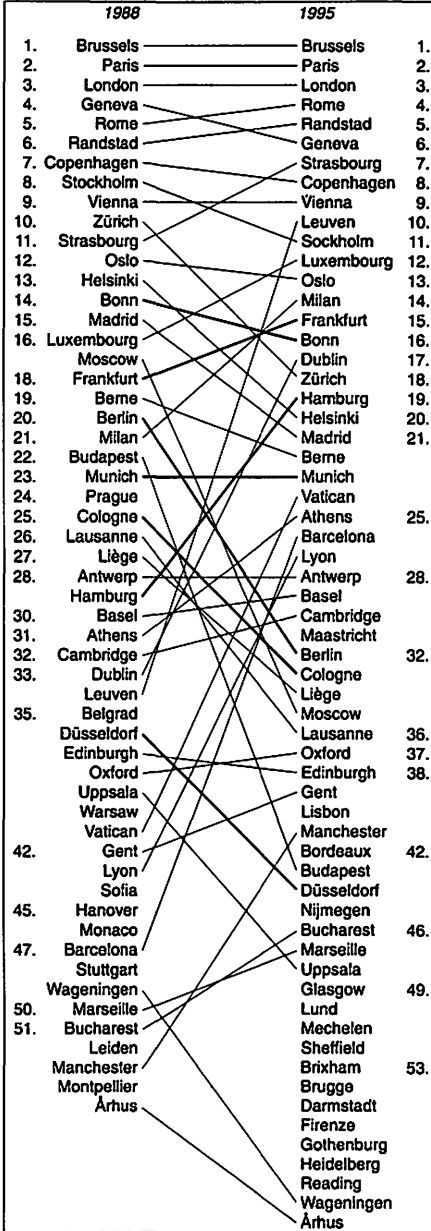
Fig. 2: Headquarters of international organisations operating only in Europe in 1995/96.

In the original paper there was also an attempt to define the “important” organisations, which were 66 in number. That changed the pattern in favour of national capitals, such as Moscow, and EU centres. Because this analysis uses only 35% of all organisations and some of the then important organisations exist no longer, this operation can be omitted. Instead the material in Fig. 2 will be used later to construct a similar synthesis to that done in 1988.

The changes over time between the centres are more interesting (Figs. 3 and 4). The top ten locations have kept their positions relatively well. The real losers are Moscow and Budapest. The strong winner is Leuven. The changes in the middle and at the end are relatively big, but as already explained, their importance is not so great. German cities have mainly lost a little or kept their places. Berlin has suffered. This has more a technical explanation, because in the earlier situation there were two Berlins. They were combined in the presentation. Now East Berlin has lost so many functions that its overall negative development can be seen in the relatively weaker position of Berlin of today in the diagram.

The international organisations also give possibilities of finding the boundaries of intensive European integration. The area of an individual organisation is like an administrative area. There are in that meaning absolute areas of influence (TUOMINEN 1949, p.9). Beyond the boundary no influence can be measured. That excludes the use of more sophisticated demarcation methods (MIKKONEN 1975, p.91). The procedure applied here was simply to pile all areas above each other. When the areas vary in width, in form and may have members in exclaves or missing countries inside the otherwise solid area, variation emerges. This necessitates quantitative demarcation criteria.

All organizations



European organizations

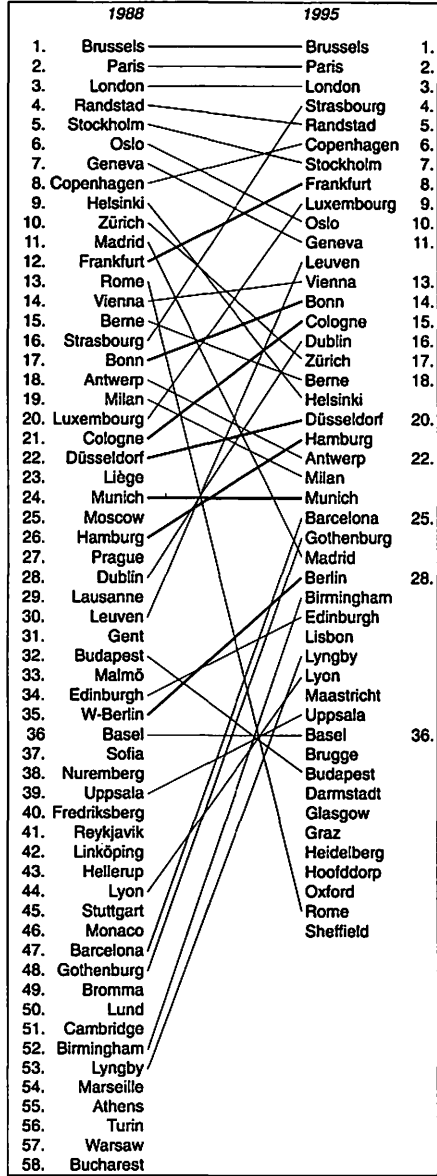


Fig. 3 (left): Changes in the rank of European cities between 1988 and 1996 as measured with the number of headquarters of all international organizations.

Fig. 4 (right): Changes in the rank of European cities between 1988 and 1996 as measured with the number of headquarters international organisations operating only in Europe.

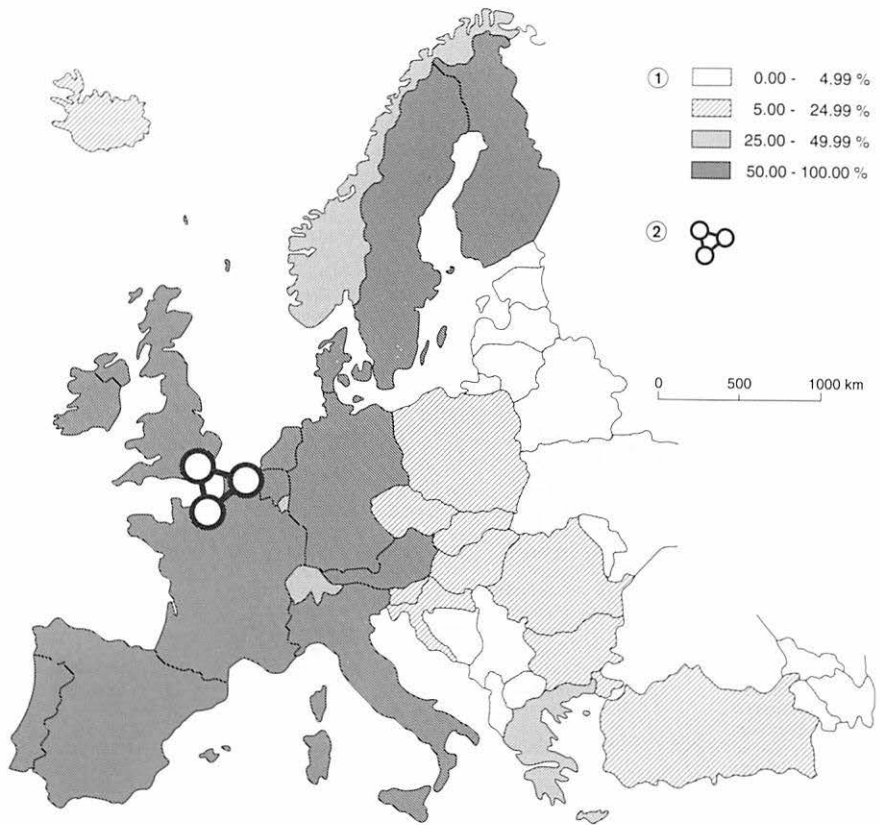


Fig. 5: The common sphere of influence of Brussels, Paris and London in 1996 as measured in states through the number of memberships in organisations operating from the three biggest concentrations of headquarters.

To show the most intensively integrated Europe, the organisations having their administration in Brussels, Paris or London were used. Only organisations that had given their member countries in the source could be used. The demarcation criterion was set at 50% of all member states belonging to the combined area of influence of the three main cities.

The boundary was very clear in mainland Europe (Fig. 5). Beyond that especially in Eastern Europe less intensive zones emerged. Poland, Czech Republic, Slovakia, and Hungary form a zone where the interaction is on the level of 25-10%. Turkey seems to belong to the same zone. These are countries that have expressed their wish to join the European Union and some of them NATO as well. On the level of 5-10% there are countries like Romania, Bulgaria, Croatia and Slovenia. Then there is a zone of 1-5% consisting of the Baltic States, Byelorussia, Ukraine and some countries in the Balkans area. Also westwards there are countries integrated with less than 50% share like Switzerland, Portugal, Norway and Iceland. These are mostly quite peripheral in their location. A kind of zoning, consequently can be postulated.

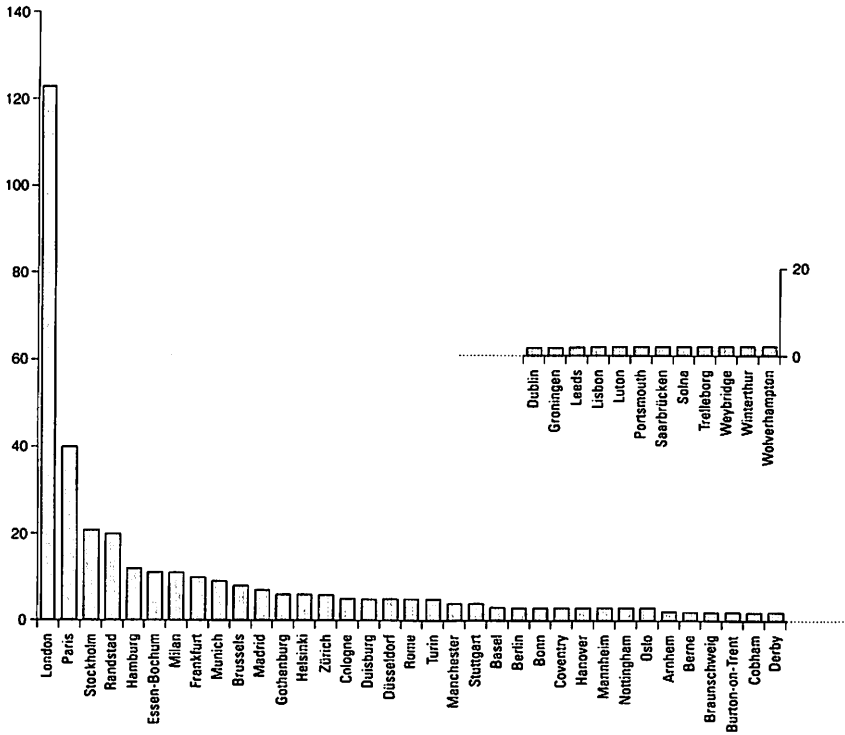


Fig. 6: The headquarters in cities of Europe's 500 biggest corporations in 1995.

3.2 Main offices of big firms

The development of business life in Western Europe has lately been complicated. There are different processes going on simultaneously. The concentration is accelerating in some countries. That is true in new European Union member states, for example in Nordic countries. Firms, especially in forest industries, have grown much larger and fewer in number. Many of them have invested on the European mainland, too. The same seeking after better competitive ability is characteristic in all European countries. This is also important because of the rapidly increasing globalisation of the economy, which causes rivalry over raw materials and markets. Automation has changed the position of labour as a competition factor and that way worsened the economy of peripheral areas. This may cause out-migration from depressed areas, lowering their future possibilities for recovery, too.

In spite of greatly improved communication methods through new information technologies, personal contacts are still important, especially in marketing. Also lobbying has increased with the emergence of the European Union. Therefore it is as important as before to be present close to the seats of power, especially in Brussels.

To keep the comparison to the earlier study as undisturbed as possible, the same source material was used, a catalogue of "Europe's 15,000 largest companies". Only 500 firms could be handled, as earlier. They represented mainly industry, but also commerce and services.

There was (pp.29-69) a collective list of 500 biggest firms. It was therefore quite easy to construct a presentation for present needs.

In Fig. 6 the centres are arranged according to their size measured with the number of main offices of big firms. The location principles are clearly different to that of international organisations. London is now the biggest city. It is 3 times bigger than the second one, which again is Paris. Brussels lies on the tenth place. Paris, Stockholm and Randstaad may be considered as a group, and maybe centres from Hamburg to Madrid, too. Thereafter no real thresholds can be recognized. If the German Ruhr District would be treated as one location compared to Randstaad, it would have 18 main offices or be slightly smaller than Randstaad (20 head offices of big firms). If compared to the earlier situation (Fig. 7), the changes in rank at the top are rather small. Brussels has improved its position; it is now tenth as compared to 12th before. Thereafter, however, are remarkable changes. Milan has gone up, German cities, such as Düsseldorf and Cologne, have gone down. Duisburg and especially Berlin have improved their positions. The future as a national capital of Germany may already reflect itself in the development of Berlin.

3.3 Financial institutions and their main offices

In Western society the financial institutions have enjoyed a highly respected position. They were considered as the system in the economy, which guided the development of other branches of economy by regulating the flow of money. In international affairs they also played an important role. In the hegemonic competition between nations the leading position in finances was understood to be of the highest importance (TAYLOR 1985, p.57).

Recently, especially banks have lost some of their general esteem. In some countries they have had unexpected difficulties, as in Finland. After and during the slow economic recovery of recent years banks have lost parts of their importance to national central banks because of the European Union plans to create a common currency. In that process some of the currencies may disappear. Central banks are striving towards a balanced economy with small state budget deficits, low inflation, positive balance of payments, small conflicts with trade unions and so on. This is beyond the power of normal banks. Most of the nations are competing to show their economic ability to be sufficiently mature to join the future common currency. When this has happened, the role of central banks will diminish and the banking and insurance companies will come back in a positive sense to the headlines of economic news in the media and they will be able to regulate the practical guidance of economic development again.

The book of "Europe's 15,000 largest companies" also enables us to construct the presentation of top finance centres (Fig. 8). The difference with the situation in 1988 was that in the 1996 edition there was no separate list on insurance companies. Therefore all indicators here are banks.

Again London is the overwhelmingly largest city. The difference as compared to Paris has grown very much greater than in the earlier study. In fact so much that London could be considered to be in Europe as a class of its own. Paris and Frankfurt form the second group and the centres from Brussels to Randstaad the third group. Thereafter in the diagram there are only minimal thresholds. Compared to the situation in 1988 (Fig. 9) the changes at the top are very small, but thereafter great. The methodological reason for that was explained earlier. However, in general the German cities have mainly lost positions according to rank, with only Frankfurt, Berlin and Düsseldorf improving their position.

Corporations

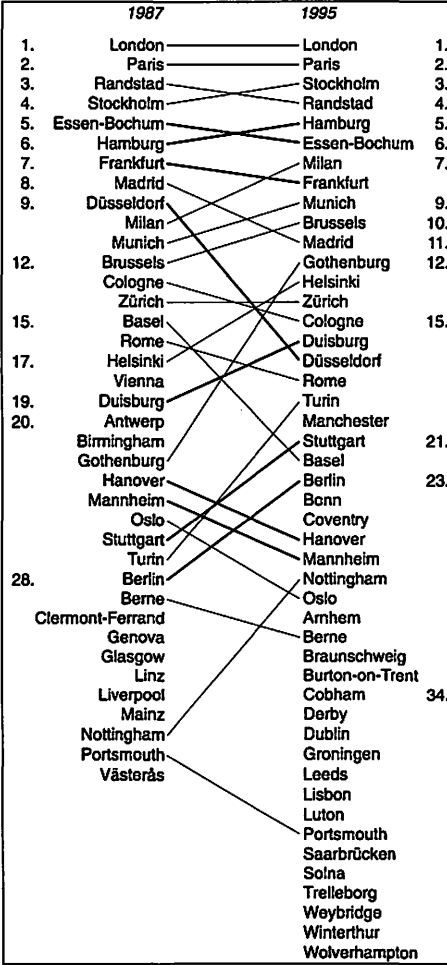


Fig. 7 (left): Changes between 1987 and 1995 in the rank of European cities with headquarters of large corporations.

Financial institutions

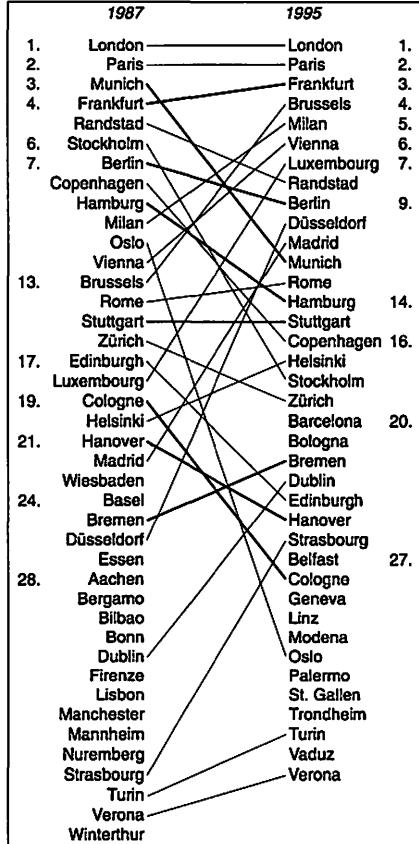


Fig. 9 (right): Changes between 1987 and 1995 in the rank of European cities with headquarters of large banks.

3.4 Accessibility

Good accessibility is a necessity for every central place. It is of utmost importance for a centre that tries to serve an area as large as a continent. When the mutual interaction is growing and becoming more intense, a need for one day visits from home to centre and back increases (PAJULA 1992, p.69). Close to the centre many transportation forms are available, but from

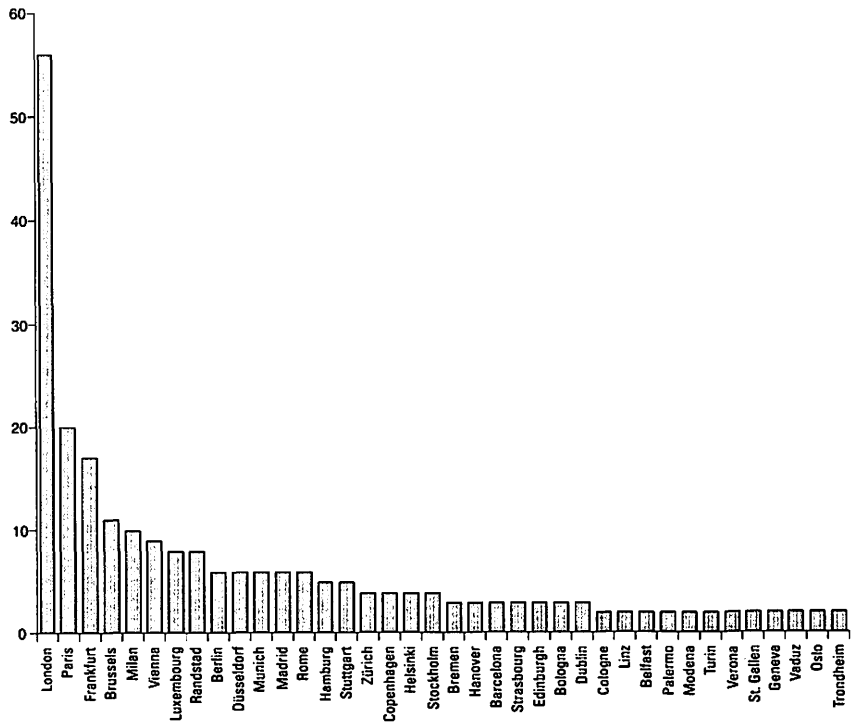


Fig. 8: The headquarters in cities of Europe's 300 largest banks in 1995

large distances only air traffic is efficient enough. In this description, as in the earlier study, air traffic has been used as the only indicator. The source has been "International Transport by Air 1996" and the exact object of measurement the yearly amount of air passengers handled in 1993. This time the foreign and domestic traffic has not been separated, because in the earlier study it did not give very much new information in regard to the problem. Because good accessibility is an important location factor for institutions with great need of interaction as here, it has been used in the same way as the other indicators. The location of important airports, furthermore, correlates well with business locations. Air traffic as such is, on the other hand, not an unambiguous indicator in an attempt to describe the European capital situation, because the global and touristic flows disturb the picture.

The result (Fig. 10) was quite obvious. London with its two major airports is the leading centre. The difference to the next one or Paris has grown (Fig. 11). Frankfurt and Amsterdam are closer to Paris than before. The next 12 from Zürich to Athens are livelier than the rest of the remaining city airports.

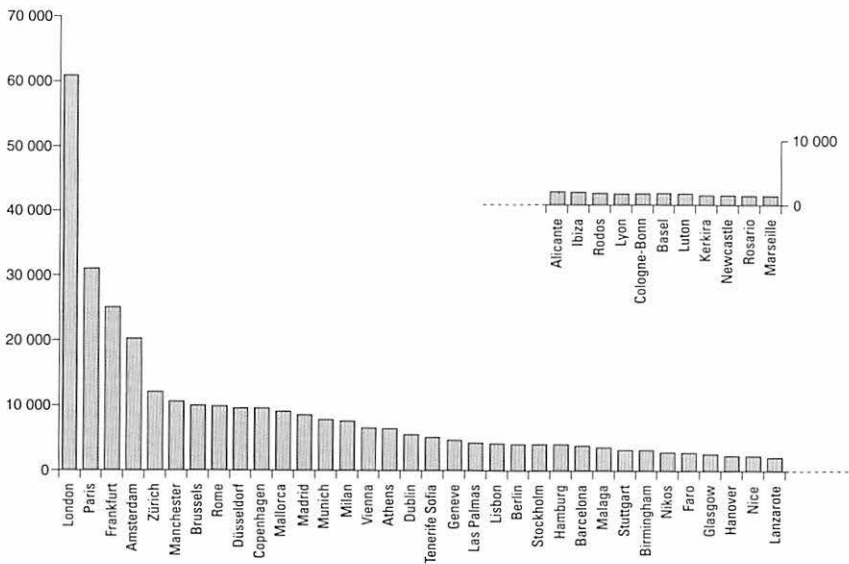


Fig. 10: The nodal points of European air traffic in 1993.

3.5 Synthesis

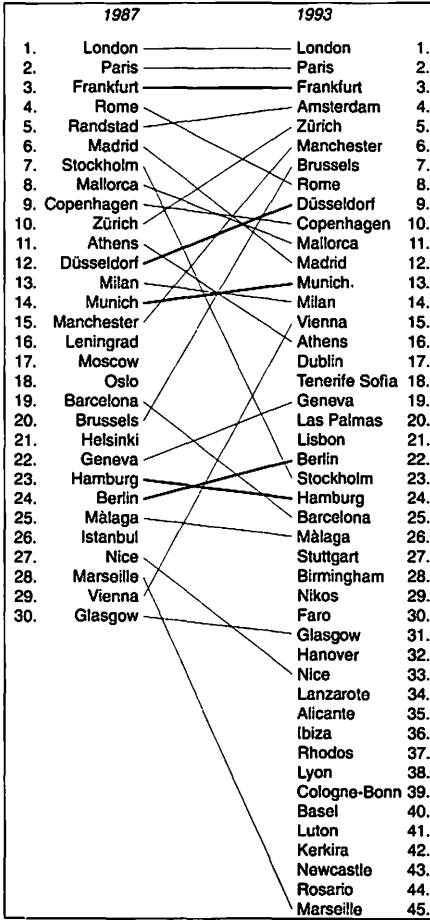
A synthesis on the basis of the materials presented of European regional decision making systems has been made practically in the same way as in the corresponding earlier study (PALOMÄKI 1991, pp.265-267). The shares in all cities were expressed in rates per thousand from all of the fields analysed. The strength of the city was then calculated as a sum from these relative values (Fig. 12).

This method of identifying the leading cities will give the order of decision-making cities without any greater problems. To interpret the result from the point of view of an European capital is more problematic. For this purpose the international organisations suit best. Unfortunately here the material is not the most reliable because of taking samples and not handling the whole, as earlier. However, the method was to divide the organisation material into the whole available and less homogeneous part, and only in Europe the active and more homogeneous part. These were treated as if they were separate fields. (The third part, "important" organisations, had to be omitted). This procedure can cause differences between the earlier and the later synthesis. The economic and traffic materials do not in the same way separate European influences from the rest, where the global level is very important.

The different weighing method may change the final result. Instead of having three leading cities of practically the same size (PALOMÄKI 1991, p.265) the present methodology divides the group into the leading London, followed by Brussels and Paris. This can be understood in such a way that London is in fact an important world-class city (HELLE 1989, p.166 and KNOX-AGNEW 1989, p.61). For that interpretation speaks also that London's strength is primarily in big firms and banking as well as good accessibility by air.

Brussels relies mainly on European organisation activities and the other functions are rather modest. Paris is well balanced in regard to all activities. Yet, for the interpretation of an

Airtraffic



Synthesis

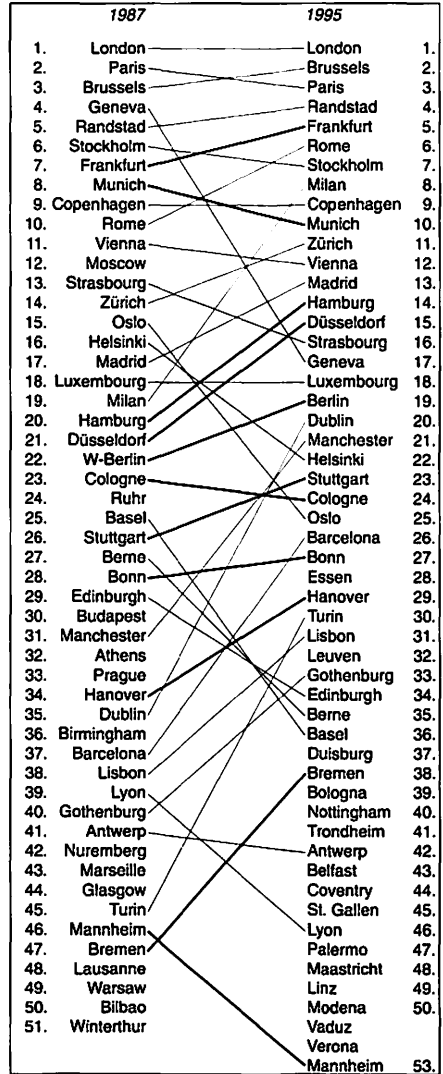


Fig. 11 (left): Changes in the rank of European nodal points of air traffic between 1987 and 1993.

Fig. 13 (right): The changes in the synthetic hierarchy and rank of the European decision making centres between 1987 and 1996.

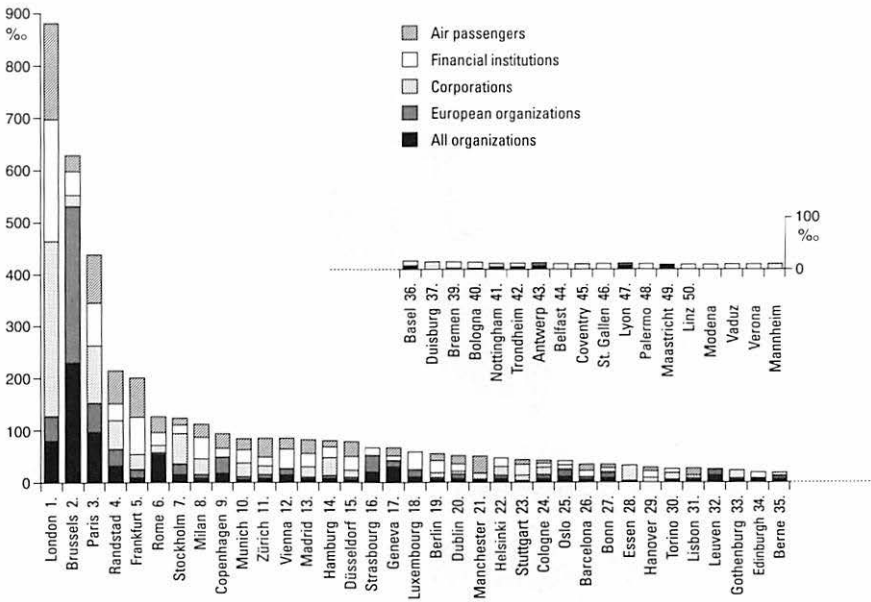


Fig. 12: The hierarchy, rank and generalised content of European decision-making centres in about 1996, a synthetic presentation. The last five centres are of exactly the same size.

overall European decision making city system, these three centres combined can be understood as the power centre of Western Europe. This was the case in late 1980's, too. One supporting finding is, that they have practically the same area of influence in the field of organisations' activities. Randstaad (the combination of the main Dutch centres) and Frankfurt form the second group. After that 10 centres from Rome to Düsseldorf can be seen as a group of its own. Thereafter no thresholds can be recognized.

In the eight years Paris and Brussels have changed place (Fig. 13). Geneva has declined relatively. Randstaad, Bonn, Milan, Madrid and Dublin have improved their position. German cities have generally moved upwards, such as Frankfurt, Hamburg, Berlin and Bonn. Munich and Mannheim have declined. In this comparison the German cities have mainly followed the direction of the development of their country, but not to the degree that could be anticipated. The German system is also as a whole less centralized than in other important decision-making European countries.

The spatial synthesis (Fig. 14) shows that the regional city pattern is nearly as it used to be eight years earlier. The capital city triangle is there and the tendency of location on the megalopolis area of Western Europe can be seen, too. The scattered decision-making cities are as they were a decade ago.

The main change is the zonation of Europe. The Iron Curtain with its influences has disappeared. The European Union area covers nearly the whole of Western Europe. The European Free Trade Area has shrunk and lost its meaning, Socialist Europe has disappeared. Therefore other methods and materials have been chosen to depict the areal differentiation of Europe than were used eight years ago. The zonation here is a generalised version of the

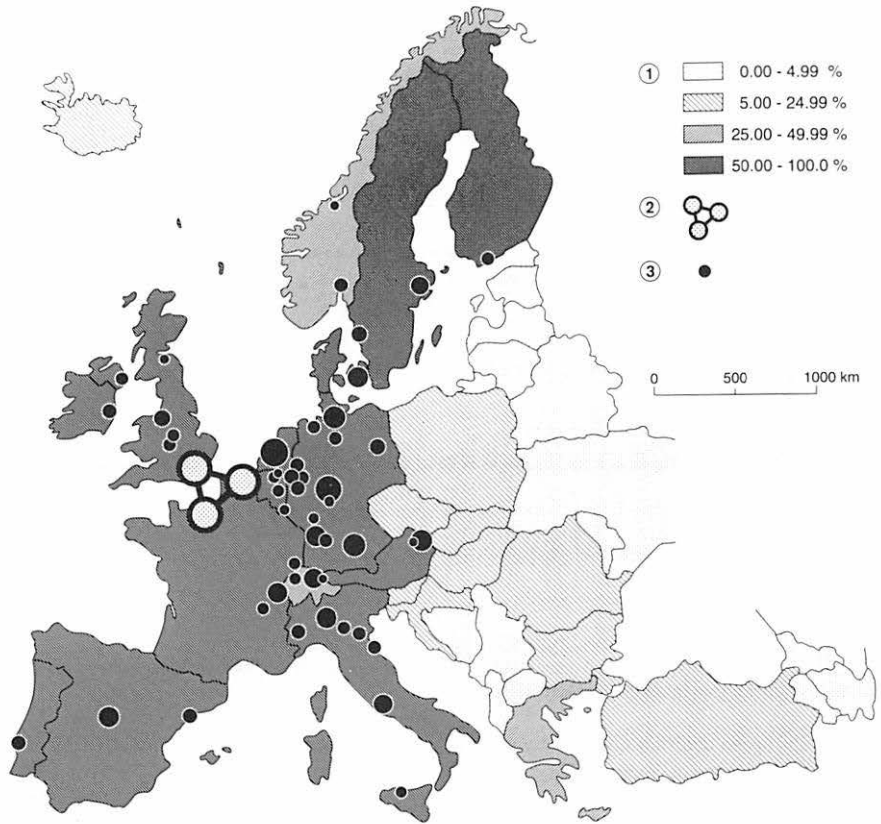


Fig. 14: The main regional functional structure of Europe in decision-making. 1) The intensity zones of influence of the European power triangle, 2) European decision-making triangle, 3) Decision-making centres, four size categories.

number of member states of organisations located in the triangle cities. A core zone from SW Europe stretches to NE Europe. There is a zone of transition in former Socialist Europe. That includes Turkey and Greece, too. Surprisingly enough the westernmost Nordic countries seem to belong to the same transitory category. Present Russia participates little in the cooperation between organisations. Former Yugoslavia and Albania are still outside the unification area.

From the times of the Cold War, Russia has declined in importance. That is true with the city of Moscow, too. It appeared only in one of the analytical diagrams in the later analysis. That was in Fig. 1 (Headquarters of international organisations operating in and from Europe) and in a rather modest place or 35th. In earlier corresponding diagrams it appeared at the 17th, 21st and 4th place. In corporation and financing diagrams it is now missing, as in earlier diagrams. In air traffic it held 17th place previously, now it is not among the 46 analysed. In synthetic diagram earlier it had the 12th place, now it has disappeared. This can easily be

understood with the help of the revolutionary changes that destroyed the Soviet Union and has made more or less chaotic condition in the inner affairs of the vast country. The recovery seems to take a long time. Russia, however, is a large country with large resources, and it still has an important political influence in world affairs. It even seems to be trying to get back the position as a superpower. If this succeeds, Moscow will grow in importance again.

Russia is participating in the European cooperation in international organisations at an approximately similar level as to other countries in the transition zone. In the synthetic map (Fig. 14), however, it has not been described properly, because it is a very big country reaching to the Pacific Ocean and containing very different areas. It still has an important role in world politics, and clearly has an ambition to rise to a world power again. To that degree it is opposing the expansion of NATO eastward and seems to be rather passive in the European unification process.

Conclusion

There may be several factors influencing the modest changes in the decision-making city system in Europe:

1. The time for reactions has been short,
2. the changes in background factors in Western Europe have after all been too small for revolutionary changes in the centres of gravity and in the city system,
3. the European political core area in the west can bring about an affect through the mechanism of initial advantage. (PRED 1965, p.160).

First to start is first to the goal. This fact can be so influential through location investments and prestige formation that it is mainly geographical inertia, that has been observed here.

European union is now expanding eastwards. New member countries will be found in the transition zone. Turkey has proven desperately eager to join the European Union. Also NATO is planning to expand eastward, but it is much more difficult and even dangerous. Because distances grow, different cultures are joining, economic development varies more than in the West, new international organisations may be founded to satisfy new needs. There are no practical reasons for locating them in Western Europe. That means a possibility of emergence of new decision-making centres in Eastern Europe or eastern parts of Germany. too. The example may be found in Nordic countries with their lively cross-border activities, or in the Mediterranean area.

Summary

A study on the European decision-making city system was undertaken in the later part of the 1980's. A political core area was defined in Benelux countries. No single prominent capital city for Europe was found, but a system in which three big centres formed a power triangle. All other important cities formed a row with minor thresholds and cities could be grouped into size classes. The Iron Curtain was a remarkable divide on the continent. Thereafter great changes took place in the factors that probably have an impact on the decision making city system. The Soviet Union and other socialist countries collapsed and changed their social and economic systems. Two German states were united. Germany grew in population and in economy and improved even more its position in inner-European trade. In the present study it was asked whether these changes have already altered the European decision-making city system, regions, and especially the position of German cities. The answer was sought as exactly as possible with the same kind of methods and materials as before. The time was 1994-96. No great changes could be shown in the city system. The German cities had mainly

improved their position, but only little. Regionally the political changes in the East had made it possible for former socialist countries to cooperate more with the West. A new division into a European Core area and a transition zone in the East with clearly less interaction than in the West was found. The main reason for the modest changes in the city system is probably the short time which has elapsed since the changes in the background factors. The political core area in Benelux countries has still a strong attraction power. The inertia is great and the prestige begins to favour the old core.

Acknowledgements

This article was possible only through the cooperation of a group of people: M.Sc. (Econ & Bus.Adm.) HARRY SWANLJUNG, M.Sc. MARJA-LEENA SARASTE, M.Sc. (Econ & Bus.Adm.) PAULA OJALA, and M.Sc. CAJ CROHNS. To all of them and especially to my wife Mrs. SIRKKU PALOMÄKI, I extend my sincerest thanks.

References

- ALVSTAM C. G.: Utrikeshandel och rumslig dynamik. Meddelanden från Göteborgs Universitets Geografiska Institutioner. Serie B NR 63 (1979). p. 1-450.
- BARKE, M.: Transport and Trade. Oliver & Boyd Hong Kong.(1986). (Conceptual Framework in Geography).
- Europe's 15,000 Largest Companies 1996, ELC International, London.1996.
- HARRIS, Ch. D.: Unification of Germany in 1990. Geographical Review Vol. 81:2 (1991). P. 170-184.
- HELLE, R.: Kansainväliiset keskkukset ja maailmankaupungit. (International centres and World Cities). Terra 101:2 (1989). p. 161-168.
- HÄRÖ, E. S. - KARLSSON, K.-P. - URSIN-IIVANAINEN R.: Suomi Euroopassa. Karttoja ja diagrammeja (Finland in Europe. Maps and diagrams). Helsinki 1993.
- International Transport by Air 1996. Eurostat 1997.
- KNOX, R. - AGNEW, J.: The Geography of World Economy. London 1989.
- KOSKINEN, A.: Kansainvälinen kauppa ja integraatio Euroopassa ja viennin alueellinen suuntautuminen Länsi-Euroopan maiden välillä 1993. (International Trade and Integration in Europe, and the Direction of Trade in Western Europe. Unpublished candidate study) 1996. Archives of the Department of Economic Geography, University of Vaasa. p. 25.
- MIKKONEN, K.: Causal Analysis of the System of Central Places and Prediction of Functional Regional Structure in the Administrative Province of Vaasa, Finland. Fennia 138 (1975). p. 162.
- MURPHY, A.: The emerging Europe of the 1990's. Geographical Review Vol.- 81:1 (1991). p. 1-17.
- PAJULA, M.: Lentoliikenne nopean liikemiesmatkailun mahdollistajana. (Air traffic as a means of rapid travelling for businessmen) M.Sc. (Econ & Bus. Adm.) theses in Department of Economic Geography, University of Vaasa. Unpublished. Archives of Department of Economic Geography, University of Vaasa (1992). p. 69.
- PALOMÄKI, M.: On the Possible Future West European Capital. GeoJournal 24:3 (1991). p. 257-267.
- PALOMÄKI, M. & M. HILTUNEN.: Euroopan ylikansalliset päätöksentekokeskukset. (The European international decision making centres) In PALOMÄKI (ed.) Käsitäysiä Euroopasta. (Concepts on Europe) Study Aids in Geography. Vaasa 1995. p. 32-55.
- POUNDS, N.: Political Geography. New York 1963. p. 422.
- PRED, A.: Industrialization, Initial Advantage and American Metropolitan Growth. Geographical Review Vol. LV:2 (1965). p. 158-185.
- Statistical Yearbook of Finland. 1986 -1994. Helsinki 1988-1996.
- TAYLOR, P.: Political Geography, World Economy, Nation State and Locality. London 1985. p. 238.
- TUOMINEN, O.: Das Einflussgebiet der Stadt Turku im System der Einflussgebiete SW-Finnlands. Fennia 71,5 (1949). p. 137.
- Yearbook of International Organisations 1995/6 Vol. 1. Ed. Union of International Associations.

Prof. Dr. Mauri Palomäki
Department of Economic Geography
University of Vaasa
P.O.Box 700, Wolffintie 34
SF-65200 Vaasa
Finland

Kulturlandschaftliche Vielfalt als Entwicklungsfaktor im Europa der Regionen

1. „Denken in Landschaften“ - Konjunktur der „schönen“ und „ländlichen“ Kulturlandschaften

„Landschaft“ und vor allem „Kulturlandschaft“ sind derzeit in aller Munde. Das gilt für das öffentliche Gespräch - so beklagt ein Kritiker der Energiegewinnung durch Windkraftanlagen als „Preis für Windenergie... die Zerstörung der Landschaft“ (Süddeutsche Zeitung vom 20.9.1995) - wie für Diskussionen in gesellschaftlichen Organisationen, Verwaltungen und der Wissenschaft. Die Umweltstiftung WWF Deutschland (1995) läßt bekannte Schriftsteller wie Vaclav Havel in einem prächtig bebilderten Band über „Landschaften“ erzählen, die Deutsche Stiftung Denkmalschutz wirbt mit Unterstützung von Vicco von Bülow alias Loriot für ihre Zeitschrift „Monumente“, denn sie böte „einen Bilderbogen unserer Kulturlandschaft“, und Einführungen in die Geschichte der Kulturlandschaften in Mitteleuropa verkaufen sich gut (JÄGER 1994, KÜSTER 1995). Der Deutsche Heimatbund (1994) knüpft mit seinem „Plädoyer für Umwelt und Kulturlandschaft“ an seine Anfänge in der Heimatschutzbewegung des 19. Jahrhunderts an. Auch die Denkmalpflege hat im Dreiklang von Natur- und Kulturlandschaft die „Denkmallandschaft“ (BREUER 1993) zum Objekt ihrer Bemühungen erhoben (Landschaftsverband Rheinland 1994). Die derzeitige Vielfalt im Umgang mit Kulturlandschaften schlägt sich auch in einer großen Zahl von Publikationen und Tagungen mit Überschriften wie „Landschaftsgeschichte und Naturschutz“ oder „Historische Kulturlandschaftselemente - Bedeutung, Erhalt und Schutz“ nieder, getreulich dokumentiert in der „Kulturlandschaft - Zeitschrift für Angewandte Historische Geographie“ (Bonn 1991ff.); im englischsprachigen Raum gibt es die feuilletonistisch gestaltete Zeitschrift „Landscape“ (aus Berkeley, Kalifornien), und in der Reihe „Environmental Values“ wird auch über den Wert von „landscapes“ nachgedacht. Auffällig ist nun, daß sich ein Argument durch nahezu alle Landschaftsbegriffe zieht: (Kultur)Landschaften seien als zentrale Ressource für zukünftige Entwicklungen zu verstehen, oder, wie es der Pressereferent des Ministeriums für Umwelt und Forsten in Rheinland-Pfalz ausdrückt, „Kulturlandschaften sind das Fundament des Wohlstands“ (Süddeutsche Zeitung vom 2.2.1996).

Unter dieser planungsbezogenen und anwendungsorientierten Prämisse ist es auch in der Geographie nach Jahren der Ablehnung des Begriffes „Landschaft“ (TREPL 1996) als un- vorwissenschaftlich und umgangssprachlich (HARD 1970) wieder möglich geworden, über und von Kulturlandschaften zu sprechen. So richtete die Deutsche Akademie für Landeskunde (DAL) 1994 einen Arbeitskreis „Kulturlandschaftspflege“ ein, der sich um die Weiterentwicklung der Methodik zur Aus- und Bewertung von Kulturlandschaften aus geographischer Sicht befaßt und ein Handbuch dazu herausgibt (SCHENK u.a. 1997), und selbst der Deutsche Verband für Angewandte Geographie (DVAG), der sich bisher dem Landschaftskonzept kaum verbunden fühlte, lud unter dem Stichwort „Kulturlandschaft“ 1996 zu Tagungen ein: sie hatten u.a. zum Ziel, Förderprogramme für Kulturlandschaften in ihren ökologischen Erfordernissen, wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten und hinsichtlich einer Neuorientierung in der Regionalentwicklung zu diskutieren. Am deutlichsten formuliert der „Deutsche Verband für Landschaftspflege“ das aktuelle regionalpolitische Verständnis von „Landschaft“, wenn er ein „Denken in Landschaften“ fordert (DVL 1993). Allgemein will er die Arbeit der Landschaftspfleger als maßgeblichen Beitrag zur Erhaltung großräumiger Kulturlandschaften durch naturverträgliche Bewirtschaftung und Nutzungen verstanden wissen, was der Sicherung einer nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, der Bewahrung eines intakten Lebens- und Wohn-

umfeldes und der Förderung einer stabilen Regionalentwicklung diene. Das „Denken in Landschaften“ setze auf eine Erhöhung regionsinterner Wirtschaftsvorgänge anstelle großräumiger Austauschvorgänge. Das müsse geschehen durch die Bündelung der Eigenkräfte von Regionen. Es müßten „ökologische Wirtschaftsregionen“ entstehen, die gekennzeichnet sind durch eine eigene wirtschaftliche und kulturelle Identität, nachhaltige Landnutzungsformen und ein Wirtschaften im Einklang mit der Natur, eine räumliche Nähe von Arbeiten und Wohnen sowie regionale Wirtschaftskreisläufe bei der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung.

Die zitierten Äußerungen zeigen zusammenfassend zweierlei:

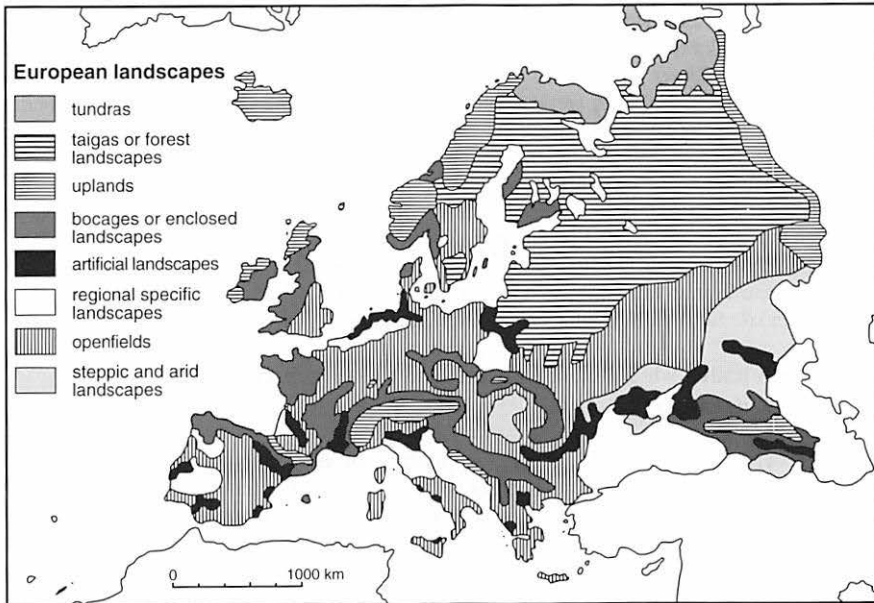
- Kulturlandschaften werden gegenwärtig in Europa als wichtige Potentiale für regionale Entwicklungen gesehen und zudem häufig mit den „Zauberworten“ der jüngeren Regionalentwicklungsphilosophien wie „eigenständig, endogen, nachhaltig, sozial- und umweltverträglich“ verbunden.
- Es finden sich zahlreiche Definitionen von (Kultur)Landschaft. Es ergibt sich aber der Eindruck, als verstünde man allgemein darunter vornehmlich die „schöne“ und ländliche Kulturlandschaft, während urban geprägte Räume nur vereinzelt als Kulturlandschaften aufgefaßt werden.

Dieses Verständnis von Kulturlandschaft liegt überwiegend auch dem Kapitel „Landscapes“ im Planungshandbuch „Europe's Environment - The Dobris Assessment“ (STANNERS und BOURDEAU 1995) zugrunde. Darin ist auch eine kleinmaßstäbige Gliederung Europas in 30 „Landschaften“ (Abb. 1) von dem Niederländer J. Meeus abgebildet. Auf den ersten Blick scheint sie die kulturlandschaftliche Vielfalt in Europa als Ergebnis einer räumlich differenzierten Naturausstattung und Nutzung durch den Menschen widerzuspiegeln. Tatsächlich hat Meeus aus einer Kombination natur- und anthropogeographischer Kriterien nur Großräume ähnlicher, vor allem vorindustrieller Agrarpotentiale als „Landschaften“ ausgegliedert, und städtisch-urbane Räume erscheinen darin kaum. Die tatsächliche kulturlandschaftliche Vielfalt Europas wird damit in der Karte aufgrund einer beschränkten Sichtweise von (Kultur)Landschaft nur in sehr allgemeinen Zügen sichtbar.

2. Der umfassende Kulturlandschaftsbegriff der Geographie - Kulturlandschaftliche Vielfalt als Kennzeichen Europas

Die heutigen Landschaftsbilder Europas sind aufgrund der Persistenz und gleichzeitigen Vergänglichkeit von menschengemachten Elementen und Strukturen Ergebnis wirtschaftlicher, technologischer, sozialer und mentaler Prozesse in Vergangenheit und Gegenwart, also Widerspiegelungen raum-zeitlich differenzierter Formen von räumlichen Potentialeinschätzungen und -nutzungen. Oder anders formuliert: Unter Kulturlandschaft ist aus der Sicht der Geographie der vom Menschen nach seinen existentiellen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ästhetischen Bedürfnissen eingerichtete und angepaßte Naturraum zu verstehen, der im Laufe der Zeit mit einer zunehmenden Dynamik entstanden ist und ständig verändert oder umgestaltet wurde und noch wird (BURGGRAFF 1996, S. 10). Darunter fällt der gesamte europäische Siedlungsraum unter Einschluß der Städte (BREUSTE 1995).

Daraus lassen sich in unterschiedlichen Maßstabsebenen kleinere Räume mit einer gewissen Homogenität anthropogeographischer Merkmale ausgliedern. Die so gewonnenen Raumausschnitte können wir als „Kulturlandschaften“ benennen. Sie stellen keine Entitäten, also außerhalb unserer Vorstellung existierende Raumeinheiten dar, sondern sind gedankliche Konstrukte (BLOTEVOGEL 1996). Die Auswahl der Merkmale ist dabei von hoher Beliebigkeit, letztlich individuell und kulturspezifisch beeinflusst, was die Forderung evoziert, deren Auswahl und Kombination wenigstens in der wissenschaftlichen Diskussion nachvollziehbar zu halten.



Quelle: Stanners, D. & Bourdeau, P. (Eds.: 1995): *Europe's Environment*. – Copenhagen
 Bearbeitung: W. Schenk nach *Europe's Environment*, Map 8.1 (p. 176) created by J. Meeus.
 Kartographie: J. Breuing, Geographisches Institut, Universität Würzburg, 1996

Abb. 1: Diese Karte reduziert bewußt die von J. Meeus ausgewiesenen „dreißig europäischen Landschaften“ auf die von ihm benannten Haupttypen von „Kulturlandschaften“, um zu zeigen, daß er im Kern nichts anderes als Räume vorindustrieller Agrarpotentiale, die sich an den naturräumlichen Ausstattung orientieren, ausgliedert hat. Damit verkürzt Meeus (Kultur)Landschaft auf überdimensionierte ländliche historische Räume, was eher die kulturlandschaftliche Vielfalt Europas verschleiert denn verdeutlicht. Quelle: überarbeitet nach: STANNERS, D. und P. BOURDEAU (Hrsg.): *Europe's Environment*. The Dobriš Assessment. Kopenhagen 1995, S. 176.

Bleibt man nun auf der Ebene der dinglichen Wahrnehmung von kulturellen Äußerungen des Menschen im Raum - und darum geht es in der landschaftsbezogenen Raumplanung überwiegend - läßt sich Europa wie jeder andere Raum nach punkthaften, linienhaften oder flächigen anthropogenen Elementen und Strukturen in nahezu beliebiger Weise in eine Vielfalt von „Kulturlandschaften“ zerlegen. SANDNER (1987) hat das eindrucksvoll am Beispiel der Abgrenzung und Gliederung Mitteleuropas vorgeführt (zfsd. SCHENK 1995). In diesem Sinne ist Europa aufgrund seiner vielschichtigen und kleinräumigen Wirtschafts- und Sozialgeschichte durch eine nahezu unendliche Zahl von „Kulturlandschaften“ gekennzeichnet. Sofern Gliederungsmerkmale aus älteren Landschaftszuständen entnommen werden, können die daraus abgeleiteten Kulturlandschaften wegen ihres Bezuges auf regionale und lokale Lebenswelten (BECK 1993), die durch erhebliche Transportwiderstände und herrschaftlich-soziale Restriktionen der Produktionsverhältnisse bestimmt waren, sehr kleinräumig geschnitten sein. Die Vielzahl von Tier- rassen, Haus- und Dorfformen, spezialisierten Agrartechniken und Flurformen im vorindustriellen Europa mit oft geringer Verbreitung ist Ausdruck davon. Nachvollziehbar ist die Konstruktion einer solchen Raumeinheit durch die Auskartierung der zugrundegelegten Elemente und Strukturen daher häufig nur in großen Maßstäben (1: 25.000 bis 1: 5.000, in Ortslagen

bis 1: 500). Konstrukte von solchen Kulturlandschaften können aber auch große Räume umschließen, etwa bestimmt durch Formen industrieller Produktion und den sich darin spiegelnden Siedlungsstrukturen, so das Ruhrgebiet oder das Saarland um Völklingen (QUASTEN und SOYEZ 1990). An dieser Stelle ist von Bedeutung festzuhalten, daß sich die geographisch bestimmbaren Kulturlandschaften für gewöhnlich nicht zur Deckung bringen lassen mit administrativen Raumgliederungen und schon gar nicht mit der Vielzahl von Regionsdefinitionen der EU (SCHÄTZL 1993, S. 59). Kulturlandschaftsprogramme sollten sich daher nur in Ausnahmen an heutigen administrativen Grenzen orientieren.

Folgt man dem skizzierten Verständnis geographischer Kulturlandschaftsgliederung, so stellt sich nun die frappierende Erkenntnis ein, daß alle so ausgegliederten Räume - Kulturlandschaften - per se „eigenartig“ sind, da durch eine besondere Kombination von Merkmalen entstanden. Wenn dem so ist, ergibt sich die Frage, ob denn alle Kulturlandschaften in gleichem Maße Potentiale für regionale Entwicklungen in sich tragen?

3. Warum halten wir historisch gewachsene Kulturlandschaften für wertvoll und schützenswert?

Es ist ein wichtiger Befund, daß unsere Gesellschaft auf einer emotionalen Ebene (WAGNER 1997) Räume, die einen hohen Anteil älterer kulturhistorischer Elemente und Strukturen in sich tragen, - hier vereinfachend als „historische Kulturlandschaften“ umschrieben - als wertvoller ansieht als solche mit jüngeren, denn - obgleich oftmals aus bitterer Armut heraus gemäß dem Primat des Ökonomischen (ADAM 1996) unter Ausbeutung der vorhandenen Ressourcen entstanden - empfinden wir die aus vorindustrieller Zeit auf uns überkommenen Elemente und Strukturen (RENES 1992) meistens als „schön“ und sehen in ihnen Potentiale für regionale Entwicklungen. Wir weisen ihnen nämlich positive Kennzeichen wie Kleinkammerung, Überschaubarkeit, Vielgestaltigkeit, Individualität, menschengerechte Dimensionierung, Biodiversität, identitätsstiftende Wirkungen und anderes mehr zu. Aus einer anthropozentrischen Sicht kommen solche Kulturlandschaften offenkundig grundlegenden Bedürfnissen entgegen (QUASTEN 1997a), denn dem Menschen

- als *physischem Wesen* entspricht das Bedürfnis nach einer gesunden Umwelt, die sich im wesentlichen in einem intakten System der regional differenzierten Natur in den Kulturlandschaften manifestiert;
- als *intellektuellem Wesen* entspricht das Bedürfnis nach Ablesbarkeit und geistigem Verständnis der Natur- und Kulturgeschichte in der Landschaft, wozu entscheidend die regionale Differenziertheit der Erde gehört;
- als *emotionalem Wesen* entspricht das Bedürfnis nach Schönheit von Natur und Landschaft und nach der Individualität seines engeren Lebensraumes, mit dem er sich identifizieren kann, was gleichbedeutend ist mit der Unterscheidbarkeit seiner Heimat von anderen Räumen;
- als *ethisch handelndem Wesen* entspricht das Bedürfnis, die regional differenzierte Natur als Teil der Schöpfung in ihrem Eigenwert und das regional differenzierte kulturelle Erbe als Vermächtnis seiner Vorfahren zu respektieren und an nachfolgende Generationen weiterzugeben.

Aus planerischer Sicht ergibt sich nun aber das grundlegende Problem, daß die als besonders attraktiv empfundenen Elemente und Strukturen in unseren Landschaften vor allem auf Prozesse aus der Übergangszeit von Sonnenenergiesystemen zu fossilen Energieträgern rekurrieren. Bestimmen bis etwa zur Mitte des 19. Jahrhunderts in Europa regenerierbare Energien wie das Holz als Zentralressource und beinahe geschlossene Energiekreisläufe wie etwa die Dreifelderwirtschaft das in der Regel äußerst kärgliche Wirtschaften, traten danach an deren Stelle die

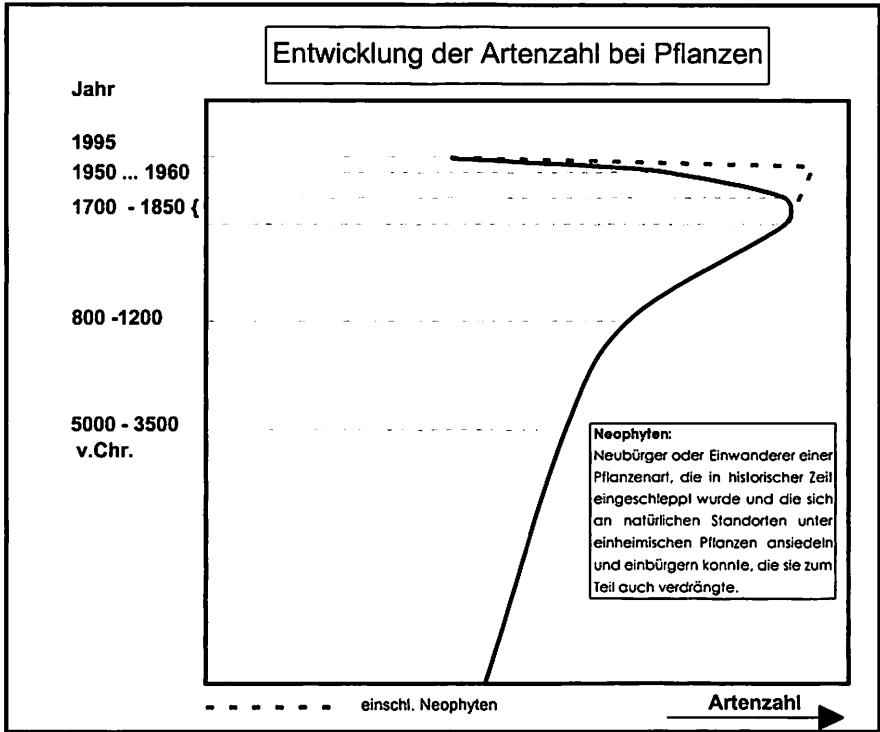


Abb. 2: Entwicklung der Artenzahl höherer Pflanzen in Mitteleuropa zwischen 5000 v. Chr. und der Gegenwart. Quelle: vereinfacht nach: PLACHTER, H.: Naturschutz in Kulturlandschaften: Wege zu einem ganzheitlichen Konzept der Umweltsicherung. In: J. GEPP (Hrsg.): Naturschutz außerhalb von Schutzgebieten. Graz 1995, S. 47-95, hier S. 66.

„unterirdischen Wälder“, erst Kohle, dann Erdöl und Erdgas, schließlich Uran. Gerade die energetische Übergangszeit zur Mitte des letzten Jahrhunderts brachte eine hohe Biodiversität im ländlichen Raum (Abb. 2) und - das gilt auch für städtische Räume - formale Vielgestaltigkeit hervor.

Heute steht die Raumentwicklung Europas unter gänzlich anderen Einflußgrößen, namentlich der Technisierung und Globalisierung aller Lebensbereiche im Zuge der Industrialisierung und der Entwicklung postfordistischer Produktionsweisen (HIRSCH und ROTH 1986) auf der Basis fossiler Energien. Städte wurden so das bestimmende Lebensumfeld für die Mehrheit der Europäer. Damit verbunden sind zu sehen die massenhafte Individualmobilisierung aufgrund der raschen Degression der Transportkosten nach 1950 und der rapide Niedergang der bäuerlichen, arbeitsintensiven Landwirtschaft, an deren Stelle kapitalintensive Produktionsweisen traten, die maschinentaugliche Schlaggrößen brauchen. So verändert die europäische Landschaft ihr aus vorindustriellen Produktionszeiten überkommenes Aussehen und ihre Ästhetik wie ihre ökologische Struktur grundlegend und vielfach irreversibel, aber regional sehr differenziert. Großstrukturen und Naturferne, damit der Verlust der menschenbezogenen Maßstäblichkeit, charakterisieren sie nun einerseits in immer größeren Teilen, während andererseits große Räume mangels wirtschaftlicher Dynamik sich weniger verändern. Aber auch dort geraten histo-

risch überkommene Landschaftsstrukturen durch die Aufgabe der Landwirtschaft auf marginalen Standorten und durch Abwanderung in Gefahr. Wer nicht die Rückkehr zu vorindustriellen Produktionsverhältnissen will, muß die Ausdifferenzierung in eher aktive und eher stagnative Räume in Europa als kaum noch umkehrbaren Trend akzeptieren. In beiden idealtypischen Räumen besteht aber, wenngleich aus unterschiedlichen Gründen, bei ungünstigstem Fortschreiten dieser Transformationsprozesse die Gefahr der Zerstörung oder Überformung eines erheblichen Teils der überkommenen räumlichen Substanz. Käme es dazu, hätte das weitreichende Folgen, nämlich

- die *Zerstörung von Biotopen*, denn eine große Zahl unserer heute in Mitteleuropa heimischen Pflanzen und Tiere hat sich auf die spezifischen Bedingungen historischer Kulturlandschaften eingestellt oder kann gar nur dort überleben (PLACHTER 1991);
- den *Verlust des Quellen- und Anschauungswertes* historischer Landschaften oder einzelner Landschaftselemente für die Umweltforschung und Umwelterziehung (MÜCKE 1988, DENZER 1996);
- die *Verarmung von Landschaften* in ästhetischer und erlebnisorientierter Sicht (GROSJEAN 1986), denn sowohl nivellierte „Standardlandschaften“ als auch flächig wiederbewaldete Regionen bieten geringe Erlebnisgehalte, womit sie auch touristisch und damit ökonomisch unattraktiv werden (WECK-HANNEMANN 1994);
- das *Verschwinden von Identifikationsmöglichkeiten* im Sinne der Verankerung regionaler Identität und historischen Bewusstseins an gewachsenen räumlichen Strukturen und Elementen (KRÜGER 1987), was nicht nur für ländliche Räume, sondern selbstverständlich auch für städtische Räume gilt (GEBHARDT und SCHWEIZER 1995).

Wenn wir diese Verluste nicht widerstandslos hinnehmen wollen, bedürfen wir eines gesellschaftlichen Konsenses über den Wert historischer Landschaftselemente und -strukturen und über die Mechanismen, diesen Transformationsprozeß regional differenziert zu steuern. Die Bewertung von historisch gewachsenen Landschaften (EGLI 1991) muß dabei ähnlichen gesellschaftlich bestimmten Kriterien folgen wie die Beurteilung des Wertes von Baudenkmälern. So kommt niemand ernsthaft auf die Idee, im Kölner Dom angesichts dessen hoher baugeschichtlicher, ästhetischer und identitätsstiftender Werte eine Bowlinganlage einzurichten (Abb. 3), und man hat heute auch akzeptiert, daß sich selbst in wenig spektakulären kleinstädtischen und dörflichen Strukturen Geschichtlichkeit dokumentiert und sich damit regionale Identität verbindet, weshalb man sie im Rahmen von Stadt- und Dorferneuerungsmaßnahmen zugleich erhalten und nutzen will.

Für den Umgang mit Kulturlandschaften hat sich dagegen ein gesellschaftlicher Konsens jenseits des Wertes der „schönen“ Landschaften (Lüneburger Heide oder Königssee mit Watzmann als Prototypen) noch nicht ausgebildet, obgleich die Diskussion darüber seit der Mitte des 19. Jahrhunderts läuft (QUASTEN 1997b) und zwischenzeitlich ein differenziertes und in Planungsprozessen geprüftes Instrumentarium zur Bestimmung des Wertes von kulturlandschaftlichen Elementen und Strukturen existiert (GUNZELMANN 1987, WAGNER 1997). Das erklärt sich zum einen aus der Vielschichtigkeit des Phänomens Kulturlandschaft (JESSEL 1995), zum anderen daraus, daß sich aus der Dynamik von Kulturlandschaften das grundlegende Problem ergibt, mit räumlichen Strukturen und Elementen umgehen zu müssen, deren genetische Prozesse vielfach obsolet geworden sind. Eine Konservierung von historischen Kulturlandschaften in einem bestimmten Zustand kann in der Regel daher aus Kostengründen (HAMPICKE 1996, GANZERT 1996) nur auf kleinen Flächen erfolgen. Großflächiger Kulturlandschaftsschutz wird wegen der Begrenzung der Finanzmittel und mit Blick auf die Akzeptanz der Bevölkerung (JOB 1996) immer zu verbinden sein mit anderen Schutzziele im Sinne der Ausweisung von Vorrangräumen für eine Kombination aus Natur- und Kulturschutz (PLACHTER und REICH 1994). Außerhalb dieser Areale ist ein bewußter und möglichst substanzerhaltender Umgang mit historischen Elementen und Strukturen im Sinne einer Querschnitts- und Daueraufgabe der Pla-

Kegelebahn im Kölner Dom?

Niemand käme auf die Idee, in unseren Kulturdenkmälern Sportstätten einzurichten. Wenn es jedoch um die Bewahrung wertvollen Naturerbes geht, sind die Menschen weniger zimperlich. Da werden ökologisch intakte Gebiete in Golfplätze verwandelt, Naturreservate durch Industrieanlagen gefährdet, die Lebensräume seltener Tier- und Pflanzenarten unwiederbringlich zerstört.

Allein können Sie kaum etwas dagegen tun, in einer starken Gemeinschaft eine ganze Menge. Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) ist eine der ältesten und größten deutschen Naturschutzorganisationen. 180.000 Mitglieder setzen sich für den Schutz der Natur ein.

Beispielsweise betreibt der NABU vom Wattenmeer bis zum Bodensee mehr als 5.000 großflächige Naturschutzprojekte und über 50 Naturschutzzentren. Arten-, Biotop- und Landschaftsschutz gehen bei uns Hand in Hand.

Unsere Kompetenz bringen wir konsequent in die politische Willensbildung und in die öffentliche Meinung ein.

Wenn auch Sie in puncto Natur- und Umweltschutz keine ruhige Kugel schieben möchten, sind Sie im NABU herzlich willkommen.

Der Storch bringt's!

Naturschutzbund
Deutschland (NABU)
Postfach 30 10 54
53190 Bonn



Info-Coupon

(bitte senden an: Naturschutzbund
Deutschland (NABU)
Postfach 30 10 54, 53190 Bonn)

Ich möchte mehr über Ihre Arbeit wissen und bitte um Informationsmaterial.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Abb. 3: Die Anzeige des Naturschutzbunds Deutschland spielt mit dem undenkbaaren Gedanken einer „Kegelebahn im Kölner Dom“, um damit darauf aufmerksam zu machen, wie unsere Gesellschaft mit weniger spektakulärem, aber dennoch bedeutsamen, historischem Kultur- und Naturerbe als diesem Bauwerk umgeht. Quelle: Naturschutzbund Deutschland, Bonn

nung gleich dem Wasser- oder Klimaschutz als ein Baustein in einem ganzheitlichen Konzept der Umweltsicherung (PLACHTER 1995) zu fordern.

Nur eine solche sachliche und räumliche Spezifizierung des Kulturlandschaftsschutzes wird dem Befund gerecht, daß sich Raumstrukturen im Sinne der Logik der derzeitigen Wirtschaftsverfassung notwendigerweise entwickeln müssen, wollten wir nicht einer großflächigen - nicht bezahlbaren und politisch durchsetzbaren - Musealisierung von Landschaften das Wort reden. Die Einsicht in das Unvermeidliche der Veränderung von Raumstrukturen schließt aber nicht aus, Prozesse der Umgestaltung von Räumen planerisch begleiten zu wollen, wie auch Umstrukturierungen in der Ökonomie durch eine aktive Wirtschaftspolitik in ihren negativen Folgen abzumildern versucht werden. Im Falle von Räumen mit einem reichen kulturhistorischen Erbe gibt das deshalb besonderen Sinn, weil ihnen, wie ausgeführt, regionale Potentiale wie Biodiversität, Geschichtlichkeit, Ästhetik und Ankerpunkte für regionale Identität innewohnen. Das geographische Konzept der Kulturlandschaftspflege versucht, diese Gedanken auf allen Planungsebenen umzusetzen.

4. „Kulturlandschaftspflege“ als geographisches Konzept zum planerischen Umgang mit kulturhistorischen Werten in europäischen Landschaften

„Kulturlandschaftspflege“ besagt, daß der planerische Umgang mit Kulturlandschaften keineswegs auf eine Konservierung „unter der Käseglocke“ von auf uns überkommenen Einzelelementen oder Strukturen abhebt, vielmehr wird deren Weiterentwicklung ausdrücklich akzep-

tiert, sofern dabei nicht Werte im Sinne eines Potentials für eine zukünftige Entwicklung zerstört, somit Optionen für die Ausgestaltung eines menschenwürdigen Lebens uns nachfolgender Generationen unverhältnismäßig eingeengt werden. Der hier dem Terminus „Kulturlandschaft“ beigeordnete Begriff der Pflege schließt damit das bestimmende planerische Leitbild der Gegenwart und der Projektion für eine lebenswerte Zukunft ein, das der Nachhaltigkeit (SCHMIDT-HÜSEN und EWALD 1994, EHLERS 1995, SCHULER 1995). Die Verwendung des Begriffes „Pflege“ deutet zudem darauf hin, daß die aus der Vergangenheit überkommenen landschaftlichen Strukturen und Elemente ein Reservoir von Ressourcen sind, dem Produktionsmittel und Konsumgüter nicht beliebig und ohne Anstrengung entnommen werden können. Kulturlandschaft ist dabei ein besonderes Gut, denn dessen optimale Allokation regelt sich nicht über Angebot und Nachfrage. Der Wert einer „Kulturlandschaft“ oder von Teilen darin definiert sich nur im gesellschaftlichen Konsens.

Kulturlandschaftspflege bedeutet damit also nicht nur die Suche nach Methoden der Erhaltung oder auch bewußten Veränderung einer Landschaft, sondern verlangt zuallererst den Rekurs auf das, was den Beteiligten zur Pflege wert erscheint. Das setzt die Erfassung vorhandener kulturlandschaftlicher Strukturen und Elemente voraus (DENECKE 1985, 1994), um mit diesem Wissen kulturlandschaftliches Erbe pfleglich zu behandeln. Kulturlandschaftspflege in diesem Sinne ist damit als ein offener, diskursiver und dynamischer Ansatz zum bewußten Umgang mit menschengemachten landschaftlichen Potentialen zu verstehen, was modernen Planungsphilosophien entspricht. Zu den ökologischen und ästhetischen Aspekten des Naturschutzes und der Denkmalpflege werden aus kulturlandschaftspflegerischer Sicht als Wertmaßstäbe ergänzend oder stärker gewichtet herangezogen insbesondere der Alterswert (historische Originalität) und die regionale Spezifik (regionaler Bezug, Seltenheitswert) von kulturlandschaftlichen Elementen und Strukturen. Überwölbend ist dabei der Gedanke, inwieweit deren Konservierung oder substanzzerhaltende Nutzung zu regionaler Wohlfahrt im Sinne einer langfristigen Sicherung der Einkommens und Lebensbedingungen der Menschen in einer Region beiträgt. Das läßt die - substanzschonende - Vermarktung wertvoller kulturlandschaftlicher Strukturen etwa im Rahmen von Fremdenverkehrsprojekten und Regionalmarketingkonzepten oder beim Aufbau von Erwerbsalternativen für Landwirte durch Direktvermarktungskonzepte ausdrücklich zu. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß vor dem Hintergrund der möglichen irreversiblen Zerstörung der historischen Substanz in Europas Landschaften ein kulturlandschaftspflegerischer Umgang mit gewachsenen (historischen) Kulturlandschaften der Regelfall werden muß. Nachfolgend werden für unterschiedliche Maßstabebenen ausgewählte Initiativen und Projekte vorgestellt, die zeigen, wie im „Europa der Regionen“ schon Aspekte der Kulturlandschaftspflege aufgenommen und zum Wohl der jeweiligen Region umgesetzt werden.

5. Ansätze für eine europaweite Kulturlandschaftspflege

Die eingangs umrissene Konjunktur des Landschaftsbegriffs spiegelt sich in einer Vielzahl von einschlägigen Initiativen auf europäischer Ebene wieder. Einige davon heben sich hinsichtlich ihrer kulturlandschaftspflegerischen Zielsetzungen hervor. Sie stehen im Mittelpunkt dieses Abschnitts (ausführlich VERVLOET 1997).

ECOVAST (Europäischer Verband für das Dorf und für die Kleinstadt) wurde 1984 zur Förderung des Wohlergehens der ländlichen Gemeinden und zur Sicherung des Erbes im ländlichen Raum in ganz Europa gegründet. Mitglieder können sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Organisationen von lokaler bis zu internationaler Ebene werden. *ECOVAST* versteht sich als Brücke zwischen den Entscheidungsträgern und den Praktikern auf lokaler Ebene und als Netzwerk zur gegenseitigen Unterstützung von Aktivitäten in ländlichen Gebieten. Das Grundsatzpapier „Strategie für den ländlichen Raum in Europa“ macht die Anliegen von *ECOVAST* besonders deutlich. Es geht zurück auf Ideen, die während der „Kampagne für den länd-

lichen Raum“ 1987/88 geboren wurden. ECOVAST betont darin die selbstbestimmte Rolle der Landbevölkerung bei der Entwicklung einer Politik zu ihrem Vorteil und zum Schutz des kulturellen Erbes in ländlichen Räumen. Diese Gedanken gingen in den Entwurf einer Konvention für die „Landschaft in Europa“ des Europarates ein.

Im *Europarat*, 1949 gegründet, sind fast alle europäischen Länder vertreten. Sein Ziel ist es, die Einheit Europas zu fördern. Er kann nur Empfehlungen an die Regierungen abgeben. Im Laufe der Zeit sind unter seiner Aufsicht auch solche aufgestellt worden, die sich auch auf die Landschaftspflege beziehen. So wird in der Resolution „On the conservation and management of heritage sites as part of landscapes policies“ (Council of Europe 1993ff.) Landschaft definiert als „formal expression of numerous relationships existing in a given period between the individual or the society and a topographically defined territory, the appearance of which is the result of the action, over the time, of natural and human factors and of a combination of both.“ Eine europäische „Landschaftspolitik“ („landscape policy“) habe danach die Aufgabe, sich an den Zielen einer nachhaltigen ökonomischen Entwicklung von Regionen zu orientieren, um dem allgemeinen Wunsch nach einer menschengerechten Umwelt im Respekt vor dem natürlichen und kulturellen Erbe zu entsprechen. Sie solle der Erschaffung („creation“) und der Anerkennung („recognition“) von neuen europäischen Landschaften („new European landscapes“) dienlich sein und müsse in einen Landschaftsschutz („landscape conservation“) münden. Die wirtschaftliche Entwicklung habe sich an diese Vorgaben anzupassen.

Dieses Gedankengut ist eingegangen in einen Textentwurf des Europarats über eine „*European Landscape Convention*“ von 1995 (Konvention für die Landschaft in Europa). Er entstand im Auftrag der Europäischen Gemeindekonferenz (CLRAE) von einer eigens dazu ins Leben gerufenen Arbeitsgruppe, an der auch die IUCN - die International Union for the Conservation of Nature - und ECOVAST beteiligt waren. Der Text erörtert ausführlich die Bedeutung der Kulturlandschaften für unsere Zivilisation. Danach sind sie Europas wichtigstes historisches, kulturelles, ökologisches und wirtschaftliches Eigentum. Kulturell tragen sie zu einer dauerhaften Erkennbarkeit der regionalen Identität bei, was eine Daseinsbedingung für die Bevölkerung darstellt, ökologisch bilden sie die Grundlage für die Biodiversität in der Natur, und wirtschaftlich sind sie die Domäne der verschiedenartigen Formen von Landwirtschaft und Fremdenverkehr. Die Konvention stellt fest, daß diese Reichhaltigkeit durch eine Vielfalt von Eingriffen gefährdet ist. Ein dauerhaftes Fortbestehen erfordere daher die Pflege und Verwaltung von Landschaften. Hauptziel der Konvention ist die Förderung behördlicher Maßnahmen auf lokalem, nationalem und internationalem Niveau, um die Qualitäten der Landschaften in ganz Europa zu bestimmen, zu schützen und zu steigern. Schließlich tritt der Europarat dafür ein, im europäischen Maßstab ein Netzwerk von Landschaften zu sichern, für dessen Überwachung ein ständiger Ausschuß für die europäische Landschaft zu schaffen ist. In der Schlußerklärung und den Resolutionen der Helsinki-Konferenz vom 30./31.5.1996 haben die für das kulturelle Erbe zuständigen Minister der Vertragsstaaten solchen Ideen grundsätzlich zugestimmt (vgl. Denkmalschutz-Informationen 20. Jg., 3/1996, S. 1ff.).

Die Diskussion um planerische Strategien des Umgangs mit Kulturlandschaften in Europa hat inzwischen auch eine globale Dimension erreicht, denn in der „World Heritage List Commission“ der UNESCO wird darüber nachgedacht, herausragende europäische Kulturlandschaften in die Liste der Weltkulturgüter (DROSTE v. 1995) aufzunehmen. Dazu wurde von dieser Kommission ein „Expert Meeting on European Cultural Landscapes of Outstanding Universal Value“ in Wien am 21.4.1996 abgehalten (SCHENK 1996). Das Treffen hatte zum Ziel, die Kategorien für die Bestimmung von Kulturlandschaften, wie sie als Erweiterung der Welterbekonvention der UNESCO von 1972 in der auf der 16. Tagung des World Heritage Committee in Santa Fe 1992 erlassenen Konvention bestimmt worden waren (DROSTE v. u.a. 1995), in ihrer Gültigkeit und Anwendbarkeit für Europa zu diskutieren. Kulturlandschaften werden darin als Ausdruck der regional spezifischen Verknüpfung von natürlichen und menschlichen

Einflußgrößen gesehen. In Kulturlandschaften zeige sich damit die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft allgemein und der Gang der Besiedlung im besonderen. Der Begriff „Kulturlandschaft“ umfasse eine große Vielfalt an Erscheinungen im Spannungsfeld zwischen menschlichen Aktivitäten und natürlichen Potentialen. Entsprechend weitgespannt wird „Kulturlandschaft“ von der UNESCO definiert. Es wird unterschieden zwischen

- „gestalteten Kulturlandschaften“ wie Parks, Gärten oder Hofanlagen,
- „assoziativen Kulturlandschaften“, deren Wert sich aus religiösen, kulturellen, politisch-historischen oder ästhetischen Aspekten ergebe (z.B. der Fujijama als Heiliger Berg der Japaner, der auch in der Kunst eine große Rolle spielt)
- und schließlich „organisch gewachsenen Kulturlandschaften“, welche wiederum in „fossile“ (etwa die Lüneburger Heide) und „lebende“ (etwa die Reisterrassen auf den Philippinen) zu unterteilen sind.

Aus der Sicht der Kulturlandschaftspflege ist erfreulich, daß man sich in den Diskussionen der Wiener Tagung einig war, Kulturlandschaften im Idealfall von den dort lebenden Menschen selbst erhalten und weiterentwickeln zu lassen; die „Musealisierung“ einer Landschaft müsse die Ausnahme bleiben. Darüber hinaus könne Europa gerade aufgrund seiner kulturlandschaftlichen Vielfalt eine Vorbildfunktion beim Umgang mit Kulturlandschaften übernehmen, was neben dem entsprechenden rechtlichen Instrumentarium auf nationaler und europäischer Ebene ein Bewußtsein der Regierungen für den Wert von Kulturlandschaften voraussetze.

Welche Konflikte sich dabei in städtischen Kulturlandschaften ergeben, wird derzeit in den Diskussionen zur Rolle der Stadtentwicklung für historische Kulturlandschaften am Beispiel des Weltkulturerbes der Potsdamer Stadtlandschaft (Pfleger... 1995) deutlich. Dort wird derzeit heftig darüber diskutiert (vgl. Bauwelt 40/1996), ob es aus denkmalpflegerischer Sicht zu akzeptieren sei, daß private Investoren mit dem „preußischen Arkadien“ für ein neuzeitliches Villenensemble und mit Lennés Bornimer Feldflur für einen „Wohn-Park“ werben dürften. Auch befürchtet man von dieser Seite die Gefährdung des Gesamtcharakters des Weltkulturerbes durch Großbaumaßnahmen wie den Ausbau der Havel zur Großschiffahrtsstraße. Die Stadtverwaltung sieht solche Kritik als Einschränkung der städtischen Entfaltungsmöglichkeiten und weist Vorwürfe zurück, das Weltkulturerbe Potsdam drohe wegen Bauprojekten wie dem „Potsdam Center“ oder einem Shuttlebus-System nach Berlin zu einer Mischung aus „Disneyland und Shoppingcenter“ zu verkommen (Süddeutsche Zeitung vom 21.1.1997). Bei allem Respekt vor dem historischen Erbe dürfe etwa das berühmte Holländerviertel nach seiner musterzüglichen Restaurierung nicht eine „sterile Touristenkulisse“ bleiben, sondern bewohnt werden, weshalb gegen Szenekneipen hinter den renovierten Fassaden nichts einzuwenden wäre.

In wirtschaftsschwachen Regionen wird die Verleihung des UNESCO-Prädikats wohl uneingeschränkt als Chance für regionale Entwicklung gesehen. Seit die mittelnorwegische Bergbaustadt Røros mit ihren gigantischen Abraumhalden des Kupferbergbaus in der Welterbeliste steht, wirbt das norwegische Fremdenverkehrsamt für diesen Ort, und der längst aufgelassene Hochofen der Völklinger Hütte findet sich dank dieses Status auf einer Briefmarke der Deutschen Post AG wieder; Pläne zur Vermittlung „von Technik- und Sozialgeschichte vor Ort“ sind dort weit fortgeschritten (GLASER 1995). Die Ernennung altindustrialisierter Orte zum Weltkulturerbe ist ein deutliches Zeichen dafür, daß sich die UNESCO in ihrem Kulturlandschaftsverständnis nicht nur an den „schönen“ Kulturlandschaften orientiert und auch die regionalpolitischen Implikationen solcher Maßnahmen erkennt. Ginge die UNESCO den Weg hin zu flächenhaften Kulturdenkmälern konsequent weiter, so wäre es mit Blick auf Røros und Völklingen nicht abwegig, für die gesamte Emscherzone des Ruhrgebiets den Eintrag in die UNESCO-Liste anzustreben, denn dort werden derzeit im Rahmen der Internationalen Bauausstellung (IBA) Emscher Park altindustrialisierte Raumstrukturen unter Beachtung der historischen Substanz in moderne überführt (GANSER 1993, STEINHÄUSER 1993).

Die regionalpolitische Attraktivität des flächenbezogenen Weltkulturerbeverständnisses der UNESCO für ländliche Räume beleuchtet die Tatsache, daß sich in Österreich eine „Alliance for Nature“ aus regionalen Fremdenverkehrsverbänden bildete, die sich um die Nominierung der Semmeringbahn und der Wachau für die UNESCO-Liste bemüht. Allgemein sind die Kulturlandschaftspflegerischen Aktivitäten in Österreich wegen der hohen Bedeutung des Fremdenverkehrs weit vorangekommen. So wurden dort Kulturlandschaften modellhaft für das gesamte Staatsgebiet auskartiert (FINK u.a. 1989, JESCHKE 1996), 1995 wurde das Thema „Kulturlandschaftsforschung“ zu einem Forschungsschwerpunkt erhoben (SCHMOLINER 1995), und ein populärwissenschaftlicher Führer zeigt die Kulturlandschaften Österreichs als „begehbare Bücher“ (SPIEGLER 1995).

Das von der Weiterbekommission der UNESCO formulierte Verständnis von Kulturlandschaft geht zweifellos über das ebenfalls von der UNESCO betriebene Konzept der Biosphärenreservate hinaus, ohne dazu im Gegensatz zu stehen; denn auch in Biosphärenreservaten wird die Kulturlandschaft als Abbild der Nutzungsansprüche des Menschen an seine Umwelt verstanden, doch soll dort eher beispielhaft die nachhaltige Weiterentwicklung ökologisch wertvoller Landschaften im Einklang mit menschlichen Nutzungen verwirklicht werden (ERDMANN und NAUBER 1995). Biosphärenreservate sind als in der Praxis bewährte Konzepte einer natur- und menschengerechten Regionalentwicklung (DEHLER 1991) im Sinne der Kulturlandschaftspflege zu bewerten (Ständige Arbeitsgruppe 1995). Ein besonders treffendes Beispiel gibt dafür das bayerische, thüringische und hessische Gebiete einschließende Biosphärenreservat Rhön ab, denn es ist zugleich eingebunden in die europäische Gemeinschaftsinitiative zur Entwicklung strukturschwacher ländlicher Räume „LEADER“. Als eine von 217 lokalen Aktionsgruppen bemüht sich seit Anfang der 1990er Jahre der hessische Verein „Natur- und Lebensraum Rhön“ als Träger des Biosphärenreservats gemäß seiner Namensgebung um die Verknüpfung von Regionalentwicklung und Naturschutz in einer alten Kulturlandschaft - die Rhön ist geprägt durch offene Hochplateaus als Ergebnis einer jahrhundertelangen extensiven Tierhaltung; der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen liegt in der Region mit 12% etwa dreimal so hoch wie im bundesdeutschen Schnitt (SCHENK 1993). Als regionale Akteure treten unter dem Dach des Vereins Naturschutzorganisationen, Berufsverbände, Gemeinden und auch einzelne Bürger, namentlich Landwirte und Gastwirte, auf. Knapp 250 Projekte wurden bis Ende 1996 realisiert. Besonders erfolg- und folgenreich war die Rettung des fast ausgestorbenen „Rhönschafes“ in Zusammenarbeit von Naturschutz und Schäfern. Über die Bedeutung des Rhönschafes ist im „LEADER-magazine“ (6/1994) zu lesen: „Die Wolle des Schafes ist mittelmäßig, es hat 30% weniger Fleisch als das traditionelle Merinoschaf, aber im Kampf gegen die Verbuschung der Weiden ist es ökologisch am wertvollsten, denn es frisst absolut alles. Außerdem ist sein Fleisch saftig und die örtliche Aktionsgruppe hat mit den Chefköchen der Region eine kulinarische Präsentation vorgenommen, um das Rhönlamm zu fördern. Mittlerweile steht das Rhönschaf wieder auf den Speisekarten aller Gasthäuser im Gebiet“. Durch Vermarktungsstrategien dieser Art ist in der Gastronomie des Biosphärenreservats der Anteil des aus der Region bezogenen Küchenwareneinsatzes innerhalb von fünf Jahren von 4 auf 9% gestiegen und dank Direktvermarktungskampagnen nahm der Anteil regionaler Produkte in den Privathaushalten im gleichen Zeitraum von 2,5 auf 5% zu.

An sich sind solche Rekurse der EU-Politik auf Kulturlandschaften nicht verwunderlich, denn sie reichen bis in die Gründerzeit der EWG zurück. Deren Politik war bekanntlich lange durch Fragen der Landwirtschaftsförderung geprägt, und so schrieb man schon im EWG-Vertrag von 1957 unter den Hauptzielen im Bereich der Landwirtschaft auch den Erhalt des ländlichen Raumes als Kulturlandschaft fest (KLOHN 1995, S. 7). Folglich sind in verschiedenen Agrarprogrammen immer Bezüge zur Kulturlandschaft enthalten gewesen (VERVLOET 1993), und auch gegenwärtig laufende Programme wie „Extensivierung der Landwirtschaft“ oder die „Stiftung Europäisches Naturerbe“ (Euronatur) zeigen, daß man innerhalb der Administration der EU durchaus bereit ist, Gedanken der Kulturlandschaftspflege aufzunehmen

(Euregio Natur 1995). So informierte die Zeitschrift „Euronatur“ 4/1994 über die Verleihung des Titels „Europäisches Storchendorf“ an das kroatische Cigoc. Bei nur 127 Einwohnern nisten hier im Sommer 260 Weißstörche. Den Vögeln stehen 5.000 ha Hutweiden zur Nahrungssuche zur Verfügung. Die Bewohner von Cigoc bewirtschaften sie bis heute und verzichten gar auf eine Flurbereinigung von 7.000 ha um das Dorf herum. Ihnen wird dieser Verzicht durch einen regelrechten „Storchentourismus“ gelohnt.

6. Ansätze von Kulturlandschaftspflege in ausgewählten Staaten

In einer Vielzahl von Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Bundesländer (GRAAFEN 1994, GASSNER 1995) finden sich Ansatzpunkte für eine Umsetzung des Kulturlandschaftspflegekonzeptes in der Planung. So verlangt etwa das UVP-Gesetz des Bundes in der Fassung von 1990 die Ermittlung, Beschreibung und Bewertung der Auswirkungen eines Vorhabens u.a. auf „Kultur- und sonstige Sachgüter“ (Kulturgüterschutz 1994, KLEEFELD 1997). In der Forderung „Historische Kulturlandschaften und -landschaftsteile von besonders charakteristischer Eigenart sind zu erhalten“ im Bundesnaturschutzgesetz § 2, Abs. 1, Nr. 13, wird der planerische Auftrag zur Kulturlandschaftspflege am prägnantesten formuliert (HÖNES 1991, STRACK 1993). Mußte noch 1989 ein vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in Auftrag gegebenes Gutachten zur Umsetzung des genannten Anspruchs im Bundesnaturschutzgesetz (BRINK und WÖBSE 1989) beklagen, daß erhebliche Defizite hinsichtlich der Kenntnis und Umsetzung kulturlandschaftsorientierter Gesetze und Verordnungen besonders auf der Ebene der unteren Naturschutzbehörden bestanden, so hat sich an dieser Situation mittlerweile viel geändert. Auch Vertreter des Naturschutzes sehen heute die Notwendigkeit zu einem „Naturschutz in Kulturlandschaften“ (PLACHTER 1995), und in Natur- und Nationalparks bemüht man sich um vorbildliche Schutz- und Pflegemaßnahmen zur Erhaltung historischer Kulturlandschaften (BM Umwelt 1994). Der Nationalpark Bayerischer Wald ist sogar zu einem Musterbeispiel einer befruchtenden Spannung zwischen Naturschutz und Kulturlandschaftspflege geworden. Jenseits solcher gelungener großflächiger Projekte sind viele Ansätze von Kulturlandschaftspflege in Deutschland noch sehr vereinzelt und projektbezogen. Vor allem fehlt es noch immer an einer flächendeckenden Inventarisierung des kulturlandschaftsgeschichtlichen Erbes in Deutschland (FEHN und SCHENK 1993).

Eine gewisse Hoffnung für eine grundlegende Änderung dieser Situation ergibt sich beim Lesen einiger Abschnitte in den vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau herausgegebenen „Grundlagen einer Europäischen Raumentwicklungspolitik“ von 1995 (BM Bau 1995). Hier wird geradezu der Eindruck erweckt, als könne „Kulturlandschaft“ ein neues Planungsleitbild der EU-Regionalpolitik werden. So wird unter der Überschrift „Behutsames Bewirtschaften und Vermehren des natürlichen und kulturellen Erbes“ die Erhaltung und Weiterentwicklung der Kulturlandschaften als Aufgabe von europäischer Bedeutung eingestuft. Insbesondere seien diejenigen Kulturlandschaften zu erhalten, die zu einem großen Teil die kulturelle Identität Europas ausmachen; konkrete Regionen werden jedoch nicht genannt. In einer Kartenabfolge werden vergangene, aktuelle und mögliche zukünftige Landschaftszustände gegenübergestellt (Abb. 4), um mögliche Verluste bei einer unkontrollierten Transformierung historisch gewachsener Landschaften zu verdeutlichen. Vor diesem Hintergrund seien die heutigen und künftigen Generationen aufgerufen, zur Gestaltung des ländlichen Raumes und der Stadtlandschaften beizutragen und auf diese Weise für die Erhaltung hoher Qualitätsstandards zu sorgen. Die Entwicklung des kulturellen und natürlichen Erbes sei das Schlüsselwort, das voll und ganz in die Strategien einer nachhaltigen Raumentwicklung integriert werden müsse. Im europäischen Kontext seien daher geeignete Strategien zu fördern, die für ein Gleichgewicht zwischen Entwicklung und Erhaltung sorgen könnten.

Der Nationalpark Bayerischer Wald wurde am 7.10.1970 als erster Nationalpark in Deutschland eröffnet und am 15.12.1982 von der UNESCO als erstes deutsches Schutzgebiet in das internationale Netz der Biosphärenreservate aufgenommen. Er umfaßt derzeit eine Fläche von ca. 13.300 ha. In der Zusammenarbeit mit dem 1945 gegründeten "Národní Park Šumava" (Nationalpark Böhmerwald) entsteht seit 1991 im Zentrum des Bayerischen und Böhmerwaldes mit über 700 km² das größte, von Verkehrswegen unzerschnittene Waldgebiet in Mitteleuropa: "Das grüne Dach Europas". In vorindustrieller Zeit war das Gebiet des Nationalparks aber Durchgangsraum mittelalterlicher Handelswege ("Gulden Straß" und "Goldener Steig") und Aktionsraum frühneuzeitlicher Glashütten und planmäßiger Holzwirtschaft mittels Triftkanälen gewesen.

Um die in § 3 der Nationalparkverordnung geforderte Beachtung kulturlandschaftspflegerischer Aspekte in die Praxis umsetzen zu können, waren zunächst die erhaltenen Kulturdenkmale zu erfassen: Flurnamen, Begangsteige, Schlittenbahnen, Kohlplätze, Gruben der Aschenbrenner, Quarzabbaustellen, Standorte der Pocherwerke und Glashütten, Grenzsteine und Wegkreuze, Altstraßen wie die "Gulden Straß" und der "Goldene Steig", Zeugnisse der geregelten Forstwirtschaft, wie Triftklausen und -kanäle, die Trasse der "Wald(eisen)bahn" (zum Holztransport), sowie "Schachten" (Hochweiden), "Stände" (Waldweiden) und Plansiedlungen mit Waldhufenfluren und dem "Waldterhaus" (am Rand des Nationalparks). Solche Kulturlandschaftsdenkmale sind rechtsverbindlich in Karten mit den Maßstäben 1:5 000, 1:10 000 inventarisiert und z.T. auf den touristischen Karten 1:25 000 und 1:50 000 eingetragen worden.

Da von Anfang an klar war, daß nicht sämtliche Kulturdenkmale flächendeckend erhalten werden konnten, galt es, typische Beispiele exemplarisch herauszustellen. Das "Waldgeschichtliche Wandergebiet" war das erste einschlägige Projekt, das schon mit der Errichtung des Nationalparks 1974 geschaffen wurde. Hier wollte man die Bewirtschaftung des Waldes seit dem 19. Jh. darstellen und diese Attraktion zum Zwecke der Besucherlenkung einsetzen. Auf alten Ziehbahnen wurden Holzschlitten installiert und mit alten Fotos die mühsame Arbeit der Holzhauer illustriert. Die Nationalparkverwaltung setzte Triftklausen wieder instand und legte Schwellgräben und Kanäle frei. Informationstafeln erläuterten die Bedeutung für die Waldbewirtschaftung im 19. und 20. Jh. Am Endpunkt der insgesamt 32 km langen "Spiegelauer Waldbahn" baute man bereits abgebaute Gleise zur Demonstration wieder auf. Die übrige Strecke dient als flacher Wanderweg für Familien mit Kinderwagen und seit neuestem als Radwanderweg.

Die Entdeckung alter Glashüttenstandorte als typisches Relikt der historischen Kulturlandschaft, darunter einer am Hang des Lusens, also mitten in der Kernzone des Nationalparks, und seine wissenschaftliche Erforschung durch das Bergbaumuseum Theuern, modifizierten Ende der 1980er Jahre die bisherige Philosophie der ausschließlichen Präferenz des Naturrelikts. Man entschied sich nun einerseits dafür, die wissenschaftlichen Ergebnisse in einer Dauerausstellung des "Waldgeschichtlichen Museums" in St. Oswald für den interessierten Besucher aufzubereiten, die Ausgrabung aber, mit hellem Sand für die Nachwelt kenntlich gemacht, wieder zu verfallen. Andererseits wird die Fläche der "Neuhüttenwiese" als Standort einer Glashütte aus dem Ende des 19. Jahrhunderts offengehalten und über eine Informationstafel bewußt gemacht. Dies gilt gleichfalls für den Weiler Guglöd, der als Kulturlandschaftsensemble eines ehemaligen Glashüttenstandorts erhalten bleiben soll. Das Kulturlandschaftsrelikt der „Lusen-Glashütte“ hat bewirkt, den Schutz „kulturhistorisch wertvoller Flächen und Denkmale“ in den Entwurf der Nationalparkverordnung von 1989 einzubringen.

Mit der Schenkung der "Hirschkopfhütte", einer ehemaligen Forsthütte, an das "Freilichtmuseum Finsterau" dokumentiert die Verwaltung des Nationalparks in gleicher Weise seine Bereitschaft zur Beachtung kulturlandschaftsgeschichtlicher Aspekte. Ein Vertreter des Nationalparks ist auch als Fachberater für die Bauerngärten des Freilichtmuseums tätig. Da der Nationalpark als Träger öffentlicher Belange des weiteren bei 17 Flurbereinigungsverfahren der angrenzenden "Vorfeld-Gemeinden" zu hören war, konnte die Verwaltung darauf einwirken, daß die ökologisch und historisch bedeutsamen Lesesteinwälle der Waldhufenfluren als Relikte der planmäßigen Besiedlung des Urwaldes durch die Passauer Bischöfe um 1700 weitgehend erhalten blieben.

Das Projekt "Natur & Geschichte erleben - Das Waldgeschichtliche Wandergebiet" von 1995 stellt nicht nur eine Weiterentwicklung des Bestehenden dar, sondern betritt mit den "Rundwegen in Bayern" und den "Rundwegen in Böhmen" neue Wege der Zusammenarbeit über die politischen Grenzen hinweg. Neben Naturlandschaftstouren bieten die Rundwege "Historisches rund ums Freilichtmuseum", "Kulturlandschaft" (in Bayern) und "Landschaft im Wandel" (in Böhmen) auf zahlreichen Informationstafeln umfangreiche Erläuterungen der historischen und heutigen Kulturlandschaft. Schriften und Faltblätter auf tschechisch und deutsch sowie zweisprachige Tafeln auf der böhmischen Seite symbolisieren die gute grenzüberschreitende Zusammenarbeit und dienen dem gegenseitigen Verstehen. Dabei wird vom Nationalpark Šumava selbst das Thema der ehemals deutschen Siedlungen angesprochen. Eine attraktive Broschüre erläutert die Geschichte der Natur- und der Kulturlandschaft. Dieses gemeinsame Projekt von Nationalpark Šumava, Nationalpark Bayerischer Wald, der Gemeinde Mauth und dem Forstamt Mauth erhielt wegen seiner Zielsetzung und bisherigen Einmaligkeit eine großzügige Unterstützung durch die "Bundesstiftung Umwelt" (nach FEGERT 1997).

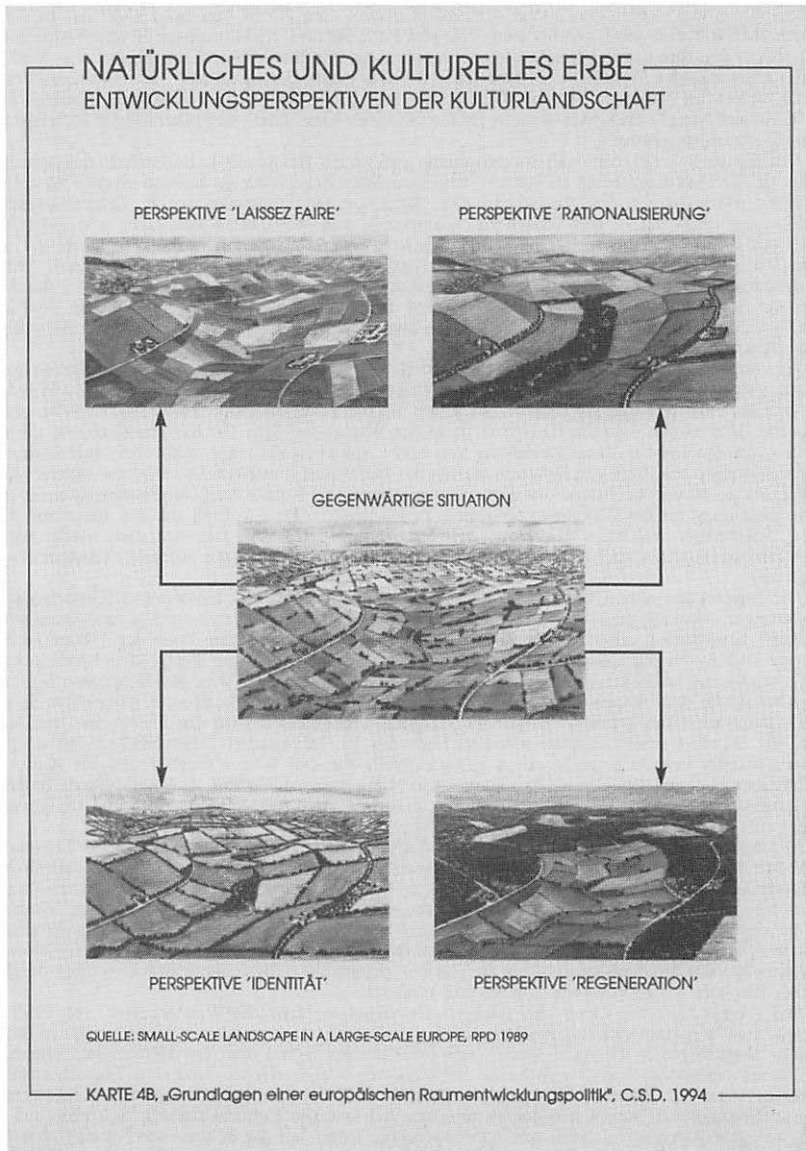


Abb. 4: Szenario der Entwicklung von Kulturlandschaften in Mitteleuropa. Quelle: BM Bau (Hrsg.): Grundsätze einer Europäischen Raumentwicklungspolitik. Bonn 1995, S. 25.

Diese Passagen dokumentieren ganz offenkundig eine neue Qualität der planerischen Auseinandersetzung mit Kulturlandschaften, auch wenn sie die Ebene des Proklamatorischen noch nicht verlassen haben. Sie zeigen darüber hinaus mögliche Arbeitsfelder für Geographen in Deutschland auf. In den Niederlanden sind kulturlandschaftspflegerische Positionen dagegen schon seit Jahrzehnten von Geographen besetzt, denn dort wird eine den ganzen Staat erfassende anwendungsbezogene Kulturlandschaftsforschung praktiziert (VERVLOET 1994). Am Beispiel der Auseinandersetzungen um die Ausweisung von Gebieten mit „Neuer Natur“ lassen sich allerdings auch mögliche Konfliktlinien zwischen Naturschutz und Kulturlandschaftspflege um den richtigen Weg regionaler Entwicklung verdeutlichen.

Der Ausdruck „Neue Natur“ weist auf eine Entwicklung hin, bei der landwirtschaftliche Nutzflächen in den Niederlanden nicht mehr bewirtschaftet, sondern in Gebiete mit natürlicher Sukzession umgewandelt werden. Das betrifft umfangreiche Areale: das dortige Agrarministerium hat im Jahre 1990 das Ziel gesetzt, in den Niederlanden 50.000 ha an „Neuer Natur“ zu schaffen, der Wereld Natuur Fonds (der niederländische Zweig des World Wildlife Fund) spricht von 200.000 ha. Die tiefgreifendsten Entwicklungen finden im zentralen niederländischen Stromgebiet statt. Hier haben sich um das Jahr 1990 verschiedene Interessensvertretungen auf ein neues Verfahren für die Umgestaltung der Flußauen zwischen den Deichen der großen Flüsse geeinigt. Im Austausch für eine ungestörte weitere Intensivierung in den übrigen Teilen der Stromniederungen war die Landwirtschaft dazu bereit, diese agrarisch unbedeutenden Nutzflächen abzugeben. Für die Ökologen waren die Flußauen, trotz der starken Kontamination des Wassers und des Bodens, aufgrund der natürlichen Stromdynamik interessant. Zur Förderung der natürlichen Prozesse wurden Teile der Flußauen abgegraben. Der Verkauf des in großer Menge anfallenden Sands, Lehms und Kieses ermöglichte die Finanzierung der Projekte. Die Rohstoffgewinnung, die in den achtziger Jahren durch den Widerstand der Bevölkerung und diverser Umweltbewegungen stets schwieriger geworden war, erhielt durch die Projekte zur Naturentwicklung neue Impulse.

Die Verfechter der Naturentwicklungsprojekte geben nun vor, daß sie die Natur wiederherstellen, so wie sie vor dem Auftreten der Menschen bestanden habe. Historische Geographen und Archäologen konnten dieses Bild teilweise korrigieren, indem sie in Diskussionen und Planungen darauf hinwiesen, daß der Mensch die Landschaft der Flußauen langfristig, tiefgreifend und zum Teil irreversibel beeinflusst hat. Daneben konnten Geographen auch auf den Wert historisch gewachsener Kulturlandschaft hinweisen, indem sie anthropogene Relikte inventarisierten, bewerteten und anschließend auf den Erhalt der wertvollsten Elemente im Sinne eines regionalen Entwicklungspotentials drängten. Inzwischen erkennt auch die regionale Bevölkerung, daß mit der „Neuen Natur“ kulturhistorische Werte, damit Ankerpunkte für regionale Identität, verloren gehen (nach RENES 1997).

Vorbildliche Vorarbeiten für die Erhaltung und Nutzung der kulturlandschaftlichen Vielfalt werden seit Jahrzehnten in der Schweiz durch ein Bundesinventar der Landschaften und Denkmäler von nationaler Bedeutung und im Rahmen der Flächennutzungsplanung für die Ortsbildpflege erbracht (EGLI 1997). Die Befunde des Inventars historischer Verkehrswege der Schweiz (IVS; HAFFNER 1992) gehen nicht nur in die Raumplanung ein, sondern bilden auch die Grundlage für touristische Maßnahmen. So hofft man in der Region des Simplonpasses, durch den Aufbau eines Ecomuseums entlang des rekonstruierten alten Saumweges Urlaubsgäste zu gewinnen (AERNI 1993).

7. Kulturlandschaftspflege im regionalen und lokalen Bezug

Aufgrund der Kleinheit vieler kulturlandschaftlicher Strukturen und Elemente in Europa ist das natürliche Arbeitsfeld der Kulturlandschaftspflege die Region bis hinab auf die lokale Ebene. Aus der Fülle von einschlägigen Projekten (zsf. SCHENK u.a. 1997) sei hier stellvertretend nur eines aus dem dünnbesiedelten und wirtschaftsschwachen Staudengau westlich von Augsburg herausgenommen, da sich daran besonders anschaulich die regionalen Effekte der Nutzung kulturlandschaftlicher Vielfalt sichtbar machen lassen. Der Volkskundler und Geograph Hans Frei verstand es als Direktor des Schwäbischen Volkskundemuseums nicht nur durch die Integration der Ausstellungen in das Zisterzienserinnenkloster Oberschönenfeld wertvolle barocke Bausubstanz zu retten und zu nutzen. Er richtete das Augenmerk auch auf die umgebende Kul-

turlandschaft, die aufgrund intensiver Bodennutzung durch einen volltechnisierten Betrieb die Kennzeichen zisterziensisch geprägter Kulturlandschaften (SCHENK 1997) zu verlieren drohte. Auf Freis Initiative hin pachtete der Bezirk Schwaben als Träger des Museums die gesamten Agrarflächen des Klostergrundes vor einigen Jahren, um sie an mehrere Landwirte der umgebenden Dörfer mit Auflagen für eine standortgemäße und extensivierte Nutzung weiterzuverpachten und damit die historische Landschaftssubstanz zu retten.

Für die Umsetzung dieser Maßnahmen führte die Direktion für ländliche Entwicklung in Krumbach/Schwaben ein vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren durch, in dessen Rahmen Erschließungswege gebaut, erosionsgefährdete Ackerflächen in Grünland umgewandelt und erhebliche landschaftspflegerische Maßnahmen durchgeführt wurden. Die Pflanzung von Hecken, Feldgehölzen und Obstbäumen sowie die Anlage extensiver Kraut- und Grasfluren hemmen den Bodenabtrag, gewähren Windschutz und bieten Unterschlupf und Nahrung für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten. In den Schwarzachauen wurde ein großflächiges Biotop mit Streuwiesen erhalten. Neue Lebensräume für Tiere und Pflanzen entstanden durch eine Streuobstwiese mit altbewährten Obstsorten. Mit der Anordnung der schottergebundenen Erschließungswege und der neuen Heckenstrukturen wurde eine höhenlinienparallele Bewirtschaftung gewährleistet und der Wasserabfluß gehemmt. Für den Museumsplatz wurde eine landschaftsangepasste Lösung ohne Veränderung der topographischen Situation und ohne Störung des baulichen Ensembles entwickelt. Der Schotterrasen ist mit mehr als 50 Obstbäumen in das Landschaftsbild eingebunden. Zwei der Pachtbetriebe widmen sich schwerpunktmäßig der Mutterkuhhaltung, so daß auf den wiederhergestellten Grünflächen im Umland der Abtei ganzjährig Rinder weiden. Die Viehhaltung wirtschaften nach ökologischen Gesichtspunkten und berücksichtigen die Grundsätze einer naturnahen Kreislaufwirtschaft. Zur Vernetzung der Landschaftsbestandteile und zur Erweiterung der Biotopflächen tragen auch die Gestaltungsmaßnahmen im Innenbereich der Klosteranlage bei. Großzügige Wiesenflächen werden von einzelnen Bäumen raumprägend gegliedert. Linden, heimische Obstsorten und Spalierbäume erinnern an die wirtschaftliche Funktion und weisen auf die Bedeutung der Bäume im Brauchtum hin. Zur Erschließung der einzelnen Baulichkeiten entstanden ein gepflasterter Fahrstreifen und wassergebundene Kieswege.

Eine ökologische Bereicherung und eine Ergänzung des Museumsangebotes bilden ein nach historischem Vorbild gestalteter Klostergarten mit Nutz-, Heil- und Zierpflanzen und der Anbau historischer Nutzpflanzen wie Dinkel, Färbepflanzen und Flachs auf kleinteiligen Musterfeldern. Mit der Parzellengliederung kann das System der Dreifelderwirtschaft mit der Fruchtfolge Wintergetreide, Sommergetreide und Brache bzw. Blatt- oder Hackfrüchte gezeigt werden. Die Erträge der Landwirtschaft (Kartoffel, Gemüse, Fleischprodukte) und die Veredelungsprodukte (Wurst, Teigwaren, Backwaren) können die Besucher bei einem 14tägig stattfindenden "Bauernmarkt der Interessengemeinschaft Staudenland" kennenlernen und kaufen. Die Erzeuger nutzen damit die Einkommenschancen der Direktvermarktung an einem attraktiven Standort und die Besucher haben Gelegenheit, das reichhaltige Warenangebot der Gegenwart in Beziehung zu setzen zu der bescheidenen Versorgung und Ernährung in der Vergangenheit, wie es die Präsentation im Volkskundemuseum nahebringt.

Reichhaltige Informationen über die Wechselbeziehungen zwischen den naturräumlichen Gegebenheiten und den nutzungsorientierten Wirtschaftsformen in Vergangenheit und Gegenwart vermittelt das dem Volkskundemuseum angegliederte Naturpark-Haus des Vereins "Naturpark Augsburg - Westliche Wälder". Das Thema "Mensch und Natur" wird unter verschiedenen Aspekten dargestellt und didaktisch aufbereitet. Waldkundliche Lehrpfade, eine Bodensonnenuhr, ein Windrad und verschiedene Bodenmaterialien im Außenbereich liefern darüber hinaus wichtige Grundinformationen über die natürlichen Elemente und leiten über zur Begegnung mit der lebendigen Natur im Wald und am Wasser, auf Wiesen und Feldern. Seminare, Führungen und Sonderveranstaltungen ergänzen und vertiefen das naturkundliche und kulturgeschichtliche Angebot im Museumsbereich (nach FREI 1997).

Alljährlich erleben etwa 150.000 Besucher nunmehr in und um Oberschönenfeld ein hervorragendes Anschauungsobjekt für die Geschichtlichkeit der Kulturlandschaft. In den Besucherzahlen wird zugleich sichtbar, welche regionalpolitische Bedeutung der Erschließung dieser Kulturlandschaft beizumessen ist.

8. Wie und wo sollten Geographen im Bereich der Kulturlandschaftspflege mitarbeiten?

Ohne Zweifel eröffnen sich aus den vorgestellten Initiativen und Projekten auch für die Geographie interessante Perspektiven für eine interdisziplinäre und planungsbezogene Mitarbeit im

Bereich der Kulturlandschaftspflege auf allen Maßstabsebenen. Mit Blick auf die europäischen Aktivitäten wird es dabei unumgänglich sein, die Netze in der Geographie wie die Arbeitsgruppe für Angewandte Historische Geographie, die Standing European Conference for the Study of the Rural Landscape, die Nordiska Semeneriet für Landschaftsforschung oder den Arbeitskreis Kulturlandschaftspflege in der Deutschen Akademie für Landeskunde in Fragen der Kulturlandschaftspflege noch stärker als bisher an die schon vorhandenen und durchaus schlagkräftigen Organisationen wie UNESCO, IUCN und ECOVAST und den Europarat anzubinden. Nur dann wird das geographische Verständnis von „Kulturlandschaftspflege“ - welches die alte Landschaftsgeographie hinter sich gelassen hat und den Wandel von Landschaften akzeptiert, sofern dabei nicht regionale Potentiale zerstört werden - auf den politischen Entscheidungsebenen in Europa fruchtbar werden, denn dort wird die Politik gemacht, die die Wege und Dynamik der Kulturlandschaftsentwicklung in ganz Europa bestimmt.

Summary

Cultural landscape variety as a development factor in Europe

Cultural landscapes are currently being discussed intensively in European regional and cultural politics as an important potential for regional development, often connected with the „magic words“ of more recent planning philosophies such as the endogenous, socially and environmentally compatible. This contribution deals critically with this point of view. It brings out the fact that in the majority of such concepts only the „beautiful, rural landscapes“ are understood to be cultural landscapes. The article counters this with the extensive geographical comprehension of cultural landscape which understands the whole European area as a cultural landscape as it has all been anthropogenically formed. Included are urban and industrially-moulded spaces. Seen as specially valuable from an anthropocentric perspective in Europe are such areas which have been shaped to a great extent by historical landscape elements and structures. The value of such „historical cultural landscapes“ results from their formal variety, biodiversity, their age and their documental worth as representatives of historicity and of a wealth of possible mainstays for regional identity. As an alternative to a strategy of conserving such cultural landscapes „under the cheese cover“ - landscape conservation policy - the paper devises the concept of a „landscape care policy“ (Kulturlandschaftspflege) which expressly allows changes to even historical cultural landscapes as long as regional development potentials are not permanently destroyed in the process. In this sense landscape care is understood to be a process in which all inhabitants of and planners in a region clearly realize where the value of certain landscape structures and relicts lies and how one should thus handle them. Examples of landscape care projects from the level of EU down to regions are given and it is shown that there are a number of organizations which can serve as platform for the propagation and implementation of a pan-European „landscape care policy“.

Literatur

- ADAM, T.: Mensch und Natur: das Primat des Ökonomischen. Entstehen, Bedrohung und Schutz von Kulturlandschaften aus dem Geiste materieller Interessen. *Natur und Landschaft* 71 (1996), H.4, S. 155-159.
- AERNI, K.: Ziele und Ergebnisse des Inventars historischer Verkehrswege der Schweiz (IVS). *Siedlungsforschung* 11 (1993), S. 313-334.
- BECK, R.: *Unterfinning. Ländliche Welt vor Anbruch der Moderne*. München 1993.
- BLOTEVOGEL, H. H.: Auf dem Weg zu einer „Theorie der Regionalität“: Die Region als Forschungsobjekt der Geographie. In: G. BRUNN (Hrsg.): *Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde*. Baden-Baden 1996, S. 44-68.
- BM Bau (Hrsg.): *Grundsätze einer Europäischen Raumentwicklungspolitik*. Bonn 1995.

- BM Umwelt (Hrsg.): Bundeswettbewerb Deutscher Naturparke. Vorbildliche Schutz- und Pflegemaßnahmen zur Erhaltung historischer Kulturlandschaften in Naturparks. Bonn 1994.
- BREUER, T.: Naturlandschaft, Kulturlandschaft, Denkmallandschaft. Historische Kulturlandschaften. ICOMOS, Hefte des Deutschen Nationalkomitees XI. Bonn 1993, S. 13-19.
- BREUER, J.: Stadtlandschaft - Wandel und Perspektiven einer Kulturlandschaft. In: Vision Landschaft 2020. Von der historischen Kulturlandschaft zur Landschaft von morgen. Laufen 1995, S. 63-74 (Laufener Seminarbeiträge der ANL 4/95).
- BRINK, A. und H. H. WÖBSE: Die Erhaltung historischer Kulturlandschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Untersuchung zur Bedeutung und Handhabung von Paragraph 2 Grundsatz 13 des Bundesnaturschutzgesetzes. Bonn 1989.
- BURGGRAFF, P.: Der Begriff „Kulturlandschaft“ und die Aufgaben der „Kulturlandschaftspflege“ aus der Sicht der Historischen Geographie. Natur- und Landschaftskunde 32 (1996), S. 10-12.
- Council of Europe (Hrsg.): Cultural Heritage Committee. Preliminary draft recommendation on the conservation and management of heritage sites as part of landscape policies. Strasbourg 1993ff.
- DEHLER, I.: Biosphärenreservat Rhön - Chancen für eine natur- und menschengerechte Regionalentwicklung. Frankfurt 1991.
- DENECKE, D.: Historische Geographie und räumliche Planung. In: A. KOLB und G. OBERBECK (Hrsg.): Beiträge zur Kulturlandschaftsforschung und Regionalplanung. Hamburg 1985, S. 3-35. (Mitt. Geogr. Ges. Hamburg 75).
- DENECKE, D.: Historische Geographie - Kulturlandschafts-genetische, anwendungsorientierte und angewandte Forschung. Gedanken zur Entwicklung der Diskussion. Berichte zur deutschen Landeskunde 68 (1994), H.2, S. 431-444.
- DENZER, V.: Relikte und persistente Elemente einer ländlich geprägten Kulturlandschaft mit Vorschlägen zur Erhaltung und methodisch-didaktischen Aufbereitung am Beispiel von Waldhufensiedlungen im Südwest-Spessart. Ein Beitrag zur angewandten historisch-geographischen Kulturlandschaftsforschung. Mainz 1996. (Mainzer Geogr. Studien 43).
- Deutscher Heimatbund (Hrsg.): Plädoyer für Umwelt und Kulturlandschaft. Bonn 1994.
- DROSTE, B. v.: Weltweiter Schutz des Kultur- und Naturerbes. Geographische Rundschau 47 (1995), S. 336-342.
- DROSTE, B. v., H. PLACHTER und M. RÖSSLER (Hrsg.): Cultural Landscapes of Universal Value. Components of a Global Strategy. Jena u.a. 1995.
- DVL: Landschaftspflege im Dienst einer nachhaltigen Regionalentwicklung - Positionen des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege, Gießen (3. Sept. 1994). Manuskript Ansbach 1993.
- EGLI, H.-R.: Bewertung als zentrale Aufgabe der angewandten Forschung - Beispiele auf kommunaler und regionaler Ebene. Kulturlandschaft 1 (1991), H.2/3, S. 74-78.
- EGLI, H.-R.: Flächennutzungsplanung: Ortsbildpflege in der Schweiz/Das schweizerische Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung. In: SCHENK, W. u.a. (Hrsg.), siehe dort (1997).
- EHLERS, E.: Traditionelles Umweltwissen und Umweltbewußtsein und das Problem nachhaltiger landwirtschaftlicher Entwicklung. In: ERDMANN, K.-H. und H.-G. KASTENHOLZ (Hrsg.): Umwelt- und Naturschutz am Ende des 20. Jahrhunderts. Berlin 1995, S. 155-174.
- ERDMANN, K.-H. und J. NAUBER (Hrsg.): Biosphärenreservate in Deutschland. Leitlinien für Schutz, Pflege und Entwicklung. Bonn 1995.
- Euregio Natur (Hrsg.): Kulturgut tut Natur gut. Kampagne zum Schutz von Kultur- und Naturerbe. Bonn 1995.
- FEGERT, F.: Nationalparkplanung und Kulturlandschaftspflege im und am Nationalpark Bayerischer Wald. In: SCHENK, W. u.a. (Hrsg.), siehe dort (1997).
- FEHN, K. und W. SCHENK: Das historisch-geographische Kulturlandschaftskataster - eine Aufgabe der geographischen Landeskunde. Ein Vorschlag insbesondere aus der Sicht der Historischen Geographie in Nordrhein-Westfalen. Berichte zur deutschen Landeskunde 67 (1993), H.2, S. 479-488.
- FINK, M. H., F. M. GRÜNWEIS und T. WRBKA: Kartierung ausgewählter Kulturlandschaften Österreichs. Wien 1989.
- FREI, H.: Kulturlandschaftserhaltung und Heimatpflege am Beispiel des Schwäbischen Volkskundemuseums Oberschönenfeld. In: SCHENK, W. u.a. (Hrsg.), siehe dort (1997).
- GANSER, K.: Die Internationale Bauausstellung Emscher Park: Strukturpolitik für Industrieregionen. In: DÜRR, H. und J. GRAMKE (Hrsg.): Erneuerung des Ruhrgebiets. Festschrift zum 49. Deut-

- schen Geographentag Bochum. Paderborn 1993, S. 189-198. (Bochumer Geographische Arbeiten 58).
- GANZERT, C.: Landwirtschaft zwischen Natur und Markt. In: KONOLD, W. (Hrsg.): Naturlandschaft - Kulturlandschaft. Die Veränderung der Landschaften nach der Nutzbarmachung durch den Menschen. Landsberg 1996, S. 77-98.
- GAßNER, E.: Das Recht der Landschaft. Gesamtdarstellung für Bund und Länder. Radebeul 1995.
- GEBHARDT, H. und G. SCHWEIZER (Hrsg.): Zuhause in der Großstadt. Ortsbindung und räumliche Identifikation im Verdichtungsraum. Köln 1995. (Kölner Geogr. Arbeiten 61).
- GLASER, H.: Die Völklinger Hütte. Überlegungen zum Umgang mit einem Industriedenkmal. In: Technische Kultur Denkmale 31 (1995), S. 16-20.
- GRAAFEN, R.: Staatliche Einwirkungsmöglichkeiten zum Kulturlandschaftsschutz. Berichte zur deutschen Landeskunde 68 (1994), H.2, S. 459-462.
- GROSJEAN, G.: Ästhetische Bewertung ländlicher Räume am Beispiel von Grindelwald im Vergleich mit anderen schweizerischen Räumen und in zeitlicher Veränderung. Bern 1986. (Geographica Bernensia, P 13).
- GUNZELMANN, T.: Die Erhaltung der historischen Kulturlandschaft. Angewandte Historische Geographie des ländlichen Raumes mit Beispielen aus Franken. Bamberg (1987). (Bamberger Wirtschaftsgeographische Arbeiten 4).
- HAFFNER, H.: Der Brand im Staatsarchiv. Gedanken eines Planers zum Stellenwert der historischen Kulturlandschaft und zur Rolle des Inventars historischer Verkehrswege in der Schweiz in der Ortsplanung. Bulletin IVS (1992), H.2, S. 12-19.
- HAMPICKE, U.: Der Preis einer vielfältigen Kulturlandschaft. In: KONOLD, W. (Hrsg.): Naturlandschaft - Kulturlandschaft. Die Veränderung der Landschaften nach der Nutzbarmachung durch den Menschen. Landsberg 1996, S. 45-76.
- HARD, G.: Die „Landschaft“ der Sprache und die „Landschaft“ der Geographen. Bonn 1970. (Colloquium Geographicum 11).
- HAUPTMEYER, C.-H.: Kulturhistorische Aspekte als Kriterien für Landschaften von nationaler Bedeutung. Kriterien für die Auswahl von Landschaften nationaler Bedeutung. Bonn 1986, S. 923-927. (Schriftenreihe des Deutschen Rats für Landschaftspflege 50).
- HIRSCH, J. und R. ROTH: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus. Hamburg 1986.
- HÖNES, E.-R.: Zur Schutzkategorie „historische Landschaft“. Natur und Landschaft 66 (1991), S. 87-90.
- JÄGER, H.: Einführung in die Umweltgeschichte. Darmstadt 1994.
- JESCHKE, H. P.: Kulturgut und Kulturlandschaft im oberösterreichischen Salzkammergut. Österreich in Geschichte und Literatur 40 (1996), H. 3, S. 182-204.
- JESSEL, B.: Dimensionen des Landschaftsbegriffs. In: Vision Landschaft 2020. Von der historischen Kulturlandschaft zur Landschaft von morgen. Laufen 1995, S. 7-10 (Laufener Seminarbeiträge der ANL 4/95).
- JOB, H.: Großschutzgebiete und ihre Akzeptanz bei Einheimischen. Das Beispiel der Nationalparke im Harz. Geographische Rundschau 48 (1996), S. 159-165.
- KLEEFELD, K.: Schutz von Kulturgütern in der Umweltverträglichkeitsprüfung: das Beispiel Oeding. In: SCHENK, W. u.a. (Hrsg.), siehe dort (1997).
- KLOHN, W.: Landwirtschaft in Europa. Strukturen, Probleme, Perspektiven. Praxis Geographie (1995), H.5, S. 4-10.
- KRÜGER, R.: Wie räumlich ist die Heimat - oder: Findet sich in Raumstrukturen Lebensqualität? Geographische Zeitschrift 75 (1987), H.3, S. 160-177.
- KÜSTER, H.-J.: Geschichte der Landschaft in Mitteleuropa. München 1995.
- Kulturgüterschutz in der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Bericht des Arbeitskreises „Kulturelles Erbe in der UVP“. Hrsg. v. Rheinischen Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz, Landschaftsverband Rheinland Umweltamt, Seminar für Historische Geographie der Universität Bonn. (Themenheft der „Kulturlandschaft“ 4, 2). Köln, Bonn 1994.
- Kulturlandschaft. Zeitschrift für Angewandte Historische Geographie. Bonn 1991ff.
- Landschaftsverband Rheinland (Hrsg.): Naturschutz und Landschaftspflege bei historischen Objekten. Tagungsbeiträge. Köln 1994.

- MÜCKE, H.: Historische Geographie als lebensweltliche Umweltanalyse. Frankfurt/Main 1988. (Europäische Hochschulschriften Reihe 3, 369).
- Naturschutz und Landschaftspflege in den neuen Bundesländern. Bonn 1991. (Schriftenreihe des Deutschen Rates für Landschaftspflege 59).
- PLACHTER, H.: Naturschutz. Stuttgart 1991.
- PLACHTER, H.: Naturschutz in Kulturlandschaften: Wege zu einem ganzheitlichen Konzept der Umweltsicherung. In: J. GEPP (Hrsg.): Naturschutz außerhalb von Schutzgebieten. Graz 1995, S. 47-95.
- PLACHTER, H. und M. REICH: Großflächige Schutz- und Vorrangräume: eine neue Strategie des Naturschutzes in Kulturlandschaften. In: Landesanstalt für Umweltschutz (Hrsg.): 2. Statuskolloquium des PAÖ. Karlsruhe 1994, S.17-43. (Veröffentl. Projekt „Angewandte Ökologie“, Bd.8).
- Pflege und Erhaltung der Potsdamer Kulturlandschaft. Bonn 1995. (Schriftenreihe des Deutschen Rates für Landschaftspflege 66).
- QUASTEN, H.: Grundsätze und Methoden der Erfassung und Bewertung kulturhistorischer Phänome der Kulturlandschaft. In: SCHENK, W. u.a. (Hrsg.), siehe dort (1997 a).
- QUASTEN, H.: Zur konzeptionellen Entwicklung der Kulturlandschaftspflege. In: SCHENK, W. u.a. (Hrsg.), siehe dort (1997 b).
- QUASTEN, H. und D. SOYEZ (Hrsg.): Die Inwertsetzung von Zeugnissen der Industriekultur als angewandte Landeskunde. In: 47. Deutscher Geographentag Saarbrücken 1989. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen. Stuttgart 1990, S. 345-360.
- RENES, J.: Historische Landschaftselementen. Een lijst met definitities en literatuur. Wageningen 1992. (DLO - Staring Centrum Wageningen Rapport 201).
- RENES, J.: Landschaftsstrukturplanung „Neue Natur“ in den Niederlanden. In: SCHENK, W. u.a. (Hrsg.), siehe dort (1997).
- SANDNER, G.: „Mitteleuropa“ als „Kulturlandschaft“. In: STEGER, H.A. und R. MORELL (Hrsg.): Ein Gespenst geht um... Mitteleuropa. München 1987, S. 127-148.
- SCHÄFER, D.: Pflege, Erhaltung und Entwicklung historischer Kulturlandschaften. Historische Kulturlandschaften. ICOMOS, Hefte des Deutschen Nationalkomitees XI. Bonn 1993, S. 63- 67.
- SCHÄTZL, L. (Hrsg.): Wirtschaftsgeographie der Europäischen Gemeinschaft. Paderborn 1993.
- SCHENK, W.: Strukturverbessernde Programme für die bayerische Rhön im 19. und 20. Jh. - Zur Kontinuität von Planungsideen. In: Akademie für RF und LP (Hrsg.): Biosphärenreservat Rhön. Beiträge zu einer Raumnutzungskonzeption für die Rhön. Hannover 1993, S. 49-62
- SCHENK, W.: Planerische Auswertung und Bewertung von Kulturlandschaften im südlichen Deutschland durch Historische Geographen im Rahmen der Denkmalpflege. Berichte zur deutschen Landeskunde 68 (1994), H.2, S. 463-475.
- SCHENK, W.: Mitteleuropa - typologische Annäherungen an einen schwierigen Begriff aus der Sicht der Geographie. Europa Regional 3 (1995), H.4, S. 25-36.
- SCHENK, W.: Expert Meeting on European Cultural Landscapes of Outstanding Universal Value der Unesco in Wien am 21.4.1996. Kulturlandschaft 6 (1996), H.1, S. 38-39.
- SCHENK, W.: Zisterzienser als Gestalter von Kulturlandschaften - Bewertung der landeskulturellen Leistungen und planerischer Umgang mit dem landschaftlichen Erbe. In: Zisterzienser in Brandenburg 1997 (im Druck).
- SCHENK, W., K. FEHN und D. DENECKE (Hrsg.): Kulturlandschaftspflege. Beiträge der Geographie. Ein Handbuch für räumliche Planungen. Stuttgart 1997 (im Druck).
- SCHMIDTHÜSEN, F. und K.C. EWALD: Landschaft als Spiegel nachhaltiger Nutzung und Pflege. In: Die Zukunft beginnt im Kopf - Wissenschaft und Technik für die Gesellschaft von morgen. Zürich 1994, S. 238-244.
- SCHMOLINER, C. (Red.): Forschungsschwerpunkt Kulturlandschaft. Forschungsschwerpunkt 1995. Wien 1995.
- SCHÖNFELDER, G. und D. SCHÄFER: Erhaltung von Kulturlandschaften als Aufgabe des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege. In: R. GRÄTZ (Hrsg.): Denkmalschutz und Denkmalpflege. 10 Jahre Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen. Köln 1991, S. 235-245.
- SCHULER, A. (Hrsg.): Nachhaltigkeit als Grundlage menschlichen Handelns. Zürich 1995. (Beiheft 75 zur Schweizerischen Zeitschrift für Forstwesen).
- SPIEGLER, A.: Kulturlandschaft. Das begehbare Buch Österreichs. Klosterneuburg 1995.

- Ständige Arbeitsgruppe der Biospärenreservate in Deutschland (Hrsg.): Biospärenreservate in Deutschland. Bonn 1995.
- STANNERS, D. und P. BOURDEAU (Hrsg.): Europe's Environment. The Dobříš Assessment. Kopenhagen 1995.
- STEINHÄUSER, K.: Landschaftspark Duisburg-Nord. Ein Projekt zur Umstrukturierung der Emischerzone im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Emischerpark. Praxis Geographie 9 (1993), S. 38-43 (vgl. dazu die regelmäßigen Informationen der IBA GmbH, Gelsenkirchen).
- STRACK, H.: Die historische Kulturlandschaft - ein neuer Begriff oder eine neue Methode? Vermessungswesen und Raumordnung 55 (1993), S.164-172.
- TREPL, L.: Die Landschaft und die Wissenschaft. In: KONOLD, W. (Hrsg.): Naturlandschaft - Kulturlandschaft. Die Veränderung der Landschaften nach der Nutzbarmachung durch den Menschen. Landsberg 1996, S. 13-26.
- Umweltstiftung WWF Deutschland (Hrsg.): Porträt Heimat. Erzählte Landschaften. München 1995.
- VERVLOET, J.A.J.: Angewandte Historische Geographie im europäischen Rahmen. Einige Bemerkungen über die Möglichkeiten und Grenzen eines multinationalen Projektes. Kulturlandschaft 3 (1993), H.1, S. 4-8.
- VERVLOET, J.A.J.: Zum Stand der Angewandten Historischen Geographie in den Niederlanden. Berichte zur deutschen Landeskunde 68 (1994), H.2, S. 445-458.
- VERVLOET, J.A.J.: Ansätze einer europaweiten Kulturlandschaftspflege - ein Überblick über wichtige Institutionen. In: SCHENK, W. u.a. (Hrsg.), siehe dort (1997).
- WECK-HANNEMANN, H.: Was ist der Wald uns wert? Eine Einschätzung aus ökonomischer Sicht. Zürich 1994. (ETH Zürich, Dept. Wald- und Holzforschung Arbeitsberichte, Allg. Reihe 9/2; auch in: Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen 1994).
- WAGNER, J. M.: Schutz der Kulturlandschaft - Erfassung, Bewertung und Sicherung schutzwürdiger Gebiete und Objekte im Rahmen des Aufgabenbereiches von Naturschutz und Landschaftspflege. Eine Methodenstudie zur emotionalen Wirksamkeit und kulturhistorischen Bedeutung der Kulturlandschaft unter Verwendung des Geographischen Informationssystems PC ARC/INFO. Diss. Saarbrücken (1996).

Prof. Dr. Winfried Schenk
 Geographisches Institut der Universität
 Hölderlinstr. 12
 D-72074 Tübingen

Ländliche Räume in Industriestaaten

Deutschland und die Europäische Union im internationalen Vergleich

1. Ländlichkeit in Industriestaaten

In den Industriestaaten leben im Mittel gut 35% der Bevölkerung in ländlichen Gebieten. Wenn man bedenkt, daß diese ländliche Bevölkerung auf über 95% der Fläche lebt, dann wird einmal mehr deutlich, daß es sich bei ländlichen Räumen keineswegs - wie heute häufig analytisch und politisch gesehen - um eine Restkategorie im Vergleich zu den großen Städten und Stadtregionen handelt. Vor allem die flächenbezogene Größenordnung zeigt an, daß den ländlichen Räumen in den Industriestaaten eine enorme Bedeutung und Verantwortung zukommt - nämlich im Hinblick auf die Ziele einer umweltverträglichen Raum- und Flächennutzung und den Schutz der natürlichen Ressourcen. Bedenkt man weiter, daß der durchschnittliche Bevölkerungsanteil von 35% soweit streut, daß in einzelnen Staaten immerhin die Hälfte der Bevölkerung in ländlichen Gebieten wohnt, mit dem Anspruch auf eine gleichwertige Versorgung mit Arbeitsplätzen, Wohnungen, Infrastruktur etc., so wird auch klar, daß ländliche Räume nicht nur als Ausgleichsräume für Stadtregionen oder als Räume für den Ressourcenschutz angesehen werden können.

Wirtschaftlich gesehen gehören einige ländliche Regionen in den Industriestaaten zu den dynamischsten Gebieten überhaupt. Wie z.B. einige ländliche Regionen in Bayern waren sie bei der Bewältigung des Strukturwandels und der Schaffung neuer Arbeitsplätze erfolgreicher als die gesamte Volkswirtschaft. Sie haben offenbar von den negativen Wachstumsfolgen und den dadurch bedingten Standortbeeinträchtigungen in den großen Städten und Stadtregionen profitieren können. Die Dynamik dieser Regionen zeigt, daß Ländlichkeit an sich kein Entwicklungshemmnis ist. Auf der anderen Seite gibt es aber auch ländliche Regionen, die zu den strukturschwächsten Gebiete in den Industriestaaten zählen und in denen gravierende Defizite in den Erwerbsmöglichkeiten, häufig auch in der Infrastrukturversorgung vorhanden sind.

Die räumlichen Disparitätenmuster bilden heute keinen Stadt-Land-Gegensatz mehr ab und sind zusehends komplizierter und komplexer geworden; die raumstrukturellen Unterschiede zwischen ländlichen Gebieten sind häufig größer als zwischen Stadt und Land. Die großen Städte und Stadtregionen bilden zwar nach wie vor die dominanten Anziehungspunkte für Wirtschaft und höherrangige Funktionen. Der räumliche Niederschlag dieser Attraktivität findet sich jedoch zunehmend im engeren oder weiteren Umland. Die Städte werden somit immer mehr "nur" zum Motor für die gesamtregionale Entwicklung, dem Wachstum des ländlichen Umlandes.

Die Organisation für Ökonomische Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) hat in den letzten Jahren im Rahmen des Rural Development Programme eine analytische Basis für die vergleichende Analyse und Bewertung der Entwicklungstendenzen in ländlichen Räumen geschaffen. Über die Länder der Europäischen Union hinaus steht erstmals für eine Vielzahl von Staaten eine subnationale, regionale Datengrundlage zur Verfügung, die es erlaubt, die Situation und Entwicklung von ländlichen Regionen vergleichend zu analysieren (OECD 1994, 1996).

Dafür mußte zunächst eine vergleichbare Grundlage geschaffen werden, um Regionen nach ihrer Ländlichkeit zu klassifizieren. Hinter Ländlichkeit verbirgt sich dabei eine rein siedlungsstrukturelle Kategorie und keine Problemraumdefinition. Erst auf der Basis einer siedlungsstrukturellen Definition, die ländliche Räume von städtischen abgrenzt, wird es möglich, unterschiedliche Problemkonstellationen in ländlichen Regionen im Sinne von Problemräumen zu identifizieren.

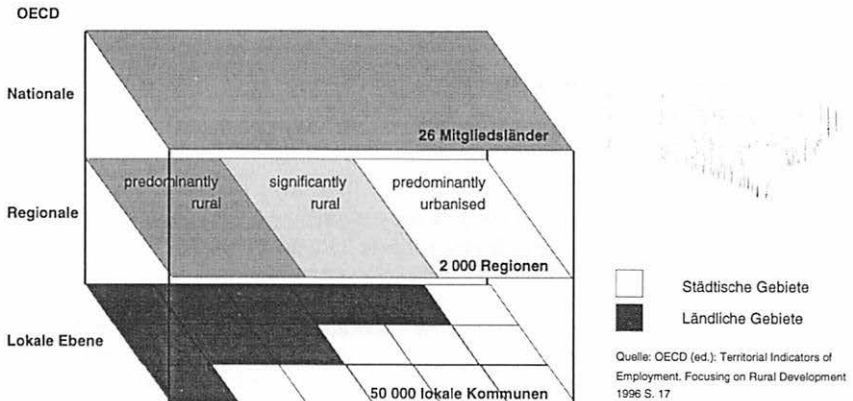


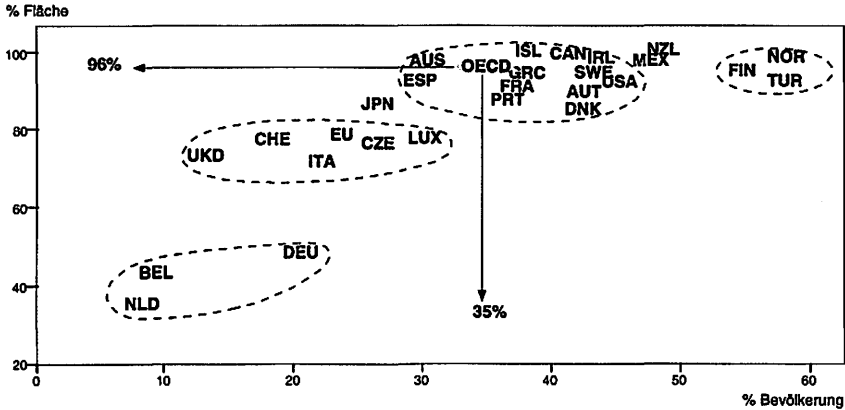
Abb. 1: Definition von Ländlichkeit in der OECD

Grundlage der OECD-Typisierung von Regionen nach ihrer "Ländlichkeit" ist ein zweistufiges Typisierungssystem, in dem zunächst die kleinsten Gebietseinheiten (communities) als städtisch (urban) oder ländlich (rural) klassifiziert werden (s. Abb. 1). Diese Klassifikation orientiert sich an einem einfachen Merkmal, der Bevölkerungsdichte: beträgt die Bevölkerungsdichte mehr als 150 Einwohner je qkm so ist die Raumeinheit als städtisch, andernfalls als ländlich anzusehen. Auf der Basis von Schwellenwerten für die Bevölkerungsanteile in städtischen und ländlichen Gebieten werden drei (siedlungsstrukturelle) Regionstypen definiert: Vorwiegend ländlich geprägt (predominantly rural) sind danach Regionen, in denen mehr als 50% der Bevölkerung in ländlichen, der Rest in städtischen Gebieten lebt. Als erheblich ländlich geprägt (significantly rural) werden Regionen bezeichnet, in denen 15 bis 50% der Bevölkerung in ländlichen Gebieten leben. Beträgt der Bevölkerungsanteil in ländlichen Gebieten weniger als 15%, bezeichnet man diese Regionen als Agglomerationsräume (predominantly urbanised).

In der Bundesrepublik wird die Ebene der "communities" durch die Kreise bzw. Kreisaggregate abgebildet; das bedeutet, kreisfreie Städte unter 100 000 Einwohnern sind mit ihren umliegenden Landkreisen zusammengelegt. Als Regionen werden die Regierungsbezirke (NUTS II) gewählt und in einigen Fällen, z.B. den Stadtstaaten Bremen, Berlin und Hamburg modifiziert, indem dem Stadtstaat ein Umland zugeordnet wird - in Anlehnung an die mehr funktionalräumliche Sichtweise in den Raumordnungsregionen der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung.

Abb. 2 vermittelt einen Eindruck von den Unterschieden zwischen und innerhalb der OECD-Staaten auf der Basis einfacher Relationen. Die Lage der Staaten im Koordinatensystem gibt gleichzeitig einen Überblick über eher zentralisierte oder dezentrale Siedlungsstrukturen der Länder. Im OECD-Vergleich gehören die Bundesrepublik Deutschland wie Belgien und die Niederlande zu den "städtisch" geprägten Staaten mit ausgeprägter dezentraler Struktur: Etwa 20% der Bevölkerung leben in ländlichen Gebieten, die um 50% der Fläche einnehmen. Beispiele für städtisch geprägte Staaten mit einer Tendenz zu zentralisierten Raumstrukturen sind Italien und das Vereinigte Königreich. Dort leben etwas mehr als 10% (Italien 20%) der Bevölkerung in ländlichen Gebieten mit gut 70% Flächenanteil.

In den stärker ländlich geprägten Staaten mit zentralisierten Raumstrukturen leben 40 bis 50% der Bevölkerung in ländlichen Gebieten, die etwa 90% der Fläche einnehmen. Extreme Strukturen finden sich in den skandinavischen Ländern Finnland und Norwegen sowie der



Quelle: OECD (ed.): Territorial Indicators of Employment. Focusing on Rural Development 1996 S. 20

Abb. 2: Bevölkerung und Fläche in ländlichen Gebieten der OECD-Staaten

Türkei. Dort sind etwa 40% der Bevölkerung in verstäderten Gebieten konzentriert, die aber nur etwa 5% der Fläche ausmachen.

Im folgenden geht es um die Vielfalt des raumstrukturellen Wandels in Industriestaaten. Hinter "Ländlichkeit" verbergen sich erhebliche Heterogenitäten zwischen und innerhalb der Länder; unterschiedlichste Raumstrukturen, Standortmerkmale und Entwicklungstendenzen. Die anschließende Diskussion der Faktoren und Rahmenbedingungen, die Einfluß auf die ländliche Entwicklungsdynamik haben, bieten zugleich Ansatzpunkte für strategische Überlegungen zur zukünftigen Entwicklung ländlicher Räume. Die Analysen zur Entwicklungsdynamik orientieren sich in erster Linie an demographischen und ökonomischen Indikatoren, andere Merkmale können nur qualitativ berücksichtigt werden. Ein Großteil der empirischen Analysen basiert auf der Mitarbeit in der OECD Steering Group Rural Indicators.

2. Die Vielfalt des raumstrukturellen Wandels

Die ländlichen Räume innerhalb der Industriestaaten unterscheiden sich sowohl im Hinblick auf ihre Erreichbarkeit und Verflechtung mit großen Stadtregionen als auch hinsichtlich ihrer siedlungsstrukturellen (z.B. dem Vorhandensein von Landstädten) und infrastrukturellen Ausstattung. Es gibt Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur, in den Potentialen für landwirtschaftliche und/oder touristische Nutzung sowie in ihrer ökologischen Bedeutung. Gerade die gegenseitige Abhängigkeit zwischen Stadt und Land hat Einfluß auf die Problemkonstellationen und Entwicklungsperspektiven von ländlichen Räumen: zum Beispiel sehen sich in der Bundesrepublik vor allem die ländlichen Gebiete in der Nähe der großen Stadtregionen und in peripheren Lagen stärkeren Transformationsprozessen ausgesetzt, allerdings unterschiedlicher Art und Intensität: Anhaltender Suburbanisierungs- und Umwidmungsdruck im Umland der Städte auf der einen Seite - zum anderen eine Verschärfung struktureller Schwächen in den peripheren ländlichen Gebieten der neuen Länder.

Die Entwicklungstendenzen in den ländlichen Räumen der neuen Länder kennzeichnen prinzipiell auch die Tendenzen in den ländlichen Räumen der mittel- und osteuropäischen Staaten. Zwei Muster zeichnen sich in der Entwicklung regionaler Disparitäten ab: einerseits eine Polarisierung zwischen Stadt und Land und zum anderen ein ausgeprägtes West-Ost-Gefälle. Die derzeitigen Umstrukturierungsprozesse in den mittel- und osteuropäischen Staaten legen die Defizite für eine weltweit vernetzte Marktwirtschaft in ländlichen Räumen offen: Schlechte An-

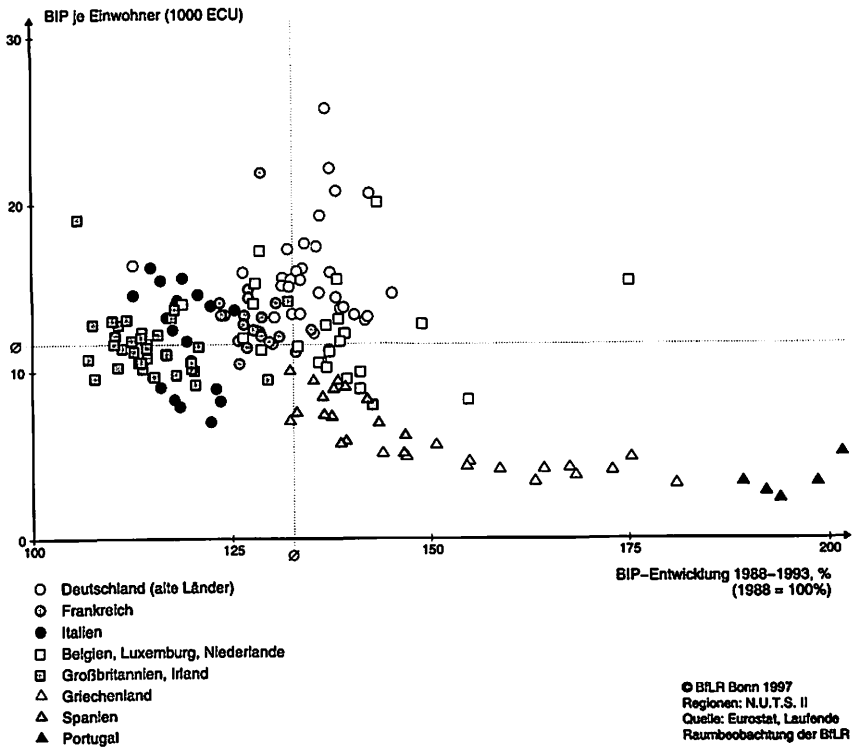


Abb. 3: Beziehungen zwischen Bruttoinlandsprodukt 1988 und Veränderung des BIP 1988-1993

bindung an die großen Zentren, verbunden mit anderen infrastrukturellen Defiziten (Telekommunikation, Versorgungs- und kulturelle Infrastruktur, Wohnungsinfrastruktur etc.) sowie die strukturellen Schwächen in der Wirtschaft (ehemals hoher Landwirtschaftsbesatz, ungünstige Qualifikationsprofile der Arbeitskräfte etc.) bedingen die sehr geringe Wettbewerbsfähigkeit der ländlichen Räume. Ausländische Investitionen beschränken sich dort im wesentlichen auf die größten Städte (Hauptstädte), allenfalls noch auf die mehr westlich gelegenen Gebiete. Jenseits der östlichen Außengrenzen der Europäischen Union wird also die "Nähe zum Westen" ein entscheidendes Entwicklungspotential bzw. Standortkriterium. Das völlige "Ausbluten" der ländlichen Räume wird dort häufig nur durch die begrenzte Aufnahmefähigkeit der Hauptstädte verhindert.

Zwischen den Staaten der Europäischen Union dagegen zeichnet sich ein Trend zur Kohäsion ab, der in gewisser Weise den Befürchtungen im Vorlauf der Bildung des Europäischen Binnenmarktes entgegenläuft. Den zahlreichen Studien zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen und deutschen Regionen waren meist zwei Aussagen gemeinsam: Profitieren vom "grenzenlosen" Binnenmarkt werden einerseits die "reichen" Mitgliedsstaaten und zum anderen die großen Städte und Stadtregionen. Mit anderen Worten: es wird eine wachsende Polarisierung zwischen städtischen und ländlichen Räumen geben und damit eine Vergrößerung des Stadt-Land-Gefälles (Abb. 3).

Betrachtet man Niveau und Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes - ein Indikator, der

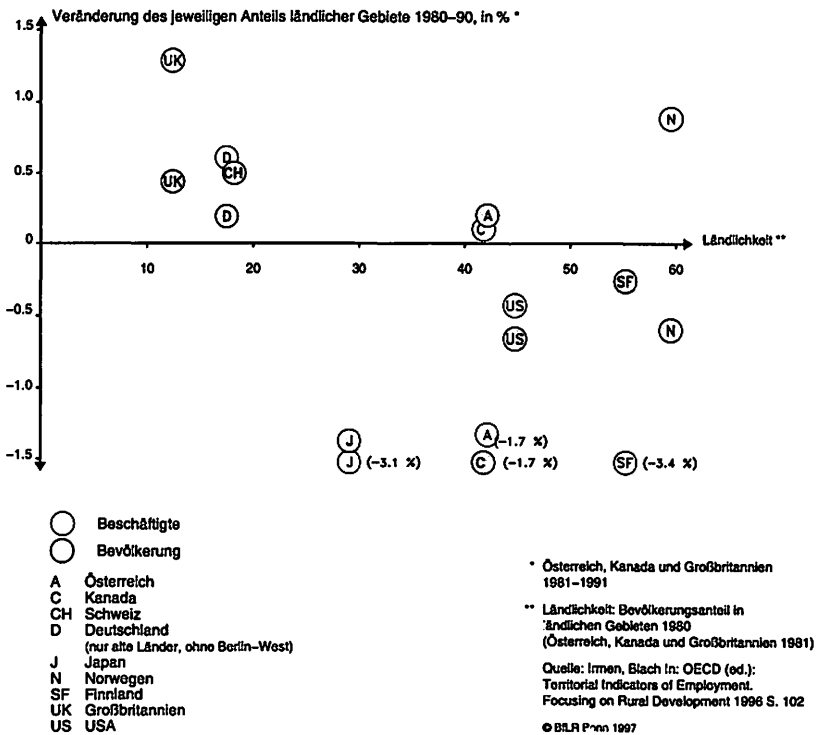


Abb. 4: Entwicklungsdynamik ländlicher Gebiete

nach wie vor im internationalen Vergleich zu den zentralen Meßgrößen für die wirtschaftliche Entwicklung zählt - dann werden zwei Tendenzen sichtbar. Die stärker ländlich geprägten Staaten Südeuropas zählen zwar nach wie vor im Niveau zu den Räumen mit der niedrigsten wirtschaftlichen Leistungskraft. Betrachtet man aber die Entwicklungsdynamik dieses Indikators, so zeigt sich ein Trend zur Konvergenz: die Regionen in den peripheren Ländern Europas legen in der prozentualen Entwicklung am stärksten zu - allerdings, wie gesagt, von einem niedrigeren Niveau aus. Dies wird zwar sicherlich auch beeinflusst von der Größe der zugrundeliegenden NUTS II-Regionen, die sowohl ländliche als auch städtische Gebiete umfassen können. Gleichwohl läßt der Verlauf der jeweiligen Punktekurve nicht auf eine Vergrößerung der regionalen Unterschiede schließen, obwohl in Griechenland und Portugal die Hauptstadtregionen (Lissabon, Athen) zu den dynamischsten Gebieten zählen.

In den westeuropäischen Staaten deuten sich in der Wirtschaftskraft größere Disparitäten innerhalb der Länder als zwischen ihnen an. Gleichwohl überrascht in einigen Ländern (vor allem in Großbritannien, Frankreich, Spanien) die mehr oder weniger homogene Lage der Regionen bezüglich Niveau und Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts. Der Effekt tritt auch bei einer Relativierung des BIP je Einwohner nach Kaufkraftstandards ein. Offensichtlich müssen also die nationalen Rahmenbedingungen in der Erklärung von Niveau und Dynamik von wirtschaftlicher Leistungskraft eine große Rolle spielen. Auch andere Studien, die versuchen, Einflußfaktoren oder Voraussetzungen für das Erzielen von regionaler Wertschöpfung zu analysieren

ren, stellen diese nationalen Effekte heraus. Daraus ließe sich folgern, daß die nationale Gestaltungsebene (z.B. Politik, rechtliche Rahmenbedingungen etc.) nach wie vor große Einflußmöglichkeiten auf die Entwicklung regionaler Disparitäten hat.

Der Blick auf die Entwicklung ländlicher Räume in ausgewählten OECD-Staaten verdeutlicht, daß bisher nicht generell von den ländlichen Räumen als den "Verlierern" des räumlichen Strukturwandels gesprochen werden kann. In den insgesamt stärker verdichteten Staaten wie z.B. der Bundesrepublik (bezogen auf die alten Länder), in Großbritannien und der Schweiz sind die ländlichen Gebiete im großen und ganzen in die allgemeine Entwicklung integriert. Es zeigen sich im Gegenteil in den 80er Jahren Dekonzentrationstendenzen: die ländlichen Räume profitieren von der allgemeinen Entwicklung, denn der Anteil an Bevölkerung und Beschäftigung steigt zwischen 1980 und 1990 in ländlichen Gebieten und sinkt in städtischen (Abb. 4).

In den Ländern, die insgesamt durch eine hohe Ländlichkeit charakterisiert sind, zeigen sich dagegen nach, wie vor Tendenzen zu einer Schwächung ihrer ländlichen Gebiete, denn der Anteil der Beschäftigung nimmt zwischen 1980 und 1990 in den ländlichen Gebieten ab und steigt in den städtischen (Österreich, USA, Finnland). "Ländlichkeit" im nationalen Kontext spielt also für das Ausmaß der strukturellen Problemsituation und -persistenz in ländlichen Räumen offensichtlich eine wichtige Rolle.

In Norwegen sind die ländlichen Gebiete in diesem Zeitraum nicht von einer derartigen Entwicklung betroffen, hier sinkt der Anteil der städtischen Regionen an der Beschäftigung. Offensichtlich wirken sich in Norwegen sowohl die besondere wirtschaftliche Situation (Ölwirtschaft) als auch die starken regionalpolitischen Eingriffe positiv auf die strukturelle Situation und die Entwicklung ländlicher Gebiete aus. In Österreich allerdings ist der Vorzeichenwechsel in der Entwicklung von Bevölkerung und Beschäftigung bemerkenswert: es steigt der Anteil ländlicher Bevölkerung, im gleichen Zeitraum sinkt aber der Anteil der Beschäftigung. Offensichtlich werden hier die ländlichen Gebiete als Wohnstandorte attraktiver, die fehlenden Arbeitsplätze dort werden durch erhöhte Pendlerströme "kompensiert".

3. Einflußfaktoren ländlicher Entwicklungsdynamik

3.1 Die Stadt auf dem Land

Da bisher die regionale Betrachtung im Vordergrund stand, soll es im folgenden um die Frage gehen, welche intraregionalen Entwicklungsunterschiede bestehen, welche Bedeutung die Städte in ländlichen Regionen für die gesamtregionale Entwicklung haben. Es spricht vieles dafür, daß die Stadt auf dem Land für die Inwertsetzung regionaler Entwicklungspotentiale eine bedeutende Rolle spielt. Nur sie kann im lokalen Maßstab Agglomerationsvorteile entwickeln oder Synergieeffekte (z.B. Erreichbarkeit, Infrastruktur) für Betriebe oder Arbeitnehmerhaushalte anbieten. Dementsprechend müßten also intraregional in städtischen Kontexten günstigere Entwicklungen als in rein ländlichen zu beobachten sein.

Ein Bedeutungsgewinn oder eine -abschwächung von städtischen oder ländlichen Gebieten ergibt sich über die jeweiligen Veränderungen der Anteile an Bevölkerung und Beschäftigung am nationalen Wert zwischen den zwei Zeitpunkten 1980 und 1990. Dadurch werden Verzerrungen gemildert, die durch Unvergleichbares zwischen den Staaten und Regionstypen entstehen, wie z.B. unterschiedliche Bevölkerungs- und Altersstrukturen.

Für ausgewählte OECD-Staaten zeigen die Abb. 5 und 6 jeweils die Veränderungen der Anteile von Bevölkerung und Beschäftigung in ländlichen und städtischen Teilgebieten - in Abhängigkeit von der "Ländlichkeit" des Staates und den drei Regionstypen "predominantly rural", "significantly rural" und "predominantly urbanised". Die "Ländlichkeit" eines Staates wird über den Anteil der Bevölkerung in ländlichen Gebieten (jeweils "rural communities" der drei Regionstypen) ermittelt.

Konzentriert man sich zunächst auf die Entwicklung in den stark ländlich geprägten OECD-Staaten (Österreich, USA, Kanada, Finnland, Norwegen) so zeigt sich, daß es vor

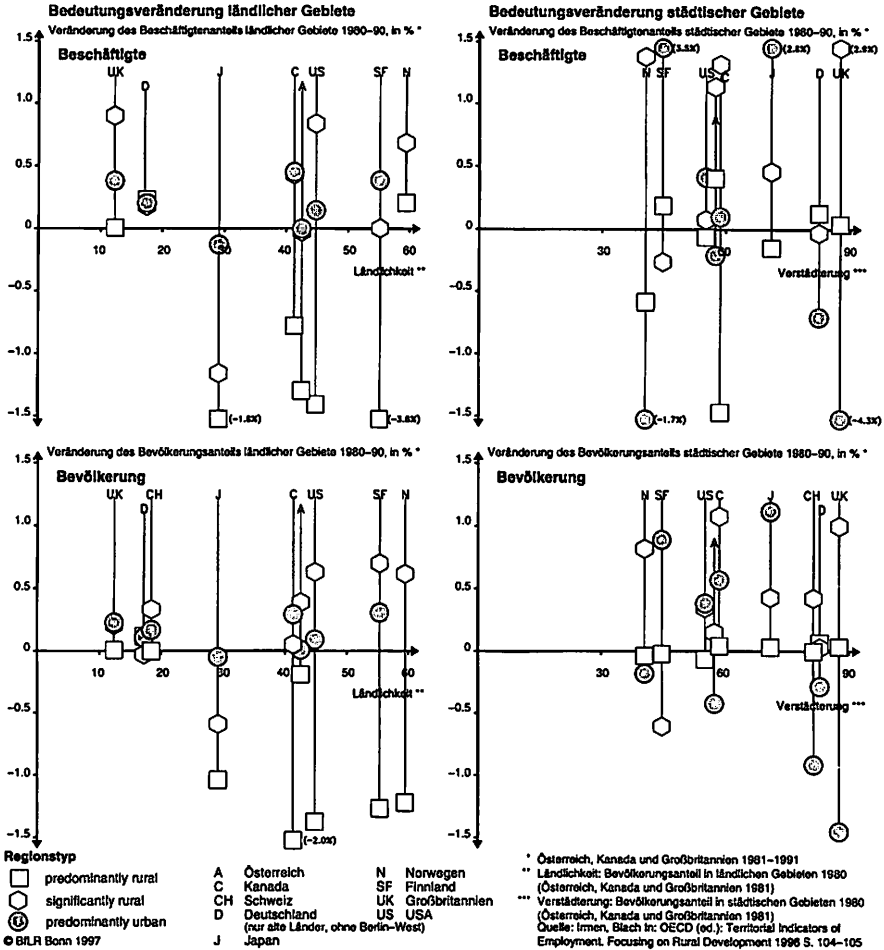


Abb. 5: Bedeutungsveränderung ländlicher und städtischer Gebiete

allein die ländlichen Teilgebiete der ländlichen Regionen sind, die erheblich an Bedeutung verlieren. Die Städte auf dem Land können in diesen Staaten ihre Anteile in etwa stabil halten. In Österreich gewinnen in ländlichen Regionen wenigstens die Städte leicht an Bedeutung. In Norwegen verlieren die ländlichen Gemeinden an Bevölkerung, aber nicht an Arbeitsplätzen, wiederum eine Auswirkung der spezifischen ökonomischen Abhängigkeit von der Ölwirtschaft in den 80er Jahren.

Erhebliche Anteilsgewinne an Bevölkerung und Beschäftigung gehen in diesen Staaten auf das Konto der großen oder mittleren Städte außerhalb der ländlichen Regionen. Dabei lassen sich unterschiedliche Tendenzen im raumstrukturellen Wandel feststellen: In Kanada, Norwegen und Österreich gewinnen die Mittelstädte außerhalb der Agglomerationsräume (in significantly rural regions) an Bedeutung, in Finnland und den USA die großen Städte in den

Agglomerationsräumen. Dieser Bedeutungsgewinn überträgt sich generell auch auf ihr ländliches Umland. Dies deutet auf starke Suburbanisierungsprozesse hin, stärker bei der Bevölkerung als bei der Beschäftigung. Die großen und mittleren Städte behalten oder vergrößern also ihre Arbeitsplatzzentralität.

Dies bestätigt den bereits o.g. Trend zu Konzentrationsprozessen in den großen Agglomerationen (Finnland, USA) oder in den Mittelstädten außerhalb der ländlichen Regionen. Ländliche Regionen profitieren von der allgemeinen Entwicklung nicht, allenfalls bleiben die Anteile ihrer Städte stabil. Eine Zunahme der Problemschärfe ergibt sich also im wesentlichen für die ländlichen Gebiete in ländlichen Regionen. Dies bedeutet, daß den Städten als Kristallisationspunkte der ländlichen Entwicklung eine besondere Aufmerksamkeit zukommen muß. Insofern muß die Stadt auf dem Land bei Strategien und Maßnahmen zur Entwicklung ländlicher Gebiete als funktionaler Bestandteil einer ländlichen Raumstruktur (einer Region) verstanden werden, von der erhebliche Entwicklungsimpulse ausgehen können. Dies ist bei vielen strategischen Ansätzen und Instrumenten derzeit nicht der Fall, beispielsweise bei den Förderbedingungen der Europäischen Union bezüglich der Gemeinschaftsinitiative LEADER.

In den stärker städtisch geprägten OECD-Staaten (Deutschland, Großbritannien, Schweiz) bestätigen sich bezüglich der Beschäftigungs- und Bevölkerungsentwicklung die Dekonzentrations Tendenzen: die großen Städte der Agglomerationsräume verlieren am stärksten an Bedeutung. Die Anteilsgewinne verteilen sich hier allerdings sehr unterschiedlich: am stärksten gewinnen in Großbritannien die Mittelstädte und ihr Umland, die ländlichen Regionen halten ihre Anteile in Stadt und Land stabil. In Deutschland gewinnen vor allem die ländlichen Umländer an Bedeutung, aber auch die Städte in ländlichen Regionen, eine Bestätigung der anhaltenden Suburbanisierungsprozesse - in jedem städtischen Umfeld.

Fassen wir die wesentlichen Befunde über die Rolle der Städte für die ländliche Entwicklung zusammen, so ergibt sich die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher raumstruktureller Prozesse in den Industriestaaten: räumliche Polarisierungstendenzen mit einer Vergrößerung des Stadt-Land-Gefälles in den OECD-Staaten mit viel Land, Konvergenztendenzen zwischen Stadt und Land in den stärker verstäderten Staaten. Vor allem die Städte außerhalb der Agglomerationsräume (in significantly rural und in predominantly rural regions) treten in den 80er Jahren als Kristallisationspunkte der Entwicklungsdynamik hervor. Einige Länder tendieren daher zu einer Dezentralisierung in ihren Raumstrukturen (Kanada, Österreich, Norwegen, Großbritannien), einem Attraktivitätsgewinn der Städte außerhalb der großen Agglomerationsräume. Unterstellt man über die Zeit stabile Rahmenbedingungen, so könnte dieser Trend auch zu Entwicklungsimpulsen für deren ländliche Umländer und damit insgesamt zu einer Entlastung der großen Agglomerationsräume führen.

In Deutschland treffen unterschiedliche Prozesse aufeinander: die Integration der neuen Länder gestaltet sich schwieriger als erwartet. Die Umstrukturierung des gesellschaftlichen und ökonomischen Systems führt zu Polarisierungstendenzen zwischen städtischen und ländlichen Regionen, die charakteristisch für alle mittel- und osteuropäischen Reform-Staaten sind und die dort noch erheblich gravierendere Ausmaße annehmen. Strukturschwäche in ländlichen Räumen droht hier zu einem persistenzen räumlichen Problem zu werden.

Zudem wird deutlich, daß supra-nationale und nationale Politik erhebliche Gestaltungsspielräume für die Erzeugung von räumlichen Polarisierungs- oder Konvergenzprozessen haben. Die bisherigen regionalpolitischen Fördermechanismen in der Europäischen Union und in der Bundesrepublik Deutschland mit einer ausgeprägten Orientierung auf die Entwicklung ländlicher Gebiete waren offensichtlich mit positiven Effekten verbunden, wenn auch die hier berücksichtigten Indikatoren nicht als Indikatoren für eine regionalpolitische Erfolgskontrolle dienen können.

3.2 Die Rahmenbedingungen ändern sich

Alle Industriestaaten sehen sich Tendenzen gegenüber, die sowohl von den privaten Haushalten als auch von neuen unternehmerischen Organisationsstrukturen sowie den veränderten politischen Rahmenbedingungen ausgehen. Die meisten dieser Trends wirken sich auf die gesamte Gesellschaft und nicht nur auf ländliche oder städtische Räume aus. Insofern sind ländliche Räume auch nicht so sehr von der Art der Veränderung betroffen, sondern von der spezifischen Wirkung auf die ländlichen Raumstrukturen. Ländliche Gebiete sind zwar zunehmend in überregional wirkende Kräfte (politisch, sozial, ökonomisch) eingebunden, die häufig von Städten ausgehen. Insofern verursachen sie Abhängigkeiten, die die Reaktionsmöglichkeiten der regionalen Akteure einengen. In erster Linie ist es aber die Vielfalt an unterschiedlichen Problemkonstellationen, die erklärt, warum und wie die Reaktionspotentiale ländlicher Gebiete voneinander abweichen.

Als wichtigste Trends lassen sich herausgreifen:

Demographische Trends und individuelle Verhaltensmuster:

- eine generelle "Alterung" der europäischen Bevölkerung;
- die Individualisierung der Gesellschaft mit der Folge der Verkleinerung der Haushalte;
- die zunehmende Mobilität (Arbeitspendeln, Migration, Freizeit und Tourismus);
- der zunehmende Wunsch nach Erwerbstätigkeit bei Frauen.

Sozialstrukturelle Veränderungen:

- Zunahme der Einkommensdisparitäten auf "kleinem Raum";
- hohe Arbeitslosigkeit als Folge der wirtschaftlichen Krise in den Industriestaaten.

Unternehmerische Organisationsstrukturen:

- Globalisierung der wirtschaftlichen Verflechtungen mit der Folge eines zunehmenden internationalen und überregionalen Wettbewerbs;
- Internationalisierung der Handels- und Produktionsbedingungen - Auslagerung von Produktions- oder Dienstleistungsbereichen aus größeren Betrieben in selbständige Betriebseinheiten;
- Einführung und Verbreitung neuer Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien.

Politische Strukturen:

- Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte;
- Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Leistungen (z.B. Telekommunikation, Postdienste, Energieversorgung);
- Umweltbewußtsein als starke ethische und politische Kraft;
- stärkere Berücksichtigung der Partizipation von lokaler und regionaler Bevölkerung an den Entwicklungszielen und -strategien;
- stärkere Bedeutung des (unregulierten) Marktes.

Zusätzlich zu den o.g. Einflußfaktoren wirken sich in ländlichen Räumen besonders die Veränderungen in der Landwirtschaft aus:

- eine weiterhin rückläufige Tendenz in den landwirtschaftlichen Erwerbsmöglichkeiten, vor allem in den Gebieten mit ungünstigen natürlichen und betriebsstrukturellen Voraussetzungen. Daraus ergeben sich Chancen für neue (ökologisch verträgliche) Landnutzungen und neue gesellschaftliche Anforderungen an die Verbindung von Landwirtschaft und dem Erhalt von Kultur- und Naturlandschaft;
- eine Tendenz zur Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion und dem Einsatz von Biotechnologie mit erheblichen Folgen für die Umweltsituation.

3.3 Gewinner- und Verliererregionen im Vergleich

Hinter der Frage, warum einige ländliche Räume erfolgreicher bei der Schaffung von Arbeitsplätzen sind als andere oder warum sie spezielle "Begabungen" inwertsetzen und andere nicht, läßt sich nur ein komplexes Bündel an Einflußfaktoren vermuten. Häufig wird, und darauf haben auch die Studien zur Wettbewerbsfähigkeit im Vorlauf des Europäischen Binnenmarktes abgehoben, die regionale Wirtschafts- bzw. Branchenstruktur für die Erklärung von Dynamik herangezogen. Dieser Ansatz ist sicherlich auch sinnvoll, aber er reicht nicht aus.

Tab. 1: Ausgewählte Indikatoren für ländliche Regionen

OECD-Staat	Ausgewählte Indikatoren nach Regionstypen														
	Bevölkerungsentwicklung			Beschäftigtenentwicklung			Beschäftigtenanteil im sekundären Sektor			Beschäftigtenanteil im tertiären Sektor			Beschäftigtenentwicklung im tertiären Sektor		
	1980-1990 (1980 = 100)			1980-1990 (1980 = 100)			1990 %			1990 %			1980-1990 (1980 = 100)		
	pred. rural	sign. rural	pred. urban	pred. rural	sign. rural	pred. urban	pred. rural	sign. rural	pred. urban	pred. rural	sign. rural	pred. urban	pred. rural	sign. rural	pred. urban
Finnland	101.3	104.7	111.0	98.3	103.9	120.8	30.4	32.3	21.7	53.8	62.4	77.6	118.2	120.9	128.1
Norwegen	101.4	107.9	102.1	102.2	107.8	100.1	32.8	29.3	17.5	58.1	66.4	82.1	-	-	-
Österreich	102.9	104.6	101.2	101.7	107.4	103.6	37.3	38.9	29.4	49.4	59.0	69.9	-	-	-
Schweden	101.4	103.9	107.4	110.8	112.2	114.5	31.5	28.6	18.8	63.1	68.5	80.5	-	-	-
Kanada	105.8	118.0	114.3	114.0	126.0	113.9	22.7	24.7	20.8	66.3	72.0	78.0	125.4	138.5	122.0
USA	105.5	113.0	111.5	113.5	121.6	120.6	28.3	22.6	22.8	67.8	75.0	75.6	119.5	127.1	124.1
Griechenland	105.5	108.0	106.4	97.7	109.2	118.3	24.3	26.6	31.7	39.2	43.2	67.0	-	-	-
Irland	100.9	101.3	104.7	100.1	101.0	102.7	28.6	28.9	25.9	49.8	53.4	70.2	-	-	-
Spanien	98.3	105.1	102.1	106.9	96.9	118.4	25.5	30.7	36.0	49.5	55.5	61.4	-	-	-
Deutschland *	102.2	100.6	102.1	114.4	107.4	105.9	52.3	50.1	46.0	46.2	48.4	53.2	124.9	118.6	117.3
Frankreich	102.4	105.9	103.8	100.6	105.8	104.0	31.9	31.6	26.5	57.3	62.8	72.4	-	-	-
Großbritannien	105.3	107.2	100.9	108.6	110.8	99.0	27.6	28.6	30.0	61.6	68.5	68.6	-	-	-
Schweiz	107.9	111.3	106.7	115.4	121.1	115.4	33.3	34.9	28.2	57.2	58.7	69.7	140.0	148.3	129.6

* nur alte Länder, ohne Berlin-West

Quelle: OECD (ed.): Territorial Indicators of Employment. Focusing on Rural Development 1996, OECD - Territorial Data Base

Der wirtschaftsstrukturelle Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft setzt sich auch in den ländlichen Räumen der Industriestaaten fort. Nur noch in wenigen ländlichen Regionen trägt die Landwirtschaft zu einem bedeutenden Anteil zur regionalen Wertschöpfung bei. Die Wirtschaft in ländlichen Räumen hat eine industrielle, zunehmend auch dienstleistungsorientierte Basis, und das Beschäftigtenwachstum wird hauptsächlich vom Dienstleistungssektor getragen (s. Tab. 1). In vielen Industriestaaten sind die ländlichen Regionen stärker vom Industriesektor abhängig als im nationalen Durchschnitt (z.B. in den skandinavischen und nord-amerikanischen Ländern, in Deutschland, Frankreich und der Schweiz). In einigen davon, z.B. den Vereinigten Staaten und in Deutschland, verzeichnen die ländlichen Regionen in den 80er Jahren auch im sekundären Sektor noch Zuwachsraten an Beschäftigung. In den Städten der ländlichen Regionen läßt sich gleichfalls generell ein Defizit an "modernen" Strukturen nachweisen, denn die Abweichungen im Tertiärisierungsgrad sind auch in den Städten negativ (außer in Großbritannien) (Abb. 6).

Je ländlicher ein Gebiet, um so stärker weicht also tendenziell auch die Sektoralstruktur von der nationalen ab. Aber trotz dieser nach wie vor spezifischen Beschäftigtenstruktur in ländlichen Gebieten läßt sich OECD-weit Beschäftigtengewinn einer Region nicht in erster

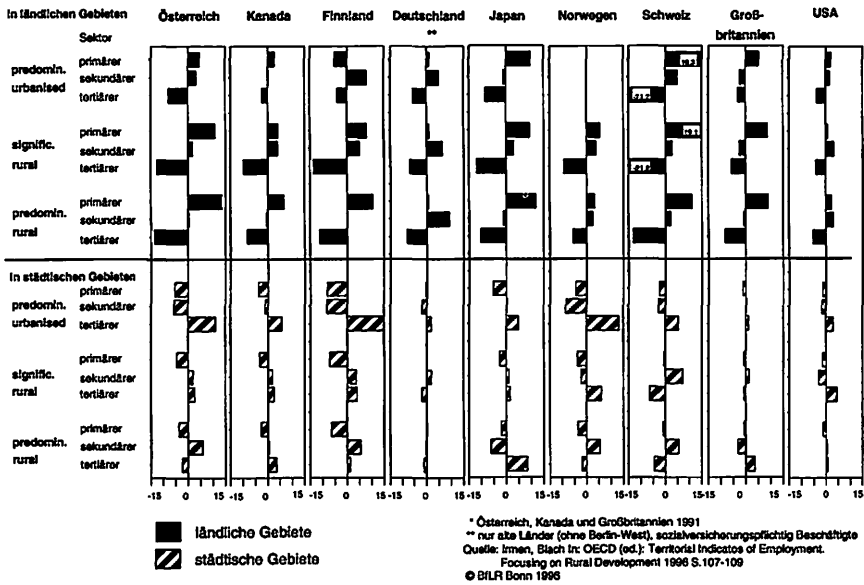


Abb. 6: Abweichungen der regionalen von der nationalen Beschäftigtenstruktur (1990*)

Linie durch die Wirtschaftsstruktur erklären. Ländliche Regionen mit Beschäftigtenwachstum („Gewinner“) zeichnen sich gegenüber solchen mit Beschäftigtenverlust („Verlierer“) nicht durch einen günstigeren Branchenmix aus. Wie in den ländlichen Verliererregionen auch, liegt der Anteil der Industrie- und Landwirtschafts Arbeitsplätze über dem jeweiligen nationalen Durchschnitt. Diese Folgerungen ergeben sich aus einer shift-share-Analyse, in der für ländliche Gewinner- und Verliererregionen der Einfluß des Branchenmix (zehn Branchen der ISIC-Klassifikation der OECD) untersucht wurde (OECD 1996). Bei der Erklärung von Beschäftigtenwachstum und -verlust dominieren vielmehr die Effekte, die offensichtlich durch die regional spezifischen "Standortkomplexe" bestimmt werden.

Zur Erklärung des Erfolgs bei der Schaffung von Arbeitsplätzen müssen also weitere Einflußfaktoren herangezogen werden. Ungünstige bestehende Wirtschaftsstrukturen halten "Gewinner" offenbar nicht davon ab, ihre Entwicklungspotentiale in Beschäftigtenwachstum umzusetzen. In den verstäderten Industriestaaten weisen die ländlichen Regionen in der Regel gute infrastrukturelle Standortvoraussetzungen und eine gute Anbindung an die überregionalen Verkehrs- und Kommunikationsnetze auf. Das macht sie für Betriebe und Arbeitnehmer mehr und mehr zu einem attraktiven Wohn- oder Arbeitsstandort. In der Bundesrepublik wurden z.B. durch die Dezentralisierung von Universitäten und Fachhochschulen wichtige Grundlagen gelegt für die Bildung eines regionalen qualifizierten Humankapitals. Ihre häufig parallele Funktion als Wissenstransfer- und Technologieberatungsstellen ermöglicht auch den Transfer von Wissen zwischen Forschung und Regionalwirtschaft. Mangelnde Qualifikationsprofile sind in ländlichen Räumen - zumindest der alten Länder - kein Engpaßfaktor mehr.

Wesentliche andere Einflüsse sind in den veränderten Raumnutzungsmustern zu erkennen. Wohnen und Arbeiten in ländlicher Umgebung hat einen neuen Stellenwert erhalten: weiche Standortfaktoren wie z.B. die Nähe zu Natur- und Kulturlandschaften, bessere Umweltbedingungen, die Ausprägung von regionalen Identitäten bei der Zunahme von erlebnis- und freizeit-

orientierter Zeit gewinnen an Bedeutung. Geringere Miet- oder Grundstückskosten entlasten das Haushaltsbudget oder ermöglichen den Traum vom eigenen Heim. Städte auf dem Land gewinnen zudem an kultureller und sozialer Attraktivität.

Bezüglich der betrieblichen Einflußfaktoren werden vielfach die geringeren Lohnkosten, die Verfügbarkeit von Flächen sowie der höhere Anteil von kleinen und mittleren Unternehmen genannt, die flexibler auf Innovationen reagieren können. Die betriebliche Organisation neigt zu flexibleren und selbständigen Einheiten, die zu einer relativen Standortunabhängigkeit einzelner Betriebsteile führen. Flächenextensive Betriebe können ihre Raumannsprüche in den Städten nicht mehr decken. Trotz des in der Vergangenheit skeptisch gesehenen Einflusses der Informations- und Kommunikationstechniken bergen sie ein hohes Dezentralisierungspotential, denn eines der Haupthindernisse in der Anwendung der Techniken, die Akzeptanz, verliert an Bedeutung.

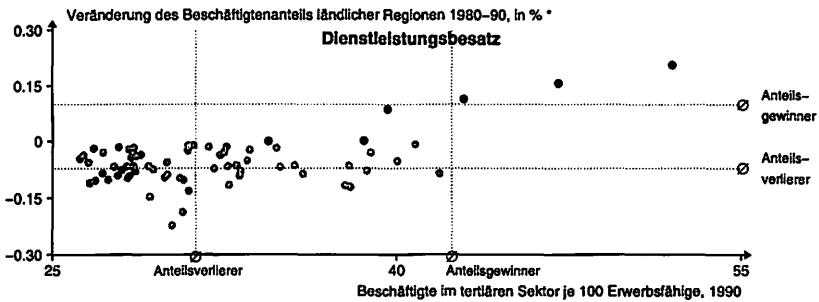
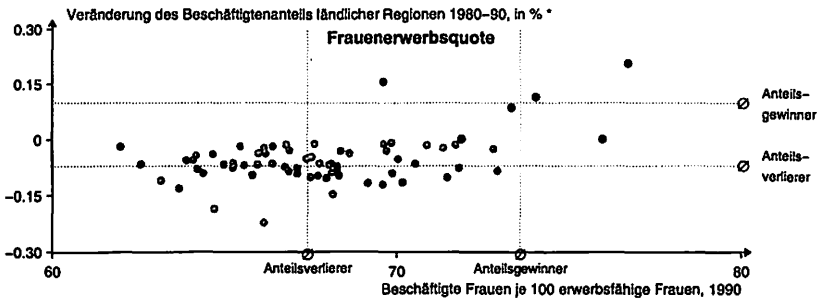
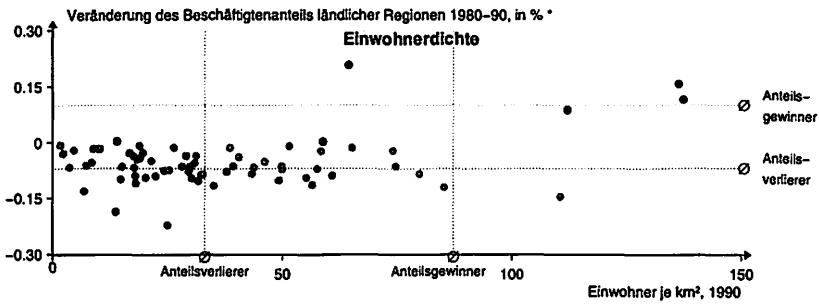
In stark ländlich geprägten Staaten gelten vermutlich ähnliche Einflußfaktorenbündel für eine dynamische ländliche Entwicklung. Am Beispiel der Länder Finnland und Kanada wurden ländliche Regionen nach Gewinnern und Verlierern klassifiziert, je nachdem, ob sie Anteile an Beschäftigung gewinnen oder verlieren. Beide Länder haben hohe Anteile ländlicher dünn besiedelter Regionen. In Finnland leben knapp die Hälfte der Bevölkerung in ländlichen Regionen, die über 80% der Fläche einnehmen, in Kanada etwa ein Drittel der Bevölkerung auf 95% der Fläche. Zu einem erheblichen Teil liegen die Regionen an den Grenzen der Ökumene, die kaum oder gar keine städtische Umgebung enthalten.

Ausgewählt wurden Indikatoren, die zu denen gehören, die sich zwischen Anteilsgewinnern und Anteilsverlierern in allen ländlichen Regionen der OECD signifikant voneinander unterscheiden. In beiden Ländern wird zum Beispiel der Einfluß einer höheren Bevölkerungsdichte auf die Entwicklungsdynamik deutlich (s. Abb. 7 und 8). Das Vorhandensein von Städten auf dem Land spielt bei der Erklärung von Dynamik eine wichtige Rolle. In den tendenziell höheren Indikatorwerten für den Dienstleistungsbesatz spiegeln sich die günstigeren Entwicklungsbedingungen der "Gewinnerregionen". Zunahme an regionaler Beschäftigung wird gerade in den europäischen Ländern vor allem von der Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit getragen. Dies zeigt die finnische Entwicklung sehr deutlich, zumal in Finnland die Frauen - historisch und kulturell bedingt - schon immer stark in den Erwerbsprozeß integriert waren. In Kanada dagegen ist dieser Effekt nicht zu beobachten.

4. Ein Blick in die Zukunft - Chancen und Risiken

Es ist keineswegs sicher, ob sich der Konvergenzprozeß in den verstäderteten Industriestaaten fortsetzen wird. Denn neue Herausforderungen zeichnen sich ab: die absehbaren Tendenzen in den wirtschaftlichen Verflechtungen (Stichwort Globalisierung) ergänzen die Diskussionen über die Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Integrationsprozeß um einige Dimensionen. Europa ist kein abgeschlossener Raum, sondern die unternehmerischen Verflechtungen organisieren sich weltweit und werden immer unabhängiger von physischer Nähe. Betriebliche Kalküle orientieren sich weniger an räumlicher Nähe, sondern zunehmend an Kosten- und Preisstrukturen und nicht zuletzt immer mehr an kapitalorientierten Interessen.

Die betrieblichen Aspekte der Globalisierung beziehen sich vor allem auf die Produkte von Industrie und Dienstleistungen sowie die Prozesse, in denen sie erzeugt werden. Auf der Produktseite geraten vor allem Massen- bzw. Standardprodukte unter Druck, die ein geringeres technisches Know-how und geringe Qualifikationsanforderungen an die Arbeitskräfte und den Produktionsprozeß haben. Leistungen mit hohem Modernitätsgrad, hoher Produktivität und qualifizierten Entstehungsprozessen dagegen werden häufig auch national oder regional nachgefragt. Diese Trends werden begleitet von der Tendenz, bestimmte Leistungen aus größeren Betrieben in kleinere Betriebe auszulagern bzw. gänzlich betriebsextern nachzufragen. Begründet werden diese Auslagerungen mit Qualitätsverbesserungen und Kosteneffizienz. In Deutsch-



- Gewinner an Beschäftigtenanteilen 1980-90
- Verlierer an Beschäftigtenanteilen 1980-90
- BfLR Bonn 1997
- * nur Regionen des Typs predominantly rural
- Quelle: OECD - Territorial Data Base

Abb. 7: Beschäftigtenentwicklung in ländlichen Regionen - Finnland

land läuft dieser Prozeß erst seit relativ kurzer Zeit ab, insofern ist die Wahrscheinlichkeit, daß unternehmerische Leistungen (ob produktions- oder dienstleistungsorientiert) aus größeren Unternehmen ausgegliedert werden, hier vermutlich noch sehr hoch.

Den Bereich der Dienstleistungen muß man von der Nachfrageseite her betrachten: Haushaltsorientierte Dienstleistungen sind weniger von Globalisierung betroffen, da sie auf einen regionalen oder lokalen Markt zielen. Gleiches gilt für produktionsorientierte Dienstleistungen, die eine enge Verbindung zum Kunden erfordern, wie z.B. Banken und Versicherungen, Beratungsleistungen etc. Dagegen werden heute Dienstleistungen ohne diese Bindung und mit gering-

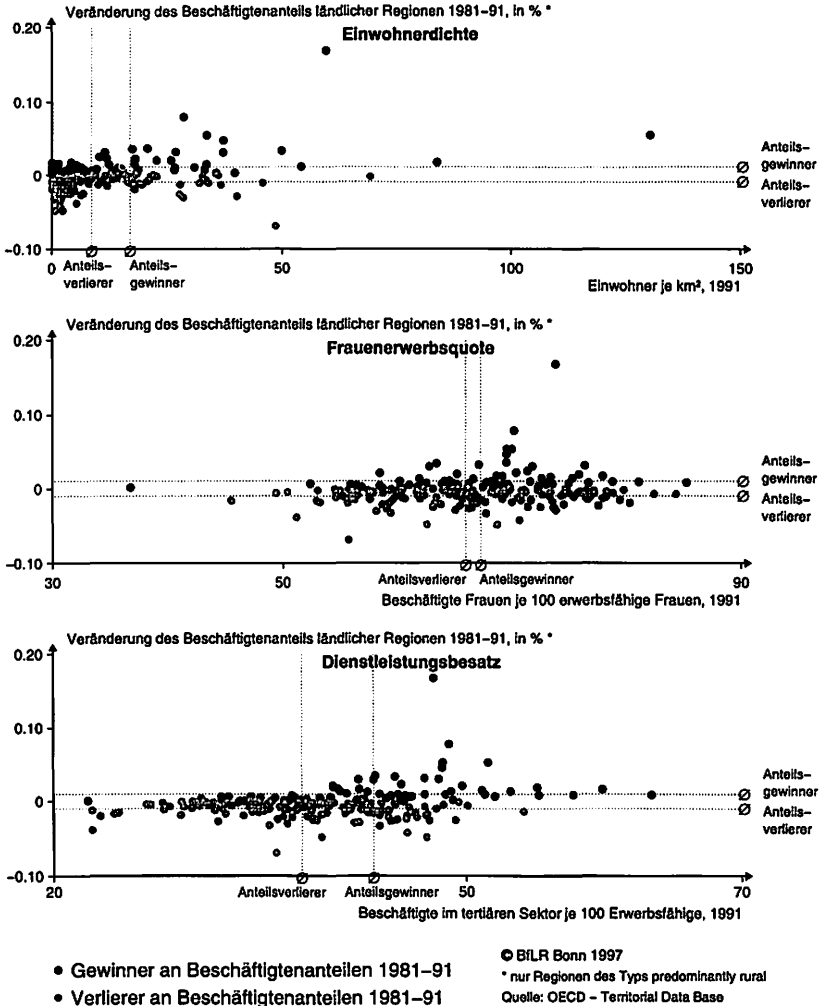


Abb. 8: Beschäftigtenentwicklung in ländlichen Regionen - Kanada

geren Qualifikationsanforderungen im allgemeinen extern nachgefragt oder aus den bestehenden Betrieben ausgelagert. Folgt man amerikanischen Untersuchungen, dann sind es von der Betriebsstruktur her vor allem die großbetrieblichen Strukturen, die im Globalisierungswettbewerb unter Rationalisierungsdruck geraten.

Für ländliche Räume bedeuten diese Tendenzen sowohl Chancen als auch spezifische Betroffenheiten oder Benachteiligungen im Standortwettbewerb. In den dichter besiedelten Ländern mit dezentralen Siedlungsstrukturen haben die ländlichen Räume in der Vergangenheit stärker von den großen Stadtregionen profitieren können als z.B. in Ländern wie Frankreich

oder den USA. Die klein- und mittelbetrieblichen Strukturen sowie die insgesamt günstigen Standortbedingungen und das Vorhandensein von leistungsfähigen Landstädten sprechen für einen geringeren Globalisierungsdruck auf ihre ländlichen Räume im Vergleich zu den Staaten, in denen diese Rahmenbedingungen nicht gelten.

Vermutlich werden die räumlichen Polarisierungen zwischen Stadt und Land zumindest in den Staaten anhalten, die ohnehin einen hohen Anteil ländlicher Regionen haben. In den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten werden die Disparitäten zwischen Stadt und Land sich noch verstärken und zusätzlich von einem West-Ost-Gefälle überlagert. Bei der anstehenden Diskussion um die Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die Europäische Union geraten völlig neue Dimensionen ländlicher Probleme ins Blickfeld, die auch Einfluß auf die Ausgestaltung der Zielsetzungen europäischer Raumentwicklungspolitik und der Strategien und Maßnahmen (z.B. im Rahmen der europäischen Strukturfonds) haben müssen.

Will man nicht, wie z.B. in den USA, Probleme in ländlichen Räumen über die gewollte Abwanderung der Bevölkerung lösen, sondern den Menschen, die in ländlichen Regionen leben wollen, auch ein Verbleiben in der Region ermöglichen, dann ist dies nur über gezielte Förderung der ländlichen Entwicklung möglich, im nationalen oder europäischen Rahmen. Die skandinavischen Länder haben dies in der Vergangenheit mit ihrer vorbildlichen Regionalpolitik vorgeführt, allerdings geraten auch dort die öffentlichen Haushalte unter Druck, und es werden Lösungen gesucht, die trotz knapper Kassen den Menschen in peripheren Regionen eine gleichwertige Versorgung ermöglichen.

Dies muß und darf nicht bedeuten, daß in peripheren ländlichen Problemgebieten mit gravierenden strukturellen Schwächen flächendeckend wirtschaftliche Entwicklung forciert wird. Dies spricht - nicht nur unter ökologischen Zielsetzungen - für eine konzentrierte Entwicklung in ländlichen Räumen, in Städten auf dem Land, die gewisse Agglomerationseffekte bieten, die Versorgungsfunktionen übernehmen können und noch am ehesten in der Lage sind, wirtschaftliche Aktivitäten anziehen zu können.

Allerdings gewinnt auch der Schutz der Kultur- und Naturlandschaft und der natürlichen Ressourcen als gesellschaftliche Verpflichtung in ländlichen Regionen eine neue Bedeutung. Denn nicht zuletzt zeichnen sich ländliche Räume durch Ausmaß und Vielfalt ihrer natürlichen Potentiale aus. Nimmt man diese gesellschaftlichen Aufgaben ernst, dann müßten sie auch arbeitsmarktwirksam werden, d.h. neue Arbeitsplätze in neuen Arbeitsfeldern erzeugen. Bezüglich der Flächennutzung bieten sich aus dem Rückzug der Landwirtschaft aus der Fläche auch Chancen für andere Nutzungen, Nutzungen an stärker ökologisch ausgerichteten Zielen.

Die ländlichen Räume sind aus dem Blickfeld der Politik geraten. Die unbestreitbar großen sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Städte und Stadtregionen stellen diese vor ein bisher ungekanntes Ausmaß von Problemen, die eine hohe politische Aufmerksamkeit erreicht haben. Gleichwohl sind die ländlichen Räume keine von den neuen Herausforderungen ungefährdeten "Selbstläufer" - im Gegenteil: die Vielfalt der ländlichen Räume erfordert unterschiedliche Strategieansätze. Günstige Strukturen erfordern Stabilisierungsstrategien, ungünstige Strukturen Entwicklungsstrategien, jeweils orientiert an Zielen, die auch einer Überprüfung auf ihren Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung standhalten können.

Summary

Rural areas in industrialized countries

Germany and the European Union in an international comparison

Rural areas in industrial countries face different problems and challenges. On the basis of the OECD work within the Rural Development Programme, the situation and development of rural areas in OECD member states are analysed and allow some conclusions for spatial planning strategies. In industrial countries with a low degree of rurality rural population and employment growth indicate that rural areas profit from the negative consequences of urban

growth in the big agglomerations. Their location factors become more and more attractive for private households and entrepreneurs. Industrial countries with a high degree of rurality - as well as Central and Eastern European countries - show a trend to spatial polarisation between urban and rural areas. Rural weakness or rural success in creating employment opportunities can not mainly be explained by the sectoral economic structure. In spite of a more specialized economy it is a bundle of factors that explain the creation of employment in rural areas. An important role in rural development is played by cities in rural areas. Only they can develop small-scale agglomeration effects and attract new economic activities. Therefore a key question for the future of rural areas is to find strategies to strengthen the functions of rural cities.

Literatur

- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.): Räumliche Wirkungen des EG-Binnenmarktes. Themenheft der Informationen zur Raumentwicklung 8/9, 1989
- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.): Trendszenarien der Raumentwicklung in Deutschland und Europa. Beiträge zu einem Europäischen Raumentwicklungskonzept. Bonn 1995
- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.): Regionalbarometer Neue Länder. Zweiter zusammenfassender Bericht. Materialien zur Raumentwicklung 69, 1995
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.): Raumordnerische Aspekte des EG-Binnenmarktes. Schriftenreihe Forschung Bd. 488, Bonn 1992
- EIBEL, D.: Disparität oder Konvergenz im "Europa der Regionen". In: BULLMANN, U. (Hrsg.): Die Politik der dritten Ebene. Baden-Baden 1994
- HUBER, B.: Die Zukunft ländlicher Räume - Ländliche Entwicklung aus der Sicht der Europäischen Kommission. In: Berichte zur Ländlichen Entwicklung 70, 1994, S.75-84
- IRMEN, E. und A. BLACH: Räumlicher Strukturwandel: Konzentration, Dekonzentration und Dispersion. Informationen zur Raumentwicklung, Themenheft "Dezentrale Konzentration" 7/8, 1994, S. 445-464
- IRMEN, E. et. al.: Strukturschwäche in ländlichen Räumen. BfLR-Arbeitspapiere 15, 1995
- IRMEN, E. und A. BLACH: Intra-regional Population and Employment Dynamics. In: OECD (ed.): Territorial Indicators of Employment. Focusing on Rural Development. Paris 1996, S. 99-112
- STERNBERG, R.: Die Konzepte der flexiblen Produktion und der Industriedistrikte als Erklärungsansätze der Regionalentwicklung. In: Erdkunde 49,3 1995, S.161-175
- OECD (ed.): What Future for Our Countryside?. A Rural Development Policy. Paris 1993
- OECD (ed.): Creating rural indicators for shaping territorial policy. Paris 1994
- OECD (ed.): Territorial Indicators of Employment. Focusing on Rural Development. Paris 1996

Dr. Eleonore Irmen
Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung
Am Michaelshof 8
D-53113 Bonn

Antonia Blach
Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung
Am Michaelshof 8
D-53113 Bonn

Jürgen Oßenbrügge

Die Bedeutung des Territorialstaates im Prozeß der Globalisierung Geoökonomie oder interregionale Verflechtungen

I Einleitung

Die territoriale Frage ...

Um die Gegenwart zu charakterisieren, wird sehr gern und häufig der Begriff des Umbruchs benützt. Das Jahr 1989 gilt dabei als Ende einer Ära, die im wesentlichen durch die Folgen des Zweiten Weltkriegs geprägt war. Der Umbruch wird dementsprechend häufig mit Begriffen wie Transformation oder Suche nach „neuen“ Weltordnungen umschrieben. Zweifellos hat der Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ einen erheblichen Einfluß auf nahezu alle weltgesellschaftlichen Erscheinungen und ist in seinen Auswirkungen noch kaum absehbar. Jedoch könnte es auch sein, daß ein in späteren Jahren rückblickender Forscher das gesamte letzte Viertel des 20. Jahrhunderts als Periode grundlegender Veränderungen ansehen wird, für die das Jahr 1989 lediglich einen Höhepunkt darstellt.

Sicherlich ist auch die mit diesem Datum eng verbundene Vereinigung Deutschlands zu einem souveränen Staat ein kaum überschätzbares Ereignis. Der neue Staat gilt für viele allein wegen der territorialen Vergrößerung als bedeutender im positiven und - angesichts historischer Erfahrungen - auch im negativen Sinn (OßENBRÜGGE 1991). Betrachtet man aber die Debatten über die Globalisierung wirtschaftlicher und politischer Beziehungen, so scheint die Auffassung an Gewicht zu gewinnen, daß sich gegenwärtig das Verhältnis zwischen souveränem Staat, Nationalität und Territorialität grundlegend wandelt und daß sich die territoriale Dimension eines Staates im Sinne einer homogenen, durch eine entsprechende Identität integrierte Region auflöst. Die uns bisher vertraute Form des Nationalstaates zeigt sich verstärkt in ihrer Historizität und Regionalität und wird damit zu einem historisch veränderbaren und räumlich keineswegs verallgemeinerbaren Konzept.

Der folgende Beitrag stellt die Frage, welche Bedeutung das Konzept des Territorialstaates angesichts der Veränderungen und zunehmenden Verflechtungen im globalen Kontext hat und in Hinblick auf die Zukunft der räumlichen Organisation des Staates haben wird. Ein geographischer Zugang zu diesem Thema besteht in zweifacher Hinsicht. Notwendig ist zum einen die Auseinandersetzung vor allem mit solchen Positionen, für die die Kontinuität des bestehenden Staatensystems das ausschlaggebende Moment für die Beurteilung der Umbruchsituation ist und die daher „geographische Konstanten“ in ihren Erläuterungen hervorheben. Der souveräne Staat bleibt nach dieser Auffassung ein Akteur, der innerhalb seiner geographischen Grenzen über die politische und ökonomische Hegemonie verfügt und der im System internationaler Beziehungen handlungsfähig ist und es auch in Zukunft sein wird. Globale Umbruchsituationen werden in diesen Beiträgen vor allem über sogenannte realistische Theorieansätze der internationalen Beziehungen angesprochen. Sie erregen in populärwissenschaftlichen Publikationen besondere Aufmerksamkeit, indem sie auf die Bezeichnungen Geopolitik und Geoökonomie zurückgreifen.

Zum anderen wird die Frage nach den Auswirkungen der Globalisierungsprozesse als ein charakteristisches Moment der Umbruchsituation auf die territorialstaatliche Organisation gestellt, besonders unter der Perspektive des sogenannten „global-local-nexus“, also der Interaktion zwischen der weltweiten und der regionalen/lokalen Maßstabsebene (TAYLOR u.a. 1995). Diese Perspektive beschäftigt sich daher mit den Thesen der Auflösung des Nationalstaates „von oben“ und „von unten“ durch transnationale und interregionale politisch-geographische Verflechtungen und kommt zu der Auffassung, daß sich die Territorialität der Staatlichkeit

grundsätzlich verändert und das Staatsterritorium nicht mehr als homogene Region anzusehen ist.

... in historisch-geographischer und struktureller Perspektive

Auf das Stichwort Globalisierung beziehen sich derzeit viele Fragestellungen, die das Verhältnis von Politik und Raum betreffen. Dadurch entsteht nicht nur die Gefahr des undifferenzierten Gebrauchs und der rhetorischen Überfrachtung des Begriffes, sondern es wird auch das Verständnis für die Prozesse verkürzt, die gemeinhin unter dem „catch-all-term“ Globalisierung zusammengefaßt werden. Für den hier im Vordergrund stehenden Kontext sind zwei Aspekte der Diskussion um Globalisierung wichtig, die man als

- i) historisch-geographische und
 - ii) strukturelle Perspektive ansprechen kann.
- i) Weltwirtschaftliche Verflechtungen lassen sich ohne großen empirischen Aufwand weit in die Geschichte zurückverfolgen. Fernhandel und Güteraustausch sind seit der Frühzeit der Menschheit überliefert. Auch finanzwirtschaftliche und spekulative Kapitaltransfers sind, zumindest im europäischen Kontext, spätestens seit der frühen Neuzeit in einem geographisch weit gefaßten Netzwerk verknüpft. Globale Verflechtungen in Form von Distanzwanderungen oder die Diffusion von Ideen und Ideologien sind ebenfalls immer wirksam gewesen. Aus diesem Grunde sind die gegenwärtigen Erscheinungen, die häufig mit dem Begriff Globalisierung zusammengefaßt werden, in historischer Perspektive zu betrachten und es ist die Frage zu stellen, warum heute Konstellationen wirksam werden, die im Unterschied zu früher eine weitgehende Veränderung sozialer Beziehungen und einen Umbau des Staates wahrscheinlich werden lassen.
- ii) Neben der historisch-geographischen Analyse tritt die Aufgabe, das strukturelle Verhältnis zwischen dem Territorialstaat und dem wichtigsten Bewegungsmoment der Transnationalisierung, gemeint sind die neuen weltwirtschaftlichen Verflechtungen, zu untersuchen. Das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft betrifft sowohl die Bedingungen der Akkumulation und der Regulation ¹⁾ und es stellt sich die Frage, welchen Stellenwert das in der Moderne vorherrschende territoriale Prinzip des Staates für die wirtschaftlichen Abläufe aufweist und warum seine Bedeutung sich jetzt zu ändern scheint.

In diesem Beitrag können weder die historisch-geographischen, noch die strukturanalytischen Untersuchungsaspekte in der eigentlich notwendigen Ausführlichkeit entwickelt werden. Es lassen sich aber die jeweiligen Hauptargumente gegenüberstellen, mit denen einerseits die geopolitische bzw. geökonomische Position, andererseits die weiterführenden Perspektiven einer global vernetzten Ökonomie und Gesellschaft vorgetragen werden. Dazu ist es sinnvoll, als erstes auf den geopolitischen oder „realistischen“ Diskurs einzugehen, da auf diese Weise der angesprochene Begriff und Erkenntnisgegenstand „Territorialstaat“ genauer gefaßt werden kann.

II „Geökonomie“: Entstehungsmomente der Territorialwirtschaft und die neue Weltordnung im „realistischen“ Ansatz der Geopolitik.

In den Theorien internationaler Beziehungen wird derjenige Ansatz als „realistisch“ bezeichnet, der eine scharfe Trennung zwischen intrastaatlicher und internationaler Sphäre vollzieht. Die internationale Ebene wird als Interstaatensystem betrachtet, in der keine neuen Hierarchien auf-

¹⁾ Einen Überblick über die Regulationstheorie und ihre Rezeption in der Geographie vermittelt das Themenheft „Regulationstheorie und Geographie“ der Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie; Heft 1/2, 1996.

tauchen, da die bestehenden Staaten bezogen auf ihr eigenes Territorium souverän sind. Aus realistischer Sicht ist das Entstehen und die Aufrechterhaltung einer Weltordnung daher auch als eine von der Machtbalance zwischen den Staaten abhängige Erscheinung anzusehen. Besonders diejenigen Staaten, die über die mächtigsten bzw. wirkungsvollsten Eingreifmöglichkeiten in das Interstaatensystem verfügen, prägen die jeweiligen internationalen Beziehungen (MEYERS 1993, RISSE-KAPPEN 1995). In diesem Sinne ist Weltordnung ein temporär gültiges Entwicklungsmodell, auf das sich die souveränen Staaten, ob sie wollen oder nicht, nach Maßgabe ihrer auf internationaler Ebene wirksamen Machtmittel einlassen müssen. Diese Betrachtung setzt die Existenz eines Territorialstaates voraus, d.h. staatliche Souveranität ist auf eine nach außen klar begrenzte Region bezogen. Häufig wird zudem die Existenz einer nationalen Identität als wesentlicher Bestimmungsfaktor für die Staatsbildung genannt.

Ausgehend von dieser Annahme über die Logik internationaler Beziehungen fassen Vertreter des realistischen Ansatzes ihre Erkenntnisse über die Situation nach der Auflösung des Ost-West-Gegensatzes häufig unter der Bezeichnung *Geoökonomie* zusammen. Dieser Begriff soll charakteristische Merkmale der veränderten Beziehungen vor allem zwischen den ökonomisch stärksten Wirtschaftsräumen der Welt beschreiben. Die inhaltlichen Komponenten der Geoökonomie werden dann besonders klar, wenn einige derjenigen historischen Entstehungs- und Entwicklungsmomente des Territorialstaates und seiner wirtschaftsräumlichen Organisationsform dargelegt werden, die einen Hintergrund für die aktuelle Interpretation der Umbruchsituation bilden.

Merkantilismus als Frühform der Geoökonomie

Mit dem Ausspruch „From Geopolitics to Geo-Economics“, der zuerst in der US-amerikanischen Zeitschrift mit dem selbstsprechenden Namen „The National Interest“ erschien, hat E. LUTTWAK 1990 die schnelle Karriere des Begriffs Geoökonomie eingeleitet. Seine inhaltliche Auseinandersetzung beginnt LUTTWAK mit der Frage, ob sich die modernen Industrieländer derzeit auf dem Weg zurück ins Zeitalter des Merkantilismus befänden (LUTTWAK 1994:45). Er stellt „unbestreitbare Parallelen“ fest, weil die heutigen Regierungen der Territorialstaaten, wie früher die absolutistischen Herrscher, politische und ökonomische Akteure innerhalb ihres Herrschaftsbereiches anspornen, „in Handel und Industrie mit anderen Ländern zu konkurrieren“ (ebd). Der Merkantilismus als Hauptrichtung der Wirtschaftspolitik in der Epoche der neuzeitlichen Territorialstaaten zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert wies vielfältige Ausdrucksformen auf (vgl. BRAUDEL 1990a:600f). In seinen Grundzügen stellt er jedoch ein gewichtiges historisches Erklärungsmoment für die Entstehung territorial integrierter, durch Außengrenzen definierter Nationalstaaten dar. Drei Aspekte sind besonders hervorzuheben:

- i) Wesentliche Vorbedingung für die Entstehung von Nationalstaaten war die Ablösung der zuvor dominanten Stadtwirtschaft als funktionale, nach außen gerichtete wirtschaftsräumliche Organisationsform. Ersetzt wurde sie durch Formen, die nach außen begrenzt waren und sich nach innen arbeitsteilig aufbauten (Territorialwirtschaft). Damit verbunden waren die Aufhebung von Binnengrenzen wie Wege- und Passierzölle und der Bau wichtiger Verkehrsverbindungen. Die Territorialwirtschaft unterschied sich aber von der Stadtwirtschaft nicht primär durch die Merkmale Größe und Ausdehnung, sondern vor allem durch eine planvolle Entwicklung der Arbeitsteilung zwischen den landwirtschaftlichen, handwerklichen, gewerblichen und staatlichen Sektoren innerhalb einer Region (BRAUDEL 1990b:324f). Diese Form der Territorialwirtschaft läßt sich daher als eine endogene Organisationsform bezeichnen.
- ii) Das Hauptmotiv der Merkantilisten bestand jedoch weniger in dem Ziel, eine dynamische Nationalökonomie aufzubauen. Vielmehr überwog das Interesse, die Anhäufung von Gold- und Geldbeständen für das Herrscherhaus voranzutreiben. Der „Metallismus“ (BRAUDEL 1990a: 603f) weist auf die permanente Finanzknappheit der absolutistischen Königs- und Fürstentümer hin, die durch Luxuskonsum und Kriegsfinanzierung ausgelöst wurde. Auch in diesem

Punkt lassen sich unschwer Parallelen zur heutigen Situation finden; Finanzknappheiten und die damit verbundenen Handlungsrestriktionen des Staates sind überall bemerkbar.

iii) Letztlich ist auch die frühe Einsicht in die wettbewerbsorientierte Dimension der Geoökonomie des Merkantilismus überliefert. „Es liegt auf der Hand, daß ein Land nicht gewinnen kann, ohne daß ein anderes verliert“ (Voltaire zitiert nach BRAUDEL 1990a:602). Der Merkantilismus läßt sich daher auch als Geburtsstunde der Geopolitik in Form der Geoökonomie ansehen. Allerdings ging es in der merkantilistischen Verbindung von Wirtschaft, Territorium und Staat noch nicht, wie in den späteren Entwürfen von RATZEL und seinen Nachfolgern, um die räumliche Expansion, sondern um den Aufbau bzw. um die Konsolidierung des Nationalstaates.

BRAUDEL sieht in der frühen Durchsetzung der unter i) genannten Merkmale der Territorialwirtschaft in Großbritannien die Voraussetzungen und Erfolgsbedingungen für die wirtschaftliche und politische Hegemonie dieses Staates im 19. Jahrhundert (BRAUDEL 1990b:327). Überlegungen zur Territorialwirtschaft waren auch Ausgangspunkt für FRIEDRICH LIST, der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine fundierte endogene Entwicklungsstrategie für Deutschland formulierte. Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Aufholprozeß sei ein nach innen integriertes, d.h. von Binnengrenzen befreites und damit für arbeitsteilige räumliche Organisationsformen aufbereitetes Territorium, das nach außen durch eine Mauer von Schutz- und Erziehungszöllen abgeschottet sein sollte. Auf diese Weise könnten die bereits entstandenen Entwicklungsunterschiede vor allem zu Großbritannien ausgeglichen werden²⁾. Die dort inzwischen entstandene und einflußreiche Freihandelslehre bewertete LIST als Ausdruck der erreichten wirtschaftlichen Hegemonialstellung, die nunmehr des territorialen Schutzes nicht mehr bedurfte. Freihandel war nach LIST nur für die fortgeschrittenen, wirtschaftlich überlegenen Nationalstaaten nützlich, unbrauchbar dagegen für jene, die eine wirtschaftliche nachholende Entwicklung unter unmittelbar wirksamen Weltmarktzwängen realisieren müßten.

Geopolitik als territorialer Imperialismus

Während der Merkantilismus und die späteren territorialwirtschaftlichen Entwicklungsstrategien ihre Wachstumsperspektiven aus endogenen Potentialen hergeleitet haben, ging es der um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert unter der Bezeichnung Geopolitik aufkommenden Entwicklungsstrategie um Wachstum im räumlichen Sinn. Die Problematik der bereits angedeuteten territorialen Expansion des Nationalstaates, begründet durch „Gesetze des räumlichen Wachstums des Staates“ (RATZEL) oder kurz Geopolitik (KJELLEN) ist in der Geographie inzwischen differenziert aufgearbeitet (FABER 1982, KOST 1988, SANDNER 1994). Die Hegemonie bzw. die politische Kontrolle über ein möglichst großes, tendenziell wachsendes Territorium galt als Voraussetzung für ökonomische Prosperität, der militärische Zusammenprall der aufstrebenden bzw. etablierten Weltmächte als gewissermaßen logische Konsequenz.

Allerdings waren in dieser Blütezeit des nationalistischen Territorialstaates die Handels- und Kapitalverflechtungen ausgesprochen intensiv. Vor dem Ersten Weltkrieg lag der Anteil der gehandelten Waren gemessen am weltweit erzeugten Wert wirtschaftlicher Güter etwa ebenso hoch wie heute; der Anteil ausländischer Direktinvestitionen übertraf sogar aktuelle Werte. Daraus läßt sich nicht nur die Aufforderung ableiten, die heutige, teilweise erregte Diskussion über Globalisierung zu relativieren (KRUGMANN 1995), sondern auch die These, daß die wirtschaftliche Entwicklung im sogenannten Zeitalter des Kolonialismus und Imperialismus nicht ausschließlich auf die räumlich-territoriale Expansion reduziert werden darf.

²⁾ Vgl. SENGHAAS 1977, der aufbauend auf diesen frühen Arbeiten über endogene Wachstumsstrategien einen dissoziativen Ansatz der Entwicklungspolitik formulierte und die selektive Abkopplung vom Weltmarkt propagierte.

Vielmehr zeigt sich hier das Primat des Politischen, das, losgelöst von den tatsächlich vorhandenen wirtschaftlichen Verflechtungen, die Geographie internationaler Beziehungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu beherrschen beginnt. Populär wurde diese Betrachtungsweise unter den Bezeichnungen Geopolitik und Großraumwirtschaft. Im Unterschied zur Konzeption von LIST, der die Abgrenzung nach außen und die Betonung endogener Impulse als temporäre Strategie der aufgehenden Entwicklung eingesetzt sehen wollte, ordnete die imperialistische Geopolitik wirtschaftliche Verflechtungen unter die Momente der territorialen Expansion von Staat und Nation (Rasse) ein. Wirtschaftliche Verflechtungen wurden zwar als Basis für die territoriale Expansion und „Staatsgröße“ eingeschätzt, hatten aber dem Prinzip der politischen Kontrolle zu unterliegen, da sie nur auf diese Weise als gewinnbringend im Kampf der Nationalstaaten um die Weltmacht angesehen wurden³⁾.

Die kurz skizzierten, historischen Entstehungszusammenhänge für Geopolitik und Geoökonomie zeigen prägnante Formen der Territorialität von Wirtschaft und Gesellschaft auf. Sie weisen auf die Funktionalität räumlicher Beziehungen für die Sicherung und den Ausbau staatlicher Macht hin. Erkennbar wird das heute noch gängige Einteilungsschema, das die Trennung zwischen „wir“ und „die anderen“ vollzieht. Dabei steht „wir“ für die sogenannten „vitalen politischen und ökonomischen Interessen“ des eigenen Staates, „die anderen“ sind alle übrigen souveränen Staaten der Welt als Konkurrenten. Im Merkantilismus stand die bewusste Schaffung einer Nationalökonomie im Vordergrund, die zur Steuerung der regionsinternen Verflechtungen einer markanten Außengrenze bedurfte. Auf diese Weise etablierten sich die Territorialwirtschaft und der Territorialstaat. Ende des 19. Jahrhunderts kulminierte das Bestreben zur räumlichen Ausweitung der Territorialwirtschaft, um auf diese Weise neue Rohstoff- und Absatzgebiete zu erschließen und die einsetzenden globalen Konkurrenzbeziehungen zu kontrollieren. Diese Form des territorialen Imperialismus führte zu zwei Weltkriegen, deren Ausgang die Weltordnung der Nachkriegsära festlegte.

Diese historischen Bezüge sind bei der Beurteilung von Arbeiten zu beachten, die sich relativ unkritisch und teilweise auch affirmativ auf geopolitische und geoökonomische Konzepte beziehen. Zu fragen ist, was an heutigen Ansätzen neu ist bzw. wie sie die Veränderungen, die in den weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Beziehungen inzwischen eingetretenen sind, berücksichtigen.

Übergang zur modernen Geoökonomie

Für die Zeit zwischen 1945 und 1990 lassen sich für unseren Zusammenhang einige Aspekte herausstellen, die die Struktur globaler Verflechtungen bestimmt haben. Erstens war jedes großmaßstäbige Denken und Handeln seit 1945 durch den Ost-West-Gegensatz geprägt, wodurch besonders die militärischen und geostrategischen Optionen, aber nachgeordnet auch alle anderen Politikbereiche gesteuert wurden. Zweitens bildeten die besonders durch die USA initiierten neuen internationalen Institutionen für Sicherheit, Handel und Währung den Rahmen für wirtschaftliche und politische Verflechtungen. Drittens erlebte der Westen im Fordismus eine wirtschaftlich sehr erfolgreiche Entwicklungsphase (LUTZ 1989), in der durch eine Verbindung zwischen Massenproduktion und Massenkonsum eine starke binnenwirtschaftliche Expansion erzielt werden konnte, gleichzeitig globalwirtschaftliche Konkurrenzbeziehungen vergleichsweise unbedeutend blieben.

Der für die heutige Geoökonomie grundlegende realistische Ansatz, der sich nach 1945 besonders in den USA etablieren konnte, betonte vor allem die Bipolarität zwischen den sozialistisch und kapitalistisch verfaßten Gesellschaften. Gleichzeitig blieben die souveränen Terri-

³⁾ In Deutschland gab es beispielsweise bereits lange vor Ausbruch des 1. Weltkrieges eine intensive Diskussion über die wirtschaftliche Aufteilung der Welt, die die Bedeutung der „Haupttrivalen“ (USA, England, Rußland) und die Einteilung ihrer Einflußzonen einschließlich der Kolonien betraf (SANDNER 1989, FISCHER 1970).

torialstaaten Bezugspunkt für das Handeln im internationalen Kontext. Vorherrschend war dementsprechend die Sichtweise, daß der „Westen“ ein konkurrierendes System von Territorialstaaten sei. Einheitlich würde es lediglich unter der Führung der USA gegen den „Osten“ agieren. Demgegenüber hat das sich langsam herausbildende internationale Regime, das konkurrierende Interessen der kapitalistischen Territorialstaaten regulieren und friedenserhaltend steuern sollte, in diesem Ansatz eine relativ geringe Rolle gespielt.

Mit dem Ende der Bipolarität ist nicht nur der Zerfall der UdSSR und des sozialistischen Militär- und Wirtschaftsblockes eingeleitet worden, sondern auch eine Verlagerung der Gewichte zwischen dem militärischen und dem ökonomischen Bereich. Trotz unbestrittener militärischer Dominanz weisen die USA heute keine ökonomische Hegemonie mehr auf, sondern verzeichnen seit dem Einsetzen der „Fordismuskrise“ verglichen mit anderen wichtigen Wirtschaftsräumen einen relativen wirtschaftlichen Bedeutungsverlust. Die damit verbundene neue „territoriale Logik“ der Beziehungen der Staaten zueinander hat LUTTWAK mit dem bereits genannten Ausdruck „From Geopolitics to Geo-Economics“ belegt. Ausgehend von der US-amerikanischen Erfahrung wird damit die grundsätzliche Verlagerung der vorrangigen Aufgabenstellungen des Territorialstaates bzw. von Staatengruppen von den militärisch-sicherheitspolitischen zu ökonomisch-handelspolitischen Zielsetzungen angesprochen. Die moderne Funktion der Geoökonomie bestehe darin, „möglichst viele hochqualifizierte Arbeitsplätze in High-Tech-Industrien und anspruchsvollen Dienstleistungsbranchen zu schaffen“ (LUTTWAK 1994: 45).

Auch wenn LUTTWAK und andere Vertreter des realistischen Ansatzes häufig die Rhetorik des Militärischen verwenden, ist keine verteidigungspolitische Dimension angesprochen. „Geoökonomie ist ein Wettstreit, in den nur solche Länder treten können, die den Krieg untereinander ausgeschlossen haben. [...] Wenn Handelsfehden in politische Fehden übergehen, wie jetzt, da der Zusammenhalt der westlichen Allianz nicht mehr im bisherigen Maße erforderlich ist, dann müssen sie mit den Waffen des Handels ausgefochten werden: mit mehr oder weniger kaschierten Einfuhrbeschränkungen oder Exportsubventionen, mit der Finanzierung konkurrenzfähiger Technologieprojekte, der Förderung bestimmter Bereiche des Bildungswesens, Infrastrukturmaßnahmen usw.“ (ebd. S. 47).

In der durch den Austausch von Gütern verflochtenen Welt lassen sich die Wirkungen geoökonomischer Maßnahmen am deutlichsten an den sogenannten handelsumlenkenden Funktionen großräumiger wirtschaftspolitischer Integrationsformen ablesen. So ist beispielsweise der Anteil des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR bestehend aus den Mitgliedsstaaten der EU + EFTA) am Welthandel zwischen 1980 und 1990 um 6 % gestiegen. Dieses Wachstum ist jedoch weitgehend auf Export-Importbeziehungen zwischen den am EWR beteiligten Staaten zurückzuführen. Ähnliche Trends lassen sich auch für Nordamerika und Ost-/Südostasien belegen und finden unter der Bezeichnung „Regionalisierung des Welthandels“ oder „Blockbildung in der Weltwirtschaft“ große Beachtung (BORMANN u.a. 1995; O'LOUGHLIN und ANSELIN 1995).

Derartige Trends werden von LUTTWAK als die Durchsetzung geoökonomischer Projekte verstanden, mit denen die jeweiligen Staaten und Staatenblöcke v.a. durch ihre Industrie- und Technologiepolitik, in der EU beispielsweise symbolisiert durch den Airbus-Verbund, eine neue Form der Territorialwirtschaft aufbauen. Ganz im Gegensatz zu der eingangs erwähnten Auffassung über die zunehmende globale Integration verweisen er und andere Vertreter des realistischen Ansatzes auf die Kontinuität und auf die Stabilität der territorial gebundenen Nationalstaaten bzw. Suprastaaen und der darauf aufbauenden wirtschaftlichen Beziehungen⁴⁾.

⁴⁾ Entsprechende Analysen sind von THUROW (1993) für die USA, von ISHIHARA (1992) für Japan und von ZÄNKER (1995) für Deutschland vorgelegt worden. Ein ähnliches Argumentationsmuster könnte für den kulturellen Bereich auch in Bezug auf die Thesen von HUNTINGTON aufgenommen werden; dazu EHLERS 1996; OBENBRÜGGE und SANDNER 1994.

Hinlänglich gesicherte Belege lassen sich für solche Thesen nur für die europäische Integration aufzeigen. Mit dem Einsetzen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nahm die räumliche Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedstaaten schrittweise zu. Die Schaffung des harmonisierten Binnenmarktes forcierte diese Wirkung, so daß sich die Europäische Union heute zweifellos als die weltweit erfolgreichste wirtschaftliche Integrationsform darstellt. Die „Gemeinsame Agrarpolitik“ (GAP) ist sicherlich das politische Wirkungsfeld der EU, das am weitestgehenden den geoökonomischen Erwartungshaltungen entspricht, da dieser Sektor nach außen „agressiv“ geschützt und nach innen weitgehend gesteuert wird⁵⁾. Der GAP angelehnte Programmvorschlage werden zwar regelmäßig auch für die Industrie- und Technologiepolitik veröffentlicht, in diesen Feldern sind jedoch keine entsprechenden Regulierungssysteme entstanden. Wahrscheinlich auch deshalb, weil die GAP in vielfacher Hinsicht eher als wirtschaftliche Belastung und Zumutung für die Verbraucher angesehen wird, denn als Integrationserfolg.

Auch für die USA läßt sich eine Zunahme der Handelskontrollen nachweisen. Gleichzeitig wird die früher dominierende Freihandelsrhetorik zunehmend durch die Diskussion über „managed trade“ ersetzt (O'LOUGHLIN und ANSELIN 1995). Die Auseinandersetzungen über das Helms-Burton-Gesetz, mit dem die USA versucht, weltweite Handels- und Wirtschaftsrestriktionen gegen einzelne Länder durchzusetzen, weist deutlich darauf hin, daß ein strategisches Bewußtsein für die Steuerung wirtschaftlicher Verflechtungen besteht. Auf diese Weise könnte die Propagierung geoökonomischer Positionen ein Ersatz für diejenigen Akteure werden, die sich früher mit den geopolitisch-militärischen Sicherheitsfragen beschäftigt haben. Im Namen von 'vitalen ökonomischen Interessen' bereiten sich die „brain-trusts“ der früheren Blocklogik auf neue staatliche Aktivitäten vor und entwickeln Verteidigungs- und Angriffsstrategien bezogen auf territorial definierte Märkte, sorgen für Informationsbeschaffung im Sinne geheimdienstlicher Industriespionage und verengen die Diplomatie, um außenwirtschaftliche Interessen durchzusetzen.

Jedoch verfehlt das geoökonomische Denken mit seiner Bindung an territorial definierte Einfluzonen den Kern der neueren Entwicklungen⁶⁾. Die heutige Geopolitik und Geoökonomie stellen einen Anachronismus dar, der aus den Erfahrungen der merkantilistischen und imperialistischen Perioden eine aktualisierte Fassung der Territorialwirtschaft herleitet. Das Merkmal „Geo“ wird auf diese Weise gewissermaßen zu einer Konstanten in der Geschichte, für die typischerweise naturgesetzliche Analogien gesucht werden. So verdeutlicht THUROW (1996) die gegenwärtige geoökonomische Entwicklung mit Hilfe der Plattentektonik und läßt damit Assoziationen zu, die den Kampf der Kulturen und den Zusammenprall der Wirtschaftsgroraume wiederum als logische Konsequenz erscheinen lassen. So wird heute wie in der früheren Geopolitik das „Geo“ als quasi-naturgebende Notwendigkeit der Raumbeherrschung funktionalisiert und darüberhinaus eine Abwehrhaltung gegen andere, gegnerische „Regionen“ aufgebaut (SANDNER 1994).

Das Neue der gegenwärtigen Weltökonomie wird damit aber verkannt. Gemeint sind solche Momente, die beispielsweise SONY-Europe in vielerlei Hinsicht „europäischer“ erscheinen lassen als namhafte Konkurrenten deutscher oder niederländischer Herkunft, wenn man den Anteil europäischer Vorprodukte in den hier angebotenen Endprodukten als Maßstab nimmt. Dieses ist keine Ausnahme, sondern eine neue, für manche Geopolitiker verblüffende Realität. Selbst den Vertretern des US-Verteidigungsministeriums im Pentagon soll es inzwischen schwerfallen, die nationale Identität des US-amerikanischen militärisch-industriellen Komplexes

⁵⁾ Jedoch sehen sog. Euro-Skeptiker selbst in der GAP nicht das Resultat zielgerichteten politischen Handelns, sondern charakterisieren sie als zufälliges Ergebnis wirtschaftlicher, nationaler und vor allem wahltaktischer Einzelinteressen (JUDT 1996).

⁶⁾ Auch wenn die Spitzenvertreter eines deutschen Automobilkonzerns von einem Krieg gegen einen in Deutschland wohl etablierten amerikanischen Konkurrenten gesprochen haben.

aufrechtzuerhalten⁷⁾. Vor dem Hintergrund solcher Erscheinungen ist ein Wechsel der Perspektiven angebracht, der die Rivalität zwischen den WirtschaftsgröÙräumen mit dem Netz globaler Wirtschaftsverflechtungen konfrontiert.

III Globalisierung und die Erosion des Territorialstaates „von oben“ und „von unten“

In der Auseinandersetzung über den aktuellen Status von Territorialstaaten sollte man sich daran erinnern, daß das endgültige Ende des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation als ein Relikt mittelalterlicher politischer Raumorganisation (1806) der Verabschiedung der Römischen Verträge (1957) zeitlich näher ist als dem Westfälischen Frieden (1648), der gemeinhin als Bezugsjahr für die Herausbildung des neuzeitlichen Staatensystems in Europa angesehen wird. Dieser Hinweis von RUGGIE (1993) auf langandauernde Perioden und epochale Veränderungen soll verdeutlichen, daß grundsätzliche Transformationsprozesse einerseits zwar schlagartig einsetzen können, wie etwa der Zusammenbruch des ehemals real existierenden Sozialismus in Osteuropa, andererseits aber noch lange Zeit Reste, Überbleibsel oder persistente Erscheinungen des Alten Bestand haben können, das gleichwohl zunehmend macht- und bedeutungslos wird.

RUGGIE interessiert sich jedoch weniger für die Periode des Merkantilismus, die, wie wir bei den Vertretern der geökonomischen Position gesehen haben, den Übergang zum modernen Staat in Europa geprägt hat. Seine historischen Bezüge sollen vielmehr darauf aufmerksam machen, daß die gegenwärtige europäische Integration nicht weniger als der Beginn einer neuen epochalen Veränderung zu verstehen ist. Tatsächlich faßt RUGGIE beispielsweise die mit der EWG-EG-EU einsetzende und sich festigende institutionelle, rechtliche und räumliche staatliche Form als „the first truly *postmodern* international form“ auf (RUGGIE 1993:140, Hervorhebung J.O.). Er leitet auf diese Weise die These ein, daß sich die Verankerung der Gesellschaft in ein nach außen begrenztes und nach innen durch eine nationale Symbolik vereinheitlichtes Territorium derzeit in Auflösung befindet. Für RUGGIE verliert der Nationalstaat als deutlichste mythisch-magische Ausdrucksform des Regionalbewußtseins im 20. Jahrhundert (vgl. SACK 1986) seine bindende Wirkung, gleichzeitig wird die Erinnerung an mittelalterliche Formen der territorialen Organisation von Herrschaft und Loyalität wieder aktuell⁸⁾.

Bevor die neuen territorialen Organisationsformen weitergeführt werden, ist zunächst noch auf eine weitere Konsequenz der historischen Diskussion von RUGGIE hinzuweisen, die im methodologischen Bereich angesiedelt ist. Sie besteht darin, daß der existierende moderne Territorialstaat in seiner Historizität gesehen werden muß. AGNEW (1994) spricht von der „territorialen Falle“, in die derartige Ansätze geraten, die den Staat in seinen heutigen Grenzen als

⁷⁾ Vgl. die treffende Beschreibung von RUGGIE (1993:172): „This is the world in which IBM is Japan's largest computer exporter, and Sony is the largest exporter of television sets from the United States. It is the world in which Brothers Industries, a Japanese concern assembling typewriters in Bartlett, Tennessee, brings an anti-dumping case before the U.S. International Trade Commission against Smith Corona, an American firm that imports typewriters into the United States from its offshore facilities in Singapore and Indonesia. It is the world in which even the U.S. Pentagon is buffled by the problem of how to maintain the national identity of 'its' defense-industrial base“.

⁸⁾ Das hier durch RUGGIE repräsentierte Denken wird daher manchmal auch als „neue Mittelalterlichkeit“ bezeichnet. ANDERSON (1995) führt diesen Begriff auf BULL zurück, der ihn folgendermaßen charakterisiert: „We might imagine that the political loyalties of the inhabitants of, say, Glasgow, were so uncertain as between the authorities in Edinburgh, London, Brussels and New York that the government of the United Kingdom could not be assumed to enjoy any kind of primacy over the others, such as it possesses now. If such a state of affairs prevailed all over the globe, this is what we may call, for want of a better term, a neo-mediaeval order“ (BULL 1977 zit. n. ANDERSON 1995:98).

gegebene und einzig relevante Form der politischen Regionalisierung der Welt ansehen. Gerichtet ist diese Kritik vor allem gegen den bereits diskutierten realistischen Ansatz, der in der Geographie wegen seiner Bezugnahme auf die Begriffe Geopolitik und Geoökonomie große Aufmerksamkeit erreicht hat. Mit seiner methodischen Prämisse bleibe diesem Ansatz prinzipiell den Blick auf Veränderungen territorialer Organisationsformen gestellt.

Der Rückbezug auf das Mittelalter unterstützt daher die Aufforderung, in der gegenwärtigen Umbruchsituation nicht vom Fortbestand homogener Territorialstaaten auszugehen, sondern vielmehr die Zunahme „multiperspektivischer institutioneller Formen“ (RUGGIE 1993) innerhalb „post-internationaler Beziehungen“ (ROSENAU 1990:6) als Ausgangspunkt zu wählen. Die politischen Prozesse, mit denen wir uns gegenwärtig auseinandersetzen, sind auf mehreren Maßstabsebenen organisiert und nehmen dort unterschiedliche Formen an. Sie umfassen globale regulative Systeme, politisch-ökonomisch integrierte Großräume, Mikro-Regionen, Welt-Städte, Lokalitäten und letztlich auch Territorialstaaten. Die intern-extern-Dichotomie, die in der geoökonomischen Position das Verhältnis im Interstaatensystem charakterisiert, geht in der Global-Lokal-Verkopplung (global-local-nexus) auf, wodurch die Interessensgegensätze und Machtspiele zwischen Staaten, deren Existenz hier nicht bestritten wird, in den Hintergrund treten.

Bevor Ansätze zur Erklärung der neuen wirtschaftlichen, politischen und räumlichen Beziehungen diskutiert werden, ist es sinnvoll, solche globalen Verflechtungsmuster zu beschreiben, die als verantwortlich für die Erosion des Nationalstaates angesehen werden.

Das Verhältnis zwischen Globalisierung und Territorialstaat

Die Entwicklung wirtschaftlicher Verflechtungen auf der globalen Ebene lassen eindeutige Trends erkennen, die teilweise unmittelbar, teilweise vermittelt die Erosion des Nationalstaates „von oben“ bewirkt haben. Bereits in der Debatte über die Neue Internationale Arbeitsteilung in den siebziger Jahren wurden entsprechende Strukturveränderungen der wirtschaftsräumlichen Organisation herausgearbeitet. Mit der starken Zunahme ausländischer Direktinvestitionen und dem Entstehen eines weltumfassenden Finanzmarktes Mitte der achtziger Jahre intensivierten sich die internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen und haben die Muster ergeben, die wir heute als Globalisierung bezeichnen. Konkret handelt es sich um folgende Trends:

i) Globalisierung bedeutet innerhalb der betriebswirtschaftlichen Organisation die weltweite Integration unternehmensinterner Maßnahmen und Managementprozesse zur erfolgreichen Bearbeitung des Weltmarktes (Welt als ein Binnenmarkt) anstelle der Orientierung an einer Vielzahl länderspezifischer Engagements. Die bereits erwähnte Diskussion über die Neue Internationale Arbeitsteilung stellte zunächst den Prozeß des "global sourcing" in den Vordergrund, also die Suche nach den kostengünstigsten Produktionsstandorten für die Teilefertigung. Die multinationale Unternehmenstrategie (Multi-Domestic Approach) thematisierte daran anschließend im wesentlichen die Ko-Präsenz der Unternehmen in verschiedenen Marktregionen. Erst das transnationale Unternehmen agiert gewissermaßen gegen die Prinzipien des Territorialstaates, indem es seine Beziehungen zum ursprünglichen Herkunftsland vermindert, gleichzeitig die Welt (d.h. zumindest die OECD Welt) als Binnenmarkt betrachtet. Der Übergang von einer multinationalen zur transnationalen Strategie einer Unternehmung läßt sich im wirtschaftsgeographischen Kontext beschreiben als die Ablösung einer Orientierung an existierende Territorialstaaten und der durch sie definierten Beschaffungs- und Absatzmärkte hin zu einer Inwertsetzung der vielfältigen räumlichen Differenzierungen und den damit verbundenen Regionalisierungsmöglichkeiten für die verschiedenen Unternehmensfunktionen (DICKEN 1994, OBENBRÜGGE 1997).

ii) Ein weiterer wesentlicher Aspekt der Globalisierung ist die weltumspannende Finanzintegration. Kein Territorialstaat ist heute noch in der Lage, seine Währungs- und Fiskalpolitik unabhängig von Weltfinanzmärkten zu steuern. Gleichzeitig lösen sich die Anlagestrategien

privater Kapitalgeber von nationalstaatlich begrenzten Märkten und sie suchen, räumlich ungebunden, nach den lukrativsten Anlagemöglichkeiten. Die hohe Mobilität kurzfristiger Kapitalverflechtungen mit einer Investitionsperspektive von nur wenigen Wochen oder Monaten führt zu unmittelbaren Reaktionen der Finanzmärkte auf die Bekanntgabe von Arbeitslosenzahlen, steigenden Haushaltsdefiziten oder expansiven Staatsausgaben. Bereits dadurch wird die den Geldwert stabilisierende Wirtschafts- und Haushaltspolitik zur wichtigsten Aufgabe der Regierungen. Gleichzeitig verengen sich die Handlungsspielräume des Staates zur Besteuerung der Unternehmen und Bezieher hoher Einkommen, da entsprechende Maßnahmen den sofortigen Abfluß von Kapital aus dem jeweiligen Staatsterritorium wegen der Liberalisierung des Kapitalverkehrs zur Folge hätte. Zwangsläufig entsteht eine öffentliche Finanzierungslücke, die in der Wechselwirkung zwischen dem Erhalt der Geldwertstabilität und dem „regressiven“ Steueraufkommen weiter aufreißen und damit den Zwang zur Sparpolitik verschärfen wird. Die mit dem Territorialstaat verbundene „Solidargemeinschaft“ wird letztlich durch die wachsende Bedeutung hochmobiler Kapitaleinkommen und ihren vielfältigen Möglichkeiten, Druck auf die Staaten auszuüben bzw. sich staatlichen Zugriffen zu entziehen, in Frage gestellt.

iii) Die genannten Trends lassen neue wirtschaftsgeographische Konfigurationen entstehen, die sich beispielsweise durch die engen Verbindungen der Finanzwirtschaft mit den Informations- und Kommunikationstechnologien aufbauen. Die Diskussion über die „Welt-Städte“ macht deutlich, daß für wesentliche Teilbereiche der globalisierten Ökonomie ein Netz, bestehend aus urbanen Knotenpunkten und leistungsfähigen Kommunikationsverbindungen, wichtiger ist als die Einteilung der Welt in Territorialstaaten. Dieser Prozeß wird von O'BRIAN etwas irreführend als „end of geography“ bezeichnet: „money, being fungible, will continue to try to avoid, and will largely succeed in escaping, the confines of the existing geography“ (O'BRIAN 1992:2). Gemeint ist aber die Geographie, die durch die verschiedenen Nationalstaaten repräsentiert wird. Sie verlässt, aber die Verbindung zwischen der Hypermobilität von Geld und neuen Technologien schafft eine neue Geographie, eine die Grenzen überschreitende und aufhebende Konfiguration von Netzen.

Als Resultat dieser Trends erscheint der „clash between the principle of interdependence and the territorial principle“ (ANDERSON 1995:79). Der Territorialstaat ist danach immer weniger geeignet, den ökonomischen Veränderungen zu entsprechen und wird zunehmend in Frage gestellt⁹⁾. Dieser Vorgang ist jedoch nicht als ein ungesteuerter, zwanghafter Prozeß zu verstehen, sondern erscheint als ein politisch durchaus gewollter. Der europäische Binnenmarkt und die bevorstehende Wirtschafts- und Währungsunion sind im wesentlichen zunächst einmal Deregulierungen territorialstaatlich organisierter Ordnungsprinzipien ohne Aufbau neuer, der Reichweite und normativen Kraft der alten entsprechender institutioneller Muster. So ist die europäische Integration auch nicht als einfacher Ersatz zu sehen, der den Territorialstaat der Moderne auf anderer Ebene fortschreibt. Die EU tendiert „nicht (mehr) zur Herausbildung eines supranationalen Macht- und Entscheidungszentrums, sozusagen zur Maßstabsvergrößerung des nationalen Staates; vielmehr bildet sich auf internationalem Niveau ein offenes politisches System heraus, [...] das der Wahrnehmung gänzlich neuer Staatsaufgaben dient [...] und das über die Interaktion zwischen internationalem, nationalem und lokalem Staat eine Art Stimulation des Marktmechanismus darstellt“ (TÖMMELE 1989:30; 1996).

Auch die Handelsliberalisierungen, die 1996 zur Einrichtung der „World Trade Organisation“ geführt haben, sind von den Regierungen der Staaten akzeptiert und kennzeichnen, trotz

⁹⁾ Konnte einer früheren Position, die bereits Anfang der siebziger Jahre den grundlegenden Konflikt zwischen neueren wirtschaftsräumlichen und staatlich-territorialen Organisationsformen feststellte, noch theoretische Unangemessenheit und verfehlte Zukunftswahrnehmung vorgehalten werden (vgl. MURRAY 1971 und die Kritik von WARREN 1971), wird die Identität des Nationalstaates und seiner Territorialität heute bereits grundsätzlich in Frage gestellt. KNIEPER konstatiert lapidar: „Die Transnationalisierung der Ökonomie [hat] die substantielle Basis des Nationalstaates untergraben“ (KNIEPER 1993:68).

der augenfälligen Suche nach Protektionsnischen, gewissermaßen die Selbstaufgabe des territorialen Prinzips durch seine Repräsentanten.

Ein komplexes politisches Dilemma offenbart sich. Die politische Unterstützung der Globalisierung wirtschaftlicher Aktivitäten hat im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts die Akkumulationsdynamik zwar gesichert, gleichzeitig aber die Legitimationsbasis der Territorialstaaten ausgehöhlt und eine Steuerungskrise der gesellschaftlichen Entwicklung hervorgerufen. Die abnehmende Bedeutung der Territorialstaaten ist jedoch nicht mit einer generellen Entstaatlichung gleichzusetzen, auch wenn sich das Verhältnis zwischen marktwirtschaftlich und staatlich regulierten Beziehungen gegenwärtig zweifellos zugunsten des Marktes verschiebt. Vielmehr vollzieht sich ein Übergang zu staatlichen Beziehungen, die auf mehreren, hierarchisch nicht fest gefügten und zugeordneten Ebenen organisiert sind. Deutlich sichtbar wird dieser strukturelle Wandel in der Globalisierung politischer Regulation, die beispielsweise die Zunahme zwischenstaatlicher Kooperation beinhaltet, ebenso die Schaffung einer Fülle, größtenteils allerdings machtloser, internationaler Organisationen oder das Auftauchen neuer Akteure in Gestalt global orientierter Nichtregierungsorganisationen.

Neue internationale Beziehungen konnten in den letzten Jahren in unterschiedlichsten Verhandlungsprozessen betrachtet werden. Dazu gehören die Organisationsfragen der Weltwirtschaftsbeziehungen (die Uruguay-Runde, die GATT-Verhandlungen und die Einrichtung der Welthandelsorganisation WTO), die „Wiederentdeckung“ der Vereinten Nationen und des Welt-sicherheitsrates zur Konfliktregelung, die außergewöhnliche Bedeutung der Nichtregierungsorganisationen auf der UNCED-Konferenz in Rio 1992 und die Verhandlungen über die Wirtschafts- und Währungsunion in Europa nach Schaffung der Europäischen Union in den Maastrichter Verträgen.

Die angesprochenen Formen der Verregelung internationaler Beziehungen zeigen zweierlei. Erstens greifen entgegen der geoökonomischen Ansichten internationale Institutionen wirksam in globale Verflechtungen ein. Ihre regulierende Wirkung hat zudem hinsichtlich der Weltwirtschaftsbeziehungen und kriegerischen Auseinandersetzungen in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Die europäische Entwicklung hat zudem „exemplarisch“ gezeigt, welche integrativen Effekte die Aufgabe, Verlagerung und Neuformierung staatlicher Souveränität aufweisen. Dadurch sind in jüngster Zeit weitere Integrationsversuche angestoßen worden. Zweitens sind besonders bei den „neuen“ Themen der globalen Agenda, wie die Frage der Nachhaltigkeit und der Menschenrechte sowie die Zukunft der Süd-Nord-Beziehungen zunehmend die Nichtregierungsorganisationen diejenigen, die die Tagesordnung prägen, neue Koalitionen begründen und die Öffentlichkeit mobilisieren. Die banale Erkenntnis, daß bestimmte Probleme vor Staatsgrenzen nicht haltmachen, befördern neue institutionelle Formen zur angemessenen Aufarbeitung und Eindämmung latenter und manifester Konflikte.

Die Interpretation der Globalisierung in Theorien internationaler Beziehungen

Nach einer Theoriegruppierung von MEYERS (1993) haben damit die Varianten der theoretischen Betrachtung internationaler Beziehung an Bedeutung gewonnen, die er mit dem Begriff Globalismus zusammenfaßt. Die zunehmende Interdependenz auf der globalen Ebene in wirtschaftlicher, politischer und ökologischer Hinsicht sei auf neue Beziehungsnetze und Handlungssysteme zwischen „staatlichen und nichtstaatlichen transnationalen und internationalen Akteuren sowie gouvernementalen und nichtgouvernementalen internationalen Organisationen“ zurückzuführen. Gleichzeitig bestehe eine „enge Verbindung zwischen innergesellschaftlichen und internationalen Handlungsparametern und -spielräumen“ (MEYERS 1993:65). Gemeinsames Merkmal der globalistischen Theorien internationaler Beziehungen ist die Aufgabe bzw. Ablehnung einer staatenzentrierten Perspektive zugunsten individueller und/oder gesellschaftlicher Akteure und Beziehungen, die transnational orientiert sind. Weiterhin unterscheidet MEYERS

zwischen zwei Arten des Globalismus, die zu ganz unterschiedlichen normativen und praktischen Schlußfolgerungen gelangen:

- i) Der interdependenzorientierte Globalismus versucht die Bedingungen ökonomischen Wachstums und der wirtschaftlichen Wohlfahrt in einer interdependenten Welt zu klären und formuliert als Hauptziel die Friedenssicherung durch Kooperation und Interessenausgleich im Netzwerk inter- und transnationaler Organisationen (MEYERS 1993:72).
- ii) Der dependenzorientierte Globalismus oder die politische Ökonomie internationaler Beziehungen betrachtet wirtschaftliche und gesellschaftliche Erscheinungen als Teil der antagonistischen und krisengeschüttelten Entwicklung des Kapitalismus auf globaler Ebene und will zum kritischen Verständnis, zur Korrektur von Ungerechtigkeiten und zur Aufhebung von personellen und strukturellen Zwängen beitragen (TUDYKA 1990).

zu i) In der gegenwärtigen Debatte über die politische Bedeutung der weltwirtschaftlichen Veränderungen dominiert die zuerst genannte Variante unter besonderer Betonung eines liberalistischen Dogmas. Die Anhänger des interdependenzorientierten Globalismus vertrauen marktwirtschaftlich verfaßten Weltwirtschaftssystemen als wirtschaftliche Basis gesellschaftlicher Entwicklung. Neoliberale Ideologien kombiniert mit Freihandelsdoktrinen sind derzeit die vorherrschenden Ausdrucksformen der Globalisierung, die sich in allen wirtschaftlich wichtigen Regionen gegen geökonomische Positionen und sozialstaatliche Programmatiken einer Steuerung und Umverteilung nach fordistischem Muster durchzusetzen scheinen. Der „neoliberale Globalismus“ erscheint als politisches Projekt zur Beantwortung der Mitte der siebziger Jahre einsetzenden Krise, das die nationalstaatliche Eigenständigkeit als ineffizient und als Ursache für Fehlallokationen ansieht. Es verwundert daher nicht, daß in Frankreich als dem Land, das als besonders wachsam gegenüber Fragen nationaler Souveränität gilt, die Kritik gegen diese Orientierung besonders laut wird. Danach würde die Durchsetzung des neoliberalen Globalismus die Errungenschaften von mehreren hundert Jahren Zivilisationsgeschichte gefährden (Die Zeit, 52/96, S. 4)¹⁰.

zu ii) Auch der dependenzorientierte Globalismus geht nicht von einem a-priori bestehenden Staatskonzept aus. Der Staat wird vielmehr als eine Form globaler gesellschaftlicher Verhältnisse interpretiert, die historischen Veränderungen und regionalen Differenzierungen unterliegt¹¹. Wenn sich die Verhältnisse grundlegend wandeln, dann ist auch eine veränderte Form des Staates anzunehmen.

Der Begriff Globalisierung benennt in diesem Ansatz den derzeit stattfindenden Wandel der Verhältnisse, der häufig durch die widersprüchlich erscheinenden Trends der Vereinheitlichung und Fragmentierung oder Partikularisierung charakterisiert wird (ALTVATER und MAHNKOPF 1996). Als *Vereinheitlichung* wird dabei die Unterwerfung (oder die Dependenz) der politischen, kulturellen und ökologischen Beziehungen unter die alle Besonderheiten und

¹⁰ Jedoch stößt der neoliberale Globalismus zunehmend auch auf Grenzen. Sie werden dort sichtbar, wo die sozialen und ökologischen Kosten des Freihandels und der Aktivitäten der transnationalen Unternehmungen bilanziert werden. Paradoxerweise treten Vertreter dieser Richtung solchen territorialen Grenzen nicht entgegen, die soziale Ungleichheiten und den status-quo der Reichtumsverteilung zementieren, denn „die Masse der Weltbevölkerung würde heute mit dem Verlust nationaler Souveränität gewinnen und hätte bei Globalisierung ökonomischer Verhältnisse alles Interesse, den Prozeß der politischen Globalisierung über die in gewisser Weise passive Antwort der Migration hinaus zu forcieren“ (KNIEPER 1993:70). Somit besteht in der Realpolitik gewissermaßen eine strategische Allianz zwischen der geökonomischen Verteidigung territorialer Souveränität und der kosmopolitischen Liberalität. Auch die Europäische Integration ist unter der Bezeichnung „Festung Europa“ leicht in ein derartiges Bild einzupassen (KOPMAN 1995).

¹¹ Definitionsbeispiel: „Jeder Nationalstaat ist ein Moment der Weltgesellschaft, eine territoriale Fragmentierung einer Gesellschaft, die sich über die gesamte Welt ausdehnt“ (HOLLOWAY 1993:20).

Eigenständigkeiten nivellierende Raum-Zeit-Matrix der globalen Markt- und Geldwirtschaft angesehen. Wichtige Aspekte dieses Prozesses sind bereits skizziert worden. ALTVATER und MAHNKOPF betonen dabei einen Vorgang, den sie nach POLANYI „disembedding“ (Entbettung, Entankerung) nennen und der angesichts unserer Fragestellung als Entterritorialisierung bezeichnet werden könnte. Für problematisch halten die Autoren diesen Prozeß nicht etwa deshalb, weil dadurch die Territorialität des Nationalstaates ausgehöhlt wird, sondern weil sich hierin die zunehmende Unterwerfung der sozialen (und natürlichen) Beziehungen unter die Bedingungen des marktvermittelten Austausches von Waren und Geld ausdrückt.

Kehrseite der Vereinheitlichung sind die Ungleichzeitigkeiten und Ungleichmäßigkeiten der gegenwärtigen kapitalistischen Entwicklung, für die sich verschiedene Erscheinungsformen aufzeigen lassen. Sie drücken sich beispielsweise durch die Transformation der Nationalstaaten in Wettbewerbsstaaten aus, die mit anderen Nationalstaaten darum konkurrieren, „einen Teil des weltweit produzierten Mehrwerts auf ihr Territorium zu ziehen“ (HOLLOWAY 1993:23, ähnlich auch HIRSCH 1995). Die Konkurrenz führt zur *Fraktionierung* des global vereinheitlichten Marktes und zwangsläufig entstehen neue regionale Disparitäten. Diese Auffassung kommt der geökonomischen Position sehr nahe, auf die beispielsweise ALTVATER und MAHNKOPF (1996) auch explizit Bezug nehmen.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß die globale Akkumulationsdynamik zwar alle Wirtschaftsräume der Erde umfaßt, einige aber mangels ausreichender struktureller Kohärenz (HARVEY 1985) nicht integriert sind. Großräumig betrifft dieses besonders Teile Afrikas südlich der Sahara, die gewissermaßen bedeutungslos für den Globalisierungsprozeß geworden sind und damit dem Prozeß der *Marginalisierung* unterliegen. Der dadurch wiederkehrende Raumtyp der „terra incognita“ wird eindrucksvoll von RUFIN (1993) und KAPLAN (1996) beschrieben.

Davon lassen sich *kulturelle Fragmentierungen* unterscheiden (TIBI 1996, TAYLOR u.a. 1995), die den Widerstand gegen die marktvermittelten und vereinheitlichenden Wirkungen der Globalisierung charakterisieren. Diese Gegenbewegung greift auf traditionelle Werte, Religion, Sprache und Ethnizität zurück und kann in Form eines sich regionalistisch gebenden Widerstands auch zur Erosion des Nationalstaats „von unten“ beitragen (ANDERSON 1995).

Der Begriff *Fraktalisierung* thematisiert schließlich den Trend der generellen Erosion des Nationalstaats und die Auflösung territorial bestimmter Formen. ALTVATER und MAHNKOPF nehmen mit dieser Anleihe aus der Chaostheorie Tendenzen auf, die oben als postmoderne Orientierung (RUGGIE) bereits angesprochen worden sind. Fraktalisierung kennzeichnet das Spannungsverhältnis zwischen dem Bestehenden, das strukturell umgewandelt wird, und dem Neuen als „Reproduktion von Institutionen und Funktionsabläufen nach dem Prinzip der Selbstähnlichkeit auf verschiedenen Ebenen des globalen Systems“ (ALTVATER und MAHNKOPF 1996: 107).

Die Tendenzen der Fraktalisierung, Marginalisierung, Fragmentierung und Fraktalisierung, die sicherlich einer weiteren theoretischen und empirischen Klärung bedürfen, differenzieren das „principle of interdependence“, das im Zentrum der Global-Lokal-Verkopplung steht. Mit Beispielen für die kleinräumige Maßstabsebene lassen sich abschließend einige Interdependenzen aufzeigen, die die Fraktionierung als Wettbewerb der Städte und Regionen und eine Fraktalisierung der räumlichen Organisation des Staates unterstreichen.

Erosion des Nationalstaates „von unten“

Wie an anderer Stelle herausgearbeitet worden ist, führen Globalisierungsprozesse zu einem Bedeutungsgewinn der Politik und Ökonomie auf lokaler und regionaler Ebene (DANIELZYK und OBNBRÜGGE 1996). Dieser ergibt sich zum einen als Folge der abnehmenden Steuerungsfähigkeiten auf nationalstaatlicher Ebene und erscheint in diesem Sinn als Handlungszwang der Städte und Regionen, in der globalen Standortkonkurrenz zu bestehen. Auch dieses ist ein Ausdruck des Wettbewerbsstaates, der daher nicht als national anzusprechen ist. Seine Orga-

nisation erfolgt vielmehr unter den Bedingungen des Wettbewerbs, die auf verschiedenen Maßstabsebenen mit entsprechend unterschiedlichen Konkurrenz- und Verflechtungsbeziehungen umgesetzt werden können. Die Städtekonkurrenz, der Wettbewerb der Regionen und die Stimulierung des Marktmechanismus durch die EU können dafür als Beispiele angesehen werden. Jedoch ist der neue Wettbewerb der Regionen nur eine, von den politischen und planenden Akteuren der lokalen und regionalen Ebene und in der Wissenschaft zumeist stark überbewertetes Moment der Globalisierung.

Als bedeutungsvoller ist zum anderen der Trend anzusehen, der sich hinsichtlich der politischen Organisation des Raumes als komplementär zur wirtschaftsräumlichen Umstrukturierung erweist. So hat die flexible Akkumulation insgesamt zwar eine Vervielfachung von Unternehmensstrategien und Arbeitsbeziehungen hervorgebracht, die aber auch deutliche Ansätze zur Regionalisierung von Produktionssystemen und zur Förderung regionaler Spezialisierung aufweisen. Eine regionale Integration der Produktion gelingt aber nur unter den Bedingungen struktureller regionaler Kohärenz, die neben marktwirtschaftlich vermittelter Faktoren wie die Realisierung externer Ersparnisse oder die Verminderung von Transaktionskosten, auch aus Faktoren gebildet wird wie soziale Kohäsion und regionalpolitisches Steuerungspotential. Die regionalisierbare Form der flexiblen Akkumulation, so die These, geht daher mit einer entsprechenden regionalen Regulationsweise einher. Von daher liegt die Vermutung nahe, daß in einer zunehmend komplexer werdenden Umwelt nur auf der regionalen Ebene politisch-ökonomische Entwicklungsmodelle entstehen können, die sowohl eine Funktionalität für den globalen Wettbewerb aufweisen als auch den Steuerungs- und Handlungsbedürfnissen der zukünftigen, im Prinzip nur noch aktionsräumlich integrierten Gesellschaften entsprechen (NARR und SCHUBERT 1994:252ff.; MAYER 1996; HEINZE, STRÜNCK, VOELZKOW 1997).

Weiterhin unterliegt der Territorialstaat auch wegen der Zunahme an grenzüberschreitenden Kooperationsformen zwischen Städten und Regionen einer Erosion „von unten“. Ein gutes Beispiel für die Verlagerung staatlicher Aktivitäten sind europäische Städtetnetze und grenzüberschreitende Formen der Raumordnung und Regionalplanung (OBENBRÜGGE 1994, 1996). Sie werden u.a. auch gezielt von der EU-Bürokratie eingesetzt, um die interregionale Zusammenarbeit zu stärken. Auf diese Weise nehmen die Außenbeziehungen des lokalen Staates zu, auf die bisher der Nationalstaat ein Monopolanspruch hatte.

Diese Trends können dahingehend zusammengefaßt werden, daß die durch die Globalisierung der Wirtschaft entstandenen Zwänge und Chancen zur proaktiven eigenständigen Regionalpolitik und Wirtschaftsförderung sich über Städtepartnerschaften und -kooperationen zu neuen Formen grenzüberschreitender Netzwerke erweitern (COOKE 1994), die sich unabhängig vom Territorialstaat erweisen. Somit läßt sich die These gut begründen, daß die abnehmende Kraft des Nationalstaates, die polarisierenden Effekte der Globalisierung abzufedern, im Gegenzug eine Aufwertung lokalstaatlicher Handlungsansätze ergibt. Zudem hat die Dynamik der auf der UNCED-Konferenz in Rio 1992 beschlossenen Lokalen Agenda, die in Europa durch die Charta von Aalborg 1994 eine Konkretisierung erfuhr, deutlich die politische Aufnahme des „global-local-nexus“ auf der kommunalen und stadtstaatlichen Ebene aufgezeigt. Hier entsteht eine neue Diskussion um globale Interdependenz und interregionale Solidarität im Kontext transnationaler politisch-geographischer Verflechtungen.

IV Schlußfolgerungen

Ab Mitte der siebziger Jahre kann eine rasche Zunahme neuer globaler wirtschaftlicher Verflechtungen beobachtet werden, die etappenweise zu einer globalen Arbeitsteilung geführt haben. Trotz der langen Geschichte weiträumiger Verflechtungen im Handel und in der Geldwirtschaft ist die heutige globale Arbeitsteilung etwas qualitativ neues und mit den durch sie bewirktem strukturellen Wandel sicherlich mit den Impulsen vergleichbar, die von der Industri-

alisierung im 19. Jahrhundert ausgingen. Die damit einhergehenden politischen Veränderungen sind in den Mitgliedstaaten der EU schon seit den achtziger Jahren spürbar geworden, als sie in weitgehende Integrationsschritte einmündeten, die zur „Erfindung“ neuer Formen der Staatlichkeit geführt und Europa in eine Vorreiterrolle politischer Systeminnovation gebracht haben. Auf der globalen Ebene sind die politischen Implikationen der Globalisierung erst mit dem Niedergang des real existierenden Sozialismus deutlicher geworden. Insgesamt wird im Kontext des politischen mit dem ökonomischen Strukturwandel ein komplexer Prozeß deutlich, der es durchaus als zulässig erscheinen läßt, das letzte Viertel des 20. Jahrhunderts als Beginn epochaler Veränderungen zu betrachten (RUGGIE 1993).

Im Zuge dieser Entwicklung gerät der Territorialstaat, der die mittelalterliche politische und wirtschaftliche Raumorganisation abgelöst hat, zunehmend unter Auflösungsdruck. Dabei liegt es nahe, die neuen staatlichen Organisationsformen, die gegenwärtig häufig mit dem Begriff Wettbewerbsstaat angesprochen werden, aus dem Globalisierungsprozeß abzuleiten. Jedoch ist das gegenwärtige Bild zu widersprüchlich als daß bereits jetzt die neue Identität eines postfordistischen Staates umrissen werden könnte.

Trotz der noch bestehenden Ungewisheiten dürfte es aber klar sein, daß sich die Territorialität der in den letzten Jahren aufkommenden staatlichen Beziehungen grundlegend gewandelt hat. Die geopolitische und geoökonomische Betonung der Kontinuität der Territorialstaaten ist kaum aufrechtzuerhalten. Dagegen sprechen die neuen transnationalen Beziehungen, beispielsweise getragen durch nichtstaatliche Akteure oder durch die außenpolitisch zunehmend aktive kommunale und förderale Ebene. Gegen die Kontinuitätsthese spricht weiterhin die Konvergenz und mit ihr die zunehmende Belanglosigkeit nationalstaatlicher Politikmuster angesichts der von den Regierungen forcierten Liberalisierung weltwirtschaftlicher Beziehungen. Der Bedeutungsverlust des Nationalstaates „von oben“ wird daher auch durch eine Erosion „von unten“ begleitet. Die durch diese Prozesse auftauchenden Chancen für neue, solidarische und demokratische Einflußnahmen lokaler Akteure auf regionale Entwicklungen, aber auch die möglichen Gefahren einer Vertiefung regionaler Disparitäten und militanter Regionalismen sind bisher nur angedacht. Von daher kann es als Hauptaufgabe der regionalen politischen und ökonomischen Geographie angesehen werden, die sich herausbildenden Formen zu untersuchen und die sich in ihnen abbildende kommende gesellschaftliche Realität kritisch zu kommentieren.

Summary

The importance of the territorial state in the globalisation process. Geo-economy or inter-regional linkages?

The contribution is dedicated to the question of the territoriality of states and takes up the discussions about the geoeconomic competition between nation states on one side and post-modern interpretations of the erosion of the nation state on the other side. The evolution and historical justification of both arguments are given and evaluated. Especially the geoeconomic position of E. LUTWAK is stressed and - because of geodeterministic causality - criticised. It is shown that globalistic positions of international relations theories are better grounded than realistic perspectives, especially when we try to understand recent global changes. The European experience gives examples of a multi-perspective position concerning post-international politics and forms a good starting point for a new theoretical perspective in political geography. Arguments which underline the erosion of the nation state „from above“ and „from below“ demonstrate how important it is to overcome the static geopolitical and geoeconomic tradition.

Literatur

- AGNEW, J.: The territorial trap - the geographical assumptions of international relations theory. *Review of International Political Economy*, 1 (1994). H.1, S. 53-80.
- ALTVATER, E. und B. MAHNKOPF: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster 1996.
- ANDERSON, J.: The exaggerated death of the nation-state. In: J. ANDERSON u.a. (Hrsg.): *A Global World? Re-ordering Political Space*. Oxford 1995, S. 65-112.
- BORMANN, A. u.a.: Regionalismustendenzen im Welthandel. Baden Baden 1995 (Veröff. des HWWA-Instituts für Wirtschaftsordnung, Hamburg).
- BRAUDEL, F.: Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts. München. Bd.: Der Handel. 1990a.
BD.: Aufbruch zur Weltwirtschaft. 1990b.
- BULL, H.: *The Anarchical Society*. London 1977.
- COOKE, PH.: Innovation networks and regional development: Learning from European experience. In: W. KRUMBEIN (Hrsg.) *Ökonomische und politische Netzwerke in der Region*. Münster 1994, S. 233-248.
- DANIELZYK, R. und J. OENBRÜGGE: Lokale Handlungsspielräume zur Gestaltung internationalisierter Wirtschaftsräume. *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, 40 (1996) H. 1-2, S. 101-112.
- DICKEN, P.: Global-local Tensions: Firms and states in the global space economy. *Economic Geography* 90 (1994), S. 101-128.
- EHLERS, E: Kulturkreise - Kulturerde - Clash of civilizations. Plädoyer für eine gegenwartsbezogene Kulturgeographie. *Geographische Rundschau*, 48 (1996) H. 6, S. 338-345.
- FABER, K.G.: Zur Vorgeschichte der Geopolitik. Staat, Nation und Lebensraum im Denken deutscher Geographen vor 1914. In: H. DOLLINGER u.a. (Hrsg.): *Weltpolitik, Europagedanke, Regionalismus*. Münster 1982, S. 389-406.
- FISCHER, F.: *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911-1914*. Düsseldorf 1970.
- HARVEY, D.: The Geopolitics of Capitalism. In: D. GREGORY und J. URRY (Hrsg.) *Social Relations and Spatial Structures*. London 1985, S. 128-163.
- HEINZE, R., CH. STRÜNCK und H. VOELZKOW: Die Schwelle zur globalen Welt: Silhouetten einer regionalen Modernisierungspolitik. In: U. BULLMANN und R. HEINZE (Hrsg.): *Regionale Modernisierungspolitik. Nationale und internationale Perspektiven*. Opladen 1997, S. 317- 346.
- HIRSCH, J.: *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*. Berlin 1995.
- HOLLOWAY, J.: Reform des Staates: Globales Kapital und nationaler Staat. *PROKLA* 23 (1993), H. 90, S. 12-33.
- ISHIHARA, S.: *Wir sind die Weltmacht. Warum Japan die Zukunft gehört*. Berg. Gladbach 1992.
- JUDT, T.: *Große Illusion Europa*. München 1996.
- KAPLAN, R.D.: *Reisen an die Grenzen der Menschheit*. München 1996.
- KNIEPER, R.: Staat und Nationalstaat. Thesen gegen eine fragwürdige Identität. *PROKLA* 23 (1993) H.90, S. 65-71.
- KOFMAN, E.: Citizenship for some but not for others: Spaces of citizenship in contemporary Europe. *Political Geography* 14 (1995) H.2. S. 121-138
- KOST, K.: Die Einflüsse der Geopolitik auf Forschung und Theorie der Politischen Geographie von ihren Anfängen bis 1945. Bonn 1988 (Bonner Geographische Abhandlungen 76).
- KRUGMAN, P.: Globales Dorf, Lokale Wirtschaft. *Der Überblick* 31 (1995) H.1. S. 12-15.
- LUTTWAK, E.: *Weltwirtschaftskrieg*. Reinbek 1994.
- LUTZ, B.: *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*. Frankfurt 1989.
- MAYER, M.: Postfordistische Stadtpolitik. *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, 40 (1996) H. 1/2, S. 101-112.
- MEYERS, R.: Die Theorie der internationalen Beziehungen im Zeichen der Postmoderne. *Welt Trends*, 1 (1993), H.1, S. 51-79.
- MURRAY, R.: The internationalization of capital and the nation-state. *New Left Review* 67 (1971) S. 84-109.
- NARR, W.-D. und A. SCHUBERT: *Weltökonomie. Die Misere der Politik*. Frankfurt 1994.

- O'BRIAN, R.: Global financial integration: the end of geography. London 1992 (Chatham House papers).
- O'LOUGHLIN, J. and L. ANSELIN: Geo-economic competition and trade bloc formation. United States, German, and Japanese exports, 1968-1992. *Economic Geography* 91 (1995), S. 131-160.
- OBENBRÜGGE, J.: The evolution of a new political geography in "Germany". *Nordisk Samhälls geografisk Tidskrift* 13 (1991), S. 3-18.
- OBENBRÜGGE, J.: Economic interaction and cooperation along the German-Polish border in comparative perspective. In: W. GALLUSSER (Hrsg.): *Political boundaries and coexistence*. Bern u.a. 1994, S. 95-102. (Proceedings of the IGU-Symposium 1994.)
- OBENBRÜGGE, J.: Oddziaływania gospodarcze i współpraca na niemiecko-polskim oszarze przygranicznym - perspektywa porównawcza. *Biuletyn Polska Akademia Nauk, Zeszyt* 171 (1996), S. 31-41.
- OBENBRÜGGE, J.: Welthandel - funktionale Verflechtungen von Wirtschaftsräumen. In: *Länder, Völker und Kontinente*, Bd. 1, Die Erde als Natur- und Lebensraum. Gütersloh 1997, S. 363-378. (Die Große Bertelsmann Lexikothek)
- OBENBRÜGGE, J. and G. SANDNER: Zum Status der Politischen Geographie in einer unübersichtlichen Welt. *Geographische Rundschau* 46 (1994), S. 676-684.
- RISSE-KAPPEN, TH.: Vom Ost-West-Konflikt zur internationalen Unübersichtlichkeit. *Der Bürger im Staat*, 45 (1995) 1, S. 3-7.
- ROSENAU, J.N.: *Turbulence in world politics: A theory of change and continuity*. Princeton 1990.
- RUFIN, J.-C.: *Das Reich und die neuen Barbaren*. Berlin 1993.
- RUGGIE, J.G.: Territoriality and beyond: problematizing modernity in international relations. *International Organization* 47 (1993) H.1., S. 139-174.
- SACK, R.D.: *Human territoriality. Its theory and history*. Cambridge u.a. 1986
- SANDNER, G.: The Germania triumphans syndrome and Passarge's Erdkundliche Weltanschauung. *Political Geography Quarterly*, 8 (1989) H.4, S. 341-352.
- SANDNER, G.: Deterministische Wurzeln und funktionaler Einsatz des "Geo" in Geopolitik. *Welt Trends* (1994) H.4. S. 8-20.
- SENGHAAS, D.: *Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation*. Frankfurt 1977.
- TAYLOR, P.J., M.J. WATTS and R.J. JOHNSTON: Remapping the world: What sort of map? What sort of world? In: R.J. JOHNSTON u.a. (Hrsg.): *Geographies of Global Chance*. Oxford 1995. S. 377-385.
- THUROW, L.: *Kopf an Kopf. Wer siegt im Wirtschaftskrieg zwischen Europa, Japan und den USA*. Düsseldorf u.a. 1993.
- THUROW, L.: *Die Zukunft des Kapitalismus*. Düsseldorf 1996.
- TIBI, B.: Strukturelle Globalisierung und kulturelle Fragmentierung. *Internationale Politik*, 51 (1996) H.1, S. 29-36.
- TÖMMEL, I.: Europäischer Binnenmarkt und mediterrane Peripherie. *PROKLA* 19 (1989) H. 75, S. 129-46.
- TÖMMEL, I.: EU: Internationale Regulation und lokale Modernisierung. *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 40 (1996) H.1-2, S. 101-112.
- TUDYKA, K.: Politische Ökonomie der internationalen Beziehungen. In: V. RITTBERGER (Hrsg.) *Theorie der Internationalen Beziehungen*. Opladen 1990, S. 130-150 (Sonderheft der PVS).
- WARREN, B.: The internationalization of capital and the nation-state: a comment. *New Left Review* 68 (1971) S. 83-88.
- ZÄNKER, A.: *Die Zukunft liegt im Osten: Zwischen Warschau und Wladiwostok - von der Krise zum Großen Boom*. Wien 1995.

Prof. Dr. Jürgen Obenbrügge
 Institut für Geographie der Universität
 Bundesstraße 55
 D-20146 Hamburg

Stefan Bringezu

Jenseits von Deutschland

Die physische Basis unseres Wirtschaftens

Anforderungen und Möglichkeiten einer ökologisch zukunftsfähigen Entwicklung europäischer Regionen

Zusammenfassung

Innerhalb der EU und von Europa als ganzem kommt Deutschland eine besondere Verantwortung zu, die physische Grundlage seines und des gemeinschaftlichen Wirtschaftens in einer dauerhaft zukunftsfähigen Weise zu sichern, ohne den damit verbundenen "ökologischen Rucksack" anderen aufzubürden. Bei der Gestaltung der weiteren Entwicklung der verschiedenen Wirtschaftsräume werden die physischen Austauschprozesse zwischen Wirtschaft und Natur (Rohstoffentnahme, Abgabe von Emissionen und Abfällen) sowie zwischen den verschiedenen Regionen (Handelsströme) künftig stärker zu berücksichtigen sein. Als eine wichtige Voraussetzung für eine ökologisch zukunftsfähige Entwicklung kann die Verminderung des Ressourcenverbrauchs der Industrieländer um einen Faktor 10 in den nächsten 50 Jahren angesehen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Ressourcenbasis eines Wirtschaftsraumes nicht nur die Rohstoffentnahme auf dem eigenen Territorium umfaßt. Auch die Güter des interregionalen Handels tragen ihren "ökologischen Rucksack", d.h. ihre Bereitstellung ist mit Stoffflüssen verbunden, welche die Umwelt zumeist in anderen Regionen belasten. Auf der Basis umfassender empirischer Daten für Deutschland und seine Handelsströme werden Strategien und Lösungsansätze vorgestellt, mit deren Hilfe europäische Regionen ihre Potentiale nutzen und ihre Wirtschaften auf eine zukunftsfähige Basis der stofflich-energetischen Versorgung stellen können.

1. Anforderungen an eine zukunftsfähige Entwicklung

Das übergeordnete Ziel für die gesamte künftige Entwicklung der Weltgemeinschaft wird heute mit dem Begriff "Sustainable Development" umschrieben. Im Deutschen wurde er mit "nachhaltige Entwicklung", "dauerhafte Entwicklung", "tragfähige Entwicklung", "dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung" (vgl. SRU 1996), "zukunftsfähige Entwicklung" (SIMONIS 1991) und "nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung" (ENQUETE-KOMMISSION 1994) übersetzt.

Der Begriff wurde wesentlich geprägt durch die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, die nach deren Vorsitzenden auch als "Brundtland-Kommission" bezeichnet wird. Der Abschlußbericht erschien 1987 (WORLD COMMISSION ON ENVIRONMENT AND DEVELOPMENT 1987). Er definierte *Sustainable Development* als eine Entwicklung, welche die Bedürfnisse der Gegenwart einlöst, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu beeinträchtigen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen.

Hinter dieser Zielbeschreibung verbargen sich global recht unterschiedliche Interessenlagen. Während von industrialisierten Ländern des Nordens der Schutz der Umwelt in den Vordergrund gestellt wurde, waren die Länder des Südens hauptsächlich an einer nachholenden wirtschaftlichen Entwicklung interessiert. Auch heute wird der Begriff noch nicht einheitlich gebraucht. Allgemeiner Konsens scheint sich allerdings in der Einschätzung abzuzeichnen, daß eine zukunftsfähige Entwicklung mehrere Dimensionen umfaßt. Nur wenn ökologische, ökonomische und soziale Mindestanforderungen erfüllt sind, besteht die Möglichkeit, daß die gesellschaftliche Entwicklung in einen tragfähigen Korridor mündet. Dies bedeutet, daß ökologische

Probleme nicht isoliert gesehen werden dürfen, sondern daß ihre Analyse und ihre Behebung einen integrativen Ansatz notwendig machen.

Die Vielschichtigkeit der Interpretation spiegelte sich auch in der politischen Grundsatzerklärung über Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen ("Rio-Deklaration") 1992 sowie in der Absichtserklärung der Agenda 21 (UNITED NATIONS 1992) die eine umfassende wie stückwerkhaftige Liste der als nötig erachteten Aktionen enthält. Zwar wurden in der Rio-Erklärung das Vorsorgeprinzip weltweit anerkannt, eine besondere Verantwortung der Industrieländer betont und die Notwendigkeit eines neuen umweltverträglichen Wohlstandsmodells eingesehen. Aber verbindliche Schutzziele und Pläne zu ihrer Erreichung wurden nicht vereinbart. Ein wesentlicher Grund waren zum einen die unterschiedlichen Interessenlagen der verschiedenen Länder. Zum anderen waren die Möglichkeiten vielfach noch nicht gegeben, die verschiedenen Dimensionen zukunftsfähiger Entwicklung zu operationalisieren.

Allgemeine Anforderungen an eine dauerhaft aufrecht zu erhaltende Entwicklung waren zunächst unter ökonomischen Gesichtspunkten formuliert worden. So wurde erkannt, daß bei Mißachtung bestimmter Regeln die Grundlagen und Bedingungen des Wirtschaftens zerstört bzw. beeinträchtigt werden können. So wurden drei grundlegende "Management-Regeln" formuliert (BARBIER 1989, DALY 1990, PEARCE und TURNER 1990, MEADOWS et al. 1992, vgl. auch ENQUETE-KOMMISSION 1994), nach denen

- (1) die Nutzungsrate erneuerbarer Ressourcen deren Regenerationsrate nicht übersteigen darf,
- (2) die Nutzung nichterneuerbarer Ressourcen nur in dem Umfang erfolgen soll, in dem ein physisch und funktionell gleichwertiger Ersatz in Form erneuerbarer Ressourcen oder höherer Produktivität der erneuerbaren sowie der nichterneuerbaren Ressourcen geschaffen wird, und
- (3) der Eintrag von Stoffen in die Umwelt die Aufnahmekapazität bzw. Belastbarkeit der Umwelt nicht überschreiten darf.

Die Situation der Weltwirtschaft ist gegen Ende des 20. Jahrhunderts weit von der Einhaltung jener Regeln entfernt. Nachwachsende Rohstoffe werden insbesondere (aber nicht nur) in den Ländern des Südens übernutzt (Weidegebiete, Wälder usw.), mit der Folge, daß die natürliche Reproduktionsbasis verringert wird (durch Bodenerosion etc.). Rückstellungen für die Nutzung erneuerbarer Ressourcen werden beim Abbau von Erdöl und Kohle praktisch nicht getätigt. Der Eintrag von Stoffen in die Umwelt überschreitet in vielen Fällen ein akzeptables Maß.

Während in den sechziger und siebziger Jahren angenommen wurde, daß hauptsächlich die Verknappung natürlicher Ressourcen die ökonomische und soziale Entwicklung begrenzen würde (z. B. MEADOWS et al. 1972), wurde in den achtziger und neunziger Jahren immer deutlicher, daß die ökologischen Grenzen eher durch die Überbeanspruchung der Aufnahmekapazität der Umwelt für Emissionen und Abfälle spürbar werden (z.B. MEADOWS et al. 1992). Neben der Bedeutung einzelner Schadstoffe trat auch der Mengendurchsatz von Energie und Materialien als grundlegendes Problem, das eine zukunftsfähige Entwicklung behindert, in das Blickfeld (z.B. SCHMIDT-BLEEK 1994).

Die (Über-)Nutzung von Ressourcen und die (Über-)Inanspruchnahme der Aufnahmekapazität der Umwelt erfolgt bezogen auf die verschiedenen Länder weltweit sehr ungleich verteilt. Dabei sind es vor allem die industrialisierten Länder, die mit relativ wenigen Einwohnern den größten Anteil am weltweiten Ressourcenverbrauch aufweisen. Eine zukunftsfähigere Entwicklung wird dagegen vielfach an das normative Kriterium der intragenerativen Gerechtigkeit geknüpft, d.h. daß die Nutzungsrechte der Weltbevölkerung an der Umwelt in jeder Generation gleich verteilt sein sollten.

Um konkrete Umweltziele zu entwickeln, die bezogen auf Ressourcennutzung und Emissionen absolute Belastungsgrenzen widerspiegeln und die nationalen Handlungserfordernisse nach dem Prinzip der internationalen Verteilungsgerechtigkeit ausweisen, wurde von OPSCHOOR (1992) das Konzept des Umweltraumes entwickelt. Darunter wird der - funktio-

nale - Raum verstanden, den die Menschen in der natürlichen Umwelt nutzen können, ohne wesentliche (ausgewählte) Charakteristika nachhaltig zu beeinträchtigen. Für die jeweiligen Zielparameter (z.B. Nutzung von fossilen Energieträgern) wird jeweils der weltweit zulässige Umfang bestimmt und - bezogen auf ein künftiges Stichjahr - pro Kopf auf die Weltbevölkerung verteilt. Aus der Differenz zwischen tatsächlichem aktuellen Pro-Kopf-Verbrauch und dem angestrebten globalen Pro-Kopf-Wert ergibt sich die nötige Minderung für das betrachtete Land. Durch die Pro-Kopf-Normierung soll das o.g. Gerechtigkeitskriterium umgesetzt werden. Das Konzept des Umweltraumes ist damit ein normatives Konzept. Es wurde bislang u.a. in Studien über die Niederlande (FRIENDS OF THE EARTH NETHERLANDS 1992; DUTCH ADVISORY COUNCIL FOR RESEARCH ON NATURE AND ENVIRONMENT 1994), für Europa (FRIENDS OF THE EARTH EUROPE 1995) und für Deutschland (BUND/MISEREOR 1996) angewandt.

Bei der Umsetzung des Prinzips der internationalen Gleichberechtigung in Bezug auf die Umweltnutzung ergibt sich bei einer Pro-Kopf-Verteilung, z.B. über das Konzept des Umweltraumes, aufgrund des überdurchschnittlichen Umweltverbrauchs in den Industrieländern für diese die Notwendigkeit einer drastischen Reduktion.

Ausgehend von der Feststellung, daß der Material- und Energiedurchsatz der Weltwirtschaft vermindert werden muß, um ein zukunftsfähiges Niveau zu erreichen, schätzte SCHMIDT-BLEEK (1992) die notwendigen Relationen ab. Würde man sich darauf verständigen, den globalen Verbrauch innerhalb von ca. 50 Jahren zu halbieren - und dies erscheint ein notwendiger Schritt in Richtung einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung -, so hätte dies bei einer Ausgangssituation, in der ca. 20 % der Menschheit in den Industrieländern ca. 80 % der Ressourcen verbrauchen und mit dem Ziel eines gleichverteilten Ressourcenzugriffs zur Folge, daß die Industrieländer ihren Ressourcenverbrauch in diesem Zeitraum um ca. 90 % bzw. um einen Faktor 10 vermindern müßten. Diese Größenordnung wurde von den o.g. Studien, die das Konzept des Umweltraumes anwandten, auch auf der Basis ausgewählter Stoffverbräuche bestätigt.

Verbindliche und nachprüfbar Umweltziele zur Förderung einer zukunftsfähigen Entwicklung müssen von den meisten Industriestaaten erst noch beschlossen werden. Eine Verminderung des Ressourcenverbrauchs (bzw. eine entsprechende Erhöhung der Ressourcenproduktivität) um einen Faktor 10 wird im Nationalen Umweltplan von Österreich erwähnt (NUP 1995). Der Umweltministerrat der OECD empfahl eindrücklich im Hinblick auf einen Faktor 10, die Potentiale einer Erhöhung der "Öko-Effizienz" in der OECD zu ermitteln (OECD 1996).

Für Deutschland liegt noch kein Nationaler Umweltplan vor. Nationale Umweltziele zur Umsetzung einer global nachhaltigen Entwicklung wurden hier zunächst von Forschungsseite mit Unterstützung von Umweltverbänden und gesellschaftlich engagierten Gruppen formuliert. Erwähnt sei die vom Wuppertal Institut erarbeitete Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" (BUND/MISEREOR 1996). In der Folge nahmen auch staatliche Stellen diese Diskussion auf (BMU 1996).

Die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" faßte den aktuellen wissenschaftlichen Diskussionsstand zusammen und versuchte, darüber hinausgehend auf der Basis einer umfassenden Bestandsaufnahme umweltpolitische Ziele und gesellschaftliche Leitbilder einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung aufzuzeigen. Dabei wurde es als grundlegend wichtig erachtet, die bisherige im wesentlichen an einer Schadstoffkontrolle orientierte, reaktive Umweltschutzstrategie zu ergänzen durch eine pro-aktive Strategie der Verringerung des Ressourcenverbrauchs (Abb. 1). Um ausgehend vom Status quo eine ökologisch zukunftsfähige Entwicklung zu erreichen, gilt es, zum einen spezifische Umweltprobleme zu mindern und zum anderen die strukturell bedingte "Grundbelastung" der Umwelt infolge eines überhöhten Ressourcenverbrauches auf ein risikoarmes, auf Dauer aufrechtzuerhaltendes Niveau abzusenken. Gerade diesem zweiten Aspekt kommt eine besondere Bedeutung im Hinblick auf eine vorsorgende Um-

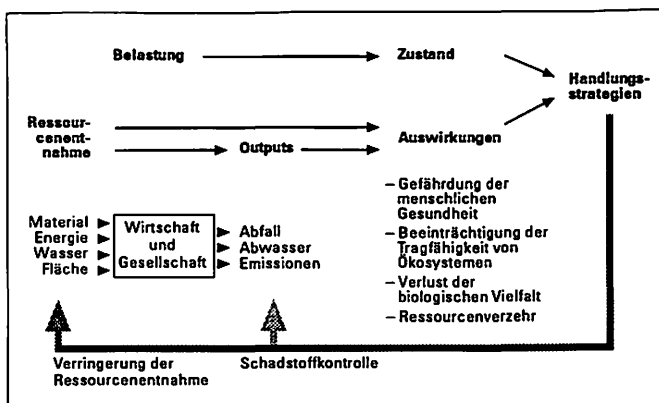


Abb. 1: Komplementäre Strategien der Umweltentlastung: Schadstoffkontrolle zur Abwehr erkannter Gefahren und Minimierung der Ressourcenentnahme als vorsorgeorientierte Strategie der Gefahrenvermeidung. Quelle: BUND/MISEREOR 1996.

weltpolitik zu. Ohne eine Verminderung des Ressourcenverbrauches insbesondere in den Industrieländern ist zu erwarten, daß die nachsorgenden reaktiven Maßnahmen zur Bekämpfung dort und anderswo offenkundig gewordener spezifischer Probleme weiter zunehmen werden.

Wesentlich bei der Formulierung der Umweltziele in der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" ist daher - unabhängig von den einzelnen Zielwerten - der dualistische Ansatz. In komplementärer Weise wurden dabei zum einen an bestimmten Umweltproblemen eher nachsorgend orientierte Minderungsziele einbezogen (in Bezug auf spezifische Stoffemissionen z.B von Kohlendioxid, Schwefeldioxid, Stickoxide, Ammoniak). Zum anderen wurden allgemeine vorsorgeorientierte Ziele formuliert. Die vorsorgeorientierten Ziele basieren auf den Parametern Energieverbrauch, Materialverbrauch und Flächenbelegung. Als längerfristiges Ziel wird eine Verminderung des Energie- und Materialverbrauches um durchschnittlich 80 bis 90 % bzw. um einen Faktor 5 bis 10 angesehen. Die Flächennutzung soll sich auf ein konstantes Maß einpegeln, so daß insbesondere die Siedlungs- und Verkehrsfläche längerfristig keine absolute Ausweitung mehr erfährt.

Diese Ziele orientieren sich an dem ökologisch Wünschenswerten. Die Machbarkeit wurde bislang nur an Einzelbeispielen belegt (z.B. WEIZSÄCKER et al. 1995, BIERTER et al. 1996). Bei der Umsetzung dieser Ziele kommt es den Autoren grundsätzlich darauf an, daß alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um mit weniger Material-, Energie- und Flächenverbrauch mehr Wohlstand bzw. Wertschöpfung zu erwirtschaften. Mit anderen Worten, das Ziel wird darin gesehen, die Ressourcenproduktivität langfristig deutlich zu steigern (vgl. SCHMIDT-BLEEK 1994).

Im folgenden wird zunächst der Status quo des stofflich-energetischen Durchsatzes der deutschen Wirtschaft beschrieben. Diese Informationen sollen - wie von HOFMEISTER und HÜBLER (1990) anhand von selektiven Stoffflußanalysen gefordert - eine systemweite und umfassende Informationsgrundlage bieten, die künftig für die Entwicklung und Erfolgskontrolle raumbezogener Politiken und Planungen genutzt werden kann.

2. Der Status quo

2.1 Die Durchflußwirtschaft

Eine Übersicht des Umfangs des jährlichen Stoffdurchsatzes der deutschen Volkswirtschaft ergibt sich bei Gegenüberstellung der Entnahmen aus der Umwelt und der Abgaben an die Umwelt innerhalb Deutschlands. Ergänzt man diese Angaben um die physischen Mengen der Importe und Exporte, so erhält man eine nationale Stoffstrombilanz (SCHÜTZ und BRINGEZU 1993, KUHN et al. 1994, BRINGEZU und SCHÜTZ 1995, STATISTISCHES BUNDESAMT 1995). Diese ist in Abb. 2 (rechte Seite) in Form eines Flußdiagramms dargestellt, welches alle technologisch bedingten und statistisch erfaßbaren Stoffdurchsätze mit Ausnahme von Wasser abbildet.

Interessant erscheinen folgende Ergebnisse:

- Der Vergleich von Input und Output ergibt, daß 1991 *zusätzlich* ca. 800 Mio Tonnen Materialien in der Technosphäre der deutschen Wirtschaft gespeichert wurden (z.B. in Form von neu errichteten Gebäuden, Anlagen, Straßen und anderen Infrastrukturen, Maschinen und anderen länger als ein Jahr genutzten Produkten). D.h. die Wirtschaft befindet sich zu diesem Zeitpunkt in einer physischen Wachstumsphase. Dieser Zustand ist nicht zuletzt aufgrund der damit verbundenen Ausdehnung der Siedlungs- und Verkehrsfläche per se nicht dauerhaft durchhaltbar.

Der Anteil abiotischer (= nicht nachwachsender) Rohmaterialentnahmen übersteigt im Inland die Entnahmen von biotischen (= nachwachsenden) Stoffen um ca. das 20fache (bezogen auf das Frischgewicht nachwachsender Materialien). Bedenkt man, daß bereits die Hälfte der Fläche der Bundesrepublik der Bereitstellung landwirtschaftlicher Produkte dient, so wird deutlich, daß der aktuelle und zukünftige Stoffbedarf nicht durch einen einfachen Umstieg auf die Nutzung von Biomasse möglich ist. Vielmehr sind erhebliche technologische Veränderungen nötig, wenn die stoffliche Basis der Wirtschaft dauerhaft belastbar gestaltet werden soll. Mit dem Input an Rohstoffen (z.B. Braunkohle) ist ein erheblicher Stoffumsatz an Materialien verbunden, die selbst nicht genutzt werden (z.B. nicht verwertete Extraktion, Abraum usw.) und der Umwelt in veränderter Form (z.B. in Form von Bergehalden) wieder überantwortet werden. Dabei übersteigt die Menge der Abraumhalden die Gesamtmenge von Industrie- und Siedlungsabfällen um das Zehnfache ¹⁾. Das Verhältnis der genutzten und ungenutzten Stoffentnahme kann als Indiz für die "Öko-Effizienz" der Rohstoffgewinnung angesehen werden (BRINGEZU und SCHÜTZ 1995). Im konkreten Fall der Braunkohle nahm die Effizienz in den alten Bundesländern von 1960 bis 1990 deutlich ab, da immer größere Mengen nicht verwertbarer Deckschichten abgeräumt werden mußten, um an die gleiche Menge Rohstoff zu gelangen.

- Auch der Input von nachwachsenden Rohstoffen ist mit einem nicht erwünschten Kuppelstrom bzw. einem "ökologischen Rucksack" in Form von Erosion verbunden. Diese lag im Inland in der gleichen Größenordnung wie das Trockengewicht der genutzten Biomasse (82 Mio t). BRINGEZU und SCHÜTZ (1995) belegten, daß die zunehmende Nutzung von Biomasse zwischen 1980 und 1989 mit einem überproportionalen Anstieg der durchschnittlichen Erosion verbunden war. Das macht deutlich, daß auch nachwachsende Rohstoffe nicht zum "ökologischen Nulltarif" genutzt werden können. Vielmehr kommt es auch dabei darauf an, Technologien mit einem möglichst geringen "ökologischen Rucksack" einzusetzen.

¹⁾ dabei gibt es keinen hinreichenden Grund, deren Auswirkungen als generell weniger belastend anzusehen, denn es handelt sich teilweise um die gleichen, teilweise um andere Probleme, die im einzelnen damit verbunden sein können.

2.2 Der transnationale "ökologische Rucksack"

Der globale Stoffaustausch mit der Natur, den ein Wirtschaftsraum infolge seiner Güterströme verursacht, beschränkt sich nicht nur auf das eigene Territorium. Betrachtet man die physische Basis einer Volkswirtschaft in Form der jährlichen Stoffentnahme aus der Umwelt, so müssen auch die jenseits des eigenen Verwaltungsgebietes induzierten Stoffflüsse berücksichtigt werden. Die *globale Stoffentnahme* (Total Material Input = TMI) kann als hochaggregierter Indikator ²⁾ für das Umweltbelastungspotential einer Volkswirtschaft im Hinblick auf ihre ökologische Zukunftsfähigkeit herangezogen werden (BRINGEZU und SCHÜTZ 1995, BRINGEZU et al. 1995). Auch die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland induziert durch ihren Außenhandel global deutlich größere Materialflüsse zwischen Natur und Technosphäre, als dies bei einer rein inländischen Betrachtung der Fall wäre (Abb. 2, linke Seite).

Generell umfaßt der "ökologische Rucksack" der Importe all jene Stoffströme, die "von der Wiege bis zur Grenze" bewegt werden, ohne in das eigentliche Importprodukt einzugehen. Diese Materialien werden meist in den Ursprungsländern mehr oder weniger verändert in Form von Extraktionsabfällen (Abraum, Aufbereitungsabfälle usw.) und Emissionen in die Umwelt abgegeben. Die hier dargestellten Werte stellen Abschätzungen der Mindestmengen dieser vorgelagerten Stoffflüsse dar. Sie werden in erster Linie bestimmt durch die nicht verwertete Extraktion bei nicht erneuerbaren Rohstoffen und die Erosion bei nachwachsenden Rohstoffen, welche die Umwelt in den Ursprungsländern belasten. Die vorgelagerten Stoffflüsse bei Halb- und Fertigwaren wurden aufgrund vorläufiger Daten über deren Hauptbestandteile und die spezifischen Material Inputs wichtiger Grundwerkstoffe auf der Basis inländischer Technologien hochgerechnet. Dabei wurden bundesdeutsche Daten, d.h. eher für Industrieländer typische Werte, zugrunde gelegt. Bei Technologien in "weniger entwickelten" Ländern sind eher noch höhere Werte anzunehmen.

Die Importe der deutschen Wirtschaft sind im Ausland mit Stoffströmen gekoppelt, welche dort die Umwelt rein mengenmäßig in der gleichen Größenordnung belasten wie die Rohstoffförderung innerhalb Deutschlands (ohne Wasser und Luft). Diese "ökologischen Rucksäcke" gilt es zu berücksichtigen, wenn im Inland strukturverändernde Maßnahmen geplant und umgesetzt werden, um eine zusätzliche Verlagerung stoffflußbedingter Umweltbelastungen in andere Regionen zu vermeiden. Würde Deutschland beispielsweise seinen Strom künftig importieren, so erschiene die inländische Stoffstrombilanz dadurch vorteilhafter, doch würde das Bild trügen, wenn nicht die an anderen Orten umgesetzten Stoffentnahmen aus der Umwelt in die Betrachtung einbezogen werden.

Für die Bewertung des stoffflußbedingten Umweltbelastungspotentials spielt die Analyse des Trends der verschiedenen Hauptströme eine wichtige Rolle. Für die bundesdeutsche Wirtschaft werden längerfristige Zeitreihen auch im Vergleich mit der Entwicklung des Brutto-Inlands-Produkts an anderer Stelle ausführlich dargestellt (BRINGEZU und SCHÜTZ 1996a). Dabei ergibt sich im wesentlichen, daß sich einerseits der direkte Stoffinput zwar von der wirtschaftlichen Entwicklung etwas abgekoppelt hat, aber andererseits auf einem hohen Niveau stagniert. Auch die vorliegenden Daten zur Abschätzung des globalen Material Inputs deuten darauf hin, daß dieser seit Beginn der siebziger Jahre in Deutschland (auch nach der Wiedervereinigung) nicht gesunken ist, sondern sich in einer Größenordnung von 70 bis 90 t pro Kopf bewegt (ohne Wasser und Luft).

Natürlich kann man argumentieren, daß Deutschland mit seinen Exporten auch die Verantwortung für die damit verbundenen globalen Stoffentnahmen an die Empfängerländer weitergibt. In der Tat läßt sich die Größenordnung des globalen Materialverbrauchs (engl. Total Material Consumption = TMC) hochrechnen (BRINGEZU 1993, BRINGEZU et al. 1994, 1996). Dabei wird von der Summe des inländischen und ausländischen Material Inputs die mit den Exporten verbundene Größenordnung des Material Inputs abgezogen. Während TMI 1991 unge-

²⁾ für die Materialien ohne Wasser und Luft

Stoffstrombilanz von Deutschland

BRD 1991 - Millionen t

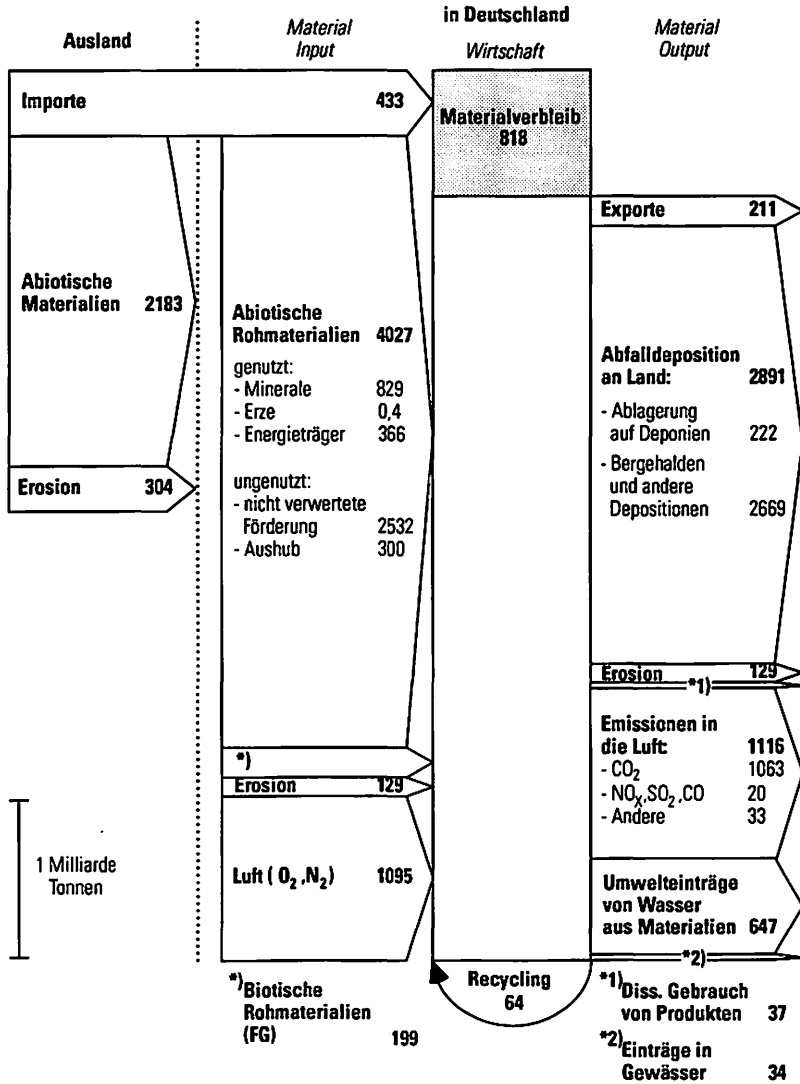


Abb. 2: Stoffstrombilanz der deutschen Wirtschaft einschließlich einer Hochrechnung der "ökologischen Rucksäcke" der Importe. Nach BRINGEZU und SCHÜTZ 1995

fähr bei 90 t pro Kopf lag, betrug TMC etwa 70 t pro Kopf. Auch TMC lag damit noch ca. ein Drittel über der rein inländischen Stoffentnahme aus der Umwelt.

3. Die Hauptstrategien einer ökologisch zukunftsfähigen Entwicklung

Zur Verminderung der stoffflußrelevanten Umweltbelastungen können generell folgende Strategien verfolgt werden (vgl. EHRlich et. al 1975, WEISZÄCKER 1992, SCHMIDT-BLEEK 1994, BRINGEZU 1994):

- (A) Verminderung der Umweltbelastung pro Gütereinheit: Bezogen auf die spezifischen Umweltprobleme (z.B. Treibhauseffekt) würde dies eine Verminderung der spezifischen Umweltbelastung bedeuten (z.B. des lebenszyklusweiten Treibhauspotentials). Bezogen auf die Verminderung der strukturellen Umweltbelastung wäre eine Steigerung der *Effizienz* bzw. der Ressourcenproduktivität anzustreben. Danach müßten mit weniger Ressourcen (Material, Energie, Fläche) mehr Güter erwirtschaftet werden.
- (B) Verminderung der Nachfrage nach Gütern pro Kopf: Bei einer Steigerung der *Suffizienz* würden weniger Güter nachgefragt.
- (C) Verminderung der Bevölkerungszahl.

Die Strategie C ist weltweit von großer Bedeutung. Für ein Industrieland wie Deutschland, wo seit geraumer Zeit kein nennenswertes Bevölkerungswachstum mehr stattfindet, und in dem die Gesamtbelastung durch die produzierten und nachgefragten Güter im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hoch liegt, gilt es aber vor allem, die Strategien (A) und (B) zu verfolgen. Die Akteure, die diese Strategien anwenden bzw. unterstützen können, sind zum einen die privaten Produzenten und Konsumenten und zum anderen staatliche Stellen, die auf verschiedenen Ebenen regulierend eingreifen können.

Zur langfristigen Versorgungssicherung und effektiven Steigerung der Ressourcenproduktivität sind folgende Elemente unverzichtbar:

- (1) die grundlegende Orientierung am erwarteten Nutzen:

Zu Beginn jeder Planung und jeder Konstruktion ist nach dem eigentlichen Nutzen, der Funktion, der Dienstleistung bzw. dem Service zu fragen, der mit dem betreffenden Gut bereitgestellt werden soll. Nur dadurch kann gewährleistet werden, daß die Palette der möglichen und sinnvollen Planungsalternativen voll ausgeschöpft wird und man nicht in bestehenden Technologiemonstern erstarrt. Beispielsweise kann die Dienstleistung eines Kühlschranks durch eine in die Außenwand von Gebäuden integrierte Kammer erfolgen, die aufgrund ihrer Konstruktion ein Sechsbis Siebenfaches an Material und die Hälfte an Energie über den gesamten Lebenszyklus verbraucht als ein konventioneller Kühlschrank. Es gibt eine ganze Reihe von Beispielen, wie dieses Prinzip für das ökologische Design genutzt werden kann (SCHMIDT-BLEEK und TISCHNER 1995). Auch für die Planung von Infrastrukturen zur Ver- und Entsorgung spielt die Orientierung am eigentlichen Nutzen eine grundlegend wichtige Rolle (BRINGEZU 1996a). Denn je nachdem, ob beispielsweise der zu entsorgende Kubikmeter Abwasser als Planungsgrundlage herangezogen wird oder die in Haushalten anfallenden biotischen Reststoffe (incl. Ausscheidungen) einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden sollen, ist von vorneherein ein gänzlich anderes Planungsergebnis zu erwarten.

- (2) die Verminderung des Ressourcenverbrauchs "von der Wiege bis zur Bahre":

Diese Anforderung ist notwendig im Sinne eines systemweiten Ansatzes, bei dem Verlagerungen von Umweltbelastungen in andere Produktionsbereiche und räumliche Einheiten vermieden werden sollen. Das Leitbild des "Sustainable Development" verlangt eine grundsätzlich globale Sichtweise in der Erfassung der Umweltbelastungen, die mit einem bestimmten Gut, sei

es eine Zahnbürste oder eine Kläranlage, verbunden sind. Die Systemgrenzen von Analysen, welche Entscheidungen im Hinblick auf Fort- oder Rückschritte einer global nachhaltigen Entwicklung unterstützen sollen, sind somit zunächst funktional und nicht räumlich definiert. Sie umfassen prinzipiell die ganze Welt. Denn ohne nähere Informationen ist davon auszugehen, daß die gleiche Menge an Abfällen die Umwelt in verschiedenen Regionen grundsätzlich gleich belastet.

(3) der Umstieg auf natürlich regenerierte Inputs (z.B. erneuerbare Energien in Form von Sonnenenergie):

Die gegenwärtige Energieversorgung beruht weltweit hauptsächlich auf fossilen nicht erneuerbaren Energieträgern. Für eine dauerhaft durchhaltbare Energieversorgung bedarf es einer anderen energetischen Basis, die mit einem deutlich geringeren Ressourcenverbrauch verbunden ist. Hierzu wird im folgenden noch näheres ausgeführt.

(4) der Umstieg auf technisch regenerierte Inputs (durch Recycling und Kaskadennutzungen):

Auch bei Materialien, die grundsätzlich recyclingfähig sind, erfolgt heute in vielen Fällen keine erneute Nutzung. Die Potentiale der Kreislaufführung und der kaskadenförmigen Nutzung von Abfällen sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Dabei ist gleichwohl zu bedenken, daß bei der Beurteilung von Recyclingtechnologien der gesamte damit verbundene Primär-Material-Aufwand ermittelt werden muß. Nur wenn dieser geringer ausfällt als bei der ursprünglichen Route der Herstellung aus Primärmaterial, bringt die Sekundärroute eine Entlastung der Ressourcenintensität.

Die erste Strategie beinhaltet im wesentlichen einen generellen Planungsgrundsatz. Die zweite Strategie formuliert einen weitreichenden Anspruch an die Erfassungs- und Analyseinstrumente zur Unterstützung einschlägiger Planungen. Die dritte und vierte Strategie verfolgen materielle Ansprüche an die energetisch-stoffliche Ver- und Entsorgung.

4. Die Hauptakteure und Handlungsebenen

Die genannten Strategien können von nichtstaatlichen und staatlichen Akteuren zur Anwendung gebracht werden. Die Produzenten können ihre Möglichkeiten nutzen, die Ressourcenproduktivität bei der Bereitstellung ihres Angebotes zu steigern. Verbraucher können ihre Nachfrage an dematerialisierten Dienstleistungsangeboten ausrichten. Umweltverbände können diese Trends verstärken. Staatliche Stellen können über die Gesetzgebung geeignete Rahmenbedingungen schaffen, durch die das Eigeninteresse aller Beteiligten an der Einsparung von natürlichen Ressourcen gefördert wird (z.B. durch eine ökologische Finanzreform). Die Entwicklung von dematerialisierten Technologien kann staatlicherseits gezielt gefördert werden. Durch ihre eigene Nachfrage kann die Öffentliche Hand entscheidend zur Einführung und Etablierung neuer Produkte und Technologien beitragen. Nicht zuletzt spielt auch die Bereitstellung geeigneter Informationen über die offizielle Berichterstattung und Beratung eine wichtige Rolle im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß.

Dabei wird eine Konsolidierung des gesellschaftlichen Stoffwechsels nur möglich sein, wenn auf allen staatlichen Handlungsebenen (von der Kommune, über die Region, das Land, den Bund bis zur EU und der UN) die Notwendigkeit zu handeln erkannt und die diesbezüglichen Planungs- und Handlungsmöglichkeiten auch genutzt werden. Zwar wird es immer gewisse Beharrungstendenzen geben, und "Weiterwursteln wie bisher" wird argumentativ damit begründet werden, daß zunächst auf anderer (meist übergeordneter) Ebene gehandelt werden müsse. In der Tat könnte das umweltgerechte Handeln auf kommunaler Ebene durch geeignete (nicht ordnungsrechtliche sondern finanzpolitische) Rahmensetzungen des Bundes erleichtert werden. Gleichwohl gibt es eine Reihe von kommunalen Initiativen (z.B. im Prozeß der

Lokalen Agenda 21), bei denen versucht wird, die lokalen Handlungsmöglichkeiten auch bei gegebenen Rahmenbedingungen zu nutzen (ICLEI 1996, UNCHS 1997). Durch die Kooperation verschiedener Akteure werden neue Handlungsmöglichkeiten erschlossen, bei denen zumindest kleine Schritte in Richtung sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit möglich sind. Gleichwohl wird der kommunale Handlungsspielraum auch künftig nicht ausreichen, um überkommunalen Erfordernissen vollständig gerecht zu werden. Zum Aufbau eines regionalen Ressourcenmanagements bedarf es der Zusammenarbeit der regionalen Akteure. Damit diese durch rechtliche Rahmenbedingungen nicht gehindert sondern gefördert werden, müssen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene die umwelt-, bau-, raumordnungs- und wirtschaftsrechtlichen Vorschriften den Erfordernissen einer zukunftsfähigen Entwicklung angepaßt werden.

Auf jeder dieser Handlungsebenen sind drei Elemente wesentlich für die Umsetzung einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung:

- (1) Die Vereinbarung von überprüfbaren Umweltzielen. Die Überprüfbarkeit ist in der Regel nur gewährleistet, wenn quantifizierbare Indikatoren verfügbar sind. Die Umweltziele sollten dabei neben den regionalen auch den überregionalen Erfordernissen gerecht werden. Für die kommunale Ebene heißt dies beispielsweise, daß auch die auf nationaler Ebene für nötig erachteten Ziele berücksichtigt werden.
- (2) Die Etablierung eines Erfassungsinstrumentariums als Grundlage zur Bewertung des Status quo und zur Planung effektiver und prioritätsbezogener Verbesserungsmaßnahmen. Um den Ressourcenverbrauch (an Material, Energie und Fläche) kontrolliert zu vermindern, muß dieser bekannt sein. Als Referenzmaßstab kann dabei der durchschnittliche Ressourceninput pro Kopf innerhalb der jeweiligen Verwaltungseinheit bezogen auf ein Stichjahr sein oder der Vergleichswert der jeweils übergeordneten Verwaltungseinheit (z.B. könnte sich eine Kommune oder eine Region am Landesdurchschnitt orientieren; vgl. BRINGEZU und SCHÜTZ 1996c).
- (3) Ausschöpfen des Handlungsspielraumes für Eingriffsinstrumente. Dabei sollte insbesondere bei regionalen und kommunalen Verwaltungseinheiten nicht nur auf rechtliche Instrumente im Bereich der eigenen Zuständigkeiten gesehen werden, sondern auch der Aufbau und die Weiterentwicklung von Planungs- und Entwicklungsgesellschaften. Deren Zielsetzung sollte so ausgerichtet werden, daß nicht nur eine herkömmliche Wirtschaftsförderung betrieben wird, sondern ein umfassendes Management der stofflich-energetischen Ver- und Entsorgung einbezogen wird, bei dem ökologische, ökonomische und soziale Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

5. Die wesentlichen Handlungsfelder zur nachhaltigen Gestaltung des gesellschaftlichen Stoffwechsels

Um Prioritäten für Maßnahmen zur Steigerung der Ressourcenproduktivität aufzuzeigen, kann man die verschiedenen Stoffflüsse den Produktionssektoren der Wirtschaft einerseits und den Bedarfefeldern der privaten Endnachfrage andererseits zurechnen (BEHRENSMEIER und BRINGEZU 1995a, 1995b). Betrachtet man den gesellschaftlichen Metabolismus nach seinen Hauptfunktionen, so lassen sich neben dem Wasserhaushalt folgende Stoffwechselbereiche unterscheiden (BRINGEZU 1996b):

- (a) technischer Energiestoffwechsel,
- (b) Nahrungsstoffwechsel,
- (c) Baustoffwechsel, und
- (d) Betriebsstoffwechsel.

Diese waren 1991 mit 42%, 8%, 25% bzw. 24% des globalen Material Inputs (ohne Wasser und Luft) verbunden.

Diese Funktionsbereiche bestimmen zum einen grundlegend die gegenwärtigen stofffluß-bezogenen Umweltbelastungen und sie sind zum anderen deckungsgleich mit bereits existierenden sektoralen Politikfeldern. Damit bieten sich diese Funktionsbereiche als wichtige Handlungsfelder zur zukunftsfähigen Gestaltung der physischen Basis der nationalen und regionalen Wirtschaftsräume Europas an.

5.1 Energieversorgung

Der Befund:

Zum "technischen Energiestoffwechsel" eines Wirtschaftsraumes bzw. einer Verwaltungseinheit (Kommune, Region etc.) zählen auf der Input-Seite die Rohstoffentnahme und der Import von Energieträgern sowie die damit gekoppelte nicht-verwertbare Extraktion von Rohmaterial und der Verbrauch von Sauerstoff aus der Luft für Verbrennungsprozesse; auf der Output-Seite sind vorwiegend die Ablagerung der nicht-verwerteten Rohförderung und die Emissionen in die Luft infolge von Verbrennungsprozessen zu berücksichtigen (Abb. 3).

Technischer Energiestoffwechsel

BRD 1991 - Millionen t

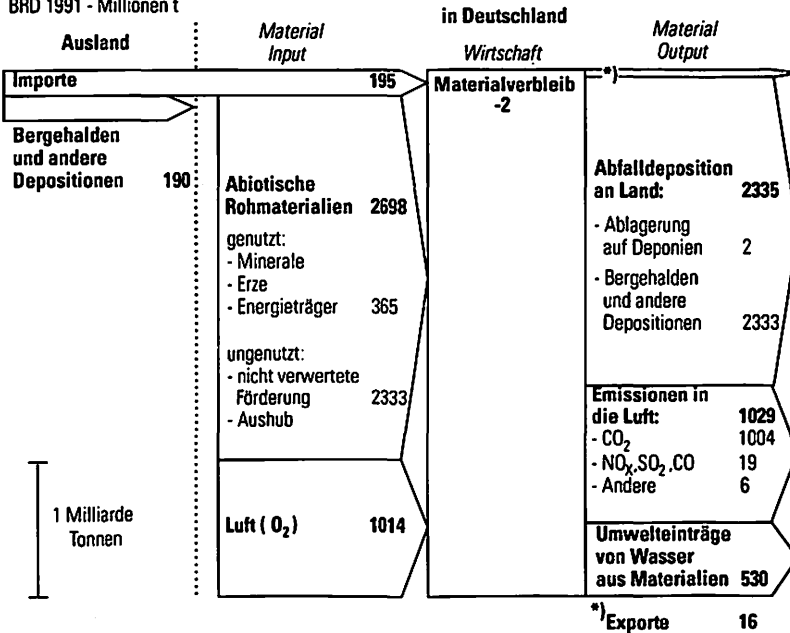


Abb. 3: "Technischer Energiestoffwechsel" der bundesdeutschen Wirtschaft 1991. Nach BRINGEZO (1996b). Daten zusammengestellt von H. SCHÜTZ.

Da laufend Energie verbraucht wird und die Energieträger nur zu unwesentlichen Teilen gespeichert werden, liegt zwischen Input und Output eine relativ geringe Verweildauer in der Technosphäre. Die Ströme des technischen Energiestoffwechsels sind daher generell "Durchflußströme". Der bundesdeutsche Stoffdurchsatz wird wesentlich durch die Gewinnung von Braunkohle und die damit verbundene Extraktion nicht verwertbaren Rohmaterials (Abraum usw.) bestimmt.

Der Anteil des technischen Energiestoffwechsels am Gesamtstoffdurchsatz ist beträchtlich. Er beträgt bei inländischer Betrachtung (die Importe werden dabei ohne ihre vorgelagerten Stoffflüsse berücksichtigt) input-seitig ca. die Hälfte, output-seitig über 80 %. Dabei fällt auf, daß die inländischen Stoffumsätze deutlich über den ausländischen liegen. Aus Gründen der Versorgungssicherheit (bei gegenwärtig genutzten Technologien) und wohl auch aus Gründen der (zumindest kurzfristigen) Arbeitsplatzsicherung ist man in Deutschland offenbar bereit, einen erheblichen Teil der mit der Energiebereitstellung verbundenen Stoffflüsse und ihren Umweltbelastungen (z.B. in Form von devastierten Tagebauflächen) zu tolerieren. Gleichwohl belasten die Emissionen in die Atmosphäre aus der Verbrennung fossiler Energieträger die globale Umwelt, so daß Deutschland diesen Teil des "ökologischen Rucksacks" gleichwohl auch anderen Nationen und Regionen aufbürdet.

Stoffströme, die zur Energieumwandlung bzw. -nutzung bewegt werden, können zu diesem Zweck nicht recycelt werden. Dies betrifft zum einen die Energieträger selbst, die mit dem Gebrauch praktisch entwertet werden. Zum anderen betrifft dies auch jene Ströme, die bei der jeweils verwendeten Technologie unmittelbar mit deren Gewinnung verkoppelt sind (z.B. nicht verwertete Rohförderung). Da sich Energie nicht "recyclieren" läßt, sind auch die eingesetzten Energieträger nicht recycelbar. Bei diesen und den mit ihnen gekoppelten Strömen kommt allenfalls eine kaskadenförmige Nutzung in Frage (z.B. Schlacke aus der Verbrennung für Bauzwecke)³⁾. Damit ist ein erheblicher Teil des gesamten Stoffdurchsatzes einer Kreislaufwirtschaft a priori entzogen und die Strategie des Recyclings kann in diesem Falle nicht zum Erfolg führen.

Sektorale Strategien und Umsetzungsmöglichkeiten:

(1) Effizientere Energienutzung

Die Ströme des technischen Energiestoffwechsels können vermindert werden, indem effizienter mit Energie umgegangen und die Nachfrage nach Endenergie gesenkt wird (z.B. durch Wärmedämmmaßnahmen). Eine Übersicht geben HENNICKE und SEIFRIED (1996).

(2) Nutzung erneuerbarer Energien in Abhängigkeit der regionalen Potentiale

Die energetische Versorgung Europas ist auf der Basis erneuerbarer Energien bereits mit den heute verfügbaren Technologien möglich (LEHMANN und REETZ 1995). Wesentliche Grundlage sind dabei die direkte Nutzung von Solarenergie, die Nutzung der Windkraft und die Nutzung von Biomasse(reststoffen), die auf die regionalen Verfügbarkeiten abgestimmt sind.

(3) Erhöhung der Ressourcenproduktivität der Energiebereitstellung

Auch die Nutzung erneuerbarer Energien (z.B. Wind) ist mit dem Verbrauch nichterneuerbarer Primärmaterialien verbunden (z.B. für die Herstellung, den Betrieb und die Entsorgung der Windkraftanlage). Am Beispiel einer Windkraftanlage, die in einem mittelständischen Produktionsbetrieb wirtschaftlich kostendeckend betrieben wird, konnte MANSTEIN im Rahmen eines von LIEDTKE et al. (1996) durchgeführten Öko-Audits zeigen, daß die lebenszyklusweite Materialintensität der elektrischen Energie um ein Vielfaches unter der Materialintensität des bun-

³⁾ Tatsächlich wurden 1991 in Deutschland 12 Mio t des Bergematerials der Steinkohlegewinnung als Fremdsatz hauptsächlich für Verkehrsinfrastrukturen eingesetzt; dieser Fluß, der in den Baustoffwechsel eingeht, ist hier aus Gründen der Übersichtlichkeit in Abb. 5 nicht dargestellt.

desdeutschen Strommixes liegt. Das Niedersächsische Landes-Raumordnungsprogramm von 1994 schreibt den Landkreisen, den dortigen Trägern der Regionalplanung, in Abhängigkeit von den lokalen Windpotentialen verbindlich vor, eine bestimmte Mindestleistung elektrischer Energie durch Windkraft zu nutzen. Dies ist ein gutes Beispiel für die raumplanerische Berücksichtigung regionaler Potentiale der zukunftsfähigen Bereitstellung von Energie.

5.2 Ernährung

Der Befund:

Zum "Nahrungsstoffwechsel" gehören auf der Input-Seite die Nutzung von Biomasse zur Ernährung sowie die mit der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen verbundene Erosion, ebenso wie der für die Veratmung der Nahrung notwendige Sauerstoff; auf der Output-Seite sind die Ablagerung biotischer Reststoffe auf Deponien, die Entstehung von Erosion (bilanztechnisch auf beiden Seiten zu zählen), der dissipative Einsatz von Produkten (Dünger, Kompost, z.T. Klärschlamm) und die Emissionen in die Luft (z.B. CO₂ aus der Veratmung) zu zählen (Abb. 4).

Der Nahrungsstoffwechsel ist ein typischer Durchflußstrom, der durch ein Gleichgewicht von Input und Output gekennzeichnet ist. Eine nennenswerte Speicherung von Materie findet nicht statt (die Bevölkerungszahl und Nutztierdichte blieb im Betrachtungszeitraum praktisch konstant). Generell gilt hier das gleiche wie für den technologischen Energiestoffwechsel, da

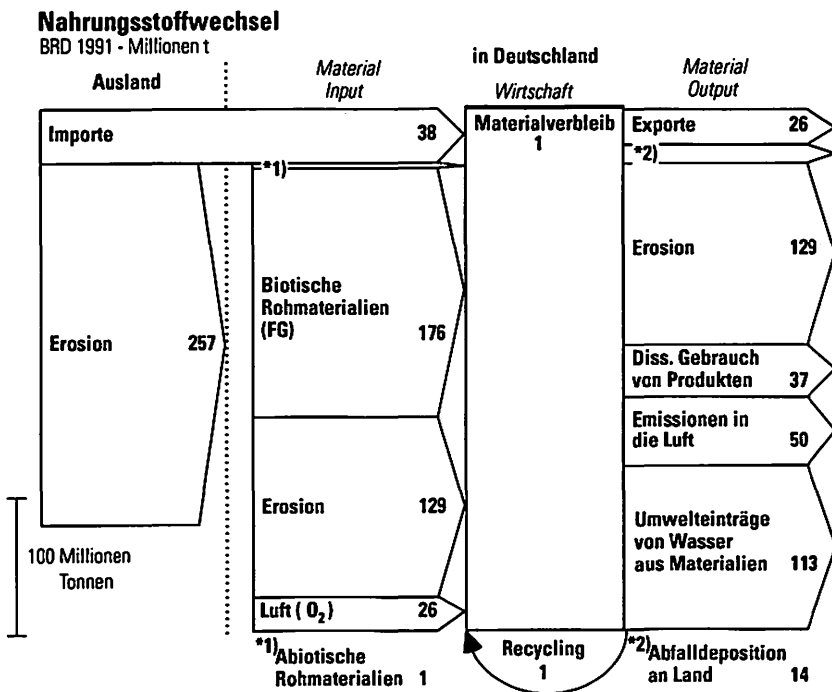


Abb. 4: "Nahrungsstoffwechsel" der bundesdeutschen Wirtschaft 1991. Nach BRINGEZU (1996). Daten zusammengestellt von H. SCHÜTZ.

auch die physiologischen Energieträger nicht zum selben Zweck recycelt werden können. Allerdings ist eine kaskadenförmige Nutzung von Reststoffen möglich und sinnvoll (z.B. werden Abfälle aus der Nahrungsmittelproduktion als Futtermittel verwendet; Produktionsabfälle können zur Biogasproduktion genutzt werden und so zur Energiegewinnung beitragen).

Sektorale Strategien und Umsetzungsmöglichkeiten:

Hinsichtlich einer zukunftsfähigen Entwicklung könnte der Durchsatz in diesem Bereich vermindert werden durch:

(1) Effizientere Biomassenutzung

Dazu gehört nicht nur der effiziente Umgang mit Lebensmitteln auf allen Verarbeitungs- und Nutzungsstufen (allein in Haushalten verdirbt ein erheblicher Teil ohne genutzt zu werden). Auch die Frage der tierischen oder pflanzlichen Ernährung spielt - unabhängig von ernährungsphysiologischen Gesichtspunkten - im Hinblick auf die Potentiale der (Welt-)Ernährung eine Rolle, die künftig an Bedeutung gewinnen wird. Bei der "Veredelung" von Biomasse durch Tierproduktion werden wesentlich mehr Ressourcen beansprucht als wenn pflanzliche Biomasse direkt konsumiert wird. Sicher wird es auch künftig Fleischkonsum geben, doch dürften - auch ohne Einbußen an Lebensqualität - in diesem Bereich Verbesserungspotentiale nutzbar sein.

(2) Umweltschonendere Anbaumethoden

Auf diesem Gebiet liegt eine Fülle von Wissen vor, das es zu nutzen gilt. Im Prinzip besteht die Aufgabe darin, die stofflich-energetischen Verluste bei der land- und forstwirtschaftlichen Produktion zu minimieren. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Verminderung der Erosion, um das Substrat Boden als Wirtschaftsgrundlage zu erhalten. Die Prinzipien und Erfahrungen des ökologischen Landbaues sollten in diesem Zusammenhang verstärkt Berücksichtigung finden.

(3) Bevorzugte Versorgung aus der Region

Hier kann es nicht darum gehen, Orangen für die Orangensaftproduktion in heimischen Gewächshäusern zu ziehen. Auch wird hier nicht empfohlen, mit dem Auto beim Bauern einzukaufen zu fahren. Ein solches Vorgehen wäre jeweils kontraproduktiv. Nachwachsende Rohstoffe werden mit hohem Wirkungsgrad und geringem Verbrauch an nichtnachwachsenden Rohstoffen (Mineraldünger) und Energie auch künftig nur terrestrisch flächengebunden zu erzeugen sein. Da insbesondere Grundnahrungsmittel in Europa flächendeckend produziert werden, gilt es den Umweltverbrauch durch den Transport zu Weiterverarbeitung, Einzelhandel und Verbraucher zu minimieren. Hier gilt es, geeignete Systemangebote zu entwickeln.

(4) Rückführung der Reststoffe auf die Produktionsflächen der Region

Wenn die in Bioabfällen und Fäkalien enthaltenen Nährstoffe (nicht nur Stickstoff und Phosphor, sondern auch Kalium und Kalzium usw.) nicht wieder auf die Produktionsflächen (auch der Forstwirtschaft) zurückgebracht werden, müssen diese Verluste anderweitig kompensiert werden. Dies geschieht derzeit über Mineraldüngerzugaben, die ihrerseits den Verbrauch nicht erneuerbarer Rohstoffe bedingen. Im Bereich der festen Abfälle versucht man bereits, biotische Reststoffe einer Nutzung zuzuführen (z.B. über Kompostierung). Allerdings müßten die gewonnenen Substrate, wie der Kompost, auch auf den Produktionsflächen eingesetzt werden. Im Bereich der Fäkalentsorgung wird nur ein Teil (über die Klärschlammausbringung) wieder in den Produktionskreislauf eingebracht. Die restlichen Stoffe gehen der Volkswirtschaft über die Eintrag in die Oberflächengewässer verloren. Neue Systeme der Fäkal- und Abwasserbehandlung ermöglichen eine kaskadenförmige Nutzung der Abfälle, eine Minimierung der Reststoffe und eine Rückführung der Nährstoffe auf die (Re-)Produktionsflächen (vgl. OTTER-POHL et al.

1996). Auch bei diesen technologischen Alternativen ist im übrigen darauf zu achten, daß die gesamte Ressourcenintensität "von der Wiege bis zur Bahre" nicht erhöht sondern nach Möglichkeit vermindert wird.

5.3 Bauen und Wohnen

Der Befund:

Zum "Baustoffwechsel" zählen auf der Input-Seite die Gewinnung von Steinen und Erden (incl. der damit verbundenen nicht verwerteten Förderung), Aushub, die Ernte bestimmter biotischer Rohmaterialien (z.B. Bauholz), sowie der Import von Materialien (z.B. Eisenerz für Baustahl einschl. "ökologischer Rucksäcke"), die mit dem Neu- und Umbau von Gebäuden, Anlagen, Infrastrukturen etc. verbunden sind. Auf der Output-Seite fallen im wesentlichen Abfalldepositionen an, wobei der größere Teil nicht durch Bauschutt sondern durch die Ablagerung von Aushub und nicht verwerteter Förderung zustande kommt (Abb. 5).

Import und Export sind in ihrer Größenordnung ausgeglichen. Der Input von Materialien des Baustoffwechsels macht bei inländischer Betrachtung 27 % des gesamten Inputs aus. 16 %

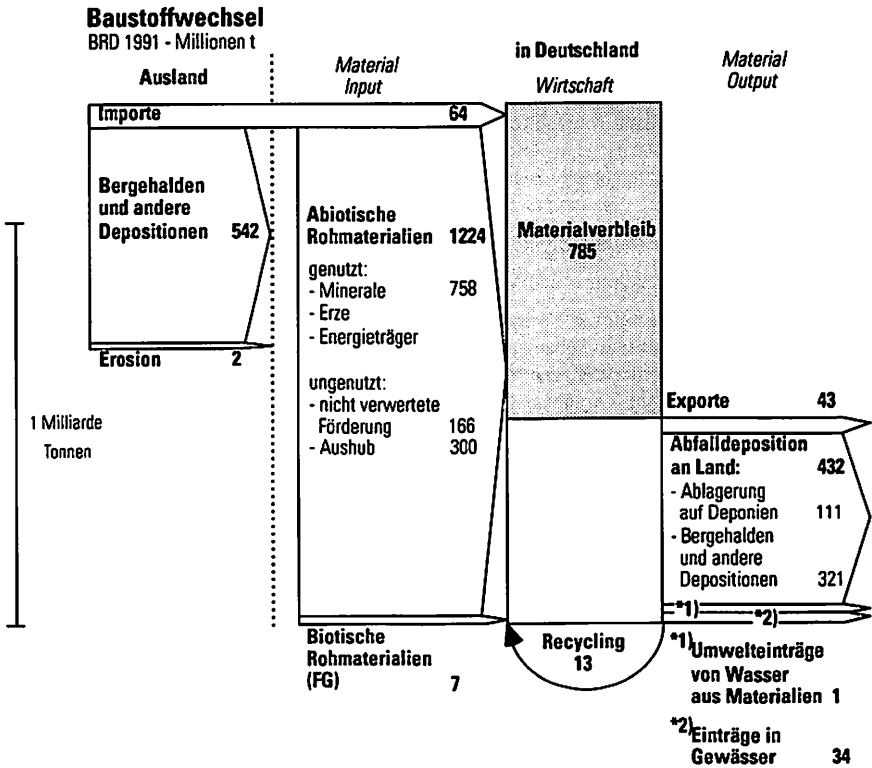


Abb. 5: "Baustoffwechsel" der bundesdeutschen Wirtschaft 1991. Nach BRINGEZU (1996). Daten zusammengestellt von H. SCHÜTZ.

gehen netto zusätzlich in den Materialspeicher der Technosphäre ein, d.h. um die Größenordnung dieser Masse wächst die Technosphäre derzeit jährlich.

Eine notwendige Bedingung für eine ökologisch dauerhafte Entwicklung, nämlich ein Fließgleichgewicht zwischen Input und Output, ist damit (noch) nicht erfüllt; eine solche Entwicklung wäre dann gegeben, wenn der Output an nicht mehr verwendbarem Baumaterial durch einen gleich großen Input an Primärmaterial ersetzt würde. Dabei würde sich eine zukunftsfähige Entwicklung dadurch auszeichnen, daß die Größenordnung des Inputs dann deutlich unter den gegenwärtigen Werten liegen müßte, während die jährlich absolut umgesetzten Mengen durch vermehrtes Recycling wesentlich größer als dieser Input an Primärmaterial sein dürften.

Das physische Wachstum der Technosphäre stellt eine zentrale Herausforderung für die Verwirklichung einer dauerhaft stabilen Lebens- und Wirtschaftsgrundlage dar. Ein zunehmendes Wachstum der bebauten Fläche ginge weiter zu Lasten der verfügbaren landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Fläche und zu Lasten naturbelassener Flächen. Eine zunehmende Verminderung dieser Flächen würde die künftige Verfügbarkeit über Nahrungsmittel und nachwachsende Rohstoffe einschränken und die Ausgleichs-, Stabilisierungs- und Artenschutzfunktionen jener Flächen immer mehr begrenzen. Die Flächenbelegung für den inländischen Konsum landwirtschaftlicher Produkte liegt Anfang der neunziger Jahre in Deutschland (noch) im Schnitt der globalen Verfügbarkeit (BRINGEZU und SCHÜTZ 1996b). Dies wird sich aufgrund des Wachstums der Weltbevölkerung ändern, und Deutschland wird sich fragen lassen müssen, warum es - obwohl es als Flächenstaat mit allen Ressourcen ausgerüstet ist und ca. die Hälfte seiner Fläche landwirtschaftliche nutzt - aufgrund seines Konsums ein Drittel mehr landwirtschaftliche Nutzfläche belegt als im Inland dazu bereitgestellt wird. Auch die forstwirtschaftliche Fläche im Inland (obwohl ein Drittel der Gesamtfläche) reicht nicht aus, den steigenden Bedarf an nachwachsenden Rohstoffen (Holz, Papier usw.) zu decken. Die Fläche der ausgewiesenen Naturschutzgebiete liegt mit ca. 2 % weit unter einer Größenordnung von 10 %, die einen wirksamen Naturschutz ermöglichen könnte (vgl. BUND/ MISEREOR 1996).

Sektorale Strategien und Umsetzungsmöglichkeiten:

(1) Beschränkung der Siedlungs- und Verkehrsfläche

Um das physische Wachstum der Technosphäre zu begrenzen und längerfristig ein Fließgleichgewicht zwischen Aufbau und Abbau zu erreichen, ist eine absolute Begrenzung der Siedlungs- und Verkehrsfläche erforderlich. Die verschiedenen Länderprogramme der Raumordnung geben hier keine eindeutigen Vorgaben. Auf regionaler und kommunaler Ebene wird zwar verstärkt der Grundsatz "Innenentwicklung vor Außenentwicklung" eingefordert. Doch ist eine flächendeckende Diskussion darüber längst noch nicht in Gang gekommen, von einer solchen Umsetzung ganz zu schweigen. Der weitere Ausbau des Straßennetzes wird wesentlich nur von der Limitierung öffentlicher Budgets gebremst. Das Wachstum der Siedlungsfläche wird bei einem Überangebot von Bauland und Gewerbeflächen nicht begrenzt. Die Ausweisung solcher Flächen übersteigt derzeit noch die Nachfrage. Diese Situation wird wesentlich durch die Konkurrenz der Kommunen um Investoren (aber auch "wohlsituierte Einwohner") in der häufig kurzfristigen Erwartung von Steuereinnahmen, Arbeitsplatz- und Wohnungsangeboten bestimmt. Im Sinne einer langfristigen Planung gilt es, auf kommunaler Ebene die Diskussion über wesentliche Eckpunkte der lokalen Entwicklung zu führen und entsprechende Zielwerte festzulegen und umzusetzen. Auch auf Bundesebene besteht Handlungsbedarf, um die finanzpolitischen Rahmenbedingungen - insbesondere im Hinblick auf die Verteilung des Steueraufkommens (Gewerbesteuer usw.) - so zu setzen, daß das kommunale Interesse an physischer Ausdehnung vermindert wird.

(2) Effizientere Nutzung der bestehenden baulichen Infrastruktur

Während auf der grünen Wiese neue Gewerbegebiete erschlossen werden, verfallen auf beste-

henden Standorten nicht mehr genutzte Anlagen. Viele Großstädte verfügen über ein Überangebot an Büro- und einen Mangel an Wohnfläche. Manche Wohnung, die für vier Personen geplant wurde, wird heute nur noch von zwei Personen genutzt, weil die Kinder mittlerweile aus dem Haus sind und ein Umbau mit erheblichen Investitionen verbunden wäre. In all diesen Fällen gilt es, die erheblichen Potentiale der Nutzung bestehender Bauten zu erschließen, indem Kooperationsmodelle erprobt, rechtliche Hindernisse ggfs. beseitigt bzw. verschiedene technische und soziale Varianten durchgespielt werden.

(3) Minimierung des Einsatzes nicht regenerierter Inputs

Bei der Herstellung von Baustoffen sowie bei der Planung, der Erstellung, dem Betrieb, dem Abriß bzw. der Nachnutzung von baulichen Anlagen (Hoch- und Tiefbau) gilt es, den Verbrauch natürlicher Ressourcen (Material, Energie, Fläche) über den gesamten Lebenszyklus zu minimieren. Dies kann beispielsweise geschehen durch den verstärkten Einsatz von Holz anstelle von Beton. Doch sollten pauschale Entscheidungen über die Baustoffwahl mit Vorsicht betrachtet werden, denn es gilt, im Hinblick auf die eigentlich gewünschten Funktionen des jeweiligen Gebäudes, die insgesamt am besten geeigneten Baustoff-, Bauelement-, und Systemkombinationen zu ermitteln.

5.4 Produktion und Dienstleistung

Befund:

Im "Betriebsstoffwechsel" des gesellschaftlichen Metabolismus sind alle Inputs und Outputs eingeschlossen, die für die Herstellung, den Gebrauch und die Entsorgung von Verbrauchs- und Gebrauchsgütern in Bewegung gesetzt werden, die keine Gebäude, Anlagen, Infrastrukturen, Energieträger oder Nahrungsmittel sind (wohl aber z.B. die Verpackungen für letztere; Abb. 6).

Da es sich hierbei in erster Linie um Güter mit einer kurzen Lebensdauer handelt, erstaunt es nicht, daß weniger als 15 % des Inputs zusätzlich gespeichert werden. Input und Output liegen in der gleichen Größenordnung. Im Gegensatz zu den anderen Stoffwechselbereichen ist hier bemerkenswert, daß die Stoffumsätze im Ausland um das 14fache über der inländischen Entnahme aus der Umwelt liegen. Damit ist es gerade die Produktion eher kurzlebiger Erzeugnisse, durch die die bundesdeutsche Wirtschaft die Umwelt durch Stoffentnahmen vorwiegend in anderen Ländern belastet.

Sektorale Strategien und Umsetzungsmöglichkeiten:

Zur Erhöhung der Ressourcenproduktivität im Bereich von Produktion und Dienstleistungsangeboten können die bereits in Abschnitt 3 angegebenen Strategieelemente mehr oder weniger direkt verfolgt werden:

(1) Orientierung am erwarteten Nutzen:

Eine wesentliche Voraussetzung für einen ökologischen Strukturwandel im Sinne einer Dematerialisierung ist der bereits erwähnte Umstieg vom Massenabsatz von "Hardware" zum "Service"- bzw. System-Angebot. Der Anreiz für die Produzenten zu solch einer Veränderung liegt darin, durch ökologische Innovation einen ökonomischen Wettbewerbsvorsprung zu erhalten (FUSSLER 1996). Die Mechanismen des Marktes werden dabei keinesfalls verzerrt, sondern im Gegenteil dazu eingesetzt, den ökologischen Strukturwandel in die "ökologisch richtige Richtung" zu bewegen (vgl. HINTERBERGER et al. 1996). Dabei gibt es nicht nur eine Reihe von Beispielen, daß diese Dienstleistungsorientierung helfen kann, die ökologisch-ökonomische Effizienz zu steigern (WEIZSÄCKER et al. 1995), sondern durchaus auch Argumente für eine ökologische Schaffung und Absicherung von Arbeitsplätzen (BIERTER et al. 1996).

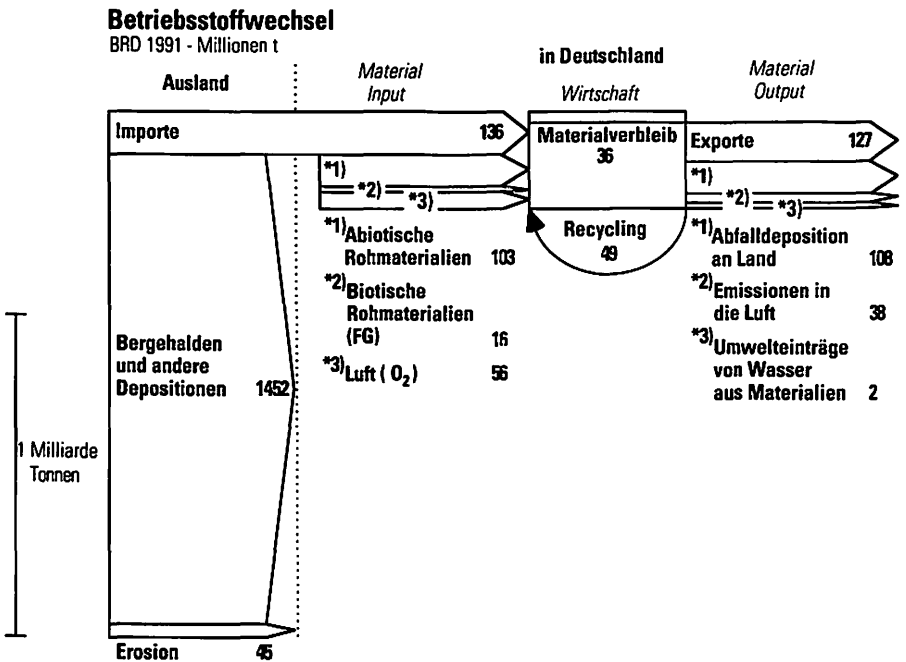


Abb. 6: "Betriebsstoffwechsel" der bundesdeutschen Wirtschaft 1991. Nach BRINGEZU (1996). Daten zusammengestellt von H. SCHÜTZ.

(2) Minimierung des Einsatzes natürlich und technisch nicht regenerierter Inputs:

Im Bereich des "Betriebsstoffwechsels" ist ein Recycling generell möglich. Die Potentiale hierzu sollten ausgeschöpft werden, ebenso wie die des Einsatzes von nachwachsenden Rohstoffen. Allerdings ist hierbei zu beachten, daß der Gesamtressourceneinsatz durch solche Maßnahmen nicht erhöht, sondern möglichst umfassend gesenkt wird. Entscheidend für wirksame Umsetzungen sind dabei betriebliche und überbetriebliche Kooperationen, durch die ökonomische und ökologische Effizienzpotentiale besser genutzt werden können (LIEDTKE et al. 1996). Bei einem Umstieg auf nachwachsende Rohstoffe ist zudem auch die Rückführung der Mineralstoffgehalte nach Ende der Nutzungsphase auf die (Re-)Produktionsflächen anzustreben (vgl. Punkt 5.2). Zur Minimierung des Primärmaterialinputs kann auch die vollständige Nutzung von nicht rezyklierbaren Abfällen beitragen. Ein typisches Beispiel ist die Verbrennung von Rückständen aus der Papieraufbereitung, wo nicht mehr rezyklierfähige Cellulosefasern verbrannt werden, um so den energetischen Gehalt dieser Abfälle noch zu nutzen. Eine solche kaskadenförmige Nutzung wird beispielsweise auch bei Kunststoffabfällen durchgeführt. Diese stammen allerdings vielfach aus nicht regeneriertem Rohmaterial. Bei einer Gesamtbetrachtung des gesellschaftlichen Stoffwechsels wird jedoch deutlich, daß eine solche Verbrennung solange ökologisch sinnvoll ist, als der dazu verwendete Rohstoff Erdöl in wesentlich größerem Umfang auch direkt zur Energieerzeugung verwandt wird.

6. Schlußfolgerungen

Um die stofflich-energetische Versorgung europäischer Wirtschaftsregionen auf eine zukunftsfähige Basis zu stellen, gilt es

- auf den Ebenen von EU, Bund, Land, Region und Kommune Zielwerte des Ressourcenverbrauchs (Material, Energie, Fläche) bzw. der Ressourcenproduktivität zu vereinbaren;
- die verfügbaren Erfassungsinstrumente zur Analyse des Ressourcenverbrauchs für die Planung und Kontrolle effektiver Verbesserungsmaßnahmen zu nutzen;
- durch geeignete staatliche Rahmenseetzungen die Interessenlagen individuellen und institutionellen Handelns so zu nutzen, daß die direkte und indirekte Inanspruchnahme von Primärmaterial und Endenergie sowie die zunehmende Ausdehnung bebauter Fläche ökonomisch unattraktiv werden;
- bei den Umsetzungsmaßnahmen die regionalen Potentiale zu nutzen, die sich ergeben aus dem Naturraum (Solar-Input, Wind etc.), der technologischen Entwicklung (Recycling etc.), den ökonomischen Varianten eines dematerialisierten Angebots (Service-Orientierung etc.), und den individuellen Möglichkeiten (Kreativität, Phantasie etc.).

Summary

Beyond Germany. The physical base of our economic management

Demands and possibilities of an ecologically sustainable development of the European Regions

Within the European Union and Europe as a whole, Germany has a special responsibility to safeguard the physical basis of its own and the common economy in a sustainable way, i.e. without burdening the others with its own "ecological rucksack". For the further development of economic regions, the physical exchange between the economy and the environment (extraction of raw materials, release of emissions and waste) as well as between different regions (through trade) plays an important role. One important pre-requisite for an ecologically sustainable development is the reduction of the resource consumption of industrialized countries by a factor of 10 within the next fifty years. As regards this aim, one has to consider that the resource basis of an economic region comprises not only the extraction from nature within its own territory. Internationally traded commodities also carry an "ecological rucksack", which means that their supply is associated with material flows that burden the environment predominantly in other regions. Based on comprehensive empirical data for Germany and its trade flows, strategies and possible approaches are introduced which could support European regions in using their potentials in order to lay a sustainable foundation for their future materials and energy supply.

Danksagung: Mein besonderer Dank gilt Dr. Helmut Schütz, der mit seinen umfangreichen Datenerhebungen und detaillierten statistischen Recherchen die empirische Grundlage für die Übersichtsdarstellungen gelegt hat. Dank gebührt auch den Kollegen der Abteilung Stoffströme, welche die Entwurfsfassung kommentiert haben, und nicht zuletzt Holger Spies für das Erstellen der Abbildungen.

Literatur

- BARBIER, E.B.: Economics, Natural Resource Scarcity and Development. Conventional and Alternative Views. London 1989
- BIERTER, W., STAHEL, W., SCHMIDT-BLEEK, F.: Öko-intelligente Produkte, Dienstleistungen und Arbeit. Wuppertal Texte, Backhaus-Verlag, Wuppertal 1996
- BMU - Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.): Schritte zu einer nachhaltigen Entwicklung - Umweltziele und Handlungsschwerpunkte in Deutschland. Bonn 1996

- BRINGEZU, S.: Von der Abfallwirtschaft zur Stoffstromwirtschaft. Wien, Schriftenreihe des österreichischen Wasser- und Abfallwirtschaftsverbandes Heft 103 (1996b): S. 199-224
- BRINGEZU, S.: Bedingungen und Kriterien eines ressourcenschonenden Infrastrukturmanagements. Vortrag zum Seminar "Umweltorientiertes Infrastrukturmanagement in Kommune und Region" der Tagung "Ökologische Raumplanung II" der UTECH am 1. März 1996, Berlin 1996a
- BRINGEZU, S.: Strategien einer Stoffpolitik. Wuppertal Papers Nr. 14, 1994
- BRINGEZU, S., BEHRENSMEIER, R.: Zur Methodik der volkswirtschaftlichen Material-Intensitäts-Analyse: Der bundesdeutsche Umweltverbrauch nach Bedarfsefeldern. Wuppertal Papers Nr. 46, 1995b
- BRINGEZU, S., BEHRENSMEIER, R.: Zur Methodik der volkswirtschaftlichen Material-Intensitäts-Analyse: Ein quantitativer Vergleich des Umweltverbrauchs der bundesdeutschen Produktionssektoren. Wuppertal Papers Nr. 34, 1995a
- BRINGEZU, S., BEHRENSMEIER, R., SCHÜTZ, H.: Material flow accounts indicating the environmental pressure of the various sectors of the economy. Paper contributed to the international Symposium on Integrated Environmental and Economic Accounting in Theory and Practise, Tokyo, March 5-8, 1996
- BRINGEZU, S., HINTERBERGER, F., SCHÜTZ, H.: Integrating Sustainability into the System of National Accounts: The Case of Interregional Material Flows. Proceedings of the international afcet Symposium "Models of Sustainable Development", Paris March 1994: S. 669-680.
- BRINGEZU, S., SCHÜTZ, H.: Analyse des Stoffverbrauchs der deutschen Wirtschaft. Status quo, Trends und mögliche Prioritäten für Maßnahmen zur Erhöhung der Ressourcenproduktivität. In: J. KOHN; M. J. WELFENS (Hrsg.): Neue Ansätze in der Umweltökonomie, Metropolis-Verlag, Marburg 1996a
- BRINGEZU, S., SCHÜTZ, H.: Der ökologische Rucksack des Ruhrgebiets. Wuppertal Papers Nr. 61, 1996b
- BRINGEZU, S., SCHÜTZ, H.: Die physische Basis des Wirtschaftsraumes Ruhr. Ein Vergleich mit Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik Deutschland. Zeitschrift für Raumforschung und Raumordnung 6/96 (1996c): S. 433-441
- BRINGEZU, S., SCHÜTZ, H.: Wie mißt man die ökologische Zukunftsfähigkeit einer Volkswirtschaft? Ein Beitrag der Stoffstrombilanzierung am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland. In: S. BRINGEZU (Hrsg.): Neue Ansätze der Umweltstatistik - Ein Wuppertaler Werkstattgespräch. Birkhäuser-Verlag, Berlin, Basel, Boston (1995): S. 26-54
- BRINGEZU, S., SCHÜTZ, H., BEHRENSMEIER, R., SCHMIDT-BLEEK, F.: Indicating environmental pressure for national economies and industrial sectors on the basis of integrated economic and environmental accounting. Paper presented at the SCOPE/BMU/UNEP/DGXII Workshop on Indicators of Sustainable Development, Nov. 15-17, 1995, Wuppertal 1995
- BUND und MISEREOR (Hrsg.): Zukunftsfähiges Deutschland - Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal Instituts. Birkhäuser-Verlag, Berlin, Basel, Boston 1996
- DALY, H.E.: Steady-State Economics: Concepts, Questions, Policies. GAIA 1 (1992): S. 333-338
- DUTCH ADVISORY COUNCIL FOR RESEARCH ON NATURE AND ENVIRONMENT (Hrsg.): Towards Environmental Performance Indicators Based on the Notion of Environmental Space. Rijswijk 1994
- EHRlich, P., EHRlich, A., HOLDREN, J.: Humanökologie. Springer-Verlag, Berlin, Heidelberg, New York 1975
- ENQUETE-KOMMISSION "SCHUTZ DES MENSCHEN UND DER UMWELT" DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES (Hrsg.): Die Industriegesellschaft gestalten - Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen. Economica-Verlag, Bonn 1994
- FRIENDS OF THE EARTH EUROPE (Hrsg.): Towards Sustainable Europe. Brüssel 1995
- FRIENDS OF THE EARTH NETHERLANDS (MILIEUDEFENSIE) (Hrsg.): Action Plan Sustainable Netherlands. Amsterdam 1992
- FUSSLER, C.: Driving Eco-Innovation. Pitman, London 1996
- HENNICKE, P., SEIFRIED, D.: Das Einsparkraftwerk: eingesparte Energie neu nutzen. Birkhäuser-Verlag, Berlin, Basel, Boston 1996
- HINTERBERGER, F., LUKS, F., STEWEN, M.: Ökologische Wirtschaftspolitik. Zwischen Ökodiktatur und Umweltkatastrophe. Birkhäuser-Verlag, Berlin, Basel, Boston 1996

- HOFMEISTER, S., HÜBLER, K.-H.: Stoff- und Energiebilanzen als Instrument der räumlichen Planung. ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung Band 118, Hannover 1990
- ICLEI - International Council for Local Environmental Initiatives: Lokale Agenda 21 in Deutschland. Informationspaket für Kommunalverantwortliche und engagierte Bürger. Freiburg, Oktober 1996
- KUHN, M., RADERMACHER, W., STAHRER, C.: Umweltökonomische Trends 1960 bis 1990. Wirtschaft und Statistik, Nr. 8 (1994): S. 658-677
- LEHMANN, H., REETZ, T.: Zukunftsenergien - Strategien einer neuen Energiepolitik. Birkhäuser-Verlag, Berlin, Basel, Boston 1995
- LIEDTKE, C., NICKEL, R., ROHN, H., TISCHNER, U.: Öko-Audit und Ressourcenmanagement bei dem Unternehmen Kambium Möbelwerkstätte GmbH. Wuppertal Institut 1996
- MEADOWS, D., MEADOWS, D., RANDERS, J., BEHRENS, W.: Die Grenzen des Wachstums. DVA, Stuttgart 1972
- MEADOWS, D., MEADOWS, D., RANDERS, J.: Die neuen Grenzen des Wachstums. DVA, Stuttgart 1992
- NUP - Österreichische Bundesregierung (Hrsg.): Nationaler Umwelt Plan. Wien 1995
- OECD - Organisation for Economic Co-operation and Development (Hrsg.): Meeting of OECD environment policy committee at ministerial level. Paris, 19-20 February 1996. OECD Communications Division, Paris 1996
- OPSCHOOR, J. B.: Environment, Economics and Sustainable Development. Groningen 1992
- OTTERPOHL, R. ALBOLD, A., GROTTKER, M.: Integration of sanitation into natural cycles - A new concept for cities. Proceedings of 2nd International Conference on Ecological Engineering for Wastewater Treatment, 18.-22. Sept. 1995, Wädenswil/Schweiz, 1996
- PEARCE, D. W., TURNER, R. K.: Economics of Natural Resources and the Environment. Baltimore 1990
- SCHMIDT-BLEEK, F.: Wieviel Umwelt braucht der Mensch? Birkhäuser-Verlag, Berlin, Basel, Boston 1994
- SCHMIDT-BLEEK, F.: Will Germany remain a good place for Industry? The Ecological Side of the Coin. In: Fresenius Environmental Bulletin 1, Basel (1992): S. 417-422
- SCHMIDT-BLEEK, F., Tischner, U.: Produktentwicklung, Nutzen gestalten - Natur schonen. Schriftenreihe des Wirtschaftsförderungsinstituts Österreichs, Nr. 270, Wien 1995
- SCHÜTZ, H., BRINGEZU, S.: Major Material Flows in Germany. Fresenius Environmental Bulletin, Vol. 2, No. 8 S. (1993): S. 443-448
- SIMONIS, U. E. (Hrsg.): Ökonomie und Ökologie - Auswege aus einem Konflikt. Müller-Verlag, Karlsruhe 1991
- SRU - Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (Hrsg.): Umweltgutachten 1996. Metzler/Poeschel-Verlag, Stuttgart 1996
- STATISTISCHES BUNDESAMT: Umweltökonomische Gesamtrechnung - Material- und Energieflußrechnung (Fachserie 19 Reihe 5). Metzler/Poeschel-Verlag, Wiesbaden 1995
- UNCHS - UNITED NATIONS CENTRE FOR HUMAN SETTLEMENTS (Habitat): Global Best Practices. In prep.
- UNITED NATIONS : United Nations Conference on Environment and Development Rio de Janeiro 3-14 June 1992. Doc.No. A/Conf. 151/1-5. 1992
- WEIZSÄCKER, E.U. VON: Erdpolitik. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1992
- WEIZSÄCKER, E.U. VON., LOVINS, A.B., LOVINS, L.H.: Faktor Vier. Doppelter Wohlstand - halbiertes Naturverbrauch, Droemer/Knaur-Verlag, München 1995
- WORLD COMMISSION ON ENVIRONMENT AND DEVELOPMENT/HAUFF, V. (Hrsg.): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland - Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven 1987

Dr. Stefan Bringezu
 Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH
 Döppersberg 19
 D-42103 Wuppertal

Eine differenzierte Entwicklungspolitik für den Alpenraum in Europa

Einleitung

Je nach Betrachtungsweise und Interessenlage gelten die Alpen als periphere Region oder als wirtschaftlich prosperierende Grossregion inmitten Europas. Auf die Gunstlage bezieht sich die Europäische Union, wenn sie die Alpen innerhalb des Dreiecks Oberitalien - Lyon - Süddeutschland hervorhebt und dagegen die volkswirtschaftlichen Statistiken Südeuropas stellt. Die Position der Peripherie wird deutlich, wenn die Wertschöpfung der Wachstumsagglomerationen ausserhalb der Alpen gegen die Wertschöpfung im Alpenraum gestellt wird. In der Rolle der Peripherie sehen sich auch die Alpenbewohner selber, wenn sie auf die Randlage in den jeweiligen Nationalstaaten verweisen.

Eine genauere Betrachtung zeigt jedoch grössere Unterschiede in den Teilregionen der Alpen. So sind Teile der französischen Südalpen vom wirtschaftlichen Zusammenbruch bedroht. Gleiches gilt für die Berggebiete Piemonts. Dagegen liegen die lombardischen Alpen im Einflußbereich von Mailand. In Bayern zählen die Alpen zum gegenwärtigen und künftigen Wachstumsraum. In Österreich und der Schweiz zeigen die Alpengebiete eine unterschiedliche Dynamik. Der slowenische Alpenraum ist durch die Eigenständigkeit Sloweniens aufgewertet worden.

Die Tatsache, dass die Alpen gesamthaft nicht zum strukturschwachen Raum gehören, ändert nichts an ihrer Position als Peripherie in Europa, macht aber eine Differenzierung der Grossregion notwendig. Dies ist der Grund, weshalb in der Vergangenheit die in Bern durchgeführten alpenweiten Untersuchungen in der Regel auf empirischem Material auf Gemeindeebene basieren. Nur auf dieser Ebene lassen sich Unterschiede herausarbeiten, die zwar sehr kleinräumig, aber für die Regionalpolitik überaus wichtig sind. Im folgenden Artikel soll gezeigt werden, dass der Alpenraum neben seiner Gemeinsamkeit als Zwischenraum zwischen zwei grossen europäischen Wachstumsräumen regional differenziert ist und daher die Herausbildung kleinräumig unterschiedlicher Spezialisierung ebenso notwendig ist wie der Gedanke der Einheit im Sinne der Alpenkonvention.

Wahrnehmung und Interessenlagen

Die Wahrnehmung der Alpen trägt in der Regel dieser inneren Differenzierung nicht Rechnung. Auf grossräumiger Ebene werden die Alpen als Einheit gesehen, allerdings in zwei gegensätzlichen Formen:

1. Die Alpen als Zwischenraum und Hindernis zwischen West- und Mitteleuropa mit Italien, was die Transportkosten zwischen den Wachstumsräumen der "blauen Banane" erhöht. Eine solche Sichtweise wird von der Europäischen Union eingenommen, wenn sie den "Alpenraum" von Nürnberg bis Bologna definiert, ihm glänzende Zukunftsaussichten attestiert und für das Berggebiet im eigentlichen Sinn lediglich Infrastrukturprobleme sieht, die es zu bewältigen gilt, d.h. Verkehrswegeausbau.

Die Alpen sind in dieser Hinsicht zugleich ein Kostenfaktor der Regionalpolitik. Die tendenzielle Anpassung der Lebensbedingungen an die Standards der Zentrumsräume wird als Entwicklungsziel formuliert. Gegensätze und regionales Gefälle sollen abgebaut werden, wobei die Entwicklungsziele von der stärkeren Position formuliert und auch durchgesetzt werden¹⁾. Den

¹⁾ Dabei macht es keinen Unterschied, ob "Gleichheit" positiv als gesellschaftliche Vision, oder lediglich funktional als Voraussetzung für politische Kohäsion verstanden wird.

Anrainern entlang der Verkehrsachsen wird der Anschluss an das ausseralpine Wirtschafts- und Versorgungsniveau in Aussicht gestellt, dem sich Immissionsprobleme unterzuordnen haben.

Zu dieser Sichtweise gehört auch die Rolle der Alpen im Rahmen der europäischen Arbeitsteilung in ihrer Ressourcenfunktion (Wasserkraft, Tourismus) und die klassischen Konzepte des Naturschutzes mit der Funktionstrennung in dynamische Entwicklungspole und Wildnisreservate. Das Szenario der EU/INTER-G - Studie (CE, 1995) zeigt konsequenterweise nur die wachstumsstarken Ränder des Bogens: Norditalien und Schweizer Mittelland/ Schwaben/Oberbayern (Abb. 1).

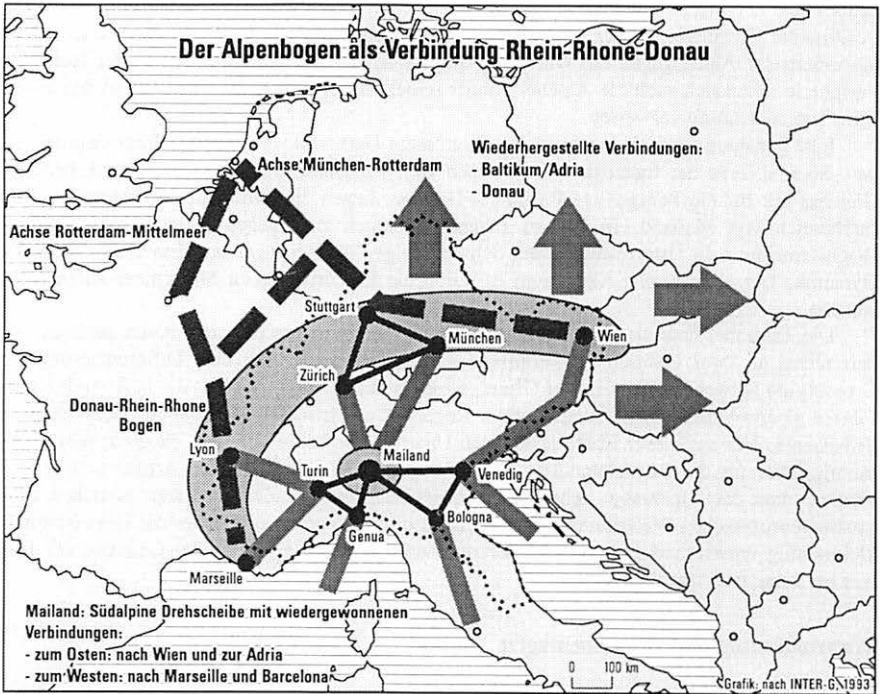


Abb. 1: Die für die EU erstellte INTER-G - Studie positioniert quer zur "blauen Banane" Europas den "Rhone-Rhein-Donau-Bogen" vom Rhonetal über das schweizerische Mittelland und Oberbayern bis nach Wien. Der eigentliche Alpenraum wird dabei ausgeschlossen.

2. Die Wahrnehmung der Alpen als aktive Grossregion Europas bezieht sich auf historische und topographische Gemeinsamkeiten und die Probleme, die von der heutigen Nutzung und dem derzeit ablaufenden Strukturwandel ausgehen. Eine solche Sichtweise wendet sich bewusst gegen die nationalstaatlichen Begrenzungen und sieht sie im Gegenteil als mitverantwortlich für die periphere Entwicklung des Alpenraumes im Vergleich zu den jeweiligen Nationalstaaten. Dies ist die Sichtweise der Alpenkonvention und der sie tragenden Verbände, die alpenweite Schutzstandards und dem Nachhaltigkeitsgedanken verpflichtete Nutzungskonzepte vertritt, beispielsweise in Fragen des alpenquerenden Verkehrs oder der Bodennutzung. Die Wahrnehmung der Alpen als eigenständiger Grossraum (Abb. 2) rechtfertigt sich aus den besonderen Bedingungen von Topographie und Geschichte. Sie bezieht sich auch auf eine gemeinsame

Entwicklungsperspektive, womit in erster Linie ein Erhalt der traditionell vorhandenen Funktionsvielfalt zu verstehen ist (d.h. eine Bremse gegen überbordende Arbeitsteilung), sowie Schutzmassnahmen gegen ungünstige Austauschbeziehungen (z.B. in Bezug auf die Ressourcenfunktion Wasser oder Tourismus). Die kulturelle Vielfalt auf kleinstem Raum (drei europäische Kulturen, vier Hauptsprachen, viele lokale Mundarten) wird als Besonderheit und Bereicherung bei grundsätzlich gleicher Problemlage verstanden. Inneralpine wirtschaftliche Unterschiede spielen in dieser Wahrnehmung häufig keine Rolle. In dieser Sicht wird die klassische Naturschutzauffassung zunehmend von integralen Konzepten abgelöst, d. h. Konzepten, die die klassische Funktionstrennung Schutz und Intensivnutzung vermeiden.

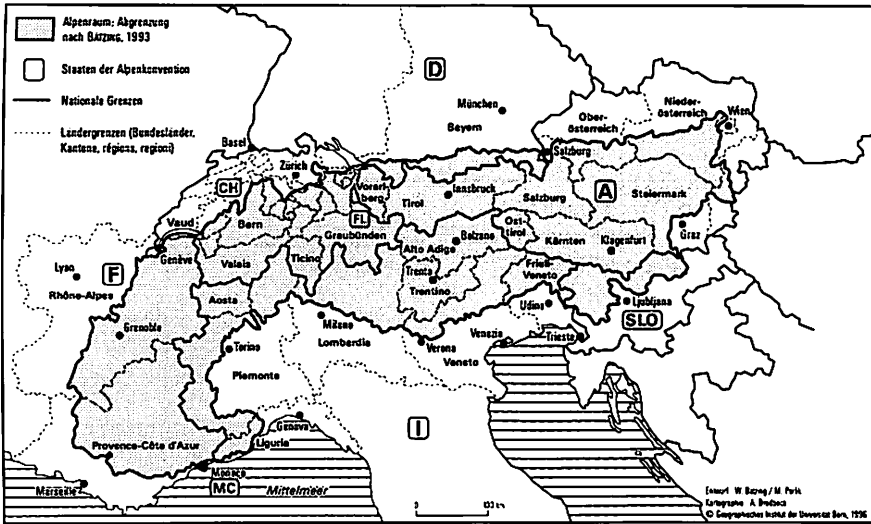


Abb. 2: Der Alpenraum als Solidargemeinschaft mit gemeinsamen Interessen aber unterschiedlicher regionaler Gewichtung von Nutzung und Schutz.

Die beiden Ansätze bedeuten zwei vollkommen gegensätzliche Vorstellungen von Einheit und begründen entsprechend divergierende Strategien, die verkürzt folgendermassen charakterisiert werden können:

- Strategie EU: "Gleichheit und Wettbewerbsfähigkeit"
Der Gebirgsraum behindert die Verknüpfung der europäischen Gunsträume. Regionale Unterschiede sollen verschwinden, wobei die Entwicklungsziele von der stärkeren Position formuliert und auch durchgesetzt werden. Die Aufgabe der flächenhaften Besiedelung in strukturschwachen Landesteilen zugunsten einer grossflächigen Ausweisung von Naturschutzgebieten wird in Kauf genommen.
- Strategie Alpenkonvention: "Neue Identität":
Mit der Formulierung einer aktiven Grossregion Alpen wird eine gemeinsame Interessenvertretung gegenüber dem ausseralpinen Raum angestrebt. Diese Position demonstriert Anspruch auf Gestaltungsfreiheit und -willen auch in der Nutzung. Die Gemeinsamkeiten und Benachteiligungen gegenüber dem übrigen Europa werden stärker gewichtet als die vorhan-

denen kulturellen Unterschiede, die als "Modell der Vielfalt in der Einheit" positiv bewertet werden.

Diese beiden Einheitsperspektiven müssen weiter nach inner- und ausseralpinen Interessen differenziert werden. Der klassische Konflikt zwischen der Innensicht der Bewohner des Alpenraumes (die vornehmlich Nutzungszielen Rechnung trägt und gegenüber dem ausseralpinen Raum z.B. eine verbesserte Erreichbarkeit einfordert) und der Aussensicht (welche die Schutzziele betont) besteht weiter. Er wird jedoch zunehmend überlagert durch die stärker werdenden Forderungen nach einem Ausbalancieren von Nutzung und Schutz. Diese Forderungen werden von innen und von aussen vertreten. Damit ergeben sich vier Problemfelder, denen im Rahmen einer zukunftsweisenden Entwicklungspolitik für den Alpenraum Rechnung zu tragen ist:

Tab. 1: Vier Problemfelder als Herausforderung einer Alpenpolitik.

Wahrnehmung Alpen	Interne Interessen (lokale Akteure)	Externe Interessen (nationale und europäische Institutionen)
<ul style="list-style-type: none"> • Generelle Barriere (Verkehrshindernis) • Spezielle Ressource von europäischer Bedeutung (Erholung, Wasserkraftnutzung) • Notwendigkeit wirtschaftssektorieller Regionalentwicklung <p>Hauptvertreter: Europäische Union</p>	<p>Interne Erreichbarkeit steigern</p> <p>("Integration")</p>	<p>Transit verbessern</p> <p>("Kolonisation")</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinsamkeit der Probleme bedeutet gemeinsame Entwicklungsperspektive • Notwendigkeit integraler Regionalentwicklung <p>Hauptvertreter: Initiatoren der Alpenkonvention</p>	<p>Nutzung und ggfs. Schutz als autonome Aufgabe</p> <p>("Autonomie")</p>	<p>Mitbestimmung von Schutz und Nutzung</p> <p>("Mitverantwortung")</p>

Die vier Problemfelder sind Ausdruck unterschiedlicher Gewichtung zwischen ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Anforderungen und gleichzeitig Ausdruck unterschiedlicher Sichtweisen dieser einzelnen Teilbereiche:

Ökonomisch: Konzentration auf Wachstumszonen vs. dezentraler Innovationspotentiale.

Ökologisch: Konzentrierte Belastung mit ökologischen Ausgleichsflächen vs. genereller, flächenhafter Reduzierung der Eingriffstiefe.

Politisch: Zentralisierte Entscheidungskompetenzen vs. lokaler Autonomieforderungen.

Eine Ausbalancierung dieser Gegensätze wird je nach Ausgangslage unterschiedlich sein müssen. Zu diesem Zweck müssen die aktuellen räumlichen Prozesse im Alpenraum bekannt sein. Davon ausgehend können dann die Chancen und Grenzen abgeschätzt werden, die eine einheitliche Alpenpolitik bietet. Gleichzeitig ergeben sich daraus die Hinweise, an welchem Punkt eine regionale Differenzierung notwendig ist.

Raumrelevante Prozesse im Alpenraum

Die demographische und wirtschaftliche Entwicklung der Alpen unterscheidet sich heute nicht grundlegend vom Strukturwandel Europas: Markant ist die wirtschaftliche Stärkung der Städte mit Ausdehnung ihrer sub- und periurbanen Einzugsgebiete und Konzentration der tertiären Arbeitsplätze in den Agglomerationskernen. Dies ist auch im Alpenraum zu beobachten, wobei die Agglomerationen durchweg kleiner sind und in der europäischen Städtehierarchie keine Rolle spielen. Die hauptsächliche Besonderheit liegt in einem späteren Einsetzen und in einem zeitverzögerten Ablauf dieses Strukturwandels. Dabei bestehen die landwirtschaftlichen Strukturen häufig noch lange Zeit fort und brechen schliesslich zusammen, ohne dass wirtschaftlich gleichwertige Nutzungen am Ort an ihre Stelle träten. Einer ähnlichen Entwicklung folgt zur Zeit die Industrie im Alpenraum.

Die im folgenden dargestellten Entwicklungsprozesse basieren auf empirischen Untersuchungen, die jeweils auf Gemeindeebene vorgenommen wurden, da nur so kleinräumige Disparitäten zwischen Strukturstärke und Strukturschwäche zu identifizieren sind. Die Ergebnisse wurden auf die regionale Ebene ²⁾ weitergezogen, wobei die gewählte Methode sicherstellt, dass kleinräumige Disparitäten nicht unterdrückt werden. Hauptkriterium für die Ausscheidung von regionalen Entwicklungstypen war die Unterscheidung, ob die Regionen nach wie vor ländlich geprägt sind, oder ob die Mehrheit der Bevölkerung in städtischen Zentren und deren Pendlereinzugsgebiet wohnt. Daneben gibt es Regionen, deren Wohnbevölkerung in überdurchschnittlicher Masse in die Agglomerationen ausserhalb der Alpen pendelt (Pendlerregionen) und Regionen, die zunehmend von der Bevölkerung aufgegeben werden und in denen die Wirtschaft zusammenbricht (Entsiedlungsregionen). Die wirtschaftlichen Strukturdaten wurden sekundär zur Unterteilung in Subtypen herangezogen (Abb. 3).

Gut 40% der Regionen des Alpenraumes wurden nach dieser Methode untersucht. Als Ergebnis ist festzuhalten, dass die Disparitäten zwischen den Regionen innerhalb der Grossregion Alpen gewachsen sind, mit der Polarisierung in relativ wachstumsstarke Agglomerationen und Zunahme der Strukturschwäche bzw. regelrechten Zusammenbruch. Demographisch wie wirtschaftlich deutlich wird dabei ein zunehmendes Gefälle zwischen Ostalpen und Südwestalpen, sowohl in der kurzfristigen wie in der langfristigen Bevölkerungsentwicklung. Eine idealtypische Entwicklung dieses Strukturwandels seit Ende des Agrarzeitalters zeigt Abb. 4 (BÄTZING und Mitarbeiter, 1993; BÄTZING, PERLIK, DEKLEVA, 1994; BÄTZING, MESSERLI, PERLIK, 1995).

Die auf Gemeindeebene erhobenen Befunde decken sich mit den von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung aufgestellten Trendszenarien für Europa, in denen als gefährliche Tendenz herausgearbeitet wird, dass die Regionen innerhalb der Maschen des Hochleistungsverkehrsnetzes entwicklungs­mässig abgehängt werden (BFLR, 1996). Dies gilt für den Alpenraum gerade auch für Städte, die in ihrer Bedeutung jahrhundertlang durch traditionelle Verkehrsfunktionen bzw. seit dem Bau der Alpenbahnen als Eisenbahnknoten begründet waren. Jede Generation neuer Verkehrssysteme erzeugt räumliche Auswirkungen. Mit dem Bau der Basistunnel, dem Wegfall von Traktionswechseln und der Reduzierung von Zollkontrollen werden die Verkehrsfunktionen der Alpenstädte z.T. schon heute bedeutungslos, wie beispielsweise in Modane zwischen Lyon und Turin. Als Szenario resultiert der Verlust der traditionellen Multifunktionalität dieser Städte mit einem Funktionswechsel zur Wohnzone in erweiterter (Fern-)pendlerdistanz, z.B. von Lugano nach Zürich (TORRICELLI, 1995, 1996).

²⁾ Berggebietsregion z.B. im Sinne der italienischen comunità montane (Talschaften mit ca. 10-15 Gemeinden) bzw. der schweizerischen IHG-Regionen.

Regionale Entwicklungstypen in den Alpen

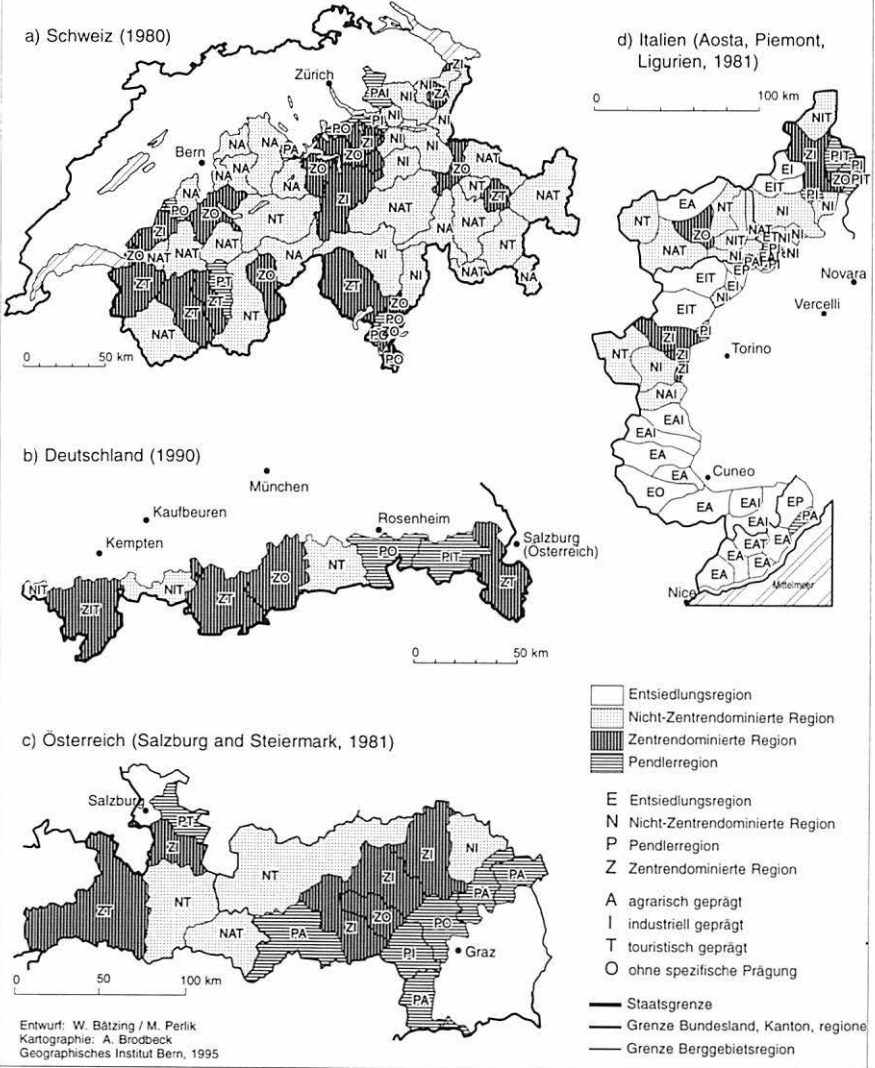


Abb. 3: Regionale Entwicklungstypen in den Alpen. Während fast alle comunità montane in Piemont von Entsiedlung geprägt sind, dienen grosse Teile des untersuchten österreichischen Alpenrandes als Wohnort mit Pendlerbeziehungen zum ausseralpinen Raum. Für die Schweiz besteht ein Vergleich zwischen 1980 und 1990: Die ländlichen Regionen am Alpenrand haben sich inzwischen zu zentrendominierten oder zu Pendlerregionen gewandelt. Für Deutschland liegen nur die 1990er Daten vor ³⁾.

³⁾ *Zentrendominierte Regionen (Z-)*: Mehr als 55% der Regionsbevölkerung lebt in städtischen Zentren oder Pendlergemeinden; es ist in der Regel ein Zentrum mit mindestens 10000 Einwohnern vor-

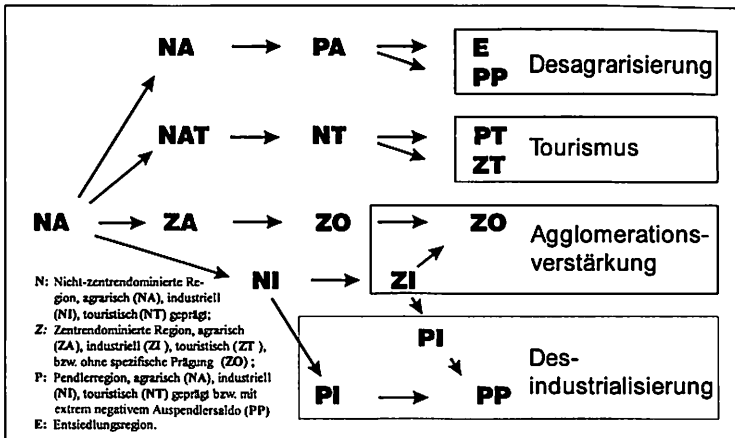


Abb. 4 Idealtypische Entwicklung des Strukturwandels im Alpenraum seit Ende des Agrarzeitalters. (BÄTZING, MESSERLI, PERLIK, 1995).

Diese, mit der europäischen Entwicklung einhergehenden und vergleichbaren Tendenzen werden zusätzlich durch regionale Besonderheiten überlagert:

- So zeigt der Nordosten Italiens eine überdurchschnittliche Dynamik und dient als Musterbeispiel einer positiven endogenen Regionalentwicklung (industrial districts, "Third Italy"). Diese Entwicklung versteht sich nicht als primär alpine Entwicklung, sondern wird mit innovativen Klein- und Mittelunternehmen verbunden, unabhängig von ihrer Lage innerhalb oder am Rande des Alpenbogens.
- Innerhalb der Alpen hat allein die Agglomeration Grenoble mit ihren periurbanen Umlandstädten Echirolles, St. Martin-d'Herès und Fontaine Grosstadt ausmasse mit Funktionen innerhalb der nationalen Städtehierarchie erlangt. Parallel zur ausseralpinen Orientierung begann eine *Ablösung von der territorialen Bindung*, insbesondere was Selbstverständnis und Entwicklungsperspektive betrifft (GUERIN ET AL., 1994).

Andererseits weisen DEBARBIEUX (1996) und COURLET (1996) am Beispiel des Sillon Alpin gerade unter den Bedingungen der Globalisierung eine zunehmende Spezialisierung der mittelgrossen Städte nach, die mit der Zunahme eigenständiger Aussenbeziehungen verbunden ist. Eine solche Differenzierung muss sich zwangsläufig auf Potentiale stützen, die nicht ubiquitär vorhanden, sondern *territorial verankert* sind, da andernfalls die Bedingungen im ausseralpinen Raum günstiger sind. Die Prozesse der Globalisierung enthalten damit zwangsläufig auch die lokal-regionale Komponente, "la dialectique entre le mouvement de globalisation et la dimension locale du développement" (COURLET, 1996).

- Grenzregionen mit bestehendem wirtschaftlichen Gefälle entwickeln eine besondere Dynamik aufgrund ungleich konzentrierter Arbeitsplätze, Lebenshaltungskosten und Konsum-

handen. *Nicht-zentrendominierte (ländliche) Regionen (N-)*: Weniger als 55% der Regionsbevölkerung lebt in städtischen Zentren oder Pendlergemeinden; *Auspendlerregionen (P-)*: Der regionale Auspendlersaldo übersteigt -18%. *Entsiedlungsregionen (E-)*: Bevölkerungsrückgang 1870-1990 auf Regionsebene grösser als 30% und weiterer Rückgang auch im Zeitraum 1980-1990 (genaue Definitionen: BÄTZING und Mitarbeiter, 1993).

Massgebliche raumrelevante Prozesse im Alpenraum

Der Strukturwandel im Alpenraum seit Ende der Agrargesellschaft (vgl. Abb. 4) lässt sich auf vier wesentliche Prozesse reduzieren mit jeweils einer strukturstarken und einer strukturschwachen Variante:

Deagrarisierung: Die traditionelle Agrarstruktur (NA) des 19. Jh. wird so lange wie möglich beibehalten, Innovationen unterbleiben. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist die demographische und ökonomische Basis so schwach, dass sie sich zu agrarisch geprägten Pendlerregionen wandeln (PA). Hier ist eine konventionelle touristische Entwicklung nicht mehr möglich, da hierfür weder Know-how noch Kapital vorhanden sind.

- Ohne weitere Veränderungen entwickeln sie sich zu Entsiedlungsregionen (=strukturschwache Variante).
- Eine Entwicklung zur extremen Pendlerregion (ohne agrarische Prägung, PP) ist möglich, wenn die Region in den Einflussbereich eines grösseren Zentrums gelangt, z.B. durch verbesserten Verkehrsanschluss (=strukturstarke Variante).

Touristische Entwicklung: Landwirtschaft und Tourismus stützen sich lange Zeit gegenseitig (NAT). Mit dem Niedergang der Landwirtschaft entwickeln sich zunächst NT-Regionen, die in der Folge (weiterer Rückgang, Verlagerung in die Tallagen) zu Z- oder P-Regionen führen, wobei zwei Entwicklungen zu erwarten sind:

- Entweder geht die Entwicklung weiter zu Tourismusgemeinden oder zu touristischen Städten mit über 10.000 Einwohnern wie in Davos oder Chamonix (ZT) (=strukturstarke Variante).
- Regionen, die sich auf dem Tourismusmarkt nicht behaupten können, verlieren Arbeitsplätze und wandeln sich zu PT-Regionen (=strukturschwache Variante).

Industrialisierung und Deindustrialisierung: Die Industrialisierung des ländlichen Raumes (NI-Regionen) im 19. Jh. (Wasserkraftnutzung) und nach dem Zweiten Weltkrieg (Arbeitskräfteangebot) unterliegt dem Strukturwandel. Die vorher flächenhafte Wirtschaftstätigkeit wird auf die Agglomerationen konzentriert. Dabei verschwindet der industrielle Schwerpunkt.

- Sofern es gelingt, einzelne Betriebszweige zu erhalten, entwickeln sich ZO-Regionen (=strukturstarke Variante).
- Im negativen Fall bricht die wirtschaftliche Tätigkeit vor Ort zusammen und die Erwerbstätigen orientieren sich in die ausseralpinen Regionen; es entstehen PP-Regionen (=strukturschwache Variante).

Urbanisierung und Sub-/Periurbanisation:

- Mit Ausweitung der Pendeldistanzen erweitern die grösseren Städte ihren Einzugsbereich. Zunehmende Agglomerationsprobleme (Luftverschmutzung, Flugverkehr, Zersiedelung) untergraben den ursprünglichen Standortvorteil (=strukturstarke Variante).
- Vor allem die kleinen und mittleren Städte verlieren ihre eigenständige Entwicklungsmöglichkeit und geraten in den Einflussbereich eines grösseren Zentrums (=strukturschwache Variante).

Ergebnis dieser Prozesse ist eine Nutzungsstruktur, bei der die flächenhaft dezentrale Besiedlung der Alpen langfristig verschwindet.

möglichkeiten. Ein älteres Beispiel ist die Grenzregion Tessin/Lombardei entlang der Achse Mailand-Lugano, jüngstes Beispiel nach 1989 ist das Städtedreieck Klagenfurt/Villach - Tarvisio - Jesenice (GOSAR, 1996).

Vorläufiges Fazit: Es handelt sich bei den Alpen weder um einen insgesamt strukturschwachen Raum, noch ist die optimistische Sichtweise des INTER-G-Berichtes gerechtfertigt, da bei dieser Entwicklung die periphere Situation der abgelegenen Teile des Berggebietes weiter verstärkt wird.

Damit treten regionale Unterschiede hervor, die zunächst dem Gedanken an eine einheitliche Entwicklungsperspektive des Alpenraumes widersprechen. Die Stärkung grosser Agglomerationen wie Grenoble mit ihrer Lösung vom alpinen Hinterland scheint diese Tendenz noch zu verstärken.

Aus dieser Entwicklung ist zuallererst der Schluss zu ziehen, den regional differenzierten Prozessen auch regional unterschiedliche Entwicklungsstrategien und Politiken zuzuordnen. Diese müssen sich einerseits auf die Fläche beziehen und tragfähige Vorstellungen für einen Erhalt der Siedlungs- und Wirtschaftsstrukturen erarbeiten. Diese Aufgabe entspricht den traditionellen Auffassungen der Raumordnungspolitik einer dezentralisierten Besiedelung, die auch durch die aktuelle Nachhaltigkeitsdiskussion ("nachhaltige Raumentwicklung") aufgewertet wird.

Gleichzeitig verlangen die international ungebrochenen Tendenzen der Konzentration ökonomischer, innovativer und ideeller Ressourcen auf die Städte eine Neubeurteilung der Rolle der Städte. Die punktuelle Entwicklung im Alpenraum darf daher nicht vernachlässigt werden, sondern muss neu definiert werden, um diese Entwicklung steuern zu können.

Für die Alpenforschung wie für die Regionalpolitik bedeutet das, beide Entwicklungslinien - flächenhaft dezentral und punktuell konzentriert - weiterzuentwickeln und anschliessend in Form einer einheitlichen Alpenpolitik mit regionaler Differenzierung wieder zusammenzuführen.

Eine alpenspezifische Entwicklungsvision: Einheit der Alpen mit regionsspezifischer Differenzierung

Die Gunstflächen für moderne entwicklungsfähige Wirtschaftstätigkeiten liegen mehr denn je in den breiten Haupttälern, in denen die Verkehrsachsen gut ausgebaut sind. Grosse Teile des Alpenraumes sind an diese Täler nur schlecht anzubinden, so dass auch eine verbesserte Verkehrserschliessung das Problem nicht löst, sondern allenfalls verschiebt. Die abgelegenen Gemeinden weisen häufig nur noch geringe Einwohnerzahlen auf und sind von grosser Fläche. Die Kenntnis zur Bewirtschaftung und die Verantwortung für diese Gebiete ("Flächenverantwortung") ist um so weniger gewährleistet, je mehr die Berglandwirtschaft als flächenbewirtschaftender Erwerbszweig zurückgeht. An die Stelle der traditionellen Kulturlandschaft mit einer relativen Souveränität des lokalen Bewirtschafters treten z.T. neue Nutzungen, die häufig ökonomisch keinen Ersatz bieten können und ökologisch problematisch sind (Verkehrsflächen, Stauseen, Endlager) oder es erfolgt Rückzug.

Tourismus als Ersatz ist nicht überall praktikabel und ökologisch gleich verträglich, wie die Probleme mit Trendsportarten, fortgesetztem Erschliessungszwang und Verkehrsprobleme durch überbordende Mobilität zeigen. Die grossräumige Ausweisung von Schutz- oder "Wildnisflächen" ⁴⁾, in denen keine Nutzung stattfinden soll (natürliche Sukzessionsfolgen), stellt eine Sonderform der Nutzung dar, mit dem Nachteil, dass sich für die ortsansässige Bevölkerung

⁴⁾ Vgl. Beiträge auf der CIPRA-Jahreskonferenz 1995 "Tun und Unterlassen - Elemente für eine nachhaltige Entwicklung im Alpenraum".

kaum Einkommensquellen ergeben. Die touristische Nutzung steht innerhalb kürzester Zeit vor einer Aufgabe, für das die Berglandwirtschaft jahrhundertlang Zeit hatte: Anpassung und Umwandlung umweltzerstörerischer Tätigkeiten zu relativ verträglichen Wirtschaftsformen. Ein umweltverträgliches Wirtschaften ist an eine vor Ort produzierende Berglandwirtschaft gebunden, die gleichzeitig in Bezug auf die Wirtschaftsstruktur risikomindernd wirkt. Die Erfahrungen mit den französischen Wintersportstädten der 60er und 70er Jahre und die Abkehr von solchen Funktionstrennungen auch in Frankreich belegen dies deutlich. Die Ausweitung des periurbanen Raumes in das Berggebiet mit dessen Umwandlung zu fast ausschliesslicher Wohnfunktion für zunehmend weiter pendelnde, gut verdienende Einkommensschichten ist unter ökologischen Gesichtspunkten problematisch und verstärkt die Abhängigkeit des Berggebietes. Eine solche Auswirkung wäre z.B. auch nach dem Bau der geplanten Autobahn Nizza - Cuneo durch das Tinée- und Stura-Tal zu erwarten. Die Zunahme der Fernpendler auf den neu in Betrieb genommenen TGV-Strecken werden inzwischen auch in Frankreich als Fehlentwicklungen wahrgenommen (LE MONDE, 10.10.96).

Fazit: Der Alpenraum entwickelt sich unterschiedlich mit Problemen der Übernutzung in den Agglomerationen und der Unternutzung in den ländlich peripheren Gemeinden und Regionen. Gleichbehandlung im Sinne gleicher Entwicklungsziele für alle Regionen würde nur scheinbar den Kriterien von gerechter Verteilung entsprechen. Die unterschiedlichen Problemlagen erfordern vielmehr unterschiedliche Entwicklungsziele für agglomerationsgeprägte Regionen, ländliche Regionen, Pendlerregionen und Entsidlungsregionen. Zur Durchsetzung sind regionsspezifische Regionalpolitiken notwendig (WACHTER, 1993). Erforderlich sind vielfältige und unterschiedliche Nutzungsformen im Alpenraum, die den gegenwärtigen Regionsbesonderheiten am besten entsprechen. Die Gemeinsamkeit besteht dann darin, dass es sich jeweils um Nutzungsformen handelt, die einen möglichst hohen regionalen Handlungsspielraum beinhalten. In Bezug auf die Fläche wird eine alpenumspannende Sichtweise und Interessenvertretung wichtig, wie sie der Intention der Alpenkonvention entspricht. Die EU-Sicht, wie sie im INTER-Gutachten deutlich wird, ist demgegenüber wenig nützlich, da sie lediglich die Entwicklungsziele des ausseralpinen Raumes für wenige geeignete Gebiete entlang der Verkehrslinien in Aussicht stellt und den Grossteil der Fläche als eigenständigen Wirtschaftsraum abschreibt.

Alpenstädte als Träger einer dezentral konzentrierten Entwicklungslogik

Bereits 1990 lebten mindestens 44% der Alpenbevölkerung in Städten und Agglomerationsgemeinden (INGOLD, 1994, vgl. Tab. 2, Abb. 5). Diese Zahl wäre noch höher, wenn man nicht den Wohnort, sondern die Arbeits- und Lebensbedingungen der alpinen Bevölkerung zur Grundlage nähme. Den Lebensbedingungen entspricht auch das Szenario "Alpenstadt", das Martin Boesch für bestimmte Regionen des Alpenraumes entwirft (BOESCH, 1996). Die Bemühungen um den Erhalt eines eigenständigen Wirtschaftsraumes Alpen müssen dieser Entwicklung Rechnung tragen. Dabei stellen die Kernstädte die Steuerungsgrößen für die regionale Entwicklung dar. Die Kernstädte tragen damit zugleich die Verantwortung für die Entwicklung des periurbanen Umlandes.

Für Regionen mit deutlichem Agglomerationswachstum werden Stadtpolitiken wichtig, die zwar mit ausseralpinen Stadtpolitiken vergleichbar sind, die aber deutliche Leitplanken gegen die Verschärfung von Agglomerationsnachteilen setzen müssen, wenn die alpenspezifischen Vorteile nicht verloren gehen sollen. Mit der gleichen Problemlage nehmen zwangsläufig auch die Vorteile (Lebensqualität, Überschaubarkeit usw.) gegenüber vergleichbaren ausseralpinen Standorten ab.

Die historischen Zentren der ländlichen Regionen laufen dagegen Gefahr, im Rahmen des gegenwärtigen Strukturwandels zerrieben zu werden. In dem Masse, wie sich das ländliche

Umland reduziert, verschlechtert sich die Funktion dieser Städte. In gleicher Weise wirkt die Beschleunigung des Verkehrs mit Bündelung der Verkehrsinfrastruktur und Zentralisierung des für Betrieb und Unterhaltung notwendigen Aufwandes. Die Tatsache, dass die Versorgung der ländlichen Regionen oft besser und kostengünstiger mit dem Angebot der ausseralpinen Städte gewährleistet werden kann, schwächt diese Städte weiterhin und beschleunigt den Niedergang der gesamten Region.

Tab. 2:

Städte und Gemeinden im Alpenraum mit mehr als 5.000 Einwohnern	Anzahl (1990/91)
5.000 - 9.999	321
10.000 - 24.999	146
25.000 - 49.999	34
50.000 - 99.999	8
100.000 - 160.000	5

Datengrundlage: Alpendatenbank, Geographisches Institut der Universität Bern, auf Basis der nationalen Volkszählungen, 6356 Gemeinden. Maximale Alpenabgrenzung (Alpenkonvention sowie BÄTZING und Mitarbeiter, 1993).

Agglomerationen im Alpenraum	Bevölkerungsanteil (1990/91)
Gemeinden ab 10.000 Einwohnern und Gemeinden mit Auspendlerquote > 60%	mindestens 43,8%

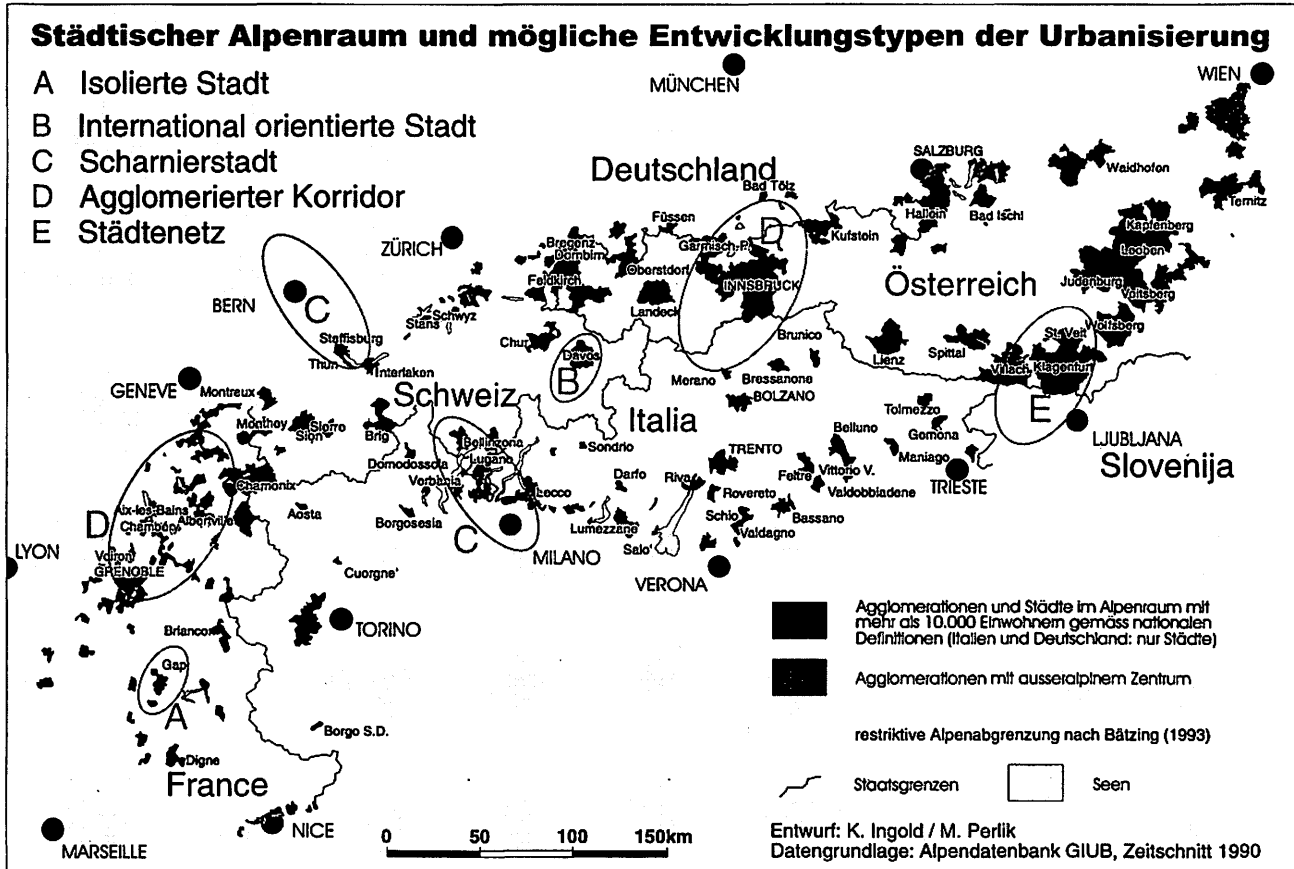
Berechnung: INGOLD (1994). Mindestwert wegen mangelnder Vergleichbarkeit der vorhandenen Daten.

In Regionen mit überdurchschnittlich hohem Auspendleranteil in den ausseralpinen Raum stellt sich das Problem, dass eine vergleichbar günstige Finanzsituation der Gemeinden nicht unbedingt eine günstige Zukunftsperspektive bietet. Hier ist die Stärkung eines regionalen Zentrums mit städtischen Funktionen zur Hebung einer regionalen Entwicklungsdynamik vorrangig.

In Entsiedlungsregionen stellt sich grundsätzlich die Frage, ob der flächenhafte Rückzug erfolgreich gestoppt werden kann. Diesbezügliche Versuche sind im Interesse der ausgeglichenen Regionalentwicklung grundsätzlich positiv zu bewerten. Solche Massnahmen kommen oft einem Neuaufbau gleich; sie können nur gelingen, wenn noch ein funktionsfähiges regionales Zentrum vorhanden ist.

Damit erhalten die Städte im Alpenraum im Interesse einer ausgleichenden Regionalentwicklung unter der Prämisse einer dezentralen Konzentration grundsätzlich wichtige, aber auch differenzierte Aufgaben (Tab. 3).

Allerdings ist fraglich, ob sich eine solche, auf die Umlandbeziehungen Rücksicht nehmende Stadtentwicklung durchsetzt bzw. durchsetzen lässt. Gegenwärtig erscheint eher wahrscheinlich, dass unter gesteigerter Standortkonkurrenz der Konzentrationsprozess zugunsten der überdurchschnittlich gut an die internationalen Verkehrsachsen angebundenen Städte weitergeht. Dabei ist weniger eine Hierarchisierung innerhalb des Alpenraumes (alpines Städtesystem) zu erwarten, als vielmehr eine unabhängige zunehmende internationale Orientierung der erfolgreichsten Alpenstädte mit Ablösung von ihrem alpinen Zusammenhang. Dabei besteht die Gefahr, dass die Besonderheiten der Region (Alpenspezifität) aufgegeben werden. In letzter Konsequenz könnte eine solche Entwicklung bedeuten, dass gemeinsame Interessen als "Alpenstädte" nur noch da wahrgenommen würden, wo das Alpenimage eine wichtige Rolle spielt



(z.B. bei Tourismusstädten in Form eines internationalen Marketings). Insgesamt würde damit der regionale, oben skizzierte Gestaltungsspielraum eingeschränkt (Abb. 5).

Tab. 3: Regionsspezifische Aufgaben der Alpenstädte

Region	Aufgabe	Regionale Probleme	Regionalpolitik
Z-Region	Wirtschaftsmotor, überregionale Ausstrahlung	Flächenverbrauch, Verkehr	Umweltverträgliche Gestaltung
N-Region	Impulsgeber für Neuorientierung	Fehlende Dynamik, Erstarrung	Innovationsförderung
P-Region	Finanzstärke für die Diversifizierung nutzen	Monostruktur, Verkehr	Zentrum stärken oder neu aufbauen
E-Region	Geordneter Rückzug oder Revitalisierung	Zusammenbruch	Konsens über Ausmass des Rückzugs; Stützung des Verbleibenden

Somit lässt sich für die Städte im Alpenraum festhalten: Die Sichtweise der Alpenkonvention versucht die auseinanderdriftenden Interessenlagen zusammenzuhalten. Diese, an sich wünschenswerte Strategie, muss jedoch beachten und darauf eingehen, dass für die Städte eine eigene, nicht auf den Alpenraum beschränkte Strategie kurzfristig als erfolgversprechender erscheint. In dieser Strategie liegt es dann nahe, eher in der nationalen Städtekonkurrenz aufzutreten als gemeinsame Perspektiven als Alpenstädte zu verfolgen. Dies entspricht der Sichtweise des INTER-G-Gutachtens, das von punktuell bis linearem Wachstum in einem sehr weit definierten Alpenraum ausgeht und damit die Interessenlagen der langfristig erfolgreichen Städte trifft. Problematisch bei dieser Entwicklung ist, dass nur wenige Alpenstädte davon profitieren dürften. Auch die Umweltverträglichkeit ist bei einem überdimensionierten Wachstum der Agglomerationen in Frage gestellt.

Zumindest für die kleineren und mittleren Städte stellt sich deshalb die Frage, ob nicht der Erhalt einer stärkeren regionalen Bindung ihren besonderen Möglichkeiten besser Rechnung

Abb. 5: Städtischer Alpenraum und mögliche Entwicklungstypen der Urbanisierung. Dargestellt sind alle Agglomerationen über 10.000 Einwohnern (gemäss jeweiligen nationalen Agglomerationskriterien). Für Italien und Deutschland gibt es keine auf den Alpenraum anwendbaren vergleichbaren Einheiten, deshalb wurden nur Städte über 10.000 Einwohnern einbezogen. Die markierten Gemeinden am Alpenrand sind auf ausseralpine Agglomerationen ausgerichtet. Bewusst wurde für diese Untersuchung eine restriktive Alpenabgrenzung gewählt, so dass die Alpenrandstädte kein verzerrtes Bild abgeben konnten. Trotz dieser sehr vorsichtigen Berechnung lebten 1990 bereits 43,7% der Alpenbevölkerung in städtisch geprägten Gemeinden (INGOLD, 1994).

Die Hypothesen städtischer Entwicklungstypen gehen davon aus, dass die Städte in den Alpen weiter an relativer Bedeutung gewinnen und sich noch stärker ausdifferenzieren. Dabei sind folgende Entwicklungen denkbar:

- Verstärkung der regionalen Stadt-Umland-Beziehungen:
Isolierte Stadt in bevölkerungsarmem Gebiet mit "Distanzschutz" (A)
Hoch spezialisierte international orientierte Stadt (B)
- Aussenorientierung in Abhängigkeit von ausseralpiner Agglomeration (C, aber auch B)
- Zunehmende Loslösung vom alpinen Beziehungsnetz und Einbezug in nationale Städtekonkurrenz (D)
- Kooperierendes Städtetz mit erweiterter Stadt-Umland-Beziehung (E - Dreiländereck A-I-SLO)

trägt und dadurch die langfristigen Chancen als alpenspezifische Innovationsträger wahr. Damit könnten sie auch ihre Aufgabe, positiv auf das Umland auszustrahlen, erfüllen. Eine solche Entwicklungsperspektive beinhaltet notwendigerweise eine länderübergreifende Zusammenarbeit der Alpenstädte.

Eine räumliche Entwicklung, die die Prinzipien einer dezentralen Konzentration aufrechterhält, dient langfristig eher den Interessen der Bewohner der Alpenregionen, wenn damit die Ausweitung der Pendeldistanzen oder erzwungene Umzüge verhindert werden können. Sie liegt auch im Interesse der europäischen Raumplanung, wenn dadurch die ökologischen und gesellschaftlichen Folgekosten einer auf die Hauptachsen konzentrierten Raumentwicklung vermieden werden. Sie ist letztlich auch ökonomisch sinnvoll, wenn die wirtschaftlichen Entwicklungskonzepte auf die lokalen Kenntnisse und Fähigkeiten sowie institutionellen Arrangements ausgerichtet werden, die unter der Logik der neuen internationalen Arbeitsteilung aufgewertet werden. Die mit einer dezentraleren Produktion zwangsläufig verbundenen Redundanzen sollten dabei als zusätzliches Innovationspotential angesehen werden.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die abgelaufene Entwicklung und die zugrundeliegenden Prozesse im Alpenraum sind inzwischen gut untersucht: Mittlerweile leben 44 % von 11 Mio. Einwohnern in Städten oder Agglomerationen mit zunehmender Ausweitung der Pendlereinzugsbereiche. Der "ländliche Raum" ist zwischen 1980 und 1990 drastisch zurückgegangen. Verstädterung vollzieht sich im Bereich der Gunstflächen in den tiefen Lagen; die mittleren und hohen Lagen, sofern sie nicht touristisch genutzt werden, sind von Entsedlung betroffen. Verstädterung erfolgt auch in bestimmten hochgelegenen touristischen Zentren. Es besteht ein ausgeprägter Gegensatz zwischen Ost- und Westalpen. Die gegenwärtig dominierenden Rahmenbedingungen der Globalisierung verschärfen die Standortkonkurrenz um Funktionserhalt und beschleunigen den Strukturwandel. Die in Angriff genommene, weitere Beschleunigung des Verkehrs wird ohne plafonierende Massnahmen auch zur weiteren Beschleunigung der Polarisierung führen.

Aus den derzeit ablaufenden Prozessen lässt sich der Schluss ziehen, dass die Grossregion Alpen innerhalb Europas einerseits als Einheit gedacht, wahrgenommen und entwickelt werden muss. Die Alpen dürfen dabei die Grenzen der Alpenkonvention nicht überschreiten, damit nicht die besonderen Schutz- und Entwicklungsziele eines ökologisch und morphologisch sensiblen Raumes von wirtschaftlich starken Regionen dominiert werden. Andererseits darf diese Einheit nicht unreflektiert bemüht werden, weder im positiven noch im negativen Sinne. Für regionalplanerische und -politische Massnahmen bedarf es einer regionsspezifischen Ausdifferenzierung. In Bezug auf die Städte sind Strategien anzustreben, die bei aller Differenzierung, Spezialisierung und Nischensuche das gemeinsame Dach "Alpenstädte" als regionale Besonderheit und als Interessenvertretung beibehalten bzw. aufbauen.

Eine solche Einheit, die regional differenziert gestaltet wird, bildet eine Alternative zu einer funktional einseitigen Aufgabenzuweisung für die Alpen. Sie fügt sich ein in ein Konzept eines Europas der Regionen, in dem die vielfältige und differenzierte Entwicklung die Grundlagen sowohl für Lebensqualität wie für zukunftsgerichtetes Problemlösungsvermögen bildet. Der Gedanke der Einheit verweist dabei auf ein solidarisches Vorgehen wie es die Alpenkonvention vorsieht, der im übrigen eine regionale Differenzierung in keiner Weise widerspricht, auch wenn sie in der Alpenkonvention nicht explizit erwähnt ist.

Summary

A differentiated development policy for the alpine region in Europe

The Alps are to be regarded from two different perspectives: as part of a greater European area, and also as a large region in itself. In its first role, the interests of European cohesion requires them to be optimally linked by transport routes, whereas in the other it is faced by its own development targets and problems, which are distinct from those outside the Alpine region. As a result there are four different fields of problem perceptions, claims on utilization and development strategies, each reflecting their distinct economic, ecological and political interests, which are expressed when wrestling with the definition of guidelines for an Alpine policy in Europe.

Different empirical investigations show that currently observed processes in the Alps do not differ fundamentally from the tertiarization with concentration on towns and devaluation of peripheral areas throughout Europe. This polarisation is evident in the macro-regional contrast between the Eastern Alps and Western Alps, as well as in the micro-regional analysis of communal data throughout the Alps. By contrast with areas outside the Alps, this polarising development set in at a later date. An increase in the Alpine region's internal disparities resulted in environmental problems such as rising consumptions of surface areas, growth in traffic volume, and an increase in the number of land use conflicts. The rôle of towns in this development varies from region to region, however in any case present key factors in development policy.

The following conclusions may be drawn:

- Improvements in macro-regional accessibility have overcome the general structural weaknesses of the Alpine region, they have simultaneously exacerbated the internal disparities.
- A regional policy for the Alps can therefore not be the same for all the Alpine regions. Besides the similarity of problem situations, the solutions to which require a common and uniform approach, there are regional differences which require different solutions.
- Towns are of significance in this context, since their development also sets the course for the development of the urban and the rural environs.

Literatur

- BÄTZING, W. und Mitarbeiter (1993): Der sozio-ökonomische Strukturwandel des Alpenraumes im 20. Jh. - Eine Analyse von "Entwicklungstypen" auf Gemeinde-Ebene im Kontext der europäischen Tertiarisierung. *Geographica Bernensia* P26. 156 S., 3 Karten. Bern.
- BÄTZING, W./ PERLIK, M./DEKLEVA, M. (1994): Die Alpen zwischen Verstädterung und Verödung. In: *DISP* (Zürich), Nr. 119, S. 34-40.
- BÄTZING, W./MESSERLI, P./PERLIK, M. (1995): Regionale Entwicklungstypen - Analyse und Gliederung des schweizerischen Berggebietes. 103 S., 9 Tab., 3 Karten. Herausgeber: Zentralstelle für regionale Wirtschaftsförderung beim Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit. Bern.
- BARTALETTI, F. (1996): Le Alpi italiane tra spopolamento e sviluppo urbano. Vortrag am Alpen-Forum der SANW, Chamonix, 10.-13.9.96 (Manuskript).
- BFLR (1996): Trendszenarien der Raumentwicklung in Deutschland und Europa. 49 S. Bonn.
- BOESCH, M. (1996): Zukunftsperspektiven des Alpenraumes. *Informationen* 3/1996, S. 2-22. Bündner Vereinigung für Raumplanung. Chur
- CE (1995) ("COMMISSION EUROPÉENNE"): Étude prospective des régions de l'arc alpin et perialpin. *Etudes de développement régional* no. 17. Luxembourg (vormals EU/INTER-G, 1994).
- COURLET, C. (1996): Globalisation et recompositions territoriales dans le sillon alpin. Vortrag am Alpen-Forum der SANW, Chamonix, 10.-13.9.96 (Manuskript).

- DEBARBIEUX, B. ET AL.(1996): Le Sillon Alpin: axe, territoire ou utopie? 115 p. Dossiers de la Revue de Géographie Alpine, no. 18. Grenoble.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (1995): Europa 2000+ - Europäische Zusammenarbeit bei der Raumentwicklung. 246 S., Luxemburg.
- GOSAR, A. (1996): Funktionale Verflechtungen und veränderte Zentralität im Grenzraum Italien-Österreich-Slowenien. Vortrag am Alpen-Forum der SANW, Chamonix, 10.- 13.9.96 (Manuskript).
- GUERIN, J.-P. ET AL. (1994): Villes alpines en réseau. Le sillon alpin. 85 p. Dossiers de la Revue de Géographie Alpine, no. 13. Grenoble.
- INGOLD, K. (1994): Agglomerationen und Städte im Alpenraum - Grauzone der Alpenforschung? Analyse, Definition und Abgrenzung. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Geographisches Institut. 139 S., 6 Karten. Bern.
- LE MONDE, 10.10.96: Le gouvernement est invité à remettre en cause le programme TGV.
- MESSERLI, P. (1994): The Dilemma of the Alps. Balancing Regional Development and Environmental Protection in Particularly Attractive Regions. In: OECD: Regional Policies and the Environment (nordREFO, 1994: 2), p. 80-105.
- PERLIK, M. (1995): Unterschiedliche Wirtschaftsentwicklung im schweizerischen Berggebiet. In: Raumforschung und Raumordnung 4/95, S. 305-309.
- TORRICELLI, G.P (1995): Réseaux de transport et systèmes urbains périphériques: le cas de l'arc alpin. In: Seminaire "Les territoires de l'avenir": Une invention des réseaux? 5 au 9 septembre 1994, Institut universitaire Kurt Bösc. Sion.
- TORRICELLI, G.P. (1996): Réseaux de transport et processus d'urbanisation dans les Alpes centrales. Vortrag am Alpen-Forum der SANW, Chamonix, 10.-13.9.96 (Manuskript).
- WACHTER, D. (1993): Vertiefung sozio-ökonomischer Aspekte der Alpenkonvention und ihrer Protokolle. Umwelt-Materialien Nr. 2; Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft, S. 61-67. Bern.

Prof. Dr. Paul Messerli
 Geographisches Institut der Universität
 Hallerstrasse 12
 CH-3012 Bern
 Schweiz

Manfred Perlik
 Geographisches Institut der Universität
 Hallerstrasse 12
 CH-3012 Bern
 Schweiz

VI
Ausblick

Heimat Europa

von

Václav Havel

(Auszüge aus der Ansprache des Staatspräsidenten der Tschechischen Republik aus Anlaß der Deutsch-Tschechischen Erklärung vor den Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Bundesrates am 24. April 1997).

Der vollständige Wortlaut der Rede findet sich in der FAZ Nr. 96/1997, S. 12 vom 25.4. 1997 sowie in: Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hg.), Ansprachen aus Anlaß der Deutsch-Tschechischen Erklärung vor den Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Bundesrates am 24. April 1997 in Bonn und den Abgeordneten und Senatoren des Tschechischen Parlaments am 29. April 1997 in Prag. Bonn 1997.

Der Mensch, wie bekannt, ist keine Erscheinung an sich, deren Identität in keinem Zusammenhang mit ihrer Umgebung stünde und davon völlig unabhängig wäre. Im Gegenteil: unsere Identität wird durch zahlreiche Schichten oder Kreise dessen mitgestaltet, was im allgemeinen als unser Zuhause bezeichnet werden kann. Unsere Familie; der Kreis unserer Freunde oder unserer Glaubensbrüder; das Haus, in dem wir leben; unsere Gemeinde oder unser Bezirk, einschließlich der Landschaft, die ihn prägt; unsere Firma oder unser Beruf; der Verein, in dem wir tätig sind; unsere Volksgruppe oder unsere Nation; der Staat, dessen Bürger wir sind; aber auch der breitere Zivilisationskreis, zu dem wir uns durch unsere Wurzeln und unsere Geschichte zugehörig fühlen; und letzten Endes auch unser Erdenbürgertum - all das sind verschiedene Schichten unseres Zuhauses. In all diesen Schichten sind wir auf die eine oder andere Weise verankert, durch alle werden wir irgendwie beeinflusst oder geradezu mitbestimmt, zu allen bekennen wir uns in dem oder jenem Maße, und alle sind beteiligt an der Gestaltung und dem irdischen Dasein unseres Ichs.

Nur eine dieser Schichten - und es ist eine Frage, wie wichtig sie für uns im Vergleich mit den anderen ist - nennen wir Heimat. Gewöhnlich verstehen wir darunter das Land, in dem das Volk lebt, dem wir angehören. Als sich allmählich Nationen im modernen Sinne des Wortes zu konstituieren begannen und Eigenstaatlichkeit gewannen, und dadurch moderne Nationalstaaten entstanden, wurde unter dem Begriff Heimat offensichtlich immer deutlicher der eigene Nationalstaat verstanden, und unter dem Begriff Patriotismus die Gefühlsverbundenheit sowohl mit dem eigenen Volk und dem von ihm bewohnten Land als auch - in zunehmendem Maße - mit dem Staat, welchen dieses Volk aufbaut und schützt oder um welchen es kämpft.

Ich glaube, wenn man heute „Heimat“ sagt, verbinden damit die meisten Menschen eben die zuletzt beschriebene Bedeutung. Anders gesagt, sie sehen die Heimat als eine praktisch abgeschlossene, feststehende, genau definierbare Struktur, die zu keinen weiteren Überlegungen anregt: jeder weiß doch, wie sich ein Tscheche von einem Deutschen unterscheidet und wo die Tschechische Republik endet und die Bundesrepublik Deutschland beginnt.

Ist eine solche Einstellung zur Heimat die einzig mögliche, richtige und zukunftsorientierte Haltung? Ist es nicht angebracht, das Phänomen Heimat zumindest noch einmal zu untersuchen und uns die Frage zu stellen, welcher Weg uns jetzt offensteht: sollen wir die „Festigkeit“, Abgeschlossenheit und Unmöglichkeit der Problematisierung der Heimat einfach als Tatsache akzeptieren und diese Auffassung lediglich weiterhin bekräftigen oder kann man auch anders vorgehen?

„Heimat“, das am häufigsten benutzte und am besten zutreffende deutsche Wort für das, was im Tschechischen „vlast“ genannt wird, ist vom urgermanischen „haima“ abgeleitet, welches nicht nur die uns nahestehende und vertraute Welt, also eine Schicht unseres Zuhauses bezeichnete, sondern auch die Welt und das Weltall in ihrer Gesamtheit, das heißt das Universum. Ähnlich bedeutet das altisländische Wort „heimspekja“, über das Heim und die Heimat zu sprechen, aber auch über das Weltall nachzudenken, das heißt zu philosophieren.

Was verbirgt sich hinter dieser ursprünglichen Zweideutigkeit des Wortes Heimat?

Die Erklärung ist einfach: offensichtlich galt die Heimat einst als eine Vergegenwärtigung der Welt, deren Abbild oder Einblick darein. So als wäre das, was uns vertraut bekannt ist, was uns umgibt, worin wir uns in gewissem Maße auskennen, was wir unmittelbar erleben und erfahren, nur eine Fläche eines Kristalls, die das ganze Weltall widerspiegelt. Die Heimat oder das Zuhause - verstanden in diesem Sinne - sondern uns nicht von dem Universum ab, im Gegenteil, sie verbinden uns mit ihm.

In seiner Ursprünglichkeit bezeichnet also das Wort Heimat keine abgeschlossene Struktur, sondern das Gegenteil davon: eine Struktur, die öffnet - eine Brücke zwischen dem Menschen und dem Weltall; ein Leitfaden, der vom Bekannten auf das Unbekannte, vom Sichtbaren auf das Unsichtbare, vom Verständlichen auf das Geheimnisvolle, vom Konkreten auf das Allgemeine weist. Es ist der feste Boden unter den Füßen, auf dem der Mensch steht, wenn er sich zum Himmel hin ausrichtet.

Am einfachsten ist es natürlich, über den Begriff Heimat nicht viel nachzudenken und bei der traditionellen Bedeutung zu bleiben, beziehungsweise die Auffassung von Heimat als einer abgeschlossenen Struktur weiter zu bekräftigen und zu vertiefen. Dieser Weg ist nicht nur unkompliziert, sondern auch für gewisse Gesellschaftsschichten, und deswegen auch für gewisse Politiker ziemlich verlockend: er stellt keine besonderen intellektuellen oder moralischen Ansprüche, sondern bietet jedem ein bequemes Ruhekitzchen bekannter Realien und die Umarmung einer bekannten Gemeinschaft. Zugehörigkeit zu dieser Gemeinschaft - als der höchste Wert - löscht individuelle Verantwortung aus und wird zu einer leicht erkennbaren Sicherheit in einer unsicheren Welt. Ich bin Tscheche, Deutscher oder Franzose; die Tschechen, die Deutschen oder die Franzosen sind die Besten; die Tschechen, die Deutschen oder die Franzosen haben immer recht; wer kein Tscheche, Deutscher oder Franzose ist, ist verdächtig; ich werde das tun, was alle Tschechen, Deutschen oder Franzosen tun; ich werde mich in dem kollektiven Willen des Stammes auflösen und als dessen passiver Bestandteil durch das Leben schweben - und ich habe es geschafft. Dies ist die Denkweise, zu der die Auffassung von Heimat als einer abgeschlossenen Struktur die Menschen leiten oder verleiten kann. Und dann kann es geschehen, daß sie in ihrer extremen Form letzten Endes nicht mehr und nichts besseres als Chauvinismus, Provinzialismus, Gruppenegoismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gebiert. Wozu solche kollektiven Gemütszustände führen, wenn sie von nationalistischen Anführern geschickt angespornt werden, wissen wir alle nur zu gut: zu Gewalt, ethnischen Säuberungen, Kriegen und Konzentrationslagern.

Die Auffassung von Heimat als einer abgeschlossenen Struktur birgt in sich die Gefahr, daß die Heimat eher als ein ungelüftetes Loch statt als ein Sprungbrett der menschlichen Entfaltung betrachtet wird; eher als eine Höhle, die den Menschen vor der Welt schützt, statt als Raum für seinen Kontakt mit ihr; eher als ein Instrument der Isolierung des Menschen von den Anderen statt als ein Tor, das ihm den Weg zu den Anderen öffnet.

Ich finde in dieser Auffassung, insbesondere in ihren abgesunkenen Formen, viel Äußerlichkeit: immer deutlicher verliert darin die Heimat jede geistige Dimension oder jeden geistigen Inhalt, immer weniger stellt sie eine Gesamtheit von empfundenen oder gemeinsam angenommenen Werten dar oder vom eigenen geistigen Erbe, so wie es erfaßt wird, und wird lediglich zu einem toten Berg ihrer äußerlichen, inhaltlich entleerten Attribute wie Trachten, Standarten, Aufrufen oder endlos wiederholte Melodien.

Ich glaube, daß die moderne Welt mit der Zeit die traditionelle Auffassung des Nationalstaates als eines Gipfelpunktes der nationalen Existenz, der de facto das Ende der Geschichte markierte, hinter sich läßt. In dieser Auffassung war die Tatsache, daß ein Volk seinen Staat hatte, wichtiger als das, was für ein Staat es war und auf welchen Werten er beruhte. Eine allmähliche Überwindung des Nationalstaates in seiner traditionellen Auffassung sollte meines Erachtens auch eine neue Reflexion des Begriffs Heimat herbeiführen.

Wir sollten lernen, die Heimat wieder - so wie es wahrscheinlich einst geschah - als unseren Teil der „Welt im Ganzen“ zu empfinden, das heißt als etwas, das uns einen Platz in der Welt verschafft, statt uns von der Welt zu trennen.

Sie werden mir bestimmt glauben, daß ich keinem Menschen empfehle, sich von seiner Heimat loszusagen.

Ich glaube nur, daß die Zeit für eine - wohl eher gefühlsmäßige als verbale - Neudefinition reif geworden ist. Die Landschaft, die wir als ein unverkennbares Merkmal unserer Heimat empfinden und lieben, sollten wir immer deutlicher als einen unverkennbaren Bestandteil und ein unverkennbares Beispiel des gesamten Wunders der Natur wahrnehmen, ebenso unverwechselbar, wie zahlreiche andere Landschaften unverwechselbar sind. Ein Marterl am Rande eines Feldwegs sollte für uns nicht nur eine traditionelle Verzierung unserer Landschaft darstellen, die aus allen alten Heimatkalendern bekannt ist, sondern einen gegenständlichen Ausdruck der Spiritualität unserer Ahnen.

Wenn in unserer Heimat vorwiegend Tschechisch oder Deutsch gesprochen wird, bedeutet dies doch nicht, daß auch eine Person, deren Muttersprache eine ganz andere Sprache ist, unser Land oder unseren Staat nicht als ihre Heimat empfinden und erleben kann. Unsere Volkssagen und Volkslieder, unsere nationale Kultur oder unsere Muttersprache sollten wir vor allem als einen individuellen Bestandteil des gesamten Besitztums der Menschheit betrachten, der - auf seine Art - die menschliche Sehnsucht nach einem Erfassen der Welt, in welcher der Mensch lebt, und nach deren Begreifen bezeugt. Und unseren eigenen Staat sollten wir einfach als einen der vielen Versuche der menschlichen Gemeinschaft betrachten, ein möglichst vernünftiges und gerechtes Zusammenleben der Menschen zu vermitteln.

In gewisser Hinsicht mag dies weniger sein als das, was die Heimat für unsere Vorfahren vor hundert Jahren bedeutete. Sie ist nicht mehr ein Gegenstand der Vergötterung. Andererseits ist es aber unendlich mehr: die Heimat als eine offene Struktur ist doch ein Bindeglied, das uns mit dem Universum verbindet, und eine der vielen konkreten Bemühungen um ein sinnvolles Dasein auf dieser Welt.

Ich würde sagen, daß die Oberfläche dessen, was die Heimat zur Heimat macht, weniger wichtig ist als der Sinn solcher Dinge. Auch an dem Marterl ist doch die Tatsache, daß es an das Schicksal Christi erinnert, wichtiger als die Tatsache, daß es unser - sagen wir südböhmisches - Marterl ist. Man kann mit Recht sagen, daß es die südböhmische Art des Erfassens des Leidens Christi darstellt. Es wäre aber nicht gut zu denken, dies sei verkörpertes Südböhmertum.

All das bedeutet, daß der Nachdruck immer deutlicher der Welt der Werte gelten soll, die unsere Heimat uns auf ihre eigene Weise vergegenwärtigt oder deren Vergegenwärtigung

sie - als Staat - anstrebt oder anstreben sollte, statt der Welt der mit ihr verbundenen äußeren Zeichen, wie es zum Beispiel die genetische Herkunft, die Sprache oder die Hautfarbe ihrer Bewohner oder die für sie charakteristische Gestalt der Baudenkmäler, Bräuche oder Traditionen sind.

Der bewundernswerte Prozeß der europäischen Vereinigung konzentriert sich heutzutage auf die institutionelle, wirtschaftliche, legislative und politische Vereinigung. Auf all diesen Ebenen kann er jedoch kaum erfolgreich sein, falls er nicht systematisch von einer Suche nach den vereinigenden Motiven im Bereich des Fühlens und des Denkens begleitet wird. Anders gesagt: früher oder später werden die Europäer auch Europa als ihre Heimat, wenn auch besonderer Art, oder als eine gemeinsame Heimat ihrer Heimaten empfinden müssen.

Dies ist jedoch nur denkbar, wenn sie Heimat als eine offene Struktur betrachten, offen nicht nur in dem Sinne, daß ein Teil der Gefühle, die bisher dem Nationalstaat gewidmet waren, auch einer Region oder andererseits dem ganzen Kontinent gelten kann, sondern hauptsächlich in jenem tieferen Sinne, über welchen ich hier gesprochen habe.

Europa sollte viel deutlicher zur Heimat unserer gemeinsamen Werte werden, so wie sie aus unseren besten geistigen Traditionen und den erworbenen geschichtlichen Erfahrungen erwachsen. Wir alle wissen, um welche Werte es geht: Respekt für die Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Bürgergesellschaft, Marktwirtschaft, Sinn für soziale Gerechtigkeit, Achtung vor der Natur und vor unserer Umwelt. Und wir alle ahnen wohl, auch wenn wir weniger darüber sprechen, was irgendwo in dem tieferen Bereich hinter diesen bekannten Werten verborgen ist: es ist die Verantwortung des Menschen für die Welt, die moralische Ordnung in uns, jenes Kantsche Gegenstück zum Sternenhimmel über uns. Und selbstverständlich nicht nur das: es ist auch das individuelle Antlitz, das diesen Werten und deren metaphysischen Ursprung durch die geistige Geschichte unseres Kontinents verliehen worden ist.

Ich kann nicht anders als mit der Feststellung enden, daß vor unseren beiden Staaten eine große Aufgabe steht: gemeinsam und erfüllt vom gegenseitigen Vertrauen sollen wir zu dem großen Werk der europäischen Vereinigung beitragen und - von unseren eigenen reichen geistigen Traditionen ausgehend - gemeinsam darin das bekräftigen, was die stärkste Bindung europäischer Staaten und Nationen darstellen kann, nämlich das Bewußtsein, daß wir miteinander eine gemeinsame Heimat der Gedanken, Werte und Ideale teilen.